Kampf um die Macht
- Eingelesene Fassung

Decerto für



& Unglaublichkeiten.com

http://ns-archiv.national-socialism.org - http://www.unglaublichkeiten.com

(Fassung: Lenzing 2011 u.Z.)

Anmerkung zum eBuch:

Die vorliegende Schrift, **Kampf um die Macht**, wurde eingelesen und geringfügig nachbearbeitet.
Die Seiten sind ein wenig uneinheitlich, da während des Einlesens das Seitenformat gewechselt wurde und zudem oftmals nicht perfekt gerade gedreht, usw. Dennoch stellen sie Abbilder des Originals in guter Qualität dar.

Dieses eBuch ist Teil der Quellensammlung des NS-Archivs über den Nationalsozialismus.

Inhalt:

Bei diesem Buch handelt es sich um den dritten Band der **Blut und Ehre**-Reihe. Er enthält Artikel und Aufsätze aus Rosenbergs Feder, die in den Jahren 1921 bis 1932 entstanden und vor allem im *Völkischen Beobachter* oder im *Weltkampf* erschienen. Die abgedeckten Themen sind unglaublich vielschichtig. Die Absicht dieses Bandes war es, Schriftzeugnisse aus der Kampfzeit der Bewegung darzulegen - und diesem Zweck wird das vorliegende Buch auch in vollem Umfange gerecht.

Inhalt des eBuches

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927

1928

1929

1930

1931

1932

Alfred Rosenberg

Kampf um die Macht

Alfred Rosenberg: Kampf um die Macht

Alfred Rosenberg

Kampf um die Macht

Aufsätze von 1921—1932

Herausgegeben von
Thilo von Trotha

5. Auflage
51.–60. Tausend



Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München

Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München

Inhaltsverzeichnis

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927

1928

1929

1930

1931

1932

Einleitung

Die Aufbauarbeit, die Deutschland unter Adolf Hitlers Führung von 1933 bis jetzt geleistet hat, ist größer und umwälzender, als viele es in ihren kühnsten Träumen erwartet hatten. Angesichts dieser überwältigenden Leistung beginnt naturgemäß der Spuk der Novemberrepublik im Gedächtnis unseres Volkes immer mehr und mehr zu verblassen. In einigen Jahren wird der junge Deutsche, der schon überwiegend in unserem Staat aufgewachsen ist, sich kein klares Bild mehr von dem machen können, was in jenen grauen 14 Jahren das deutsche Volk durchlitten hat. Das saubere, kraftvolle und geeinte Deutschland von heute wird unseren Volksgenossen, und besonders den Jungen, die das alte System nicht mehr voll bewußt miterlebt haben, bald zu einer Selbstverständlichkeit geworden sein. Und so kann die Gefahr entstehen, daß die Leistung, die den Sieg von 1933 und damit die Neugeburt Deutschlands erst ermöglichte, zu sehr in Vergessenheit gerät.

Die ganze Größe der deutschen Wiedergeburt ist in ihrem vollen Ausmaße aber nur dann zu erkennen, wenn man nicht nur den neuen Tag, in dem wir leben, sieht und begreift, sondern auch die alte Nacht kennt, die von ihm zurückgeschlagen und verdrängt worden ist.

Es ist nicht leicht, sich heute ein Bild von den unermüdlichen und scheinbar damals verzweifelten Kämpfen zu machen, die unsere Bewegung besonders zu Beginn ihrer Laufbahn zu bestehen hatte. Es sind bisher auch nicht allzu viele Zeugnisse dieses Ringens vorhanden, die in wirklich überzeitlicher Form den zähen und rastlosen Tages-

kampf jener Jahre wiedergeben. Erst aus solchen Belegen aber können diejenigen, die nicht unmittelbar mitgekämpft haben oder das noch nicht konnten, ersehen, wie wenig dieser Kampf im Grunde ein „Tageskampf“ war, und wie sehr vom Anbeginn unserer Bewegung an der Nationalsozialismus einen Weltkampf geführt hat.

Zu diesen überzeitlichen Zeugnissen der Bewegung gehören die Aufsätze und Reden, die Alfred Rosenberg in den Kampfjahren verfaßt hat. Einige von ihnen wurden schon in „Blut und Ehre“ Band I veröffentlicht. Eine genauere Sichtung der Werke Rosenbergs aber ergab, daß wir an seinen Beiträgen in den früheren Jahrgängen der Zeitungen und Zeitschriften der Bewegung eine wahre Fundgrube von wertvollstem Stoff über die Geschichte des Nationalsozialismus besitzen. Aus der geradezu verblüffenden Fülle dieser Arbeiten ist daher hier noch einmal eine größere Auswahl herausgegriffen worden, die durch die schlaglichtartige und doch unerbittlich klare Beleuchtung, die sie auf fast alle Fragen wirft, die uns in der Kampfzeit bewegt haben, tatsächlich den Namen „Aus der Geschichte der Bewegung“ für sich beanspruchen darf. So zeitbestimmt manche dieser Arbeiten auf den ersten Blick wirken mögen, so sind sie doch alle, über das schlechthin geschichtliche Interesse des Lesers hinaus, zutiefst belangvoll, weil hinter jeder Zeile dieser Aufsätze und Reden die weitgespannte und hochfliegende Schau ihres Schöpfers steht, der niemals eine Frage für sich behandelt hat, sondern stets alle Probleme in einem großen Gesamtzusammenhang sah.

Wenn wir beim Lesen dieser Aufsätze und Reden mit Staunen wahrnehmen, wie viele Gedanken, die uns heute politisch und weltanschaulich bewegen, von Alfred Rosenberg vorgedacht, wie viele Gefühle von ihm vorempfunden sind, so

müssen wir uns gleichzeitig auch klar machen, was diese Arbeiten gerade in der Anfangszeit der Bewegung bedeutet haben.

In der Zeit des zweijährigen Redeverbots des Führers sind es vor allem die Aufsätze Rosenbergs gewesen, aus denen die nationalsozialistische Idee in gültiger Form zum Volk sprach. Die Reden und die Politik des Führers wiederum hatten in den Leitaufsätzen Rosenbergs im „Völkischen Beobachter" ihre steten treuen Begleiter und Ausdeuter.

Die bezeichnenden Eigenschaften dieser Aufsätze waren eine rücksichtslose Klarheit und ein offener Angriffsgeist, der vor keiner Frage zurückscheute, selbst wenn sie für den Augenblick heikel und unbequem erscheinen mochte. Sie wurden ergänzt durch viele Vorträge in der Hauptstadt der Bewegung und ihrer Umgebung. Aus diesen Aufsätzen und Reden haben sich die Schriftleiter, Redner und Politiker unserer Bewegung immer wieder und wieder Stoff für ihren Kampf gesammelt, und zwar ein Material, das nicht nur scharf geschliffen in der Form, sondern wahr und unwiderlegbar war. Denn alle diese Arbeiten werden gekennzeichnet durch die Verbindung eines heißen Herzens mit einem kühlen Hirn, die für das ganze Werk Alfred Rosenbergs bezeichnend ist.

So sehr aber einerseits diese Aufsätze uns mitten in den harten Machtkampf jener 14 Jahre hineinführen, so sind doch auf Wunsch ihres Verfassers alle jene Auseinandersetzungen fortgelassen, die heute nach dem Siege für uns minder bedeutungsvoll sind, zu ihrer Zeit aber wichtig und unvermeidbar waren. Die Auswahl bringt daher auch keine uns heute vielleicht ferner stehenden Tagesglossen, und Angriffe auf lebende Personen, die nicht unbedingte Staatsfeinde sind, sind ausgeschieden worden. Es besteht nicht die Absicht, durch dieses Buch bei ehemaligen Gegnern bittere Gefühle zu erwecken. Auch die angegriffenen Zei-

tungen sind mit den gleichnamigen von heute in keiner Weise gleichzusetzen.

Dennoch muß hier und gerade hier natürlich dem Gesetz der geschichtlichen Wahrheit Rechnung getragen werden, nach dem weiß = weiß und schwarz = schwarz bleiben muß. Die Geschichte der NSDAP. muß heute in allen ihren Stufen und Abschnitten geklärt werden, und zwar, solange die lebendigen Zeugen ihrer Anfangszeit noch unter uns sind. Nur so ist es möglich, wirklich unter Beweis zu stellen, daß der Kampf der NSDAP. nicht nur eine „Geschichte der Bewegung", sondern deutsche Geschichte und damit letztlich auch Weltgeschichte war. Weltgeschichte in all ihren Abstufungen, von der Entthronung der Leitwerte des 19. Jahrhunderts über die Überwindung des Marxismus und die Lösung der Judenfrage bis zur Neuwerdung eines Volkes und zum Neubau eines Staates. Eine spätere Geschichtsschreibung wird nur dann unsere Zeit in ihrer ganzen Größe richtig sehen und schildern können, wenn ihr schon in diesen Jahren dadurch der Boden bereitet wird, daß aus dem unerschöpflichen Stoffvorrat, der uns zur Verfügung steht, das Wichtigste richtungsweisend herausgehoben wird.

Nachdem die NSDAP. den Aufbau des neuen Staates schon weitgehend durchgeführt hat, ist für jeden Deutschen eine lebendige Rückschau über die Vergangenheit notwendiger als je. Vor allem darf niemals vergessen werden, was der Führer und die NSDAP. in jenen Kampfjahren geleistet haben. Der in dem nachfolgenden Werk gesammelte Stoff aus den Jahren 1921 bis 1932 ist auch für die Schulung der Partei und der angeschlossenen Verbände von außerordentlicher Wichtigkeit. Wenn es auch vielleicht kommenden Geschlechtern vorbehalten sein wird, den geschichtlichen Überblick dieser Zeit in vollendeter Darstellung zu geben, so wird doch schwerlich ein lebendigeres Bild gezeigt werden können,

als wir es in den Aufsätzen Alfred Rosenbergs besitzen, der jeden Kampfabschnitt nicht nur genau kannte, sondern mit seinen grundlegenden und treffsicheren Aufsätzen kennzeichnete und begleitete. Alle Probleme werden in diesen Aufsätzen berührt, ob es sich nun um Presse, Außenpolitik, Innenpolitik, überstaatliche Mächte oder Kulturfragen handelt. Die Vielseitigkeit des Verfassers und seine nimmermüde Arbeitskraft haben vor allem dieses ebenso umfassende wie lebensvolle Gesamtbild schaffen können.

Wir schrieben zu Anfang, wie viele Gedanken in unserer Bewegung von Alfred Rosenberg schon lange vorgedacht und durchgedacht waren. Daraus ergibt sich auch die geradezu erstaunliche Gradlinigkeit der Haltung Rosenbergs in allen Fragen. Hierfür ist vielleicht das bildhafteste Beispiel seine Haltung gegenüber Sowjet-Rußland. Von den frühesten Aufsätzen und der Schrift „Pest in Rußland“ (1922) angefangen bis zu der großen Antibolschewistenrede Rosenbergs auf dem Parteitag 1936 zieht sich eine einzige, niemals unterbrochene gerade Linie.

Dasselbe gilt auch für das weltanschaulich-kulturelle Gebiet. Der ebenfalls hier abgedruckte Aufsatz „Student und Politik“ vom 26. Juli 1923 zeigt das besonders deutlich mit seiner seherischen Mahnung: „Das völkische Großdeutschland wird und muß einmal kommen mit oder ohne die deutsche Studentenschaft. Aber an jeden wird einst die Frage gestellt werden: ‚Was tatest du, als es geboren wurde?‘.“

Bereits vor 12 Jahren wies Alfred Rosenberg in einem hier wiedergegebenen Aufsatz auf Léon Blum hin und sagte wörtlich das voraus, was 1936 in Frankreich Wahrheit geworden ist. Der Kampf gegen das Judentum, den er bereits 1919 begann und 1924 zur Zeit der Parteiauflösung im „Weltkampf“ fortsetzte, hat uns klassische Formulierungen gebracht.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient Alfred Rosenbergs Kampf gegen das Zentrum. Unermüdlich hat er auf den erst getarnten und dann offenen Kampf der politischen Kirche gegen das erwachende Deutschland hingewiesen und unablässig die Politik des Zentrums als unsittlich und volksfeindlich angeprangert. Die hier abgedruckte Reihe der Aufsätze, die sich vor allem im Jahre 1932 mit der Person Brünings, des typischen Vertreters dieses Zentrumsgeistes beschäftigte, gehören mit zu dem Besten, was Alfred Rosenberg geschrieben hat. Zu der politischen Schlagkraft tritt hier eine knappe und eindringliche Dramatik der Schilderung, die die Aufsätze schon rein stilistisch höchst reizvoll macht. In der großen Jagd auf Dr. Brüning, die die NSDAP. 1932 ritt, waren die von Alfred Rosenberg geschriebenen Aufsätze ein besonders temperamentvolles Kapitel.

Mit diesem Bande „Kampf um die Macht", ist die Reihe der Werke abgeschlossen, in denen Alfred Rosenbergs richtungweisende Reden und Aufsätze gesammelt wurden. Die Werke „Blut und Ehre", „Gestaltung der Idee" und „Kampf um die Macht" sollen in gewisser Hinsicht eine Art praktisch-geschichtliche Ergänzung zu Rosenbergs Hauptwerk, dem „Mythus des 20. Jahrhunderts", darstellen.

Aber auch diese Bände mit dem „Mythus" zusammengerechnet, ergeben doch noch nicht ein allseitiges Bild von Rosenbergs Schaffen. Denn außer ihnen liegen noch etwa ein Dutzend größerer und kleinerer Schriften vor, sowie eine Fülle von Aufsätzen, die zerstreut in Zeitschriften erschienen sind. Diese Tatsache wird es voraussichtlich notwendig machen, daß im Parteiverlag in den nächsten Jahren die gesammelten Werke Alfred Rosenbergs erscheinen.

Thilo v. Trotha.

1921

1789?

„Völkischer Beobachter", 22. Februar 1921.

Einer kleinen Anzahl von Menschen scheint es heute endlich zu dämmern, daß der Kampf für deutsches Wesen und das Deutsche Reich nicht aufgehört, sondern angefangen hat. Man weiß, daß ein entscheidender Ansturm von seiten der weltrevolutionären Organisationen bevorsteht und beschwört alle nationalen Kräfte des deutschen Volkes zum aktiven Zusammenschluß und zur tatkräftigen Erhebung.

Aber merkwürdig berührt es manchmal, daß auch Männer von sonst klarem Deutschtum es für nötig finden, auf die „große französische Revolution" hinzuweisen, als Beispiel für die kommende deutsche, daß sie sich immer noch nicht von dem unheilvollen Bann der damals in die Welt geschleuderten Losungen befreit haben. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Humanität, Menschheit" usw. erscholl damals der Ruf von jenseits der Vogesen. Diese sich selbst widersprechenden Phrasen haben als zündende Schlagworte auf die großen Massen nie ihren Eindruck verfehlt, zeitigten aber durch ihre verworrene Anlage notwendigerweise Unheil über Unheil. Aber ein Geschlecht sank dahin, das neue, leicht vergeßliche, taumelte wieder hinter den gleißenden Flittern zu eigenem Unglück daher. Und geriet immer tiefer in die Maschen einer internationalen Verschwörung.

Gleichheit! Das ist nichts mehr und nichts weniger als ein Aufruf aller Pöbelgefühle des Menschen. Denn durch

die Einhämmerung dieses Schlagwortes wird der immer und in allen Volksschichten bestehende Haß des Faulen und Unfähigen gegen alles Große, gegen jede überragende Leistung und Persönlichkeit zum Ideal erhoben. Die Lehre von der Gleichheit raubt dem Menschen von vornherein das Streben zur Vervollkommnung, zerstört jede Ehrfurcht. Nicht ringt sich der Kleinere am großen Vorbilde empor, sondern er zieht alles Hohe in den Staub. Ob die Gleichheitsbrüder von 1789 gotische Kirchentürme herunterzerrten, weil sie höher als andere Häuser waren, oder ob ein Hermann Müller Reichskanzler wurde, bleibt sich gleich.

Freiheit ist uns allen ein hehrer Begriff. Im Zusammenhange jedoch mit „Gleichheit" ist er die Predigt der Willkür geworden. Und wenn nur die Freiheitsrechte und nicht auch die Freiheitspflichten gelehrt werden, geht der Weg hemmungslos zur Anarchie.

Das Jahr 1789 ist deshalb allen wenig kritischen Schwärmern und sehr kritischen Intriganten zum heiligen Jahre geworden. Die einen berauschen sich daran, die anderen nützen seine Erzeugnisse für ihre Zwecke aus.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das alte System Frankreichs reif zum Untergange war. Wer im einzelnen an der damaligen zerfressenen Wirtschaft besonders schuld gewesen ist, kann hier nicht auseinandergesetzt werden. Sie sank dahin. Aber an ihre Stelle trat keine neue große sittliche Idee, sondern ein Feuerwerk von Phrasen, die bis auf heute wie Rauschgift die Völker in Wahnträume versetzen.

Das Nationalgefühl des Franzosen hat ihn noch immer vor dem scheinbar unvermeidlichen Untergang bewahrt. Es rettete ihn auch aus den Händen seiner kleinangelegten Führer. Es ist irrig, dies Nationalbewußtsein der Revolution zuzuschreiben. Es lebt organisiert und bewußt von der Sammlung des Reiches durch Ludwig XI. bis auf den heutigen Tag.

Das wäre das eine. Und dann: das Jahr 1789 bedeutete für uns alle die Judenbefreiung, es ist die Geburtsstunde der Wüstengeister in der europäischen Kultur.

Man weiß, wie sie zustande kam. Der französische Heereslieferant Cerfbeer hatte Moses Mendelssohn ersucht, sein auch bei den Christen großes Ansehen auszunutzen, und eine Schrift für die Emanzipation der Juden zu schreiben. Moses hielt diesen Weg nicht für praktisch und schaffte sich sein Sprachrohr in Dohm, der dann sein Werk über die Judenreform verfaßte. „Mendelssohn dachte und Dohm schrieb" (Graetz). Im jüdischen Salon der Henriette Hertz zu Berlin machte Mendelssohn Dohm mit dem bis über die Ohren an die Juden verschuldeten Mirabeau bekannt, der dann zum Vorkämpfer der Juden wurde. Alle Einsprüche der elsässischen Abgeordneten, die unwiderleglich die zerstörenden Folgen der Gleichberechtigung eines Wuchervolkes darlegten, waren umsonst. Ja, einer der Hauptverkünder der damals schon gepredigten Weltrevolution, Duport, sagte, der Kampf gegen die Judenemanzipation sei zugleich ein Kampf gegen die Verfassung Frankreichs. Die „Idee" der Gleichberechtigung zeitigte ihre Früchte. Ihre Vertreter rissen die Schranken nieder, entwaffneten sich selbst, und der national-international verbundene Jude zog mit gleicher schrankenloser Unersättlichkeit in die Staaten Europas ein.

In alle Staaten Europas! Denn unter französischem Schutz vollzog sich im Westen Deutschlands die „Befreiung" der Juden, die Gründung von Judenlogen usw. Die Idee griff weiter um sich und allen Warnungen unserer Großen (Goethe, Fichte, Herder) zum Trotz, nahm die „Völkerverbrüderung" ihren Fortgang.

Deshalb lobpreisen seit 130 Jahren die Juden der ganzen Welt das Jahr 1789. Es gilt für sie mit Recht als ein Jahr, vor dem alles andere in der Geschichte versinkt. Und

unter den Fanfaren der damaligen Idee ist Israels Raubzug durch die Welt gegangen.

Nein, wenn wir eine Erhebung des deutschen Volkes gegen fremde Raubgier wollen, dann dürfen wir unsere Augen nicht auf die hypnotisierende Trikolore einstellen, sondern müssen sie auf unser Inneres richten, auf die wuchshaften Kräfte des eigenen Wesens, und müssen neue Fahnen aushängen als Zeichen einer anderen sittlichen Tatbereitschaft, Verantwortlichkeit, Selbstbeherrschung.

Jetzt heißt es: das Steuer herum! Der Sinn der kommenden deutschen Revolution ist der, die „Ordnung" von heute durch germanische Gesetzlichkeit zu verdrängen. Es muß reiner Boden geschaffen werden und klare Geistesluft herrschen, auf daß wir wert werden der Großen unseres Volkes . . .

„Deutsche" Freimaurerei.

„Völkischer Beobachter", 20. März und 17. April 1921.

I.

Daß der Weltkrieg die blutige Frucht der Verschwörerarbeit der Weltjudenschaft, verbündet mit den Freimaurerorganisationen aller Staaten gewesen ist, unterliegt schon heute keinem Zweifel mehr. — Welche Stellung hat nun inmitten der Weltverschwörung die deutsche Freimaurerei eingenommen?

Die Entwicklung des Freimaurertums ist in Deutschland andere Wege gegangen, als in Frankreich, England, Italien. Die weltbürgerlichen Ideen und die Phrasen von Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, Menschheit usw., die aus den Logen in alle Länder hinausposaunt wurden, gestalteten sich bei den Westmächten zu betörenden politischen

Schlag- und Propagandaworten, während die Entwicklung des nationalen Selbstbewußtseins eine immer schnellere Entwicklung nahm. In Deutschland hingegen glaubte man — und das geschieht noch jetzt — ganz ernsthaft an die Alleinseligmachung des Weltbürgertums, hinter dem der Nationalwille unbedingt zurückzustehen habe. Drüben war man handelnd, bei uns duldend, drüben trieb man Nationalpolitik, in Deutschland wurde mit einem Politik getrieben, drüben war man Subjekt, hier Objekt. Diese schweifwedelnde nationale Würdelosigkeit der deutschen Freimaurer war es, die es den Brr. von jenseits der Vogesen und des Kanals ermöglichte, die langgehegte Einkreisungspolitik durchzuführen. Und wenn heute Demokraten und Freimaurer sich plötzlich auf ihr Deutschtum ein wenig besinnen, so wäscht sie das nicht von der Schuld rein, stumm dabei gesessen zu haben, als Deutschland von den Humanitätsbrüdern umstellt wurde. Am wenigsten aber haben die Herren das Recht, dem deutschen Arbeiter den Vorwurf des Internationalismus zu machen, wo doch sie selbst, die sich allen Ernstes für die Fortgeschrittensten der Nation hielten, die Nichtfreimaurer als die Profanen bezeichneten, das noch jetzt tun und das Deutschtum schmählich verraten haben.

Hierzu einige Schlaglichter aus der Gedankenwelt des deutschen Maurertums.

Br. Findel, einer der angesehensten deutschen Freimaurer, nahm den „universellen Charakter“ der Freimaurerei als den Freibrief auf die „unbestreitbare berechtigte Existenz“ des Bundes in Anspruch. Br. Boos, Verfasser zahlreicher Freimaurer-Schriften, schwärmt seitenlang von einer „das ganze Menschengeschlecht umfassenden Assoziation“, von der „Idee eines Menschheitsbundes“. Br. Carpentier-Alting meinte folgerichtig, der Bund anerkenne „keinen Unterschied von Vaterland, Stand, Kirche, Glaubensbekenntnis usw.“. Das „Allgemeine Handbuch der Freimaurerei“ stellt fest:

„Die Rasse bildet im Freimaurerbund ... kein Hindernis bei der Aufnahme. Leider ist das indes noch in Nordamerika der Fall, wo die Negerlogen der Anerkennung entbehren“ (II, 218). An der Gleichberechtigung der Deutschen im Kampf um das nationale Dasein lag unsern Freimaurern verteufelt wenig, die Schwarzen dagegen konnten auf ihre Hilfe rechnen. So wurde z. B. der genannte Br. Findel von der Niggergroßloge Prince Hall zu Boston 1871 zum Ehrengroßmeister und Generalvertreter bei den europäischen Großlogen ernannt und die Bitte ausgesprochen, er möge seinen Einfluß dahin geltend machen, die vollständige Anerkennung der Niggerlogen zu erwirken. Br. Findel fühlte sich durch diese Auszeichnung hoch geehrt, machte sich schleunig auf den Weg, schrieb an alle Logen und bat inständig um Gleichberechtigung der schwarzen Brüder.

Ähnliche Fälle von Würdelosigkeit sind in der Geschichte des deutschen Freimaurertums nicht selten. Wie weit es aber mit der Selbstentmannung kommen konnte, davon gibt nachstehende Stelle aus dem „Allgemeinen Handbuch der Freimaurerei“ erschütternde Kunde. Nachdem festgestellt wird, daß die „weltbürgerliche Liebe“ uns über „die Vorurteile der Völkerschaft“ erhebe, heißt es: „Die Freimaurerei ist die einzige Gesellschaft auf Erden, die sich die Pflege und Beförderung des Weltbürgertums zur Aufgabe gestellt hat. Demgemäß dürfen die Logen nur weltbürgerliche Bestrebungen fördern und sich nicht bei vaterländischen oder staatsbürgerlichen Bestrebungen beteiligen. An der Leipziger-Schlachtfeier haben die Logen keinen Teil genommen, denn es war ein vaterländisches Fest. Als in einer deutschen Loge der Vorschlag gemacht wurde, aus der Logenkasse einen Beitrag für Schleswig-Holstein zu entnehmen, da legte dagegen mit Recht ein Mitglied der Loge Verwahrung ein. Ebenso war es dem Bundeszwecke zuwiderlaufend, als eine deutsche Großloge 1000 Taler zur

Herstellung einer deutschen Flotte beisteuerte. Die erhobene Einsprache hatte zur Folge, daß keine deutsche Loge das gegebene Beispiel nachahmte“ (II, 203). In der Neuauflage von 1901 ist dieses belastende Stück wohlweislich gestrichen worden. Also Bestrebungen, die das Deutschtum stärken und das Deutsche Reich schirmen sollten, galten noch nach dem großen Kriege 1870/71 als dem „Bundeszweck zuwiderlaufend“!

Das hat sich bis auf heute nicht geändert.

Unter den heutigen deutschen Freimaurern steht Dr. D. Bischoff als Vorsitzender des „Vereins deutscher Freimaurer“ mit an der Spitze des Brudertums. Eine seiner Hauptschriften heißt „Maurertum und Menschheitsbau“. Auf mehreren hundert Seiten faselt er von der Notwendigkeit, einen „bestimmten Menschheitsgeist“ zu züchten, sieht den „Beruf des Freimaurertums“ darin, für das „gesamte Menschheitswohl“ zu sorgen. Die Worte „deutsches Volk“, „Deutschtum“ habe ich im ganzen Buch des Br. Bischoff nicht gefunden, diese Begriffe sind für ihn nicht vorhanden! Derselbe Mann verteidigt noch heute die Ententemaurer und sagt öffentlich, es sei falsch, die westlichen Brüder für die Politik der Alliierten verantwortlich zu machen! Und er tut das, nachdem selbst deutsche Maurer (Ohr, Müffelmann, Heise, Freymann) ihre Kurzsichtigkeit eingestanden haben und gegen die Humanitätsbrüder in Frankreich und England aufgetreten sind.

Br. Bonne, Br. Prof. Selter u. a. wehren sich mit Händen und Füßen, das Ziel ihres Strebens in der Verklärung, Festigung und Verteidigung deutschen Wesens zu sehen, reden vom „Menschheitshimmel“, „Menschheitstempel“ usw. Br. A. Horneffer, der bekannte Münchener Logenschließer, mault ab und zu über die Entente, die die „goldne Hoffnung“, den „Glauben an die Menschheit“, der während zweier Jahre das deutsche Volk belebte, zunichte gemacht

hätte. Aber im selben Atemzuge, als er das Aufflammen unseres Nationalgefühles feststellt, fügt er hinzu: „Wir wissen nicht, ob wir uns dessen freuen oder trauern sollen. Neue Prüfungen kündet uns dieses Morgenrot."

Von dieser traurigen Sippschaft muß sich jeder, dem das Wort Deutschtum mehr ist als ein Flederwisch, angeekelt abwenden. Solange noch Leute dieser Art Freimaurer sind, bleibe man uns gefälligst mit der „deutschen Freimaurerei" vom Leibe, mit der jetzt wieder eifrig hausiert wird.

II.

Jede Idee bringt bei ihrer Durchführung ihre notwendigen Ergebnisse mit sich. Wurde die „Gleichheit aller Menschen" auf die Fahne geschrieben, so konnte keine Ausnahme zugelassen werden, wollte man dies grundlegende Prinzip des Freimaurertums nicht aufgeben. Und so war denn auch dem Juden eine Bresche geschlagen, durch die sich sein Einbruch in die Kultur Europas vollzog.

Es entbehrt nicht der Tragik, zu sehen, wie das Eindringen des Juden in die Freimaurerei Deutschlands vor sich ging. Die ersten Logen wurden unter französischem Schutze in Frankfurt a. M. gegründet. Besonders bekannt ist hier die noch heute bestehende Loge „Zur aufgehenden Morgenröte", der die Juden Börne (der vom Todestage Goethes ab die „deutsche" Freiheit rechnete), Auerbach, Gabriel Rießer angehörten.

Deutsche Schwärmer und Schwätzer fanden sich genug, die überall im Reiche eifrig für das „arme verfolgte Volk" eintraten und das „christliche Prinzip" als dem Maurertum widersprechend hinstellten. Ein sehr bekannter deutscher Freimaurer, Dr. Kloß, hielt große Vorträge über die „Unstatthaftigkeit", ein positives Christentum in der Maurerei zu betreiben, es könnte als konfessionelle

Streitigkeit aufgefaßt werden. Br. Albanus sah in den Hebräern „liebe Brüder", „gute Söhne Gottes", die „voller Ehrfurcht vor Jesus" seien usw. Die Juden selbst wurden nicht müde, für ihre Zwecke alles in Bewegung zu setzen. Br. Abraham Ellisen lief Sturm gegen den „finsteren Geist" des preußischen Maurertums, der sich „unserer erhabenen Mutterloge, dem Großorient von Frankreich", nicht unbedingt unterwerfen wollte. Br. G. Salomon schrieb 1845, eine „christliche Freimaurerei" wäre der „schreiendste Widerspruch". Br. Goldenberg sah geradezu die Bekämpfung des Antisemitismus als die „vornehmste Aufgabe der Freimaurerei" an. Der deutsche Br. M. G. Conrad ging soweit, Notzucht, Elternschändung, Totschlag als etwas weniger Schlimmes als den Antisemitismus hinzustellen.

Aus diesen Stimmen ist schon ersichtlich, daß trotz der Anerkennung der Phrase von der Gleichheit aller Menschen vielfach ein gesundes Nationalgefühl sich gegen die mosaischen „Brüder" bemerkbar machte. Tatsächlich traten einige deutsche Maurer auf, wiesen auf die Unsittlichkeiten des Talmuds hin, betonten die Notwendigkeit einer christlichen Orientierung. Auf verschiedenen Maurerkongressen wurde die Judenfrage behandelt, die Großlogen von Paris, London, Neuyork, in denen Israel schon gut eingenistet war, traten unentwegt für das „auserwählte Volk" ein, bis schließlich die Judengegner Schritt für Schritt wichen. Um 1850 gaben auch die preußischen Logen nach. Und als 1899 in der Großloge Royal York zu Berlin noch einmal der Versuch gemacht wurde, das „christliche Prinzip" wieder einzuführen, wurde dieser Vorschlag mit 67 gegen 2 Stimmen abgewiesen.

Br. Findel, der bekannte Verfasser einer Geschichte der Freimaurerei, sprach 1861 von der „sogenannten Judenfrage", sah alle antijüdisch angehauchten Männer als „Aftermaurer" an und predigte unentwegt die Gleichbe-

rechtigung. Br. Findel war aber ein ehrlicher Mann. Vierzig Jahre hatte es bedurft, um ihn an seiner Maurerweisheit irre zu machen. Schließlich bekehrten ihn seine schlimmen Erfahrungen, sein Studium des Judentums aber doch. Und 1901 sprach er: „Es handelt sich weniger um einen Kampf für das Humanitätsprinzip, als vielmehr um einen Kampf für die Interessen und die Machtstellung des Judentums.“ Damit hatte er allerdings den Nagel auf den Kopf getroffen, besonders, wenn er hinzufügte, daß „das Judentum, wenn auch versteckt und schlau verdeckt, bereits die herrschende Macht in manchen Großlogen Europas“ geworden sei.

Aber diese verspätete Einsicht, die sich außerdem doch nicht zur Forderung des nationalen Ausschlusses aufschwang, half nichts mehr. Im selben Jahr erschien die Freimaurerbibel für Deutschland in neuer Auflage, das „Allgemeine Handbuch der Freimaurerei“, wo ausdrücklich bedauert wird, daß der böse Antisemitismus den „Vernichtungsprozeß zwischen Christen und Juden verlangsamt“ habe (1, 516) und wo die Verfasser feststellen: „Es ist allgemein anerkannt, daß ein Antisemit nicht Freimaurer sein kann“ (1, 44). Man beachte die Fassung dieses unglaublichen Spruches. Alle Anschauungen dürfen im Freimaurertum Geltung haben: Orientalen, Neger, Mulatten sind „Brüder“, nur nicht der Antisemit! Dieser bildet eine derart verabscheuungswürdige Menschenklasse, daß sogar der allermenschlichste Freimaurerbund sich vor dieser „Kulturschande“ freizuhalten hat. Daß damit aber alle Großen aller Völker in diese Menschengruppe rücken, kümmert diese Sturmböcke des Judentums wenig.

Die Judenfrage in der Vergangenheit des „deutschen“ Maurertums ist einer der traurigsten Abschnitte der Ausartungen deutscher Würdelosigkeit. Man irrt sich aber sehr, wenn man glaubt, es sei wenigstens in der Zeit der heutigen deutschen Not ein wirklich nationaler Funke in der

deutschen Freimaurerei lebendig geworden. Im Gegenteil, jämmerlicher ist es geworden, denn zur grundsätzlichen Undeutschheit hat sich ein ganz übles, verschwommenes „deutsches" Pathos gesellt, das über die germanenfeindlichen Grundsätze der heutigen Freimaurerei hinwegtäuschen möchte.

III.

In München lebt der bekannte Freimaurer August Horneffer. In seinem Werk „Der Bund der Freimaurer" schrieb er 1913, es sei eine „generelle Zurückweisung des vielgeprüften Volkes (der Juden) unbedingt verwerflich und den maurerischen Grundsätzen zuwider" (S. 94). Hier haben wir die bezeichnende Ausdrucksweise der „deutschen" Anschauungen unserer Freimaurer. Solch ein angeblicher Freigeist und Fortschrittsfanatiker schwört auf den „maurerischen Grundsatz" der völligen Menschengleichheit, der grenzenlosen Duldsamkeit, der Brüderlichkeit mit Mestizen, Juden und Niggern. Ob das Deutschtum, das deutsche Volk von irgendeinem anderen zugrunde gerichtet wird, kümmert diese Prediger der Humanität wenig. Ihr Deutschtum hört immer dort auf, wo es auf andere „Ideale" stößt.

Nie ist die Judenfrage in ihrer ganzen Größe greifbarer für jeden Unbefangenen gewesen als heute, nie hat das Judentum seiner Anmaßung so freien Lauf gelassen wie jetzt. Keine Frage läßt sich behandeln, kein Gebiet deutschen Lebens kann man betreten, ohne auf den jüdischen, deutschfeindlichen Einfluß zu stoßen. Wer sich dagegen wehrt, ist ein Feind unserer Freimaurer.

Dagegen hat man für den jüdischen Chauvinismus die größte Vorliebe. — Wenn irgendwo ein überspannter Nationalismus zutage tritt, so in den zionistischen Blättern. Die „deutschen" Zionisten preisen auf allen ihren Tagun-

gen England als ihren Freund und Beschützer, sie „verbitten" es sich, daß man ihnen, obgleich sie deutsche Staatsbürger sind, zumute, auch an deutsche Belange zu denken, sie schicken mit ihren englischen Freunden Danktelegramme an Lloyd George nach Spa, gerade um die Zeit, als er Deutschland dort den Kohlenvertrag diktierte usw. Und angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsachen schreibt derselbe Herr Horneffer an einen Zionisten: „Sie haben ganz recht, wenn sie die Verträglichkeit der zionistischen Bewegung mit den freimaurerischen Idealen behaupten ... Ich verfolge mit größtem Anteil das zionistische Unternehmen, habe schon meine Bewunderung für den reinen Idealismus der Führer ausgesprochen" („Der unsichtbare Tempel", Juni 1920). Für Deutschland hofft der brave Freimaurer auf einen „Ausgleich zwischen dem Nationalismus und Kosmopolitismus" und meint angesichts der stärker werdenden Woge des deutschen Volksgefühls: „Wir wissen nicht, ob wir uns dessen freuen oder ob wir trauern sollen. Neue Prüfungen kündet uns dieses Morgenrot." Bei den Juden verfolgt er die frechsten Anmaßungen mit „größtem Anteil" und „Bewunderung"!

Ich habe den Münchner Bruder herausgegriffen, weil er ein bezeichnendes Beispiel für die Geistesverfassung des deutschen Maurertums auch in der heutigen Zeit unseres Kampfes um unser Daseinsrecht und unser Volkstum abgibt. Die anderen führenden Brüder denken aber ebenso. Da ist z. B. der Vorsitzende des „Vereins deutscher Freimaurer", Dietrich Bischoff. Dieser hat eine Schrift gegen den Antisemitismus verfaßt, und der Verein preist sie in einem Flugblatt an alle Brüder (September 1920) wärmstens an und fordert alle auf, das Werk an Richter, Politiker, Lehrer usw. kostenlos zu übersenden. Zugleich tritt Bischoff als öffentlicher Redner gegen Dr. Wichtl auf und verteidigt nicht nur die Juden, sondern auch die Ententelogen, die — laut seinen Worten — un-

schuldig an der Politik der Alliierten seien. Und dies geschieht, obgleich selbst Freimaurern die Augen übergegangen sind: Wilhelm Ohr, Karl Heise, Müffelmann, Freymann u. a.!

Es kommt aber noch besser. — Die „freimaurerischen Grundsätze“ anerkennen keine Vereinigungen, die ausschließlich nur Volksgenossen aufnehmen. Deutsche Bünde, die Juden ausschließen, sind ihnen Beispiele von „mittelalterlicher Beschränktheit“; wie das „Allgemeine Handbuch der Freimaurerei“ sagt: „Ein Antisemit kann nicht Freimaurer sein“. Nun gibt es aber rein jüdische Bünde, die nicht nur in Deutschland, sondern über die ganze Welt zerstreut und einheitlich organisiert sind. Bekanntlich unter ihnen ist der 450 Logen zählende B'nai-B'rith-Orden. Und dieser rein jüdische Verband (auf antimaurerischem Prinzip beruhend) wird heute von unseren Freimaurern in den Himmel gehoben, und der Bruder Schwabe, Sekretär des „Vereins deutscher Freimaurer“, spricht in einem meterlangen Aufsatz, in dem er selbst zugibt, von der inneren Organisation des Judenbundes wenig zu wissen, „über den Weltmissionsgedanken des Ordens in Deutschland“!

Die Angriffe also, die sich aus völkischem Lager gegen die Freimaurer in Deutschland erheben, sind mehr als gerechtfertigt. Man stellt nur eine Tatsache fest, wenn man sagt, die 65 000 deutschen Maurer und ihr ganzer Anhang hätten alles von ihnen Abhängende getan, um eine Stimmung nationaler Würdelosigkeit verbreiten zu helfen, die sich heute zu stickiger Muffigkeit verdichtet hat.

Und sinnbildlich für diesen geistigen Zustand ist für mich ein Bild des im selben Verlage wie die „Frankfurter Zeitung“ erscheinenden „Illustrierten Blattes“ geworden (1920, Nr. 45). Hier ist die Photographie eines Paares auf einem in Niederschöneweide bei Berlin gegründeten Grundstein eines „überkonfessionellen“ Hauses stehend, zu sehen: ein Freimaurer im Schurz mit Kelle und Hammer

und ein bannerschwingender Jude daneben. Unter dem Bilde steht zu lesen, der „Bund der Überkonfessionellen“ beabsichtige, solche Häuser in der ganzen Welt zu bauen und sich einen Stab von Schriftleitern zu halten, der seine Ideen in der ganzen Welt verbreiten solle.

Das Freimaurertum, verbündet mit dem Judentum, gegen das Christentum und das Deutschtum, das ist der Sinn des Bildes, und das ist auch der eigentliche Sinn der Freimaurerei im Deutschen Reich.

Dr. Gerlich gegen Dietrich Eckart.

„Völkischer Beobachter“, 31. März 1921.

Dr. Gerlich, erst Mitglied der Vaterlandspartei, dann Demokrat, war einer der berüchtigsten Vorkämpfer des Judentums. Er trieb es so schlimm, daß er schließlich den Eindruck erweckte, selbst Jude zu sein oder zum mindesten außerordentlich starke Bindungen zum Judentum zu haben. Darauf griff Dietrich Eckart Gerlich an. Mit dem daraus entstehenden Prozeß beschäftigte sich Alfred Rosenberg in seinem Aufsatz im „Völkischen Beobachter“ vom 31. März 1921. Späterhin trat Gerlich zum Katholizismus über und betätigte sich noch in der Zeitschrift „Der gerade Weg“ als einer der übelsten Vertreter der schwarzen Reaktion in Bayern, bis ihm das neue Reich das Handwerk legte.

Am 22. und 23. März spielte sich in zweiter Instanz der Prozeß Dr. Gerlich gegen Dietrich Eckart ab. Eckart hatte in Gerlichs politischer Arbeit ein Wirken gesehen, das jüdischen Belangen Vorschub leiste. Er hatte ihn einen „Judentzer“ genannt und hinter seinen Namen geschrieben: (Gerson Ehrlich?). Darauf folgte ein Beleidigungsprozeß, in dem Dietrich Eckart wegen „übler Nachrede“ zu 100 Mark

Geldstrafe verurteilt wurde. Beide Parteien hatten Berufung eingelegt.

Da in den Tageszeitungen — namentlich in der „Münchener Post" und den „Münchener Neuesten Nachrichten" — sich einige merkwürdige Zurechtstutzungen über den Verlauf der Verhandlung finden, bezeichnende Dinge aber einfach unter den Tisch geworfen worden sind, so sei hier einiges zur Zeichnung des Dr. Gerlich nachgetragen.

Eckart schilderte den Gang der Juden zur heutigen Geld- und Weltherrschaft, er wies auf die warnenden Stimmen vieler Geschichtsschreiber hin, führte die Großen aller Völker an, die alle ausgesprochene Judengegner waren. Er schilderte an der Hand von Belegen die mit Absicht ins deutsche Volkstum hineingetragene Unsittlichkeit der fast ganz in jüdischen Händen befindlichen Theater, Kinos usw. Im politischen Leben habe der jüdische Bolschewismus auch dem Blödesten die Augen öffnen müssen. Wenn nun aber gar Männer im öffentlichen Leben ständen und Führerstellungen einnähmen, so sei es deren Pflicht, das deutsche Volk vor dem Judentum zu warnen, die Tatsachen zu nennen und zu kennzeichnen. Wer dies nicht tue, sei eben ein Judenpatron, ein Judenhzer. Dr. Gerlich habe nach der Räterepublik auch die hauptsächliche Leitung des „Feuerjo" in Händen gehabt und es dabei fertig gebracht, unter der Rubrik „Worte unserer Großen" — Gustav Landauer anzuführen. (Ich bemerke hierzu, daß der Jude Martin Buber auf dem Zionistenkongreß zu Prag 1920 sagte, der arme Landauer sei „inmitten eines feindlichen Volkes" gezwungen worden, eine führende Stellung anzunehmen!) Dieses und verschiedenes andere habe ihn veranlaßt, Gerlich als Judenhzer zu bezeichnen.

Dem Gericht lag ein Artikel Dr. Gerlichs aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" vor, in dem die Juden und die heutigen Deutschen als gleiche Charaktere bezeichnet werden. Eckart nannte dies eine Beleidigung des deutschen

Volkes. Das Gericht nahm auf den Aufsatz keine Rücksicht, weil er nach Dietrich Eckarts Angriff geschrieben worden war.

Ich mußte als Zeuge auf eine merkwürdige Geistesanlage Dr. Gerlichs hinweisen. Der Mann, der den Marxismus und den Bolschewismus als kulturvernichtend schildert, der in ihm eine Entfesselung aller Gier sieht, benannte denselben Vortrag, in dem er das ausführte: „Der Marxismus als religiöse Bewegung!“ Jedes Kind weiß heute, daß Trotzki einen jener fürchterlichsten Menschenhenker darstellt, wie die Geschichte sie nur selten aufweist: auch Dr. Gerlich schildert die Bolschewistenhäupter so. Und trotzdem nannte er Trotzkis Lehre eine „mystisch begeisterte Predigt“. Ich habe mit dieser Aussage nicht behauptet, wie Dr. Gerlich mir die Worte herumdrehte, er treibe kommunistische Propaganda, sondern nur auf ein psychologisches Moment aufmerksam gemacht und auf die merkwürdigen Gehirnwindungen des Leiters der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die auch von Schwarz gelegentlich sagen, daß es doch Weiß sei. Es liegt hier eine Zwiespältigkeit vor, wie man sie auch bei vielen „guten Juden“ findet. „Gut bürgerlich“ sonst, aber innerlich doch voll geheimer Anbetung vor dem Heiligen Marx und seinen gläubig begeisterten Nachfolgern.

Die Tatsache der jüdischen Bankherrschaft gibt Dr. Gerlich — wohl ungewollt — dadurch zu, daß er (laut Protokoll der ersten Verhandlung) „gegen den Antisemitismus aus weltpolitischen Gründen“ sei, da Deutschland auswärtige Unterstützung, Anleihen usw. brauche. Folgerichtig dürfte Dr. Gerlich kein böses Wort gegen Franzosen, Engländer, Amerikaner sagen, die man doch in Anspruch nehmen muß, will man wirklich sein Heil in auswärtiger Hilfe sehen. Aber gegen diese Völker bläst man die nationale Tuba bis zum Bersten, nur für die Juden muß man „weltpolitische Gründe“ ins Feld führen. Oder geht Dr. Gerlich

gar so weit, die Juden überhaupt als die einzige Macht der Welt zu betrachten, gegen die Franzosen usw. gar nicht in Betracht kämen?

Die deutschvölkischen Grundsätze hören — nach Dr. Gerlich — da auf, wo die Tantiemen beginnen. Eckart z. B. habe große Einnahmen durch seine „Peer-Gynt"-Nachdichtung. Hier ist zu sagen, daß das Berliner Schauspielhaus und andere Stadttheater Bildungsstätten für das ganze deutsche Volk sind, und wenn ein Jude in ihnen sitzt, dies eben zu Unrecht geschieht. Außerdem zahlen doch die vielen Theaterbesucher und nicht dieser oder jener jüdische Direktor. Darum: nicht Zurückziehung deutscher Werke, sondern Hinauswurf jüdischer Leiter.

Dr. Gerlich gab den Deutschen schuld an den heutigen Zuständen. Gut. Dann müßte er aber mit allen Kräften mithelfen, diese Fehler gutzumachen. D. h. er müßte kämpfen, damit nicht wieder — wie in Berlin — zum ersten Weihnachtsfeiertag 1919 die „Tribüne" diesen Tag mit nackten Weibern auf der Bühne feiert, und der Jude Altmann vom „Berliner Schauspielhaus" die „Hose" des Juden Sternheim auf die Bühne bringt, wo u. a. die Worte: „Heute noch sollst Du mit mir im Paradiese sein" aufs Schlafzimmer gemünzt werden. Oder daß auf allen in jüdischen Händen befindlichen Theatern der Reichshauptstadt in der Winterspielzeit 1918/19 Goethe einmal mit „Clavigo", Schiller einmal mit „Maria Stuart" zu Worte kamen, sonst nur Ausländer und Juden. Genau so war es 1919/20, und so ist es auch jetzt noch. Auch hier steht der Kämpfer fürs Deutschtum auf Seite der Juden. Er unterscheidet „scharf zwischen Juden und Juden".

Es ist unsagbar niederschmetternd, mitten im Deutschen Reiche gegen Leute kämpfen zu müssen, deren geistige und seelische Einstellung sie bei jedem Konflikt sich ins Lager der Hebräer stellen läßt.

Auch Dr. Gerlichs Verteidiger gehört hierher. Er sprach in seiner nichtssagenden Verteidigung einige Worte, die Dr. Kemmerich in seine „Kultur-Kuriosa“ aufnehmen müßte: der Staat Friedrichs des Großen hätte über den Staat Maria Theresias gesiegt, weil der preußische König viele jüdische Geschäftsleute um sich gehabt habe! — Und dann bemitleidete er — Magnus Hirschfeld, den böse Antisemiten verprügelt hätten! Also: Wenn einer der gefährlichsten Schmierfinken öffentlich „sexuale Vorträge“ hält, keine Regierung dies untersagt, und wenn sich ein paar Leute finden, die diesen Schmutz nicht mehr dulden, da stellt sich ein deutscher Akademiker auf die Seite des alten Päderasten. Und da wundert man sich, daß wir so weit gekommen sind!

Diese Judenpatrone können nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Der Prozeß Gerlich-Eckart hat diese Notwendigkeit nochmals gezeigt. Ein unbeugsames klares Deutschtum brauchen wir heute, damit die Erschütterungen unseres heutigen Daseins zum Stahlbad der Erneuerung werden und nicht zum Sumpfe, der schließlich alles Aufrechte erstickt und verschlingt.

Für den Ausdruck „Judenker“ billigte das Gericht Dr. Gerlich keinen gesetzlichen Schutz zu, nahm aber an, daß damit eine herabsetzende Absicht verbunden war und erkannte für Dietrich Eckart das alte Strafmaß von 100 M. Mit der „empfindlichen Strafe“, der „exemplarischen Bestrafung“, die Gerlich forderte, ist es also nichts geworden. Selbst die Formhaftigkeit unseres Gerichtes konnte hier nicht mehr mtt.

Selbstschutz!

„Völkischer Beobachter", 2. April 1921.

Die Gegensätzlichkeit der Erscheinungen ist die Grundlage unseres Lebens. Ohne das Gegenspiel wäre uns das Wesen des einen Teils unverständlich. Positio läßt sich ohne Negatio nicht denken, „für" nicht ohne „gegen" begreifen. Im politischen Leben heißen die sich gegenseitig bedingenden und wieder hervorrufenden Kräfte Volkstum und Internationalismus.

Die rote internationale Strömung, wie sie eben in Rußland blutige Feste feiert und seit Jahr und Tag ihre Hand nach dem deutschen Volk ausstreckt, und der goldene internationale Schwesterstrom aus dem demokratisch-jüdischen Westen haben sich in Berlin einen Mittelpunkt gemeinsamer Tätigkeit geschaffen. Und so soll das deutsche Volk abwechselnd bald ausgewuchert, bald ausgeplündert werden.

Leopold Ranke schrieb einmal ein seherisches Wort in seiner „Geschichte der Päpste". Er sagte, wenn sich wieder einmal ein internationaler Grundsatz aufmachen würde, um Europa zu seiner Anerkennung zu zwingen, so entstände dagegen notwendig eine entschlossene völkische Abwehr.

Eine solche Aufbäumung gegen ein allem Bodenständigen feindliches überstaatliches System bedeuten heute auch die bayerischen Heimatwehren. Sollen sie aber leisten, was ihre geschichtliche und nationale Aufgabe ist, so müssen sie vor allem wissen, daß der heutige Internationalismus eine angreifende und unduldsame Kraft ist. Begnügt sich unser Selbstschutz nur mit der Abwehr, so begibt er sich von vornherein in eine für ihn ungünstige Verteidigungsstellung. Er verliert die Zielsicherheit und muß sich auf immer mehr

unvorhergesehene Maßnahmen einstellen. Und wenn nun diese Angriffe Tag für Tag aus Berlin erneuert werden, dann bröckelt doch hier und da ein Stück aus seinem Gefüge ab; sei es auch nur ein Teil des Vertrauens der Bevölkerung zum Selbstschutz.

Die bayerischen Einwohnerwehren haben nicht darauf zu warten, bis man ihnen Entwaffnungsbefehle schickt, sondern sie haben laut zu fordern, daß alles fremde Gesindel, das sich in den Wunden des deutschen Volkskörpers einnisten will oder schon eingenistet hat, beseitigt wird. Sie haben sich bewußt zu werden, daß eine Kraft nur durch eine andere Kraft aufgehoben wird, nicht durch liberale Duldsamkeit. Denn diese Duldsamkeit dem volksfeindlichen Internationalismus gegenüber bedeutet Aufgeben des eigenen Selbstes.

Einst wurde das Deutsche Reich vom Norden aus gebaut. In Bayern hatten viele das Gefühl gehabt, „nur hinzugenommen" worden zu sein. Heute liegen die Dinge anders. Bayern steht am ungebrochensten da, den Anstoß zu neuer Gesundung erwarten Millionen Deutsche vom Süden aus. Nicht los vom Reiche und los von Berlin, sondern hin nach Berlin, zurück zum Deutschen Reiche. Der Selbstschutz Bayerns ist heute eine der wenigen Hoffnungen, die uns auf ein Reich Deutscher Nation noch geblieben sind. Nicht Mehrheiten und Stimmzettel entscheiden letzten Endes Schicksalsfragen eines Volkes, sondern Kraft- und Rechtsbewußtsein. Das sei das Bewußtsein des bayerischen Selbstschutzes. Entsagen die Bayern dieser heute auf sie entfallenen geschichtlichen deutschen Sendung, so werden sich die Wunden Deutschlands immer mehr öffnen, der Schwarm der Schmarotzer wird immer mehr zunehmen, bis gierige Heere aus dem Osten den Untergang bringen. Denn ein Volk *kann* untergehen. Dies ist der Fall, wenn es sein Eigenleben, seine Persönlichkeit, seine Ehre mit Füßen treten läßt, ohne flammend und ununterbrochen durch Wort und Tat

dagegen anzugehen. Ein Volk geht unter, wenn es keine Seele mehr hat, keinen Charakter mehr besitzt. So gingen Hellas und das alte Rom zugrunde. So kann auch Deutschland zugrunde gehen, und nur ein Menschenhaufen wird nachbleiben, der Geschäfte macht und spekuliert, wenn das Wort Selbstschutz in Stadt und Land, mit Gewehr und Feder, mit Gedanken und Worten und Taten nicht lebendig bleibt und aktiv fordert: *deutsche Selbstbestimmung!*

Eine antisemitische Internationale?

„Völkischer Beobachter", 14. April 1921.

Verschiedentlich wird zur Abwehr der jüdischen Organisationen der Gedanke einer antisemitischen Internationale erwogen. Die Führer der einzelnen völkischen Gruppen sollen sich zu einem „Großen Rat" vereinigen, von dem aus alle Maßnahmen einheitlich geleitet werden. Dieser scheinbar sehr verlockende Gedanke ist in dieser Form abzulehnen. Es ist natürlich, daß die Antisemiten Frankreichs, Englands, Deutschlands engere Fühlung miteinander suchen, doch nie und nimmer dürfen wir das Schwergewicht auf eine wie immer geartete internationale Organisation richten. Die Judenplage wird entweder in jedem Volke von innen heraus, auf Grund einer geschlossenen und abgeschlossenen völkischen Maßnahme abgeworfen werden, oder durch Eingriff von außen. Der erste Fall würde die Lebenskraft des Volkes beweisen, der zweite — Mangel an Charakter.

Ausländische Verbindungen dürfen für uns nur Hilfsmaßnahmen sein, nie ein Faktor, den wir in unsere Rechnung setzen. Wir haben

den Glauben an uns oder wir haben ihn nicht. Sich Hoffnungen auf französische Antisemiten machen, heißt: den alten, unseligen Glauben an das Ausland wieder beleben. Es bleibt sich letzten Endes gleich, ob der deutsche Arbeiter an Monsieur Blum oder an Monsieur Longuet glaubt, oder der deutsche Antisemit an die Herren von der „Vieille France“.

Bei Beurteilung jeder Anschauung kommt es darauf an, zu ermitteln, wo ihr Schwergewicht ruht. Diese Richtung bestimmt schließlich auch Mittel und Endziel einer geistigen Bewegung. Der Antisemitismus als die verneinende Seite des Wiederaufbaues des deutschen Hauses (gleichsam das Wegräumen eines Schutthaufens) kann nur aus dem einzig und allein wuchshaften Volkstum kommen, und muß in seinen Maßnahmen und in seinen zu erstrebenden Ergebnissen ebenfalls nur auf die Interessen des Deutschtums gestimmt sein.

Des Juden Macht hat von jeher auf einer Täuschung beruht. Im Dunkel der Geheimgesellschaften, unter Decknamen in der Presse und im Schrifttum, als ungesehener Herr im Bankhause, als unbekannter Besitzer aller Telegraphenbüros und als ebenso unbekannter Gläubiger der Regierungen, dauerte seine Macht genau so lange, als der Glaube des ausgebeuteten Volkes an seine Lügenfassaden vorhanden war, oder bis er, unersättlich von Natur, sein Antlitz gar zu offenkundlich zeigte. Einmal erkannt, hat noch jedes Volk dem dummschlauen Eindringling mit einer Handbewegung beseitigt. In wenigen Tagen schiffte einst König Manuel von Portugal seine Juden aus. Ferdinand von Spanien setzte in kurzer Zeit 300 000 Hebräer außer Landes. Philipp der Schöne von Frankreich tat das gleiche, die größeren Städte Deutschlands ähnliches. Es ist für den Arier bezeichnend, daß er oft unbesorgt am Rande eines Abgrundes dahinwandelt. Er sieht oft in die Wolken und läßt sich unterdes die Taschen leeren. Doch wenn schließlich

der gierige Wucherer nach der Blume in der Hand greift, kommt das Erwachen über den arglosen Wanderer, ein Erkennen und eine Abrechnung (Drumont).

Der Jude ist uns in jeder Beziehung weit unterlegen. Er zehrt an unserer Großmütigkeit, wie der Efeu sich mit tausend Wurzeln an der Eiche ansaugt. Eine tatkräftige Operation wird sich auch in unserer Zeit mit Naturnotwendigkeit ergeben. Es gilt nur auch, weiter zu schauen, eine unpersönliche Schranke zu schaffen, die den Schmarotzer hindert, nochmals Wurzel fassen zu können.

Selbstvertrauen, Glaube an sich, rücksichtsloser Wahrheitssinn und Bekennermut: das sind die Eckpfeiler unseres Kampfes. Ausgangspunkt und Ziel ist das deutsche Volkstum. Alles andere ist Hilfsmittel und darf nie die Richtung unseres Tuns bestimmen.

Schwarze, französische, jüdische und deutsche Schmach!

„Völkischer Beobachter", 14. April 1921.

In München wird in verschiedenen Kinos eben die „Schwarze Schmach" auf Grund urkundlicher Beweise dem Publikum vorgeführt. Mehrere Akte hindurch ist man jedoch im Unklaren, ob das ein Anklagefilm ist oder eine versteckte Verherrlichung der ritterlichen Franzosen. Schwarze Soldaten, die lustig grinsen und manchmal unwillkürlich ein Lachen abnötigen, verfolgen ein deutsches Mädchen. Das flüchtet in eine Gaststätte. Es folgt Belagerung durch schwarze Franzosen. In höchster Not erscheinen weiße Franzosen, retten das Mädchen. Der Vater dankt, das Mädchen dankt, der Bräutigam dankt: der ritterliche Franzosenoffizier verläßt als Held den Schauplatz — . . . Später kommen einige packende Massenauftritte. Der Schluß:

ein Appell an die Menschheit! Jeder Deutsche hätte erwartet, Deutsche aller Stände zum Schwur vereint zu sehen, nicht ruhen und rasten zu wollen, ehe nicht die Verachtung und der Haß gegen alle diese Gemeinheiten am deutschen Rhein und ihre Urheber in der ganzen Welt, besonders aber in Deutschland, in jedem lebendig erhalten würden. Statt dessen wehmütig erhobene Frauenhände und das ergebene Wort des deutschen Frauenarztes: „Wir Deutsche sind so grausam hilflos . . ."

Schwarze Schmach! Jawohl. Aber noch vielmehr: Französische Schmach. Denn die Verfrachtung der unglückseligen Wilden vom Senegal, aus den Palmenwäldern Madagaskars, in Ketten auf französische Schiffe geschafft und in die Wiege europäischer Kultur versetzt, ist die Ursache des Elends.

Der „ritterliche" Franzose sagt im Film, er könne wenig tun, er müsse der „hohen" Politik gehorchen. Und auch hier wollen wir das Tüpfelchen auf das i setzen.

Die „Münchener Zeitung", die ständig zwischen zwei Stühlen zu sitzen als ihre Lieblingsstellung anzusehen scheint, schwang sich vor einigen Tagen dazu auf, die „Drahtzieher der französischen Republik" zu kennzeichnen. Beileibe natürlich nicht mit einem eigenen klaren Angriffsaufsatz, sondern ziemlich unverbindlich mit einem Auszug aus dem Werk eines Franzosen Réboux, der die Poincaré, Viviani und anderen ehrgeizigen Rechtsanwälte als die Marionetten der Pariser Finanzkreise kennzeichnet: „Man nenne mir nicht", sagt Réboux, „den Präsidenten der Republik, nicht den Kabinettschef, nicht die Minister, sie sind Puppen. Sie heben die Arme, drehen den Kopf, wenn die Banken an dem Drahte ziehen. Wir werden regiert durch die „Banque de France". — Wer die Herren der Banken und der Börse auch in Paris sind, sagt die „Münchener Zeitung" — natürlich — nicht. Es sind die Rothschild und die Hirsch, die Pereira und Ephrussi, die

Reinach und Porges, die Meyer und Mayer, die Scharff und Markus usw. Kurz, es sind fast ausschließlich Juden!

Und wenn nun die „hohe Politik“ Frankreich zur Schwarzen Schmach zwingt, so wissen wir, wer letzten Endes seine teuflische Freude daran hat, das deutsche Volk in Schande zu stürzen, durch seine neuen Handlanger vergewaltigen zu lassen.

Und das ist die jüdische Schmach unserer Tage!

Judas Schuldbuch ist voll, übervoll . . .

Unlängst sagte ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter öffentlich im Parlament des deutschen Volkes: die weißblaue, bayerische Schmach sei schlimmer als die schwarze Schmach! Dieser Schuft sitzt nicht im Zuchthaus, er ist nicht einmal vor Gericht gezogen worden, er ist immer noch „Volksvertreter“, die Sache ist — vergessen. Immunität!

Das ist die Deutsche Schmach von 1921!

Paul de Lagarde und die Banken

„Völkischer Beobachter“, 8. Mai 1921.

Nicht selten haben die völkischen Führer mit dem Vorwurf zu kämpfen: „Warum kommt ihr erst jetzt mit euren Forderungen, warum habt ihr uns das alles nicht früher gesagt?“ Und immer muß dann geantwortet werden, fast sämtliche Forderungen seien schon vor Jahrzehnten ausgesprochen worden, nur habe niemand auf die Einzelkämpfer hingehört, da die ganze Welt im Taumel nach billigen Schlagworten und liberalen Phrasen begriffen war.

Auch die Verstaatlichung bzw. staatliche Kontrolle des gesamten Bankwesens als allererste Voraussetzung einer nationalen Wirtschaft, die unabhängig vom jüdischen Spekulantentum sein will, ist eine alte Forderung. Es ist Ehren-

pflicht, auch in diesem Zusammenhange des Mannes zu gedenken, der einer der unbeirrtesten und aufrechtesten Deutschen gewesen ist, die uns das 19. Jahrhundert beschert hat: Paul de Lagarde.

Neben allen andern Monopolen hat das Reich sich, nach Lagarde, das Geld- und Kreditmonopol zu sichern.

„Dies entspricht den an eine für das Ordinarium fließende Quelle zu stellenden Anforderungen zuerst in der Hinsicht, daß Geld und der in diesem Zusammenhange dem Gelde gleichwertige Kredit von aller Welt gebraucht, daß also, was allen dienen soll, je nach ihrem Anteil an dem wirtschaftlichen Leben des Staates von allen gleichmäßig eingezogen wird... Die Post, die Telegraphie, die Eisenbahn sind ganz in Händen des Reichs. Der Verkehr der Menschen miteinander und die Bewegung der Waren ist so ins Große gewachsen, daß an ihr niemand nicht teilnimmt. Alles aber, was alle angeht, gehört dem Staate. Ganz genau aber wie mit den drei Verkehrsmitteln gehört auch das Geld und der Kredit direkt in den Verwaltungsbereich des Staates".

Die Handhabung der nötigen Einrichtungen ist leicht zu treffen: „Hat die sogenannte, stark mit dem Judentum bemengte Reichsbank — eine Privatanstalt — durch das ganze Reich Haupt- und Nebenstellen, so kann auch eine wirkliche, wenn schon judainfreie Reichsbank — eine Staatsanstalt — Haupt- und Nebenstellen durch das ganze Reich haben. Gibt es Postsparkassen, so kann es auch Reichssparkassen geben." Das Kreditmonopol wird dem Staate weiter viel Geld einbringen, zugleich aber auch den üblen zwischenhändlerischen Juden ausschalten: „Was das Reich erwirbt, werden die Juden natürlich nicht erwerben." Ein weiterer Nutzen des Kreditmonopols wäre das Einschränken des Börsenspieles. Manche verschämte Börsenspieler würden von ihren nicht sauberen Geschäften Abstand nehmen, wenn Reichsbeamte das Recht hätten, Einblicke in ihre Differenzgeschäfte zu gewinnen. „Das Geldbedürfnis kreditwerter Borger würde von nicht persönlich interessierten Beamten des Reichs, nicht von Blutsaugern fremder Nationalität befriedigt, das Geldbedürfnis unzuverlässiger und schwacher Hände zurückgewiesen, und durch letzteres, nur scheinbar harte Vorgehen, würde das Elend hintangehalten werden, welches jetzt der jüdische Geldmann so oft dadurch hervorruft, daß er unbesonnener Jugend in der Erwartung borgt, gegebenen Augenblicks die ehrenhafte, aber arme Familie durch die Rücksicht auf ihren Ruf zur Deckung leichtsinniger Schulden zu zwingen..."

„Entschuldigen würde den Inhabern der jetzt bestehenden Geldgeschäfte nicht zuzubilligen sein. Der Schwamm hat sich voll genug gesogen, um nicht noch mehr Wasser zu bedürfen. Wen der Zorn über unsere Ungerechtfertigkeit über unsere Grenzen treibt, der soll doch ja gehen; er erzeugt uns durch seine Abwesenheit eine Wohltat.“

Wie man sieht, hatte Lagarde den Punkt, wo der Hebel anzusetzen ist, um das deutsche Volk gesunden zu lassen, schon lange erkannt. Mit wenigen andern stand er allein, der Polyp der Banken aber umklammerte das Volk mit immer fester werdenden Umschlingungen. Und so zog das deutsche Volk 1914 in den Krieg und war — was die innere Organisation des Widerstandes gegen eine Welt von Feinden betraf — den Judenbanken ausgeliefert. Das System Ballin-Rathenau wucherte Deutschland aus und unterhöhlte den Boden des deutschen Hauses. Es wuchs die Unzufriedenheit. Diese wurde wiederum von Juden geschürt und mit Hilfe der ganzen Judenpresse auf die falsche Fährte gehetzt. Wie Rathenau später zynisch sagte: Die Weltgeschichte hätte ihren Sinn verloren, wenn Deutschland gesiegt hätte! Dieses Wort darf kein Deutscher vergessen.

Über Ballin-Rathenau verweise ich auf das erschütternde Buch von O. Arnim: „Die Juden in den Kriegsgesellschaften“. Was die Banken anbetrifft, so ist zu bemerken, daß den Grundstock des gesamten Geldwesens Berlins 280 jüdische Bank- und Wechselhäuser bilden, darunter die Firmen Warschauer, Mendelsohn, Bleichröder, Oppenheim, Heinemann, Goldschmidt. Die 100 Banken Frankfurts sind fast alle jüdisch. Hamburg hat rund 40, Hannover 30, München 20, Leipzig 12, Nürnberg 25 Judenbanken. Außerdem befinden sich noch 400 Banken Deutschlands in Händen des auserwählten Volkes. Genau so liegen die Dinge in allen andern Ländern.

Die Verstaatlichung der Banken — vorausgesetzt, daß deutsche Männer die Regierung bilden — ist die erste

völkische Forderung nach der Entfernung sämtlicher jüdischer Staatsbeamten.

Zu den mutigsten Vorkämpfern dieses national-sozialistischen Gedankens gehörte vor allem auch Paul de Lagarde. Die deutsche Zukunft wird ihm ein Denkmal setzen.

Von Brest-Litowsk nach Versailles.

„Völkischer Beobachter", 8. Mai 1921.

Bismarck sah sich einmal genötigt, seinen schwätzenden Feinden folgendes Wort entgegenzuhalten: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt." Diese verhängnisvolle und von den Feinden stets ausgenutzte deutsche Eigenschaft, Politik nicht aus einem allgemeindeutschen Gesichtspunkt zu treiben, sondern auf demokratische und „Menschheitsziele" Rücksicht zu nehmen, hat schon mehr als einmal zum Verhängnis geführt. Aus menschheitlicher Begeisterung läßt sich unschwer das deutsche Unglück von 1791—1806 erklären. Aus internationaler Rücksichtnahme wird man auch eine Politik verstehen, die Deutschland zuerst nach Brest-Litowsk und dann nach Versailles führte.

In Rußland hatte sich seit Ende 1917 der Bolschewismus ausgebreitet. Bis dahin noch zurückgehaltene Gefühle brachen sich Bahn, der „Proletarier" beraubte den „Bourgeois", der Bauer brandschatzte den Gutsbesitzer. Bald jedoch traten ernste Zwistigkeiten zwischen Stadt und

Land auf. Die Stadt brachte keine technischen Erzeugnisse mehr hervor; das Land stellte die Proviantlieferungen ein. Dies führte zu zahllosen Kleinkriegen, die eben noch ihren Fortgang nehmen. Dem Bauer wurden die Zustände bald zu bunt, namentlich im Süden, wo es wenig Landlose gab. Und so wurde das deutsche Heer, als es die Ukraine besetzte, von der überwiegenden Masse der Bevölkerung als Befreier begrüßt.

Die folgenden Besprechungen zwischen den deutschen Politikern mit den Vertretern der russischen Parteien sind nun äußerst bezeichnend. Die russische konservative Partei schlug der deutschen Regierung den Geheimrat G-o, einen deutsch-orientierten Politiker als Ministerpräsidenten der Ukraine vor. Sein Programm lautete: ein einiges Großrußland, Hilfe zur Niederwerfung des Bolschewismus, Bündnis mit Deutschland. In vielen umfangreichen Schreiben, die sich in Archiven in Berlin befinden müssen, legte G. die Notwendigkeit des Kampfes gegen das internationale Chaos dar und sagte andernfalls, als genauer Kenner, die ganze internationale Revolutionspropaganda in Deutschland voraus. Er verwies auf unwiderlegliche Tatsachen. Es war umsonst. Die demokratischen Politiker lehnten ab.

Hier zeigte sich die merkwürdige Erscheinung, die man bis auf heute bei allen Demokraten, den ihnen folgsamen Spießbürgern und selbstverständlich bei allen Sozialdemokraten immer wieder beobachten kann: sie fürchten eine von starkem Nationalgefühl getragene „Reaktion" tausendmal mehr, als das unter gleißnerischer Phrase heranwachsende Chaos. Daß der Bolschewismus in seinem Wesen die schlimmste Entartung der Moral, verbunden mit einer hottentottenhaften Weltanschauung darstellt, die schlimmste geistige und politische Reaktion, das tritt ihnen nicht in das Bewußtsein, — was auch von einer gewissen Presse nach Möglichkeit verhindert wird.

Anstatt die Gefahr einzusehen, die schon damals die bolschewistische Seuche darstellte, anstatt einer neuen, naturgemäß stark nationalen russischen Regierung bei deren Bekämpfung behilflich zu sein, so sich die Zuneigung des ganzen russischen Volkes zu erwerben, vor allem aber dann in der Lage zu sein, in ganz Rußland den Einfluß der Entente außer Spiel zu setzen, glaubte man die „Befreiung des zaristischen Jochs" predigen zu müssen.

Auf reine Dankbarkeit soll man natürlich keine Politik bauen. Aber die Sicherstellung deutscher Interessen in einem gesäuberten Rußland wäre den Gang zur Newa wert gewesen.

Damals hätte es keine Schwierigkeit gemacht, die russische Hauptstadt zu nehmen. In militärischen Kreisen (Goltz) ist darauf gedrungen worden, es sind sogar ernste Vorbereitungen dazu im Gange gewesen. Da wurde von den Politikern der „Friede" von Brest-Litowsk geschlossen. Er anerkannte eine Horde von internationalen Abenteurern und Verbrechern in den Augen des deutschen Volkes als eine verhandlungsfähige Regierung. Darin liegt das Unglück des Vertrages.

Durch diese Anerkennung ermutigt, konnte Herr Joffe sein Propagandabüro unter den Linden eröffnen. Millionen Hetzbroschüren, Millionen an Geld passierten als Kuriergepäck die deutsche Grenze. Zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Mirbach, ermordet. Sein Mörder, der jüdische Student Blumkin, entfloh in die Ukraine, wurde ausgeliefert und — zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt! Deutschlands Ansehen sank in der Welt, und im Innern zerbröckelte das Gefüge des Reiches . . .

So zog ein Fehler den anderen nach sich. Die Rücksichtnahme auf demokratisch-internationale Grundsätze untergrub die Möglichkeit einer starken weitblickenden Politik in

Rußland. So kam der geschichtlich widernatürliche, im Vergleich zu dem von Versailles geradezu milden Frieden von Brest-Litowsk. Er schenkte uns die Cohn und Eisner, die uns mit Matthias Erzberger und Genossen in Versailles waffenlos machten.

Bismarck, das Deutsche Reich und die Juden.

„Völkischer Beobachter", 22. Mai 1921.

Würdig wurde in allen Orten Deutschlands auch 1921 der Geburtstag des eisernen Kanzlers gefeiert. Nun sein Werk von verbrecherischen Händen zerbrochen als Trümmerhaufen herumliegt, beginnt wohl allmählich auch dem blödesten Demokraten deutschen Blutes ein Licht über die Größe der noch so nahen deutschen Vergangenheit aufzugehen. Ganz zu schweigen von den einzelnen Aufrechten, die von vornherein die Republik von Gnaden des Professors Preuß aus Jerusalem nicht als ein deutsches Reich anerkennen konnten.

Aber so voll Verehrung wir auch zu dem Bilde Bismarcks emporblicken, so müssen wir uns hüten, dieses Bild zu einem Götzen werden zu lassen. Wir werden den Rat des großen Kanzlers immer brauchen. Viele Richtlinien von ihm werden auch für die fernere Zukunft Deutschlands maßgebend sein. Aber wir werden zugleich sein eigenes Wort in Erinnerung behalten: „Politik ist keine exakte Wissenschaft. Mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Positionen." Vor allem aber werden wir offen bekennen müssen, daß der Mann, der das Deutsche Haus zimmerte, zugleich doch dem Holzwurm den Eingang in das Gebälk dieses Hauses über-

ließ. Diese schmerzliche Wahrheit darf nicht verheimlicht werden. Bismarck hat einem jüdischen Bankier einmal deutsche Geschichte anvertraut, gestattete ihm Einfluß in der auswärtigen Politik Deutschlands, brachte dessen Tochter an den kaiserlichen Hof und schlug damit die Bresche in alte deutsche Überlieferung.

Seinem Gefühl nach ist Bismarck ausgesprochen Antisemit gewesen. Einer Abordnung klagt er einmal, fast die ganze oppositionelle Presse befinde sich in der Hand von Juden. Über den jüdischen Wucher hat er im Landtag kräftige Worte gesprochen, und seine Anschauung, es würde ihm schwer werden, seine Pflichten zu erfüllen, wenn er einen jüdischen Vorgesetzten hätte, kennt jeder. Es ist weiter zu bedenken, daß Bismark sich einem Landtag gegenübersah, dessen Glieder er als „einzeln verständig, massenweis dumm" sehr treffend zeichnete, daß er in den wichtigsten Angelegenheiten des Volkes sich allein sah, daß ihm für dringendste Nöte des Staates keine Kredite bewilligt wurden. So ging er zum Juden Bleichroeder. Er machte es nicht mehr so, wie ein mittelalterlicher König, der den Juden das dem Volk abgewucherte Geld für Staatszwecke abzog, sondern als Minister eines modernen „Rechtsstaates" nahm er beim Juden eine Anleihe auf — und zahlte dafür noch hohe Zinsen. Das war der Anfang der Staatsvertrustung, wie sie heute durch die 500 Judenbanken in Deutschland zur ungeheuerlichen Tatsache geworden ist. Außenpolitisch hat Bismarck ebenfalls nicht selten zugunsten der Hebräer eingegriffen. Bezeichnend dafür waren die Entwicklung der Judenfrage in Rumänien und die Verhandlungen über die jüdische Gleichberechtigung in den Balkanstaaten auf dem Berliner Kongreß.

In Rumänien war die jüdische Bevölkerung um die Mitte des 19. Jahrhunderts ungeheuer angewachsen. Der Wucher, der Zwischenhandel, der Schnapsvertrieb, all diese notwendigen Begleiterscheinungen des jüdischen Eindringens

durch Jahrtausende hindurch, machten sich immer fühlbarer. Alle, die ihre Heimat und ihr Volk liebten, forderten Abhilfe dieser Plage seitens eines 300000 Köpfe zählenden Schmarotzervolkes. 31 Abgeordnete machten dem Parlament eine heute vorbildliche Eingabe (siehe meine Übersetzung des Werkes von G. des Mousseaux: Der Jude, Hoheneichenverlag, München), es kam zu einigen Tumulten in Jassy und anderen Städten. Die „Alliance israélite" schrie natürlich Zeter und Mordio über „Judenschlächtereien", obwohl kein einziger Hebräer getötet worden war, verlangte auswärtige Einmischung und versandte an alle Regierungen entrüstete Proteste. Bismarck hat sich der Pariser und Londoner Börsenwelt nicht entgegengesetzt, sondern schrieb an Herrn Crémieux, den Vorsitzenden der Alliance und zugleich Großmeister des Großorients von Frankreich: „Ich habe die Ehre, als Antwort des Briefes, den Sie mir am 4. laufenden Monats sandten, Sie zu benachrichtigen, daß die Königliche Regierung von neuem ihren Vertreter in Bukarest angewiesen hat, allen seinen Einfluß dahin auszuüben, um Ihren Glaubensgenossen in Rumänien die Stellung zu sichern, die ihnen in einem Lande zukommt, das sich von den Grundsätzen der Humanität und der Zivilisation leiten läßt usw. Berlin, 2. II. 1868 v. Bismarck."

Als aber doch in Rumänien die Stimmung derart zu werden schien, daß die Sicherungsgesetze gegen die Juden Aussicht auf Annahme hatten, wandte sich die Berliner Judengemeinde mit einer darauf bezüglichen Bittschrift an den preußischen Ministerpräsidenten. Und darauf lief folgende Antwort ein: „Berlin, 18. April 1868. Der König hat mich beauftragt, auf die Eingabe der jüdischen Gemeinde vom 6. ds. Ms. zu antworten, um die Gültigkeitserklärung eines der rumänischen Kammer, die Lage der Israeliten betreffenden Gesetzes, zu verhindern, das gegen den Willen des Fürsten Carol eingereicht worden war. Es ist nicht

wahrscheinlich, daß es angenommen werden wird, und falls es doch geschieht, daß es von der Regierung des Fürsten sanktioniert wird ... Graf v. Bismarck."

In diesen Dokumenten hat Bismarck nicht einzelne Fälle behandelt und sich gegebenenfalls in anderer Lage auch eine andere Stellungnahme vorbehalten, sondern er hat grundsätzlich das Prinzip des grauen Liberalismus, den er im Innern zu bekämpfen hatte, die „Humanität und Zivilisation" als Grund zur Anerkennung der jüdischen „Gleichberechtigung" anerkannt.

Noch bezeichnender sind die Verhandlungen über die Judenfrage auf dem Berliner Kongreß. Hier haben sich greifbar die Symptome der Herrschaft der Judenbörse ausgewirkt, verbündet mit der liberalen Phrase.

Die Alliance hat drei ihrer Glieder nach Berlin abgesandt: Netter, Kann und Veneziani. Alle versammelten Botschafter erhielten ein langes Memorandum zugesandt, dazu noch Werke jüdischer Schriftsteller über die Judenfrage.

In seiner „Geschichte der Alliance" sagt der Jude Leven: „Vor dem Zusammentreten des Kongresses haben sie (unsere Delegierten) sich die Unterstützung eines bedeutenden Mannes in Berlin gesichert: Bleichroeders, der durch seine soziale Stellung Verbindung mit den Bevollmächtigten hatte und großes Ansehen bei Bismarck genoß." (Leven: Cinquante ans d'histoire. Paris 1911. S. 203.)

Über die Tätigkeit der jüdischen Abgesandten hat Netter Berichte nach Paris gesandt. Hier einige der interessantesten, vom 11. Juni: „Wenn alle über unsere Glaubensgenossen so denken, wie Monsieur de Saint-Vallier (der französische Bevollmächtigte), so ist unsere Sache gewonnen." 12. VI.: „Lord Beaconsfield ist in glänzender Stimmung." 13. VI.: „Bleichroeder hat gestern den Fürsten Bismarck gesehen, er hofft alles Gute für die Israeliten."

18. VI.: „Wir haben heute den Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst besucht. Er hat seine Karriere mit der Verteidigung der Juden in Bayern angefangen, er möchte sie mit ihrer Verteidigung auf dem Kongreß krönen". 21. VI.: „Bleichroeder hat gestern Bismarck gesprochen und die Gewißheit erwirkt, daß die Frage dem Kongreß vorgelegt werden wird ... Er könne beruhigt sein." Ähnlich lauten die Mitteilungen über eine Reihe von anderen Besuchen bei Diplomaten, Vertretern der Presse usw. (Leven a.a.O. S. 213—216).

Alle Balkanstaaten und ihre innere Verfassung kamen zur Sprache. Wie weit die Dinge zugunsten der Juden getrieben werden konnten, geht z.B. aus der einen Tatsache hervor, daß der Ausdruck „bulgarische Untertanen" in „Bewohner des Fürstentums Bulgarien" einstimmig abgeändert wurde. Das war das theoretische Aufgeben des Vaterlandsgrundsatzes zugunsten einer nomadischen Weltauffassung! Vorgeschlagen wurde diese Änderung natürlich von den Puppen der Alliance, den Franzosen. So wurden Bulgarien, Serbien, Montenegro, Rumänien zur Anerkennung der „Rechte" der Juden durch das liberale Europa gezwungen. Zu Ehren Rußlands muß gesagt werden, daß sein Bevollmächtigter, Fürst Gortschakoff, der einzige Gegner dieser verhängnisvollen Politik war. Daß D'Israeli-Beaconsfield das ganze Gewicht Großbritanniens für die Juden in die Waagschale legte, ist selbstverständlich. Er schob als seine Sprecher Lord Russel und Lord Salisbury vor, sagte aber selbst, er betrachte die Genehmigung der jüdischen Gleichberechtigung als eine zu vollziehende Selbstverständlichkeit, ohne deren Sanktion der Kongreß gar nicht auseinander gehen dürfe. Herr von Bülow sagte Netter am 28. Juli, die Forderung der Juden in Bulgarien würden auch für Serbien vertreten werden und für Rumänien, dies sei „eine Frage des Prinzips". Bismarck sprach sich genau so aus. Die Juden konnten zufrieden sein.

Es täte gut, sich die Worte des Geschichtsschreibers der Alliance zu merken: „Das Werk des Berliner Kongresses war bedeutend: er hat in das internationale Recht die Prinzipien eingeführt, welche die französische Revolution in ihrer „Déclaration des droits de l'homme" niedergelegt hat. Das vereinigte Europa hat sie gutgeheißen... Es ist erreicht, daß diese Grundsätze durch den Willen Europas zur Grundlage des öffentlichen Rechtes der neuen Staaten und zur Bedingung ihrer Unabhängigkeit geworden sind. Es war eine Wohltat für alle Völker und für das Judentum, ein Akt, einzig in seiner Geschichte, die offizielle Urkunde seiner Befreiung." (Leven a.a.O. S. 290.)

Vorsitzender des Berliner Kongresses war Fürst Bismarck.

Er hat sich vielleicht stark genug gefühlt, um Deutschland im Innern noch frei zu erhalten. Außenpolitisch hat er in verhängnisvoller Weise dem Judentum Vorschub geleistet, anstatt sich mit Gortschakoff zu verbinden, auch wenn er und der Russe sich sonst feindlich gegenüberstanden. Aber er hätte sehen müssen, daß die Bleichroeder und Mendelsohn durch die Stärkung des ausländischen Judentums ihre innerpolitische Stellung um ein bedeutendes festigten und von nun an über doppelte geldliche Druckmittel verfügten. Als der große Kanzler ging und kleine an seine Stelle traten, nahmen die eingeleiteten Dinge ihren notwendigen Gang: die politischen und wirtschaftlichen Leiter des „Deutschen" Reiches wurden die Bleichroeder, Mendelsohn, Friedländer, Ballin, Warburg, Rathenau usw. So ging Deutschland von Versailles bis — Versailles!

Einer der Aufrechtesten, Paul de Lagarde, schrieb 1881 noch bitter: „Einen deutschen Staat hat es noch nie gegeben". Er hatte leider recht. Auch Bismarcks Staat war noch kein germanischer Staat.

Ist das Bismarcks Schuld? Niemand wird es zu behaupten wagen. Er hat Übermenschliches geleistet. Er war

voll Vertrauen auf die Kraft des Deutschtums. Darf man diesem Mann, dem alle kleinen Geister das Leben sauer genug gemacht haben, vorwerfen, daß er das deutsche Selbstbewußtsein höher eingeschätzt hat, als es tatsächlich war? Daß sich die Deutschen — dies sei rund heraus gesagt — nicht würdig erwiesen hatten? Daß sie nicht weiter selbst Hand anlegten, um mitzuarbeiten am deutschen Hause, anstatt sich mit Phrasen herumzuschlagen oder sich dem Gotte Mammon zu ergeben? Nein, gewiß nicht!

Schuld sind wir selbst gewesen, die wir eine gewaltige Persönlichkeit nicht zu ertragen vermochten, und entweder hinter ihr herschwänzelten, oder uns in kleinlichem Herumnörgeln gefielen. So konnte auch der Jude ungehindert Zwietracht säen, Klassenkampf predigen, Wucher treiben. Nicht anklagen wollen wir Bismarck, wohl aber die Stelle aufzeigen, wo der Plan des Deutschen Reiches einen Fehler im Grundriß hatte. An uns ist es, ihn in der Zukunft zu vermeiden.

Zionistischer Bankerott.

„Völkischer Beobachter“, 29. Mai 1921.

Im Jahre 1919 schrieb das offizielle Blatt der deutschen Zionisten, die „Jüdische Rundschau“: „Die Fragen, die die jüdische Auswanderung bestimmen, sollen ausschließlich nach den Interessen des jüdischen Volkes gelöst werden ... Steht das Volk hinter der Lösung, so haben die Juden auch die Macht und den Einfluß, die gefundene Lösung durchzusetzen“ (Nr. 72).

Hier haben wir den seltenen Fall, daß die Juden die Wahrheit gesprochen haben, sogar zwei Wahrheiten, und

dazu noch in einem Satze. Die erste: daß es für die Zionisten keine deutsche Staatsinteressen gibt, sondern ausschließlich jüdische, die zwette: die Bestätigung der jüdischen Finanzdiktatur in allen Ländern der Welt. Das Zionistenhaupt Weizmann hatte auf dem Londoner Kongreß 1920 denn auch stolz verkündet, es gäbe überhaupt keine politischen Hindernisse mehr!

Seit 1918 konnten die Juden ungehindert ihre Palästinaarbeit organisieren, sie versprachen alles mögliche und schilderten die Sehnsucht, endlich einmal schöpferisch im „Lande der Väter" arbeiten zu können.

Aber schon sehr bald zeigte es sich, daß alle Anlockungen durch Vorzugsrechte nicht recht anschlugen, daß der größte Schwarm der jüdischen Heuschrecken nach Amerika zog, der andere, nach Palästina abgefahrene Teil aber nicht recht arbeiten wollte, sondern von den Millionen zu zehren vorzog, die jüdische Milliardäre zur Organisation Palästinas ausgeworfen hatten.

Dahinlautende Berichte der letzten Jahre wurden von den zionistischen Blättern mit einem Wutgeheul empfangen. Die Berichterstatter wurden als Verleumder bezeichnet, und es wurde von jüdischer Arbeitskraft gefaselt. Bald aber ging es wirklich nicht mehr. Trotz Unterdrückung der Araber und zwangsweiser Verjudung des Landes, trotz aller geldlichen und politischen Unterstützungen setzte eine — Rückwanderung nach Europa ein. Ja, die Einwanderung selbst ins gelobte Land mußte vom jüdischen Vizekönig Herbert Samuel (früher Bürgermeister von London) gesperrt werden.

Und vom 13. bis 16. Mai 1921 saßen die deutschen Zionisten auf ihrem 17. Delegiertentag versammelt und weinten wie weiland an den Wassern Babylons über eine große, große Pleite.

Liest man die ellenlangen Reden der in Deutschland lebenden Weisen von Zion und entblättert man sie ihrer

Umhüllungen, so zeigt der Kern, daß es mit dem ganzen Unternehmen selbst in ihren Augen oberfaul bestellt ist.

Von Weizmann war zwar aus Amerika ein Telegramm eingetroffen, das erklärte, „die finanziellen Möglichkeiten in Amerika“ seien „unbegrenzt“. Aber der Vertreter des Großen Aktionskomitees, Lichtheim, mußte gestehen, daß selbst die besten jüdischen Farmen von außen unterstützt werden müßten. Es herrsche eine „Wirtschaftsform, in der es kein Familienleben und keine Kinder gibt“. „Verwaltet“ würden manche Kolonien von „zufällig zusammengelaufenen Arbeitern“. Kurt Blumenfeld stellte betrübt fest: „Unsere Mißerfolge kommen daher, daß wir mit dem Idealismus nur jongliert haben.“ Er gab zu, daß die jüdischen Arbeiter „nichts taugten“, daß noch keine haltbaren Kreditgenossenschaften da waren, daß die jüdischen Auswanderer, um eine Sicherheit zu stellen, bei — Juden gegen „hohe Prozente“ Geld borgen müßten, Robert Weltsch meinte, man müsse eine neue Form der Siedlung ausdenken, mit „arabischer Arbeit“ könne man kein „jüdisches Palästina“ schaffen. In einer andern Rede hieß es wörtlich: „Auch die Nichtzionisten wissen, daß heute ein großer Teil der Mittel in die Hände der Araber fließen muß, weil wir keine produzierenden Juden haben . . .“

Diese, von den Zionisten jetzt notgedrungen zugegebenen Tatsachen bekräftigen nur, was die bösen Judengegner von jeher behauptet haben: daß es wirklich schöpferische Juden nicht gibt, sondern nur solche, die mit materiellen Erzeugnissen und geistiger Arbeit anderer Völker Zwischenhandel und Wucher treiben. Den Samen der Zersetzung einzustreuen, war des Juden Fähigkeit von Joseph in Ägypten bis Walter Rathenau in Berlin.

Selbst im „heiligen Lande“ sind die jüdischen entfesselten Instinkte nicht mehr zu bändigen. Schuld an den letzten Unruhen in Jaffa sind — laut den Feststellungen Herbert Samuels — eingewanderte jüdische Kommunisten

gewesen, die eine Maikundgebung störten. Nach dem zionistischen „Haarez“ hatten sich diese zu den Arabern begeben, um sie zu veranlassen, auch für den Kommunismus Parade zu machen. Die Araber wehrten sich vor dieser Zumutung, es entstand eine Schlägerei, Schießerei, oder, wie die Juden jetzt überall schreien, ein „Pogrom“.

Herbert Samuel sperrte darauf die Einwanderung für seine temperamentvollen Glaubensgenossen.

Und wohl in Gedanken an die Geschehnisse in Jaffa sprach Kurt Blumenfeld, eines der größten Häupter des Zionismus, folgende Worte, die jeder Deutsche auswendig lernen müßte:

„In der nichtjüdischen Welt gilt es eine starke, organisch-unerträgliche Lebensform zu zerstören, und nun versuchte man, dieselbe Methode der Revolution in unserer Welt . . .“ („Jüdische Rundschau“, Nr. 39/40.)

Diese Worte sollten auch den Blindesten sehend machen. Für uns ist es sittliche Notwendigkeit, gegen diesen gemeinen Zerstörungswillen alle deutschen Kräfte aufzurufen. Es geht auf Biegen und Brechen.

Völkerschande!

„Völkischer Beobachter“, 2. Juni 1921.

Selbst der Kenner des jüdischen Wirkens der letzten Jahrzehnte und der jüdischen Finanzdiktatur in allen Ländern wird heute doch Tag für Tag aufs neue über die frechen Anmaßungen des Judentums erstaunt sein. Zügellos in jeder Hinsicht, streckt der Jude, zur Macht gelangt, immer anmaßender und unvorsichtiger die Hand nach neuen Instrumenten seiner Herrschaft aus. Er schiebt immer neue Söhne Israels aus dem dunklen Hintergrund an das

Rampenlicht, so daß allmählich auch trübe Augen sehend werden.

Israel Cohen, ein zionistischer Führer, ist kürzlich von einer Weltreise zurückgekehrt und berichtet stolz, die „materielle Lage“ der Juden im Fernen Osten sei „sehr günstig“, die „politische Lage“ sei „ausgezeichnet“. Der Präsident des Parlaments von Neu-Süd-Wales sei Jude... Als dort das Yom-Kippur-Fest unlängst gefeiert wurde, feierte das ganze Parlament, weil der Vorsitzende und der Vizepräsident in der — Synagoge waren.

Minister für Indien ist der Jude Montague (Montag), „Hoher Kommissar“ für dies Land der Jude Meyer, Vize-König der Jude Reading (Rufus Isaacs). Unlängst landete der Letztgenannte mit großem Pomp in Bombay und erließ einen Aufruf an das indische Volk, in dem er ausführte, er hoffe, „dank eines glücklichen und undefinierbaren Aktes des Unterbewußtseins“ seiner „alten Rasse“ die „unartikulierten Schreie und Aspirationen“ der Inder zu verstehen.

Schon vor langer Zeit hatte das Zionistenhaupt Weizmann seiner Anschauung über die jüdische Palästinaarbeit dahin Ausdruck gegeben, die Juden müßten ein „Vorrecht bei öffentlichen Arbeiten“, das Recht auf „Erwerb von herrenlosem Gut“, „Erleichterung des Bodenerwerbes überhaupt“ haben. In neuester Zeit hat einer der jüdischen Führer, Israel Zangwill, in der „Times“ seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, daß die Juden jeden „Quadratzoll Boden kaufen“ müßten. Zangwill verlangt die zwangsweise Enteignung arabischen Bodens und Ausweisung des Arabers aus Palästina!

Damit ist eine Höhe jüdischer Anmaßung erreicht. Dieselben Hebräer, die ein Zetergeschrei über „Reaktion“ erheben, wenn den bolschewistischen Ostjuden nicht anstandslos die deutschen Grenzen geöffnet werden, fordern die gewaltsame Ausweisung von jahrhundertelang ansässigen

Schollenbesitzern. Übrigens nicht nur in Palästina. Mitten in Deutschland rät der Jude Feuchtwanger: wenn es den Deutschen in ihrem Vaterlande heute nicht mehr gefalle, wenn sie unzufrieden damit seien, daß das öffentliche Leben Deutschlands so stark von Juden bestimmt sei, so möchten die „Mitbürger“ doch — auswandern!

Es ist eine Völkerschande sondergleichen, daß die Weltstimmung noch immer derart ist, daß Juden sich eine solche Sprache erlauben dürfen. Ein Hugo Haase blieb damals frech sitzen, als der Reichstag anläßlich der Rückkehr Lettow-Vorbecks sich den tapferen Afrikakämpfern zu Ehren erhob. Ein Oskar Cohn durfte ungestraft im Parlament des deutschen Volkes höhnisch behaupten, die Zeiten seien vorüber, wo es noch einen Friedrich den Einzigen geben könne. Der Jude Tucholsky darf Hindenburg einen alten Zinnsoldaten nennen. Der Jude Harden konnte, ohne ins Zuchthaus zu kommen, kurz vor der Abreise Simons nach London einem französischen Zeitungsvertreter erklären, er wundere sich über den geringen Haß der Franzosen gegen die Deutschen ...

Wenn einmal ein deutsches Strafgericht hereinbrechen wird über diese ganze, Deutschland hassende Gesellschaft, dann haben sie es zehnfach verdient. Wir hoffen auf diesen Tag des deutschen Gerichts.

Antisemitismus.

„Der Nationalsozialist“, „Völkischer Beobachter“, 17. und 24. Juli, 4. und 21. August 1921.

I.

Der Antisemitismus ist so alt wie das Judentum. Es sind dies zwei Erscheinungen menschlichen Lebens, und die aktive Äußerung der ersten ist die unmittelbare Folge

der zweiten gewesen. Seit Esra und Nehemia, d. h. seit der bewußt durchgeführten Judaisierung, haben jüdischer Geist und jüdisches Wesen überall da, wo sie auch nur ein wenig zur Entfaltung gelangten, Widerstand seitens der anderen Völker und ihrer größten Persönlichkeiten hervorgerufen.

Diese sowohl gefühlsmäßige als auch bewußte Ablehnung des Judentums geschah aus nationalen, wirtschaftlichen, religiösen und sittlichen Gründen vom Rückzuge der Kinder Israels aus Ägypten an bis auf den heutigen Tag. Es tut gut, sich die Größe dieser Tatsache kurz, aber eindringlich zu Gemüte zu führen. Eduard Meyer stellt fest[1], daß die Abneigung, die „religiöse Absonderung, die hochmütige Geringschätzung" allen anderen Völkern gegenüber die Juden „allen Nachbarn widerwärtig" machten. So wie in Palästina selbst, dachten die Gastvölker auch in den anderen Ländern. Tacitus stellte bei den Juden einen „feindseligen Haß gegen alles andere" fest und nennt sie ein „widerliches Volk". Seneca spricht vom „verruchten Volke". Mohammed wirft ihnen Wucher vor. Luther meint: „Kein blutdürstigeres und rachgierigeres Volk hat je die Sonne beschienen". Bruno bezeichnet die Kinder Israels als „pestilenzialisches und gemeingefährliches Geschlecht", Voltaire[2] spricht von ihnen als von den „größten Lumpen, die je die Oberfläche der Erde beschmutzt" hätten, und rät ihnen, möglichst schnell ins gelobte Land heimzukehren. Friedrich II., der Hohenstaufe, sah in den Juden eine nationale Gefahr und schloß sie von allen öffentlichen Ämtern aus. Ähnlich dachten Kaiser Tiberius, ähnlich Friedrich der Große und Bismarck. Herder[3] spricht vom „fremden asiatischen Volke", das „in

[1] Die Entstehung des Judentums, S. 222.

[2] Brief an de Lisle vom 15. Dez. 1773, und Diction. philosoph XXX. S. 492—493, und andere Stellen.

[3] Phil. d. Gesch.; Adrastea.

der Erziehung verdorben" sei, Goethe[4] will den Juden überhaupt „den Anteil" an unserer Kultur verwehren, fürchtet die schlimmsten Folgen von ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, die er eine „Albernheit" nennt. Fichte[5] erkennt das Judentum als „auf den Haß des ganzen Menschengeschlechts" aufgebaut und weissagt, daß die Juden, wenn man ihnen außer den Rechten ihrer Nation (die er gleich Mommsen, Moltke u. a. richtig als einen eigenen Staat bezeichnet) noch die Rechte in allen übrigen Völkern gäbe, sie diese „mit Füßen treten" würden. Kant[6] sieht in den Juden kurzweg ein „Volk von Betrügern und Kaufleuten". Schiller[7] nennt sie einen „unreinen Kanal" und ein „gemeines Gefäß". Wagner[8] heißt sie den „plastischen Dämon des Verfalls der Menschheit". Für Schopenhauer[9] ist das Judentum ein „plumpes Dogma", „roh", „platt". Durch Esra lernte man es von seiner „schändlichsten Seite" kennen: weiter spricht Schopenhauer öfters vom „blutrünstigen Treiben des Jehova und seines auserwählten Räubervolkes". Selbst der überduldsame Tolstoi[10] findet sogar noch in den Evangelien Spuren des „fremden, schmutzigen jüdischen Geistes". Shakespeares Shylock faßt den Juden in seinem tiefsten Wesen mit beispielloser Bildhaftigkeit zusammen, wie ihn die besten Männer aller Zeiten und Völker geschildert hatten. Und Dostojewski[11] steht erschüttert vor dieser unleugbaren Tatsache: „Es hat doch etwas zu bedeuten, dieses: Alle!" Für

---

[4] W. M. Wanderjahre; Gespr. mit Müller, 23. Sept. 1823.

[5] Fichte, Sämtliche Werke, Bd. VI, S. 149.

[6] Antropologie. Siehe weiter: „Religion innerhalb der Grenzen d. bl. Vernunft".

[7] Die Sendung Mosis,

[8] Judentum in der Musik.

[9] Parerga, § 179, 181, 182, 211 u. a.

[10] Kurze Einführung in das Evangelium. Einleitung.

[11] Tagebuch eines Schriftstellers.

den tiefen Seelenkenner ist die „gemeine jüdische Idee“ (Shidowskaja idjeja) die „Idee der Auswucherung“.

Diese Anschauung der Größten aller Völker (zu denen sich noch Cicero, Plutarch, Napoleon, Balzac, Peter der Große, Maria Theresia, Joseph II. u. a. gesellen) war nur der Ausdruck des allgemeinen Empfindens, wie es sich bei näherer Berührung mit dem Judenvolke stets herausbildete. Minder bekannte und weniger große Männer haben sich genau so geäußert. Aus der deutschen Vergangenheit seien der Frankfurter Direktor Jakob Schudt[12], Professor Eisenmänger[13], die Schriftsteller Hartmann, Würfel[14] u. a. genannt. So gut wie nichts weiß man heute von den deutschen Vorkämpfern vor hundert Jahren. Der Heidelberger Professor Fries[15] sieht im Judentum eine „Schmarotzerpflanze“ und eine „Völkerkrankheit“, welche sich in Menge erzeugt, wenn die Not drückende Steuerverfassungen und öffentliche Lieferungen“ fordert, und sagt voraus (1816), daß, wenn man die Juden ungehindert wuchern lasse, „die Söhne der ersten christlichen Häuser“ sich „als Packknechte bei den jüdischen“ verdingen müßten. Der Historiker Friedrich Rühs[16] betont, daß die jüdische Religion ein „politischer Mittelpunkt sei“ und warnt vor jüdischen Monopolen jeder Art. Ein Hilferuf an den deutschen Bund[17] fordert 1816 dringend die Lösung der Judenfrage, die durch die „jüdischen Lieferungen im Kriege“ wieder dringlich geworden sei, die Nichtigkeitserklärung der Bürgerrechte dieser „Gesellschaft fahrender Kaufleute“. Geradezu hervor-

---

12 Jüdische Merkwürdigkeiten (1714).

13 Entdecktes Judentum (1711).

14 Historische Nachrichten (1755).

15 Über die Gefährdung des Charakters der Deutschen durch die Juden (1816).

16 Über die Ansprüche der Juden (1816).

17 Deutschlands Forderungen an den Deutschen Bund (1816).

ragend beleuchtet Friedrich Buchholz[18] das jüdische Wesen. Nach einer historischen Vogelschau über die Judenfrage (in der er unter anderem feststellt, die Römer hätten Titus, den Zerstörer Jerusalems, das „Entzücken des Menschengeschlechts“ genannt) und nach eingehenden Untersuchungen gelangt er zu der ebenso wahren wie immer noch zu wenig eingesehenen Tatsache: „Ju der Armut ihrer Mitbürger fanden die Juden immer das Ende ihrer staatsbürgerlichen Existenz.“

Es ließen sich noch eine Menge Schriften deutscher Männer herzählen, die gegen eine Gefahr ankämpften, die sie als unausbleiblich, wie sie einstimmig versichern, herannahen sahen. Sie wehrten sich aus nationalem, wirtschaftlichem und sittlichem Empfinden, nicht zuletzt auch gegen die materielle Herrschaft eines innerlich unfruchtbaren Geistes, der unsere Kultur vergiften mußte. Es sei hier nur noch ein unbekanntes Wort Kants erwähnt, das Professor Voigt in seiner Kant-Biographie[19] als Zeitgenosse und persönlicher Bekannter des Philosophen wiedergibt: „Kant behauptete: Die Juden hätten noch kein eigentliches Genie, keinen wahrhaft großen Mann aufzuweisen; alle ihre Talente und Kenntnisse drehten sich um Ränke und Pfiffe; mit einem Wort, sie hätten alle nur einen Judenverstand.“ Hier stimmt Kant vollkommen mit Goethe[20] überein, der die Juden in ihrer ganzen inneren Unfruchtbarkeit mit folgenden wenig bekannten Worten zeichnet:

„Sie machen immerfort Chausseen,
Bis niemand vor Wegegeld reisen kann.“

Will man eine richtige Stellung zur Judenfrage einnehmen, so muß man ein für allemal mit der Fabel auf-

---

[18] Moses und Jesus (1803).
[19] Auch ein Sendschreiben an Herrn Friedländer (1820).
[20] Sprüche in Reimen.

räumen, die von Juden und ihren Schutzherren bis auf den heutigen Tag mit dreister Stirn verbreitet wird, als habe der Jude nur gezwungenermaßen zum Zwischenhandel und zum Wucher gegriffen, und als sei die Zerstreuung der Juden auf die Unduldsamkeit fremder Herrscher zurückzuführen. Denn schon vor dem Exil gab es in Mesopotamien jüdische Bankhäuser (Egibi Brüder); aus drei Städten Babyloniens besitzen wir Nachrichten, wo über ihren üblen Ruf berichtet wird; als Grund dafür wird das trügerische Wuchern der dort zahlreichen jüdischen Handelsherren genannt. In Alexandrien sind die Kinder Israels schon lange vor der Zerstörung Jerusalems zahlreich vertreten, ebenso auf allen Karawanenzentralen Kleinasiens und in den Hafenstädten Griechenlands. In Rom bilden die Juden schon 139 vor Christus eine geschlossene Kolonie auf dem rechten Tiberufer, wo die phönizischen Kaufleute landeten.

So lebten sie um Christi Geburt in der ganzen damals bekannten Welt zerstreut und, wie sogar ein jüdischer Historiker zugeben muß, „ohne alle sichtliche Nötigung von außen"[21].

II.

Was die Art des jüdischen Handels betrifft, so ist sie vollkommen eindeutig. Von Joseph in Ägypten will ich gar nicht reden. Ich bemerke nur, daß die rabbinischen heiligen Schriften stolz behaupten, Joseph habe keinem Ägypter Korn verkauft, der sich nicht habe beschneiden lassen (Beresch. rabba c. 9 f), und daß der Talmud sagt, jeder Israelit hätte bei seinem Auszug aus Ägypten 90 libysche Esel mit Gold und Silber beladen mit sich geführt (Bechoroth 5 b). Zu Davids Zeiten war unter den Juden (die

[21] Herzfeld: Handelsgeschichte der Juden, S. 274.

auch damals schon zwischen den Völkern Palästinas wohnten) der Weizenhandel im Schwunge (2. Sam. 4, 6), unter Salomons Herrschaft schon galten die Juden als die berüchtigsten Rosseräuscher Syriens. Man lese Amos (8, 5), Micha (8, 10), Sprüche (11, 6; 16, 11; 20, 10; 23 usw.) Jeremia, der da klagt, daß die Juden alle belügen und betrügen, falsch schwören und es nur noch bedauern, die Dinge nicht noch ärger betreiben zu können.

Daß man mit den Fremden wuchern könne, ist ein bekanntes Wort des sogenannten Gesetzes Moses, das im Talmud an vielen Stellen mit Liebe besprochen wird und über das der berühmte Rabbi Salomon Jarchi (Raschi) in seinem Kommentar über das Buch Exodus sagt: „Der Wucher ist wie ein Biß einer Schlange, die eine kleine Wunde in den Fuß beißt, so daß er sie kaum fühlet, sie verursacht aber schnell eine hitzige Geschwulst ..., also wird auch der Wucher nicht wahrgenommen, bis er aufsteigt und vieles Vermögen vermindert.“ Ebenso urteilen auch andere große Rabbiner (Levi ben Gerson, Maimonides u. a.), die religiösen Führer des Judentums. Sie stimmen in ihren Anschauungen mit den Heiligen des Talmuds überein. So sagt z. B. in köstlicher Naivität Rabbi Chananja: „Wenn jemand 400 Jahre nach der Zerstörung Jerusalems sagen würde: Kaufe dieses Feld für 1 Dinar, obschon es tausende Dinare wert ist, so kaufe es nicht; denn in dieser Zeit wird der Messias kommen und wir werden erlöst werden; warum sollst du einen Dinar verlieren“ (Traktat Aboda Zara 9 b). Rabbi Ismael gibt folgenden sittlichen Rat im Religionsbuch der gesetzestreuen Juden: „Wer klug sein will, beschäftige sich mit Geldprozeßangelegenheiten, denn es gibt keine größeren Eckpfeiler der Thora; sie sind wie eine sprudelnde Quelle“ (Baba Batra 173 b). Diese Perlen der Tugend sind recht bezeichnend.

An anderen Stellen des Talmud und des Schulchan-Aruch steigert sich diese Lehre zum offen religiös und sittlich

genehmigten Betruge. Hier kann darauf nicht näher eingegangen werden, es genügt, den Ton herauszuhören[22].

Man kann sich nun leicht vorstellen, daß ein Volk, das sich zudem stets nach Möglichkeit von den anderen Landesbewohnern absonderte, mit solchen Praktiken bald überall als „Ferment der Zersetzung" des bürgerlichen Lebens betrachtet wurde. Dazu kam die völlige religiöse und nationale Unduldsamkeit, die jeden Abtrünnigen zum Tode verdammte[23], der sich mit den Gojims mehr zu schaffen machte, als dies zum Geschäft unbedingt nötig schien.

Es ist daher mehr als begreiflich, daß alle Völker nach und nach gegen den Juden zu schroffen Maßregeln griffen. Hier muß die dritte jüdische Fabel zurückgewiesen werden: Die Juden sind anfänglich nirgends bedrückt worden, sondern haben Ausnahmegesetze durch hochfahrendes Wesen und wucherisches Treiben geradezu herausgefordert. An dieser Tatsache ist heute nicht mehr zu zweifeln.

Im alten Rom waren die Juden in der Ausübung ihrer Religion staatlich geschützt. Cäsars Vereinsgesetz, durch das alle in Rom befindlichen Kollegien aufgehoben wurden, fand auf die Juden keine Anwendung. Schon 49 v. Chr. waren sie ihrer religiösen Bestimmungen wegen vom Militärdienst befreit und durften am Sabbat zu keinen Gerichtsverhandlungen geladen werden[24]. Ja, als, ganz wie heute, in Rom eine Einteilung der Lebensmittel eingeführt wurde, erließ Kaiser Augustus einen Befehl, wonach — falls die Austeilung an einem Sabbat stattfinde — die Juden ihren Anteil am nächsten Tage erhalten sollten.

---

22 Alles Hierhergehörige — auf Grund von Übersetzungen judenfreundlicher Gelehrter (Wünsche, Weber u. a.) — siehe in meiner Schrift: „Unmoral im Talmud", Deutscher Volksverlag, München.

23 Stade: Geschichte des Volkes Israel, Bd. I, S. 422.

24 Auch die jüdischen Historiker Vogelstein-Rieger geben es zu. Geschichte der Juden in Rom, 1895—96, I, S. 1, 10, 11 usw.

Durch verschiedene Schwindeleien mit Juwelen und durch Wucher wurden manche Vergünstigungen wieder rückgängig gemacht, doch nicht auf lange. Unter Nero hatten es die Juden gut, unter Titus wäre es ihnen noch besser gegangen (da er eine jüdische Konkubine hatte), wenn sich das Volk nicht empört hätte. Tertullian berichtet vom Judentum als von einer bevorrechteten Religion, was schon auf großen geschäftlichen Einfluß hinweist. Caracalla war den Juden günstig gesinnt. Er und die übrigen Herrscher hatten aber gegen das über die jüdischen Machenschaften empörte Volk anzukämpfen, wobei die ewigen Klagen über das durch das jüdische Gesetz geforderte gewaltsame Beschneiden der nichtjüdischen Sklaven eine große Rolle spielten.

Derselbe Streit zieht sich durch das altchristliche Rom und durch das Rom der Päpste. Genau dasselbe wiederholt sich aber in allen anderen Ländern[26].

In Portugal genossen die Juden, als „Volk der Bibel", nicht nur gleiche Rechte, sondern sogar Vorrechte. Sie haben nicht nur ihre eigene Gerichtsbarkeit, sondern ihre Aussagen gelten mehr als die der Eingeborenen. Sie sind verschiedener Steuerlasten enthoben, die diese zu tragen hatten, sie dürfen Geldangelegenheiten wegen nicht verhaftet werden. Dieses Recht stand sonst nur dem Hochadel zu. Ein König versuchte 1279, sie durch Gesetze seßhaftig zu machen und zu Wein- und Ackerbau anzuhalten. Umsonst, die Sklavenhändler (ein Haupterwerbsstand der Juden), die Wechsler, der jüdische Finanzminister Juda verstanden es, alle genannten Versuche bei ihrer Durchführung zu hintertreiben.

Genau so mißglückten in Frankreich die Anstrengungen Ludwigs XI. und Louis Hutins.

In Deutschland standen bis ins 13. und 14. Jahrhundert hinein die Handwerkszünfte den Juden offen. Sie traten

[26] Ich verweise hier auf alles Nähere in meiner Schrift: „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten". Deutscher Volksverlag, München.

nicht ein. Aber sie wucherten überall, wo sie ihren Fuß hinsetzten, kauften sich die schönsten Häuser, stolzierten mit vergoldeten Degen einher und fuhren bisweilen aus Hohn in vollster Gala auf christlichen Friedhöfen spazieren. Die Juden handelten mit Sklaven in Spanien, Portugal, Frankreich, Italien. Sie hatten da Pfandleihgeschäfte überall in den geschäftigen Händen, und ihre Häuser waren der Stapelplatz für alle Diebeswaren der Städte; bisweilen dienten dazu auch die Synagogen — was kürzlich auch in Ungarn wieder festgestellt werden konnte. Das Zinsverleihen jedoch war besonders ihr Monopol, der Zinsfuß schwankte von 33—180% und mehr. Das alles hat ungeheuere volkswirtschaftliche Katastrophen gezeitigt.

In diesem Punkte verband sich das Soziale mit dem Sittlichen. Wenn es auch in jedem Volke Gauner und Diebe gab, so waren doch alle Bürger in ihrer Verurteilung derselben einig. Und diese Halunken gerade erfreuten sich, als Kunden, des besonderen Wohlwollens seitens aller Juden. Gegen diese grundsätzliche Entsittlichung des Volkes, die Diebstahl, Kirchenraub usw. zu einem vorteilhaften Beruf machten, — da der Jude, und nur er allein, für gestohlene Sachen nicht haftbar gemacht werden konnte nach dem Goslarer Recht —, erhoben sich die besten Männer aller Völker, von Agobert von Lyon bis Martin Luther in seinem Werke: „Von den Jüden und ihren Lügen". Der Kampf gegen den jüdischen Geist war überall als sittliche Notwendigkeit erfaßt worden, als Kampf gegen ein das Volk entnervendes und zersetzendes Gift.

Zu diesen Seiten gesellten sich politische. Durch alle Welt zerstreut, und doch unaufhörlich eine Nation, haben sich die Juden nirgends als Staatsbürger, Gemeindeglieder gefühlt, sondern stets als Juden. Hier liegt der Grund des Ghettos, das schon lange vorhanden war, ehe vorsichtige Hände die Mauern um das Judenviertel bauten. Die internationale Verbundenheit der Juden schien ein gutes Mittel zum

politischen Gebrauch. Sie waren deshalb nicht selten Gesandte und Spione. Dabei haben sie aber stets jüdische Interessen vertreten. Wie heute, so schon damals. Jüdischer Verrat hat schon so manchem Europäer das Leben gekostet, was man früher ebensogut wie heute wußte. Nur hatte man damals den Charakter, die Folgerung daraus zu ziehen.

III.

Und schließlich kam noch das religiöse Moment hinzu. Man wußte damals sehr genau, daß Christus im Talmud als „Hurensohn", „Bastard", „Bileam", „Sohn des Unzuchttieres" usw. benannt wurde; man wußte, daß sich der Jude Christus in tiefster Hölle liegend, als „mit siedendem Kot gerichtet" vorstellte, und seine Bücher verbrannte.

Und hier sei gleich bemerkt, daß dieser Christushaß bis auf heute unverändert fortdauert. Bestenfalls ist dem Juden die Persönlichkeit Christi ein Ärgernis, meistens eine Zielscheibe des Spottes.

Am Ende des 19. Jahrhunderts sammelten die Rabbiner die auf Christus gemünzten Zensurstellen aus dem Talmud (ihre „Perlen und Edelsteine"), verlegten neu den „Sohar", wo Christus als „auf dem Dunghaufen begrabener toter Hund" bezeichnet wird. Der Jude Leon Schloßberg gab eine altjüdische Schmähschrift neu heraus[26], wo Christus als Trunkenbold, Dieb, Hurer geschildert wird, dessen Amme eine Dirne gewesen sei. Der Herausgeber empfiehlt das Werk als „wichtigen Beitrag für Bibelkritik" und verspricht, es in alle Kultursprachen übersetzen zu lassen. Ein Rabbi Duschak[27] meinte, Jesus habe viel Umgang mitdem schönen Geschlecht gehabt. Die „Frankfurter Zeitung" schil-

[26] Controverse d'un evèque.

[27] Literaturblatt, 1877, Nr. 51.

derte hohnvoll Christus als frechen, rothaarigen, sommersprossigen, mauschelnden Judenjungen[28]. Der Rabbiner Wise in Cincinnati meinte in seinem jüdischen „Familienblatt", es sei „übrigens weit besser, den Christtag zu haben, als die Pocken", und bedauerte, daß die Jungfrau sich nicht „dazu verstanden hätte, uns noch einen Buben im Sommer zu bescheren", so daß wir zwei Christtage hätten, und fügt hinzu: „Ich hätte ihr dazu gerne unsere Chinesen überlassen!"[29]

Der jüdische Charakter ist unveränderlich durch alle Jahrhunderte geblieben. Ihn nicht abwehren, heißt ihm erliegen.

So, wie das Judentum seit bald zweitausend Jahren den Grundsatz des rein auf den Materialismus gestellten Antinationalismus verkörpert, so haben sich auch auf anderen Gebieten nur die Formen geändert. Zwar ist nicht anzunehmen, daß unsere Revolutions- und Börsenspekulanten alle den Schulchan-Aruch kennen — aber sie befolgen ihn wortwörtlich. Joseph in Ägypten und Rathenau sind Verwandte, von den Egibi Brüdern (Babylon) über Don Juda, einem berüchtigten Finanzminister Spaniens, geht ein gerader Weg zu Jakob Schiff und den Gebrüdern Rothschild. Trotzki-Bronstein, Sinowjew-Apfelbaum sind die wiedererstandenen Sänger des „Vertilge! Vertilge!" der Psalmen und des „Den Besten unter den Heiden töte ich" (Melchilta 32 b). Der geile, boshafte und letztlich unfruchtbare Heine ist die Auferstehung des Juda ben Salomo-al-Charisi oder des schlüpfrigen Immanuel ben Selomoh, eines jüdischen Dichters aus der Frührenaissance.

In fast allen Ländern waren die Juden einmal die Geldherren des Landes. Aber überall folgte dann — durch ihre furchtbare Unmäßigkeit hervorgerufen — ein plötzlicher Sturz. Heute steht das Judenvolk wieder auf einer durch List, Zähheit, Zusammenarbeit und rücksichtslose Ausnützung

---

[28] Stille: „Der Kampf gegen das Judentum".

[29] „Debora", Zum Weihnachtsfest 1880.

aller Schwächen der jeweiligen Gastvölker erkletterten Höhe der Macht, wie noch nie zuvor in seiner Geschichte. Dies mag beschämend für uns sein, aber es ist so.

Über Deutschland ist wenig zu sagen. Es gibt kein Gebiet, wo das jüdische Gold und seine Sklaven keine ausschlaggebende Rolle spielten. Der Geldmarkt Berlins liegt in der Hand von 280 jüdischen Bank- und Wechselhäusern. Fast alle 100 Banken Frankfurts a. M. sind jüdisch. In kleineren Städten haben die Juden noch etwa 400 in Händen. Deshalb wurde Deutschland auf der Versailler Friedenskonferenz von jüdischen Finanzfachmännern „vertreten" (Warburg, Melchior, Arnhold, Nathan, Salomonsohn, Speyer, Wassermann u. a.)[30]. Daß fast die gesamte deutsche Presse jüdisch ist, wissen selbst die Kinder. Daß die Demokraten Halbjuden und Juden als Führer haben wie Koch, Schiffer, Petersen, Preuß usw., sollten ebenfalls alle wissen. Daß die radikalen Parteien von reichen Juden geführt werden, fällt selbst dem Dümmsten auf. 300 „Freiheitshelden" aus dem Stamme Jakob ließen sich leicht aufzählen.

In keiner der „großen Demokratien des Westens" ist es anders bestellt.

Heute sitzen 12 jüdische Lords im englischen Oberhause (Rothschild, Montague, Lawson usw.). Seit 1900 hat London fünf jüdische Bürgermeister gehabt[31]. Gesandter in Neuyork wurde Rufus Isaaks (Lord Reading). Jetzt ist er Vizekönig von Indien. Wenn Wilhelm II. ausgeliefert worden wäre, so hätte Rufus Isaaks, der damals Oberrichter von London war, ihn gerichtet, wie es in Deutschland die Cohn und Sinsheimer mit Hindenburg und Ludendorff zu tun versuchten. Als Herrscher sitzt zur Zeit in Palästina der Jude Herbert Samuel. Ehe er ins gelobte Land reiste, empfing ihn der König von England in beson-

[30] Näheres bei Eberle: „Die Überwindung der Plutokratie".
[31] Wirth: „Weltgeschichte der Gegenwart".

derer Audienz, beschenkte ihn, den nationaljüdischen Zionisten, mit dem höchsten englischen Orden und erhob ihn in den Ritterstand. Auf der Reise hielt sich Samuel eine halbe Stunde beim Papst auf und fuhr dann auf einem britischen Schlachtschiff ins „Land der Väter“.

Frankreich ist seit den Juden Cremieux und Gambetta ganz in der Hand des jüdisch-französischen Großorients und der Börse. Clemenceau hatte als Aufsichtsrat (man hieß das „Kabinettschef“) den Juden Mandel, durch dessen Hände alle Papiere gingen. Millerand machte seine Reisen über den Kanal stets in Begleitung seiner jüdischen Minister Isaak oder Marsal. Er ist übrigens Halbjude. Als solchen feierte ihn auch das Londoner „Jewish Chronicle“ unlängst. Er hat eine Jüdin zur Frau. Sein erster, französischer, Ministerpräsident, Leygues, war ein Schützling der „Alliance israélite universelle“ und Vorsitzender einer Abteilung derselben. Der zweite, Briand, genießt den besonderen Schutz der Zionisten.

In Nordamerika steht es noch schlimmer. Der jüdische Hochgradfreimaurer Maurice Damour wurde vom Pariser „Journal“ als derjenige gefeiert, dem Frankreich den Eintritt Amerikas in den Krieg zu verdanken habe. Die ganze Orientpolitik der Vereinigten Staaten ist den Zionisten Brandeis, Mak und Marschall übertragen. Die Goldausfuhr des Landes geht schon lange ausschließlich durch jüdische Hände[32]. Jakob Schiff finanzierte Japan im Kriege gegen Rußland. Der „Vertreter Kaliforniens“, Kahn, hat neulich das Einwanderungsverbot für Japaner auf ein Jahr durchgesetzt.

Der Führer der deutschen Finanzkommission war der Jude Max Warburg. „Frankreich“ war durch seinen Bruder Felix Warburg vertreten. Als „amerikanischer“ Sachverständiger bereiste der dritte, Paul Warburg, neulich das Deutsche

[32] Eberle: „Zertrümmert die Götzen!“

Reich. Und ein vierter Warburg, ein Professor, ist Mitglied des engeren Großen Aktionskomitees des Zionismus, mit dem Sitz in London! Genügt dies Sinnbild unserer heutigen Zeit?

IV.

„Völkischer Beobachter“, 21. August 1921.

Daß der ganze „russische“ Bolschewismus unter jüdischer Leitung steht, ist bekannt. Ende 1919 waren, nach dem unverdächtigen Korrespondenten der „Times“, von 380 Volkskommissaren 300 Juden. Anfang 1920 meldeten russische Quellen, daß 422 von den 457 Juden seien. Das Verhältnis ist bis auf heute dasselbe geblieben.

Vielen harmlosen Deutschen will es noch nicht in den Kopf, daß die „Proletarier“ und „Kapitalisten“ früher zusammen jüdische Ziele verfolgen konnten. Diese Leute haben mit geschlossenen Augen und meeresstiller Vernunft dahingelebt. Die Generalprobe des Bolschewismus, die Kommune von 1871, war von den Rothschilds und dem jüdischen Bankier Simon Deutsch geschürt und finanziert worden. Marx applaudierte dazu aus London. Die jüdisch geleitete Sozialdemokratie Deutschlands stimmte seinerzeit gegen die Besteuerung der Börse, gegen Steuern auf Luxusgegenstände, sogar gegen Wuchergesetze. Sie schickte zur Bankenquete 1908 den jüdischen Großkapitalisten Paul Singer hin. Leopold Sonnemann („Frankfurter Zeitung“) fing Bebel mit seinen Weingeschenken. Der Sozialist Arons heiratete Bleichröders Tochter. Der USP.-Mann Eisner verlegte seine Bücher für das Proletariat beim vielmillionenschweren Cassirer, in dessen Salon Held Toller gern gesehener Gast war. Die Rothschild, Scharff, Etienne usw. unterstützten[33] (vor Gericht nachgewiesen) sozialdemokra-

[33] Näheres in meiner Ausführung in der Wochenschrift „Auf gut deutsch“, Hoheneichen-Verlag, München 1920, Nr. 7.

tische Zeitungen. Burzew, der alle russischen Geheimarchive durchstudiert hat, behauptet[34], einer der Drahtzieher des Bolschewismus sei der Sozialist und Millionär Parvus Helphand von Sofia, Konstantinopel, Berlin. Für die Schürer der Revolution (1905 bis 1906) in Rußland schlugen die „deutschen" Zeitungen die Werbetrommel; die „verfolgten" Juden erhielten 900 000 Mark.

Und deshalb erklärt sich die Sympathie etwa der „Frankfurter Zeitung" für das bolschewistische Moskau und deshalb konnte die zionistische, d. h. nationalistisch-jüdische „Jüdische Rundschau" wehmütig schreiben: „Für die jüdische Bevölkerung Rußlands würde die Überwindung des Bolschewismus ein Grauen bedeuten."

Aber weshalb bekämpft dann die Entente Moskau?

Die Entente hat den Bolschewismus nie ernstlich bekämpft, sondern nur für das Verhungern und Ausbluten des russischen Volkes gesorgt. Sie rüstete den russischen General Judenitsch zum Zuge auf Petersburg aus und „beschützte" seine linke Flanke durch ihre Flotte. Petersburg ist in Sicht — da verläßt das englische Geschwader den russischen General, fährt nach Riga und beschießt die gegen den Bolschewismus kämpfenden deutschen Truppen. Telegramme über die Einnahme Petersburgs hatten ihre Wirkung auf die Börsen der Welt ausgeübt, der Rubel stieg fast bis zum Friedenskurs; das Geschäft war erledigt, man brauchte Judenitsch nicht mehr. Das „Journal de Genève" nannte die ganze Sache eine „spéculation israélite"! Genau so erging es Koltschak[35].

---

[34] „Seid verflucht ihr Bolschewiki."

[35] Die „Jüdische Rundschau" z. B. „verbittet" es sich, daß man es ihr zumute, fremdnationale Politik zu treiben (1920, Nr. 14). Für diese „deutschen Staatsbürger" gibt es also keine Pflichten dem Deutschen Reiche gegenüber. Deutschland muß sie folglich als Schädlinge seines Daseins beseitigen!

Und wer Augen hat, um zu sehen, weiß, daß die Entente Deutschland gegenüber dasselbe Spiel treibt. Noch hält der deutsche Charakter, aber seine Widerstandskraft erlahmt. Die Levi und Konsorten hetzen und denunzieren, der „gemäßigte" Eduard Bernstein meint, es sei „keine Reaktion so gefährlich, wie das Wuchern des nationalistischen Geistes". Und die Entente erzwingt eine deutsche Entwaffnung nach der anderen. Die Zeiten stehen auf Biegen und Brechen. Gehen die Dinge weiter wie eben, so wird der kommende Kampf dem jüdischen Bolschewismus den Sieg bringen und den besten Deutschen das Leben kosten.

In der antisemitischen „weißen" englischen Arbeiterpartei wies Dr. Clarke am 30. September 1920 nach, daß nicht nur hinter dem „Roten Schilde", sondern auch hinter der „Roten Fahne" dieselbe jüdische Macht stecke. Rettung gebe nur die vollständige Säuberung aller Parteien von allen Juden. Jeder, der die heutigen Dinge sieht, wie sie sind, weiß, daß es sich bei der jetzigen Sachlage nur darum handeln kann, ob man im Regen oder unter der jüdischen Traufe stehen will. Wollen wir uns demütig der langsamen oder plötzlichen Ausplünderung durch den jüdischen Wuchergeist beugen, wollen wir das Schmähen unseres Glaubens, das Bespeien unseres Volkstums stumm über uns ergehen lassen, oder wollen die breiten Massen deutscher Männer und Frauen den oberen Parteiklüngel sprengen, der auch in den nationalen Parteien „sich nicht kompromittieren" möchte, zur Zeit sogar selbst jüdisch versippt ist, „vaterländische Spenden" für die Organisation von Juden angenommen hat, usw.?

Wenn man an der wichtigsten Frage des deutschen Lebens mit krummem Rücken vorübergeht und beiseite schielt, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, oder aus feiger „hoher Politik", die doch nichts weiter tut, als nachgeben, ohne das geringste zu retten, so darf man sich nicht wundern, wenn bald das ganze Land in Flammen steht.

Der Zionistenführer Weizmann sprach auf einer Versammlung zu Jerusalem Worte, die jeder Europäer auswendig lernen müßte. Nach dem Referat der „Jüdischen Rundschau" (1920, Nr. 4) lauten sie, wie folgt: „Wir sagten den maßgebenden Persönlichkeiten: Wir werden in Palästina sein, ob ihr es wollt oder nicht wollt. Es ist aber besser für euch, uns mitzuhelfen, denn sonst wird sich unsere aufbauende Kraft in eine zerstörende verwandeln, die die ganze Welt in Gärung versetzen wird!"

Also ein Vertreter des großkapitalistischen und nationalen Judentums droht ganz offen mit der jüdischen Weltrevolution, dem Bolschewismus!

In Deutschland ist die „gärende" Kraft im vollsten Gange. Schweigen ist sinnlos geworden. Aber zum Zusammenraffen aller Deutschen zu einer stahlharten, völkischen Einheitsfront ist es vielleicht noch nicht zu spät. Vor uns liegt das bolschewistische Chaos, der Tod des halben deutschen Volkes. Diese Aussicht vor Augen, kann es gar kein Zögern geben. Durchs ganze Land muß die eine Forderung gehen: Hinaus mit den Juden aus allen Parteien, Nichtigerklärung sämtlicher Staatsbürgerrechte aller Juden und Halbjuden, Ausweisung sämtlicher Ostjuden, strengste Beaufsichtigung der einheimischen. Etwaigen „Judenstreiks" muß entsprechend entgegengetreten werden.

Mit festem Willen ist dies möglich. Ungarn hat es zum Teil erwiesen. Geschieht es nicht, so hat keine der heute noch lebenden Geschlechter mehr die Aussicht, einmal wieder im deutschen Vaterland zu leben.

Deutscher, wach auf!

Nationalsozialismus.

„Völkischer Beobachter“, 28. Juli 1921.

Auf einem Berge erbaute sich der Ritter mit seinen Knechten eine trotzige Burg. Um diese herum scharten sich schutzsuchende Ansiedler; Häuser wurden gebaut, Wälle und Mauern errichtet, Gräben gezogen. Es bestand eine Gemeinschaft zwischen Rittern und Bürgern: Individualität und Gemeinwesen.

Aus dem Gewirr kleiner Häuser ringt sich der himmelragende Dom empor. Ein großer Künstler hat ihn entworfen. Tausende haben die Steine zugehauen, Hunderttausende haben Werte dafür geopfert und dann in diesem Hause die Andacht verrichtet: Persönlichkeit und Volksseele.

Das Erfühlen oder das Erkennen der wirtschaftlichen und geistigen Gemeinschaft eines Volksganzen, die Anerkennung der Einordnung des einzelnen unter das Allgemeine, nennt sich heute Nationalsozialismus.

Klassenkämpfe hat es gegeben, soweit wir die Geschichte in die Vergangenheit zu verfolgen vermögen. An ihnen ist schon manches Volk zugrundegegangen. Klassenkämpfe hat es auch in deutscher Vergangenheit gegeben und sie werden auch in der Zukunft nicht verschwinden. Daß überhaupt Kampf besteht, ist kein Unglück. Aber bei Betrachtung einer Lebenserscheinung kommt es auch auf unsere seelische Einstellung zu ihr an. Anerkennen wir ein Volk als etwas Körperhaftes, so werden wir versuchen, den natürlichen Kampf einzelner Teile desselben nicht künstlich zu verstärken, sondern ihm Formen zu geben, die jeden der Teile höher züchten und stählen. Stelle ich mich nur auf die unmittelbaren Zwecke eines der kämpfenden Teile ein, so muß kurz über lang eine Erkrankung des Ganzen eintreten, die den Körper schwächt, ja seinen Tod herbeiführen kann.

Das Zeitalter der Maschine brachte Lebenszustände mit sich, die den Boden für eine Lehre schufen, die in ihrer folgerichtigen Durchführung den Zerfall sämtlicher Völker bedeutet: den Marxismus. Keine Völker, keine Staaten, nur Klassen: eine Weltanschauung, die tief unter derjenigen eines Zulu steht, aber für das Opfer der Maschine, den Industriearbeiter, doch eine, wenn auch verschwommene Idee bedeutete. Der von seiner Scholle gerissene, der Natur entfremdete, überlieferungslose Proletarier trat in die Weltgeschichte ein. Das Ausgeliefertsein an eine brutale Macht, die er verständlicherweise im Unternehmer verkörpert sah — den hinter diesem stehenden Bankherren konnte er ja nicht beobachten —, konnten den Instinkt nicht zum Durchbruch kommen lassen, in diesem einen Volksgenossen zu sehen. Des Arbeiters Schuld ist es nicht, wenn er den verführerischen Lockungen des zersetzenden Judentums unterlag! Es ist die Schuld der deutschen Intelligenz!

Die Fichte und Arndt schienen ausgestorben. Intellektuelle, naturentfremdete Gelehrte studierten mit dem blauen Bleistift in der Hand die dicken Schriften der Marx und Genossen, zogen Verbindungslinien zwischen deren nebligen Redensarten, Kant und Goethe und indischer Philosophie, zogen den abgestandenen jüdischen Geist auf Flaschen und machten den Marxismus gesellschaftsfähig. Andere Professoren, und nicht selten lutherische Pfarrer hatten ihre Stuhlmeisterei und sprachen in verborgenen Logen über „Menschheit", über „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit". Große Teile des deutschen Volkes, die das Wuchshafte hätten erkennen müssen, ließen sich durch die riesige marxistische Propaganda ebenfalls verbittern und verstärkten ihren Klassenstandpunkt. So klaffte das deutsche Volk auseinander. Das Jahr 1914 zeigte aber, daß in allen Deutschen doch ein Funke lebendig war, der sehnsüchtig in jedem geschlummert haben muß, um zu solch einer heiligen Flamme emporlodern zu können. Aber

die Jahrzehnte waren nicht ohne Wirkung geblieben. Die kurze Zeit verstummten Volksverführer setzten bald von neuem ein, und wieder wurde der Geist nach einer Richtung gewendet, die endlich den Zusammenbruch des 9. November zeitigte. Der Glaube wurde dem Deutschen genommen, für eine gute Sache zu kämpfen und in ihm ein Glaube an Phrasen und Gedanken wachgerufen, die nichts waren, als Waffen der List unserer Feinde. Nie darf das deutsche Volk die Namen der Männer vergessen, die ihm in seinem Schicksalskampf von „internationaler Solidarität des Proletariats", „Völkerbund", „Weltgewissen" usw. sprachen!

Das Unglück kam und damit die bittere Enttäuschung.

Nichts ist nun unberechtigter, als die Befriedigung der Deutschnationalen, die Arbeiter hätten die Dummheit des Internationalismus eingesehen und seien endlich halbwegs „vernünftig" geworden. Diese Herren sollten sich lieber an die Brust schlagen und sich fragen, was sie getan haben, um dem deutschen Arbeiter das völkische Gefühl zu stärken! Sind sie zu ihm gegangen, haben sie ihm geistige Nahrung, Aufklärung gegeben, oder haben sie ihn ausgemachten Hetzern und jüdischen Verführern überliefert? Haben sie den Arbeiter als gleichwertigen Volksgenossen angesehen, oder haben sie ihn nicht gar zu oft als Menschen zweiten und dritten Ranges gewertet? Haben sie wenigstens in ihrer Klasse selbst die Würde ihres Volkes streng vertreten, oder haben sie nicht jüdische Bankierstöchter geheiratet und deutsches Volkstum verseucht?

Die Erkenntnis ihrer Schuld am deutschen Volk ist vielen einzelnen unter den Konservativen gekommen, aber beileibe noch nicht den „nationalen Parteien". Sie bezeichnen sich heute noch im Gegensatz zu den „sozialistischen" als „bürgerliche", und die Versuche der Deutschnationalen, durch ein paar alte Bäckermeister die Arbeiter zu gewinnen, ist ein aussichtsloses Unternehmen. Solange der deutsche Konservativismus nicht offen und ehrlich ein Schuldbekenntnis ab-

legt und tatkräftig den Kampf gegen das jüdische und verjudete Schmarotzertum außerhalb und innerhalb seiner Reihen und für deutsches Wesen und Interesse in allumfassendem Sinne aufnimmt, solange wird er keine Handarbeiter in seine Reihen locken. Wie die Sozialdemokratie, so haben die Konservativen an einer schweren Kette der Klassenüberlieferung zu tragen. Sie habendie Berechtigung verloren, die Führer zu sein, sie müssen sich jene erst erringen.

Deshalb ist eine neue Bewegung notwendig, die das ganze deutsche Volk als eine unlösbare Einheit betrachtet, die keine Klassengegensätze innerhalb des Volkes anerkennt, für die das Völkische Ausgangspunkt und Endziel ist, die eine natürliche Wirtschaftsordnung an Stelle der heutigen schmarotzerhaften fremden Blutaussaugung anstrebt. Die Vereinigung aller wirklich Schaffenden, ob Arbeiter, Student, Offizier, Beamter, Künstler oder Gelehrter deutschen Blutes und Geistes, das Sammeln aller handelnden rücksichtslosen Kämpfer für ein Großdeutschland aus allen Schichten des deutschen Volkes, das nennt sich heute Nationalsozialismus.

Er wird die trotzige Burg werden, um die sich die anderen Deutschen ihre Häuser bauen können. Das ist der Weg der Zukunft!

Kampf!

„Völkischer Beobachter", 31. Juli 1921.

Kürzlich erhielt die Schriftleitung ein Schreiben von Herrn Karl Heise, dem Verfasser von „Die Ententefreimaurerei und der Weltkrieg". Es enthielt die Anfrage, ob sie geneigt wäre, einen okkultistischen Aufsatz aus seiner Feder zu bringen. Nur der „wahre Okkultismus" könne Deutschland retten. Herr Heise mußte abgewiesen werden.

Bekanntlich ist Arthur Dinter ein hervorragender Kämpfer gegen das Judentum gewesen. Gewesen, denn jetzt schreibt er Bücher über Tischklopfen und predigt eine „Geistlehre“, die merkwürdig an den heutigen okkultistischen Groß-kophta Rudolf Steiner erinnert. Wir warten darauf, daß er sich davon einmal abwenden, wiedergesund werden wird.

Alle solche Verschwommenheiten müssen wir ablehnen. Wir anerkennen nur das deutsche Volkstum als Grundlage und Ausgangspunkt. Wir anerkennen nur die Deutschheit und Großdeutschland als Endziel. Wir anerkennen nur Gedanken und Ziele, die uns einen Kraftzuschuß mitteilen, die unseren Willen stählen, um unbekümmert um eine Meute von Feinden und schwach gewordenen Freunden den Weg zu gehen, auf dem wir uns zusammengefunden haben.

Die Deutschheit ist nicht eine unbestimmte Idee, denn abgesehen davon, daß uns unser Inneres gar deutlich sagt, was unseres Wesens ist und was nicht, so brauchen wir nur auf die Großen unserer Vergangenheit zu blicken, auf unsere tausendjährige Geschichte, um den Prüfstein dafür zu haben, wann wir auf rechtem und wann wir auf falschem Wege sind. Unsere Großen: das ist die Leben und Gleichnis gewordene Sehnsucht von uns selbst. Wer Achtung vor sich selbst hat, muß Ehrfurcht vor den Männern unserer Vergangenheit und — Gegenwart haben.

Vieles dieser Vergangenheit ist heute tot, weil wir auf die warnenden Stimmen nicht gehört, weil wir uns unseres Wesens nicht gewehrt haben, sondern es zuließen, daß es von Fremden verschüttet wurde. Weil aber heute vieles gestorben ist, was scheinbar lebendig war, deshalb müssen wir vorwärts. Die Wegweiser dabei sind die Großen unseres Volkes.

Nie ist deutsches Wesen und deutsche Persönlichkeit so geschmäht worden wie heute.

Indem wir alle Zweifler und alles Schwache und Gebrochene ablehnen, müssen wir zugleich den schärfsten Kampf allen denen ansagen, die den deutschen Namen heute für vogelfrei halten. Wir werden von nun an Rechenschaft für jedes Wort verlangen, das jüdische und sonstige deutschfeindliche Blätter und Persönlichkeiten über die Lippen bringen. Wir wollen ein Schuldbuch über jüdische Verseuchungsarbeit dem deutschen Volke vorlegen, unbekümmert um schwächliche oder empörte Einsprüche.

Ein liberaler Antisemit — es gibt auch solche Käuze — fragte mich, ob ich denn wolle, daß die Juden völlig beseitigt würden? Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir können nicht wissen, wie die Geschichte Deutschlands im einzelnen verlaufen wird, aber wir wissen, daß es unsere Pflicht und Schuldigkeit ist, die Wahrheit über eine Umgarnung des deutschen Volkes auszusprechen, wie sie noch nie dagewesen ist. Diese Wahrheit kennen die aalglatten Liberalen ebensogut wie wir und die Juden selber. Aber Rückenmarkschwindsucht, geschäftliche Abhängigkeit und „große Politik" halten die Herrschaften ab, jene Wahrheit laut auszusprechen, die sie sich unter vier Augen ins Ohr flüstern.

Kann jeder sagen, daß, wenn alle Deutschen geschlossen diesen Kampf führen würden, Deutschland stark und einig dastände, dann muß er auch bekennen. Und dies ist so! Denn nur durch falsche Weichheit, durch uferlose Schwärmerei, durch feigen „Takt", durch „Toleranz", die nur verkappte Angst war, durch Abkehr von unserem Wesen zum mammonistisch-jüdischen Götzen, gelang es, uns so zu demütigen, wie es heute der Fall ist.

Einen „festen und gewissen Willen", wie ihn Fichte einstmals verlangte, müssen wir uns wieder erkämpfen. Den jüdischen Verführern und ihrem gefolgsamen Troß müssen wir eine innere Kraft entgegenstellen, die auch nicht davor zurückschreckt, laut und rücksichtslos die Forderung zu er-

heben und durchzuführen, daß die Usurpatoren Deutschlands endgültig und restlos auf allen Gebieten das Feld für Deutsche freizumachen haben.

Was euch nicht angehört,
Müsset ihr meiden,
Was euch das Inn're stört,
Dürft ihr nicht leiden. (Goethe.)

Der Pogrom am deutschen und am russischen Volke.

„Völkischer Beobachter", 4. August 1921.

Man sollte eigentlich glauben, in Sowjetrußland lebe man herrlich und in Freuden. Die Bolschewistenführer schaffen unermüdlich Gold und Edelgestein ins Ausland, senden eine Handelsabordnung nach der andern mit Generalvollmachten in alle Welt und beklagen sich fast darüber, daß die westeuropäischen Kapitalisten lüstern danach seien, Frieden mit dem mächtigen Moskau zu schließen. In London und in Rom, in Helsingfors und in Reval, in Prag und in Berlin kaufen die bolschewistischen Gesandten ein Haus nach dem andern, kleiden sich in auserlesenste Gesellschaftsanzüge, geben diplomatische Essen, wo zwar weniger Milch und Honig, wohl aber Likör und Champagner fließen, und reisen in Luxusdampfern nach Neuyork und Rio de Janeiro.

Eine bolschewistische Zeitung nach der andern entsteht. Ein bolschewistisches Werbebureau nach dem andern öffnet seinen Laden, um Abenteurer zur Bedrückung des russischen Volkes nach Moskau zu schaffen.

Hinter dieser lügenhaft-gemeinen Kulisse vollzieht sich aber seit vier Jahren etwas, wovon unser Publikum, dank der teuflischen Judenpresse und dank der Feigheit der übrigen Blätter, noch immer zu wenig weiß.

Gleich nachdem die Bolschewiki gesiegt hatten, setzte eine planmäßige Vernichtung der russischen nationalen Intelligenz durch die Judenregierung ein. Der bluttriefende Jude Uritzky hat durch seine Verordnungen und seine gedungenen Mörder den Tod von Hunderttausenden auf seinem Gewissen. Der Jude Sinowjew-Apfelbaum, Gouverneur von Petersburg und 1. Vorsitzender der 3. Internationale, hat jeden Hauch von freier Meinung „beruhigt" und der Jude Trotzki-Bronstein hat den Bürgerkrieg zum Grundsatz erhoben.

Die entfesselten Instinkte wurden von dem Stab von ein paar hundert Juden, mit denen Trotzki aus Neuyork nach Petersburg gefahren kam, oon den aus aller Welt zusammenfahrenden, schwer mit Gold und Demagogie gespickten Hebräern dazu benutzt, die russische nationale Industrie zu vernichten, alle nichtjüdischen Banken auszurauben, den Kassenschränken alle privaten Wertgegenstände zu entnehmen, zehnfache Haussuchungen vorzunehmen usw. Und wenn auch vieles in niederen Händen kleben geblieben ist: der größte Teil aller russischen Schätze ging in die Hand der jüdischen Sowjetregierung über. Mit diesem Gold verseuchte und entsittlichte man ein Volk. Mit diesem Gold kaufte man Zeitungen und dang Spitzel und Mörder. Mit diesem Gold versorgte man die jüdischen Gesandten in aller Welt wie Kopp in Berlin, Litwinow-Finkelstein in Reoal, Rothstein in Teheran, Axelrod in Litauen, Fürstenberg in Riga, Liebermann in London usw. Mit diesem Gold schuf man sich eine ergebene, durch Blut belastete Leibgarde.

Die Namen alier jüdischen Henker liegen vor. Von 550 Regierungskommissaren sind 30 Russen, 34 Letten, 10 Armenier, einige Ungarn, Grusiner und 447 Juden!!

Ohne auf russisches Wesen, auf russisch-nationale und wirtschaftliche Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, wurde eine

bezeichnend jüdische Herrschaft der Gewalt aufgerichtet, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hatte.

Die Landwirtschaft wurde zerstört, die Industrie vernichtet. Dann mußte der unvermeidliche Zusammenbruch kommen. Es trat eine Hungersnot ein, und bei dieser Prüfung stellte sich die vollkommene Unfähigkeit der frechen Aufrührer heraus, auch nur das Geringste zu leisten.

Die Welt wird jetzt seit ein paar Wochen mit schrecklichen Nachrichten über eine nie dagewesene Dürre überschüttet, die die Erde stellenweise sogar gespalten hätte. Wo das nicht der Fall sei, wären Heuschreckenschwärme über das arme Land gekommen . . . Rufe an die „Menschlichkeit“ ertönten aus dem „Mekka des Proletariats“, Maxim Gorki, einer der allerübelsten Patrone des heutigen Rußlands, dessen Frau im Auslande in Seide und Brillanten herumfährt, bittet bei — Gerhart Hauptmann um Hilfe. Und dieser sagt zu. Die deutsche Reichsregierung sagt zu. Die Sozialdemokratie sagt zu. Die „Frankfurter Zeitung“ schiebt das Unglück der Sowjets auf den Himmel: „Es ginge nicht an, das bolschewistische Regiment des großen Ostlandes als Ursache seiner Not zu behandeln“ (Nr. 554). Die jüdische „Neue Freie Presse“ stürzt sich ebenfalls als Kämpferin in den Streit: „Der Schritt der Sowjetregierung ist nicht nur verständlich, er ist auch in jeder Hinsicht anzuerkennen“, und preist Deutschland, das „ohne Bedenken und Befürchtungen . . . dem bedrängten russischen Volk im Osten die hilfreiche Hand hinüberreichen will“ (Nr. 20,443).

Tatsächlich „ohne Bedenken und Befürchtungen“! Denn jeder, der noch ein halbwegs deutsches und menschliches Herz im Leibe hat, müßte jetzt fordern, daß auf den Platz der Trotzki und Apfelbaum nationale, ihr Volk liebende Russen gestellt würden, und nicht wiederum dieselben Lumpen das Brot verteilen dürfen, denen Rußland das jetzige Unglück verdankt.

Aber das will man nicht. Und mit dem deutschfeindlichen Marxismus marschiert in alter Eintracht die „Frankfurter Zeitung“: „Es begreift sich von selbst, daß es (das Hilfeleisten) nicht geschehen kann, ohne daß die Sowjetregierung dabei mitwirkt“ (Nr. 554).

Vor einigen Monaten meldete der „gesetzestreue“, in Frankfurt erscheinende „Israelit“ stolz, aus Amerika hätten die dortigen Juden an die russischen schon eine ganze Reihe von Schiffen mit Lebensmitteln abgesandt. Und um zu betonen, daß eben nur die Kinder des auserwählten Volkes die Empfänger seien, wurde hinzugefügt, die Konserven seien streng rituell zubereitet! Gerade damals litten die Deutschen an der Wolga besonders. Jedoch es fand sich keine deutsche Regierung, die auf deren Hilferufe auch nur einen Finger rührte. Aber jetzt, wo die Judenregierung ruft, soll das deutsche hungernde Volk, dem man schon vom Westen her das Mark aus den Knochen preßt, wieder helfen, obschon jeder Einsichtige weiß, daß dies weggesandte Brot nie und nimmer die hungernden 25 Millionen Russen erreicht, geschweige denn ernähren wird, sondern daß damit die Judenregierung und ihre Henkergarde gestützt und gegen das hungernde russische Volk getrieben werden wird.

Der Pogrom am russischen Volke hat einen Höhepunkt erreicht.

Unterdes wird auch der Pogrom am deutschen Volke vorbereitet. Das Judentum hatte nach gelungener Unterhöhlungsarbeit am 9. November alle Hoffnung, Deutschland endgültig durch einen verblendeten Teil der Deutschen zugrunde zu richten. Der deutsche Volkscharakter hatte sich jedoch als noch immer wurzelstark genug erwiesen, um zu widerstehen. Da wurde die Maulwurfsarbeit von neuem vorgenommen. Jüdische Schmierfinken versuchten es, die Männer, die mit ihrem ganzen Sein ihr Vaterland ge-

schützt hatten, zu verunglimpfen. Eine Anzeige nach der andern ging an die Anschrift unserer Feinde und lieferte den deutschen Selbstschutz aus. Tausende mit dem Tode durch Feindeshand bedrohte Deutsche riefen vergebens um Hilfe. Man hätte sie von Berlin aus verrecken lassen, wenn nicht der deutsche Charakter sich nochmals selbst geholfen hätte. Jetzt bereitet sich in Oberschlesien wieder Ungeheuerliches vor. ... An die Spitze der Regierung treten Leute, die von ihren Freunden offen als „Kandidaten des Auslandes“ ausgerufen werden (Rathenau), mit der Judenregierung von Moskau ist ein Verhältnis getroffen worden, das man fast ein offenes Schutz- und Trutzbündnis nennen kann. Und kürzlich sind mehrere hundert neue Sendlinge Moskaus in Berlin angelangt.

Selbst die noch nicht verjudeten Zeitungen aber schweigen oder begnügen sich mit gelegentlichen Hinweisen auf die Gefahr, während sie einmütig und tagtäglich immer wieder eines als Allererstes fordern müßten: restlose Ausweisung aller Ostjuden. Nach Palästina läßt der dortige jüdische Vizekönig unter Druck keine Juden herein, die Bolschewisten sind. In Deutschland aber erschallt Zeter und Mordio, wenn vom deutschen Volke dieselbe Forderung erhoben wird.

Aber noch wichtiger ist es, die „emanzipierten“ Juden von da zu entfernen, wo sie Schaden stiften müssen. Entgegen dem „Bayerischen Kurier“, der seine antisemitische Leserschaft durch einige Kennzeichnungen der Moskauer Judenregierung bei der Stange zu halten versucht, meinen wir, daß die Westjuden für Deutschland noch viel gefährlicher als die Ostjuden sind. Ein Warburg oder ein Rathenau sind ein größeres Unglück als Tausende von Kaftanträgern aus Galizien.

Wer es gut mit dem deutschen Volke meint, der muß dem gesamten Judentum den Kampf ansagen und unermüdlich

fordern: restlose Beseitigung der Juden aus allen Posten, Ämtern, öffentlichen Vertretungen, leitenden Wirtschaftsstellen und Kulturanstalten. Das weitere wird sich dann finden.

Geschieht dies nicht, so folgt nach dem Pogrom am russischen der Pogrom am deutschen Volke.

*

Der unveränderliche und tiefste Wesenszug des Juden ist seine gierige Unersättlichkeit. Durch eine falsche Überduldsamkeit hat der Deutsche seine Interessen zugunsten des Juden zurückgestellt und hat sich einreden lassen, die Zurückweisung jüdischer Anmaßung sei nicht fortschrittlich, sei — „reaktionär".

Früher, im Mittelalter, ging der Krug solange zu Wasser, bis er zerbrach. Die oft zurückgedämmten Volksbewegungen gegen die jüdischen Wucherer, Pfandverleiher, Steuerpächter und Finanzminister in allen Staaten führten schließlich doch zu Ausbrüchen, die mit der gewaltsamen Entfernung der Juden endeten, bis — der Wucher wieder anfing.

Nie hatte die jüdische Anmaßung und Verhetzung einen solchen Umfang angenommen, wie heute. Millionen Deutsche forderten den Rücktritt der jüdischen „Verwalter" des Deutschen Reiches, Hunderttausende schlossen sich zum Kampf zusammen, um auf streng gesetzmäßigem Wege die deutschen Forderungen durchzusetzen. Die Juden haben diese Verbände einfach ausgelacht. Sie haben nie ein Maß gekannt, sie haben, im Gefühl ihrer Geldmacht, sich immer neue Werkzeuge zur Volksbeherrschung verschafft. Es ist noch Zeit, diesen Gelüsten zu entsagen, noch leben im deutschen Volke die inneren Widerstände, die ihm ein gewaltsames Einschreiten verbieten. Noch glaubt das deutsche Volk in

seiner Ritterlichkeit, sich nicht an den „Verfolgten" vergreifen zu dürfen, obgleich die Sturmtruppen des Judentums bedeutend zahlreicher sind, als die Gefolgschaft der Männer, die unser Unheil erkannt haben. Aber wenn das deutsche Volk tagtäglich von neuem frech herausgefordert wird, sei es durch die Rathenau oder die Zionisten oder durch die Witkowsky, Jacobsohn, Tucholsky usw., so haben die Juden es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie einmal mit Schimpf und Schande davongejagt werden.

Die Judenherrschaft hat dem geduldigen russischen Volk mehr Tote gekostet, als es überhaupt Hebräer auf der Welt gibt. Daß dieser Russenpogrom furchtbare Folgen zeitigen muß, ist sonnenklar. Es handelt sich nur darum, wann der jüdische Terror gebrochen werden wird.

Die Juden haben diese Folge durchaus vor Augen, weshalb sie alle Moskau stützen. Der schon genannte „Israelit" kann nur „mit Entsetzen an das Schicksal denken, das der Juden im Falle des Sturzes der Sowjetherrschaft wartet" (Nr. 30). Genau so spricht die „Jüdische Rundschau". Polen wurde gezwungen, eine große Anzahl von Flüchtlingen durchzulassen, und Lucien Wolff, ein bekannter jüdischer Politiker, hat jetzt beim Völkerbund um Hilfeleistung bei der Auswanderung nachgesucht. Diese wird natürlich nicht ausbleiben, da drei Viertel der Direktoren des Völkerbundes selbst Hebräer sind (Huysmans, Hamel, de Haas, Mantoux, Cuhnhardt, Brockmann usw.). Und Trotzki sagte auf dem letzten Kongreß der 3. Internationale, wenn die Bolschewiki abtreten müßten, würden sie die Tür hinter der ganzen Welt zuschlagen!

Diese Worte muß sich jeder Deutsche merken. . . . Der Kampf um Sein oder Nichtsein hat nicht aufgehört, sondern angefangen.

Morgenland und Abendland.

„Völkischer Beobachter“, 11. August 1921.

„Nur der Deutsche kann im Zwecke für seine Nation die gesamte Menschheit umfassen.“ Fichte.

Jahrhundertelang sprach man in Europa von einem fernen, sagenhaften Morgenlande. Man glaubte, annehmen zu können, daß das Wesen der östlichen Völker nicht sehr verschieden sei, das Wort von „morgenländischer Kultur“ war eine oft gebrauchte Redensart. Das 19. Jahrhundert hat uns nun eines Besseren belehrt. Eigenartig und doch vielfarbig entrollt sich heute vor unseren Blicken das Wesensgefüge der verschiedenen Völker und Rassen, angefangen von näheren Verwandtschaften bis zum fast völligen seelischen Gegensatz China-Indien. Das Wort vom „Morgenlande“ ist für uns heute kaum mehr als ein erdkundlicher Begriff.

Seit Spenglers verführerisch-gleißendem Werk „Der Untergang des Abendlandes“ ist das Wort „Abendland“ zum Modeschlager der heutigen Großstadt geworden.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es neben vielen individuellen völkischen Eigenschaften auch Kultursinnbilder der Völker Westeuropas gibt, die eine innere Verwandtschaft bezeugen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man näher auf das verwandte Gefüge der Kathedralen von Reims, Paris, Ulm, Straßburg, Lincoln verweisen, auf den Parsifal, oder auf Tristan und Isolde ... Aber wir können wohl heute als Ergebnis folgendes buchen:

Das alte Rom ging zugrunde, als immer mehr und mehr Völkerschaften es überschwemmten, als es in Bastardierung verfiel, als Syrier und Sklaven Soldatenkaiser wurden, als ein Auswurf aller Rassen nach innerer Zersetzung das Land in seine rohe Faust nahm. Nur der Norden des Landes entzog sich dieser Völkerversuchung.

Dann kamen die „Barbaren“ über die Alpen. Eine Welle nach der anderen zog übers Land. Das neue Blut aber wurde aufgesogen und verschwand. Nur ganz im Süden und im Norden werden Germanen seßhaft, ja abgeschlossen. Bei Lockerung dieses zurückgehaltenen Vermischungsvorganges entsproß wieder in Italien eine Kultur, die vor allem mit dem Namen Florenz gekennzeichnet wird.

Wie Frankreich semitisiert wurde, darüber hat uns Gobineau ein erschütterndes Bild hinterlassen. Die afrikanischen und syrischen Truppen Roms durchzogen Gallien von Massilia bis zum Rhein. Die Etappen, die Garnisonen taten dasselbe, was in Rom geschah... Auch hier bedeutet der Einfall der „Barbaren“ eine Blutauffrischung, und das früher ganz gotische Toulouse war ein Mittelpunkt des Widerstandes gegen die römischen völkervernichtenden Weltmachtansprüche. Die Albigenserkriege bedeuten die Ausrottung des germanischen Blutes im Süden des Frankenreiches. Das alte herrliche Paris, wo man noch im Mittelalter mehr flämisch als französisch sprach, war ebenso gotisch-germanisch, wie nur je die Normandie und das Friesenland. Bis auch diese Stadt überflutet wurde von Juden, Mischlingen aus dem Süden, Römern usw. und den Charakter verlor, wie das alte Rom. Am Ende des 18. Jahrhunderts wurde in Paris das Germanentum gebrochen. Nur in der Bretagne und in der Normandie verfügt Frankreich noch über nordische Kraftquellen.

Auch das vielgestaltige Deutschland hat gegen das heranziehende Chaos um sein Leben kämpfen müssen. Der Dreißigjährige Krieg bedeutete einen der fürchterlichsten Aderlässe, und selbst heute gibt es Städte und Ortschaften im Deutschen Reiche, von denen man sagen kann, daß das Germanentum nur schwach im Bewußtsein und im Instinkt lebendig ist.

Die Bezeichnung „abendländische Kultur“ ist eine neue Art von Internationalismus, den man uns auftischen will.

Die Kultur Westeuropas ist zu drei Vierteln durch germanisches Blut bestimmt worden. Es heißt einen Begriff verwässern, wenn man das seelisch Wesentliche, wie es in einer Völkergruppe zusammengeballt war und ist, mit einem unfaßbaren, aus der Erdkunde entnommenen Namen bezeichnet. Die Geschichte Europas ist fast ganz die Geschichte des Germanentums, europäische Kultur ist germanische Kultur!

Die Entwicklung des letzten Jahrhunderts ist nicht so vonstatten gegangen, wie es verschiedene Flachköpfe voraussagten. Die leichteren Verbindungsmöglichkeiten haben die Völker nicht einander näher gebracht, sondern die Verästelung ist, umgekehrt, schnell fortgeschritten und hat einen derartigen Grad erreicht, daß es denn doch nicht einfach ist, heute eine „abendländische Kultur" festzustellen.

Gewiß hoffen wir, daß die Schicksalsgemeinschaft der Völker Europas einmal allgemein ins Bewußtsein treten wird. Aber dies hat zur Voraussetzung, daß nach all den internationalen Revolutionen einmal eine völkische Revolution sich all der Lebensadern eines Landes bemächtigt, wo eben verseuchte Volksgenossen, Juden und Semitenknechte ihre unreinen Hände im Spiele haben. Hat die völkische Erhebung einmal Deutschland von den Schmarotzern in Berlin, Wien, Frankfurt, Breslau usw. befreit, hat sie den gesunden Gefühlen in England und Frankreich die Kraft gegeben, die Börsen von London und Paris mit ihren Insassen unschädlich zu machen, dann wird man vielleicht einmal von einem wieder gesundeten Abendlande sprechen können.

Für einen Mann, der zu *spät* recht hat, haben die Russen eine gute Bezeichnung; sie nennen ihn einen Philosophen mit einem hinteren Verstande. Ein solcher ist Spengler. *Der „Untergang des Abendlandes" kommt nicht, sondern ist schon gewesen. Die Wiedergeburt*

des Germanentums, des Deutschtums aber steht vor der Tür. Alle Spenglerischen Konstruktionen beziehen sich auf ein Vergangenes. Nur weil er selbst keinen Glauben mehr hatte, weil er selbst untergehen zu müssen annimmt, deshalb konnte er dies Buch schreiben, geistreich und flach zugleich. Alle diejenigen, die schon nicht mehr den Glauben ans Deutschtum besitzen, haben ihre Offenbarung erlebt, sie haben sich jetzt offen ausgeschieden. Spengler erregte die Gemüter, rief gute deutsche Kräfte wach, jetzt, nach ein paar Jahren schon, ist er geistig tot.

Bedauerlich ist es, wenn nun biedere Leute kommen und sich verpflichtet fühlen, von der „Auferstehung des Abendlandes“ Bücher zu schreiben, und gar schon aus Vereinsmeierei eine „Werkgemeinschaft des abendländischen Bundes“ gründen. So geschehen durch einen Herrn Dr. Dickel. Die Aneignung eines fremden Titels ist schon an und für sich Sensationsmache, wirkt aber in diesem Fall besonders komisch, wenn man Deutschland retten möchte, indem man einen neuen Internationalismus hervorzaubert.

Wir anerkennen nur eins: Solange es noch kein freies, völkisches Groß-Deutschland gibt, solange besteht auch ein Abendland für uns nicht!

Dies ist unsere einzige Antwort an Frager, Zweifler, Schwärmer und Verführer.

Die „Frankfurter Zeitung“

„Völkischer Beobachter“, 14. August 1921.

Bismarck.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ sagt Bismarck einmal: „Alles was Deutschland groß, reich, einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft wor-

den.“ Dies war die bittere Erkenntnis eines langen Lebens. Aus niederem Empfinden und ungegorenem Haß gegen alles Große rotteten sich alle Kleinen und Mittelmäßigen zum Kampf gegen Deutschland zusammen, damals wie heute vom gesamten Judentum eifrig unterstützt oder geführt. Die vorlaute Sprecherin der „Fortschrittspartei“ aber war von jeher die „Frankfurter Zeitung“.

Sie, die nachher Bismarcks Namen pharisäisch in ihren Spalten erwähnte, hat den Schöpfer des Deutschen Reiches angefeindet, wie nie jemand anders. Niemals hätte in Preußen ein Minister an der Spitze gestanden, der „so wenig geeignet“ gewesen wäre, „alle Verhältnisse zu übersehen“ (6. Nov. 1862). Er sei von „Großmannspolitik“ besessen (1. August 1865). Der Sturz Bismarcks, heißt es später, sei eine „Erlösung Deutschlands an Haupt und Gliedern“ gewesen (1. Januar 1891). Bismarck sei nur ein „gewalttätiger Mann“ gewesen (27. Juli 1892), dessen „Staatskunst am letzten Ende darauf beruhte, über den größten Knüppel in Europa zu verfügen“ (31. Dez. 1898). „Das System Bismarck fällt . . . Es wird kein Bismarck wieder kommen! hört man sagen, aber zugleich: auch für ein Bismarckſches System ist die Zeit dahin!“ (18. März 1890). „Möge auch von Bismarck gelten, daß nicht wiederkehrt, was einmal gegangen ist; die Nation wird dann den 18. März 1890 bald zu den Tagen zählen, deren man mit Freuden gedenkt“ (21. März 1890).

Die Anpöbelungen des Judenblattes gingen aber nicht nur gegen die große Persönlichkeit, sondern gegen Deutschland selbst. Als die Düppeler Schanzen gestürmt und Alsen genommen war, da machte die Frankfurterin ihrer Sehnsucht nach einem antideutschen Eingriff Englands mit folgenden Worten Luft: „Die Masse der Engländer knirscht — aber sie knirscht vergebens. Eine rasche Entscheidung ist aber wünschenswert, wäre es auch nur Schleswig-Holsteins halber und damit nicht der Krieg . . . allzulange andauern

und Deutschland sich dadurch unnötigerweise an das Vorwalten des ohnedies übermächtigen Militärelements gewöhne" (1. Juli 1864). Und später sprach das hochverräterische Blatt: „Bisher ist Deutschland in Gefahr gestanden, in Schleswig-Holstein um sein volles Recht gekürzt zu werden. Heute steht es in Gefahr, allzusehr zu siegen" (9. Juli 1864).

Nach Bismarck.

Nachdem „dasjenige deutsche Unglück (Bismarck), von dessen Beseitigung die Wegräumung der übrigen Hindernisse, die sich der nationalen und freiheitlichen Entwicklung entgegenstellen", glücklich aus dem Wege geräumt worden war, begrüßt das Judenblatt den neuen Reichskanzler Caprivi, der der Einwirkung von „unterrichteter Seite" zugänglicher sein werde, als der „Heros des Jahrhunderts" (15. Januar 1891).

Nun setzt von seiten der „Frankfurter Zeitung" jenes planmäßige Unterhöhlen alles Deutschen ein, die bald versteckte, bald offenere Verspottung alles dessen, was uns hätte heilig sein müssen, und die planmäßige Wühlarbeit, deren Ergebnisse wir heute erleben, läßt sich durch die Jahrzehnte hindurch verfolgen.

Die Verbrüderung des Blattes der jüdischen Hochfinanz mit dem Zentrum und dem Marxismus wurde immer enger. Schon damals, als August Bebel im Gefängnis saß, sorgte der edle Herr Sonnemann, als Besitzer der „Frankfurter Zeitung", daß jener nicht verdurste und schickte ihm Wein in die Zelle. Und als Bebel herauskam, war dieser einer der ersten Gratulanten. Auf solche und andere Weise wurde Bebel eingeseift, von den jüdischen Führern der Sozialdemokratie ganz zu schweigen. Die Truppen Judas wurden organisiert, mit deutschfeindlichem Gifte geimpft, um „fertig" zu sein . . .

Als Bethmann-Hollweg aus Frankfurt am Main Reichskanzler wurde, sahen die „freisinnigen" Judenblätter in ihm mit Recht „ihren Mann".

Das Kesseltreiben von Eduard VII. und Delcassé gegen Deutschland begann, auch Rußland fing an, seine Armee zu verstärken. Die bösen „Alldeutschen", die das Unheil kommen sahen, hatten, wie seinerzeit Bismarck, gegen die geschlossene schwarz-rot-goldene Front anzukämpfen und die Divisionen, die Ludendorff (der „militärische Verlierer des Weltkrieges", 7. Juli 1921), verlangte, fehlten 1914 an der Marne . . .

Gegen das antisemitische Rußland durfte man patriotisch sein. Als Bethmann-Hollweg die „fatale Wirkung der beträchtlichen Aktivität" dem Fürsten Lichnowsky schilderte, da fand die „Frankfurter Zeitung", daß der deutsche Kanzler in „berechtigter Besorgnis" sei. Um uns aber bei Gegenmaßnahmen nicht das Übelwollen der großen englischen Demokratie zuzuziehen, mußte Lichnowsky sich mit Grey aussprechen. Und obwohl dieser erklärte, Sasanow beabsichtige scheinbar, die Entente „etwas kräftiger in Erscheinung treten zu lassen" (22. Februar 1920), rechnete man auf Großbritanniens „Großmut", anstatt sich — wie es gesundes deutsches Interesse gebot — auch mit Rußland zu einigen.

Dann folgt das Schaukelspiel: Patriotismus gegen Rußland, zartfühlende Anteilnahme an den Geschicken der „großen Demokratien des Westens" und Auffangen und Einimpfen aller jener verführerischen und den deutschen Widerstandsgeist unterhöhlenden Sirenentöne der Feinde Deutschlands.

Bethmann.

Herr von Bethmann-Hollweg wurde von der „Frankfurter Zeitung" den ganzen Krieg immer wieder gehalten, wenn es hieß, gegen die „nationalen Chauvinisten" loszu-

ziehen. Und als die unselige Friedensresolution der Erzberger und Genossen angenommen worden war, schrieb das Judenblatt am 20. Juli 1917 seherisch: „Gestern hat sich die Mehrheit (des Reichstages) jedenfalls bewährt, und das deutsche Volk wird die Früchte davon haben. Der alldeutsche Fanatismus ist zusammengebrochen.“ Dem Kanzler, „dem gestern mehr Gerechtigkeit widerfahren“ sei, als in den „wütenden Kämpfen vorher“, war die Politik der „Frankfurter Zeitung“ zu danken, dem Kanzler, der, nach dem Wort seiner Frau, mit dem „Berliner Tageblatt“ schlafen ging und mit ihm wieder aufstand . . .

Als die grauen Novembernebel sich 1918 über Deutschland senkten und das „unselige“ System („F. Z.“, 7. November 1921) gefallen war, da sprach das Frankfurter Hebräerblatt von dem doch von ihm geschobenen Bethmann-Hollweg und seinen Taten als von „grauer Beamtenpolitik“ (17. Dezember 1918).

Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan.

Wilson.

Es hätte wirklich nicht des späteren Eingeständnisses Wilsons vor dem amerikanischen Senat bedurft, daß die Vereinigten Staaten auch ohne den U-Bootkrieg in den Krieg eingegriffen hätten. Es wären auch nicht die Enthüllungen der „League of Free Nations Association“ nötig gewesen, daß Wilson seine 14 Punkte auf Bestellung des amerikanischen Agenten in Rußland, Herrn Edgar Sisson, „in kurzen, beinahe plakatartigen Sätzen“ verfaßt hat, aller dieser Dinge hätte es nicht bedurft, um jeden deutschen Instinkt mißtrauisch zu machen. Aber vergeblich kämpften deutsche Männer gegen die Propaganda der Feinde Deutschlands. Und eines der vielen Blätter, die das fremde Gift in den deutschen Volkskörper einführten, war (neben dem „Berliner Tageblatt“, dem „Vorwärts“ usw.) die „Frankfurter Zeitung“.

Wilsons „Menschheitsprogramm“ wurde mit Jubel begrüßt. Es hieße, Eulen nach Athen tragen, wollte man dies näher belegen. Wohl aber soll die „Frankfurter Zeitung“ uns Rechenschaft aus den Tagen ablegen, als das deutsche Volk, auf ihre Versprechungen vertrauend, die Waffen niederlegte.

Als die Ungeheuerlichkeiten des Waffenstillstandes bekannt wurden, und man den Deutschen endlich hätte reinen Wein einschenken müssen, schrieb das Blatt:

„Wenn auch Wilson den Sinn und die Größe der deutschen Revolution des Oktober 1918 voll erkannt hat, so hat er doch darüber keinen Zweifel gelassen, daß ... nur die Abdankung Wilhelms II. ihn bestimmen könnte, das Vollgewicht seines Einflusses geltend zu machen ...“ „Die Regierung trägt die Verantwortung für die Art der Liquidierung des verlorenen Krieges; sie hat die Möglichkeit, vieles wieder gut zu machen, wenn auch der Lauf der Dinge im großen durch die Schuld des gestürzten Systems bestimmt und rettungslos zum Schlechten gewendet worden ist.“

„Zweifellos ist es Wilson gelungen, die gröbsten Forderungen der Westmächte, beispielsweise die französische auf das linke Rheinufer, und die Zügellosigkeit der Politik Lloyd Georges und Clémenceaus in für uns wichtigen Fragen mit Erfolg zu bekämpfen“ (7. 11. 1918).

Mit Verlaub: Woher wußte die „Frankfurter Zeitung“, daß Wilson die „Revolution des Oktober 1918“ wirklich „voll erkannt“ hatte? Etwa durch Herrn Max Cahen in Kopenhagen, durch Herrn Max Warburg in Hamburg, oder direkt von Mr. Baruch in Neuyork, oder Brandeis, oder Jacob Schiff mit Schwiegersohn Felix Warburg, Neuyork? Oder von Herrn Sack, oder von Maurice Damour? — Und obwohl ein paar Sätze vorher von der

„rettungslosen" Wendung zum Schlechten die Rede ist, kommt wieder die Anpreisung der Wilsonschen „Erfolge"!

Als der schmähliche „Waffenstillstand" unterschrieben werden sollte, wagte das Judenblatt zu äußern:

> „So endet also der heldenmütige Kampf, und so wird die deutsche Kapitulation aussehen, so die Erbschaft, mit der der zertrümmerte Militarismus das deutsche Volk belastet hat. Schauerlich, höchst schauerlich. Aber dies alles, so hoffen wir, wird uns eine unendlich schmerzliche Vergangenheit sein. Was wir hier sehen, sind die furchtbarsten Bedingungen des Waffenstillstandes, die unsere Feinde — so sagte Wilson — Wilhelm II. auferlegten. Mit der deutschen Demokratie der Zukunft aber wird der Friede geschlossen werden. Wagen wir es, für diese Zukunft Erträgliches zu hoffen!" (11. 11. 1918.)

Noch lag das Joch nicht ganz auf Deutschland, und schon wird von einer „schmerzlichen Vergangenheit" gesprochen und getan, als ob die schweren Bedingungen nur auf Wilhelm II. gingen, obgleich es ein paar Tage vorher noch geheißen hatte: „Bei jedem Hieb, den die Politik der Feinde nunmehr gegen Deutschland führt, wird nicht das unselige System unserer Vergangenheit, sondern das Herz des deutschen Volkes getroffen..." (7. November 1918.) Und dann wird das Volk auf den Wilsonfrieden vertröstet! Weiter heißt es nach ein paar Wochen:

> „Die deutsche Republik kann und wird eine der stärksten Stützen der idealen Forderungen sein, die Wilson ... (wenn auch vorerst mit wesentlichen Abänderungen) erreicht hat ... Wilson hat das alte Deutschland für ein Hindernis eines wahrhaften Völkerbundes gehalten — und das war es auch —, die neue deutsche Republik dagegen kann zu seinem wertvollsten Bundesgenossen werden" (22. 11. 1918).

Am 5. Dezember 1918 wird dem deutschen Volke vorgeschwatzt: „Wilsons Streben ist, in die Geschichte aller Zeiten als der große Wohltäter der Menschheit einzugehen, der ihr den ewigen Frieden gegeben und fest verankert hat."

Dann rüstete sich Wilson zur „Friedensfahrt" nach Paris. Und wieder kommt eine Lobhudelei:

> „Wilsons Wort wird gehört werden müssen, unsere Feinde werden nicht die Möglichkeit haben, den ... Professor mehr oder weniger freundlich beiseite zu schieben." „Wenn seine Ankunft in Europa heute zu einem Weltereignis werden konnte, so verdankt dies der Präsident an erster Stelle der moralischen Kraft seiner Person und der imponierenden Konsequenz seiner Politik" (21. 12. 1918).

Kurz vor Schluß des grausigen Jahres 1918 heißt es: „Präsident Wilson sagt, wie wir es sagen: „Deutsches Land muß deutsch bleiben" (30. 12. 1918).

Und das Jahr wird mit dem Hohn beendet, Deutschland auf „eine Welt ohne Nationalismus und Chauvinismus, ohne Kapitalismus und Imperialismus" hoffen zu lassen! (31. 12. 1918.)

Enttäuschung über Enttäuschung kam. Fremde feindliche Gier konnte sich nicht genug tun, um immerneue Quälereien für das deutsche Volk zu ersinnen. Der „Friedensvertrag" mit der „deutschen Demokratie" übertraf die Bedingungen des Waffenstillstandes um ein Vielfaches. Und was sagte die „Frankfurter Zeitung"? Sie sagte u. a.: „Die Grundsätze, die Wilson festgelegt hatte, verkündeten dem deutschen Volke einen wirklichen Versöhnungsfrieden. Mit dem heftigen Drang des Verzweifelnden klammerten sich die Deutschen damals an die Wilsonsche Lehre. Sie versprach Heil und Rettung" (14. 12. 1920).

Im Januar 1918 war das deutsche Volk nicht verzweifelt, im Frühling zog es siegend nach Osten, der große Kampf im Westen stand bevor ... Die „Frankfurter Zeitung“ war es mit, die den deutschen Willen lähmte, und dem deutschen Krieger den Glauben zu nehmen versuchte, für eine gute Sache zu kämpfen.

Die Zermürbung.

Es gibt keinen jämmerlicheren Lesestoff als die Bände der „Frankfurter Zeitung“ vom Ende des Jahres 1918. Schritt für Schritt läßt sich die folgerichtige Unterhöhlungsarbeit verfolgen. Bald versteckt, bald offen wird, indem man den „Militarismus“ schmäht, die deutsche Widerstandskraft beschimpft. Zuerst wird lang und breit erläutert, die Person Wilhelm II. stehe einem gerechten Frieden entgegen, nachdem früher „Hausmachtansprüche“ die „rechtzeitige Lösung wichtiger Probleme (Elsaß-Lothringen) während des Krieges verhängnisvoll verhindert“ hätten.

> „... Warum ersparte der Kaiser sich und uns nicht die tiefe Demütigung, daß wir, weil er blieb, dem feindlichen Auslande in immer neuen Erklärungen unseren Verfassungsumsturz nachweisen mußten? Warum brachte er uns in die elende Lage, immer neue und eindeutigere Antworten Wilsons entgegennehmen zu müssen, deren Reihe vielleicht noch immer nicht abgeschlossen ist?“ (6. 11. 1918).

Als die Wünsche der „Frankfurter Zeitung“ dann ihrer Erfüllung nahe waren, jubelte das Blatt, und wir wollen uns diese Worte merken: „Die deutsche Nation von heute ist nicht die von einst, die zufrieden war, unter Dutzenden von Monarchen ein dunkles Dasein zu fristen“ (7. 11. 1918).

Dann heißt es am 8. November:

„Die Bewegung, die zuerst in Kiel und Hamburg begann, ist, soweit man bisher sieht, nicht politisch-bolschewistisch. Sie ist in der Hauptsache eine Soldatenbewegung, gerichtet auf Abstellen von Mißständen.

... Ungeheuerlich wäre es, wenn der Kaiser auch jetzt zu bleiben versuchte. Denn was dann? Eine Regierung mit der Rechten gegen die Massen? Eine Diktatur gegen das Volk. Militärische Gewalt gegen den Aufruhr, der dann sofort die größten Dimensionen annehmen würde? Und dies im Augenblick des sich anbahnenden Friedens, den nur ein radikal-demokratisiertes Deutschland, niemals die Autokratie zu vereinbaren vermöchte?"

Wie die Frankfurterin doch unterrichtet war: ein „Abstellen von Mißständen" würde „sofort" eine Revolution zur Folge haben, wenn man der „Meuterei" (wie die „Frankfurter Zeitung" die Kieler Vorgänge selbst nennt) entgegentreten werde ...

Das neue November-Deutschland von Judas Gnaden mußte nun nach drei Richtungen hin bearbeitet werden: erstens mußte der Glaube an die „Zukunft der Freiheit" (8. November 1918) erhalten bleiben, zweitens mußte man die Freude am Sturz des Militarismus schüren, drittens sich vom „unseligen System", nämlich dem Bethmann-System, das man selbst, als Vorstufe zur Katastrophe, unterstützt hatte, zu lösen, und es als einzig schuld an allem Übel hinzustellen.

Am 25. November 1918 ertönt so etwas wie eine Drohung: man dürfe das deutsche Volk nicht so behandeln, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege. Dann kommt folgende Demagogie anläßlich der Rede Lloyd Georges, in welcher dieser einen Frieden „grimmigen Ernstes" verlangt hatte:

„Die ganze Darlegung ist aufgelegter Wahlschwindel. Denn dies Programm ist nicht nur eine dreiste Verhöhnung des Wilson-Programms, es ist überhaupt gar nicht mehr durchführbar, denn die Entente, also auch Lloyd George, hat sich bereits mit der Forderung Wilsons (keine Entschädigungen) einverstanden erklärt. Wenn L. G. keine dauernde Besetzung in Deutschland haben will, so ist klar, daß er an seine Rechnung selbst nicht glaubt“ (12. 12. 1918).

Nun, dank der „Frankfurter Zeitung“ und anderen ähnlichen „führenden Organen“, wurde diese „dreiste Verhöhnung“ durchführbar, und die Partei der Juden trat frisch und fröhlich für die bedingungslose Unterschrift in Versailles ein! Es lief alles wie am Schnürchen.

Als die deutsche Abordnung zur Unterschrift des „Waffenstillstandes“ abfahren sollte, schrieb die „Frankfurter Zeitung“: „Ein schwerer Gang. Ein trauriges Ende. Es ist gekommen, wie es der Feind gewollt hat. Die deutschen Generäle, die ihren Namen unter das Schriftstück setzen werden, wodurch dem schrecklichen Morden Einhalt geboten wird, werden mit ihrer Unterschrift zugleich das tragische Ende eines Abschnitts deutscher Geschichte, das Ende des militaristischen Zeitalters, beglaubigen“ (7. 11. 1918).

Mit unglaublicher Gemeinheit wird hier das „militärische Zeitalter“ als in den deutschen Generälen verkörpert hingestellt. Stark und mächtig dürfen ja nur die Herren jenseits der Vogesen und des Kanals sein! Hat nur der auswärtige Feind diesen Zusammenbruch gewollt, nicht auch die Persönlichkeiten, die diesen Zusammenbruch als eine „große Zeit“ zu feiern wagten?

Der „Sieg“ der Entente war nicht zu leugnen, jetzt mußte die Schuld dafür dem bösen Militarismus angehängt werden. Die Nachweise, daß die planmäßige Zermürbung des deutschen Geistes schuld am Versagen der Heimat seien.

nennt die „Frankfurter Zeitung“ „alldeutsche Entstellungen“ (9. November 1918) und meint: „Die deutsche Revolution hat von dem alten Regime die furchtbare Aufgabe übernommen, dessen Verbrechen und ihre Folgen zu liquidieren“ (7. 12. 1918).

Eisners Rede über die deutsche „Schuld“ am Kriege wird „freimütig“ genannt, die Veröffentlichung der gefälschten Akten wird begrüßt, Eisners Bemerkungen darüber mit verhaltener Freude verzeichnet:

> „Ich habe die Geheimakten über den Ursprung des Krieges veröffentlicht, nicht, um die Entente aufzuklären, die kennt alle diese Dinge längst, aber das deutsche Volk muß endlich wissen, wem es die viereinhalb Jahre verdankt. Ich kann konstatieren, daß in diesen Wochen Bayern an Ansehen im Ausland gewonnen hat. Gestern habe ich einen Funkspruch der Agence Havas erhalten, aus dem zu erkennen ist, daß meine Veröffentlichungen im gewünschten Sinne (Verständigung mit der Entente) gewirkt haben.“

Das Verbrechen.

Am 2. Dezember 1918 stellte die „Frankfurter Zeitung“ fest, das Frontheer hätte das feste Gefühl gehabt, standhalten zu können, und daß es ihm „doppelt unbegreiflich“ erschienen sei, mit einem Male eine „bedingungslose und sofortige Kapitulation“ eingehen zu müssen. Daß der „Gewalthaber“ Ludendorff daran schuld sein soll, versuchte das jüdische Reptil schon damals den Deutschen vorzumachen. Aber wie der Jude letzten Endes niemals ganz schlau ist, weil die Eitelkeit oder die Gier immer wieder durchschlagen, so kann auch die „Frankfurter Zeitung“ sich nicht beherrschen, und spricht sogar ein paarmal — die Wahrheit.

Sie berichtete am 23. November 1918 stolz über die genannte Rede Eisners:

„Eisner betonte, die jenseits der Grenzen verbreitete Vorstellung, als sei die deutsche Revolution lediglich eine Folge des militärischen Zusammenbruchs gewesen ... sei falsch."

„In keinem Land ist so gegen den Krieg gearbeitet worden, wie in Deutschland. Die revolutionäre Strömung, die dem Krieg ein Ziel setzen wollte, war längst vorhanden und hatte im wachsenden Maße die Arbeiterschaft, wie auch die Kreise der Intellektuellen ergriffen!"

Am 19. November 1918 hatte die jüdische Giftspritze das heimkehrende Heer mit der Begrüßung empfangen, das „Vaterland", in das es zurückkehrte, sei ein „ganz anderes" als dasjenige, das die Soldaten verlassen hätten; es hätte sich von „den alten Fesseln befreit". Und um der Verhöhnung Deutschlands die Krone aufzusetzen, heißt es am 12. Dezember 1918:

„Heute möchte man auftreten und Zeugnis ablegen für diesen Staat, mit dem die Namen Friedrichs, Steins und Bismarcks unlöslich verbunden sind, der im Glück und noch mehr im Unglück die besten Deutschen angezogen hat, und von dem eine Kraft ausging, die mehr war als physische Gewalt. Wohl war er auf Macht gegründet, aber die Macht war ihm nicht Selbstzweck ... Es war das Verhängnis Preußens, daß dieses Machtprinzip schon unter Bismarck mehr und mehr veräußerlichte ...

Wir werden den preußischen Staat, der war, nicht zurückrufen. Die Mächte, die ihn von innen heraus aushöhlten, haben gründliche und, nach allem Ermessen, dauerhafte Arbeit geleistet."

Niemand hat den Staat Friedrichs, Steins und Bismarcks so begeifert wie die „Frankfurter Zeitung", zu den „besten Deutschen" hat sie nie gehört, sondern zu deren giftigsten Feinden. Im letzten Satz entlarvt sie sich selbst als jämmerliche Lügnerin, und stellt fest, der von ihr so gepriesene deutsche Zusammenbruch sei die Folge einer Aushöhlung gewesen.

Um auch den letzten Zweifel zu zerstreuen, wie die „Frankfurter Zeitung" über den 9. November 1918 dachte, noch ein Satz:

> „Der nationale Gedanke hat bei dieser Bewegung (der Revolution) bewußt nicht mitgewirkt" (15. 11. 1918).

Wie muß der Jude vor sich hingegrinst haben, als er dieses Geständnis machte! Wir wollen es ihm nicht vergessen.

Die „Erfüllungspflicht".

Als der Jude Rathenau seine Antrittsrede vor dem Reichstage hielt, da sagte er u. a., das deutsche Volk sei durch die Unterschrift und durch seine Ehre gebunden, den Friedensvertrag zu erfüllen. Man müsse sich entschließen, sich in „tiefe Not" zu begeben. Es gebe keine „absoluten Unerfüllbarkeiten". Die „Frankfurter Zeitung" hoffte von Rathenau darauf, daß von ihm „alle Erfüllung" abhängen würde (Nr. 395).

Als die Waffenstillstandsbedingungen und Lloyd Georges Forderungen bekannt wurden, heuchelte die „Frankfurter Zeitung" den Mut vor, vielleicht nicht nachzugeben und der Entente die Besetzung Deutschlands anheimzustellen. Dann aber, dank wohl der „ungeheuren Tatsache, daß Deutschland von der Demokratie geführt wird" (3. 8. 1921), wurden die Schrecknisse der Besatzung ausgemalt

und — Unterwerfen anempfohlen. So ging es in Versailles, in Spa, in Paris. Ja, als in Spa ein paar hunderttausend Tonnen Kohlen abgehandelt worden waren, meinte die „Frankfurter Zeitung“, diese „Milderungen“ habe Deutschland nur seiner demokratischen Regierung zu verdanken.

Wir haben der Entente gegenüber keine Verpflichtungen. Sie hat sich wortbrüchig gezeigt, als das deutsche Volk, auf die 14 Punkte vertrauend, die Waffen niederlegte. Sie hat ihren eigenen Erpresservertrag von Versailles dutzendmal gebrochen. Die obige Rede von Rathenau ist einfach eine jüdische Provokation gewesen. — Daß Deutschland alles zahlen muß, ist für das Frankfurter Judenblatt jedoch selbstverständlich.

> „Um die Politik der Erfüllung, wie das Kabinett Wirth sie vertritt, wird heute im deutschen Volke noch gerungen. Vorangehen muß der geistig-politische Entschluß des Volkes: die Erfüllung mit all dem furchtbar Schweren, das uns auferlegt, auch wirklich zu wollen und aus solchem Wollen dann die Konsequenzen zu ziehen, die Würde des Tragens und das Pathos der Geduld ... Es erfordert den Willen, gewaltige Opfer tatsächlich zu bringen, ein karges Leben auf sich zu nehmen, ohne doch auch nur die Gewißheit des Erfolges zu haben ...“ (21. 7. 1921).

Dieser Hohn des jüdischen Blattes ist bisher ungestraft geblieben. Die Ausführung der Sklavenarbeit nennt die „Frankfurter Zeitung“ die „Reparationspflicht“ (29. 7. 1921). Ein Wort und zwei Lügen: Deutschland hat weder etwas „wiedergutzumachen“, noch weniger hat es die „Pflicht“, dies zu tun. Es kann höchstens von Arbeitszwang die Rede sein. Aber mit abgefeimter Gemeinheit wird das Sklavenjoch als Ehrenschuld auffrisiert. Ganz so

wie die jüdisch-sozialistische „Münchener Post" es will, die den „Frieden mit unsern Feinden durch ein versöhnliches Opfer" besiegelt und „gleichzeitig eine moralische Pflicht" erfüllen will, wenn sie den „kategorischen Imperativ eines fremden Willens" dem deutschen Volke „als Gesetz" anzuerkennen zumutet. Weißt du jetzt, deutscher Arbeiter, wohin die Reise mit dir gehen soll?

Leipzig 1921.

Die Sommertage 1921 werden für jeden Deutschen stets als Tage der Schmach verzeichnet bleiben: es waren die Tage, da es möglich war, daß Männer, die jahrelang ihr Leben für Deutschlands Freiheit und Größe eingesetzt hatten, in Ketten geführt wurden, Tage, an denen der deutsche Richter den Büttel der Feinde „objektiv" spielte, zur selben Zeit, wo französische und englische Feinde in den Kommissionen der Entente zu Berlin saßen!

Für diese Seite der Angelegenheit können die jüdischen Journaillen, die in der „Frankfurter Zeitung" schreiben, natürlich kein Verständnis haben: sie sprechen da von den „Wutanfällen der nationalistischen Kreise" (5. 8. 1921), sie halten der erbosten Entente freundschaftlich vor, man könne die Urteile nicht allein auf die Anklage gründen, dann aber fügen sie hämisch hinzu: „Man kann darüber streiten, ob das Strafmaß in den bisher behandelten Fällen das richtige war." Dann möchte es die „Frankfurter Zeitung" ausgerechnet dem „Obersten Rat" anheimstellen, einen „unparteiischen Gerichtshof" einzusetzen, um „jedes Kriegsverbrechen" abzuurteilen (6. 8. 1921). Also die giftigsten Feinde sollen den Richter spielen! Genügt es an Hohn, Michel? Noch nicht? Dann aber vielleicht folgender Satz:

„Es wäre politisch für uns besser gewesen, wenn als erste Fälle vor das Reichsgericht in Leipzig Dinge gekommen wären, in denen

scharfe Urteilssprüche hätten gefällt werden können. Denn dann hätten sich die Blutdürstigen in den feindlichen Ländern vielleicht beruhigt. Dann hätte unser Land vielleicht in dieser Frage Ruhe bekommen" (8. 7. 1921).

Das wagt man nach Versailles, Spa, London, nach der Zerstörung unserer Flotte, nach der Peinigung deutscher Kriegsgefangener noch lange nach Abschluß des Friedens! Das wagt man angesichts der Vergewaltigung im Osten und den Rheinlanden! Das wagt man angesichts der schwarzen Schmach dem deutschen Menschen gerade ins Gesicht zu sagen! Die Strafe dafür darf nicht ausbleiben, wenn es noch eine Gerechtigkeit und ein deutschfühlendes Volk gibt!

Deutschlands Zerstörung und die „Frankfurter Zeitung".

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" machten einmal in einem lichten Augenblick die Bemerkung, die „Frankfurter Zeitung" könne, ohne ihre Haltung zu ändern, sofort das Parteiblatt der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" werden. Man kann ruhig weitergehen: die „Frankfurter Zeitung" hat ihre Maulwurfsarbeit schon so weit getrieben, daß sie über die „USP." bereits hinaus gegangen ist und als die allerdirekteste Vorstufe des Bolschewismus zu betrachten ist.

Ende 1918 spielte die „Frankfurter Zeitung" mit dem Gedanken der Weltrevolution. Sie meinte, der Siegestaumel der Westmächte könnte eine Erhebung zeitigen. Daß dieser Verzweiflungsschritt nicht ein nationaler Sturm sein dürfe, war für die „Frankfurter Zeitung" ja selbstverständlich und deshalb meinte sie, „diese (d. h. die bolschewistische) Weltrevolution" könne vielleicht die letzte Möglichkeit der Hoffnung sein (1. 12. 1918).

Deutlich genug hatte sie sich vorher ausgedrückt:

„Wem diese Tonart — der Aufruf der „Prawda" zur Weltrevolution — und die Herrschaft der Bolschewiki nicht gefällt, der muß immerhin zugeben, daß sie nun ein volles Jahr hindurch nicht nur ein Schreckensregiment, sondern auch den Kampf gegen den englisch-französischen Imperialismus durchgeführt haben, dessen Absicht und dessen Gesinnung soeben die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich-Ungarn gezeigt haben. Wir befinden uns in einem tragischen Zirkel und müssen uns fragen, was wir lieber wollen: wehrlose Auslieferung an die Entente unter Wahrung der inneren Ordnung und des aus dem Kriege noch zu rettenden Eigentums, oder einen mit revolutionärer Energie geführten letzten Freiheitskampf. Diesen freilich könnte, wenn er überhaupt möglich sein sollte, nur noch eine auf rücksichtslosen freiheitlichen Grundlagen stehende Volksregierung (ähnlich dem nationalen Konvent der Französischen Revolution) führen und auf Schonung von historischen Überlieferungen und Rechten irgendwelcher Art könnte es dann nicht ankommen" (8. 11. 1918).

Schließlich entschloß man sich zur bewährten Methode langsamer „Arbeit", sprach gut für den Umsturz und schimpfte über „alldeutsche Unverschämtheiten".

Nun hat — trotz aller freiheitlichen Demokraten — das völkische Gefühl in Deutschland einen gewissen Aufschwung genommen, und man kann verstehen, daß den Herrschaften um die „Frankfurter Zeitung" herum nicht ganz wohl zumute ist. Daher greift er selbst, der Macher der Weimarer Verfassung, Herr Preuß, zur Feder und schreibt, im Angedenken an die Montagnards, „Bergbriefe". Und was sagt dieser freiheitliche Demokrat?

„Vielleicht ist in der Zeit der revolutionären Diktatur nicht alles geschehen, was hätte geschehen sollen,

um ein Wiederaufleben der Reaktion unmöglich zu machen ... Jedenfalls hat sich die deutsche Staatsumwälzung mit einer beispiellosen Schonung der Träger und Nutznießer des alten Systems vollzogen."

Und damit man ja nicht im Zweifel sein solle, wie diese Worte gemeint sein könnten, predigt der Jude Preuß:

„Die Majestät der Republik bedarf auch der Ruten und — Beile!" („F. Z.", 24. 7. 1921).

Der Gedankenstrich rührt vom Verfasser, ist also mehr als deutlich. Das „Berliner Tageblatt" bringt die Herzensergüsse des nach Reaktionsblut lüsternen Juden mit Wonne ihren Lesern vor Augen unter dem Titel „Ruten und Beile" (26. 7. 1921).

Deshalb ist es auch selbstverständlich, daß die „Frankfurter Zeitung" bei der Krise der jüdischen Halunkenherrschaft in Moskau es mit ihnen hält. Sie haben viele Beile rot von Russenblut gemacht und stumpf geschlagen. Dies ist auch dir zugedacht, deutsches Volk, und Hugo Preuß ist der Prophet eines neuen Leiba Trotzki-Bronstein. Und du, deutscher Arbeiter, sollst den Henker spielen, um zum Schluß selbst von frisch herangezogenen Truppen Moskaus gehenkt zu werden.

Das jüdische Volk ist nie Herr seiner Gier und Grausamkeit gewesen. Aber durch die Überspannung des Bogens hat es sein letztes Ziel, die restlose Aussaugung, noch nicht erreichen können. Stets schüttelte erwachende Volkskraft den Schmarotzer noch von sich.

Dies hindert aber nicht, seine Instinkte aufzudecken. Und diese gehen auf die Zerstörung des deutschen Staates, auf die Vernichtung des deutschen Volkes!

Die Entente und die „Frankfurter Zeitung".

Um den guten Ruf der Ententestaaten ist das Frankfurter Judenblatt natürlich sehr besorgt. Es meint zwar, Frank-

reich treibe „seit zwei Jahren" eine „Politik der Ranküne", aber da z. B. das oberschlesische Problem für den französischen Ministerpräsidenten zu einer „innerpolitischen Angelegenheit" geworden sein soll, hat die „Frankfurter Zeitung" „volles Verständnis für Briands Lage" (8. 8. 1921). Also schwöre auf Herrn Briand, Freund Michel! Die „Frankfurter Zeitung" warnt die Franzosen, unhaltbare Dinge zu oft zu wiederholen, denn je mehr „auch die Freunde Frankreichs diese Taktik durchschauen, um so mehr wird das moralische Prestige Frankreichs erschüttert" (7. 8. 1921).

In der Zeit also, wo die politischen Giftmischereien endlich bekannt geworden sind, in einer Zeit, wo Frankreich durch die schwarze Schmach seinen Ehrenschild befleckt hat, spricht eine „deutsche" Zeitung vom „moralischen Prestige" Frankreichs ...

Als eine scheinbare Spannung zwischen London und Paris eingetreten war, meinte die „Frankfurter Zeitung" ganz richtig, daß man den drohenden Bruch weder in der einen noch in der anderen Zentrale leicht nehmen würde: „Wenigstens hat Herr Briand bis jetzt größere Vorteile in der Fortdauer der Entente erblickt" (8. 8. 1921).

Aber nicht nur um die Einigkeit zwischen London und Paris ist die „Frankfurter Zeitung" besorgt, auch die anderen Staaten werden zur Brüderlichkeit ermahnt. Z. B. so: „Zweifellos ist England an einer Festigung der englisch-amerikanischen Freundschaft viel gelegen, und dem Weltfriedenwürde dies sicherlich große Dienste leisten" (4. 8. 1921).

> „Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß die Einigkeit der Entente bisher für Deutschland eine gewisse Garantie war."

Also für Briand ist die Einigkeit nützlich und für Deutschland ist sie sogar eine Bürgschaft, vermutlich des Friedens!

Am 1. August 1914 zog das deutsche Volk zur Verteidigung seiner Freiheit gegen die westlich-jüdische Plutokratie. Und die eben angeführten Worte der „Frankfurter Zeitung" wurden am 1. August 1921 geschrieben! Ist das deutsche Volk jemals so gemein verhöhnt worden? Dann heißt es noch am 10. August 1921:

> „Wenn Oberschlesien oder auch nur das Industriegebiet nicht völlig deutsch wird, dann sind nur die allgemein-politischen Interessen der Entente daran schuld, die ihre Einigkeit nicht opfern wollte."

Wir rufen den deutschen Staatsanwalt auf, die deutsche Ehre vor dieser bodenlosen Niedertracht zu schützen. Geschieht dies nicht, dann hat kein Mensch das Recht, sich zu beklagen, wenn die Dinge einen anderen Lauf nehmen und das deutsche Volk einmal selbst seine Ehre verteidigen wird.

Friedrich der Große.

Zu seinem Todestag am 17. August.

„Völkischer Beobachter", 18. August 1921.

Kurz nach der Eröffnung des neuen Revolutionsreichstages stand einmal Oskar Cohn auf der Tribüne und sagte u. a.: „Heute hat das Proletariat die Macht in der Hand, es wird in Deutschland keine Friedrichs die Einzigen mehr geben!"

Es fanden sich im „deutschen" Reichstag damals Leute, die dazu klatschten, es fanden sich viele Lacher, aber es fand

sich kein „Nationaler Führer“, der diesem Frechling eine schallende Ohrfeige versetzt hätte.

Der deutsche Name ist nicht nur in den Ländern der Entente vogelfrei, sondern sogar ganz besonders in Deutschland selbst.

Deshalb wollen wir deutschen Nationalsozialisten des Mannes gedenken, der einer der Allergrößten der ganzen deutschen Geschichte ist. Ein Mann, der die Worte sprach: „Während dieses kurzen Zeitraumes ist der Mensch bestimmt, zu arbeiten für das Wohl der Gesellschaft, deren Glied er ist“ und „Der König ist der erste Diener seines Staates“. Und der nicht nur *sprach*, sondern ein langes Leben danach *gehandelt* hat. Jeder Deutsche, ohne Ausnahme, muß, wenn er nicht ein Schuft ist, in Friedrich dem Großen die Verwirklichung dessen sehen, was seine beste Sehnsucht bedeutet. Auch Friedrich der Große gehört dem ganzen Volke, stammt aus ihm, und er ist eine Krönung seines Wuchses.

Das wußte man ehemals in allen deutschen Landen, und so erhielt der alte Fritz einen Ehrennamen, wie noch kein Volk für seine Großen einen gefunden hat: Friedrich der Einzige.

Worte dieses Mannes sollen uns die ganze heutige Erbärmlichkeit zu Gemüte führen, uns zugleich aber die Hoffnung stärken, daß das deutsche Volk noch ähnliche Männer gebären wird, wenn die Zeit gekommen ist.

Friedrich schreibt im Juni 1757:

„Das Mittel gegen meinen Schmerz liegt in der täglichen Arbeit, die ich zu tun verpflichtet bin, und in den fortgesetzten Zerstreuungen, die mir die Zahl meiner Feinde gewährt. Wenn ich bei Kollin getötet wäre, ich würde jetzt in einem Hafen sein, wo ich keinen Sturm mehr zu fürchten hätte. Jetzt muß ich noch über das stürmische Meer schiffen, bis ein kleiner Winkel Erde mir das Gut gewährt, was ich

auf dieser Welt nicht habe finden können. — Seit zwei Jahren stehe ich wie eine Mauer, in die das Unglück Bresche geschossen hat. Aber denken Sie nicht, daß ich weich werde. Man muß sich schützen in diesen unseligen Zeiten durch Eingeweide von Eisen und ein Herz von Erz, um alles Gefühl zu verlieren. Der nächste Monat wird entscheiden für mein armes Land. Meine Rechnung ist: ich werde es retten, oder mit ihm untergehen."

Oktober 1760: „Ich betrachte als Stoiker den Tod. Niemals werde ich den Moment erleben, der mich verpflichten wird, einen nachteiligen Frieden zu schließen. Keine Überredung, keine Überredsamkeit wird mich bestimmen können, meine Schmach zu unterzeichnen. Entweder lasse ich mich unter den Trümmern meines Vaterlandes begraben, oder wenn dieser Trost bei dem Geschick, welches mich verfolgt, noch zu süß erscheint, so werde ich meinem Leiden ein Ende machen, sobald es nicht mehr möglich wird, sie zu ertragen. Ich habe gehandelt und ich fahre fort zu handeln nach diesem innerlichen Ehrgefühl. Meine Jugend habe ich meinem Vater geopfert, mein Mannesalter meinem Vaterlande, ich glaube dadurch das Recht erlangt zu haben, über meine alten Jahre zu verfügen. Ich sage es, und ich wiederhole es, nie wird meine Hand einen demütigen Frieden unterzeichnen."

In späteren Jahren heißt es einmal in einem Schreiben an den Generalleutnant von Anhalt: „Das glaube Er mir, setze ich mich vor meine Pommern und Märker und habe schon die Hälfte meiner Monarchie verloren und verliere nur den Kopf nicht, so jage ich den Teufel aus der Hölle."

Der Schluß des Testamentes: „Meine letzten Wünsche in dem Augenblick, wenn ich ausatmen werde, werden für das Glück dieses Reiches sein. Möge es allzeit mit Gerechtigkeit, Weisheit und Kraft regiert werden ... und es möge dauern und blühen bis zum Ende der Zeiten!"

Dem Deutschen liegt das Hassen fern. Aber heute beginnt sich die Erkenntnis zu regen, daß dank der deutschen Duldsamkeit, dank dem deutschen Entgegenkommen, er schließlich von einer zusammenhängenden Meute von Feinden außerhalb und innerhalb der Grenzen zu Fall gebracht worden ist. In jahrelanger Unterhöhlungsarbeit hat man uns die Vergangenheit gefälscht, geschändet, gestohlen; in gemeinsamem Ansturm hat man uns um unsere Gegenwart betrogen, und eben arbeitet die ganze jämmerliche, ehrgeizige und verleumderische Brut weiter daran, uns auch unsere Zukunft zu stehlen. Das spüren viele. Manchem schwillt die Zornader. Einigen kommt das Hassen.

Unsere Pflicht ist es, diesen gerechten Haß zu predigen. Nicht einen Haß, der wie ein Strohfeuer aufflammt und dahinsinkt, sondern einen tiefen Haß, hinter dem die Liebe zum deutschen Volk steht, eine Liebe, der es bewußt geworden ist, wie groß und gemein der Betrug an uns gewesen ist. Eine Liebe, die sich nie damit zufrieden geben kann, etwas „verbessert“ zu haben, sondern gänzliche Wiederherstellung verlangt, eine Liebe, die auch ein Herz von Erz zu haben vermag und jeden Lumpen aus deutschen Landen verjagt, der es je wieder wagen sollte, die deutschen Großen — und das heißt das deutsche Volk — zu höhnen.

Wir wollen denken, wie Friedrichs Vater dachte: „Kein Engländer und Franzose soll über uns Deutsche gebieten, und meinen Kindern will ich Pistolen und Degen in die Wiege geben, daß sie die fremden Nationen aus Deutschland helfen abhalten.“

Die jüdische „Seele“.

„Völkischer Beobachter“, 25. August 1921.

Vor einem Jahr etwa erschien das Buch eines Herrn Fritz Kahn, betitelt: „Die Juden als Rasse und Kultur-

volk.“ Alle Hebräer waren voller Entzücken: angefangen von den „Gesetzestreuen“ über das „Berliner Tageblatt“ hinweg bis zur zionistischen „Jüdischen Rundschau“ gab es nur ein einziges Lob für den neuen „Chamberlaintöter“.

Auf die jüdische Journalistik des Herrn Kahn lohnte es sich nun nicht, Mühe zu verschwenden. Aber eines müßte jeder Deutsche sich aus diesem vielgepriesenen Buche merken: es behauptet nämlich im wesentlichen genau dasselbe, was die Antisemiten von der jüdischen „Seele“ zu sagen wissen: daß der Jude eben nur Jude ist und sein kann, und daß er sich als Einheit fühlt von Moses bis — Trotzki! Kahn sagt ganz richtig: „Noch horcht der Jude, ob er im Zylinder an der Londoner Börse oder im Kaftan über den polnischen Markt geht ... wie auf die Stimme der Mutter, wenn man ihm „Schalom alechem“ zuruft.“ Die „Novelle Esther“, die bekanntlich den heute noch gefeierten Perserpogrom schildert, sieht er als eine „Verherrlichung der dem Vaterlande auch in der Fremde bewahrten Treue“. — Karl Marx, für jeden wirklichen Deutschen die schwelende Brandfackel im deutschen Hause, ist für Herrn Kahn „der Messias, der mit seinem allliebenden Herzen der Menschheit ganzes Leid umfaßt“, der „neue Stern von Bethlehem“, eine „Apostelgestalt“. Eine Neuzeit bricht für Kahn erst von der Zeit an, als Marx sein „Kommunistisches Manifest“ verfaßt hatte. An diesen Marx schließen sich — wie auch wir denken — folgerichtig die Revolutionäre, die „der Sache der Freiheit dienten, und deren bekannte Repräsentanten in den westlichen Ländern Eisner, Luxemburg, Leviné, Toller, Landauer, Szamuely und viele andere geworden sind“.

Hier bleibt also kaum noch etwas dunkel. Unterhaltend ist nur noch, daß Herr Fritz Kahn sich Christus, wenn er heute leben würde, als auf den Barrikaden des Bolschewismus kämpfend vorstellt, denn heute würde Jesus sich gewiß anderer „Propagandamethoden“ bedient haben!

Auch diese Bemerkung läßt uns gut in der „Seele" des geborenen Demagogenvolkes lesen.

❖

Das Hamburger „Israelitische Familienblatt", das so „kerndeutsch" wie der jüdische Zentralverein ist, bespricht in einer Ausgabe sogar die schwarz-weiß-rote Fahne nicht übel und fordert: „Halten wir Deutsche alle, Juden wie Christen, den Gedanken der nationalen Einheit des Reiches hoch ..." Und zwei Seiten später heißt es anläßlich antisemitischer Strömungen in Sowjetrußland: „Bisher hatten sich die Bolschewisten, getreu ihrem Grundsatz, von den gleichen Rechten aller Menschen, von Rassenhaß freigehalten ..." (18. 8. 1921).

Also die nationale Einheit des Reiches und Verehrung der Bolschewisten! Weiß das „Israelitische Familienblatt" nicht, daß noch nie in der Weltgeschichte solch ein Rassenhaß — der Juden gegen die Russen — gewütet hat, wie in den letzten vier Jahren in Rußland? Oh! Sie wissen das alle sehr gut, diese frommen Familienväter. Aber wie Hugo Preuß, der Macher der Weimarer Verfassung, neulich „Ruten und Beile" für die „Reaktionäre" forderte, so sinnt die edle jüdische Seele auch hier auf den Tag der Befreiung und wartet auf den Messias Trotzki ...

❖

Wunderschöne Worte sind die Folge, wenn die jüdische „Seele" sich von ihren Verkündern ab- und uns zurückgebliebenen Deutschen zuwendet.

Wir kennen alle den großen Freund Walter Rathenaus, Herrn Emil Ludwig-Cohn. Nach einer tiefen Bewunderung für die östlichen Brüder bucht dieser Hebräer als das „Haben" des Weltkrieges: daß Deutschland wenigstens jetzt die Durchführung aller Feindesdiktate übernommen habe.

Er weiß, daß um Eupen und das Burgenland kein Blut mehr fließen wird. Er freut sich, daß „das bunte Tuch, der wunderliche Fetisch . . . (gemeint ist die schwarz-weiß-rote Fahne), der alle andern in Ärger und Ironie versetzte“, fast ganz verschwunden ist; er meint: „Die stärkste Armee mußte zuerst verschwinden, wenn überhaupt Armeen schwinden sollen.“ „Erst die Entwaffnung des eisernen Riesen hat Abrüstung wahrhaft populär gemacht, denn wenn ein großer Fleischfresser vom Arzte bekehrt wird, freuen sich alle Vegetarier.“ Damit man aber ja nicht im unklaren über die „Seelenregungen“ dieses jüdischen Frechlings bleibe, sagt er weiter: „Der Krieg wurde durchgeführt, um im Zentrum so moderne Staatsformen zu erzwingen, wie sie ringsum überall herrschten.“ Jetzt weißt du es, deutscher Michel, die jüdische „alliebende Seele“ hat dir hier die Wahrheit offenbart.

卐

Wie Ludwig-Cohn mit der Feder, so zeichnet der Nichtjude George Groß mit dem Stift die jüdische „Seele“, indem er glaubt, andere zu verhöhnen. Er hat ein neues Machwerk einer fortschreitenden Gehirnerweichung von sich gegeben: „Fratzen“ heißt es. Über dieses Werk urteilt Herr Ignaz Wrobel, es seien dort alle „patriotischen Hammelbeine“ zu sehen, sie seien alle da, „die brutalen Mordoffiziere und Nachfahren eines Ludendorff“, die „Viechskerle von Soldaten“ usw. Wrobel bedauert, daß, „wo alles zusammenzubrechen schien und alles blieb, wo so viel verpaßt wurde und so viel geschont, die uns dreihundert Führer kostete“, doch die „Mörder: Exekutive, Militär und Richter am Leben geblieben“ wären. Der jüdische „Pazifismus“! Weiter: „Was nützt uns Groß' Pazifismus und all das? Ungestört singen die Kindergärtnerinnen ihr: „Ja, mit Herz und Hand . . .“ Und dann heißt es: „Wir wollen in dies Bilderbuch sehen und jener Jungfrau Germania ge-

denken, die mit jedem Offizier — bis zum Feldwebel abwärts — gehurt hat. Und sprechen: ‚So siehst du aus‘!“

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß diese Bekenntnisse der holden Juden„seele“ in Siegfried Jacobsohns „Weltbühne“ stehen. Was wir uns merken wollen!

Deutsche Worte.

„Völkischer Beobachter“, 14. September 1921.

Am 4. September hat zu Goslar die Tagung des Alldeutschen Verbandes stattgefunden. Es waren über 500 Teilnehmer aus allen Gauen erschienen.

Unsere Leser werden ja wissen, daß wir keine großen Freunde dieses Verbandes sind, der sich nach guten Anfängen vielerorts in einen gemütlichen Teeklub verwandelt hat. Immerhin aber gehören ihm Leute an, die inmitten aller demokratisch-marxistischen Lügenpropaganda die ehrlichsten Warner Deutschlands gewesen sind. Man hat nicht auf sie gehört, das deutsche Volk folgte seinen äußeren und inneren Feinden und hörte nicht auf sein eigen Blut.

Auf der jetzigen Tagung berührte die Tatsache angenehm, daß man sich nicht scheute, die Dinge mit ihrem Namen zu nennen und nicht wie die Deutschnationalen einen politischen Eiertanz aufführte. Wir geben nachstehend im Auszuge eine Rede des Pfarrers Ebert aus Hamburg wieder und bedauern nur, daß er wenig Amtsbrüder hat, die so deutsch reden, wie er:

„Das Wesen des Deutschtums ist von einer wunderbaren erstaunlichen Fülle, und wir rufen den Arbeitern zu: Werdet Deutsche! Ihr seid es schon! Ihr seid gleich uns von einer deutschen Mutter geboren, redet wie wir die deutsche Sprache, habt in euren Schulen deutsche Bildung empfangen; daß ihr deutsch seid von Geburt und Art, das ist euer Schicksal, und dies euer Schicksal liegt in eurem Blut. Darum ist es Unnatur und wider die Natur, internationalen

Schattenbildern nachzujagen. Wir wollen uns gemeinsam besinnen auf deutsche Art und deutsches Wesen, dann kommen wir wieder zurecht. Wir müssen daher fortan aus unseren deutschen Gedanken alles Fremdländische ausscheiden, so z. B. die französische Demokratie, das jüdische Wesen, das uns im Grunde verdirbt, insbesondere auch das römische Recht, das uns schon jahrhundertelang beherrscht. Es ist zu uns herübergekommen von jenseits der Berge, aus den Werkstätten der lombardischen Juristen, welche uns das alte römische Recht nach Deutschland gebracht haben. Dieses Recht ist besonders von Bedeutung geworden in bezug auf die Eigentumsfrage. Nach römischen Recht kann ein jeder mit seinem Eigentum machen, was er will. Das römische Recht gestattet den Gebrauch und den Mißbrauch und schützt auch den letzteren mit Staatsgewalt. Wenn etwa ein Rothschild heute sein ganzes Kapital in deutschem Grund und Boden anlegen würde und würde ihn nachher brach liegen lassen, unbebaut, ob auch Tausende und Millionen von Menschen darob verhungern würden, so wäre dieses nach römischem Rechte nicht zu verhindern, und ob nach gegenwärtig geltendem Rechte, das von römischen Gedanken durchsetzt ist, das wäre noch fraglich. Bisher hat unter dem römischen Eigentumsrecht auch in deutschen Landen das Eigentum die erste Rolle gespielt. Den Interessen des Eigentums mußte sich alles andere fügen. Wir möchten gerne mit den Arbeitern zusammen darin ein Neues bauen. Dazu bedürfen wir des deutschen Rechtes. Durch Bodenreform und Siedlungswesen muß auch der deutsche Arbeiter ein unmittelbares Verhältnis zum deutschen Grund und Boden gewinnen. Durch Gewinnbeteiligung am Ertrage großindustrieller Arbeit muß dem Arbeiter die Möglichkeit eröffnet werden, daß ihm bei steigender Ergiebigkeit der nationalen Arbeit auch ein steigender Anteil an dem Gewinne der Arbeit zuteil werde. Mit steigendem Nationaleinkommen ein mitsteigendes Arbeitereinkommen!

Der gegenwärtige Anteil des Arbeiters an dem staatlichen Leben beruht auf englisch-französischer Demokratie und deren Ideen, welche hervorgegangen sind aus einer mechanisch-materialistischen Weltanschauung, welche den Menschen „atomisiert“, indem sie ihn aus den lebendigen Beziehungen des Volkslebens heraushebt und vereinzelt an Stelle der lebendigen Organismen unnatürliche Parteigebilde setzt, welche sich gegenseitig in einem wüsten Hader der Interessen bekämpfen und verzehren. Daher muß der gegenwärtige Parlamentarismus, weil in tiefstem Grunde undeutsch, aus unserem Staatsleben verschwinden. An dessen Stelle muß ein aus deutschem Volkswesen hervorgehender Reichstag gebildet werden, welcher sich auf den neuen Berufsständen aufbaut. Dann kann jedem das Seine werden. Dann braucht sich der Arbeiter nicht mehr durch Juden und Juden-

genossen vertreten lassen, sondern kann seine Sache selbst in die Hand nehmen.

Bebel erklärte einst, das Ziel der Sozialdemokratie sei auf politischem Gebiete die Republik, auf wirtschaftlichem der Kommunismus, auf religiösem der Atheismus. Die Sozialdemokratie solle die Welt- und Lebensanschauung des ganzen Volkes werden. Schwärmer und Narren sind die, die das glauben. Dort, wo man der Religion den Abschied gegeben hat, da lösen sich alle Bande frommer Scheu. Da wanken alle Säulen menschlichen Gemeinschaftslebens, da zerfällt die Familie, da ist von Pflichterfüllung und Treue keine Rede mehr. Die Weltanschauung, die uns den Glauben an Gott nimmt, nimmt uns den sittlichen Halt im Leben, den Trost in Not und Krankheit und zuletzt im Sterben. Was die Sozialdemokratie mit ihrem Materialismus und Atheismus will, ist ein Rückfall ins Heidentum und damit ein Versinken in Heillosigkeit und Verderben. Wir rufen dem Arbeiterstande zu: Zurück von diesem Abgrund! Wieder hin zu Gott, dem lebendigen Gott, und damit zum wahren Heile für unser ganzes Volk."

Aber nicht nur dem Arbeiterstande im engeren Begriff sollten diese Worte gelten, besonders unseren „Intellektuellen", die noch immer die „Frankfurter Zeitung" und ähnliche giftspritzende Organe lesen und ihre geistige Nahrung aus ihnen schöpfen. Den Männern von der Art Pfarrer Eberts aber rufen wir zu: Geht ihr zum Werkarbeiter und laßt euch nicht abschrecken! Die Zeit fängt an zu reifen, wo Deutschland nur von bewußten Deutschen bewohnt sein wird.

Freimaurerisches.

„Völkischer Beobachter", 5. Oktober 1921.

Herrn A. Horneffer, Solln bei München.

In Nr. 402 der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 23. September fühlen Sie sich bemüßigt, zur Judenfrage in Ihrer Art eine aufklärende Notiz zu bringen. Es mag Herrn Döllinger noch unbenommen gewesen sein, eine derartige Unkenntnis der Geschichte und des Wesens des Judentums gehabt zu haben. Sie haben kein Recht

mehr, sich mit dieser Unkenntnis zu entschuldigen. Täten Sie es, so würde ich Ihnen das Recht absprechen, Ihre Meinung über Ihren Familienkreis hinaus zu äußern. Ist aber nicht die Unkenntnis um die wesentlichsten Belange dieser Frage, die Sie veranlaßt, eine längst hinfällig gewordene Meinung neu aufzuwärmen, dann kann ich nur bösen Willen und absichtlichen Täuschungsversuch annehmen. In diesem Falle richten Sie sich vor den ehrlichen Menschen und vor den Namen der großen Männer aller Zeiten von selbst.

In jedem Falle müssen wir aber die Unverschämtheit zurückweisen, mit der Sie sogar behaupten wollen, daß das „rohe Kultursystem der europäischen Wirtschaftsvölker" schuld wäre an der verbrecherischen Tätigkeit der Juden unter allen Nationen, mit denen sie im Laufe ihrer Geschichte zusammenkamen. Was Sie sonst über die innere Verwandtschaft des Christentums und des Judentums reden, beweist Ihre Unfähigkeit, wahres Christentum in seinem Innersten zu begreifen, was ja der ganze hinterhältige Artikel beweist, mit dem Sie wieder versuchen, unser geknechtetes arisches Volk dem ewigen Juden gegenüber ins Unrecht zu setzen. Döllinger oder Sie erweisen dem Juden einen schlechten Dienst, wenn Sie behaupten, daß der Jude unter der vorgeblichen Bedrückung zu seelischer Verkrüppelung gebracht worden wäre. Ein edler Charakter wird durch Leid gestählt, aber niemals gemein. Mir scheint, daß des Juden eingeborene seelische Verkrüppelung aus seiner Unfähigkeit kommt, sich nie und nirgends die Seeligkeit gottsuchenden Menschentums aneignen zu können, und daß er immer und überall alles Hohe ins Gemeine ziehen muß. Nicht anzuklagen sind die Völker und Zeiten, die ihn an wohltätige Ketten gelegt haben, sondern sie sind zu loben ihrer Weisheit wegen und Milde gegen die übrige Menschheit.

Rudolf John Gorsleben.

◆

Es wäre recht interessant, die Gründe zu hören, aus denen heraus der Herr August Horneffer sich immer und immer wieder bemüßigt fühlt, die Juden gegen die Deutschen zu verteidigen. In seiner Zeitschrift „Der unsichtbare Tempel" klagt er jämmerlich darüber, daß der nationale Gedanke sich scheinbar unlöslich mit dem Antisemitismus verbinde, und zu gleicher Zeit, in der er über deutschen Militarismus klagt, singt er ein Loblied auf den — Zionismus, d. h. also auf einen nationalen Chauvinismus, wie er selbst

heute einzig dasteht. Daß dieser Zionismus ausgesprochen deutschfeindlich ist, hindert Herrn Horneffer keineswegs, ihn „mit großem Anteil“ zu verfolgen und von seinem „Idealismus“ zu sprechen. Dann ist Herr Horneffer wieder sehr um das deutsche Volk besorgt und will „deutsche Volksfeiern“ veranstalten, um nicht nur Bismarck und Luther, sondern auch — Lassalle dem „ganzen deutschen Volk zu schenken“. Warum nicht gleich Trotzki und Sinowjew?

❖

In Paris tagt ein Kongreß französischer Freimaurer. Das erste war, wie immer, die Verkündung der Brüderlichkeit und Liebe. Das zweite — die Beschimpfung Deutschlands. Auf dem in Aussicht genommenen internationalen Kongreß zu Genf würde man die deutschen „Brüder“ nur dann zulassen, wenn sie ein Schuldbekenntnis für ihr Land ablegen würden.

Und gerade jetzt tagt auch der „Verein deutscher Freimaurer“. In einem an viele Zeitungen versandten Rundschreiben wird betont, die deutschen Freimaurer ständen ganz auf deutschem Boden und wiesen die schamlosen Forderungen der Franzosen weit von sich. Von einem Nähertreten könne nicht die Rede sein, wenn die Franzosen nicht von ihnen Abstand nehmen würden. Aus dem Schreiben spricht nicht die endgültige Absage an das ausländische Maurertum, sondern nur ein Schmollen über die schlechte Behandlung.

1871 setzten die französischen Humanitätsprediger Preise von je 1 Million Franken auf den Kopf des preußischen Königs und des Thronfolgers. Entschuldigt haben sie sich nicht dafür, aber 1908 lag der deutsche Großmeister Br. Wagner in den Armen des Großmeisters der Großloge von Paris! — Nichts ist heute klarer, als daß der Weltkrieg seit langen Jahren von Juden und Freimaurern vorbereitet worden ist. Selbst halbwegs ehrliche deutsche

Maurer (Ohr, Heise, Freymann usw.) haben dies zugeben müssen, selbst der „Herold“, das Organ des „Vereins deutscher Freimaurer“, kann die ausländischen „Brüder“ nicht mehr reinwaschen. Man sollte nun meinen, wenn überhaupt der ernste Wille vorhanden sein sollte, vom Menschheitsfimmel zum Deutschtum zurückzukehren, so wäre die freche Herausforderung des französischen Großorients die gegebene Gelegenheit.

Aber nichts, gar nichts dergleichen: nur ein lahmer Einspruch, keine Anschuldigung dieser politischen Berufsschieber und Spekulanten, kein Vorwurf, keine Abrechnung. Es ist kein Wunder, sind die Diedrich Bischoff, August Horneffer doch hochleuchtende Brüder und die Juden ihre Freunde.

Und solange dieser „Verein deutscher Freimaurer“ besteht, solange soll man uns mit deutscher Freimaurerei gefälligst vom Leibe bleiben.

Anmerkungen über Demokratie.

„Völkischer Beobachter“, 19. Oktober 1921.

Aus dem Lande, in dem die Demokratie ihre größten Triumphe gefeiert hat und das von unseren Judenschutztruppenführern als das Land der Verheißung angepriesen wird, erscholl vor einiger Zeit eine Stimme zu uns herüber, die die schon gelungene demokratische Geistesverfassung in feinem Spott bloßlegt. Eine Zeitung sagte über amerikanische Zustände etwa folgendes: wenn jemand eine Million stiehlt, ist er ein Finanzgenie, begnügt er sich mit einer halben, zählt man ihn zu den klugen Leuten. Wer mit 100000 Dollar durch die Lappen geht, ist gerieben, mit nur 50000 hat er Unglück im Geschäft gehabt. Ein Diebstahl von 25000 Dollar wird als Unregelmäßigkeit bezeichnet. Wer 5000 Dollar beiseite schafft, begeht einen

Unterschleif. Wer dasselbe mit 1000 macht, ist ein Schwindler. Wer 100 Dollar stiehlt, ist ein gemeiner Dieb. Wer gar einen Schinken oder ein Brot entwendet, ist ein ganz verkommenes Subjekt.

Wer wollte verkennen, daß wir auf dem besten Wege zu dieser demokratischen Sittlichkeit sind. Ist nicht ein Matthias Erzberger als Held und Finanzminister gefeiert worden, und lebt er nicht noch eben als Märtyrer der Demokratie weiter?

❖

Von demselben Freiheitsstaat Amerika gibt ein bedeutender deutscher, politischer Schriftsteller u. a. eine sehr belehrende Statistik. Von den 723 Abgeordneten des Konvents Chikagos waren einmal unter den Gewählten: 7 Totschläger (gerichtlich überwiesen), 10 hatten wegen dieses Vergehens vor Gericht gestanden, 36 bestrafte Einbrecher, 3 Taschendiebe, 7 Spielhöhlenbesitzer, 2 Bordellwirte. Bedenkt man dann weiter, daß dies doch alles die „kleinen Diebe" (von unter 25000 Dollar) sind, dann läßt sich vorstellen, welcher Art die übrigen „Volksvertreter" waren. Und man wird auch verstehen, warum in den Vereinigten Staaten anständige Menschen sich vielfach von der Politik immer mehr zurückgezogen haben.

❖

Treffend ist auch, was der französische Sozialist Delaisi sagt:

„Dem Großkapitalismus ist es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste, biegsamste und mächtigste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu gestalten. Man bildet sich ein, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie: ein Grundirrtum. Vielmehr sind sie die Leiter und deren treueste Förderer, ja, man kann ruhig sagen: sie sind die Erfinder der Demokratie! Denn diese bildet die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethoden verbergen, und in ihr finden sie das beste Verteidigungsmittel gegen jede etwaige Empörung des Volkes."

Diese Worte wurden zwei Jahre vor dem Kriege geschrieben. Nun ist durchgesickert, daß dieser Delaisi niemand anders als — Gustave Hervé, der glühendste Sozialdemokrat, Nationalfranzose, Verteidiger des demokratischen Frankreichs, ist. Stimmt dies, dann sieht man, daß Einsicht und Charakter verschiedene Dinge sind. Dann ist Hervé als Vernunft — ein Mensch, als Charakter — ein Demokrat.

❖

Die schärfsten Verneiner des heutigen parlamentarischen Gedankens waren unsere Größten. Das ist wahrhaftig nicht verwunderlich, denn je klarer ein Kopf ist, um so schneller sieht er ein, daß eine rein mechanische Abstimmerei nicht Regierungsmethode werden kann, ohne daß der Staat darunter leidet. Schiller sagt z. B.:

„Man muß die Stimmen wägen und nicht zählen.
Der Staat muß untergeh'n, früh oder spät,
Wenn Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Goethe meinte, er könne nicht in Parlamente gehen: „Mag nicht vor Langeweile schwitzen: der Mehrheit bin ich stets gewärtig."

Bismarck klagte einem amerikanischen Freunde über die Massenpsychose in einem Parlament und fällte das für alle Zeiten richtige Urteil: „Einzeln verständig, massenweis dumm." „Diese Leute können Preußen nicht regieren, ich muß mich dem widersetzen." In dem kürzlich erschienenen dritten Bande seiner Erinnerungen taucht immer wieder die Besorgnis um seine Schöpfung auf, da er sieht, daß der neue Kaiser nicht den Kampf gegen Unfähigkeit und staatsfeindlichen Absichten aufnehmen wolle, sondern diese durch Nachlaufen zu befriedigen trachte. Es ist gekommen, wie der große Mann es ahnte: Parlamentarismus siegte über das Deutschtum, Deutschland ist auf dem Wege

zu einer Lebensform, in der die Entsittlichung des öffentlichen Lebens zu einem Grundsatz erhoben wird.

❖

Der Deutsche hat von jeher an einem Hang zum Weltbürgertum gelitten. Wird dieser Hang nun noch auf einem Gebiete, wo nüchternste Interessenvertretung am Platze ist, in der Politik, durch wurzellose Glaubensgrundsätze und dem Volkstum nicht entsprungene Phrasen verstärkt, so muß dies Unheil zeitigen. Aus der Geringschätzung seiner Nationalinteressen heraus erklärt sich denn auch die Duldsamkeit, die der Deutsche dem Juden und seinem zersetzenden Wirken angedeihen ließ. Demokratisch-jüdische Organe konnten ungestraft jahrelang ein entnervendes Gift verspritzen und schließlich offen das deutsche Volk verhöhnen.

Der Streich in Genf, der von neuem ein deutsches Land — Oberschlesien — zerschneidet, ist nochmals ein Prüfstein dessen geworden, wie frech das Judentum und wie — demokratisch das heutige Deutschtum geworden ist.

Die „Frankfurter Zeitung", die für ein deutsches Oberschlesien einzutreten vorgab, und auch jetzt ein paar papierne Sätze über die uns angetane Ungerechtigkeit verzapft, fährt dann neuerdings folgendermaßen fort:

„Wir sprechen nicht von einzelnen Exaltierten. Wenn solche Vereinzelte jetzt noch davon reden, daß uns ganz Oberschlesien hätte ungeteilt zufallen sollen, so ist das eine Unwahrhaftigkeit und eine politische Torheit. Wäre das Gesamtergebnis in dem Abstimmungsgebiet zugunsten Polens ausgefallen, so hätte allerdings kaum ein Zweifel darüber bestanden, daß Polen ganz Oberschlesien erhalten hätte. Aber das ändert an der vertragsrechtlichen Tatsache nichts, daß der Friedensvertrag eine Teilung Oberschlesiens ins Auge faßt ..." (15. 10. 1921).

Also: die Entente darf den „Friedensvertrag" tagtäglich brechen, für Deutschland bleibt er unerschütterliche Richt-

schnur! Und eine „deutsche" Zeitung erklärt das Verlangen, Oberschlesien zu erhalten, als eine „Unwahrhaftigkeit".

Diese, Hochverrat am deutschen Volke treibende Judenzeitung wird nicht verboten!

Vor einiger Zeit wurde der „Frankfurter Zeitung" vorgeworfen, ihre Auffassung von „Demokratie" ginge — wie sie selbst sage — soweit, nötigenfalls das deutsche Volk selbst für die Erhaltung dieses Prinzips zu opfern. Das ehrliche Judenblatt schrie über Gewalt und Verleumdung. Da wurde ihm folgender Satz unter die lange Nase geschoben:

„Angenommen, eine ganze Nation fasse vermittels des demokratischen Systems Entschlüsse, die ihr Unglück herbeiführen; dann ist noch immer das Prinzip gerettet. Das ist der tiefste Sinn des demokratischen Gedankens: alle sollen das gemeinsame Schicksal tragen" (4. 12. 1917).

Dieses „Prinzip" mißregiert heute das deutsche Volk und kümmert sich den Teufel darum, ob es den demokratischen Entschlüssen in Spaa, London, Wiesbaden zustimmt oder nicht. Das deutsche Volk wird auch über Genf nicht befragt werden.

Geht's schief, treten die neuen Unverantwortlichen von Gottes Gnaden in den Ruhestand und übergeben das Geschick Deutschlands in die Hände der linkeren Brüder.

Das Prinzip wird gerettet und das deutsche Volk vernichtet sein. Wer sollte sich da nicht freuen!

Der deutsche Gedanke.

„Völkischer Beobachter", 22. Oktober 1921.

Läßt man sich nur vom Verstande bestimmen, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß es für das deutsche Volk keine Rettung mehr gibt, daß es unweigerlich ins Chaos

getrieben wird und sich treiben läßt. Seit in Versailles Herr Müller mit seinem Füllfederhalter den „Frieden" unterschrieb, hätten alle Deutschen wissen müssen, daß dort in Paris unsere vollständige Versklavung beschlossen worden war, daß dieser Blankovollmacht eine Vergewaltigung nach der andern folgen würde.

Aber das deutsche Volk, anstatt schon dem ersten Versuch die feste und entschlossene Abwehr gegenüber zu stellen, ließ es zu, daß immer neue Forderungen unterschrieben wurden, von denen die Unterzeichner selbst wußten, daß sie undurchführbar seien. Um das Unheil aber etwas hinauszuschieben, unterwarf sich ein parlamentarischer Minister nach dem andern. Deutschland lieferte und lieferte, es entwaffnete sich vollkommen, es ließ sich wirtschaftlich ausbluten. Die sittliche Widerstandskraft fällt von Tag zu Tag, und wenn die letzten Prüfungen kommen werden, die uns die Leute in Genf neu auferlegen wollen, wird mancher nur trübe Gedanken darüber haben.

Man zankt sich über Ministerplätze. Ausgemergelte Parlamentarierseelen schachern um Zugeständnisse an ihre Eitelkeit. Die Mehrheitssozialisten treiben ihr Demagogenspiel aus Blut und Beruf in unverschämtester Weise weiter und die Demokratenblätter lassen die Deutschen auf England hoffen ...

„Es hat noch keinen deutschen Staat gegeben." Diese trübe Erkenntnis sprach Lagarde in den achtziger Jahren mehrfach aus. Sie war leider wahr.

Von „tiutscher Zucht und Sitte" wußte früher gewiß nicht nur Herr Walther von der Vogelweide zu berichten. Auch deutsche Kaiser und Könige fühlten sich als Gegensatz zu Welschen, deutsche Handwerker und Bauern waren stolz auf ihre Heimatstadt und Heimaterde. Trotzdem aber war das ganze Mittelalter von der Idee einer Weltreligion und eines Weltreiches beseelt. Der Traum vom Heiligen Römischen Reiche verlegte den Schwerpunkt deutschen

Lebens weit südlicher der Alpen. — Langsam lösten sich die Nationalstaaten aus dieser großen, aber naturwidrigen Idee heraus. Langsam verdrängte die Muttersprache das Lateinische im öffentlichen Leben. Am Anfang des 19. Jahrhunderts fielen die letzten Flitter des heiligen römischen Kaisertums. Deutschland schälte sich heraus. Bismarck schuf ein neues Reich.

Es verkleinert in keiner Weise die gewaltige Tat Bismarcks, wenn man heute auf den Trümmern seines Werkes feststellen muß, daß auch der Bismarcksche Staat noch nicht auf germanischen Fundamenten ruhte. Bismarck war allein, das deutsche Volk hat seine Pflicht sich selbst gegenüber nicht getan. Es hatte materiell zugenommen, sich aber innerlich nicht erneuert, sondern fremden, ihm feindlichen Gedanken immer mehr Gehör geschenkt: die Politik des Zentrums, des Marxismus' wurde nicht begriffen, die Judenbörsen gewannen — unterstützt durch das Ausland — an Macht, das undeutsche, römische Recht verkümmerte die deutsche Entwicklung. Unter dem Schlagwort der „Freiheit" wurde allen Spekulanten die Freiheit zugebilligt, die Deutschen um ihre Freiheit zu betrügen. Daß das deutsche Volk sich dies alles bieten ließ, ist seine Schuld, die es zu erkennen hat.

Jetzt ist das Deutsche Reich von 1871 in Stücke geschlagen, und Schmarotzer und Hyänen des Schlachtfeldes bergen, was sie nur fortzuschleppen vermögen. Das deutsche Volk läßt sich auch dies noch gefallen!

Und doch: wer nicht nur verstandesgemäß das heutige Leben betrachtet, sondern zu erfühlen versucht, ob nicht doch schon keimende neue wuchshafte Kräfte am Werke sind, der wird die unerschütterliche Zuversicht haben müssen, daß sich eine innere Umkehr vorbereitet.

Zum erstenmal in der ganzen deutschen Geschichte tritt das Bewußtsein hervor, daß das Volkstum in seinen Höhen und verborgenen Tiefen der Urquell aller Lebensformen sein

muß. Nie ist solch ein Suchen durchs Volk gegangen, sich von der schweren Kruste veralteter, wesensfremder Überlieferung zu befreien, wie heute.

Ein religiöses Suchen hat eingesetzt, das all den alttestamentlichen jüdischen Plunder als eine uns nicht zugehörige Form erkennt, das sich bemüht, auch in den neueren Überlieferungen die Schlacken der Jahrhunderte zu entfernen. In der Kunst geht man über das Technisch-Moderne zu den Urquellen zurück. Es gibt da viele Stille im Lande, deren Zeit noch kommen wird. Entgegen der humanistischen und realistischen Bildung wird instinktiv nach einer germanischen Erziehung verlangt. Schon der lebhafte Streit um diese Fragen ist ein Zeichen des Lebens. Das römische Recht wird als das erkannt, was es ist: eine formelhafte Erscheinung, eine Verfälschung des Empfindens, eine Sicherung nicht des Ausgebeuteten, sondern des Selbstischen, vor allem aber eine Einrichtung, die zuviel Abstraktes herumschleppt, ohne natürliches Urteil zu bekunden, ohne auch nur irgend Vertreterin des deutschen Volkstums zu sein.

Nie sind diese Fragen so grundsätzlich aufgeworfen worden wie heute in der Stunde des Zusammenbruchs. Wer sie für sich selbst beantwortet, tut das auch für Hunderttausende.

Wir bekennen: Ideen und Ideale haben nur dann dauerhaften Wert, wenn sie nicht nur die Vergangenheit verklären, sondern wenn sie eine Glaubenskraft für die Zukunft bekunden. Ideen und Ideale können aber nur dann wirklich fruchtbar sein, wenn sie von edelstem Volkstum ausgehen und auch weiter auf Klärung, Stärkung, Verteidigung und Durchsetzung dieses Volkstums abzielen.

In dieser Frage gibt es kein Wenn und kein Aber. Wenn jemand diesen Grundsätzen mit weltbürgerlichen, interna-

tionalen oder — wie manche lieber sagen — universalen, neubuddhistischen, anthroposophischen Ideen kommt, dann lehnen wir das ab. Alles, was uns völkisch schwach macht, muß beiseite liegen gelassen werden; alles, was uns feindlich ist, muß bekämpft werden. „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß."

Möge mancher still für sich die neue Zeit eines völkischen Großdeutschlands vorbereiten, wir, die Nationalsozialisten, wollen dessen Kampftruppe sein. Wir wissen, daß der deutsche Gedanke eine Macht ist, wir wissen aber auch, daß wir von Feinden und verblendeten Volksgenossen umringt sind. Deshalb müssen wir zu lieben und zu hassen verstehen, deshalb müssen wir auch eine physische Macht werden. Eine Idee, hinter der nicht auch der Wille zum Durchsetzen derselben besteht, hat ihren Lohn dahin. Sie zeigt dadurch, daß sie keine innere Kraft besitzt.

Der treudeutsche Zentralverein.

„Völkischer Beobachter", 22. Oktober 1921.

Der jüdische Zentralverein hat wieder die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, seine treudeutsche Gesinnung in die Welt zu posaunen, als anläßlich des Protestes über die Vergewaltigung Oberschlesiens den Berliner Hebräern und ihrer für Deutschland so verhängnisvoll gewordenen Börsenpolitik die Schuld an dieser Knechtung des deutschen Volkes zugeschrieben wurde. In einem Rundschreiben an die Zeitungen betont der Zentralverein, für ein ungeteiltes Oberschlesien einzutreten. Es ist vielleicht ganz interessant, die „deutsche" Gesinnung des Zentralvereins ein wenig näher zu betrachten.

Die treudeutsche Gesinnung wird in dem Organ des Zentralvereins („Im deutschen Reich") u. a. auf geradezu rüh-

rende Weise bewiesen — durch die Sorge für die deutsche Währung. Im Märzheft 1920 wird mit „erstaunlicher Sicherheit“ festgestellt, daß die Kurve der deutschen Währung aufs engste mit innerpolitischen Unruhen zusammenhänge. Es könne dies auch nicht anders sein, da der Kredit des Schuldners von seiner Arbeitswilligkeit und -fähigkeit abhänge. Und dann heißt es wörtlich:

„Beruht also der niedrige Stand der deutschen Valuta auf Mangel an Vertrauen zur inneren Festigkeit Deutschlands, und sind Ursachen des mangelnden Vertrauens die inneren Erschütterungen unseres Vaterlandes, für die der Antisemitismus zwar nicht das einzige, aber sicherlich das stärkste und sichtbarste Symptom ist, so folgt daraus, daß der Antisemitismus antinational auch deshalb ist, weil er ein furchtbares Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft darstellt.“

Also nicht Räterepubliken, Generalstreiks, Spartakusaufstände sind die „stärksten und sichtbarsten“ Zeugen des deutschen Chaos, sondern der Antisemitismus! Der „Schutz- und Trutzbund“ ist der böse Kerl, der die Juden nicht „unser Vaterland“ nach ihrem alleinigen Ermessen einrichten oder zugrunde richten läßt. — Hinter dieser Frechheit lauert aber noch eine Drohung. Denn mit dem Hinweis auf Valutasturz und Antisemitismus will der Verfasser doch nichts anderes sagen, als: „In unserer Börsenmacht liegt es, den deutschen Markkurs nach Belieben zu drücken. Hütet euch, ihr Michel, gegen uns aufzumucken. Denn dann lassen wir euch Pleite machen.“ Es liegt hier die mittelbare Bestätigung dessen vor, was die Antisemiten dem deutschen Volk, ohne daß man ihnen glauben will, tagtäglich sagen: Nicht nur Deutschland, sondern auch die Staaten der Entente sind von den Herren der Weltbanken und Börsen abhängig. Gegen diese unerhörte Knechtung geht ja der Kampf. Geben wir ihn demütig auf, können wir Brosamen aus der Judenhand fressen —, wenn wir sie bekommen; führen wir ihn fort, können wir einmal frei werden — wenn wir entschlossen sind.

Aber der edle Zentralverein hat den „Glauben an die Wiedergeburt des deutschen Volkes“ nicht aufgegeben, trotz der „alldeutsch-antisemitischen Irrlichter“, die ihm nur mit Mühe die „gedämpften Herztöne echter Volksseele“ hören lassen und alles überschreien. Es sind dieselben bösen Nationalisten, „die sich den Minister Erzberger zum Ziel“ nahmen und „Nieder mit dem Judenausschuß! Nieder mit Erzberger!“ riefen.

Hier ist der Dank für die Zentrumstagung, die so warm für die armen verfolgten Juden eintrat. Zugleich hat der echt deutsche Zentralverein nichts gegen das Judenquartett einzuwenden, das Hindenburg und Ludendorff ausfragen durfte, sondern verweist mit jüdischer Frechheit auf Warmuth und Schäfer, die ja auch Mitglieder bzw. Sachverständige seien, und sieht in einem Artikel Reventlows gegen den Untersuchungsausschuß einen „Gipfel an Unflat“. („Im deutschen Reich“, Dezember 1919.)

Aber der Zentralverein bleibt echt deutsch bis auf die Knochen. Er beteuert mit herzigem Augenaufschlag:

„Die schärfste Formulierung unserer Idee, daß wir keine besondere völkische Gemeinschaft darstellen, sondern daß wir hineingehören in das Volk, mit dem wir und unter dem wir seit Jahrhunderten leben und arbeiten.“

Dann heißt es nach rabbinischer Methode weiter:

„Mag das Gegenteil auch noch so oft und noch so deutlich aus den eigenen Reihen wie von anderen Seiten behauptet werden, dadurch wird die Formel von dem Vorhandensein des besonderen jüdischen Volkes nicht richtiger.“ („Im deutschen Reich“, Oktober 1920, S. 311.)

Dann widerlegt sich derselbe Verein aber auf den Seiten seines eigenen Zentralorgans! Der Rabbi Jacob (derselbe, welcher auf einer Versammlung in München nach einigen Zurufen an seine Adresse dem Rufer sagte: „Der beste Beweis, daß Deutschland nicht von Juden beherrscht wird, ist, daß Sie sich noch mausig machen dürfen!“), dieser Rabbi

schreibt wortwörtlich: „Das unleugbare und geschichtliche Wunder ist das Volk Israel und seine Geschichte. Die Existenz Israels kann nicht bestritten werden, denn es lebt noch.“ Rabbi Jacob hat nicht nur denselben Glauben wie der Zentralverein, er gehört ihm selbst an, und diese Sätze sind zu lesen im Juni-Heft 1920 des Organs des Zentralvereins auf Seite 187.

Nähere Erläuterungen über die Talmudistik der Hebräer erübrigen sich wohl.

Der jüdische Bolschewismus.

„Völkischer Beobachter“, 26. November 1921.

Kaum war in Rußland die „Freiheit“ errungen, als aus allen Ecken der Welt die Kinder Israels ins neue gelobte Land gefahren kamen. In Moskau und in Petersburg erschienen bolschewistische Zeitungen und Zeitschriften, in den Arbeiter- und Soldatenräten traten geschulte Demagogen, schwer mit Geld versehen, auf, und trieben die Geister der zum großen Teil aus Analphabeten bestehenden russischen Menschen auseinander und gegeneinander. Ein Beispiel: im Petersburger Arbeiterrat erschien ein allen Unbekannter mit Namen Steklow. Er predigte den Sturz der Demokratie, Weltfrieden, versprach Freiheit und Brot, und streute freigebig mit Geld um sich. Schließlich wurde er gezwungen, seine Papiere vorzuzeigen: er hieß Nachamkes, und war Jude. Heute ist er einer der Pressediktatoren Sowjetrußlands. Solche Beispiele hat es hunderte gegeben.

Im Juli 1917 wurde zum ersten Schlage ausgeholt. Die besonders vom Juden Roschal aufgestachelten Kronstädter Matrosen fuhren die Newa hinauf, setzten Truppen ans Land, fuhren mit Panzerwagen durch die Straßen Petersburgs und schossen wahllos herum. Es gelang, den Auf-

stand zu unterdrücken, die Führer wurden gefangengesetzt, die Meuterer interniert. Nun zeigte es sich aber, daß die Juden mit Gold nicht gespart und auch in die „gemäßigten" Parteien ihre Brüder untergebracht hatten: die Führer der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki waren Bernstein-Cohan, Lieber, Gotz, Dan, Martow-Zederbaum u. a. Kaum saßen Trotzki, Kamenew-Rosenfeld usw. hinter Schloß und Riegel, da wurden sie auch schon im Namen der Freiheit als Märtyrer des Idealismus hingestellt. Lieber und Dan setzten bei dem hysterischen Schwächling Kerenski (dessen Polizeipräsident der Jude und Zionist Rutenberg war) die Befreiung durch. Damit war der Untergang Rußlands besiegelt. Jeder Demagoge konnte, im Gefühl seiner Unverletzlichkeit, die letzte Maske abwerfen. Ende Oktober, am „Tag der Räte", fiel die den Bolschewismus vorbereitende Demokratie, und der blutige Terror nahm seinen Anfang...

Woher hatten die Bolschewiki die ungeheuren Propagandasummen? Die deutschfeindlichen Schriftsteller behaupten, Lenin und Trotzki seien Angestellte des deutschen Großen Generalstabes gewesen. Jedoch liegen die Dinge wesentlich anders. Die Wahrheit ist, daß die Bolschewiki Abgesandte des Börsenjudentums aller Länder waren und sind, daß es jüdisches Geld war, das die Zersetzungsmaschine bezahlte. Burzew, der wie kaum ein anderer die Geheimnisse der russischen Revolution kennt, beschuldigt öffentlich den „deutschen" Juden Parvus-Helphand, der Vater des Bolschewismus in Rußland zu sein, den „Parvus aus Konstantinopel, Parvus aus Kopenhagen, Parvus aus Sofia, Parvus aus Berlin".

Mit zweihundert Brüdern aus dem Neuyorker Ghetto fuhren Trotzki und Sinowjew nach Rußland ab. Englische Offiziere verhafteten die ganze Gesellschaft in Halifax. Da griff die Washingtoner Regierung ein und erzwang ihre Freilassung. Die „russische" Regierung ließ diese Pest-

bazillen in ihr Land. — Präsident der Vereinigten Staaten war damals Wilson. Seine Hilfe zur rechten Hand war der Jude Simon Wolff, zur linken der Zionist und Oberrichter Brandeis. Jakob Schiff, der Weltbankier, hatte schon 1904 den Krieg Japans gegen das antisemitische Rußland finanziert und die russischen Kriegsgefangenen mit revolutionärer Propaganda versorgt. Bernard Baruch war Wilsons Freund und fuhr später an der Spitze vieler anderer Juden mit ihm zusammen auf die „Friedenskonferenz" von Versailles.

Wer es war, der auch hier die jüdische Meute auf Rußland losließ, steht außer Zweifel. Henry Ford veröffentlicht in seinem Werk „Der internationale Jude" einen Brief aus amtlichen Quellen, der von einem gewissen Fürstenberg an einen Herrn Rafael Scholan in Neuyork gerichtet ist. Er stammt aus Stockholm, ist datiert vom 21. September 1917 (einen Monat vor dem „Tag der Räte") und besagt, daß ein jüdisches Bankhaus „ein Konto für das Unternehmen des Kameraden Trotzki" bereitgestellt, ein anderer Herr Munition erhalten und den Transport derselben organisiert habe ... Der Petersburger Soldatenrat wurde nun gerade aus Stockholm mit riesigen Geldmitteln versehen. Hier saß der genannte Fürstenberg-Ganetzky, — jetziger bolschewistischer Botschafter in Riga, — empfing das riesige Judengeld und teilte es weiter aus.

So siegte — mit Hilfe eines durch den Krieg zermürbten, durch spätere Untätigkeit in den Garnisonen und durch Propaganda entsittlichten Heerhaufens — der Judenbolschewismus.

Eine eigentliche jüdische Hochfinanz, wie in den westlichen Ländern, gab es in Rußland kaum; wohl aber ging das russische Nationalvermögen nun in die Hände der Juden und ihrer Knechte über. Der Raub der Tresoreinlagen, die „Nationalisierung" der Häuser und Fabriken, die Haussuchungen und andere Bedrückungen schufen einen neuen

Vorrat an Gold, Juwelen und anderen Werten, die zum Anwerben von gefügigen Söldnern und zur Propaganda der Weltrevolution weiter benutzt wurden. Der Raub von Kostbarkeiten aller Art ermöglichte es den Kommissaren, im Auslande für sich Häuser zu kaufen und Bankguthaben einzurichten.

Damit nun aber das russische Volk nicht erwache, ging neben der wirtschaftlichen Knebelung die planmäßige Ausrottung bzw. Entsittlichung und Versklavung der nationalrussischen Intelligenz vor sich. Unter dem Vorwande, vergangene Mißhandlungen zu rächen, trieben die jüdischen Demagogen die russischen Soldaten auf die Jagd nach ehemaligen Offizieren, Beamten, Ingenieuren. Die gefürchtete Zentrale des Mordes war das Standquartier des jetzt verstorbenen „Kommissars zur Bekämpfung der Gegenrevolution“ Moses Uritzki an der Gorochowaja Nr. 2 zu Petersburg. Dort sind tausende hinverschleppt und gerichtslos kalt gemacht worden. Für den ganzen Norden tat Sinowjew-Apfelbaum, Gouverneur von Petersburg, Vorsitzender der Nordkommune und Präses der Exekutive der 3. Internationale, dasselbe wie Uritzki für Petersburg. Und Trotzki-Bronstein brachte den Blutrausch für ganz Rußland in ein System.

Jeder Nichtblinde mußte sehen, daß, vom ersten Tage des Bolschewismus an, dieser ein rein jüdisches Unternehmen war. 1920 bereiste der Engländer Wilton Rußland, und stellte unter rund 380 Kommissaren 300 Juden fest. Heute liegt uns das ganze Verzeichnis der Tyrannen Rußlands vor. Eine englische Schrift „Jews in Russia“ zählt uns die heute regierenden 550 Männer namentlich und in ihrer „amtlichen“ Eigenschaft auf. Der Zentralrat der Volkskommissare besteht aus 3 Russen, 2 Armeniern und 17 Juden. Im Kriegskommissariat sitzen 8 Letten, 1 Deutscher, kein Russe und 34 Juden (Bronstein-Trotzki, Fischmann, Romm, Meitschick, Lievenson, Posern, Goubelmann, Kal-

manowitsch, Beckmann, Glutzmann, Zusmanowitsch, Hirschfeld, Lechtiner, Schulmann, Nasenholtz, Tseiger, Zake, Silbermann usw.). Das Kommissariat für Inneres besteht aus 2 Russen, einigen Letten, Armeniern, Polen und 45 Juden (Apfelbaum-Sinowjew, Goldenrudin, Ender, Fönigstein, Krachmal, Schreider, Fayermann, Meynkmann, Model, Josselewitsch, Schklowsky, Kneifitz, Rasmirowitsch, Kronberg, Rywkin, Swerdloff, Tsitkin, Blumkin, Fines, Sachs usw.). Das Kommissariat für Auswärtiges besteht aus 1 Russen, 1 Armenier, 1 Letten, 1 Deutschen und 13 Juden (Joffe, Margolin, Levien, der „bayer." Volksbeauftragte, Axelrod, Gesandter in Wilna, Beck, Delegierter in Paris und London, zusammen mit Liebermann, Grünbaum usw.). Ich füge noch hinzu Litwinow-Finkelstein in Reval, Gillersohn in Prag. Nachdem Schklowsky aus der Schweiz verjagt wurde, die Schermanns in Luzern, Worowsky in Italien, Vigdor Kopp, Samuel Reich u. a. in Berlin ...

So geht es durch alle Zentralen hindurch. Die Provinz wird beaufsichtigt von 23 Kommissaren, darunter 21 Juden (Berlinsky in Sysranj, Lievenson am Don, Sackheim in Jaroslaw, Isaak Lauk am Donezbassin usw.). Selbstverständlich ist der Stab, der Rußland planmäßig zu belügen hat, die Journalisten, fast ganz jüdisch. Die „Prawda" („Wahrheit") wird von Kuhn, Lurje, Diamant, Alperowitsch, Steklow-Nachamkes usw. redigiert; die „Wolja-Truda" („Arbeitswille") von Katz, Sachs, Poliansky; die „Znamja Truda" („Banner der Arbeit") von Lander, Levin, Davidson u. a.; die Wirtschaftszeitungen von Bernstein, Goldberg, Goldmann, Eliassohn, Rafalowitsch usw. Unter 42 Pressediktatoren ist nur 1 Nichtjude: der jämmerliche M a x i m G o r k i. Schließlich besteht die all„russische" Exekutive aus dem Russo-Tartaren Lenin und 33 Juden (Präsident Swerdlow, Abelmann, Gimmer-Suchanow, Bleichmann, Katz-Kamkow, Smidowitsch, Levitzky, Goldstein usw.).

Summa: 34 Letten, 30 Russen, einige Armenier, Polen, Tschechen und 447 Juden! Das ist die „russische" Sowjetregierung.

Heute wird selbst von sozialdemokratischer Seite nicht mehr bestritten, daß die Börsen die Politik der „großen Demokratien des Westens" bestimmen. Nun können sich diese Naiven nicht vorstellen, wie diese Börsenherren, von denen sehr viele Juden sind, eine „proletarische" Revolution zugleich stützen und bekämpfen können, indem sie den antibolschewistischen Heeren der Nationalrussen Koltschak, Judjenitsch, Denikin und Wrangel alle Hilfe angedeihen ließen. Die Wahrheit ist: wollten die Börsenpolitiker von Paris, Neuyork und London die Sowjetjuden und ihr Schreckensregiment wirklich zu Fall bringen, die Trotzki und Apfelbaum würden keine vier Wochen mehr im Kreml von Moskau sitzen. Aber die russischen Generäle wurden nur so lange unterstützt, als sie kein Übergewicht über die Rote Armee hatten, gerade so lange, um die Selbstzerfleischung des russischen Volkes mit dem größten Erfolge betreiben zu können.

Das Ende: die Finanzdiktatur über ein ohnmächtig gemachtes, ausgeplündertes halbverhungertes Volk: der Plan, der in verschwiegenen Judenlogen Londons, Neuyorks, Berlins ausgeklügelt, betrieben und von den Sowjetjuden mit Hilfe des Abschaums aller Völker in Szene gesetzt wurde!

❖

Daß der Bolschewismus nur Mittel, nicht Ziel ist, weiß jeder, der die jüdische Politik durchschaut hat: Mittel zur Ausrottung alles Wurzelstarken, zur Entsittlichung der Völker, zur Vernichtung der nationalen Wirtschaft, um sie später auf „legale Weise" für ein Butterbrot zu erwerben. Die demokratische Republik ist vorgesehen, ja sogar die parlamentarische Strohpuppenmonarchie ist als Festigung des

Errungenen in Betracht gezogen. — Nun kommt aber ein Moment, das der Jude im Laufe seiner ganzen Geschichte, verblendet durch Überschlauheit und Unersättlichkeit, nicht zu erfassen vermocht hat: daß eine zu überspannte Bogensehne reißt. Und trotz aller Grausamkeit werden die hebräischen Meuchelmörder auch in Rußland ihrem Schicksal nicht entgehen. Die Ereignisse werden sich mit Naturnotwendigkeit abspielen: eine judenfreundliche Demokratie wird die rückläufige Welle nicht aufzuhalten vermögen, das Strafgericht des russischen Volkes wird einmal keinen Juden mehr in Rußland dulden.

Der Betrug von Washington.

„Völkischer Beobachter", 10. Dezember 1921.

Das Spiel in Washington wird immer durchsichtiger. Hatte man bis dahin die Sowjetjuden nur inoffiziell zugelassen, so ist jetzt beschlossen worden, sie für die nächste Sitzung im April 1922 ganz öffentlich an den grünen Tisch zu bitten. Zu diesem großen Aprilscherz werden dann zusammensitzen Herr Harding (betreut von Simon Wolff, Bernhard Baruch, Nathan Strauß), Mr. Balfour (in Gefolge von Nahum Sokolow und Anthony Rothschild), Briand (mit Lucien Wolff und Markus) und Foch, der neuernannte Doktor der Rechte, der in Washington den goldenen Ehrendegen der jesuitischen Kollegien Amerikas erhalten hat. Und neben ihnen wird Herr Sinowjew-Apfelbaum oder Herr Finkelstein (Litwinow), oder Herr Radek-Sobelsohn Platz nehmen, der Mann, von dem das „Berliner Tageblatt" kürzlich sagte, er sei „ein odysseischer Geist, der mit allen politischen Strömungen der Welt" kämpfe.

Es wird eine noch mehr koschere Gesellschaft werden als die, welche damals in Versailles beisammen saß. Da wun-

dert es uns denn auch nicht, vom streng rituellen Frankfurter „Israelit“ zu hören, die Töne, die aus Washington zu uns herüberklängen, seien so herrlich wie die Stimme der Propheten Israels.

Man hat also fast jede Maske abgeworfen! Herr Foch und Herr Briand und Herr Pershing haben den Washingtoner Lotosklub (lies Loge) und den Kosmosklub (lies Loge) besucht und Humanitätsreden geschwungen, daß unseren deutschen Freimaurern ganz wehmütig ums Herz geworden sein muß, auf diesem schönen Bruderfest nicht dabei gewesen zu sein, um die Bruderkette zu bilden.

Das Ziel all dieses Theaters hat die „Frankfurter Zeitung“ sich gleich anfangs melden lassen: „Die Konferenz würde also mit einer allgemeinen Weltregelung endigen, die von Zeit zu Zeit durch neue Weltkonferenzen zu bestätigen und zu erweitern wäre.“ (21. November 1921.)

Die beste Illustration zur „Abrüstungskonferenz“ ist der Jahresbericht des Staatssekretärs für Krieg, der soeben dem amerikanischen Kongreß unterbreitet worden ist. Danach sollen die Pläne zur „Verteidigung Amerikas“ jetzt vollkommener sein als je zuvor; die Einstellung der überzähligen Offiziere der alten Armee in die Reserve wird empfohlen, damit sie Ausbildung der Reserven übernehmen könnten. Die Militärakademien sollen verdoppelt werden. Über die chemische Kriegsführung heißt es: „Wir sind zwar im Prinzip gegen die Anwendung von Giftgasen, andererseits sind wir jedoch nicht vollkommen überzeugt, ob dies auch bei unsern möglichen Feinden der Fall ist.“ Über die Kriegsführung wird gesagt: „Wir sind in dieser Entwicklung bereits hinter den führenden Staaten. Das ist ein Übel, das wir abstellen müssen.“ Die „Frankfurter Zeitung“ verhöhnt dann noch einmal Deutschland mit folgenden Worten: „Das eigentliche große Ziel der Washingtoner Konferenz ist die Er-

reichung eines Einvernehmens der beiden großen angelsächsischen Völker."

Das bedeutet zusammen einen neuen Weltkrieg, finanziert von den Finanzjuden.

Der Segen Jehovahs ist sichtlich mit den Kindern Israels.

Börsenbolschewismus.

„Völkischer Beobachter", 10. Dezember 1921.

Das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" haben seit einiger Zeit offizielle Korrespondenten im „Mekka des Proletariats", die, nach ihren eigenen Schilderungen, öfters bei Trotzki, Tschitscherin, Radek usw. zu Gaste sind und herrliche Dinge über Sowjetrußland zu erzählen wissen; und zwar so herrliche, daß die „Neue Züricher Zeitung" ihren Kolleginnen den Wink gab, es doch nicht so auffällig zu machen und nicht gleich alle „bolschewistischen Waschzettel" abzudrucken. Lange Berichte über die Herrlichkeiten des Ostens füllen die Spalten der „echtdeutschen" Blätter, manchmal sogar unter dem Titel „Ein Bild der Menschlichkeit!"

Vor einiger Zeit war das Frankfurter Judenblatt doch etwas unangenehm berührt, als ein Brief des Radek-Sobelsohn an einen ihrer Redakteure, Herrn Feiler, veröffentlicht wurde. Später gab die Giftspritze zu, Herr Feiler sei eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei! Also Weltkapitalismus und Antiweltkapitalismus brüderlich vereint in einer Redaktion! Und da wagt es ein reaktionär-völkischer Klüngel, an der Ehrlichkeit des marxistischen Kampfes gegen die Banken und Börsen zu zweifeln!

Nun ist Herr Radek-Sobelsohn noch einen Schritt weitergegangen. In Nr. 251 der bolschewistischen „Prawda" erzählt er treuherzig, wie und durch wen es gelang, die Bolschewiki durch Deutschland nach Rußland zu schaffen. Herr Martow (Zederbaum) setzte sich — laut diesem Berichte — besonders für die Durchreise ein. Paul Levi, der bekannte „deutsche" Kommunist, war auch eifrig tätig. Der Plan gelang, und Schützer der Sowjetjuden war deutscherseits Herr Jansen, der Bevollmächtigte von — Parvus, dem Sozialdemokraten, Bolschewisten und Großkapitalisten mit Hunderten von Millionen. Das Interessanteste aber an der ganzen Sache ist für uns, daß Radek-Sobelsohn mit dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung", dessen Namen er merkwürdigerweise nicht mehr genau zu kennen vorgibt, in Fühlung getreten war, und dieser ist es gewesen, der die Verhandlungen des Radek-Sobelsohn mit dem deutschen Gesandten in der Schweiz, Romberg, vermittelte!

In Berlin halfen Parvus und Genossen bei Herrn Bethmann-Hollweg ...

Die Dinge sind durchsichtig geworden wie Spinngewebe. Nur gewissen Leuten in „verantwortungsvollen Ämtern" scheinen die Bretter vor der Stirn über die Nase heruntergerutscht zu sein.

Die Verhöhnung Christi durch die Juden.

„Völkischer Beobachter", 24. Dezember 1921.

Wie Christus von den geistigen Führern des alten Judentums genannt wird (Hurensohn, Bastard usw.) dürfte den Lesern dieser Blätter bekannt sein. Auch die Schmähungen seiner Persönlichkeit im 1880 neu verlegten Sohar

und im altjüdischen Volksbuch Toldoth-Jeschu sind wohl schon in weiteren Kreisen verbreitet. Wie zäh die Juden aber ihr feindseliges Verhalten der Persönlichkeit Christi gegenüber beibehalten haben, mögen folgende ebenso bezeichnenden wie unbekannten Tatsachen beweisen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts gab der Jude Schloßberg eine der Pariser Nationalbibliothek entnommene arabische Schrift heraus („Controverse d'un Evêque"), in welcher der eigentliche, jüdische Verfasser, unter dem Deckmantel eines zum Judentum übergetretenen Bischofs, die Persönlichkeit Christi auf die gemeinste Weise angreift, Stellen aus dem Neuen Testament fälscht usw. Der jüdische Herausgeber ist selbstverständlich vom Werke begeistert, sieht in ihm einen „wichtigen Beitrag zur Bibelkritik" und verspricht, es in alle Sprachen übersetzen zu lassen.

Einige Proben daraus: als Jesus erwachsen war, stand sein ganzes Sinnen und Trachten nur nach Saufgelagen (S. 10); im Evangelium sei es selbst bezeugt, daß er sich auf einer Hochzeit betrunken habe; dies tat er auch im Hause des Simon Petrus und des Jakobus (S. 11).

„In dieser Weise hatte dieser Unheilvolle keine andere Angelegenheit und keine andere Sorge, als sich mit Wein zu betrinken. Fände sich solche Eigenschaft an einem auch nur für zehn Drachmen gekauften Negersklaven, man würde ihn sofort verkaufen."

Jesus trank aber nicht nur, sondern stahl auch:

„Weißt du nicht, wie Jesus in Angst geriet, schwitzte, zusammenbrach, Gott um Hilfe anrief und sagte: ‚Meine Seele ist dem Tode nahe?' Darauf sprach er zu Petrus: ‚Ich bitte dich, für mich einen jungen Maulesel zu stehlen, aber gib acht, daß die Leute, denen er gehört, nichts davon merken!' Da ging Petrus hin und stahl den Maulesel, der einem armen Manne gehörte. Jesus aber setzte sich auf den Maulesel und entfloh!"

Weiter wird erzählt, Jesus' Amme sei eine Hure mit Namen Selime gewesen; als er bei Simon eingeschlafen sei, sei eine samaritanische Dirne gekommen und hätte ihn

geküßt: „So schlief er auch an vielen gemeinen Orten, die selbst zu Viehställen nicht getaugt hätten.“

Diese Anschauungen stimmen mit denen des Talmuds vollkommen überein. Einer der bedeutendsten Juden des 17. Jahrhunderts, der Professor der Philosophie und Medizin zu Toulouse, Isaak Orobio de Castro, zieht mit folgenden Worten die klarste Konsequenz:

„Kaum, daß Christus bekannt wurde, hat er evidente Beweise seiner Respektlosigkeit gegen das göttliche Gesetz gegeben; und erst nach einer absolut exakten und unparteiischen Untersuchung, welche bewies, daß seine Lehre und Moral dem Willen Gottes widersprächen, wurde er zum Tode verurteilt.“ (Nach der französischen Ausgabe „Israel vengé.“ Paris, 1845.)

De Castro bedauert weiter, daß die Juden nicht im Besitze einer großen Macht gewesen waren, denn in dem Falle „hätte der Götzendienst sofort nach seinem Anfang geendet, er wäre bis auf die Wurzel vernichtet worden!“

Aus dem 17. ein Sprung ins 19. Jahrhundert.

Das vom Rabbiner Rahmer seinerzeit geleitete „Literaturblatt“ setzte die Sitte der Weihnachtsfeier und des Weihnachtsbaumes ausdrücklich gleich der Anbetung der Aschera, der heidnischen kanaanitischen Götzenpfähle. Gelegentlich der Besprechung der Heilmethoden des Altertums wird die Wirkung des Speichels erwähnt und höhnisch hinzugefügt: „Ein noch größeres Kunststück bewies bekanntlich Jesus, welcher mit Spucke gar einen Blindgeborenen geheilt haben soll.“

In Nr. 51, Jahrgang 1877, sagt Rabbiner Dr. Duschak aus Krakau, nachdem er Jesus zuerst mit Bileam verglichen hat: „Bekanntlich wirft ihm (Jesus) auch Renan vor, daß er am liebsten mit dem schönen Geschlecht Umgang pflegte.“

Am 3. August 1881 meinte das Blatt, die Jesus zugedachte Höllenstrafe — er wird nach jüdischer Anschauung

mit „siedendem Kot“ gerichtet — sei nur eine Tat der Notwehr! Das ist jüdische „Theologie“ im 19. Jahrhundert.

Der größte Führer des liberalen Judentums, Abraham Geiger, sagte einmal, Jesus sei nichts Besonderes gewesen, er habe keinen einzigen neuen Gedanken ausgesprochen. (Vorlesungen über das Judentum ... 1865.)

Diese Anschauung brachte den großen Judenfreund, Prof. Franz Delitzsch etwas in Harnisch, und er hatte die Kühnheit, eine Broschüre gegen Dr. Geiger zu verfassen. Dieser quittierte mit folgenden Worten bei Besprechung eines Vortragskreises des Unionsvereins:

„Die armen Leute hetzen Vernunft und Geschichte herum und können nicht vom Flecke. Jesus muß nun doch einmal etwas Außerordentliches gewesen sein, er ist und bleibt der Mittelpunkt der Geschichte, und da er doch am Ende gar nichts getan, muß doch eine Art Gott aus ihm gemacht werden, wenn auch noch so abgeschwächt.“

Der unentwegte Professor schrieb nun einen meterlangen Brief an den „verehrtesten Dr. Geiger“ und flehte um ein paar liebenswürdige Worte. Die Antwort kam, sehr kühl, ohne einen Ton des Bedauerns. Nach Empfang dieser Zeilen war Herr Delitzsch geknickt, sagte keinem Menschen etwas von seinem Briefwechsel, in der Hoffnung, auch Dr. Geiger würde ihn als Geheimnis behandeln. Aber siehe da, der veröffentlichte höhnisch beide Briefe in seiner Zeitschrift!

Diese Dinge erzählt Prof. Delitzsch schmerzerfüllt in seiner Schrift „Christentum und jüdische Presse“. Und über einen andern bezeichnenden Fall weiß er folgendes zu berichten:

In Cincinnati gab Rabbiner Wise eine jüdische Familienzeitung, „Deborah“, heraus. Anläßlich des Weihnachtsfestes 1880 schrieb dieser ehrenwerte religiöse Mann:

„Es ist ein Masel (Glück), daß der Talui (der Gekreuzigte) in die Welt gekommen ist. Die alte Sage, daß der Talui von den Juden kommt, hat heute noch ihre Gültigkeit; aber kehren wir die Ordnung

der Dinge für den Augenblick um, und sagen wir, daß die Juden die größten Profite des ganzen Jahres dem Sohne der Maria zu verdanken haben. Die Schaufenster haben ein einladendes Aussehen, sie sind angefüllt mit den schönsten, ausgesuchtesten Sachen... und manch schönes Mädchen wird glücklich gemacht, wenn der Geburtstag des „Sanftmütigen und Demütigen" anbricht, der unter Eseln und dergleichen geboren wurde... Es ist übrigens weit besser, den Christtag zu haben, als die Pocken; und wenn sich die Jungfrau nur dazu verstanden hätte, uns noch einen Buben im Sommer zu bescheren, so daß wir zwei Christtage hätten, so hätte ich ihr gerne unsere Chinesen überlassen."

Einen gemeineren, blutigeren Hohn kann man sich nicht gut denken. Und das schrieb ein Seelsorger für die Familie!

Delitzsch nahm allen Mut zusammen und gab ein scharfes Urteil über Rabbi Wise ab. Und als auch der Jude Dr. Hirsch eine abfällige Bemerkung über ihn machte, schrieb der in jubelnde Begeisterung versetzte deutsche Professor ihm einen überquellenden Dankesbrief, in dem u. a. einige Spitzen gegen den genannten Dr. Geiger Platz fanden. — Die Antwort war — eine Verteidigung des Geigerschen Standpunktes. Herr Hirsch war also einer Meinung mit Geiger sowohl als mit Wise, hatte es aber nur nicht für zweckmäßig gehalten, sich so offen zu äußern, wie es der zweite getan.

Aber all diese Wasserkuren halfen nichts. Nach wie vor kämpfte der Professor gegen die bösen Antisemiten, die behaupteten, „der Jude, weil er Jude sei, könne kein Deutscher sein", und die es wagten, auch in den heiligen „Patriarchen" die Gaunertypen von heute wiederzufinden. Gleich vielen Hochgelahrten sieht auch Delitzsch das Neue Testament als die Erfüllung des sogenannten Alten Testaments an. Daher das ganze Zwitterwesen unserer Theologen beider Bekenntnisse. Daher konnte ein Prof. Strack noch kürzlich öffentlich erklären:

„Ich bin deutschnational bis auf die Knochen, doch kein Antisemit.“ Dies zu sagen, kann nur ein Mensch fertigbekommen, dem Gelehrsamkeit den Instinkt verschüttet hat.

Die „Abraham“, „Jakob“ und Genossen sind ihrem Wesen nach genau so antichristlich wie die Talmuddoktoren, die heutigen jüdischen Gelehrten, die jüdischen Börsen- und Revolutionsspekulanten, die jüdischen Schriftsteller und Theaterdirektoren.

Und so geht es weiter. Alfred Kerr meint, Christus müsse unbedingt gemauschelt haben, Brunner spottet über den „großen Josephsohn“ usw. Und kein Professor der Theologie schlägt mit der Faust auf den Tisch! Oh nein! Kürzlich fand in Berlin eine Riesenversammlung statt und ein katholischer und ein protestantischer Priester erklärten einstimmig, der Antisemitismus sei: 1. unlogisch, 2. unethisch, 3. untergrabe er die Grundlagen des Christentums.

Die Herren sollten sich beschneiden lassen!

1922

Deutsche Reichspolitik 1921.

„Völkischer Beobachter", 4. Januar 1922.

Bei rückblickender Betrachtung der deutschen Reichspolitik nach innen und außen können wir uns kurz fassen. In allen Handlungen ist derselbe Geist am Werke gewesen, der seit dem November 1918 offen die Herrschaft antrat, der Geist nationaler Selbstbeschmutzung und grundsätzlicher Feigheit. Nach den ersten zugemuteten Ungeheuerlichkeiten folgte ein Aufmucken der „Herr" gewordenen Sklavennaturen, dann ein Zusammenbruch nach dem anderen. Wir kennen die Etappen. Sie sind noch nicht am Ende. Im Gegenteil, wir stehen erst am Anfang der uns zugedachten Qualen. Die „ungeheure Tatsache, daß Deutschland von der Demokratie geführt" wird („Frankf. Ztg."), hat ihre Früchte schon zu zeitigen begonnen.

Empörte sich damals noch, als die Auslieferung deutscher Helden an die Raubentente verlangt wurde, das ganze Volk, so ist es im Laufe der Zeit müder und müder geworden. Es hat stumpf zugeschaut, als in London ein ungeheuerliches Diktat unterschrieben wurde; es hat kaum noch Kraft, gegen die jüdisch-schwarze Schmach in aller Welt zu protestieren. Es duldete angesichts der frechsten Anschuldigungen das Schweigen der sogenannten Reichsregierung. Es jagte diese „Regierung" nicht zum Teufel, als trotz ihrer Versprechungen und der „Führernatur" Wirths („Frankf. Ztg".) die größten Hasser des deutschen

Volkes im Namen Deutschlands mit dessen Feinden verhandeln. Es duldete, tagtäglich im eigenen Hause selbst, von einer jüdischen Pressemeute geschmäht zu werden.

Es duldete alles, alles!

Und daß das deutsche Volk diese Reichsregierung geduldet hat, ist die größte Schmach des Jahres 1921. Nach außen hin ist sie unterwürfig, nach innen unfähig, auch nur im geringsten der fürchterlichsten Volksausbeutung entgegenzutreten. Im Gegenteil, alle die berüchtigten politischen und wirtschaftlichen Schieber leben ja in den höchsten neurepublikanischen Kreisen, sind auf Du mit den Verbrecher-Abgeordneten aus Moskau, lassen einen der gemeingefährlichen Judenhetzer nach dem andern ins Land, und sind lüstern, Geschäfte mit ihnen zu machen.

Ganz offen preisen die „Frankfurter Zeitung" und „Berliner Tageblatt" die Herrlichkeiten Sowjetrußlands, fordern „Ruten und Beile" gegen die „Reaktion" und bedauern, anfangs zu schonungsvoll gegen sich vorgegangen zu sein.

Im Laufe von 1921 sind weitere Kreise zermürbt, stumpf gemacht, andere noch mehr hypnotisiert worden.

Nichts tun, alles geschehen lassen, das war die Weisheit der Erfüllungspolitik von 1921. „Unterschreibet soviel ihr wollt, verschont mich nur mit Lesen" war der Wesensausdruck der Leute, die sich anmaßten, in Deutschlands Schicksalsstunde Minister zu spielen. Sie und das Parlament müssen sich alle einmal zu verantworten haben, wenn es noch eine Gerechtigkeit gibt.

Dafür zu wirken, so weit es in unserer Macht liegt, soll unser Gelöbnis zum Jahre 1922 sein.

Rote und goldene Internationale.

„Völkischer Beobachter“, 14. Januar 1922.

Nachrichten nach Nachrichten bringen alle Blätter über die Ereignisse von Washington, von Cannes, über die Absichten, die für Genua bestehen. Leitaufsatz nach Leitaufsatz folgt über Worte Lloyd Georges, Hetzreden von Briand, Anmaßungen von Lenin und Genossen. Aber fast keine einzige Zeitung wagt es, die Dinge beim Namen zu nennen. Dabei ist es nur zu klar, daß eben eine weltgeschichtliche Verknüpfung vor sich geht, gegen die zu kämpfen im Sinne aller Schaffenden aller Staaten liegt: die offene Vereinigung der bisher geheim zusammenarbeitenden zwei großen Internationalen, der roten und der goldenen, die beide von der jüdischen Weltfinanz geführt werden.

Die letzten drei Glieder zur Vereinigung heißen: Washington, Cannes, Genua.

Seit Jahren wird daran gearbeitet, die Sowjetregierung der Moskauer Juden durch die russische Selbstzerfleischung zu unterstützen. Als der Hunger schließlich bis zur Roten Armee und den Kommissaren herankroch, da wußte man, d. h. die hebräische Weltpresse, vom „russischen Elend“ zu berichten. Alle kapitalistischen Staaten sprangen der „antikapitalistischen“ Moskauer Regierung zur Hilfe; große Komitees entstanden in Berlin, London, Paris, und Neuyork bewilligte — ohne jede Bedingung — vier Millionen Bushel Weizen zur sofortigen Unterstützung der Sowjetregierung.

In Washington wurde erklärt, „Rußland“ würde zur nächsten internationalen Konferenz gebeten werden. Das ist geschehen, und Lenin, Trotzki, Litwinow oder irgend-

ein anderer Gauner wird sich mit den Vertretern der Staatenwelt an einen Verhandlungstisch setzen.

Seit Monaten bombardieren „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ das deutsche Publikum mit langen Aufsätzen ihrer Sonderberichterstatter aus Moskau. In allen Tönen wird das jüdisch „regierte“ Rußland gepriesen. Die „Frankfurter Zeitung“ zum Beispiel schildert mit großer Liebe den kürzlich abgehaltenen neunten Rätekongreß. Sie spricht von dem Juden Rakowsky als von einem „schneidigen Kerl“, erzählt von der „gewinnenden Haltung“ des Janukidse, vom „Gelehrtenkopf“ Rjasanows, usw. Von den Posten heißt es: „Die jungen Rotgardisten nehmen ihre Aufgabe ernst, sind aber, wenn sie die Karten prüfen, nicht geizig mit dem „Paschalsta“ („Bitte“), dem repräsentativsten Wort der ausgeprägten russischen Höflichkeitskultur, das auf Schritt und Tritt in den Ohren klingt.“

Das „Berliner Tageblatt“ begeistert sich an Trotzkis „breitem Willen“, dem „odysseischen Geist“ Radek-Sobelsohns, „der mit allen politischen Mächten der Welt ringt“, am „ungebrochenen persönlichen Machtgedanken“ der Sowjets. Trotzki hat das „stärkste Temperament“, ist „die wollendste Faust, der freieste Wille seines Kreises“. Er entfesselt „patriotische“ Beifallsstürme. Die jüdischen Börsenblätter schwelgen in Entzücken. „Werden die Mächte des Westens genügend Großzügigkeit zeigen, um die Bolschewisten als Gleichgeordnete zu behandeln und die politischen Erfordernisse Sowjetrußlands zu erkennen? Werden Lenin und Genossen ihre Scheu vor dem organisierten Kapitalismus — es wird sich um einen Großkapitalismus in Reinkultur handeln — überwinden?“ „Rußland gehört in das Kooperationsverhältnis Englands und Frankreichs hinein . . .“ („Frankf. Ztg.“, Nr. 19). Das Zustandekommen der „europäischen Wirtschaftskonferenz“ soll „offenbar entscheidend“ von der russischen Haltung abhängen, ob sie den in

Cannes „in Aussicht genommenen Wiederaufbau Rußlands zum Zwecke der allgemeinen europäischen Sanierung" mitmachen will.

In Cannes hat, laut „Frankfurter Zeitung", „der Gedanke der internationalen Solidarität einen Triumph davongetragen". Das ist wahr. Und damit auch die Dümmsten verstehen, welcher Art diese „internationale Solidarität" ist, lese man folgende Bemerkung des „Berliner Tageblattes" (Nr. 13) zur Rede Lenins:

„Das Spiel zwischen Rußland und der übrigen Welt wird immer feiner und komplizierter — es wird enger gespielt."

Also Sowjetrußlands „Kampf" gegen den kapitalistischen Westen ist ein — Spiel. Und ein sehr enges Spiel. Es sollte heißen — Zusammenspiel!

Cannes wird jetzt als Erfolg deutscher Politik gebucht. Wenn das deutsche Volk einmal von oben bis unten belogen worden ist, so mit dieser Behauptung. Der Kapitalismus „in Reinkultur" hat seine Marschroute festgelegt, das Syndikat zur Ausplünderung aller europäischen Völker, an erster Stelle Deutschlands und Rußlands, ist so gut wie gegründet. Die „Vereinigten Staaten Europas als Grundlage für die Vereinigten Staaten der Welt" bezeichnete Trotzki als Ziel in Krieg und Revolution. Dasselbe fordern alle jüdischen Börsenblätter.

Der ungeheuerste Weltbetrug geht seiner Vollendung entgegen.

Erkenntnis und Glaube.

„Völkischer Beobachter", 28. Januar 1922.

Am 29. Januar beginnt der erste Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Einer Partei? Nein und ja.

Ja — insofern, als, um eine Idee durchzusetzen, sie notwendig in einer Gruppe von Menschen zuerst verkörpert, verfochten und durchgesetzt werden muß. Je mächtiger diese Idee, um so härter muß ihr Kampftrupp sein.

Nein, — weil das, was wir wollen, nicht einer Gruppe von Menschen, nicht einer Klasse — Bürgern oder Proletariern — dienstbar sein soll, sondern dem ganzen deutschen Volk, soweit es ehrlich arbeitet.

Wir lehren nicht Materialismus und „Dienst an der Menschheit" in einem Atem, wie es der verlogene marxistische Demagoge tut, sondern Dienst am Volkstum. Dienst am völkisch-organischen Leben, und Kampf, bewußten, rücksichtslosen Kampf allem Unechten, allem Phrasentum, allen international-unorganischen und deshalb lebenswidrigen Sirenentönen.

Einer der wenigen alten Sozialdemokraten, die die ganze naturwidrige Grundlage des Marxismus nach vollendetem inneren Zusammenbruch wenigstens zu ahnen begannen, ist August Winnig. Er war eine Zeitlang Herausgeber des „Morgen" in Königsberg und verkündete das Deutsche als einzige mögliche Grundlage für alle Parteien. Winnig hat aus Mangel an Unterstützung seine Zeitschrift eingehen lassen müssen. In seinem Schlußwort sagt er u. a.:

„Das Dahinsterben des alten kapitalistischen Sozialismus offenbart sich vorerst in der theoretischen Ratlosigkeit und taktischen Unsicherheit der sozialistischen Bewegung. Die ersten Elemente der neuen sozialistischen Geistigkeit stoßen noch auf eine mit Mißtrauen gepanzerte Ablehnung. Der Kampf zwischen altem und neuem Sozialismus hat begonnen. Diese Zeitschrift war sich bewußt, daß sie Kämpfer dieses neuen Sozialismus war. Daß sie nun aufgehört zu erscheinen, bedeutet keine Niederlage in diesem Kampfe. Er wird weitergehen . . ."

Hier hat ein bekehrter Marxist das angedeutet, was wir seit Jahr und Tag ununterbrochen predigen: daß der Marxismus seinem Wesen nach und — notwendigerweise — auch in seinen praktischen Auswirkungen nichts anderes

ist, als ein umgekehrter Kapitalismus, das Mittel, um Reichtümer aus einer Hand in andere Hände zu spielen und (wozu Winnig nicht den Schneid zum Bekennen gehabt hat) das Mittel zum Zerstören der nationalen Wirtschaftsfirmen, um sie internationalen und das heißt heute jüdischen Ausbeutungskonsortien zu überliefern. Marxismus ist der großangelegte politische Versuch eines Bankrottgewinns. Wenn unsere Leichtgläubigen behaupten, sie bekämpfen jeden Kapitalismus, so ist das eine Unwahrheit bei ihnen als Folge der bewußten Lügen ihrer „Führer". Der Marxismus bekämpft schon lange unter jüdischer Führung und mit jüdischen Millionen nur das schaffende nichtjüdische Kapital, um es in die Hände der jüdischen Banken und ihres organisierten Raubkapitalismus überzuleiten.

Der Bolschewismus ist der konsequente Marxismus in Weltanschauung und Praxis, MSP. und USP. sind Etappenhaltestellen für noch zaudernde Mitläufer.

Es gibt aus dieser unseligen Geistesverwirrung nur — Umkehr, zum Zweck, den rücksichtslosen Kampf vorwärts anzutreten gegen eine Welt der Lüge und des Betruges. Möge unser Parteitag auch in diesem Sinne eine weithinhallende Kampflosung ausgeben. Es geht heute um alles: um das Große unserer Vergangenheit und um das Große unserer Zukunft, an die wir felsenfest glauben, auch wenn wir sie nicht erleben sollten.

Aber eines wissen wir: in der Zeit der tiefsten Erniedrigung, in der Zeit, da ein seelisches und geistiges Chaos in Deutschland herrscht und traurige, oft „deutschnationale" Jämmerlinge sich an morsche Formen klammern, ohne zu fühlen, daß vieles stirbt, was lebendig schien, daß anderes aus dem Schoße des Lebens auftauchte, was sie tot wähnten, ohne zu fühlen, daß ein neuer organischer und sittlicher, und das unbewußte Drängen von Millionen ausdrückender Gedanke nötiger war als das liebe Brot, in

dieser Zeit ist von München aus ein Ruf ergangen, der nicht mehr verklingen wird.

Wenn zum erstenmal in der deutschen Geschichte ein Staat geschaffen sein wird, der in seinen Taten, Einrichtungen und Willensrichtungen das Volkstum, seine Würde, Interessen als Ausgangs- und Endpunkt in Fragen des Rechts, der Religion, der Sitte, der Kunst und Wissenschaft anerkennt und bewußt durchgeführt, dann wissen wir Nationalsozialisten, daß wir seine ersten, offenen Vorkämpfer gewesen sind.

Der Retter Deutschlands.

„Völkischer Beobachter", 4. Februar 1922.

Er ist da, wieder da, der große unvermeidliche Walter Rathenau!

Ganz Deutschland schaut zu ihm empor, voller Hochachtung tauchen die Schreiberlinge die Federn in die Tinte und bejubeln, wie es sich in den Freistaaten gehört, den Schöpfer der Volksauswucherungsgesellschaften. Er ist aber auch wirklich alles, der geniale Mann: er ist Monarchist, Demokrat und Bolschewist, er ist Großkapitalist und Arbeiterführerliebling, er ist Jude und „Norddeutscher", er wird verhimmelt vom Zentrums-Wirth und von der „Roten Fahne", seine Stange halten alle, alle, alle!

Monarchist: „Nicht aus bloßer Abneigung gegen Wahlumtriebe und Streberei, gegen Advokaten- und Publizistenmache bin ich Anhänger des monarchistischen Gedankens, sondern aus angeborener Empfindung ..." („Von kommenden Dingen").

Republikaner: Es ist bekannt geworden, das herrliche Wort, die Weltgeschichte hätte ihren Sinn verloren, wenn Wilhelm II. als Sieger in Berlin einziehen würde. Walter Rathenau wurde Mitglied der Demokratischen

Partei, auf Händen von der „Frankfurter Zeitung“ getragen, wie es sich für den großen „Monarchisten aus geborener Empfindung“ gehörte.

Als Bolschewist ist er begeisterter „Freund“ Radek-Sobelsohns und erklärte dem tschechischen Ingenieur Fleischer mit Stolz, Lenin arbeite nach seinen Wirtschaftsplänen.

Als Großkapitalist verfügt er über Dutzende von Millionen in der Schweiz und in der A.E.G. über weit über eine Milliarde Mark.

Als Arbeiterliebling zeigt sich der hehre Name in den Spalten aller „Arbeiter“blätter, wie „Münchner Post“, „Vorwärts“, „Arbeiter-Zeitung“ usw.

Als Jude pries ihn Dr. Wirth am Grabe seines Herrn und Meisters Matthias Erzberger aus Buttenhausen.

Als Norddeutschen empfahl er sich selbst auf der Tagung der deutschen Industrie am Ende des vergangenen Jahres in München. Also ein Universalgenie vom Spitzkopf bis zur Plattsohle.

Aber Rathenau ist noch viel mehr als der vergötterte monarchistische, republikanische Bolschewist, er ist vor allem ein Prophet, wie nur je einer in Juda gelebt hat. Vor 13 Jahren „prophezeite“ er, die Zeiten seien gekommen, da an Stelle der Könige die Hochfinanz die Zügel der Regierungen in die Hand nehmen würde — und die „Arbeiterpresse“ jubelte — und der Kaiser von Deutschland schloß ihn in die Arme.

Aber Herr Rathenau weiß noch viel mehr; in den „Züricher Nachrichten“ schrieb der große Prophet im Frühjahr 1919:

„Wer in 20 Jahren Deutschland betritt, das er als eines der blühendsten Länder der Erde gekannt hat, wird niedersinken vor Scham und Trauer. Die großen Städte des Altertums, Babylon, Ninive, Theben waren von weichem Lehm gebaut, die Natur ließ sie zerfallen und glättete den Boden und Hügel. Die deutschen Städte werden nicht als Trümmer stehen, sondern als halb erstorbene, steinerne Blöcke, noch zum Teil bewohnt von kümmerlichen Menschen.

Ein paar Stadtviertel sind belebt, aber aller Glanz und alle Heiterkeit ist gewichen. Müde Gefährte bewegen sich auf dem morschen Pflaster, Spelunken sind erleuchtet, die Landstraßen sind zertreten, die Wälder sind abgeschlagen und auf den Feldern keimt dürftige Saat. Häfen, Bahnen, Kanäle verkommen und überall stehen traurige Wohnungen, die hohen verwitterten Bauten aus der Zeit der Größe. Rings umher blühen, erstarkt, alte und neue Länder im Glanz und Leben neuer Technik und Kraft, ernährt vom Blute des erstorbenen Landes, bedient von seinen vertriebenen Söhnen. Der deutsche Geist, der für die Welt gesungen und gedacht hat, wird Vergangenheit. Ein Volk, das Gott zum Leben geschaffen hat, das noch heute jung und stark ist, lebt und ist tot."

Kann man jetzt noch daran zweifeln, daß es gerade Walther Rathenau ist und sein muß, der die deutsche Politik zu leiten hat? Er weiß genau, wie es kommen muß, also liegt Deutschlands Schicksal in seinen Händen sicher wie in Abrahams Schoß.

Das Internationale Syndikat (das privat sein soll) wird bald zu arbeiten beginnen, um die Träume von „kommenden Dingen" ganz zu verwirklichen, die Erfüllungspolitik geht ihren Gang weiter.

Auf dem Bremer Parteitag der Demokraten sagte Herr Rathenau, ein passiver Widerstand gegen die Ententediktate sei „verwerflich, weil er schlapp" sei. „Es ist etwas Großes für uns im Urteil der Welt, wenn wir es in die Hand nehmen, Europa wieder in Ordnung zu bringen. Das ist die Mission Deutschlands." Nach obigen Worten kann über das Wesen der vom Propheten Israel dem deutschen Volke zugemuteten Mission kein Zweifel obwalten: die andern Länder im Glanz und Leben, bedient von den vertriebenen Söhnen des Deutschen Reiches. Der Psalmist würde hinzufügen: Sela! Sela! Herrlich waltet Gott Jehovah: er schlägt mit Blindheit die Völker Europas und gibt sie in die Hände der Großen von Juda!

Nur immer weiter so, immer weiter! Es hat schon mancher Brandstifter sein Ende im eigenen Feuer gefunden, und mancher Totengräber ist in die eigene Grube gefallen.

„Neue Zeitung“ gegen „Neue Zeitung“.

„Völkischer Beobachter“, 8. Februar 1922.

Am 31. Januar 1922 wurde auf den Vorschlag des damaligen Zentrumsreichskanzlers Wirth Walther Rathenau von Ebert zum deutschen Außenminister ernannt.

Die Ernennung Herrn Rathenaus hat in der ganzen sogenannten Arbeiterpresse einen bald verhaltenen, bald unverhohlenen Jubel ausgelöst.

Beachtlich ist die Haltung der „Neuen Zeitung“ in München. Als der jüdische Milliardär sich zum deutschen Außenminister ernannt hatte, beeilte sich dieses bolschewistische Organ, über die Hetze der — Deutschen Volkspartei gegen Rathenau zu zetern. „Die Berufung Rathenaus hat... in der Presse der DV. und den von ihr subventionierten Presseorganen eine Hetze ausgelöst, die an Schamlosigkeit nicht mehr überboten werden kann.“

Wer die genannte Presse nun gelesen hat, dem kann nur der hündisch zahme Ton aufgefallen sein, mit dem am großen Rathenau Kritik geübt wurde. Die Veröffentlichung der Tatsache, daß Rathenau seine „Ernennung“ erzwungen habe, genügte, um die bolschewistische „Neue Zeitung“ in Wut zu versetzen! Um die Spitze nun auf einen anderen zu lenken, nämlich Stinnes, wird die „Frankfurter Zeitung“ herangezogen, deren Londoner Berichterstatter ein Mann sei, „dessen politische Gewissenhaftigkeit außer Zweifel“ stehe, der „auf Grund einflußreichster Beziehungen zu den Londoner Regierungs- und Finanzkreisen über eine umfassende Kenntnis der — Vorgänge in England verfügt“. Den Namen dieses braven Frankfurters — offenbar doch der Leitung der „NZ.“ gut bekannt —, nennt uns das Blatt merkwürdigerweise nicht. Wozu braucht der Arbeiter

zu wissen, wer seine Finanzsachverständigen sind! Zum Schluß werden noch die armen „Münchener Neuesten Nachrichten" angegriffen wegen ihrer „Verdächtigungen Rathenaus" („NZ." Nr. 28). Das an einem Tage. Am andern folgt ein — Angriff gegen Rathenau als einen Vertreter des heutigen Kapitalismus!

Wie reimt sich das alles zusammen, Herr Graf? Stammte der zweite Aufsatz von Ihnen und war Ihnen der erste einfach zur Veröffentlichung diktiert worden, um die „Frankfurter Zeitung" anzupreisen? Seien Sie doch vorsichtiger, wenn Sie solche Dinge aufnehmen, manche Arbeiter könnten doch noch stutzig werden und bemerken, was das „Berliner Tageblatt" stolz verkündete, daß zwischen Moskau und dem Westen jetzt „enger gespielt" wird.

Deutscher Student und deutscher Arbeiter.

„Völkischer Beobachter", 15. Februar 1922.

Sie sprechen noch verschiedene Sprachen, die zwei. Es ist, als ob ein Fluch auf uns lastet, der es verhindert, daß diese beiden Träger der künftigen Geschicke Deutschlands eine gemeinsame Front bilden; dabei steht und fällt diese Zukunft mit dem Gelingen dieser deutschen Einheitsfront.

Wir geben uns keinem uferlosen Wahn einer verschwommenen Gleichmacherei hin. Solange es Völker gibt, d. h. Organismen, solange wird innerhalb ihrer eine geistige, wirtschaftliche und politische Schichtung vorhanden sein. Durch Veranlagung und durch äußere Umstände sind Lebens- und Gesellschaftsformen verschieden und müssen es sein. Je mannigfacher die Gliederung, um so gesünder das Ganze, wenn — und hier liegt der Angelpunkt — wenn jeder Teil weiß und fühlt, daß es ein Ganzes gibt,

zu dem die anderen Teile notwendig gehören. Um diese seelische Einstellung kämpfen wir. Wir wollen beiderseitige Fehler der Vergangenheit möglichst vergessen. Es sei mir nur als ehemaligem Studenten zu bemerken gestattet, daß die Akademiker der Zeit, als der Industrialismus über Deutschland hereinbrach, sich um ihre in bittere Not geratenen Brüder wenig gekümmert hatten. Die damaligen Studenten sind heute Professoren, und selten, höchst selten ertönt aus diesen Reihen der Ruf, der gerade von seiten der zur geistigen Führung Befähigten hätte schon lange ertönen müssen. Es hat dort jahrzehntelang an Männern gefehlt, die, wie einst Fichte, unter den Trommelwirbeln französischer Regimenter Reden an die deutsche Nation hielten. Die frühere tiefe Schuld am heiligen Geist unseres Volkstums hat die heutige studierende Jugend wettzumachen.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat ihr die Hand entgegengestreckt. Sie hat, als einzige „Partei" in Deutschland, grundsätzlich die Unüberbrückbarkeit der Standes- und Klassengegensätze verneint. Sie spricht grundsätzlich nicht vom Bürgerlichen und von Proletariern als ewigen Gegensätzen, sondern nur von Deutschen, von Schicksals- und Volksgenossen. Sie erkennt an, daß der Werkarbeiter den Geistesarbeiter notwendig braucht, der das Glück hat, sich mehr Einblicke in Probleme zu verschaffen, als es dem ersten vergönnt ist. Aber der ehrliche Werkarbeiter fordert seinerseits auch Achtung vor seinem Tun und Schaffen, und manch dumm anmaßendes Lächeln eines Studentleins hat verdorben, was ehrliche Verständigungsarbeit vieler erreicht hatte.

Wir wissen, daß in studentischen Kreisen über unsere „rauhbeinigen Methoden" die Nase gerümpft wird. Da wollen wir diese Menschen fragen: Habt ihr wirklich erfaßt, worum es sich heute handelt? Habt ihr erfaßt, mit welcher Schamlosigkeit deutsches Wesen heute und zwar in

Deutschland selbst geschmäht und vergewaltigt wird? Habt ihr erfaßt, daß die ungeheure Kraft, die in allen deutschfeindlichen Parteien und Zeitungen organisiert ist, nur durch eine Gegenkraft gebrochen werden kann? Habt ihr, die ihr euer Volk zu lieben behauptet, nicht wirklich eine so große Liebe für dieses Volk, daß ihr auch zu *hassen* versteht? Wenn ja, so *könnt* ihr doch nicht glauben, daß sich Deutschlands Schicksal am grünen Tisch eines Studenten- oder Professoren- oder Arbeiter*kongresses* entscheiden wird! Dann solltet ihr aber doch froh sein, daß inmitten aller Feigheit und inmitten und entgegen allem parlamentarischen Schmutz eine Bewegung entsteht, die offenen und ehrlichen Kampf ansagt, die das *ganze Deutschtum* umfassen will, ohne Unterschied des Standes; eine Bewegung, die die furchtbaren Schnitte durch den lebendigen Leib des deutschen Volkes — Klassenkampf und Konfessionen — verneint und nur eines kennt: das Organisch-Deutsche und das feindliche Undeutsche.

Wer Ohren hat, zu hören, der weiß, daß der Kampf der Zukunft sich abspielen wird unter der Losung: *völkisch* und *unvölkisch*; und zwar in allen Staaten. Die Internationale hat ihren höchsten Gipfel erklommen, die völkische Gegenwirkung ist aber auch schon da. Sie, und nur sie allein, wird den Kampf aufnehmen und durchführen können. Nicht ein einseitiger Nationalismus, der dieses Wort im Munde führt, dabei aber jüdische Geldsäcke zur „Hilfe" herbeiruft, nützt heute etwas, sondern nur die reinen Hände, der offene Kampf, die innere zielbewußte Entschlossenheit.

In Studentenkreisen gärt es schon wieder; die Völkischen sind überrumpelt worden, die „Frankfurter Zeitung" jubelt und freut sich über den „*europäischen* Geist", der zum Durchbruch gelangt sei! Ist auch dies kein Warnungszeichen?

Es gibt nur ein Siegen oder Unterliegen! Sollen wir deshalb nicht zusammenkommen, weil der eine Arbeiter dem einen Studenten nicht behagt und umgekehrt? Auf keinen Fall! Sagt euch auf Gut Deutsch die Meinung, soviel ihr wollt, verlaßt aber nicht eher den Raum, als bis ihr euch wieder versöhnt habt!

Es gab einmal eine Zeit, da war den deutschen Burschen auch vor Barrikaden nicht bange. Fürchten sie sich heute schon vor jedem offenen Wort einer ehrlichen Entrüstung über die Schmach unserer Tage? Sind sie heute weibisch geworden? Ausgerechnet nach dem Weltkrieg 1914 bis 1918?

Es geht heute mehr denn je um alles. — Über Stand und Lebensgewohnheiten hinweg gibt es nur einen Weg: vorbehaltslose Einigung aller derjenigen Deutschen, denen die Idee „Deutschtum" kein Flederwisch ist, sondern eine lebendige Kraft bedeutet.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat die Hand dazu ausgestreckt. Sorgt Ihr Studenten dafür, daß sie nicht ohne euren Handschlag niedersinkt... Nein, nicht niedersinkt, sondern sich allein ballen muß.

Wirth bleibt: Deutschland fault weiter.

„Völkischer Beobachter", 18. Februar 1922.

Im Reichstag fand eine Vertrauens-Debatte über das Fortbestehen der Regierung Wirth statt. Sie wurde mit 220 Ja-Stimmen gegen 185 Nein-Stimmen zugunsten Wirths entschieden.

In seiner Bitte vor der Abstimmung sagte der gerettete Wirth, bei der Beurteilung seines Antrages sei vor allem die Beurteilung der auswärtigen Politik maßgebend. Darin müsse vor allem Klarheit geschaffen werden.

Und der Deutsche Reichstag hat beschlossen, das deutsche Volk weiter Herrn Rathenau auf Gedeih und Verderb auszuliefern. Jetzt gibt es kein Zurück mehr, die Feigheit ist öffentlich zum Regierungsgrundsatz erhoben worden, der Verfaulungsprozeß wurde gutgeheißen, die jüdische Weltbörse herrscht uneingeschränkt durch ihre Regierungskulis. Mit neuen Kräften wird jetzt die „Erfüllungs- und Verständigungspolitik" weiter betrieben werden. Dazu präge sich jeder Deutsche folgende, den Stand der heutigen Weltpolitik offen zeichnende Worte der „Frankfurter Zeitung" ein, anläßlich der vor einigen Tagen geschlossenen Washingtoner Konferenz:

„Man mag in diesem Zusammenschluß der beiden angelsächsischen Völker die Begründung einer angelsächsischen Weltherrschaft sehen. Die zerrissene Welt von heute braucht sich jedoch darüber nicht zu beklagen. Wenn das angelsächsische Übergewicht sie wieder in die Bahn der Ordnung bringt, dann wird sie sich vielmehr dieser Entwicklung freuen können" (Nr. 108).

Also: am Grabe des niedergesunkenen deutschen Staates wagt es dieses Judenblatt, die Weltherrschaft unserer Gegner zu verherrlichen! Aber noch mehr. Einige Zeilen tiefer verlangt das jüdische Reptil, Genua müsse Europa „nach dem Muster von Washington" den „Geist der Verständigung offenbaren"!

Jetzt weißt du es, deutsches Volk, was man meinte, als man von „Verständigung" während des Krieges sprach: man arbeitete für eine angebliche „angelsächsische Weltherrschaft" unter der Leitung der jüdischen Börse.

Einer der größten Halunken in Deutschland ist ohne Zweifel Maximilian Harden (Isidor Witkowsky).

Auch er bereitet sich für Genua vor:

„Der Kapitalismus wird, was der Sozialismus schien: international; er meidet Konkurrenzkampf, der ohne Not Kräfte verbraucht und Preise verdirbt, gibt jede Arbeit dem dazu Tauglichsten, läßt von Grenzpfählen und Schlagbäumen die Rechnung nicht stören, und schätzt, jenseits von Haß und Liebe, die Völker nach ihrer Schöpferleistung."

Also eine einzige, über allen Völkern schwebende Macht wird geweissagt, die schon keine Konkurrenz mehr kennt und uneingeschränkt die Sklavenarbeit verteilt. Und damit auch hier die Verhöhnung Deutschlands nicht fehlt, fügt dieser Jude hinzu: „Deshalb darf Deutschland aufatmen.“ Welche Staaten vertreten in allererster Linie den Weltkonzern? Auch das sagt Herr Harden mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit: der „Washingtoner Viermächtepakt“, der den anglo-amerikanischen Bund löst und die mächtigste aller je erschauten Koalitionen, „Amerika-British Empire-Rußland-China“, schafft. Also England und Amerika im Bunde mit dem „proletarischen“ Moskau und seinen jüdischen Blutegeln, und dazu das auszubeutende China als Aufmarschgebiet gegen Japan.

Das ist der ungeheuerste Weltbetrug, der je ersonnen wurde. Dieser „mächtigsten Koalition, die je erschaut“ war, hat sich das deutsche Volk durch „seinen“ Reichstag bedingungslos unterworfen und seine Geschicke dem Manne (Rathenau) zur Vertretung übergeben, der in Cannes wörtlich gesagt hat: „Der Weg, auf den man sich begeben will, erscheint mir richtig: Ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat“ („Berl. Tageblatt“, 1922, Nr. 27).

Es war am Anfang 1920. Prof. Chaim Weizmann — unlängst von Dr. Wirth untertänigst empfangen —, der Präsident der zionistischen Weltorganisation, sprach zu seinen Brüdern in Jerusalem. Er sagte u. a.: „Wir sagten den maßgebenden Persönlichkeiten: ‚Wir werden in Palästina sein, ob ihr es wollt oder es nicht wollt. Ihr könnt unser Kommen beschleunigen oder verzögern, es ist aber besser für euch, uns mitzuhelfen, denn sonst wird sich unsere aufbauende Kraft in eine zerstörende verwandeln, die die ganze Welt in Gärung bringen wird‘“ („Jüd. Rundschau“, 1920, Nr. 4).

Der Vertreter der Rothschild, Schiff, Warburg usw. hat also einem Weltstaat schon während des Krieges offen mit der Weltrevolution gedroht. England hat nachgegeben. — Auf dem Zionistenkongreß im September 1921 wiederholte Weizmann dasselbe, was er in Jerusalem gesagt hatte.

Weißt du jetzt, deutscher Arbeiter und deutscher Bürger, warum Oskar Cohn internationaler Arbeiterführer und Zionist ist? Und wißt ihr jetzt, was der Name Rathenau für Deutschland bedeutet?

❖

Aber das Schlimmste ist nicht die Unterwerfung unter eine organisierte Macht, das Teuflischste an der Verfaulungspolitik der Reichsregierung ist, daß dieses Preisgeben des deutschen Volkes als ein Fortschritt der Verständigung angepriesen wird! Anstatt die Wahrheit zu sagen, daß wir uns in eine Sklaverei begeben, daß in Genua für das deutsche Volk Ketten geschmiedet werden, wie noch niemals zuvor.

Die Herren in Berlin wissen: wenn sie dem deutschen Volk die Wahrheit sagen, dann würde sie der Grimm der seit Jahren Betrogenen hinwegfegen, wie sie es verdient haben. Sie können nicht mehr zurück.

Der Fluch des deutschen Volkes wird aber doch noch einmal über sie kommen, und es wird einmal eine Abrechnung verlangt werden für ihre Worte und Taten. Und wir glauben, das Urteil wird so ausfallen, daß es in aller Zukunft keinen Schwärmern, Schwätzern und Halunken mehr einfallen wird, das deutsche Volk seinen Feinden zum Hohn auszuliefern.

Gegen den Talmud.

„Völkischer Beobachter", 4. März 1922.

Der Rabbiner Dr. Meyer sagte einmal: „Ich beschäftige mich jetzt etwa 56 Jahre mit dem Talmud. Er hat

überhaupt niemals Stellung gegen Christen und Christentum genommen. Daß solche Schriften anonym untergebracht seien, ist eine vollständig haltlose Behauptung."

Zunächst ist die echt rabbinische Redewendung zu betrachten: der Talmud solle nichts gegen die Christen enthalten. Von Christus aber wird wohlweislich geschwiegen. Der Herr Meyer weiß nämlich sehr genau, daß Jesus im heiligen Buch der Juden der „Zauberer" ist (Sanhedrin 107a), daß er einen „unreinen" Namen hat (Schabbath 44a), daß er ein „Narr" genannt wird (Schabbath 104b), daß die Talmudrabbis aus der persischen Bezeichnung Christi Ben-Stara (Sternensohn), spöttisch Ben-Stada (Hurensohn) machten (Schabbath 104b).

Weiter muß dem gelehrten Dr. Meyer bekannt sein, daß die Evangelien ausdrücklich als „Ränder des Unheils" bezeichnet werden, und daß der große Rabbi Ismael in einer Betrachtung darüber „Davids" Wort anführt, „völligen Hasses voll, hasse ich deine Hasser. Feinde sind sie mir" (Schabbath 116a); weiter heißen sie „Bücher der Ketzer" (Schabbath 46a), die „samt und sonders" verbrannt werden sollen; und am Ende des 19. Jahrhunderts bezog ein Kollege des Herrn Dr. Meyer, Rabbi Nacht, die Worte „Speichelzieher" ausdrücklich auf die Christen (vergleiche Dr. Lippe: Rabb.-Wissensch. Vorträge 1897, S. 71).

Ich habe diese Stellen nicht dem bösen Prof. Rohling entnommen, sondern der von zwei Rabbinern durchkorrigierten Übertragung Dr. A. Wünsches. Ich habe auch beim Lesen dieser durchkorrigierten Arbeit manche merkwürdigen Entdeckungen gemacht. So heißt es z. B. Aboda zara 4b: Rabbi Chananja sagt: „Wenn jemand dir 400 Jahre nach der Zerstörung des Tempels sagen würde ‚Kaufe dieses Feld für einen Denar', obschon es tausend Denar wert ist — so kaufe es nicht; denn in dieser Zeit wird der Messias kommen und wir werden erlöst wer-

den; warum sollst du einen Denar verlieren." Dieser das ganze jüdisch-religiös-geschäftstüchtige Wesen mit einem Schlaglicht beleuchtende Zusatz fehlt bei der von den Rabbis durchgesehenen Übersetzung! Er steht aber in der Übertragung Webers (System der altpalästinensischen Theologie, S. 335). Dieses Werk ist die Frucht einer 19-jährigen Arbeit und vom bekannten Judenfreunde Franz Delitzsch herausgegeben worden.

Dies nur nebenbei. Was die „haltlose Behauptung" betrifft, anonyme Schriften seien nicht untergebracht worden, so wurden die Christus betreffenden Talmudstellen am Ende des 19. Jahrhunderts gesammelt herausgegeben. (Laible: Jesus Christus im Talmud). Zudem: weiß Herr Rabbi Meyer nichts vom „Toldoth Jeschu", welches als eine der größten Verhöhnungen Christi jahrhundertelang in allen jüdischen Kreisen der Welt zirkulierte, heute einen der größten Schätze der jüdischen Börsenherren Londons, Paris', Neuyorks ausmacht und — selbst jetzt noch geheim verbreitet und — vor allem — neu geschrieben wird. Dies bezeugt voller Stolz der Jude Strauß in seinem Buche „Das Toldoth Jeschu".

Aber wenn das alles noch nicht genügt, möchte ich einen Kronzeugen antreten lassen, einen, dessen Lob zu singen Israel nicht müde wird: Herrn Prof. Dr. Hermann Lebrecht Strack, auf den auch Rabbi Meyer verweist.

Nun behauptet Herr Strack, „deutschnational bis auf die Knochen" zu sein, aber die rüstigen „Auf Vorposten" haben schon die nicht dementierte Meldung gebracht, die Großmutter des deutschnationalen Professors sei eine echte Jüdin namens Hertz gewesen (Heft 11/12, 1921).

Wie schon aus dem „Offenen Brief" ersichtlich, bestreitet Prof. Strack aufs entschiedenste das Vorhandensein jüdischer Geheimschriften und einer geheimen mündlichen Tradition. Er verweist auch auf Werke von sich aus den Jah-

ren 1893 und 1900. Nun ist in Leipzig im Jahre 1894 von demselben Verfasser ein noch heute vielgenanntes Werk erschienen: „Einleitung in den Talmud". Auf S. 74 dieser Schrift teilt Prof. Strack mit, daß im Jahre 1631 die jüdische Ältestenversammlung in Polen ein Zirkular folgenden Inhalts herausgegeben hätte: „Da wir erfahren haben, daß viele Christen große Mühe auf die Erlernung der Sprache, in welcher unsere Bücher geschrieben sind, verwendet haben, schärfen wir euch (den Rabbinern) unter Androhung des großen Bannes ein, daß ihr in keinerneuen Ausgabe der Mischna oder der Gemara irgend etwas auf Jesum von Nazareth Bezügliches veröffentlicht... Wir befehlen, daß, wenn ihr eine neue Ausgabe dieser Bücher veröffentlicht, die auf J. v. N. bezüglichen Stellen wegbleiben und der Raum mit einem Kreischen ausgefüllt werde. Die Rabbiner und Lehrer werden wissen, wie die Jugend mündlich zu unterrichten ist. Dann werden die Christen über dieses Thema nichts mehr gegen uns aufzuweisen haben und wir können Befreiung von den Drangsalen erwarten..."

Dieselbe Stelle hat Strack dem Werk von G. des Mousseaux „Le Juif" entnommen, dieser wiederum dem Werk eines ehemaligen Rabbiners (Drach: Harmonie entre l'Eglise et la Synagogue I, S. 167—168).

Strack war sich also auf seiner geistigen Höhe über die Tatsache jüdischer Geheimüberlieferung vollkommen im klaren.

Es ließe sich noch vieles über das Kapitel sagen. Vielleicht gibt ein anderer Rabbi bald wieder Gelegenheit, uns mit dem Talmud und seinen Freunden etwas zu befassen. Wo bleiben aber die Blätter, die immer ihr Christentum ganz besonders zu betonen lieben? Das Merkwürdige ist, daß gerade sie in den „Gesetztreuen" noch ihre liebsten Juden sehen.

Talmudperlen.

„Völkischer Beobachter", 4. März 1922.

Die auf Christus bezüglichen Zensurstellen nannten die frommen Rabbiner ihre „Perlen und Edelsteine". Da wir gerade bei Behandlung der talmudischen Gaunerreligion sind, wollen wir noch einige Blüten aus dem Garten Jerusalems zum besten geben. Rabbi Jehuda, der Heilige, sagt: „Entziehe dich nicht dem Zoll, denn man könnte dich vielleicht erwischen" (Pesachim 112b). — Fünf Dinge hat Kanaan seinen Söhnen empfohlen: „Liebet einander, liebet den Raub, liebet die Ausschweifung, hasset eure Herren und redet nicht die Wahrheit" (Pesachim 113b) — Rabbi Chija der Große: „Kannst du nicht durch Speise den Hochmut brechen, so beuge ihn durch Geld" (Jer. Talm. Schabbath 6a) — Rabbi Jona: „Alle Lügen sind gut, dagegen die Lügen über das Gesetz sind schlecht" (Jer. Talm. Berachoth 60b). — Rabbi Eleazar sah einen Acker, auf welchem Kohl auf den Beeten der Breite nach gepflanzt war, da sprach er: „Selbst wenn man Kraut der Länge nach pflanzen wollte, so ist Geschäftsverkehr besser als dies." Als der Rabbi einmal zwischen Ähren ging und sah, daß sie sich hin und her schwangen, da sprach er: „Schwinge dich nur immerfort, Geschäftsverkehr ist dir vorzuziehen." (Jebamoth 63a). Rabbi Ismael: „Wer klug sein will, beschäftige sich mit Geldprozeßangelegenheiten; es gibt keine größeren Eckpfeiler in der Thora, denn sie sind wie eine sprudelnde Quelle." (Baba Batra 173b.)

Eine feine Religion, deren größter Eckpfeiler Geldprozesse sind.

Bekennen sich die Rabbis und der Zentralverein zu dieser Religion? Bestreiten sie die Richtigkeit obiger Stellen? Diese sind von Rabbinern durchgesehen worden!

Kommunisten!

„Völkischer Beobachter“, 8. März 1922.

Am 3. März sprach der kommunistische Reichstagsabgeordnete Remmele über die politische und wirtschaftliche Lage. Es ist derselbe Remmele, der im Reichstag erklärt hatte, die weiß-blaue Schmach sei schlimmer als die schwarze! Er betonte denn auch einleitend, wenn er nach Bayern fahre, habe er dasselbe Gefühl, als wenn er ins Ausland reise. Dann schilderte Remmele die politische Lage. Seine negativen Kritiken waren durchaus zutreffend, wenn er z. B. Herrn Ebert angriff, der ein Streikverbot herausgibt, wo er doch selbst während der Kapptage die ganze Beamtenschaft zum Generalstreik aufgerufen hatte. Dann wurde „festgestellt“, die drei großen Raubtiere (England, Amerika, Japan) hätten die übrigen verschlungen. Deutschland, das seit Jahrzehnten sich ebenfalls unter die Imperialisten gesellt habe, sei darunter...

Sobald nun aber jemand erwartet hatte, Herr Remmele würde auch nur das kleinste Verständnis für deutsche Nöte besitzen, so hatte man sich getäuscht. Der Herr wußte nichts von der gewaltigen Überbevölkerung Deutschlands, von der Notwendigkeit, deutsches Blut im Auslande zu schützen, nichts, nichts davon kam von den Lippen dieses „Volks“-Führers. Nichts hörte man von der jüdischen Weltfinanz, nur vom Unternehmer. Wohl aber hörte man Verhimmelungen der Sowjetregierung.

Das lauschende kommunistische — nicht ganz den halben Saal füllende — Publikum zeigte aber dem politischen Eiertanz gegenüber keine sonderliche Aufmerksamkeit, gähnte oder erging sich in Privatgesprächen. Nur als Remmele das Wort des englischen Journalisten anführte: „Die Deutschen sind doch sonderbare Käuze, ihre Kühe schicken sie der

Entente und die Ochsen machen sie zu Ministern", erscholl ein lautes Lachen. Wenn es nur Ochsen wären!

Alles in allem: die deutsche Arbeiterschaft ist von ihren jetzt im Sattel sitzenden Führern von oben bis unten betrogen worden; sie glaubt jetzt an andere Heilige und sieht nicht, daß auch sie genau auf derselben marxistischen Linie mit der falschen Front stehen. Je länger sie noch an dem aufhetzenden Ruf des Klassenkampfes festhalten, um so mehr geraten das deutsche Volk und die Kommunisten mit ihm in den Rachen des Weltkapitals der Börsen und Banken. Und da diese sich zu neun Zehntel in jüdischen Händen befinden, so ist die erste Etappe des Befreiungskampfes aller Völker die Unschädlichmachung der Judenheit. Das Herz des Kapitalismus wäre getroffen. Das, deutsche Arbeiter, ist eure Sendung für die Zukunft. Heute marschiert ihr, ob Kommunisten, USP., MSP. alle an ein und demselben Gängelband und schlagt euch gegenseitig die Köpfe ein zum Besten des alljüdischen Weltkapitals, der alljüdischen Börsen- und Sowjetbanditen. Herr Remmele hätte die Worte des russischen Kommunistenführers Mjasnikow anführen müssen, der gegen den ganzen heutigen Schwindel in einer kürzlich bekannt gewordenen Schrift „Diskussionsmaterial" sagt:

„Wenn ich mich in Freiheit befinde, so nur deshalb, weil ich seit 15 Jahren Kommunist bin, der seine kommunistischen Anschauungen durch Leiden bewiesen hat und den obendrein die Arbeitermasse kennt. Aber wäre das nicht der Fall, und wäre ich einfacher kommunistischer Schlosser derselben Fabrik, wo wäre ich dann? In der Tscheka, oder man hätte mich „geflüchtet", wie ich einst Michail Romanow „geflüchtet" habe und wie Rosa Luxemburg und Liebknecht „geflüchtet" wurden. Also noch einmal: Sie holen auf die Bourgeoisie aus und bei mir bluten die Zähne, und bei den Arbeitern krachen die Backenknochen."

Hätte Remmele das gesagt, dann hätte er die Wahrheit über den kapitalistischen Bolschewismus gesprochen.

Marxistische Berufsdemagogie.

„Völkischer Beobachter“, 8. März 1922.

Die bayerischen Mehrheitsmarxisten haben Landesversammlung gehabt. Man liest die Berichte der „Münchner Post“ und traut seinen Augen nicht: liebe Münchner, dieses Blatt, das alles Deutsche tagtäglich besudelte und beschimpfte, dieses Blatt ist national geworden! Von den „feierlichen Palästen“, die auf die „altberühmte Stadt Augsburg“ herabsehen, wird gesprochen, von der „unbeugsamen Stetigkeit unseres Volkstums“, von der Schwere und Not des „deutschen Landes“ usw. Die Tagung sei von einem „Fluidum reinsten deutschen Empfindens“ durchzogen worden, ein „einheitliches Nationalgefühl“ käme hoch und „damit erlangt unser Volk die Fähigkeit zu wirklich politischem Handeln“.

So also weht der Wind heute! Die Herren Berufsdemagogen der politischen Groß-Schieberpartei, die während Deutschlands Schicksalsstunde offen erklärten, es sei ihr „fester Wille“, daß das deutsche Heer die Fahnen einziehen müsse, ohne sie noch einmal siegreich ins Feld geführt zu haben, die feige und hochverräterisch den Dolchstoß in dessen Rücken guthießen, die unsere deutschen Kämpfer in Oberschlesien beschmutzten, diese Herren stecken jetzt die Fahne um! Sie fühlen unter ihren Anhängern die Stimmung wachsen, die sie einmal doch alle hinwegfegen wird, wie sie es schon lange verdient haben und schnell wird jetzt die alte Demagogie mit einer neuen vertauscht.

Fürs erste schillern noch beide durcheinander. So behauptet die „MP.“ z. B. mit dreister Stirn, die MSP.* habe das Reich gerettet, als Abenteurer es versuchten, „aus den Fugen zu heben“. Das sagte das Blatt einer Partei, die höhnisch nach dem Görlitzer Parteitag selbst die heu-

* Mehrheitssozialistische Partei.

tige Republik eine „Geldsackrepublik“ nannte. Man vergesse nicht, ein Staat, an dessen Spitze ein Glied eben dieser Partei steht, und ein Staat, dessen Mehrzahl der Ministersessel wiederum von Angehörigen derselben Partei warmgehalten wird! Zudem ist es ja die MSP., die Deutschland dem jüdischen Weltkapitalismus in der Gestalt Walter Rathenaus ausgeliefert hat und tagtäglich von neuem ausliefert!

Dann wird die Rede A. Brauns über die Frankfurter Marxistentagung gepriesen als die „geistige Einstellung“ zum „reinsten deutschen Empfinden“. Diese unglaubliche Frechheit soll hier als solche entlarvt werden.

Die in Frankreich versammelten Marxisten haben beschlossen, Deutschland die „Reparationen“ voll und ganz aufzubürden. Die MSP., die USP.* und so weiter, haben natürlich unterschrieben. Aber noch mehr! In der Sitzung der Entwaffnungskommission stellten die Engländer einen Antrag, die Forderung der Bekämpfung eines jeden militärischen Bündnisses mit aufs Programm zu nehmen. Dagegen traten die Franzosen und Belgier auf. Sie wurden von der MSP. und der USP. unterstützt. Wels und Dittmann haben mitgeholfen, daß die französisch-englische Militärkonvention unangetastet bleibt. Das ist das „reinste deutsche Empfinden“. Die „alleinige Kriegsschuld Deutschlands“ haben diese neuen Patrioten wiederum anerkannt. Eine feine Gesellschaft. Auf die militärische Haltung der französischen „Proletarier“ war dann wohl auch das Wort des „Vorwärts“ gemünzt, der anläßlich der Frankfurter Tagung von der französischen Sozialdemokratie als von der „ruhmreichen Trägerin“ des Erbes von Jaurès sprach!

In Frankreich hat man schon die Konsequenzen gezogen. Der sozialistische Abgeordnete Aubriot schreibt in der

* Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Zeitung „Bon Soir“: „Die deutschen Sozialisten haben die Resolution mit unterzeichnet, in welcher der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als eine Pflicht bezeichnet wird. Das ist die Anerkennung durch Deutsche, daß Deutschland in seiner Gesamtheit für den Krieg verantwortlich ist“. Jetzt wissen wir, worin das neuentdeckte „deutsche Empfinden“ unserer Marxistendemagogen besteht: in weiterer Selbstbeschmutzung. Damit dies aber ungehinderter vor sich gehen kann, holt man ein volkstümliches Mäntelchen und macht Sprüche, als stände die MSP. auf völkischem Boden. Denn wenn man das „einheitliche Nationalgefühl“ als die Voraussetzung zu politischem Handeln anerkennt, verleugnet man den Marxismus, ohrfeigt in aller Öffentlichkeit den Götzen, den man jahrzehntelang zum Anbeten herumgezeigt und angepriesen hat. Wenn man aber nach der neuen Erkenntnis handelt, dann müßten auf der Versammlung der „bayerischen“ Marxisten sämtliche Juden sofort hinausgeflogen sein. Darauf aber könnt ihr lange warten, liebe Bayern!

Die marxistischen Berufsdemagogen haben andere Stiefel angezogen und eine neue Mütze aufgesetzt, innerlich sind sie genau so verlogen und deutschfeindlich geblieben wie bisher.

Der völkische Kampf.

„Völkischer Beobachter“, 22. März 1922.

Ein bayerischer Abgeordneter der Deutschnationalen hat in einer unlängst gehaltenen Rede den heutigen Parlamentarismus gegeißelt und auch Kampf angesagt dem gemeinen Auswucherungssystem, wie es von der jüdischen Hochfinanz von Berlin aus planmäßig betrieben wird. Wir wollen dem Herrn glauben, daß er es gut meint; aber wir legen ihn hiermit auch fest! Wir erwarten, daß die Deutschnationalen Bayerns sich endlich entschließen werden, den Anfang mit der Sprengung des Klüngels an der

Spitze ihrer Partei zu machen. Drei Jahre hat sie einen schäbigen Wahlantisemitismus getrieben, um sich später regelmäßig zu ducken.

Der letzte Parteitag hat die völkische Frage, die wichtigste aller Fragen, einer Kommission übergeben. Nach drei Monaten erstattete diese Bericht, und der Vertretertag kam zu der Entschließung, es würde „wie bisher" weitergehen. Also ein Feigheitsbekenntnis, wie es nach allem zu erwarten war.

Heute möchten wir auf einen bisher zurückgestellten offiziösen Aufsatz der Deutschnationalen Volkspartei zurückkommen.

Im Dezember vorigen Jahres fand die bekannte Versammlung des Vereins nationaldeutscher Juden statt, in der der Deutschnationale v. Oppeln-Bronikowsky heftig gegen den Antisemitismus auftrat. Zu diesem Vorfall nahm nun die parteioffiziöse „Deutsche Tageszeitung" in einem Leitartikel folgendermaßen Stellung.

Sie meinte, daß einzelne Juden im deutschen Volkstum „auch im völkischen Sinne" aufgehen könnten, sei „eine Tatsache"; das Judentum sei „tatsächlich keine einheitliche Rasse", und setze sich aus Bestandteilen zusammen, „von denen einzelne der germanischen Rasse immerhin näher stehen, als die anderen Elemente". „Festzuhalten" sei durchaus das „ehrliche Bestreben" der nationaldeutschen Juden. „Wir halten es für sehr gut möglich, daß sie (die Eindeutschung) im Laufe der Zeit sehr weite Kreise der Juden in Deutschland erobert." Das Aufgehen der Juden im deutschen Volk sieht die „DT." auch heute noch als die „einzig mögliche" Lösung an. So geht es weiter. Und wie in unbewußter Selbstverhöhnung klingt es dann: „Es muß wenigstens eine politische Partei geben, zu der die völkisch gesinnten Kreise unseres Volkes das unbedingte Vertrauen haben können". Ein großes Verdienst schreibt die „DT." ferner ihrer Partei zu. Sie habe sich von „jüdischen

Einflüssen völlig frei" gehalten. Das ist frei erfunden; man denke an den Juden und Konsul Marx, an die Halbjüdin Frl. Gierke, an die jüdischen Bankverbindungen der DNV. usw. Die „DT." hat ferner Angst vor einem „unsauberen Antisemitismus" und wünscht schließlich „im Interesse des inneren Friedens", „Ausartungen und Einseitigkeiten" im Antisemitischen mögen ferne von uns bleiben („DT." Nr. 562, 1921).

Das sind einige Perlen offiziöser Gedankengänge. Sie sind so dumm und zugleich anmaßend, daß man ohne weiteres sagen kann: daß sie möglich waren, beweist die unsaubere Denkungsart der Führer der sogenannten Deutschnationalen Volkspartei. Es ist für das deutsche Volk vollkommen gleichgültig, ob zwei oder drei Juden ehrliche Deutsche werden wollen, es hat sich nur die Frage zu stellen: ist das deutsche Volk ein solches Pack, daß man ihm zumuten darf, die jetzt offenbare Diktatur der jüdischen Börsen- und Revolutionsbanditen stillschweigend zu ertragen? Hier gibt es nur ein Ja oder Nein. Alles andere ist „unsauberer Antisemitismus". — Wenn die Judenheit nicht einheitlich ist, dann gibt es überhaupt keine. Natürlich hat sie verschiedene Bestandteile in sich aufgenommen wie jede andere. Heute aber — nach 3000jährigem Bestehen — noch von einer Eindeutschung „im Laufe der Zeit" zu sprechen, ist ein glatter Hohn auf deutsches Volkstum. Die germanische Rasse ist gerade in den hochgräflichen Kreisen der Deutschnationalen genug verdorben worden! Diesen Bastardierungsprozeß als „einzige Lösung" zu empfehlen, möge vergangenen Jahrhunderten verziehen sein, heute ist das einfach eine Herausforderung an alle Deutschen.

Während Deutschland von allen Hebräern besudelt wird — „Reigen"-Prozeß, Magnus-Hirschfeld, Sternheims „Hose", Hardens Verhöhnungen, Rathenaus Auswucherungssystem, „Frankfurter Zeitung", Börsenjubel usw. —, führt das Parteiorgan der Deutschnationalen Volkspartei nicht den

schärfsten Kampf gegen die ganze Brut, sondern fürchtet sich vor „antisemitischen Einseitigkeiten"! Und auch sonst wird die Judenfrage überhaupt nicht behandelt.

Keine einzige deutschnationale Zeitung ist gegen diesen Ausdruck einer Charakterverlumpung höherer Schichten aufgetreten. Wir haben auf eine Gelegenheit gewartet, dies zu tun.

Wir fordern jetzt den benannten Herrn auf, sich offiziell an die „DT." zu wenden und dort seinen Standpunkt, sofern er anders ist, als sie ihn vertritt, öffentlich darzutun. Es darf kein Zurück mehr geben. Wir werden mit den Deutschnationalen immer grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten haben, aber der völkische Gedanke muß als allgemeine Grundlage derselbe sein; und dann nicht nur für uns, sondern für sämtliche späteren Bürger des kommenden Großdeutschlands. Wie die Bayerische Volkspartei unter dem christlichen Deckmantel ein politisches Schiebertum betreibt, so bisher die Deutschnationale Volkspartei durch Vorhalten völkischer Sprüche, die nichts als hohle Redensarten sind.

Die „MAA."* meinte, ihr gefalle die „geräuschvolle Art und Weise" nicht, mit der die Nationalsozialisten ihre Ideen vertreten (Gott sei Dank fast 100 Massenversammlungen allein in München!). Uns aber kommt eine wachsende Empörung, wenn wir sehen, wie geräuschlos den Deutschnationalen das graue Fell über die Ohren gezogen wird. Mit ihnen aber auch dem ganzen Volk, denn die übrigen Parteien tanzen schon lange am goldenen Nasenring.

Dagegen kämpfen wir! Und wir fordern auch rücksichtslosen Kampf von seiten der Männer, deren Wähler diesen Kampf ebenfalls verlangen.

Bis jetzt sind wir allein! Uns bangt davor nicht, aber jeder Heuchelei wollen wir ein Ende bereiten im Interesse des völkischen Großdeutschlands!

* „München-Augsburger Abendzeitung".

Vernichtung und Verhöhnung deutscher Arbeiter.

„Völkischer Beobachter", 29. März 1922.

Die Art und Weise, wie unsere Parlamentarier, Arbeiterführer und die gesamte Presse sich über den neuen Ausplünderungsfeldzug der „Reparations"kommission aussprechen, läßt über das endgültige Ergebnis keinen Zweifel: wie immer bisher, wird das ganze arbeitende Volk von neuem der fremden Beutegier vorgeworfen werden.

An jedem 15. jedes Monats wird das ausgepumpte Volk 50 Millionen Goldmark in den Rachen des Ententekapitalismus zu werfen haben, ab 15. Oktober sogar 60 Millionen. Dazu noch 1450 Millionen Sachwerte. Also alles, was der deutsche Arbeiter aus dunklen Kohlengruben fördert, was er in rußigen Maschinenwerkstätten und auf Werften schafft, das kommt nicht *ihm* und den Seinen zugute, sondern wird zur willkürlichen Verteilung einem Dutzend Großbankiers in Paris, London und Neuyork übergeben. Vier Fünftel der Erzeugnisse deutscher Arbeit ging bisher zur Leistung für die internationale Hochfinanz auf und zur Deckung allein der Zinsen unserer Staatsschulden. Jetzt kommen noch 60 Millionen an neuen Steuern hinzu . . .

Am 9. November 1918 erklärten Ebert und Scheidemann in ihrem ersten Aufruf: „Der heutige Tag hat die Freiheit des Volkes *vollendet*." Es gibt kaum noch einen Menschen, der nicht weiß, daß dies die größte Lüge gewesen ist. Ebert und Scheidemann haben sich vor dem Börsenkapital in und außerhalb Deutschlands auf den Bauch gelegt. Der erste schreibt — als sozialdemokratischer Reichspräsident — Lobgesänge im alljüdisch-börsianischen „Berliner Tageblatt" zu Lob und Preis dieses Blattes der Vertretung jüdischer Bankinteressen. Herr Scheidemann

ist — als Arbeiterführer — gewürdigt worden, in der börsianischen „Frankfurter Zeitung“ mitzuwirken.

Um sich zu halten, müssen die sogenannten „Arbeiterblätter“ immer neue „Erfolge“ ihrer Politik berichten. Ob die Teuerung von Tag zu Tag steigt, als Folge der alle zehn Tage bisher abgelieferten 31 Millionen und der wüsten Börsenspekulationen, ob die Steuerschraube immer mehr angezogen wird, die Erfüllungs*pflicht* wird als das einzig Mögliche hingestellt. Es wird dem Arbeiter vorgegaukelt, die „Schlotbarone“ und „Großagrarier“ würden alles zu bezahlen haben; aber seit Jahren hat das *ganze* Volk die Lasten zu tragen und darf sich ausbluten, damit eine Handvoll niederträchtiger Spekulanten ein Schlemmerdasein führen kann.

In Hamburg ist das größte Schiff der Welt fertiggestellt worden. Es wird nicht den deutschen Arbeitern und Ingenieuren Brot und Rohstoffe aus Südamerika bringen, es wird nicht den Schweiß von Tausenden vergüten; es wird England als „Wiedergutmachung“ übergeben! Und das, was *England* sich mit diesem Schiff aus Indien holt, darf der deutsche Arbeiter mit erneuter Sklavenarbeit bezahlen.

Dies Beispiel für tausend. Der größte Betrug am ganzen arbeitenden Volk geht seinen Gang weiter. All das Geschrei der Führer unserer *sämtlichen* Parteien ist Lug und Betrug. Die einen triefen von Nationalismus und sitzen mit internationalen Bankiers an einem Tische. Die anderen verfassen große Aufrufe zum Kampf gegen den Kapitalismus und verschweigen, in wessen Händen sich heute fast der gesamte Besitz alles Goldes befindet, und *wie* der Weltkapitalismus organisiert ist. Sie lügen den Arbeitern vor, den Kapitalismus in jeder Form zu bekämpfen, aber sie sind samt und sonders den Banken und Börsen tributpflichtig. Sie wissen, daß ihre Posten und Pöstchen

in dem Augenblick dahin sind, in dem sie zum Kampf gegen die Auspumpungsanstalten des Volkes auftreten.

Die Arbeiterführer wissen, daß ihre Redakteurposten aufhören, wenn sie einen Kampf gegen die internationale Hochfinanz, etwa gegen die Rothschilds und Mendelsohns unternehmen. Sie kriechen alle vor dem Milliardär Rathenau, der schon am 9. Juni 1911 schrieb: „Die Juden haben die Mittel in der Hand, um eine unvernünftige Staatsräson in kürzester Zeit unmöglich zu machen... Noch ehe ein Jahrzehnt vergeht, wird der letzte Schritt zur Emanzipation der Juden geschehen sein." Das ist heute geschehen, und die „Emanzipation" des Judentums hat darin bestanden, daß die internationale und zugleich alljüdische Hochfinanz an die Spitze der „Arbeiterparteien" ihre Rassegenossen setzte.

An der Spitze des „Vorwärts" stehen die Juden Kuttner und Stampfer. Die „Freiheit" leiten die Oskar Cohn und Genossen, die „Rote Fahne" Werner Scholem und seine Freunde. Sie alle bringen Aufsätze der Pariser Longuet, Levi und Rappoport, der Moskauer Radek, Litwinow und Steklow (d. h. Sobelsohn, Finkelstein und Nachamkes). Der deutsche Arbeiter spart sich die Groschen vom Munde ab, im Glauben, den russischen Genossen damit zu helfen. Dabei bleibt das meiste in den Schlemmerlokalen Berlins und Stockholms kleben, und was an Lebensmitteln in Petersburg anlangt, damit mästen sich die Rotgardisten, um hungernde streikende Arbeiter mit Maschinengewehren zu „beruhigen". Auf den weiten Ebenen Rußlands sterben an Seuchen und Hunger täglich Tausende von Menschen: die Vertreter der „Arbeiter- und Bauernregierung" aber verprassen die Hilfsgelder, verhöhnen die Arbeiterschaft und gehen aus und ein bei allen Börsenbanditen. Wir rufen euch, deutsche Arbeiter, zu einem Kampf in einer anderen Front. Wir wissen, daß es schwer ist, das wegzuwerfen, wofür man viel geopfert hat. Aber es ist notwendig, wenn

wir nicht allesamt elend zugrunde gehen wollen wie Rußland, das von der jüdischen Sowjetregierung an die internationalen Börsengauner verschachert wird.

Helft eine neue starke Front aufrichten gegen dieses alle Parteien beherrschende Bank- und Börsenkapital und seine vereinigten Vertreter. Ehe diese Herzkammern des Kapitalismus nicht getroffen sind, ist alles andere nur Betrug oder feiges Scheingefecht.

Der U. O. B. B.

„Völkischer Beobachter", 8. April 1922.

Der U.O.B.B. (Unabh. Orden Bnei Briß) ist aufgeregt. In sein geheimnisvolles Wirken wurde unlängst ein wenig hineingeleuchtet, und, aufgestört aus seinem „vaterländischen Schaffen", betont er, weder mit der Alliance israélite noch mit dem Zionismus noch überhaupt etwas mit Politik zu tun zu haben. Er scheint das deutsche Publikum zum Narren halten zu wollen, denn er verweist als Beweis seiner Unschuld auf seine — Statuten. Daß dort über seine eigentlichen Ziele nichts darin steht, ist selbstverständlich.

Der Bnei Briß betreibt, wie er versichert, nur humanitäre Bestrebungen. Seine Rassenfreunde mögen uns darüber aufklären.

Die Pariser „Tribune Juive" gab am 25. Februar 1921 einen Aufsatz des „Jewish Chronicle" wieder (Nr. 2703), in welchem es u. a. heißt: „Von allen Hilfstätigkeiten für die Juden verdient der Bnei-Briß-Orden eine der ersten Stellen... Dr. Epstein (Vorsitzender der Londoner Loge) sagt, sie sei immer bereit gewesen, an jeder nützlichen jüdischen Sache mitzuwirken... Die Loge hat den

Antisemitismus bekämpft und bekämpft ihn jetzt noch ..., indem sie volkstümliche Aufklärungsliteratur verbreitet."

Schon 1866 aber meldeten die „Archives israélites" (S. 885) anläßlich einer Reise des Großmeisters Peixotto, das Ziel sei: „der moralische und intellektuelle Fortschritt der Familie Israel und die vollkommenste Einigung ihrer Glieder". Die nationale Einigung und der „Humanismus" sind im Munde der Hebräer immer dasselbe.

Die Loge hat sich nicht mit Politik befaßt! Aber der Gesandte Amerikas in Konstantinopel war während des Krieges der Jude Henri Morgenthau. Er setzte es durch, daß die aus Palästina „flüchtenden" Juden auf amerikanischen Kriegsschiffen in Sicherheit gebracht wurden. Morgenthau sitzt im Ausführungsausschuß des Judenordens.

Wilsons rechte Hand war der Hebräer Simon Wolff — er ist Bnei-Briß-Bruder; Wilson übergab während seiner Friedensreise nach Versailles die gesamte Orientpolitik Amerikas den Zionisten Brandeis, Mak und Marshall. Alle drei sitzen in dem Ausführungsausschuß des Ordens Bnei Briß. Der Krieg Japans gegen das antisemitische Rußland (1904) wurde eingestandenermaßen hauptsächlich von Jakob Schiff finanziert. Solange dieser „Philantrop" lebte, war er Mitglied der Exekutive des Judenordens der Humanität. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Elkus, gehörte ebenfalls zum hohen Rat des Ordens Bnei Briß („Vilille France", 14. April 1921, S. 11).

Das „Peuple Juif" schrieb am 24. Juni 1921 anläßlich der Vorbereitungen zur Karlsbader Zionistentagung: „Die Sitzung des Aktionskomitees, welche auf den 22. Juni angesetzt war, ist auf den 10. Juli verlegt worden... Sie wird in Prag in den Räumen der Bnei-Briß-Loge stattfinden." Zufall natürlich!

Unterdes haben sich die amerikanischen Humanitätsbrüder mit dem Zionismus identifiziert, ohne daß die „deutschen" Einspruch erhoben hätten. Sie haben im Gegenteil beschlossen, am Aufbau Palästinas mitzuwirken. Herrliche Vaterlandsfreunde!

Entlarvung des Kommunismus.

„Völkischer Beobachter", 15. April 1922.

Ein seit 15 Jahren im Dienste des Kommunismus stehender Vorkämpfer der Revolution ist der Russe Mjasnikow. Dieser Mann veröffentlichte 1921 eine Broschüre, in der er den Verrat an der Idee, der er zu dienen glaubte, geißelte und die heutigen „Arbeiter"führer als das, was sie sind, — als Betrüger —, entlarvte.

Mjasnikow sagt im genannten Buche, wenn er nicht ein der ganzen Arbeitermasse bekannter Führer sei, sondern bloß ein Fabrikarbeiter, so hätten ihn die heute Regierenden genau so „geflüchtet", wie man in Deutschland Karl Liebknecht „flüchten" ließ. Es sind gegen ihn verschiedene Mittel der Beruhigung versucht worden, aber er ließ sich doch den Mund nicht verbinden und versandte am 14. März 1922 einen Aufruf an alle Arbeiter der Welt, der ein erschütterndes Zeugnis unserer heutigen Zeit und ihres jüdischen Weltbetruges ist. Da dies Dokument von der gesamten Presse unterdrückt worden ist, seien hier einige bezeichnende Angaben wiedergegeben.

„Ihr, Genossen im Westen, könnt nicht wissen, wieviel Leiden und Schrecken die russische Arbeiterschaft im Lauf von vier Jahren hat durchkämpfen müssen. Hunderttausende der Besten ließen ihr Leben für die Revolution ... Die revolutionäre Stoßtruppe fiel in Ehren, aber der Gang der Revolution wurde langsamer, weil die Etappe versagte ... Der Historiker wird die eigentlichen Schuldigen dieses Zerfalls der geeinten proletarischen Armee und die wirklichen Henker

dieser hunderttausend Menschen finden, der Opfer, die im Namen großer Ideen fielen, weil sie von ihren Führern betrogen wurden. Zum erstenmal taucht das Wort Verrat auf gegen die Führer der Proletariermassen. Diese Bezeichnung ist aber noch viel zu blaß, um die ganze Gemeinheit der doppelseitigen Politik zu kennzeichnen, deren Opfer wir alle sind, die sich voll Ehrlichkeit in den Dienst der Kommunistischen Internationale gestellt hatten."

Nachdem sich Mjasnikow über den Bürgerkrieg und die allseitig begangenen Fehler ausgelassen hat, fährt er u. a. fort: „In wessen Namen drückt die stählerne Faust auf die Köpfe der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands? Wem dienen die neuen Ketten und Maulkörbe, die sich um deren Hände und Münder legen? Aus wem besteht die „revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung"?

„Das sind dieselben Demagogen, die einen Ozean von Blut vergossen haben, alles zu zerstören, aber nichts aufzubauen verstanden. Ja, noch mehr! Immer wenn sich schaffende Kräfte bemerkbar machen, werden sie von dieser selben Arbeiter- und Bauernregierung unerbittlich unterdrückt... Die Diktatur des Proletariats ist zu einer Diktatur einer kleinen Gruppe von Demagogen geworden, welche durch gemeinsame Interessen zusammengehalten werden, sich räuberisch an die Regierungsgewalt anklammern und ausschließlich die G e w a l t verteidigen... Die Kongresse, die allgemeinen Beschlüsse und Resolutionen sind für unterrichtete Menschen doch weiter nichts als eine Operette. Diese werden im Rat der Volkskommissare fabriziert mit dem einzigen Zweck, deren zusammenbrechende Struktur zu stützen, neu zu festigen. Wer wird an den russischen Arbeiter herangelassen? Man führt sie (Glieder der Zentralexekutive) auf einstudierte Versammlungen und sagte ihnen, daß dies russische Arbeiter seien. Nein. Den russischen Arbeiter haben eure Vertreter nicht gesehen, Genossen. Die große Masse der früheren Zeiten! Früher konnte er gegen den Zarismus als Regime einer anderen Klasse protestieren. Jetzt ist ihm der sittliche Grund dazu entzogen worden, weil er gegen die eigene „Arbeiter- und Bauernregierung" auftreten müßte. Der russische Arbeiter hat in seiner Mehrheit längst begriffen, daß er betrogen worden ist. Er will euch warnen, nicht auch euch betrügen zu lassen."

„Wir beschuldigen die Führer der Sowjetmacht des bewußten und wohldurchdachten Verrats an der Weltrevolution... Wir beschuldigen sie, ein Meer an unschuldigem Blut vergossen zu haben... Wir beschuldigen sie, die Führer einer neuen Bourgeoisie zu sein,

die viel raubgieriger und hartherziger ist als die alte, ja sogar, die eigentlichen Treiber der härtesten und blutigsten Maßnahmen gegen die Arbeiter zu sein, durch die wir erbarmungslos ausgebeutet werden ..."

Moskau, den 14. März 1922.

gez. Mjasnikow, Baturin.
Mitglied der KPR.

Dieses erschütternde Bekenntnis gehört in die Hand eines jeden deutschen Arbeiters. Aber nicht nur in dessen Hand, beinahe noch mehr in die unserer Intellektuellen, deren Gehirnerweichung durch das Lesen der jüdisch-demokratisch-pazifistischen Presse von Tag zu Tag zunimmt, in die Hände unserer Kathederbonzen, die über jede Tonscherbe Kleinasiens Bescheid wissen, aber über die Mächte des heutigen Lebens, über den Betrug, den seit vielen, vielen Jahren planmäßig vorbereiteten Betrug gar nichts, und höchstens anmaßend lächeln, wenn man sie darauf aufmerksam macht.

Zur selben Zeit, als der Kommunist Mjasnikow seinen unerwiderten Hilferuf hinaussandte, schrieb die börsianische „Frankfurter Zeitung" einen Lobgesang auf — Lenin als Leitartikel: „Lenin ruht in sich". In ihm ist „die ruhige Sicherheit des Blicks", in ihm lebt „in der Tat etwas vom Geist des Feldherrn". „Dieser Theoretiker, der Jahre seines Lebens in den Bibliotheken des Exils verbracht hat, besitzt die Eigenschaften des Mannes der Tat im höchsten Maße" (1922, Nr. 248).

Rußland, das reichste Ackerbauland Europas, ist im Verlauf der „Regierung" Lenins ein Leichenfeld geworden, eine Hölle, in der Millionen und aber Millionen hungernd herumirren, wo Millionen verseucht, verhungert sind und auf verlassenen Straßen ein elendes Ende gefunden haben. Trotzdem *feiert* das gemeine Börsenblatt, das jeden *Deutschen*, wenn er nicht zur jüdischen Schutztruppe gehört, auch beim kleinsten Fehler — meist auch ohne einen

solchen — mit seinem Kot bewirkt, diesen skrupellosen Kalmücken. Es schwärmt weiter für den „schneidigen Kerl" Rakowsky, den jüdischen Kommissar der Sowjetukraine, und spricht, voller Hohn über das gelungene Zerstörungswerk in Rußland, vom Sowjetstaat als vom „Staat der Arbeit".

Genua.

„Völkischer Beobachter", 15. April 1922.

Im April 1922 fand die große Konferenz von Genua statt. Als Vertreter Deutschlands nahmen an ihr Wirth und Rathenau teil. Im Zusammenhang mit dieser Konferenz schloß Rathenau mit Tschitscherin den Vertrag von Rapallo ab, der Deutschland auf lange Zeit an Sowjet-Rußland band. Auf dieser Konferenz wurde Sowjet-Rußland salonfähig. Tschitscherin wurde offiziell durch den Erzbischof von Genua mit Handschlag begrüßt. Nach der Genueser Zusammenkunft wurden dann die vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wieder aufgenommen.

Das „feine Spiel" zwischen Moskau und dem Westen, über das das alljüdische „Berliner Tageblatt" jubelte, wird tatsächlich „enger und komplizierter". Die „Russen" locken mit allen möglichen Schätzen des Morgenlandes. Tschitscherin erklärt: „Rußland ist bereit, der Kultur Millionen von Hektar zur Verfügung zu stellen, ist bereit, Konzessionen zu erteilen und zwar Waldkonzessionen, Kohlen- und Mineralgrubenkonzessionen für seine unendlichen Schätze, besonders in Sibirien, sowie Konzessionen aller Art auf dem Gebiet der sowjetrussischen Republik."

Diese Rattenfängermelodien sind für unsere Industriellen bestimmt, sich zu einem Wettlauf auf die märchenhaften Schätze Sowjetrußlands zu begeben und sich auf diese Weise mit dem Bestehen der Sowjetregierung nicht nur

abzufinden, sondern sich geschäftlich an sie zu binden. Wir sehen uns schon lange der grotesken Tatsache gegenüber, daß die deutsche Industrie durch ihre Lieferungen ein politisches Werkzeug schleifen hilft, das bei der ersten Gelegenheit bereit ist, ihr die Schlagadern zu durchschneiden, und gegen das sie im Lande selbst den schärfsten Kampf führt.

Auf Tschitscherin hin traten die Engländer mit einem Memorandum hervor — natürlich auch zum „Wiederaufbau der Welt" —, in dem die Anerkennung aller Schulden seitens Sowjetrußlands verlangt wurde, gleichzeitig die volle Bewegungs- und Handelsfreiheit für die Ausländer in Rußland. Zum Schluß wurde die Sowjetregierung auf den § 116 des Versailler „Friedens"vertrages verwiesen, der bekanntlich Rußland das „Recht" auf Kriegsentschädigungen seitens Deutschland gibt! Die „Proletarier" warfen sich in die Brust, lehnten den englischen Vorschlag ab, sagten, das arme Deutschland könne schon seinen Verpflichtungen der Entente gegenüber nicht nachkommen, könne also an Rußland erst recht nichts abführen. Außerdem sei Sowjetrußland an der Stärke der deutschen Wirtschaft sehr gelegen usw.

Schon vor einigen Tagen hatte Radek-Sobelsohn in Berlin gegen den Versailler Vertrag gewettert und auf diese Weise sich sogar die Herzen „nationaler" Zeitungen gewonnen.

Im übrigen wird überall der „Kampf gegen den Weltkapitalismus" betont.

Das Theater geht also seinen inszenierten Gang vorwärts. Der eine Teil der Spieler erstrahlt im hellen Licht des „Wiederaufbaus", der andere steht in der Pose des Heldenkämpfers zur Befreiung der Unterdrückten. Und dann verschwinden die Schauspieler hinter den Kulissen..

Der deutsche Reichskanzler hat erklären lassen, daß der „bisherige Verlauf der Konferenz der deutschen Delegation

keinen Anlaß zum Pessimismus gebe". Man sieht hinter diesen Worten das ewige, strahlende Lächeln des Meisters Matthias Erzberger, der immer dann voll guter Hoffnung war, wenn er deutsches Eigentum verschenkte. Herr Wirth hat es schon so herrlich weit gebracht (z. B. den Dollar von 60 auf 330 Mark, eine gute Erfüllungsleistung), daß er tatsächlich mit Optimismus geradezu vollgepfropft sein muß. Rechts Herr Rathenau, links Melchior und Guggenheimer, gleich nebenan die französischen Humanitätsbrüder. Hoher Empfang beim Bischof von Genua, der leutselig von „Erfüllung aller deutschen Hoffnungen" sprach, dahinter das Lob aller nicht von Ariern geschriebenen Zeitungen. — Wie soll man da nicht glücklich sein — auch in der Lakaienstellung!

Achtung — Studenten!

„Völkischer Beobachter", 19. April 1922.

Wie innerhalb aller Berufsschichten der Kampf der Geister in steigender Energie vor sich geht, so spielt er sich auch im Studententum in einer Weise ab, daß man nur mit größter Besorgnis die Konflikte beobachten kann. Alle Werkzeuge volksverführender Überredungskunst und wurzelloser „Ideologie", für die die deutsche Jugend leider immer wieder zu haben gewesen ist, werden Woche für Woche, Tag für Tag, von der jüdischen und verjudeten Presse in Bewegung gesetzt. Die „Frankfurter Zeitung" predigt in rührendsten Tönen den „europäischen Geist" als den einzig wahren und als die des deutschen Studenten allein würdige, fortschrittliche Weltanschauung. Die Demokratie von heute sei nicht „ungermanisches Gewächs", wie böse Zungen behaupteten — am 15. November 1918 triumphierte dieselbe „Frankfurter Zeitung", an der deutschen Revolution habe der „nationale Gedanke bewußt nicht mitgewirkt" —,

sie sei durchaus national. Ferner zeige die „Einstellung auf den Antisemitismus“ einen „Verzicht auf das Schauen des Vielfältigen, der Totalität“, eine „innere Enge“ ... In anderen Aufsätzen sagt das jüdische Börsenblatt: „Der deutsche Studentenbund bedeutet nicht nur einen Fortschritt, insofern er die nichtvölkischen Gruppen in der Studentenschaft zusammenzufassen vermag. Sein Wert liegt darin, daß er den Rahmen geben kann für die Entwicklung der jungen studentischen Generation ..., welche dem Sinn und der Würde deutschen Studententums entspricht“ (1922, Nr. 260).

In dieser hinterhältigen Weise wird von neuem versucht, die Seele des deutschen Studenten seinem Volke abwendig zu machen.

Wie immer, so schlägt auch der Marxismus in dieselbe Kerbe wie die Hochfinanz. Ein überaus bezeichnendes Stück dieser „Weltanschauung“, das in verblüffender Weise ihr ganzes deutschfeindliches Wesen offenbart, liefert ein Aufsatz über die Göttinger Notverfassung im elften Heft des „Firn“.

Es heißt darin u. a. wörtlich:

„Es ging in Göttingen um den Staatsgedanken, der sich als das maßgebliche Sozialprinzip durchzusetzen hatte gegenüber anderen konkurrierenden Auswahlgesichtspunkten (Einheit der Rasse, Nationalität usw.). Wohl gemerkt: Nicht des Staates an sich, sondern des republikanisch-demokratisch-sozialen Staates, wie er uns aus Krieg und Revolution hervorging.“

Also: Nationalität und heutiger Staatsgedanke werden offen als Gegner bezeichnet! Der heutige Staat, den der Aufruf der MSP. nach dem Görlitzer Parteitag eine „Geldsackrepublik“ nannte, und in dem die Plutokratie die nicht zu leugnende Regierungsform darstellt, wird im Organ einer Proletarierzeitschrift als unantastbares Beispiel empfohlen. Und wem? Dem deutschen Studenten!

Noch klarer zeigt sich die innere deutschfeindliche Einstellung des „Firn“ in folgenden Sätzen:

„Während draußen gerungen wird um eine neue Ordnung des sozial-staatlichen Zusammenlebens, erstrebt man im studentischen Lager die Neugruppierung auf mystisch-reaktionärer Basis eines völkisch-arischen Blutzusammenhangs... Die Gemeinschaft des Blutes... ist in der Evolution des sozialen Prozesses längst durch andere schmiegsamere Organisationsmethoden abgelöst...“ „Aus ihnen (den realen Folgen des völkischen Gedankens) erwuchs ein Antisemitismus und ein völkischer Chauvinismus, auf den längst das Ausland seine Aufmerksamkeit lenkte, eine so demagogische Hetze gegen die bestehende Staats- und Regierungsform, daß man nur mit ernstester Besorgnis in die Zukunft zu blicken vermag.“

Weiter werden noch die von „unbelehrbarem Antisemitismus“ besessenen österreichischen Studenten abgekanzelt, und ein „festes“ Blockgebilde der ganzen nicht im völkischen Fahrwasser schwimmenden deutschen Studentenschaft wird herbeigesehnt.

Reizend ist die Gleichstellung von Antisemitismus und Kampf gegen die heutige Staatsform. Damit wird die jüdische Regierungsgewalt, freilich ungewollt, zugegeben.

Ähnliche molluskenhafte Umschlingungen, wie sie sich in obengenannten Aufsätzen der jüdischen Börsen- und Marxistenpresse bemerkbar machen, versuchen die Geistesverwandten des Judentums Tag für Tag.

Auch wir kämpfen um die Seele des deutschen Studenten, in dem wir den Mitstreiter für ein kommendes freies Deutschland sehen. Wir wissen, daß weite Schichten der heutigen Generation vermodern und verfaulen, daß andere Gehirne so schablonenmäßig eingestellt sind, daß schon von einer Gehirnverkalkung gesprochen werden kann. Deshalb müssen wir von euch, deutsche Studenten, fordern, daß ihr teilnehmt am Kampf für unsere Zukunft. Es ist heute wieder Schicksalsstunde. Jeder muß wissen, in welches Lager er gehört. Will er für „europäische Gedanken“ leben in einer Zeit, da die ganze Welt

Deutschland die Kehle abschnürt? Oder will er für den deutschen Gedanken kämpfen? Das eine bedeutet das Aufgeben seiner selbst und seines Volkes, das andere — mannhafte Selbstbehauptung. Hier gibt es kein Verhandeln, keine Zugeständnisse, kein Nachgeben.

Lieber ein kleiner, aber geschlossener, angreifender völkischer Block, der, von einer Idee beseelt, den ärmsten und den reichsten Akademiker zu umschließen vermag, als ein großes regungsloses Gebilde, das stets aufs Ausland und auf die Meinung der durch Zugeständnisse angeschlossenen Gruppen zu achten hat.

Der Kampf der Gegenwart und die Kämpfe der Zukunft werden sich unter der Fahne des völkischen Gedankens abspielen. Wer den Instinkt noch nicht verloren hat, spürt das in allen Fingerspitzen und mit allen seinen Fasern.

Es gibt schon heute kein Zurück mehr. Die Brücken werden bald alle abgebrochen sein. Jeder deutsche Bursche sorge dafür, daß er auf der Seite steht, wohin er gehört: zu seiner Volksgemeinschaft.

Zu ihr gehören der deutsche Werkarbeiter ebenso wie der deutsche Student, Forscher und Künstler. Dieser einzig organische Block ist unser Ziel. Helft mit, ihn im Sumpf der heutigen Gegenwart zu schmieden — ehe es zu spät ist!

Frankreich in Genua.

„Völkischer Beobachter", 3. Mai 1922.

Seit Poincaré Ministerpräsident geworden ist, hat die gesamte Börsen- und Marxistenpresse, die bis dahin zwar den französischen „nationalen Block" angriff, sich im Schweifwedeln und Beweihräuchern Briands aber nicht genug tun konnte, einen großen Feldzug gegen ihn unternommen. Das

„Berliner Tageblatt“, das, als derselbe Poincaré während des Krieges Präsident von Frankreich war, die Friedensliebe der westlichen Demokratien nicht rührend genug zu schildern wußte, enthüllte plötzlich ein Dokument nach dem andern, das Poincaré als den allerschlimmsten Kriegsschürer entlarvte.

Es ist natürlich unwahrscheinlich, daß die Kreise um Theodor Wolff vom Wirken des französischen Ministers erst nach seiner Ernennung Kenntnis erhielten. Vielmehr wurde Poincaré solange geschont, als er der jüdischen Börse zu Paris als geeigneter Vorspann diente. Das war seitens Poincarés früher geschehen, als er, durch seine Advokatenkniffe bloßgestellt, sich vor den jüdischen Börsenkarren spannen ließ. Während des Krieges hat er „hervorragende“ Juden empfangen, die sich über den auftretenden Antisemitismus in Frankreich beklagten, und ihnen erklärt, jeder Vorstoß dieser Art würde mit aller Rücksichtslosigkeit unterdrückt werden!

Als Poincaré aber später als Senator kaltgestellt werden sollte, griff der alte machtgierige Mann zur Hilfe anderer Kräfte, um wieder zu Einfluß zu gelangen. Es waren dies die Kreise um Léon Daudet.

Den liberalen, marxistischen (wenn auch nationalchauvinistischen) Kräften standen in Frankreich von jeher die klerikal-royalistischen Organisationen gegenüber. Diese bestanden hauptsächlich aus Vertretern des französischen Adels und Teilen des sich aus ihm rekrutierenden Offizierskorps. Während des Krieges erlangte dieses naturgemäß einen starken Einfluß, und die darin leitenden Männer verfehlten nicht, nach Möglichkeit ihre Gesinnungsgenossen an vorgeschobene Posten zu stellen.

Diese Leute, die jetzt nicht mehr kurzerhand an die Wand gedrückt werden können, machten ihren Einfluß dauernd geltend, was den Kreisen um Briand überaus unbequem

war. Allein noch nicht stark genug, um das Heft in die Hand nehmen zu können, sahen sie in dem gekränkten Poincaré den Mann, der ihnen vorwärtshelfen könnte. Dieser wiederum verschmähte es nicht, seinerseits die dargebotene Hand zu ergreifen, um sich erneut in den Sattel zu schwingen.

Weil nun der heutige Poincaré sich auf andere Kräfte stützte als früher, deshalb setzte das ganze jüdische Trommelfeuer in Deutschland gegen ihn ein. Und zusammen mit Theodor Wolff veröffentlichte die Sowjetregierung belastende Dokumente. In Frankreich selbst war das nicht so leicht möglich. Der aufgepeitschte Nationalismus konnte nicht mehr gedämpft werden, man mußte sich also gegenseitig an Chauvinismus zu übertreffen suchen, um sich des Beifalls des „siegreichen" Volkes zu erfreuen. So mußte auch die Judenpresse von Paris, nachdem sie etwas mit dem Abblasen begonnen hatte, das alte Lied singen und klerikale wie jüdisch-freimaurerische Zeitungen hetzen eben einmütig in einer Weise gegen Deutschland, wie sie unverfrorener kaum gedacht werden kann.

Und nun setzt etwas Merkwürdiges ein, das jeder Deutsche im Auge behalten muß! Die Führer unserer Arbeiterparteien, die früher nicht genug von der Friedensliebe Frankreichs zu erzählen wußten, haben es nun mit einer konsequenten Verbissenheit unternommen, dieses gleiche Frankreich, unter Führung desselben Mannes, als den einzigen Störenfried der Welt hinzustellen. In der MSP.-Presse wird das nationale Fähnlein sachte entrollt, die USP. dämpft ihre bisherige Begeisterung etwas, die Kommunisten aber werden schon offen zum Sturm vorbereitet. Im Bunde mit Sowjetrußland soll der Kampf gegen das militaristisch-chauvinistische Frankreich aufgenommen werden, um das letzte Joch des Arbeiters abzuwerfen. Diese Stimmungsmache hat Erfolg, weil in Hunderttausenden der lebendige Haß gegen die Peiniger während ihrer französischen Gefangenschaft nicht

erloschen ist. Und die Rufe der Kommunistenpresse werden oft in den nationalsten Kreisen Widerhall finden.

Wir betrachten den Vertrag von Rapallo als eine der Vorstufen, die die Börsen- und Sowjetjuden gebaut haben, um das noch nicht am Boden liegende deutsche Volk zum letzten Gang zu führen.

In Frankreich rührt man, weil man nicht mehr zurück kann, alle Leidenschaften auf, in Deutschland organisiert man neue Sturmtruppen, weil man auch hier — in anderer Weise — nicht mehr stoppen kann.

Wir erklären es als das größte Verbrechen am deutschen Volke, wenn man es heute zum aktiven militärischen Kampfe gegen Frankreich, dazu noch zusammen mit dem verfaulten Sowjetrußland, ruft. Wir haben — dank Ebert, Scheidemann und der ganzen jüdischen Hetzermeute — heute keine Kanonen und Gewehre mehr. Wir können eure Forderungen nicht mehr erfüllen, besetzt, wenn ihr wollt und könnt, unser ganzes Land, unseren Willen sollt ihr aber nicht brechen! Auch Frankreichs Kräfte sind schließlich nicht unermeßlich, und wenn es heute militärisch siegen würde, große Gebiete dauernd besetzt zu halten wird ihm auch nicht gelingen.

Vom deutschen Volke sind diese Einsichten zu fordern, damit es sich nicht wiederum zur Schlachtbank führen läßt. Wer die heutige Rolle Frankreichs in Genua, die französische Presse, die „deutsche" Presse verfolgt, der weiß, daß sie richtig sind.

Die Lüge der Deutschen Gewerbeschau.

„Völkischer Beobachter", 13. Mai 1922.

Am 13. Mai wurde die „Deutsche Gewerbeschau" eröffnet. Sie war selbstverständlich noch lange nicht fertig ein-

gerichtet, aber immerhin konnte man sich ein annäherndes Bild von ihrem allgemeinen Wesen machen.

Hier sei vor allem etwas Grundsätzliches betont, was immer geflissentlich übersehen wird: *der verhängnisvolle heutige Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik.* Die Erfüllungspolitik der Rathenau-Wirth saugt Deutschland einen Geld- und Warenstrom nach dem andern aus dem Körper, ohne daß neue Blutzufuhr eintritt. Alle Erzeugnisse deutscher Erfindungsgabe und deutschen Schweißes gehen zu zwei Dritteln uns vollkommen verloren. In wahnwitziger Hysterie predigenunsere Erfüllungsapostel: Arbeit, Arbeit, Produktion allein kann uns retten! Und sie müssen es doch alle wissen, daß die Rufe nichts weiter bedeuten, als ein immer neues Aufpeitschen des deutschen Volkes zu immer neuer Sklavenarbeit, bis es endlich doch zusammenbrechen wird. Aber die Novemberverbrecher, die uns noch heute über unseren Zustand belügen, um ihre Erfüllungs„leistungen“ fortzusetzen und sich an ihren ergatterten Posten zu erhalten, täuschen uns einen Aufstieg vor durch Messen in Leipzig, Frankfurt usw. Und auch durch die sogenannte „Deutsche Gewerbeschau“ zu München.

An der Gutgläubigkeit, der ehrlichen Arbeit vieler Veranstalter, der Opferfreudigkeit mancher Leiter der Deutschen Gewerbeschau soll nicht gezweifelt werden. Aber wir wissen nur zu genau, wie unfähig auch manche „führenden“ Männer sind, die politischen Hintergründe von Veranstaltungen zu erkennen, denen sie ihre ganze gute Kraft zur Verfügung stellen.

Die „Deutsche Gewerbeschau“ wird freilich große Bestellungen zur Folge haben, die ins Ausland fließen. Daraus ergibt sich für Herrn Rathenau sicher auch die Möglichkeit, die „Reparations“leistungen höher hinaufzuschrauben. Aber das zweite Ergebnis der „erhöhten Produktion“ ist ein weiterer Warenmangel auf dem inneren Markt, ein

sprunghaftes Hinaufsteigen der Preise für sämtliche Bedarfsgegenstände. Diese Knappheit an wirklichen Werten aber wird das weitere Fallen der Mark auf den Weltbörsen zur Folge haben. Die deutschen Verkäufer, die dann nach Absatz ihrer Waren im Auslande neue Käufe tätigen wollen, werden für das „riesige" Geld vielleicht nur halb soviel an Rohmaterialien einkaufen können, als sie brauchen, um dieselbe Menge an Fertigware herzustellen, die sie ans Ausland verkauften. Die großen Umsatzziffern werden sich als ein ebenso großer Bluff erweisen.

Wir haben dasselbe Ergebnis schon in Wien beobachten können. Die erste internationale Messe wurde von allen Judenblättern als ein weltgeschichtliches Ereignis in alle Welt hinausposaunt. Man denke: 25 Milliarden Kronen Umsatz! Und die Folge war doch nur, daß Wien eine ausgesogene, bettelarme Stadt war, daß die Krone fürchterlich entwertet wurde. Die zweite Messe besorgte ein übriges: die internationale Anleihe legte Österreich die letzte Schlinge um den Hals ...

Ist es nicht geradezu verbrecherisch, uns dasselbe Gaukelspiel vorzumachen, das man in Wien vor Augen hat?

Alle Reden von der steigenden Erzeugungskraft, den Tausenden, die durch die „Deutsche Gewerbeschau" Stellung und Brot finden usw., sind nichts als Lug und Trug. Denn die Folge davon, daß einige Tausend verdienen, ist, daß Millionen dem fürchterlichsten Elend entgegengehen. Und diese Millionen, diese breiten Schichten unseres werktätigen Volkes sind es, die uns einzig und allein den Maßstab für die Beurteilung auch der Gewerbeschau geben dürfen.

Wäre Deutschland stark und frei, ja, dann würden wir die Erzeugnisse deutscher Arbeit ohne Sorgen bewundern und loben können. Ständen an der Spitze des Reiches Männer, die eine *deutsche* Politik treiben und nicht

jüdische Börsengeschäfte stützen, dann würden wir auch erhöhter Erzeugung in dem Bewußtsein das Wort reden, daß der Erfolg deutscher Arbeit auch dem eigenen Volk zugute käme, seine Kraft erhöhe, seine Gesundheit stärke. Aber was unter anderen politischen Umständen zu begrüßen ist, ist heute zu verdammen. Deutschland ist geknechtet, an seiner Spitze stehen noch immer die Männer, die stolz darauf sind, dem deutschen Volk das Blut durch die Rippen spritzen zu lassen, die uns vom „Pathos des Leidens" vorzumauscheln wagen, von Erfüllung der „Pflichten" bis zur „letzten Grenze des Möglichen", von der Bereitschaft, dem deutschen Volk neue und immer neue Steuern aufzulegen, als „Wiedergutmachung" für den von der Entente über Deutschland gebrachten Krieg!

Sachlich betrachtet, sagt die „Deutsche Gewerbeschau": Seht her, es steht mit uns gar nicht so schlimm, wie wir behaupten! Noch sind die Glasfenster mit kostbaren Büchern gefüllt; noch hängen in ihnen erlesene Pelze und Seidenkleider; noch stehen reihenweise Kupfer-, Messing- und Zinnerzeugnisse an den Wänden; noch blinken Automobile, Straßenwagen und Lokomotiven in den Räumen ... Wir sind noch leistungsfähig. Die 46 Milliarden Goldmark haben uns noch nicht bettelarm gemacht. Es gibt noch was zu holen.

Die Lüge der „Deutschen Gewerbeschau" ist die Behauptung, sie würde den Wohlstand des deutschen Gewerbes und damit des deutschen Volkes heben.

Das Gegenteil ist wahr: die „Deutsche Gewerbeschau" wird den Marsch zum wirtschaftlichen Bankrott und zur politischen Anarchie beschleunigen.

Die Genueser Blamage.

„Völkischer Beobachter“, 20. Mai 1922.

Die Schauspieler des internationalen Genueser Theaters packen ihre Koffer und fahren in die verschiedenen Länder zurück, um neue Kostüme für das kommende Theater im Haag zu schneidern. In Berlin werden die Davidsharfen für „unsere Großen“ gestimmt, wird der Weihrauch hergerichtet. Kein Wunder, bei den Erfolgen! Eine Milliarde Papiermark hat der Aufenthalt in den Palmengärten Genuas gekostet, aber dafür hat man die hohe Ehre gehabt, Herrn Joffe und Tschitscherin die Hand zu drücken, sich von Barthou amtlich als Lügner bezeichnen zu lassen und doch nachher mit ihm zusammen zu schmausen. Weiter wurde ein herrlicher Vertrag unterschrieben, der dem armen deutschen Volke die Hilfe des heute so über alle Maßen reichen russischen sichert und der Deutschland bisher davor bewahrt hat, zur nächsten Zusammenkunft im Haag überhaupt eingeladen zu werden.

Weitere Erfolge? Mehr als genug. Z. B. hat das Publikum vollkommen übersehen, daß zur selben Zeit, als Rapallo in aller Munde tönte, das internationale Bankkonsortium in Genua weiter ausgebaut wurde! Jetzt sind Herr Morgan und Otto Kahn unterwegs nach Europa, um aus lauter Menschenliebe und Gebeseligkeit dem deutschen Volke wieder auf die Beine zu helfen. Nur Kleinigkeiten verlangen sie, Kleinigkeiten, die unser großzügiger Rathenau gewiß ohne weiteres erfüllen wird: Verpfändung von Bergwerken, Eisenbahnen usw.

„Deutscherseits“ wird schon emsig an der weiteren Sättigung der armen westlichen Völker gearbeitet. Der große Hermes braut in Paris Finanzmixturen, und die Regierung zu Hause legt eine große Zwangsanleihe auf, um die geforderten 60 Milliarden, die man entrüstet ablehnte, aber

mit alter Gewissenhaftigkeit gleich darauf wieder als Fügung des Schicksals anerkannte, einzutreiben.

Der „grauße" Rathenau befürwortet das internationale Bankkonsortium. Seine Unterschrift steht aber auch unter dem Vertrag mit den „antikapitalistischen" Sowjetjuden. Und in Deutschland ist er der Mann, den ein Staatsrat von Meinel als „verantwortlichen Staatsmann" bezeichnet, hinter den sich die „Nation geschlossen" stellen müsse. Kann es dabei denn noch fehlen, daß das deutsche Volk die neue Zahlung von 60 oder 120 oder 140 Milliarden als Geschenk Gottes ansehen wird? Und Otto Kahn, wenn er seinen Freund und Nahverwandten Max Warburg in Hamburg die Hand drücken wird; Herr Melchior, wenn er Genueser Versöhnungspläne unterbreitet, und Herr Rathenau, wenn er seinen syrischen Senf dazu gibt, sie alle walten ihres Amtes zu Ehren des auserwählten Volkes.

Das deutsche Volk aber erklärt durch seine Regierung seinem Reichstag, es habe die Abordnung nach Genua nicht nach rassischen Gesichtspunkten zusammengestellt. Nächstens werden Mulatten und Neger die neue Republik vertreten, und alle Staats- und Geheimräte werden geschlossen hinter ihnen marschieren, wenn ihnen nur befohlen wird.

Diesem Reichstag, der sich alle Verhöhnungen schweifwedelnd gefallen läßt, wünschen wir einen tüchtigen Stallknecht, der die ganze Gesellschaft mit einer Lederpeitsche auseinandertreibt.

Das wäre der gerechte Lohn für seine milden Gaben an das deutsche Volk!

Noch einmal „Deutsche" Gewerbeschau.

„Völkischer Beobachter", 27. Mai 1922.

Eine deutsche Gewerbeschau soll sich auf der Theresienhöhe aufgebaut haben, sagen uns die Blätter. Aber eben-

sowenig wie von den Schwarzrotgelben, gewinnen wir von ihr diesen Eindruck. Um einen Gegensatz zu den grauen Ausstellungshallen zu schaffen, hat man bunte Pavillons aufgestellt. Dagegen ist an und für sich nichts zu sagen. Aber, was für ein Zeug wagt man uns zu bieten! Um ja recht geistreich zu scheinen, bemalt man die Dächer mit rohesten Ornamenten, klebt „indische Fresken“ aus echtem Papier herum, setzt Elefanten daneben, krönt ferner das Dach mit krummzersägten roten Holzstücken, bemalt Wände mit schlechten chinesischen Nachbildungen, stellt Türmchen auf mit der Linienführung windschiefer Erzeugnisse siamesischer Architektur.

Im Innern der großen Halle I grüßt gleich ein riesiges Wandgemälde den Beschauer. Expressionistisch! rufen moderne Kunstjünger. Ziegelarbeiter, Schiffer, Baumeister, Dirnen, Schlemmer wirbeln — schauderhaft gezeichnet — durcheinander: ein Chaos von Toren, Mauern, Schornsteinen soll emsige Aufbauarbeit veranschaulichen; eine fade Farbengebung die „Einfügung ins Raumganze“ vortäuschen. Und diesem chaotischen Machwerk gegenüber ein Reichsadler als Schablonenornament. Und rechts und links vom Eingange zwei „Gemälde“. Nackte Menschen, Landschaften! „Stilisiert“, wird der Urheber dieses Dadaismus sagen, dabei ist es nur ein Ausfluß einer kindischen Unfähigkeit und rohen Geschmacklosigkeit.

Aber auch in den ausgestellten Dingen treten — neben ausgezeichneten Leistungen — die Erzeugnisse unserer versumpften Zeit nur zu auffällig in Erscheinung. Die ausgestellten Theaterdekorationen z. B. zeigen in ihrer architektonischen Hilflosigkeit, die eigenartig sein soll, vielfach eine Zurückgebliebenheit des Geschmackes, daß einem übel werden kann. Und dann: das österreichische Zimmer. Die Gehirnerweichung Wiens ist uns überall ein Jahr voraus. So auch in der „Kunst“. Wenn man diese aus der Wand springenden „Skulpturen“ — meist mit abgehackten Händen

und eingebeulten Schädeln — betrachtet, so wird man an Erzeugnisse der Einwohner einer Idiotenanstalt erinnert. Das ist eine Äußerung des schon ganz in Judenhänden befindlichen Wiener „Kunstgewerbes". Zwanzig Prüfungsstellen hat die Gewerbeschau gehabt, um „nichts Minderwertiges" aufzunehmen! Und für ausgesprochen kunstbolschewistische Wiener Frechheiten wird ein ganzer Saal zum Austoben übergeben! Was muß da alles für ein Zeug zusammengekommen sein, wenn das Qualität sein soll?

Kürzlich konnten die Münchener Herrn Picasso in der Galerie Thannhauser bewundern. Ich habe den Werdegang dieses Herrn recht genau in Paris und Moskau (Galerie Schtschukin) verfolgen können. Picasso war früher ein fleißiger und sehr genauer Kopist. Plötzlich trat er dann mit „unerhörten" Bildern hervor. Sensation! mußte sich jeder sagen. Die Presse griff das auf. Picasso sah, daß Geld zu machen war und schritt weiter auf dem Pfade. Seine Bilder werden — „logischer" nennen das seine Verhimmler — schmutziger in der Farbe, wüster in der Linie, frecher in den Überschriften. Und heute, wo Europa im Zeichen des Wahnsinns steht, ist Picasso beinahe Klassiker! Das, was die „Deutsche Gewerbeschau" in vielen ihrer Erzeugnisse bietet, ist demselben unfruchtbaren, von der gesamten Hebräerpresse eifrig empfohlenen, Sumpf entsprossen. München täte gut, dies einmal klar auszusprechen und nicht mit offenem Munde vor Dingen zu stehen, die nichts als Hohn auf deutsche Kunst und Kunstempfinden sind. Aber niemand wagt es, und der Sumpf greift — staatlich unterstützt — immer weiter um sich. Die schwarzrotgelbe Fahne vereinigt auch hier als Symbol die Herrschaft der jüdischen Zersetzungsarbeit.

Gegen die jüdische Bankenpest.

„Völkischer Beobachter", 31. Mai 1922.

„Der heutige Tag hat die Freiheit des Volkes vollendet."

Ebert, Scheidemann, Landsberg
am 9. November 1918.

Am 9. November 1918 hatten der Marxismus und seine jahrzehntelangen Vorkämpfer die völlige Macht in Deutschland in der Hand. Sie hatten Gelegenheit, dem ausbeuterischen Kapitalismus den Garaus zu machen. Es ist nicht geschehen. Das Gegenteil ist eingetreten: das Gewerbe, das Handwerk, selbst die nationale Großindustrie leiden, verkümmern. Die Aktien der großen und größten Unternehmungen gehen immer mehr in die Hände der jüdischen Großbanken über und das schaffende Kapital wird Packknecht der beweglichen, bloß leihenden Hochfinanz. An Stelle schaffender Leistung tritt die volkszerstörende Spekulation, die dem Untergang den Weg bereitet.

Man mache einen Spaziergang durch München. In ununterbrochener Reihenfolge schießen neue Banken und Bankfilialen aus der Erde. Die Deutsche Bank errichtete sich in einem königlichen Palais an der Ludwigstraße einen Bankpalast und weitere Filialen. Ins ehemalige Odeon-Café zog die Bank Hardy & Co. ein. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank eröffnete in der Ludwigstraße, in der Nordendstraße, am Bahnhof usw. Filialen. Die Mitteldeutsche Bank zog neben das Park-Hotel. Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) eröffnete eine neue Zentrale am Sendlingertorplatz. Eine Bank Peter Windhauer tat sich am Frauenplatz und Ecke Goethe- und Landwehrstraße auf. Herr E. Landauer etablierte sich u. a. Sonnenstraße 24. Der Münchener Bankverein Sonnenstraße 4. Die Vereinsbank zog u. a. in die

Bayerstraße. Das Mozart-Café, das Café Prinzregent werden umgebaut, um für Judenbanken Platz zu machen. In der Augustenstraße haben sich neue Banken niedergelassen, an der Neuhauserstraße tat sich solch ein Spekulationsinstitut auf, Anfang der Barerstraße trat das Bankhaus Guth ins Leben. Und neben dem Wittelsbacherpalais baut sich die jüdische Diskonto-Gesellschaft einen Bankpalast. Die Könige sind vertrieben, die Bankjuden sind an ihre Stelle getreten. Das war der Sinn der Verbrechertat vom 9. November 1918. Die „Freiheit" eines Volkes wurde zwar vollendet, aber nicht die des deutschen, sondern des hebräischen. Dazu haben die Scheidemänner geholfen und tun es noch eben. Als — Arbeiterführer! Als — Kämpfer gegen den Kapitalismus.

Wie in München, so vollzieht sich der Ausbau des Wuchernetzes über ganz Deutschland. Bis in die kleinsten Städte dringen die Sendlinge des Ausbeutergeistes, und niemand ist da, der ein Machtwort dagegen einlegt. Weder ein Ebert noch ein Wirth noch ein Scheidemann: man sägt den Ast nicht ab, auf dem man sitzt.

Die „deutsche" Revolution hat aber nicht nur den Kapitalismus in Deutschland auf den Thron gesetzt, sondern durch die Waffenstreckung und die darauf folgende Erfüllungspolitik auch im Auslande vor dem Untergange bisher bewahrt. In den Augen der andern Völker erscheinen noch heute die jüdischen Börsen als die Retter der Vaterländer.

Deutschland ist heute, dank dem — sagen wir Entgegenkommen „unserer" Reichsregierung schon soweit mürbe gemacht, daß die Zügel nach und nach straffer gezogen werden dürfen, besonders wenn die Redensarten vom „Pathos des Leidens" und der „Arbeit für hohe Menschheitsziele" Eingang in kranke Hirne finden. Um diesem neuen Betrug den Schein des Rechts zu erteilen und ihn mit einem Heiligenschein der „Wohltätigkeit" zu umgeben,

werden als Hilfeleistung „internationale Anleihen" in Aussicht gestellt. Aus Neuyork kam Morgan mit seiner rechten Hand, Herrn Cohn, an, zusammen mit Otto Kahn (Mitinhaber von Loeb, Kahn & Co., an welchem Bankhaus Paul und Felix Warburg, Brüder von Max Warburg in Hamburg, Teilhaber sind), Hermes hat mit den Herren Bankiers untertänigst gesprochen und zugesagt, was das deutsche Volk erst später erfahren wird. Aber Max Warburg hat schon offen auf der Tagung der deutschen Industrie darüber gesprochen, was „Amerika" für seine „Hilfe" verlangen wird: Verpfändung des gesamten deutschen Grund und Bodens. Er muß es wissen, denn sein Teilhaber aus Neuyork ist es ja, der in Paris Herrn Hermes seine Befehle diktierte.

Die Beweggründe der „Hilfe" des „prominenten" Bankiers Otto Kahn sieht die „Frankfurter Zeitung" u. a. darin, daß die „hochgradige Liquidität des amerikanischen Geldmarktes infolge von Goldanhäufung und wirtschaftlicher Depression erstmals in der amerikanischen Geschichte Amerika zum Interessenten ausländischer Bonds in großem Stil gemacht habe" (Nr. 384). Zugleich fügt sie hinzu, daß Deutschland gut daran tun werde, „bei den Pariser Verhandlungen die deutschen Ziele nicht zu hoch zu stecken". Zu allem Schaden noch der freche jüdische Hohn!

In welchen Verklausulierungen dem deutschen Volk der neue Weltbetrug der jüdischen Weltfinanz schmackhaft zubereitet wird, spielt keine Rolle in der Erkenntnis, daß das deutsche Volk zum Lohnsklaven für die ganze Welt verwendet werden soll. „Reparationen" nach Westen ohne Unterlaß, nach Osten Lieferung von Kulis, um die Sowjetjuden von neuem zu stützen, um, wie Harden-Witkowsky sich ausmauschelte, Arbeiter, Techniker, Materialien usw. zu liefern, damit Frankreich wieder aufgebaut und der Ausfuhrhandel Englands und Nordamerikas wieder aufblühen könne! Das bedeutet der Vertrag von Rapallo

als Vorbereitung für das internationale jüdische Banksyndikat, dem Deutschland sich durch die Rathenau-Regierung demnächst erneut verschreiben wird.

Gleich einem riesigen Tiefseepolypen haben die Aussaugerinstitute die ganze Welt mit ihren Fangarmen umschlungen. Alle „Regierenden" haben sich diesem jüdischen Ungetüm ergeben. Die wichtigste Frage der heutigen Gegenwart ist der Kampf, der rücksichtslose Kampf gegen die chaoserzeugende Wirksamkeit der jüdischen Hochfinanz. Hier muß der deutsche Arbeiter Hand in Hand mit dem deutschen Bauern, dem deutschen Unternehmer gehen. Und umgekehrt: die deutsche Industrie muß einsehen, daß auch sie auf Gedeih und Verderb mit dem ganzen Volk verbunden ist und mit ihm denselben Feind hat. Den Feind, der sie schon eben, wo sie in einem Dividendentaumel das Chaos noch nicht sehen will, immer fester umschnürt.

Die „nationale Einheitsfront" von „Vorwärts", „Germania" und „Berliner Tageblatt" ist die unerhörteste Lüge der Gegenwart; es gibt nur eine Front: die Einigkeit aller Deutschen gegen die internationale jüdische Bankenpest und gegen die internationale jüdische Sowjetseuche.

Das ist der Kampf, den wir uns als Losung von allem Anfang auf unsere Fahnen schrieben. Unter dieser Fahne soll und muß sich einmal der Sturmtrupp zur Befreiung des deutschen Volkes sammeln. Alles was aufrecht ist und wahr, wird mit uns gehen. Der Sieg wird uns doch bleiben!

Bibelforscher-Unverschämtheiten.

„Völkischer Beobachter", 31. Mai 1922.

Schon früh war Alfred Rosenberg durch sein genaues Studium der Judenfrage auf die „Ernsten Bibelforscher" aufmerksam geworden. Diese internationale Sekte betrieb unter religiösem Deckmantel eine scheinbar christliche Propaganda, die aber tatsächlich nur der Unterstützung der Ziele des Judentums und seines Auserwähltheitsgedankens diente. Als es schließlich möglich war, daß die „Ernsten Bibelforscher" sogar schon in einem großen Gebäude wie im Zirkus Krone eine öffentliche Versammlung abhalten konnten, machte Alfred Rosenberg in dem nachfolgenden Aufsatz auf die Gefährlichkeit dieser Sekte aufmerksam. Im neuen Reich sind dann die „Ernsten Bibelforscher" verboten worden.

Wir haben in unserer letzten Ausgabe schon auf das freche Treiben der „Ernsten Bibelforscher", auf die jüdischen Hintermänner und die jüdischen Ziele dieser Brüder hingewiesen. Am Montag, den 29. Mai, sprach nun einer ihrer amerikanischen Propagandisten im Zirkus Krone, in demselben Zirkus, in dem es verboten ist, gegen die schwarze Schmach zu protestieren. Und zwar unter der „christlichen" Leitung des Grafen Lerchenfeld.

Der Richter Rutherford begann seine Salbadereien mit Jehovas Verheißung an „Abrahams Samen". Er behauptete ferner, wenn nicht einmal alle Menschen glückselig ohne Tod auf dieser Erde leben würden, wie es Christus geweissagt hätte, dann wäre das Christentum als Fehlschlag zu bezeichnen. Das Ende der Welt sei da, wie es die Bibelforscher seit 45 Jahren geweissagt hätten, d. h. das Ende des „jetzigen Gesellschaftszustandes". Die „Zeiten der Nationen" seien vorüber. „Jede Nation unter der Sonne ist allmählich schwächer geworden." Zwar würde es immer ein Deutsches Reich geben, zwar wird man später mit noch ganz anderer Berechtigung „Deutschland, Deutsch-

land über alles" singen, aber trotzdem begann im Jahre 1914 „der Prozeß des Hinwegräumens der abgenutzten Systeme" als „Vorbereitung für das Messianische Königreich", in dem Millionen jetzt lebender Menschen nicht sterben werden.

Bis hierher hielt ich den Unsinn aus, dann wurde mir übel. Am Eingang zum Zirkus besorgte ich mir den gedruckten Vortrag. Darin tritt nun die jüdische Mache geradezu faustdick hervor. Nicht dann tritt das Messiasreich ein, wenn allen Nationen das Christentum gepredigt worden ist, wie die Pfarrer meinen, sondern nur, wenn aus den Völkern ein Volk auserkoren sein wird. Welches Volk das ist, darüber wird kein Zweifel gelassen: „Glückselig ein Volk, dessen Gott Jehova ist."

Mit Disraeli-Beaconsfield kam die Gnade Gottes zu den Juden zurück, d. h. mit dem Berliner Kongreß 1878, welches Jahr die heiligen Propheten ebenso geweissagt hätten, wie das Jahr 1918, in dem durch das „Zunehmen der Gnade Gottes" die Juden einen „besonderen Höhepunkt" erreichen würden! Gott erwecke aus „seinem Volk" immer zur rechten Zeit die Männer! Dann folgt eine Verherrlichung des Zionismus, die ganze Balfour-Deklaration wird abgedruckt und als Ziel des Zionismus ausdrücklich festgestellt: „Die Beschaffung solcher Regierungsgesetze, wie sie zur Erlangung der Ziele des Zionismus notwendig sind." Die Regelung der Weltpolitik nach dem Willen des Samens Abrahams wird also ganz frech verkündet! Die Erklärung Dr. Ruppins 1920 über die Gründung einer Häuserbaugesellschaft in Palästina wird als Erfüllung von Jesaja 65 (21—23) gedeutet, da der „Same der Gesegneten Jehovas" Häuser bauen würde...

In dieser Weise geht es weiter, und so ein frecher Schwindel halbverrückter Amerikaner, eingespannt für Weiterverbreitung der jüdischen Zersetzungsarbeit und des jüdi-

schen Wahnsinns wird anstandslos auf das Volk losgelassen. 800000 Stück werden umsonst verteilt, der Eintritt zu den „Predigten“ ist frei . . . Es wird also mit Millionen nicht gespart. Politisch heißt der heutige Wahnsinn Bolschewismus; „religiös“ nennt er sich „ernste Bibelforschung“ und Antroposophie; „künstlerisch“ Futurismus usw.

Narren, Schwätzer und Halunken haben heute das Wort. Die Pestilenz kommt, sagte der Vortragende. Sie ist schon da; in seiner Person. Wann wird das deutsche Volk ihn und seinesgleichen hinausfegen aus den deutschen Landen und sich rein baden in völkischer Erneuerung?

Der Tote auf Madeira.

„Völkischer Beobachter", 1./2. April 1923.

Von Anbeginn an hat der Nationalsozialismus ein scharfes Auge auf das Treiben der Habsburger Legetimisten in Österreich gehalten. Die unheilvolle Tätigkeit dieser Gruppe, die sogar aus dem letzten Habsburger, Karl, so etwas wie einen Heiligen zu machen versuchte, ist von Alfred Rosenberg immer wieder im Laufe der Kampfjahre gekennzeichnet worden. Auf der gleichen Linie wie der nachfolgende Aufsatz steht der ebenfalls in diesem Buch abgedruckte Artikel: „Habsburgs Gegenwart." Es ist aber angesichts der notwendig gewesenen Polemik dabei zu unterstreichen, daß die menschliche Größe etwa Maria Theresias, Josef II. dabei unangetastet bleibt. Gehören doch auch sie wie Prinz Eugen oder Erzherzog Karl zur deutschen Geschichte.

Unter diesem Kinotitel ist soeben ein Werk des Freiherrn von Werkmann, des letzten Sekretärs Karls von Habsburg, erschienen. Das Buch ist in vieler Beziehung höchst lehrreich und dürfte in der Hand aller deutsch Denkenden die beste Waffe gegen das untergegangene Habsburg abgeben.

Freilich ist das Gegenteil davon beabsichtigt worden. Ein gutes Sprichwort sagt: „Der Herr beschütze uns vor unseren Freunden, mit den Feinden werden wir schon selbst fertig." So wird einst ein kommender thronlüsterner Habsburger ausrufen, wenn ihm das Werk des „letzten Sekretärs des Kaisers und Königs" vorgehalten werden wird.

Zu Anfang wird der Ausbruch der Revolution erzählt, über das „harte und ungerechte Schicksal" geklagt. Die Deutschnationalen werden beschuldigt, die nicht mehr „für Habsburg" kämpfen wollten, aber auch die feige Politik

der Christlichsozialen wird ins helle Licht des Tages gestellt. Das Klagen findet einen Höhepunkt in der Beurteilung des Anschlußwillens ans Reich, den der Verfasser als „provokatorische Ankündigung“ zu bezeichnen beliebt.

Dann folgt eine Schilderung der Persönlichkeit Kaiser Karls, der seiner „pazifistischen und demokratischen Neigungen“ wegen von der Schweiz gut empfangen worden sei. Verständnisvoll blinzelt der Verfasser zur Schweiz hinüber: „Die Schweiz empfände es sehr unangenehm, wenn sie — nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland — an zwei Fronten von Deutschland umfangen wäre.“

Das arme, kaiserverlassene Österreich wird tränenden Auges bejammert, an Italien wird erklärt, Seine Apostolische Majestät sei „von dem Weltkrieg gar nicht erbaut gewesen“, ungenannte Persönlichkeiten werden erwähnt, die Absplitterungsversuche Bayerns vom Reich vorgetragen. Besonders soll es Karl „geschmerzt“ haben, daß viele K. und K. Offiziere sich „in die alldeutsch-anti-habsburgische Bewegung gestürzt“ hätten.

Aus der Schweiz gehen die Fäden auch nach Ungarn. Eine lange Reihe von Briefen Karls an Horthy werden wiedergegeben, der nicht gewillt war, das ungarische Volk dem Schwächling zu überantworten, die „unbesonnene Propaganda“ für einen „nationalen König“ wird scharf getadelt und über Gömbös wird in allen Tönen geschimpft.

Ein besonderes Interesse beansprucht natürlich das Kapitel „Kaiser Karl und die Deutschen“. Gleich zuerst wird erklärt, er sei nie „Feind eines Volkes“ gewesen. Mißerfolge der österreichischen Armeen tragen natürlich Falkenhayn und Seeckt (Karls Generalsstabschef), der deutsche Versuch, der bekannten Schlamperei ein Ende zu machen, wird als Versuch bezeichnet, die „K. und K. Armee in geistiger und moralischer Beziehung zu uniformieren“. Dann setzt der Kampf gegen die deutsche Oberste Heeresleitung ein. „Jener (Karl) sah voraus, daß die vom Obersten

Kriegsherrn nicht gebrochene Heeresleitung das Reich nicht rechtzeitig werde zum Frieden kommen lassen, und fürchtete, daß der daraus zu gewärtigende Zusammenbruch den Kaiser als Opfer heischen werde."

Nach diesem demokratisch-pazifistischen Geplänkel kommen einige grundsätzliche Bekenntnisse, die auch dem Blödesten die Augen darüber öffnen müßten, daß die heutigen Verteidiger des Hauses Habsburg nicht einen Funken deutschen Fühlens besitzen, geschweige denn deutsche Interessen vertreten.

„Sein (des Kaisers) Verhältnis zum Deutschen Reich bestimmte nicht der Ärger über deutsche Unfreundlichkeiten oder über deutsche Unnachgiebigkeit, sondern der reale Interessengegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland."

„Für die Erhaltung des Vielvölkerstaates griff Kaiser Franz Joseph zum Schwert — für nichts anderes. Der Krieg hatte für uns nie den Sinn eines Feldzuges für deutsche Vormachtsgedanken."

Gütig wird „verstanden", daß die Deutschösterreicher eine leitende Rolle im Staate spielen wollten, aber „Pflicht des Kaisers war es, dieser Politik im Interesse der Staatsidee entgegenzutreten". „Kaiser Karl war nicht dem einen Volk als Vater, dem andern als Stiefvater gegeben."

So geht es weiter, und nackt liegt vor unseren Augen die volksverräterische Politik des Hauses Habsburg. Im Sinne der sogenannten „Staatsidee" wurden die Deutschen zurückgedrängt. Magyaren, Tschechen, Polen umgaben als Diplomaten den „deutschen" Kaiserthron, und der Begriff vom „deutschen Volk" fand keinen Raum mehr.

Werkmann veröffentlicht Notizen aus Karls Entwürfen über eine „Friedenspolitik". Darin heißt es: „Die zu enge Verbindung des friedensbedürftigsten Staates mit dem zur Weltmacht gewordenen Sieger im Feldzuge 1870/71 mußte Österreich-Ungarn mit Feindschaften belasten, deren

Austragung für uns selbst dann keinen Gewinn bedeuten konnte, wenn wir mit unsern Verbündeten Sieger blieben."

Man wird zugeben, daß diese niederträchtigen Worte in Diplomatensprache Deutschland geradewegs der Schuld am Krieg bezichtigen, Österreich, namentlich aber die Entente, entschuldigen, da sie alle zusammen von dem „zur Weltmacht gewordenen Sieger" herausgefordert waren. In Paris wird man sich wieder einmal die Hände reiben, und es ist nur gut, daß der ehrenwortbrüchige Habsburger nicht in deutschem Boden beerdigt ist.

Karl hatte ja bekanntlich schon über seine Unterwerfung in Paris verhandelt, als er Kaiser Wilhelm sein Ehrenwort gab, daß dies nicht der Fall wäre. Dies entschuldigt Werkmann folgendermaßen: „Es war Recht und Pflicht des Kaiser-Königs, alles zu tun, um seinen Völkern den Frieden zu geben. Das hat er nicht unterlassen."

Äußerst lehrreich ist auch des Verfassers Stellung zum Prinzen Sixtus von Parma. Dieser hat seinen Titel Docteur en droit dank einer Dissertation erhalten, in der er bewies, daß ein Bourbon Immer-Franzose sei. Dieser Immer-Franzose begriff „besser als die meisten Staatsmänner der Entente" die „Zwangsläufigkeit ihrer (der Doppelmonarchie) äußeren Politik", d. h. ihrer Annäherung an den Feind des deutschen Volkes. Um nicht mißverstanden zu werden, heißt es weiter: „Prinz Sixtus wünschte den Sieg Frankreichs gegen Deutschland wie irgendeiner seiner Mitbürger." Und dann wird 12 Zeilen später die — „Friedensliebe des Prinzen und seine Unvoreingenommenheit gegenüber Österreich-Ungarn" gelobt und er als „besonders geeigneter Mittler zwischen Wien und Paris" bezeichnet.

Während die großen Männer, die das deutsche Volk in allen Ländern vor einer Welt von Feinden schützten, nur höhnisch als die „Alldeutschen" bezeichnet werden, obgleich ihnen überhaupt die „Doppelmonarchie" ihre Fort-

dauer verdankt, so wird dieser Frankreichs Sieg verfechtende Sixtus von Parma mit einem Haufen von Schmeichelnamen versehen: offenherzig soll der Bursche gewesen sein, klug, kenntnisreich, zäh, witzig, ein glänzender Gesellschafter. Er hatte das „Pflichtgefühl des Bourbon", er fühlte „menschlicher und klarer" als andere usw.

Das dürfte zur Entlarvung der ganzen Seelenrichtung Habsburgs und seiner Gefolgschaft genügen. Der ganze Stil und die Lakaiensprache von „Aggregation", den „Appartements", den „Sèjours" usw. vervollständigen auch stilistisch das ganze Bild eines undeutschen, heute Gott sei Dank zusammengefallenen „Staatsgedankens".

Das ganze Buch kann nur einen Zweck haben: Vorbereitung in Paris, um durch Versicherung sklavischer Ergebenheit den Nachkömmlingen Karls des Letzten den Weg zum Kaisertum oder Königstum wieder zu ebnen und mit Hilfe aller Nichtdeutschen das alte Monstrum wieder zusammenzuleimen.

In Ungarn wird man hoffentlich nach dieser neuen habsburgischen Leistung endgültig ernüchtert sein: ein unnationaler König muß heute dort undenkbar sein. Die Ungarn täten überhaupt gut, sich um das Prinzip des Königstums heute weiter nicht zu streiten, sondern um die völkische Einheit besorgt zu sein.

Den Deutschösterreichern aber rufen wir zu, das neue Buch der Habsburger jedem zu zeigen und aufzuweisen, welche Verräterpolitik am deutschen Volkstum diese Dynastie getrieben hat und immer treiben muß, wenn sie je wieder ans Ruder kommen sollte. Gegen habsburgische Ränke darf es nur den allerschärfsten Kampf geben, sonst stirbt das ganze deutschösterreichische Volk einmal irgendwo als Sklave — in Madeira.

Mit diesem Buch zusammen aber erhebt sich von neuem das Problem des deutschen Staatsgedankens. Bismarck wußte, was er tat, als er erbittert gegen Habsburg kämpfte.

Die süddeutschen Demokraten verstanden es nicht, das heutige Zentrum lügt über Bismarck noch jetzt in unverschämtester Weise.

Heute geht vom deutschen Süden aus die Vermählung mit dem Gedankengerüst des einzigen Friedrich und Bismarcks. Süddeutschland — verkörpert im Nationalsozialismus — will etwas schaffen helfen, was von der Nordsee bis zur Donau hinunterreicht, alle Klassen umfaßt, alle christlichen Konfessionen umschließt, das ist der völkische, in ganz Europa noch nirgends verwirklichte Staatsgedanke.

Der Tote auf Madeira möge tot für immer sein, das deutsche Leben mag beginnen.

Wahrheit und Phrase.

„Völkischer Beobachter", 17. Mai 1923.

Es ist in letzter Zeit eine neue Redensart groß geworden, die, von politischen Schlauköpfen erdacht, bei den so zahlreichen politischen Spießern schon großes Unheil angerichtet hat, nämlich der Ausspruch, Deutschland könne nur durch „überparteiliche" vaterländische Organisationen gerettet werden, und die vaterländischen Verbände müßten alle danach trachten, sich von *jeder* parteipolitischen Bindung freizuhalten.

Es ist sehr wohlmöglich, daß in Zeiten schwerster Kämpfe sich eine Reihe von Bewegungen unter einem einzigen Kriegsrufe zusammenfinden kann, wie z. B. 1813 im Kampfe gegen die französische Fremdherrschaft, 1870 im Kampfe für ein einiges Deutschland. Hier wie dort war es ein rücksichtsloser Kampf für die Freiheit des deutschen Volkes und für einen bestimmten Staatsgedanken. Zugleich war die Lage derart, daß im Rücken der Freiheitskämpfer von da-

mals sich keinerlei nennenswerte Parteien oder Organisationen befanden, die diesen Freiheitskampf und nationalen Staatsgedanken grundsätzlich ablehnten und auch die Macht besessen hätten, diesen Kampf zu lähmen. Selbst heute ist zuzugeben, daß unter der Losung „Freiheitskampf des deutschen Volkes" 60 Millionen Deutsche zu einem einzigen Block zusammengeschweißt werden könnten, wenn, ja wenn nicht Parteien bestünden, die geführt werden von Leuten, die erklären, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt, wenn keine Parteien bestünden, die ganz offen gegen das deutsche Volk arbeiten.

In dieser Lage wird das Wort von einem „überparteilichen" Kampfe nicht zu einem fördernden Rufe, sondern zu einer Benebelung der Köpfe gebraucht, um die Wahrheit zu verbergen. Die Leute, die uns von Überparteilichkeit daherschwätzen, haben das ABC einer deutschen Politik von heute nicht begriffen, daß die gesamte deutsche Außenpolitik, soweit heute, dank der Novemberrepublik, überhaupt aktive Außenpolitik getrieben werden kann, nur eine Folge innenpolitischer Machtverhältnisse ist und sein kann. Ehe nicht im Hause selbst Ordnung geschafft ist, kann man auf der Straße den Schmutz nicht wegräumen; ehe der Deutsche nicht Herr im eigenen Hause ist, kann er nicht seinen Garten verteidigen.

Aber diese von feigen Politikern ausgedachte Volksverdummungsphrase wird auch noch von anderen gebraucht, nämlich von denen, die, um machtvolle vaterländische Organisationen von einem neuen Staatsgedanken abzulenken, ihnen das Merkmal einer „parteipolitischen Abhängigkeit" anhängen, sie dadurch von einem großen Gedanken lösen und als regierende Partei eben praktisch dadurch in den Dienst einer anderen Partei zu stellen bemüht sind.

In Bayern besteht eine Reihe von vaterländischen Vereinigungen, die sich einem neuen Staatsgedanken verbunden fühlen. Entgegen dem überlebten demokratischen

Korruptionsstaat sprossen in allen Städten Bayerns Verbände auf, die in einem streng völkischen sozialen Staate ein neues Ideal erblicken, dem sie zu dienen gewillt sind. Dieser eine große Gedanke war, ohne in einer einzigen Organisation zusammengefaßt zu sein, als solcher schon eine Kriegserklärung gegen die heutige Zersetzung. War also seinem Wesen nach schon Partei. Denn, ob man das Wort Partei gebraucht oder ein anderes, die Tatsache, daß sich eine große Anzahl Staatsbürger zu einigen Kampfverbänden zusammenfanden, bedeutet eine bewußte Absonderung, eine Neubildung, einen neuen Grundsatz im Staatsleben, folglich eine Partei.

Dieser eine große völkische Staatsgedanke hat nun seine mehr ins einzelne gehende Prägungen im Programm des Nationalsozialismus gefunden. Weltanschaulich sowohl wie allgemein kulturell, politisch und wirtschaftlich sind die Folgerungen, die sich für uns aus dem einen neuen Gedanken völkischer und sozialer Gerechtigkeit ergeben, in 25 Thesen niedergelegt, und für diese bewußter gefaßte Formung des völkischen Staatsgedankens kämpft die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei an der Spitze der völkischen Erneuerung.

Die anderen mit den Nationalsozialisten verbundenen Kampfverbände stehen dem näher begründeten Staatsgedanken frei gegenüber, bilden aber mit ihm zusammen die Kampftruppe der deutschen Freiheitsbewegung.

In diese vaterländischen Vereinigungen hat man nun seit Jahr und Tag versucht, Zersetzung hineinzutragen und man arbeitet namentlich in letzter Zeit mit dem Einwohnerwehrgedanken, der jetzt als der schönste und hehrste ausgerechnet von einer Partei angepriesen wird, die während ihres ganzen Bestandes nichts als Partei im engsten Sinne gekannt hat. Und das aus dem einfachen Grunde, weil diese nicht einen außenpolitischen oder innenpolitischen

Staatsgedanken verfocht, sondern bis zum Übelwerden von der „Erhaltung der Ruhe und Ordnung“ redete, was weiter nichts bedeutet als die Sicherung der Herrschaft der Bayerischen Volkspartei.

Wenn nun aus diesen Kreisen der Gedanke der bayerischen Einwohnerwehr als das Höchste bezeichnet wird, so versteht man, warum es geschieht. Man möchte sich aus den vaterländischen Verbänden eine größere Gruppe herausschneiden, in der das Bewußtsein, worum es sich heute handelt, noch nicht so tief verwurzelt ist wie beim Nationalsozialismus. Durch diese Absplitterung hofft man die Zersetzung auch in weitere Kreise tragen zu können.

Hier ist nun eine grundsätzliche Betrachtung der Einwohnerwehrfrage notwendig. Die Gründung und Durchführung dieser Einwohnerwehr war ohne Frage eine ausgezeichnete Leistung. Doch gerade, als diese große Organisation in die Waagschale geworfen werden sollte, um den deutschen Staatsgedanken zu schützen, da versagte sie unter ihrer Führung und wurde im Namen der Ruhe und Ordnung und ausgerechnet wie zum Hohne im Namen der staatlichen Sicherung nach Hause geschickt. Das konnte nur geschehen, weil die Führung der bayerischen Einwohnerwehr nicht für den völkischen Staatsgedanken eingerichtet, nicht bewußt für eine neue Idee entflammt worden und folglich deshalb auch unfähig war, dem Schlage ein bewußtes und klares „Nein“ entgegenzusetzen.

Wie man weiß, hat die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr uns auch Oberschlesien nicht gerettet, wie es versprochen wurde, was jeder völkische Mann schon damals wissen mußte.

Deshalb ist der vielgepriesene Einwohnerwehrgedanke ein neues Versuchsmanöver, den Kampf von heute wiederum zu verfälschen und die Organisation des deutschen Gedankens entweder in den Dienst der Berliner Zersetzung oder

in den Dienst der Bayerischen Volkspartei zu spannen. In beiden Fällen würde die kommende sogenannte vaterländische Vereinigung nicht überparteilich sein, sondern im Gegenteil eng parteilich.

Demgegenüber erklären wir frank und frei: in der Kampfpartei des Nationalsozialismus sehen wir die Kopfgruppe des völkischen Staatsgedankens, die allein imstande ist, heute Millionen wieder eine Hoffnung auf kommende Zeiten zu geben, und die allein imstande ist, einen verlorengegangenen Glauben wieder zu wecken und aus verzweifelten Menschen wieder kampfesfrohe Männer zu machen. Aus diesem Glauben heraus entstand die nationalsozialistische Bewegung, und sie hat schon tiefste Furchen gezogen durch das Denken von Millionen Deutschen.

Wenn sich andere Verbände gefunden haben, das Korps Oberland, Blücher, Wiking, Reichsflagge u. a., so wissen wir uns mit ihnen einig in einem großen Gedanken, und ob sie im einzelnen anders denken mögen, so ficht uns das nicht an, denn wir wissen, daß der völkische Gedanke als solcher, auch wenn er schärfste Partei sein muß, zugleich das gesamte Deutschtum im Auge hat und zu vertreten gewillt ist. Die Sprengungsversuche seitens der Marxisten und der Volkspartei haben zwar zur Folge gehabt, daß einige Leute aus Schreck einerseits vor der wehenden Sowjetfahne und andererseits aus Schreck vor dem Stahlhelm davongelaufen sind und sich von den schwülstigen Phrasen der Überparteilichkeit bezaubern lassen, um nur ja ihre Feigheit nicht offen bekunden zu müssen. Die anderen aber haben im Gegenteil sich zu uns bekannt, das heißt, zum völkischen Staatsgedanken. Somit ist eine Scheidung der Geister vollzogen und wird sich von Monat zu Monat immer weiter vollziehen, die wir von unserem Standpunkt aus nur begrüßen.

Alle jungen Männer, die flau und lau sind, sollen sich unter dem Rock von Herrn Dr. Schweyer verstecken. Was Saft und Kraft in den Adern hat, wird und muß über kurz oder lang zu dem vaterländischen Kampfverband Bayerns und ganz Deutschlands stoßen.

Wohl gemerkt: wir verlangen nicht von alten Herren, daß sie mit unseren Sturmtrupps Parade marschieren, nein —, aber wir sagen uns, daß auch von ihnen keiner zu alt ist, um für den deutschen Staatsgedanken in seinen Kreisen zu wirken und seine Söhne dorthinzuschicken, wohin sie gehören. Es ist zur Schmach und Schande unserer Zeit so weit gekommen, daß der vaterländische Gedanke heute Partei geworden ist. Die Schmach liegt nicht an der kleinen Gruppe, die heute für das Ganze kämpft, sondern an diesem verfaulten parlamentarischen Ganzen, das dem Drängen des deutschen Willens, sei es eine Niedertracht der Gesinnung, sei es eine bodenlose Verlogenheit, sei es eine grenzenlose Unfähigkeit, entgegensetzt. Unser Ausgang ist die Kampfpartei, unser Mittel ist die Organisation und die Predigt eines neuen Staatsgedankens, und unser Ziel ist das völkische Großdeutschland.

Sprüche der Novemberverbrecher.

„Völkischer Beobachter", 23. Mai 1922.

Am Tage der volksverräterischen Friedensresolution, am 19. Juli 1917, schrieb die „Münchener Post":

„Jetzt gibt es nur noch eine Politik, und das ist nicht die Politik der Maske, sondern die des wahren Gesichts. Die erste war die Politik des Krieges, die zweite ist und kann nur sein die Politik des Friedens. Indem wir unseren Wunsch, das Völkergemetzel unter Wahrung unseres Rechts und unserer Ehre zu beenden, so laut wie möglich

ausdrücken, müssen wir gleichgerichtete Strömungen unter den anderen Völkern wecken und stärken, bis sie sich mit der unseren zu einem einzigen Strom der großen Völkerfriedenssehnsucht vereinigen. Auch die anderen tragen Masken! Indem wir die eigene ablegen, wollen wir die andern zwingen, auch die ihre zu lüften. Und dann wird sich herausstellen, daß es auf diesem Erdball nur sehr wenige gibt, die zur Befriedigung ihres Ehrgeizes, ihrer Rachsucht, ihres Triebes zur Bereicherung eine Fortsetzung des Krieges wünschen, während Hunderte von Millionen keinen anderen Gedanken mehr kennen, als den an ein Ende all dieser Schrecken. Wenn die Masken fallen, endet auch der Krieg."

Die Masken fielen, und der Krieg hat — begonnen! Damals war derselbe Mann Präsident von Frankreich, der jetzt Ministerpräsident ist. Damals war er ein Friedensengel — für unsere inneren Feinde; heute ist er der Teufel auf Erden. Dabei ist er dies immer gewesen. Unsere Novemberverbrecher aber laufen noch frei umher und nehmen den Mund voll, anstatt sich in verborgener Kammer aufzuhängen.

Der „Vorwärts" schrieb am 12. Januar 1923 unter dem Titel „Poincarés Triumph":

„Das Frankreich des Nationalen Blocks soll sich ruhig austoben. Viel hat es in der Achtung der nüchternen und ehrlichen Beurteiler in der übrigen Welt nicht mehr zu verlieren. Fünftausend Jahre menschlichen Fortschritts und menschlicher Kultur hätten ihren Sinn verloren, wenn sie in diesen geistigen Sumpf münden sollten."

1917 aber war das Frankreich desselben Poincaré der Vorkämpfer für Demokratie... Dank dem marxistischen Betrug haben wir bald auch nichts mehr, was wir noch verlieren könnten. Bloß die Novemberverbrecher.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellt in bezug auf die Forderungen der französischen Truppen fest:

„In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt" („Vorwärts" Nr. 18, 1923).

So, so. Nun Genossen, bedankt euch bei euren Bonzen, daß dies zur Zeit der Schönheit und Würde geschehen ist.

Es sind ja die Brüder der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Da schmeckt die Peitsche süßer, nicht wahr?

Der „Vorwärts“ macht jetzt bekanntlich in nationaler Einheitsfront und gibt vor, auf Poincaré böse zu sein. Während des Krieges aber lag er auf den Knieen vor demselben demokratischen Frankreich, dessen Präsident Poincaré war. Am 13. Juli 1917 schrieb dieses jüdische Reptil:

„Das deutsche Volk braucht, um aufrecht aus diesem Krieg in den Frieden hinüberzugehen, eine Volksvertretung, die seiner würdig ist, ein Parlament, das neben den anderen Parlamenten der Welt gleichwertig und gleichberechtigt dasteht.“

Damals waren die Marxisten Thomas, Vandervelde usw. Munitionsminister, Kriegshetzer. Neben den anderen Parlamenten „gleichwertig“ zu bestehen, bedeutete für den vaterlandslosen „Vorwärts“ nicht, für den unbedingten Sieg Deutschlands zu kämpfen. Er schrieb am 11. Juli 1917:

„Nie kann es uns darauf ankommen, deutsche Gegenstücke zu den Thomas' und Vandervelde zu schaffen, die vom Frieden nichts hören wollen, solange Elsaß-Lothringen nicht französisch ist. Deutsche sozialistische Minister, deren Kriegsziel sich nicht auf die reine Verteidigung ohne Klausel und ohne Phrase beschränkt, wären vom ersteu Tage an moralisch und politisch unmöglich.“

Dies schrieb Friedrich Stampfer. Jetzt heult dieselbe Marxistenpartei über französische Vergewaltigung. Ihr aber und ihren Genossen haben wir diese Vergewaltigung zu danken. Der volksverräterische Parlamentarismus hat uns diese Schmach gebracht. Der „Vorwärts“ aber flötete am 10. Juli 1917:

„Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parlamentarischen Regieruug der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können.“

Nun, nach der Ruhrbesetzung durch die Franzosen, schrieb der marxistische „Volksfreund“ (13. Januar 1923) zu Braunschweig:

„Im französischen Parlament haben die Sozialisten zur Frage der Ruhrbesetzung zwei Interpellationen eingebracht, deren Besprechung sie im Anschluß an Poincarés Erklärung verlangen. Ob die chauvinistische Mehrheit der Kammer das zuläßt, ist fraglich. Jedenfalls steht fest, daß unsere französischen Genossen in vollstem Maße ihre internationale Pflicht erfüllen."

Früher wurde im Falle einer Knebelung der deutschen Arbeiterschaft die Revolution in Frankreich versprochen. Jetzt billigten — mit ganz wenigen Ausnahmen — die französischen Sozialisten den Einmarsch Poincarés ins Ruhrgebiet, schlugen sogar die Verbreitung seiner Rede vor! Die jetzige „Interpellation" ist nur ein Wisch, um den deutschen Arbeiter weiter zu betrügen. Er genügt: die Hebräer finden, die Franzosen erfüllen „in vollstem Maße" ihre Pflicht! Zu gleicher Zeit heulen sie nach „nationaler Einheitsfront".

Deutsche Arbeiter, Beamte, Unternehmer, deutsche Frauen und Mädchen an der Ruhr und am Rhein!

Wenn ihr in ohnmächtigem Grimm die Fäuste ballt und von Bajonetten zur Arbeit getrieben werdet, so wißt, daß dies die Schuld der Novemberverbrecher ist, die euch die Friedensliebe Frankreichs vorpredigten!

Wenn eure Familien davongejagt, ihr geschändet und vergewaltigt werdet, so bedankt euch bei den meineidigen Verrätern vom 9. November 1918!

Wenn ihr in ohnmächtigem Grimm die Fäuste ballt und euch wehrlos den Kanonen gegenüberseht, so denkt daran, daß die verbrecherische Erfüllungspolitik euch das letzte geraubt hat!

Wenn ihr euch verarmt und zerrissen, die Gegner gemästet und reich seht, so vergeßt nie, daß ihr durch eurer Hände Arbeit dank dem Erfüllungsverbrechen diese Ausrüstung mitbezahlt habt!

Und wenn ihr des Landes verwiesen werdet, wenn ihr ins Gefängnis, ins Zuchthaus kommt, so denkt auch da an

die Novemberverbrecher, die euch die Wehr in der Hand zerschlugen!

Und wenn euch Väter, Mütter, Söhne und Freunde von Franzosen erschossen, gemordet werden, so denkt daran, daß dies die Opfer der niederträchtigsten Pazifistenpolitik unserer „Arbeiterführer" gewesen sind.

Und deshalb fordert als erste Bedingung eines erfolgreichen Widerstandes gegen Vergewaltigung von außen und jüdischen Betrug im Innern: *Einen deutschen Staatsgerichtshof für die November- und Erfüllungsverbrecher!*

Interuationaler Betrug in Hamburg!

„Völkischer Beobachter", 23. Mai 1923.

In Hamburg geht soeben etwas vor sich, was sich zum Unheil des deutschen Volkes im Laufe der letzten Jahre schon mehrfach abgespielt hat. Da treten sogenannte internationale Arbeiterführer zu einem großen Kongreß zusammen, schwören, für Humanität, Weltfrieden und Menschheitsgewissen einzutreten, sagen dem Imperialismus und dem Kapitalismus den Kampf bis aufs Messer an und — fahren wieder nach Hause. Und dann stellt sich folgendes heraus: die Vertreter der Ententestaaten werden Munitionsminister, werden mitten unter der Herrschaft des Großkapitalismus Führer ihrer Länder, werden zu wildesten Kriegshetzern und verwandeln sich von Menschheitsaposteln im Handumdrehen zu schärfsten Nationalisten.

Da war z. B. Herr Thomas, ein französischer Marxist, der Munitionsminister oon Frankreich wurde. Da war ein Vandervelde, das Haupt der zweiten Internationale; er wurde Minister im Kriegskabinett König Alberts von Bel-

gien und erklärte noch nach dem „Friedensschluß" in Versailles, er habe es als natürlich erachtet, die Belange seines Landes zu wahren. Neben ihm stand der Freund Karl Liebknechts, de Brouckère, ebenfalls ein angeblicher Internationaler, in Wirklichkeit ein fanatischer Nationalist, der nach der russischen Revolution in Offiziersuniform nach Petersburg und Moskau reiste, um das russische Volk zum Vernichtungskrieg gegen Deutschland aufzustacheln. Da war ferner während des Krieges der internationale Arbeiterführer Samuel Gompers, der ausgerechnet für den Vertreter des amerikanischen Großkapitalismus, Wilson, in allen Staaten herumreiste und für den Krieg gegen Deutschland Stimmung machte.

Kurz — mit Ausnahme vielleicht einiger russischer Marxisten —, in der ganzen westlichen Welt waren die Worte von Humanität und Menschheitsgewissen nichts anderes als Lügen und Bauernfängereien für die sogenannten Arbeiterführer des deutschen Volkes. Selbst Philipp Scheidemann, der 1917 Frieden bittend nach Stockholm eilte, stellte fest, daß von seiten der anderen „Genossen" keinerlei Entgegenkommen zu erwarten sei. Aber, obwohl dieser Mann das wußte, setzte er seine Zertrümmerungspropaganda fort und lieferte zusammen mit anderen Novemberhelden das deutsche Volk den vereinigten Arbeiterführern und Marschällen, beide geleitet von der jüdischen Hochfinanz, ans Messer.

Und sie gingen dann noch hin, die deutschen Arbeiterführer, und klagten das deutsche Volk der Schuld am Kriege an. Die Eisner und Genossen fälschten Aktenstücke. Kautsky gab die Akten des Krieges in einer Weise heraus, die aller Welt wiederum die Schlechtigkeit Deutschlands beweisen mußten. Und Herr Otto Wels, der jetzige Hauptvertreter des deutschen Marxismus in Hamburg, ging nach Genf und erklärte nochmals das deutsche Volk für schuldig am Kriege.

Jetzt sind sie alle wieder beisammen, die Herren von der Internationale, und es ist selbstverständlich, daß das Hauptblatt der Partei dem sich abspielenden Betruge schon im voraus Lobeshymnen zollt.

Da ergriff der eigentliche Leiter des „Vorwärts", der Arbeiterführer und mährische Jude Friedrich Stampfer, das Wort und erklärte kaltschnäuzig, daß ein Teil der sozialistischen Kämpfer seit dem Eintritt der Weltkatastrophe seine Stellung zum Staate geändert habe, da er „zur Auffassung gelangte, daß es unmöglich sei, praktische Arbeiterinteressen ganz losgelöst vom bestehenden Staate wirksam zu vertreten. Ihm schien es unmöglich, gegenüber den Kriegsschicksalen des eigenen Staates gleichgültig zu bleiben und so wenig ihn militärischer Ruhmesglanz und Aussicht auf Eroberung lockte, so wichtig schiene es ihm, die Niederlage mit ihren vernichtenden Folgen von dem eigenen Volke fernzuhalten".

Mit diesem Teil der Internationale meint Herr Stampfer selbstverständlich die Arbeiterführer der Entente. Diese haben sich allerdings dem bestehenden Staate zur Verfügung gestellt, aber ihre Ansicht nicht etwa geändert, wie Herr Stampfer es freundlich beschönigen möchte, sondern im Gegenteil durch ihre Tat all ihr bisheriges Geschwätz als Bauernfängerei erwiesen. Gleich bei Ausbruch des Krieges trat der marxistische Gustave Hervé in Soldatenuniform vor die Arbeiterschaft und predigte die restlose Vernichtung Deutschlands. Und ging dann hin und taufte seine Zeitung „Humanité" (Menschheit) in „Victoire" (Sieg) um. In Deutschland aber reisten die Arbeiterführer von Stadt zu Stadt und erklärten, es sei gleich, ob der Krieg gewonnen würde oder nicht. Ja, einige Verräterblätter haben auch jetzt noch die Stirne, dieses zu behaupten, obgleich unter dem Drucke der verbündeten Arbeiterführer und Marschälle des Westens gerade den deutschen Arbeitern die Gurgel zugeschnürt wird.

Dann fährt Stampfer fort mit der Behauptung, daß der pazifistische Gedanke „in der zweiten Internationale tiefe Wurzeln geschlagen“ habe. Und gleich darauf erzählt Herr Stampfer, daß auch nach dem Ausbruch des Weltkrieges sich eine Trennung vollzogen habe: der eine Teil der Internationale „hielt fest an dem Gedanken, daß während des Krieges der Schutz des eigenen Volkes gegen fremde Gewalt die vordringlichste Aufgabe sei, der andere ließ diese Aufgabe hinter dem Willen so oder so zu einem Ende des grauenhaften Zustandes zu gelangen, mehr in den Hintergrund treten“. Diese Worte sind doch bloß blutiger Hohn auf unsere gesamte Arbeiterschaft. Denn während die Ententeführer den Schutz ihres Volkes als die erste Aufgabe hinstellten, reisten die sogenannten deutschen Arbeiterführer von Kongreß zu Kongreß und boten hündisch bittend einen Frieden nach dem andern an. Während das deutsche Volk an der Front um sein Dasein kämpfte, erzwangen die Arbeiterführer mit anderen Verrätern Friedensresolutionen und erklärten offen in alle Welt hinaus, selbst bei einem Siege Deutschlands hätten die anderen Völker nichts zu befürchten.

Angesichts dieser Lage hatten dann die anderen Völker keinerlei Ursache, den Krieg abzubrechen, da ihnen ein ehrenvoller Friede sowieso bevorstand. Zu beachten ist an den Worten des Friedrich Stampfer, daß er erklärt, der eine Teil, also der deutsche, sei bereit gewesen, so oder so zu einem Ende zu kommen, d. h. gleichgültig, ob durch einen Sieg oder durch eine restlose Niederlage. Was das bedeutet, kann sich jeder selbst sagen.

Die „Vorwärts“-Nummer, die diesen volksverräterischen Aufsatz des österreichischen Juden in ihrer Zeitung abdruckt, hat eine riesige Überschrift, die heißt: „Hamburg Glück auf! Zum Weltkongreß der sozialistischen Arbeiter-Internationale.“ Die Arbeiter-Internationale hat nie bestanden und wenn Ansätze dazu da waren, so sind sie im Kriege

zersprungen und nach dem Frieden von Versailles erst recht nicht vorhanden. Angesichts des französischen Einbruchs an der Ruhr, angesichts der Vergewaltigung deutscher Arbeiter mit Hilfe französischer Proletarier im Blechhelm, wagt man, uns heute in Deutschland noch von einer — Arbeiterinternationale zu reden.

Genau so deutlich wie Herr Stampfer, spricht der neue Schupo-Oberst Hermann Schützinger in demselben Zentralorgan der marxistischen Arbeiterverräterpartei. Er erklärt folgendes:

„Im alten Staate konnte die Sozialdemokratie es sich leisten, in der zielbewußten Negation des den Staat überwuchernden Militärsystems den Kernpunkt ihrer Wehrpolitik zu betrachten." Damit hat Herr Schützinger offen zugestanden, daß die Sozialdemokratie Hochverrat während des Krieges und zwar zielbewußt getrieben hat. Daß Herr Schützinger das von dem Kriege „am schwersten betroffene" Frankreich bemitleidet, ist nach all dem selbstverständlich, und daß es ausgerechnet heute geschieht, ist bezeichnend für den Geist, der noch in Deutschland regiert.

Die beiden Ergüsse des Herrn Stampfer und Herrn Schützinger zeigen wohl zur Genüge, in welcher Gesinnungsverlumpung sich große Teile des deutschen Volkes heute befinden, welcher neue Betrug sich unbeschadet der Betrüger anbahnen kann. Der Zweck des ganzen Theaters in Hamburg ist eine neue Auflage der vorangegangenen Betrügereien. Auf der einen Seite die hohlen Reden der Ententevertreter, an die der deutsche Arbeiter wie an ein Evangelium zu glauben hat, auf der andern Seite das widerliche Auf-dem-Bauchrutschen sogenannter klassenbewußter Proletarierführer. Was auf diesem Kongreß auch beschlossen werden möge, das Ziel, weshalb es inszeniert wurde, ist jedem klar, der noch zu sehen versteht.

Wir fragen nur, was der deutsche Reichskanzler zu allen diesen Dingen zu sagen hat!

Student und Politik.

Zum Deutschen Studententag in Würzburg.

„Völkischer Beobachter", 26. Juli 1923.

Die Zeiten sind vorüber, da es noch halbwegs verzeihlich war, wenn junge Burschen von Politik, Wirtschaft und dergleichen nichts wissen wollten und sich in ihre feuchten Korpshäuser und Kneipen zurückzogen. Heute zwingt das Leben jeden Deutschen ohne Ausnahme, Stellung zu nehmen zu den Kämpfen der Gegenwart bzw. sich innerlich mit Fragen des nationalen Lebens auseinanderzusetzen. Es ist zwar nicht notwendig, daß jeder sich in die einzelnen Verästelungen aller Fragen hineindenkt, wohl aber, daß er grundsätzlich sich entscheidet. Denn hier wie überall handelt es sich weniger um eine Verstandseinsicht, als um eine Herzens- und Charakterangelegenheit. Der deutsche Student hat zu wählen zwischen dem völkischen Staatsgedanken, wie er sich eben aus dem verlogenen demokratischen herausringt und gegen den staatszerstörenden Marxismus ankämpft, und zwischen der internationalen Staatsauffassung, die ihre letzte Folge in der Forderung der Weltrepublik kundtut.

Viele Deutsche glauben nun gewählt zu haben, indem sie sich laut als vaterländisch ausgeben und oft „Deutschland über alles" singen. Prüft man aber, so findet man nur zu oft, daß selbst die ersten Folgerungen aus dem völkischen Mundbekenntnis nicht gezogen werden. Man darf vom Arbeiter nicht fordern, daß er den Klassenbegriff aufgibt, wenn man selbst Standesvorurteile predigt, ja diese auf der Straße derart zur Schau trägt, daß durch unreife Jungen oft verdorben wird, was ernste Studenten an Annäherung des gegenseitigen Empfindens erreicht haben.

Es geht nicht an, sich als vaterländisch zu bezeichnen und sich auf den Boden der Novemberrepublik zu stellen. Es geht nicht an, sich deutsch zu nennen und die „Frankfurter Zeitung" zu lesen. Es ist unmöglich, in Zukunft Führer zu sein, wenn man zur Zeit eines nationalen Verzweiflungskampfes formellen Schranken innerhalb des Burschenlebens, die längst überlebt sind, eine Berechtigung zuerkennt und sie nach dem Gesetz der Trägheit weiterhätschelt, obgleich man innerlich selbst fühlt, daß es Zeit wäre, sie abzuschaffen.

Das deutsche Studententum zog einst seine eigentliche Kraft nicht aus der Bierkneipe, sondern aus einem Staatsgedanken. Ein solcher war es, der die Burschenschaften schuf; ein solcher war es, der die Studenten 1848 auf die Barrikaden trieb. Ob nützlich oder nicht, jedenfalls lebte damals eine seelische Kraft in der deutschen Studentenschaft. Sie zeigte sich auch 1914, als ganze Korps geschlossen in den Krieg zogen. Sie zeigte sich in den Kämpfen an der Ruhr und in Oberschlesien. Und doch war es jetzt schon anders, ganz anders. Denn dort in Oberschlesien kämpften deutsche Studenten nicht mehr für einen deutschen Staatsgedanken, sondern für die „Ruhe und Ordnung" der plutokratisch-marxistischen Novemberrepublik. Die Fußtritte, die sie erhielten — siehe neuerdings Schlageter — haben viele noch nicht wachgerüttelt, noch nicht die Einsicht wachgerufen, daß des kommenden Deutschen Reiches Herrlichkeit eine innere Neugeburt, die Durchsetzung eines neuen Staatsgedankens zur Voraussetzung haben muß, der es unmöglich macht, daß das deutsche Volk und seine Vertretung nichts sind als ausführende Glieder jüdischer Börsenmächte.

Wer dies noch nicht erkannt hat, in dessen Munde ist das Wort „Vaterland" noch nicht wirkliches Leben geworden. Denn er ist vor den Folgerungen zurückgeschreckt, die jeder heute ziehen muß.

Der Studententag in Würzburg hat die Pflicht, aus dem Göttinger Bekenntnis die Folgerungen noch schärfer zu ziehen als bisher. Die Studentenschaften von Aachen, Köln und Bonn, die sich nicht einmal zur Göttinger Verfassung bekannt haben, sollen sich entscheiden, ob sie deutsch sein wollen oder nicht. Ist es z. B. nicht zum Lachen, in der „Kölner Universitäts-Zeitung" (Nr. 5 vom 2. Juli) zu lesen: „Seid national ohne Phrase, ohne negativen Antisemitismus, völkisch mit der Liebe zum eigenen Volke in Lönsscher Art, in Flexscher Art und ohne verneinenden Phrasenhaß gegen das Fremde. Pflegt Rassengesundung durch Stählung von Körper und Geist."

Zugleich wird erklärt: „Wir hatten einen Krieg verloren. Eine Revolution folgte . . ."; als wäre die latente Revolution nicht gerade die Ursache des verlorenen Krieges gewesen. Ist es nicht eine ganz üble Redensart, von Rassegesundung zu sprechen, wenn diese Gesundung planmäßig von jüdischen politischen und wirtschaftlichen Zentren unterbunden wird, dank den ehemaligen auch-nationalen Staatsmännern, die außenpolitisch sich wie toll gebärdeten, aber innenpolitisch hinterm Geldsack der alljüdischen deutschen Banken trollten! Positiven Antisemitismus stellten sich die Herren vermutlich so vor wie die „Deutsche Akademische Rundschau", die koschere jüdische Anzeigen bringt, jeden Studenten zur Abnahme eines Pflichtbuchs zwingt und Jehova einen guten Mann und Rathenau einen herrlichen Wiederaufbauminister sein läßt.

Mit solchen Mätzchen und üblen Phrasen ist dem deutschen Volke nicht gedient. Der Ruf „Burschen heraus!" erschallt heute berechtigter und eindringlicher als je zuvor. Das völkische Großdeutschland muß und wird einmal kommen, mit oder ohne die deutsche Studentenschaft. Aber an jeden wird einst die Frage gestellt werden: „Was tatest du, als es geboren wurde?"

Es gibt heute kein Herumdrücken und kein Ausweichen mehr. Der Würzburger Tag wird zeigen, wozu sich die deutsche Studentenschaft entschließt. Stellt sie sich völkisch ein mit allen Folgerungen, dann darf sie sich nicht wundern, demgemäß beurteilt zu werden. Sie wird um nichts gebeten, sondern es wird ihr nur gesagt, was zu tun ihre Pflicht ist.

Stresemann.

„Völkischer Beobachter", 14. August 1923.

Der echte Parlamentarier Herr Dr. Stresemann ist Reichskanzler geworden. Damit entschwindet er der Kritik seiner Zeitgenossen und thront in dem erhabenen Reiche derer, die unter dem Gesetz zum Schutze der November-Republik stehen. In aller Ehrerbietung und untertanenhaften Hochachtung möchten wir uns aber doch gestatten, einiges aus der letzten Tätigkeit des Dr. Stresemann zu erzählen. Der Führer der Partei, die das ganze Reich mit schwarzweißrot umränderten Plakaten beklebt und eine Kaiserkrone als Stempel darüber druckt, erklärte in Dresden, Anfang Dezember 1921, die Politik der Demokraten habe Schiffbruch erlitten, man müsse jedoch den Streit über die Schuld am Zusammenbruch des November 1918 begraben und vor allen Dingen müsse man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und die törichte Politik eines Rechtsblockes aufgeben. Am 10. Juli 1922 erklärte er im Reichsausschuß seiner Partei, daß er mit seiner Partei für den Schutz der Verfassung eintrete, und daß seine Fraktion bereit sei, an dem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken. Dann klagte er über die „Verhetzung auch durch rechtsradikale Elemente" und sagte, wenn die Reaktion weiter so arbeite wie bisher,

so würde Deutschland den blutigsten Bürgerkrieg bekommen. Am 25. Juli erklärte Herr Stresemann in Elberfeld, seine Partei habe dem Schutzgesetz zugestimmt, nachdem ihm der Charakter eines Ausnahmegesetzes genommen sel. Am 24. September 1922 hielt Stresemann in Breslau eine große Rede, in der er ausführte, der Weg zur Volksgemeinschaft und zur Befestigung unserer inneren Verhältnisse sei durch den ruchlosen Mord an Rathenau unterbrochen worden. Der Gedanke der Volksgemeinschaft könne nicht tödlicher getroffen werden, als es durch diese Tat geschehen sei. Und nachdem er über die Deutschnationalen gewettert hatte, sagte Stresemann wörtlich über die Marxisten: „Neben einer Sozialdemokratie, in der der Geist eines Crispien lebendig ist, ist für uns kein Raum.“ Nun sitzt Herr Crispien augenblicklich im Vorstand der vereinigten Sozialdemokratie, und kein ganzes Jahr ist vergangen, daß Herr Stresemann mit dieser selben Sozialdemokratie in engster Freundschaft ein Kabinett bildet — der Parlamentarier wie er leibt und lebt.

Zur gleichen Zeit, als Herr Stresemann als Parlamentsdauerredner durch Deutschland reiste, machten seine „Deutschen Stimmen“ mit Stolz darauf aufmerksam, *daß das „Gesetz“, das Herrn Ebert die Verlängerung seines Reichspräsidentenpostens ermöglichte, ein persönlicher Erfolg des Herrn Stresemann gewesen sei.* Die Sozialdemokraten und die Demokraten hatten sich schon auf eine Neuwahl gefaßt gemacht, aber Herr Stresemann habe mit eiserner Konsequenz sein Ziel verfolgt und Ebert sei im Amt geblieben. Diese Siegestat des Herrn Stresemann muß heute vermerkt werden, da Herr Ebert sicher als Dank für diese Leistung Herrn Stresemann den Posten eines Reichskanzlers übertrug. Und um sie ins richtige Licht zu stellen, sei noch vermerkt, daß Herr Stresemann in einer Rede erklärte: „*Hindenburg als Kandidat zu prokla-*

mieren, heißt mit dem großen Namen verbrecherischen Mißbrauch treiben." Somit hatte der schwarzweißrote Stresemann Herrn Ebert dem Marschall Hindenburg vorgezogen.

Im Februar des Jahres äußerte er sich vor dem preußischen Jugendbund in Dortmund folgendermaßen: „Diejenigen Mächte, die den Frieden von Versailles unterschrieben und uns veranlaßt haben, unsere Waffen zu strecken, sind verantwortlich für die heutigen Zustände in Deutschland." Derjenige, der den Frieden unterschrieb, war bekanntlich der Sozialdemokrat Hermann Müller. Und dessen Parteigenosse Fritz Ebert sitzt eben auf dem Präsidentenstuhl und von diesen selben Vertretern der Macht, die Stresemann als die Verräterpartei am deutschen Volke gekennzeichnet hat, nimmt der gleiche Herr Stresemann das Amt des Reichskanzlers entgegen. Zur näheren Orientierung über die Persönlichkeit des Herrn Stresemann wollen wir nur noch mitteilen, daß er mit der Tochter des Juden Dr. Paul Kleefeld verheiratet ist.

Fürwahr, die „deutsche" Republik hat in Dr. Stresemann den ersten würdigen Reichskanzler erhalten, und er wird sicherlich seine Pflicht und Schuldigkeit den Mächten gegenüber tun, die ihm zu diesem Posten verholfen haben.

Hilferding!

„Völkischer Beobachter", 15./16. August 1923.

Mitten in der Ruhrkrise 1923 hatte das Kabinett Cuno seinen Rücktritt erklärt. Ebert beauftragte darauf Stresemann mit der Bildung eines neuen Kabinetts auf „weiter parlamentarischer Grundlage". Dieses Kabinett, das auf Zugeständnissen nach allen Seiten hin aufgebaut war, bestand u. a. aus: Robert

> Schmidt, Dr. Brauns, Sollmann, Dr. Oeser, Geßler, Radbruch und Hilferding. Dem sozialdemokratischen Juden Hilferding war das Finanzministerium übertragen worden. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Kabinettsliste im „Völkischen Beobachter" erschien schon nachfolgende Stellungnahme zu der Person Hilferdings, der die schwerste Belastung des Kabinetts darstellte.

Stresemann hat sein Kabinett nun glücklich beisammen. Wir finden in ihm alle die alten bekannten Namen wieder, nur einer leuchtet uns neu und verheißungsvoll entgegen, das ist der Name Dr. med. Rudolf Hilferding. Mit diesem Namen hat das Kabinett Stresemann seinen eigentlichen Sinn erhalten. Deshalb ist es notwendig, sich mit der Persönlichkeit dieses österreichischen Juden etwas näher zu befassen.

Er ist 1879 in Wien als österreichischer Staatsbürger geboren, entstammt einer jüdischen Familie, studierte Medizin und war dann politisch tätig als Leiter einer marxistischen Schule in Berlin. Später „arbeitete" er in der Redaktion des „Vorwärts" und am 4. August 1914 trat der Jude Hilferding als nichtdeutscher Staatsbürger gegen die Bewilligung der deutschen Militärkredite auf. Nach der Revolution 1918 erwarb er das deutsche Staatsbürgerrecht und übernahm die Leitung des Hauptblattes der unabhängigen Sozialisten, der „Freiheit". Das hinderte nicht, daß der unabhängige Kapitalistenbekämpfer in der kapitalistischen „Frankfurter Zeitung" Artikel veröffentlichte, wie z. B. am 21. Dezember 1922.

Besonders wichtig in der heutigen Zeit ist die außenpolitische Haltung des Herrn Hilferding. Und da ist vor allen Dingen eine Rede dieses Hebräers auf dem französischen marxistischen Parteitag in Lille zu vermerken, wo Hilferding als Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie gesprochen hat. Nach dem Bericht seines Blattes, des „Vorwärts", vom 6. Februar 1923, erklärte Hilferding: „Wir

deutschen Sozialisten wollen nicht nur, daß Frankreich die Reparationen erhalten, sondern wir wünschen auch, daß ihm die notwendigen Garantien gegeben werden."

Ferner sprach Hilferding die Ansicht aus, daß eine Lösung wirtschaftlicher Art möglich sei, und daß die Intervention der ausländischen Sozialisten eine Lösung herbeiführen würde. Mit diesen Worten ist das Schicksal des deutschen Volkes, das jetzt in die Hände des neuen jüdischen Finanzministers gelegt ist, deutlich umschrieben; denn das Versprechen der „Reparationen" und das Versprechen der „Garantien" aus einem Munde wie Hilferdings, dessen Partei kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, bedeutet die vollkommene Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft und Industrie, die Auspressung bis aufs Blut, die Duldung der Bespitzelung aller unserer technischen Einrichtungen, die Anerkennung einer vollständigen Finanzkontrolle, mit einem Worte die vollständige Versklavung des deutschen Volkes.

Dieses Volk, namentlich aber die sogenannten bürgerlichen Parteien, welche die Stresemänner und Scheidemänner in den Reichstag gewählt haben, haben nun nicht das geringste Recht, sich über das kommende Chaos zu beklagen. Im Gegenteil, ein jeder Bürger der Deutschen Volkspartei, der einen Familienangehörigen nach dem andern langsam verkommen sieht, hat sich zu sagen, daß er mit schuld ist an diesem ganzen Elend unseres Volkes. Jeder christliche Zentrumswähler, der die Wirth und Genossen unterstützt und in Erzberger einen großen Katholiken sah, möge vor seinem Abgang ins bessere Jenseits noch einige Rosenkränze beten, die ihm über den Hunger, herbeigeführt durch die Wirthsche Erfüllungspolitik hinweghelfen können. Und die Deutschnationalen, die nach einer Rede des Herrn Hergt „deutschvölkisch bis auf die Knochen" sind, und „ins Volk" zu gehen versprachen, sie mögen sich sagen, daß ihre Führer zu feige waren und während ihres ganzen Daseins im Reichstag

kein wahres Wort über die Zusammenhänge zwischen Börse und Marxismus und Judentum zu sprechen wagten. Die Wähler der „christlichen" Bayerischen Volkspartei, die der Völkischen Freiheitsbewegung durch die Unterstützung der Schweyer und Genossen durch alle Jahre hindurch einen Knüppel nach dem andern zwischen die Beine warfen, können sich ebenfalls an die eigene Nase greifen, wenn sie sehen müssen, daß diese Freiheitsbewegung noch nicht so stark geworden ist, den Spuk der Hilferdinger unmöglich zu machen.

Die Severing und Genossen, die Levi und Cohn und die Stresemann aber können sich die Hände reiben: denn die große Koalition ist gekommen.

Für uns gibt es natürlich nur eine einzige Losung, und das ist: rücksichtslose Bekämpfung des neuen Erfüllungskabinetts, und in dieser Bekämpfung hoffen wir, daß auch manchem denkenden Wähler allmählich die Augen übergehen vor dem großen Theater, das noch kommen wird, und daß viele sich entschließen werden, eine Bewegung zu unterstützen, die nicht mehr Kämpfer für deutsche Freiheit hinter Schloß und Riegel setzt, sondern den Bedrücker hinter eiserne Gardinen steckt. Das ist der Tag, für den wir arbeiten, und der einst kommen wird und kommen muß.

Stresemann strebt immer höher!

„Völkischer Beobachter", 26./27. August 1923.

Die neue Rede Stresemanns entspricht vollkommen dem erzbergerhaften Aussehen des neuen monarchistischen Kanzlers der Novemberrepublik. Er verspricht der Entente eines nach dem andern, und wir glauben, daß er sich nicht verspricht, sondern allen Ernstes bereit sein wird, mit Hilferding, Mendelsohn und Genossen alle Kräfte zu alarmieren, um den „scharfen Eingriff in die Vermögens*substanz*"

zum Besten der Wiedergutmachung des jüdisch-französischen Krieges durchzuführen. Wir sind überzeugt, daß dem Frankreich und den Franzosen auch vielversprechend erscheinenden neuen Reichskanzler die Tatkraft nach innen, dem ausgeplünderten deutschen Volk gegenüber nicht mangeln wird. Die „Notwendigkeiten“ müssen eben durchgesetzt werden.

Ohne Widerspruch vermerkt Herr Stresemann ferner die „praktische Lösung“, die Poincaré in seiner letzten Rede zu Charleville in bezug auf die sogenannten „Garantien“ vorgeschlagen hat. Als solche „positiven Pfänder“ werden die deutschen Eisenbahnen, die deutsche Wirtschaft und die deutschen Zölle angesehen. Ferner erklärt Stresemann, das Memorandum vom 7. Juni bleibe auch ferner die Grundlage, daß die private deutsche Wirtschaft unmittelbar in den Dienst dieser Garantien gestellt werden wird.

Das alles ist eindeutig und klar: über die deutsche Wirtschaft, über die deutschen Eisenbahnen werden französisch-jüdische Kontrolleure zu bestimmen haben. Deutschland ist dann offiziell eine Sklavenkolonie seiner Feinde geworden und hat damit jede Selbstbestimmung wirtschaftlicher, politischer und völkischer Art restlos aufgegeben.

Aber Herr Stresemann bekommt es fertig, gleich darauf folgende Worte zu sagen: „Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Wahrung unserer Souveränität, sowie für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sieht die jetzige Regierung das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten.“ Über die groteske Behauptung, als habe er etwas an „Souveränität“ zu wahren, erübrigt sich jedes Wort. Daß der neue „nationale“ Kanzler noch immer von „Reparationsverpflichtungen“ spricht, ist ebenfalls selbstverständlich, namentlich da er am Anfang der Rede betonte, auf die Schuldfrage nicht eingehen zu können.

Ebenso nichtssagend sind die späteren Versprechungen, eine Verpfändung des Ruhrgebietes selbst nicht zulassen zu können.

Hier müssen wir uns doch fragen: wenn überhaupt Zölle, Eisenbahnen und die ganze Wirtschaft als Sicherheitspfänder angeboten werden, warum denn nicht auch das Ruhrgebiet? Herr Stresemann braucht sich nicht zu wundern, wenn die „Rote Fahne" jetzt erklären würde, daß er nichts anderes sei als der Angestellte der rheinischen und der an der Ruhr ansässigen Großindustrie, die unter bestimmten Abmachungen ihrer Sicherheit bereit sei, das ganze übrige Deutschland und die Kontrolle und restlose Ausplünderung seitens unserer Feinde zuzugeben. Da der stets gut unterrichtete Georg Bernhard neulich behauptete, Stresemann spreche nur nach genauer Formulierung seines Wortlautes, so müssen wir hier den Kanzler dringend um Aufklärung ersuchen, warum das Ruhrgebiet als Pfand ausgenommen, das ganze übrige Deutschland aber als solches ausgeliefert werden soll!

Daß verschiedene sogenannte nationale Blätter über die „energischen" Worte, die Ruhr und das Rheinland betreffend, in Entzücken geraten sind, versteht sich von selbst. Daß sogar „ganz nationale" Blätter ihren Widerstand gegen Stresemann einstellen, entspricht genau der Gehirnverkalkung, die seit Jahren in fortschreitender Entwicklung begriffen ist.

Am Schluß seiner Rede erklärt Herr Stresemann, die Gärung in den Völkern hätte ihren Nährboden in der „Unsicherheit der Geldverhältnisse". Hier hätte Herr Stresemann noch einige Minuten Atempause machen sollen, um zu erklären, daß diese Unordnung der Geldverhältnisse die Folge einer ganz bestimmten Politik der Börsen in allen Weltzentren ist, und daß diese Herren der Großbanken und Börsen, die mit Hilfe gefälschter politischer Nachrichten, mit Hilfe einer verhetzenden Presse, und mit Hilfe von

Kredit- und Warensperrungen die Unordnungen in die Welt bringen, die eigentlichen Feinde aller Völker der Erde sind. Wenn Herr Stresemann die Souveränität der Völker anruft, so hätte er es in diesem Sinne tun müssen. Er hätte die Augen aller Deutschen zunächst auf jenen großen Betrug hinweisen müssen, der sich seit Jahren und Jahrzehnten abspielt, auf jenen Betrug, daß alle deutschen Zahlungen nicht dem englischen und französischen Volke zugute gekommen sind, sondern ausschließlich den Börsen- und Industriekonsortien in Paris und London.

Unser Wille, unser Weg, unser Ziel.

„Völkischer Beobachter", 29. August 1923.

Die Rolle, die der „Völkische Beobachter" in der Entwicklung der NSDAP. gespielt hat, kann kaum überschätzt werden. Jahrelang, vor allem zu Beginn der Kampfzeit, ehe der Rednerapparat groß ausgebaut war, bildete er die einzige Verbindung zu der Zentrale in München. Durch ihn hat der Führer wieder und wieder seine Manifeste herausgegeben. Er überwachte und verkündete nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Ideen der nationalsozialistischen Bewegung. Die Umänderung des Blattes von einer Wochenzeitung in eine Tageszeitung bedeutete damals für den Kampf der Bewegung etwas Außerordentliches und das erklärt die nachfolgenden Ausführungen, die Alfred Rosenberg im Zusammenhang mit einem Ausbau der Zeitung im großen Weltformat veröffentlichte.
Dank der Verlagsleitung von Max Amann und der Hauptschriftleitung von Alfred Rosenberg ist dann der „Völkische Beobachter" nach der Machtübernahme zur ersten Zeitung Deutschlands und auch zum offiziellen Regierungsorgan geworden.

Mit der heutigen Ausgabe erscheint der „Völkische Beobachter" endlich in der Form, wie sie uns seit Jahren vor-

schwebte. Unsere alten Freunde wissen, welche Anstrengungen es der jungen, verspotteten und verleumdeten Bewegung gekostet hat, zuerst das Wochenblatt zu erwerben, um es dann zur Tageszeitung umzugestalten. Immer wieder, wenn es schien, als ob wir nahe am Ziele wären, mußte der Plan aufgegeben werden, bis dank der großmütigen Spende einer deutschen Frau im Februar dieses Jahres die Tageszeitung doch Tatsache wurde. Aber aus technischen Gründen konnte auch sie noch nicht in einem Format erscheinen, wie es in Aussicht genommen war, und das der Bedeutung unserer Bewegung auch äußerlich entsprochen hätte. Dank dem Entgegenkommen des Buchgewerbehauses Müller & Sohn steht jetzt die neue Rotationsmaschine da, und der „Völkische Beobachter" tritt in einen neuen Abschnitt seiner Tätigkeit.

Wir haben uns mittlerweile im In- und Auslande ständige Mitarbeiter gesichert, so daß unsere Leser dauernd genau über die weltpolitische Lage unterrichtet werden. Aber wir werden nach wie vor unseren Standpunkt vertreten, daß, namentlich in der heutigen Zeit, eine Zeitung nicht ein geistiger Müllkasten zu sein hat, in den wahllos alle „Meldungen" und „Betrachtungen" nebeneinandergeworfen werden, sondern daß eine Zeitung das Werkzeug eines Staatsgedankens darstellen muß. Und zwar offen und rücksichtslos. Uns widert die sogenannte „Unparteilichkeit" gewisser Presseerzeugnisse ebenso an wie die verlogene Propaganda der unter „geistiger demokratischer" oder auch „nationaler" Flagge segelnden Blätter, die auf Stimmenfang ausgehen, geheim aber nur börsianische, rein dynastische, eng konfessionelle oder verräterisch separatistische Interessen verfolgen.

Es gibt keine voraussetzungslose Wissenschaft und Philosophie, es gibt auch keine voraussetzungslose Politik. Jede wirkliche Entdeckung hatte eine richtunggebende Idee als treibende Kraft. Ohne den kopernikanischen Gedanken

wären nicht Planeten entdeckt worden, ohne ihn hätte ein Kolumbus seine Weltreise nicht angetreten. Ohne von vornherein angenommene Hypothesen gäbe es keine exakte Physik, ohne das Erlebnis einer neuen politischen Zusammenschau, der Idee eines neuen Staatsgedankens, wird es nie ein Deutsches Reich geben. Für dieses Ideal aber gibt es bei der Kritik der Gegenwart auch Dinge, die von vornherein klar sein müssen.

Es gibt heute weder in Europa noch in Amerika einen wirklichen Nationalstaat. Das erstrebte Ideal wurde durchkreuzt, weil es meist nur außenpolitisch wirksam wurde. Innerpolitisch herrschte die rasse- und volkslose Demokratie. Die Wirtschaft ist heute nicht beaufsichtigte Dienerin einer Nationalpolitik, sondern die Staaten sind Gegenstände in der Hand internationaler, zu neun Zehntel jüdischer Privatsyndikate geworden.

Der Kampf auf sozialem Gebiet wird seit siebzig Jahren in falscher Front geführt. Der internationale Gedanke der Demokratie und des Marxismus, beidemal unter jüdischer Finanzführung, war stärker gewesen als die Erkenntnis einer völkischen Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen. Die Arbeiterbewegung wurde vom gesamten Marxismus verraten und wird es tagtäglich weiter. Jeder bewußte Marxist ist ein Hochverräter am Deutschen Reich. Die Schuld am heutigen Betrug liegt im vorsätzlichen Verrat des internationalen marxistischen Führergesindels, aber auch auf seiten der angeblich nationalen Wirtschaftskreise, die außenpolitisch national waren, innerpolitisch den Arbeitnehmer aber nur zu oft bloß als Wirtschaftsobjekt betrachteten.

Wahrer Nationalismus bedeutet in erster Linie Volks- und Rassenschutz, d. h. staatliche Kontrolle über den Privatkapitalismus, rücksichtslose Durchsetzung aller Maßnahmen, die die Gesundung der schwer arbeitenden

Schichten des Volkes verbürgen. Nicht sozial darf ein Staat sein, d. h. nicht mildtätig, nicht beispringend, gefühlsselig, sondern gerecht, sozialistisch, pflichtbewußt. Nationalpolitik nach außen heißt Machtsicherung für das Volk, Nationalpolitik nach innen heißt Sozialismus. Das eine ist Sicherung des Ganzen, das andere Sicherung des einzelnen. Der völkische Staat der Zukunft ist also — nationalsozialistisch. Die Zeit wird beweisen, daß dieser Gedanke siegreich sein wird. Das Alte ist zerbrochen, wenn es vielleicht auch nur wenige Millionen fühlen und nur einige Tausend wissen. Der neue Staatsgedanke wird sich erproben müssen, wie die Schiffe des Kolumbus, als sie, um nach Osten zu gelangen, nach Westen fuhren.

Aus diesem Grunde tritt der neue Gedanke gesetzgebend in Erscheinung. Er kennt keine Zugeständnisse, keine Liberalität, kein „menschliches Verstehen" anderen Gedanken gegenüber. Dem einzelnen unbewußten, suchenden, strebenden Menschen kann man die Hand drücken, geistig mit ihm ringen, dem demokratisch-parlamentarischen und marxistisch-bolschewistischen System aber ist der Kampf erklärt worden, der nur Sieg oder Niederlage kennt.

Im Mittelalter stritten die Völker unter der Losung: hie Papst, hie Kaiser. Später hieß es: hie Katholik, hie Protestant. Dann hie Monarchie, hie Republik. Das ist vorbei. Heute hat man sich zum Wesentlichen durchgerungen, aus dem alle diese verschiedenen Kampfrufe stammten: hie internationaler Machtgedanke, hie völkische Selbstbehauptung. Dieser eine Gedanke, wirklich innerlich erlebt, läßt uns die heutige Welt und die Geschichte anders anschauen als früher. Er fordert aber auch auf allen Gebieten des Lebens eine neue Antwort auf die neuen Fragen der Gegenwart, die so chaotisch, so schmachvoll ist in vielem, und in der es doch wert ist, für die Zukunft zu kämpfen.

Alle Enttäuschten, alle Suchenden und Strebenden wollen wir sammeln: unsere betrogenen Handarbeiter wie den verratenen Mittelstand und alle jene Soldaten, die mit blutendem Herzen sehen müssen, daß sie bisher umsonst gekämpft und geblutet haben. Der zwei Millionen toter Helden muß sich das ganze Volk wieder erinnern, der darbenden Frauen und Kinder, um Liebe zu gewinnen zu seiner Zukunft und Haß, brennenden Haß gegen seine jüdischen und entdeutschten Verräter. Nicht mit Stimmzetteln wird des deutschen Volkes Schicksal entschieden werden, sondern zunächst durch eine innerpolitische Machtprobe, auf die es wohl bald gestellt werden wird, wenn gewisse Strohmänner ihre Schuldigkeit getan haben werden. Diese Machtprobe allein wird entscheiden, ob die internationale Zersetzung oder der deutsche Lebenswille den stärkeren Antrieb ausübt. Siegt der erste, so wäre ganz nüchtern festzustellen, daß Deutschland mit Recht zugrunde gegangen wäre. Ein Volk, das nichts zu sagen hat in seinen Schicksalsstunden, soll vom Erdboden verschwinden, je schneller desto besser. Die neue Bewegung ist jedenfalls willens zu erklären: Deutschland wird entweder ein völkischer Staat oder es soll mit uns untergehen.

In diesen Kampfgedanken wollen wir Deutsche aller Stämme und aller Länder vereinen. Wir geben uns keiner Täuschung hin über die verzweifelte Lage unseres Volkes. Wir wissen, wie schwer es ist, auch nur eine kleine Schar leidenschaftlicher, zugleich aber bewußter Kämpfer zu sammeln. Wir sind auch keine Pharisäer, um uns als unfehlbar und als engelhafte Apostel auszugeben. Wir wissen, daß wir im Einzelnen auch irren können und werden. Wir wissen, daß Schlappen und Rückschläge in der deutschen Freiheitserhebung kommen werden. Das alles aber wird uns keine Sekunde irre werden lassen, weder wird der Wille erlahmen, noch wird der Weg verlassen werden. Am wenigstens aber wird das Ziel unseren Augen entschwinden.

Wir danken allen unseren Freunden, die uns durch alle Zeit hindurch ihr Interesse durch Zuschriften und Nachrichten gezeigt und uns auch materiell unterstützt haben. Wir bitten sie, dies auch weiter zu tun. Sie mögen überzeugt sein, daß, wenn auch nicht alles verwertet werden kann, keine Anregung unbeachtet vorübergeht. Wir bitten sie gerade jetzt dringend: Helft, trotz der schweren Zeit, mit dem Bewußtsein, daß jeder Deutsche an seiner Stelle, ob er in München, Neuyork oder Tokio wohnt, mitzuarbeiten, mitzuleben hat für das, was uns als einziges Ziel vorschwebt: das völkische Großdeutschland.

Die Anschauungen über Mittel und Wege mögen verschieden sein. Diesen verschiedenen Anschauungen soll im „V.B." ein breiterer Platz als bisher zur Verfügung stehen. Wer glaubt, wirklich etwas zu sagen zu haben, möge hervortreten, gleichviel welchen Standes er sei. Wir gestehen dabei, einen ehrgeizigen Wunsch zu haben: daß der „Völkische Beobachter" das Organ der kommenden Freiheitserhebung wird, das Blatt des ringenden, suchenden, jungen Deutschlands, das nicht nur verstehend zurückblickt, sondern vorwärts will, des Deutschlands, das vom Bewußtsein des Rechts der Gegenwart den Willen zur Macht für die Zukunft erhält.

Deutschland und der Völkerbund.

„Völkischer Beobachter", 30. August 1923.

In den letzten Tagen ist die ganze sogenannte deutsche Presse emsig bemüht gewesen, uns den Eintritt in den Völkerbund als ein erstrebenswertes Unternehmen hinzustellen. Selbst jene Blätter, die bisher sich doch mit einiger Kritik diesem Verein gegenüber verhielten, flehen heute in den süßesten Tönen und bitten die Herren in Genf kniefällig

um Aufnahme. Es fällt dem Durchschnittsdeutschen, und nicht nur ihm, schwer, das wahre Wesen dieser Einrichtung wirklich zu verstehen. Er liest nur die Reden des einen oder anderen Vertreters und glaubt, die gesprochenen Worte hätten den Sinn, den er in seiner Gutmütigkeit ihnen beilegt.

Die „Jüdische Rundschau" schrieb 1920 (Nr. 49): „Ein englischer Staatsmann hat auf einem Londoner Massenmeeting gesagt, die einzigen beiden Ergebnisse, die mit dem Kriege etwas aussöhnen könnten, wären die jüdische Heimstätte und der Völkerbund. Er hat damit etwas gesagt, was in uns allen den stärksten Widerhall wecken muß. Die Verwirklichung des Zionismus ist letzten Endes nicht möglich ohne Werden des Völkerbundes." Diese offenherzigen Töne aus dem jüdisch-nationalen Lager weisen schon auf ganz bestimmte Hintergründe hin, die sich denn auch gleich bei Eröffnung des Völkerbundes bemerkbar machten. Als zu dieser Zeit der Generalsekretär des Völkerbundes sich nach Genf begab, um seine feierliche Eröffnung zu organisieren, war sein erster Gang ein Besuch beim — Großrabbiner von Genf, Ginsburger. Während dieser Audienz hielt der Herr eine längere Rede, die frohlockend von der ganzen jüdischen Presse wiedergegeben wurde. Er sagte unter anderem, er und seine Mitarbeiter würden „sich zur Verteidigung der Juden vereinigen, und er hege die feste Zuversicht, daß der Völkerbund seine Pflicht gegen die Juden erfüllen werde. Er hoffe, daß die gesamte Judenheit bald überall sich aller Menschen- und Bürgerrechte erfreuen werde. Von nun an würden die Juden nicht mehr vergeblich an die Gerechtigkeit der Menschheit appellieren" („Der Israelit", 11. November 1920).

Als Deutschland gegen die gewaltsame Abtrennung von Eupen-Malmédy protestierte, fand es beim gerechten „Völkerbund" taube Ohren. Er war damit beschäftigt, für die Vernichtung des Deutschtums in Westpreußen und Oberschlesien zu sorgen. Als Deutschland gegen die schwarze

Schmach im Rheinland Verwahrung über Verwahrung einlegte, da glaubten die humanen Brüder in Genf, das Vergewaltigen deutscher Frauen, Mädchen und Knaben gehöre zur heutigen Weltordnung.

Wenn wir uns nun angesichts dieser Tatsachen fragen, was ein Eintritt Deutschlands in dieses internationale Konsortium zu bedeuten hat, so kann die Antwort auf diese Frage nicht zweifelhaft sein: ein Eintritt in den Völkerbund würde die Anerkennung, die unterschriftlich beglaubigte Anerkennung der internationalen Börsendiktatur bedeuten, Deutschland würde durch diese neue Unterwerfung sich offen und willig als Sklavenkolonie bezeichnen und einen Abgesandten des hebräischen Konsortiums als unumschränkten Herrn und Gebieter bewillkommnen. Das große deutsche Volk würde einen ähnlichen Weg gehen, wie ihn Österreich bereits angetreten hat. Es wäre möglich, daß die deutsche Mark auf den Börsen steigen würde, es wäre möglich, daß die Getreidezentralen Neuyorks dem deutschen Sklavenvolke etliche Brosamen zuwerfen würden, aber eine Unterschrift unter die neuen Diktate würde die Verkommenheit gewisser Kreise Deutschlands nur noch vergrößern; das erwachende Gefühl für Ehre und Freiheit würde mit dem Hinweis auf die neuen Erfolge zu betäuben versucht werden, und es käme wieder eine Zeit schlimmster nationaler Zersetzung und Kriecherei, die das kommende Ende doch nicht verhindern würde, uns aber in einer weit schlimmeren Lage vorfände, als es selbst heute der Fall wäre.

Es ist ein weltpolitischer Witz, daß eine Zentrale, die in ihrer gesamten Gründung und Tätigkeit nichts anderes darstellt als eine Verhöhnung aller Menschen- und Völkerrechte, ihren Sitz in einem Lande aufgeschlagen hat, das von jeher als eine Zuflucht der Unterdrückten und Verfolgten gegolten hat. Man müßte auch in der freien Schweiz einsehen, daß die Anerkennung des heutigen Völkerbundes nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die Anerken-

nung der jüdischen Finanzdiktatur über alle Welt. Wie weit die Dinge in der heutigen Schweiz bereits gediehen sind, sahen wir vor zwei Monaten. Am 15. Juni forderte das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz" das Verbot des Verkaufes des bekannten Buches Henry Fords „Der internationale Jude". Am 23. Juni bereits erließen die Schweizer Bundesbahnen eine Verfügung, laut welcher das genannte Werk in den Bahnhofsbuchhandlungen nicht mehr ausgestellt werden durfte.

Jeder europäische Staat, der sich in Zukunft eine Selbstbestimmung sichern möchte, muß sich in Gegensatz zu diesem Bunde in Genf stellen, dessen Zweck nur ist, Spitzel in alle politischen und wirtschaftlichen Kreise aller Länder zu setzen, um auf diese Weise als lachender Dritter Nation gegen Nation, Staat gegen Staat aufhetzen zu können. Hinter den Kulissen des heutigen hebräischen Völkerbundes werden die Knoten geschürzt zu einem Weltkonflikte. In dieses grausame Spiel soll Deutschland als willenloses Objekt hineinverwickelt werden. Hat das deutsche Volk überhaupt noch einen Lebenswillen, so muß es sich mit allen Kräften gegen diese neuesten Auslieferungsoersuche wehren.

Von den Regierungen ist das nicht zu erwarten.

Deutscher Tag.

„Völkischer Beobachter", 1. September 1923.

In der Stadt Albrecht Dürers ist Deutscher Tag. Aus allen Gauen Bayerns, namentlich Frankens, strömen vaterländisch gesinnte Männer, wohl an 50000, zusammen, um wieder dieses Gefühl völkischer Einigkeit zu empfinden und zu bekunden, das seit den großen Novembertagen von Volksverrätern bitter gehaßt und verfolgt wird. In weni-

gen Städten kommt der Gegensatz zwischen einst und jetzt so sichtbar zum Ausdruck, wie in Nürnberg. Zinnen, gewaltige Mauern und Türme zeugen dort von Manneskraft und Wehrhaftigkeit, und inmitten dieser Zeugnisse einer großen Vergangenheit sitzen blutlose, entartete Demokratenseelen. Zwischen den Mauern aber werden Druckerzeugnisse von Hochverrätern ungehindert feilgeboten.

Der Deutsche Tag soll nun den Willen bekunden, auch in Nürnberg das Steuer herumzudrehen und es zu einem Mittelpunkt des völkischen Wehrgedankens zu machen. Wie einstmals.

Und doch wieder nicht: das, wofür Nürnbergs Bürger einstens kämpften, war etwas enger Begrenztes, das nicht weit über die Stadtmauern und die Kirchen hinausreichte. Das, worum es sich heute handelt, ist mehr, viel mehr. Weiter als ein Menschenauge reicht, kämpfen in Ost und West, in Nord und Süd deutsche Brüder einen Verzweiflungskampf. Es wird von der klaren politischen Erkenntnis der versammelten vaterländischen Führer abhängen, ihre Kraft an der richtigen Stelle und für einen Gedanken einzusetzen, der aus dem vielfach morsch gewordenen Alten und nach Ausschaltung des noch fauleren Neuen eine Staatssynthese für die Zukunft darstellt.

„Ruhe und Ordnung" sind keine politischen Ideale, für die es wert wäre, nur einen Finger zu rühren. Ruhe und Ordnung sind oft weiter nichts als Faulheit und geistige Verkümmerung. Bestenfalls sind sie Mittel für einen Zweck. Geht es nicht ohne sie, dann muß es gegen sie gehen. Mit Ruhe und Ordnung isi noch nie ein Volk gerettet worden, wohl aber haben diese Spießerideale schon Nationen zum Verfaulen gebracht. Leben ist immer Unruhe, der Gedanke der Ordnung hat nur Sinn, wenn er dieses vorwärtsdrängende Leben schützt, nicht aber sich ihm entgegenstellt.

„Staatliche Autorität“ an sich ist ein schematischer Begriff, für den nachgerade erwachende deutsche Männer heute nicht mehr zu haben sein sollten. Denn auf das Wie dieser staatlichen Autorität kommt es an. Die deutschen Helden, welche vor Jahren an der Ruhr, in Mitteldeutschland, in München die „staatliche Autorität“ retteten, die in Oberschlesien die Regierung Eberts verteidigten und dann alle zusammen mit Fußtritten bedankt wurden, sie alle waren geradlinige, soldatisch eingestellte Naturen, die einen Feind zwar sahen, aber nachher ratlos anderen gegenüberstanden, die den Kampf nicht mit Granaten, sondern mit Presseverleumdungen, mit politischer Hetze, durch Parlamentsabstimmungen führten.

Hinter allen unseren Freikorps stand letztlich kein organisierender politischer Gedanke und kein alles Politische überschauender Kopf. Deshalb sind die Opfer nicht den Kämpfern zugute gekommen, auch nicht dem Nationalgedanken, am wenigsten dem völkischen Freiheitskampfe, sondern haben letzten Endes vielfach die Stellungen der Verbrecher vom 9. November und ihrer börsianischen Demokratenjuden gestärkt.

In Nürnberg hätte man alle Ursache, sich endlich darüber klar zu werden, daß alles Begeisterte, alles Militärische, alles Organisatorische für die völkische Kampfbewegung unnütz ist, wenn hinter allem nicht ein klares, großdeutsches Ziel steht, wenn nicht die Illusionen einmal aufhören, als gäbe es irgendwo im heutigen Reiche eine Regierung, die wert sei, auch nur mit einem Manne geschützt zu werden.

Die einen betreiben ungehindert die Organisation des Bolschewismus, und die anderen haben nicht die Kraft, dem Hochverrat entgegenzutreten. Zeigner begeisterte sich am bolschewistischen Moskau, Schweyer nannte kurz vor dem 1. Mai die Kommunisten Verräter, ließ aber zu, daß sie am Feiertag der Weltrevolution durch die Polizei geschützt wurden, und daß der Fahne der Geiselmörder nichts

geschah. Am 14. Juli aber wurden die deutsche Kriegsflagge und die völkische Hakenkreuzfahne unter der Regierung desselben Schweyer mit Säbeln angegriffen. Einer Regierung, die derartige Beweise nationaler Würdelosigkeit — um uns milde auszudrücken — gegeben hat, sich noch als Notpolizei zur Verfügung zu stellen, bedeutet die Aufgabe des völkischen Kampfes. Sich ihr bedingungslos zur Verfügung stellen, heißt Landsknechtssitten wiederholen, heißt ohne politischen Staatsgedanken den „Boden der Tatsachen" verteidigen, heißt die ganze Krankheit und Faulheit weiter stärken, um nur ja der kommenden Krise — der staatspolitischen, nicht der machtpolitischen — nicht klar ins Auge sehen zu müssen.

In Deutschland darf es kein anderes Recht geben als das deutsche. Vaterlandsverräter dürfen nicht gleiche Rechte mit denen haben, die dieses Vaterland daheim und draußen schirmen, die deutsche Ehre vertreten gegen ehrlose Feigheit und Dummheit. Man räumt dem Gift keine Gleichberechtigung mit Heilgetränken ein, sondern sorgt für — Gegengifte. Daraus ergeben sich Folgen, die in Nürnberg beraten werden sollten. Will man eine wieder verpuffende Kraft? Will man den Schutz der Demokratie der Bayerischen Volkspartei? Will man nur die Veränderung als solche ohne neue Gedanken?

Oder will man ein völkisches Deutschland? Und wenn man wirklich dieses will, dann müßte man wissen, was heute zu tun wäre!

Nationaler Sozialismus oder Nationalsozialismus.

„Völkischer Beobachter, 1. September 1923.

Wenn unsere Parteigenossen und Freunde diese Ausdrücke gebrauchen, so meinen sie sicher dasselbe. Und doch

müßte man sich für einen der beiden entscheiden, denn tatsächlich besteht zwischen ihnen ein merkbarer Unterschied:

Der bisherige marxistische Sozialismus stellt in seinem ganzen Wesen nicht nur eine internationale Einstellung als solche dar, sondern ist ein System ganz bestimmter weltanschaulicher, politischer und wirtschaftlicher Grundsätze. Seine Geschichtsbetrachtung besteht vorwiegend in der Bezeichnung der „Menschheitsgeschichte" als einer Reihe fortlaufender Klassenkämpfe. Seine philosophische Grundlage besteht in der Annahme, daß die menschliche Persönlichkeit im Wesen eigentlich nichts anderes darstelle als ein Umwelterzeugnis. Die „Ideale" der Zukunft wenden sich an die niedersten Gefühle des Menschen und finden in der Forderung der „Expropriation der Expropriateure" ihre endgültige Formulierung, wobei diese doch als rein tierisch empfundenen Instinkte mit einer Tünche von Phrasen überdeckt werden.

Greift man aber nur die internationale Einstellung als solche heraus und läßt alle übrigen Gedanken des bisherigen kapitalistischen Sozialismus bestehen, so anerkennt man ihn wenigstens äußerlich, wenn auch ungewollt, wogegen wir doch im gesamten marxistischen System eine Kampfansage an den europäischen, im besonderen an den deutschen Kulturgedanken erblicken. Das Wort Nationalsozialismus stellt als Hauptwort eine neue Synthese dar, die die Untrennbarkeit zweier Begriffe betont, während die Bezeichnung nationaler Sozialismus in Wirklichkeit nationaler Marxismus bedeutet oder bedeuten könnte. Nationalen Marxismus gibt es in Frankreich und England, Nationalsozialismus bisher nur in Deutschland; und das ist ein gewaltiger Unterschied. Die nationalen Marxisten leben in genau denselben weltanschaulichen Gedankengängen wie die plutokratisch jüdischen Demokraten, sie begeistern sich an denselben Plattheiten wie diese, einen grundsätzlichen Kampf sind sie unfähig zu erkennen,

noch weniger zu bekennen und durchzuführen. Nationale Marxisten fangen jetzt auch in Deutschland an, ihr Unwesen zu treiben, nachdem sie gesehen haben, daß in weitesten Kreisen des deutschen Volkes auf die Dauer gegen den Nationalgedanken doch nicht regiert werden kann. Wir wollen aber nicht den nationalen Marxismus, sondern wir wollen den gesamten Marxismus überhaupt nicht.

Auch das andere Wort von der „Durchführung des Sozialismus auf nationaler Grundlage" ist nicht frei von einer gewissen Oberflächlichkeit. Denn nicht der Sozialismus, d. h. eine Wirtschaftsauffassung, wenn auch aus völkischem Urgrunde geboren, ist das Ziel, sondern ein freies Volkstum und seine Selbstbehauptung als solches auf allen Gebieten des Lebens. Das Beiwort nationaler (klein geschrieben) weist dem völkischen Gedanken eine Nebenstellung ein, wogegen er an der Spitze zu stehen hat. Der Sozialismus als Wirtschaftsgedanke ist eine Zweckmäßigkeitsforderung zur Sicherung des Volkes und der inneren Stärkung des Staates, um der Nation als Ganzes im Kampfe der Rassen und Völker ihr freies Dasein zu sichern. Darum halten wir es für zweckmäßig, von der Bezeichnung „nationaler Sozialismus" abzusehen und die Bezeichnung Nationalsozialismus beizubehalten. In dieser einen Wortprägung soll sich die neue staatliche Synthese versinnbildlichen und zugleich betont werden, daß der gesamte heutige Marxismus überhaupt kein Sozialismus gewesen ist, sondern dessen offensichtliche Verhöhnung.

Stresemanns Kapitulationsrede.

„Völkischer Beobachter", 4. September 1923.

In Stuttgart hat Herr Dr. Stresemann wieder eine Rede gehalten, wie sie von diesem echten Parlamentarier nicht anders zu erwarten war. Gleich Dr. Wirth spricht

auch Herr Stresemann stundenlang über Möglichkeiten wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, gleich Dr. Cuno bietet er eine wirtschaftliche Sicherheit nach der anderen an, verspricht die Verpfändung des gesamten Eisenbahnwesens und erklärt zum Schluß, als der Weisheit Höhe, die internationale Anleihe als den letzten Rettungsanker für Deutschland. Mit einem merkwürdigen Gefühl lesen wir die Stelle, daß ausgerechnet die Finanzminister und „Finanzkapazitäten der Welt" ein Interesse daran hätten, Deutschlands Souveränität so weit wieder herzustellen, daß es seine Tribute abarbeitet, die Herr Stresemann „Zinsverpflichtungen" nennt, die wir schon lange als Zinsknechtschaft bezeichnen.

Herr Stresemann hat ganz recht mit der Ansicht, daß die Finanzmänner mit Deutschland etwas vorhaben. Sie sind es ja gewesen, die den Ruhreinbruch zum Teil finanziert, zum anderen Teil zugelassen haben und die Armeen als Druckmittel benutzen, sich das deutsche Volk gefügig zu machen. Angesichts der bisherigen Regierungen haben diese Finanzminister das Recht zu jeglicher Hoffnung. Wenn ihnen der gesamte Besitz eines Staates so auf Händen entgegengetragen wird wie von seiten der heutigen sogenannten Reichsregierung, dann können sie sich schmunzelnd die Hände reiben. Wenn Herr Stresemann dann noch zum Schluß erklärt, wir seien nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemand preiszugeben, so hat er wohl bemerkt, daß er sich selbst blutig verhöhnt hat.

War so die Rede des Kanzlers nach außen hin ein trauriges Um-den-Bart-streichen bei den jüdischen Finanzherren, so erhob sich seine Stimme zu machtvollen Drohungen gegen den inneren Gegner. Dazu erklärte er zum Schluß: „Die Staatsautorität läßt nicht mit sich Schindluder treiben, man wird sie durchsetzen gegenüber jedem, der sich über sie hinwegsetzen will." Diese starken Worte hat Stresemann unserer Anschauung nach wohl nicht eher ausge-

sprochen, als er sich mit den Börsenmännern in Berlin einig geworden war. Denn seit Jahr und Tag wird in den Börsen von Frankfurt und Berlin ein so niederträchtiges Schindluder mit dem deutschen Volke getrieben, daß selbst Führer der Bayerischen Volkspartei dies bemerkt haben. Wir haben auch über unsere Anschauung über die neuen Substanzerfassungen, die vom Kabinett Hilferding-Stresemann eingeleitet werden, gesprochen. Sie bedeuten in der Folge nichts anderes als die restlose Vernichtung des noch vorhandenen deutschen Vermögens. Und wenn der Kanzler zum Schluß den Kampf der Parteien als eine Verhöhnung des Staates bezeichnet, so möchten wir ihm etwas erwidern, was ihm höchst unangenehm sein wird, was aber den Herrn Stresemann in seiner ganzen Höhe aufzeichnet:

Gleich als er Reichskanzler wurde, haben wir schon einige seiner früheren Reden kritisiert; auf der einen Seite erklärte er, man solle über den 9. November nicht mehr sprechen, auf einer nationalen Tagung aber gab er dem Marxismus offen die Schuld an den bisherigen Zuständen. Er als Führer einer monarchistischen Partei war es zugleich, der Herrn Ebert zur verfassungswidrigen Beibehaltung des Präsidentenpostens weiter verhalf. Wir wollen jetzt Herrn Stresemann weiter zitieren. Er sprach in Hamburg am 27. Mai 1920 vor versammelter Deutscher Volkspartei, zur Zeit als Dr. Wiemer und Genossen gerade aus der demokratischen Partei zur Deutschen Volkspartei übergetreten waren. Nach Herrn von Kardorf und Wiemer nahm Stresemann das Wort, und nachdem er den 9. November als den Tag des größten nationalen Unglücks bezeichnet hatte, sagte er:

„Uns stehen die öffentlichen Kassen, die Groschen der Steuerzahler, nicht zur Verfügung wie den Regierungsparteien. (Lebhafte Pfuirufe.) Wir sind der Auffassung, daß wir in erster Linie unsere Stoßkraft gegen links zu richten haben. Die Gleichberechtigung aller Deutschen wird erst erreicht wer-

den, wenn die äußerste Linke geschwächt ist. Wir verfechten unsere Prinzipien bis zum äußersten, wem sie nicht passen, der mag wegbleiben oder sie bekämpfen."

„Die Sozialdemokratie stellt sich als die Partei des Fortschritts hin, sie ist aber die Partei verstaubter Dogmen und verknöcherter Ideen."

„Heute haben wir in Deutschland das parlamentarisch-sozialistische System, es ist ein Räubersystem gefährlichster parlamentarischer Parteipolitik.

Wenn die Deutsche Volkspartei in die nächste Regierung mit eintreten soll, dann wird sie nie prozentual ihren Anteil an dem Raubsystem, sei es an Landräten oder Bürgermeistern, fordern. Sie wird vielmehr fordern, daß dieses Raubsystem restlos weggefegt wird." (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

„Wenn es zum Chaos, zum Bürgerkrieg kommt, dann fällt es nicht auf das deutsche Volk, sondern auf die Männer zurück, die eine wirkliche Gesundung der Regierung verhindert haben. Uns wird vorgeworfen, wir hätten die „Autorität" der Regierung untergraben. Ich glaube aber sagen zu müssen, daß diese nur dann untergraben werden kann, weil sie von Männern der Regierung ausgestrahlt wurde. Ist das hier der Fall gewesen? (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!) Geht es an, wenn ein Räuberhauptmann Hölz mit einer Kompanie zusammengesuchter Leute ein ganzes Land brandschatzt? Autorität war eben nie da. Die Ansicht des Auslandes geht dahin, daß wir keinen Kredit mehr beziehen können, weil wir durch die Zustände in Deutschland den Kredit finanziell und politisch, ausgelöscht haben."

Diese Blütenlese der Stresemannweisheit von 1920 ist ohne Frage die richtigere von beiden und heute sitzt Herr Stresemann mitten in diesem von ihm als Räubersystem bezeichneten Parlamentarismus, neben ihm sitzt als rechte Hand Herr Hilferding von den Linken, als Freund und Parteigenosse des Paul Levi, also eine Sorte Mensch, gegen die Herr Stresemann seine ganze Stoßkraft unter dem Beifallsgetrampel seiner Lämmer zu richten versprach.

Drei Jahre später jubelten dieselben Anhänger vor Wonne, als Herr Stresemann nun selbst auf dem Kanzlersessel jede Bekämpfung seiner Person und der heiligen Parteikoalitionen als ein Verbrechen am Volke bezeichnete. Wenn Herr Stresemann damals sich über die Brandschatzungen des Herrn Hölz entrüstete und erklärte, eine Regierung, die dies zulasse, hat eben keine Autorität, so fragen wir, was denn die jetzige Regierung für eine Autorität gegenüber den Börsenbanditen Berlins und Frankfurts besitzt?

Uns ist die Persönlichkeit des Herrn Stresemann so durchsichtig wie ein Kristall und wir hoffen auch unseren Lesern, die die betreffenden Prädikate für diesen herrlichen Kanzler der Novemberrepublik selbst finden werden!

Die Unterwerfung.

„Völkischer Beobachter", 13. September 1923.

Die Nachrichten über die Unterwerfungsverhandlungen verdichten sich nun immer mehr und mehr zu jetzt schon greifbaren Maßnahmen, denen sich das deutsche Volk ausgesetzt sieht. Diese Maßnahmen liegen sämtlich auf der von uns lange vorausgesagten Linie und werden letzten Endes zu einer vollkommenen Versklavung unseres Staates und Volkes führen: eine 30- oder 40prozentige Beteiligung des ausländischen Kapitals an allen unseren Werken, eine weitere Tributzahlung in ungeahnter Höhe, und zum Zweck dieser Ausplünderung die Beschlagnahme deutschen Privateigentums. Die neueste Verfügung über die Anmeldung der vorhandenen Edelmetalle ist einer der Schritte des Enteignungsverfahrens unserer sogenannten Reichsregierung und wird wohl noch mit der Beschlagnahme von Schmuckgegenständen und Familiengut zum Besten der jüdischen Novemberrepublik enden.

Also Deutschland wird von seiner heutigen Regierung vollkommen einer Ausplünderung ausgeliefert, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Und an der Spitze dieser Reichsregierung steht Herr Stresemann, den wir schon öfters gekennzeichnet haben. Er sprach vor zwei Jahren das Gegenteil von dem, was er heute sagt und tut. Aber wir müssen noch etwas auf ihn eingehen. Am 5. Februar 1923 schrieb der jetzige Reichskanzler in seiner Zeitschrift „Deutsche Stimmen" zwei Aufsätze: „Politische Umschau" und „Vom Rechte, das mit uns geboren ist". In diesen Aufsätzen erklärt er, wir seien zu sehr auf dem Wege, kaufmännisches Denken an Stelle nationaler Gesinnung zu setzen. Wir müßten nicht nur materiell, sondern auf das Recht des Menschen bedacht sein. Alle Blicke richteten sich auf die Ruhr und den Rhein:

„Schönfärberei über unsere Lage zu treiben, wäre töricht. Es kommt auf eine Nervenprobe an. Letzten Endes handelt es sich darum, wer zuerst stürzt: Poincaré oder Cuno. Wir haben bisher bei solchen Nervenproben eigentlich immer nur im Fliegerrennen gesiegt, waren aber keine Steher. Auf kurze Zeit flammte alles empor wie eine einzige Lohe, nachher fiel alles zusammen. Siehe Vertrag von Versailles, Londoner Ultimatum und andere Etappen auf dem Wege."

„Diesmal scheint es besser zu sein. Die Bewegung des Widerstandes kam von unten herauf. Sie fand ihre Führung durch eine Regierung, die wußte, was sie wollte, und die standhielt. Wenn sie dauernd standhalten will, was notwendig ist, muß sie sich aber auch den Verhältnissen im Innern zuwenden und Mißstände beseitigen, die nicht mehr lange zu ertragen sind."

Nach diesem Ergusse erklärt Herr Stresemann, wie er diese Mißstände im Innern abzuschaffen gedenke und sagt, das Regierungsschiff müsse zwischen Faschismus und Kommunismus hindurchsegeln. Hitlers Gewalt in den Volksversammlungen beruhe darauf, daß er weit über den Antisemitismus der „urteilslosen Massen" die Erscheinungen des täglichen Lebens rücksichtslos brandmarke, worin ihm

auch diejenigen folgen, die keiner antisemitischen Einstellung zu folgen vermögen. Und Herr Stresemann klagt:

„Wir haben fast alles verloren, was ein Volk verlieren kann. Nur eines dürften wir nicht verlieren, die Achtung vor uns selbst. Daß wir die wiedergewannen auch in den Augen der Welt, ist das große moralische Ergebnis der letzten Wochen des Kampfes. Je mehr es Frankreich zum Bewußtsein kommt, daß Deutschland sich nicht wieder selbst aufgibt, um so eher werden wir auch im weiteren Verlauf des Kampfes bestehen."

„Ihr fragt, warum die Leute zu Hitler gehen, warum wir vor der Gefahr stehen, von den Extremen zerrieben zu werden? Weil ihr vor Formalien nicht dazu kommt, das zu tun, was der gesunde Menschenverstand verlangt. Wollt ihr, daß das Volk aushält gegenüber den Franzosen, dann sorgt für Redlichkeit und Reinlichkeit im Innern. Sorgt bald und gründlich. Diese Dinge gehen dem Volk weit mehr auf die Nerven als alle parteipolitischen Streitigkeiten. Zu der Aktivität nach außen muß die Aktivität nach innen treten. Wir brauchen nicht den Radikalismus, wir brauchen das Parlament und die vernünftige Mitte. Aber wir brauchen im Innern Taten und keine Worte und weltfremde formale Einwände."

Dieses Stück Stresemannscher Dialektik ist so ziemlich die Höhe von geistiger Unfähigkeit, klar zu denken und wirklich etwas Großes zu wollen. Zu gleicher Zeit für eine Aktivität nach innen und außen eintreten und die aktive nationale Volksbewegung durch Wort und Schrift zu bekämpfen, bleibt nur einem Parlamentarierhirn vorbehalten, und zugleich mit der Aktivität den Begriff einer „vernünftigen Mitte" zu verbinden, ist vollends etwas, was nur Herr Stresemann fertig bekommt. Und gar noch vom Parlament Taten zu erwarten, ist ebenfalls nur den Stresemännern möglich. Jetzt haben wir das Parlament, wir haben eine Reichsregierung, deren Innenminister stolz erklärt, sie sei „frei von Nationalismus"; wir haben einen Wiener Juden als Finanzminister, der 1914 gegen die nationale Verteidigung arbeitete, und wir haben jetzt einen parlamentarischen Reichskanzler, der erklärt, ein nationaler Mann zu sein und der zugleich an einem Tische mit Männern sitzt, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt.

Wenn Herr Stresemann sagt, nur eines dürften wir nicht verlieren, die Achtung vor uns selbst, so möchten wir an Herrn Stresemann die Frage richten, ob er in stillen Stunden noch Achtung vor sich selbst hat oder nicht?

Die Kundgebung des vaterländischen Kampfbundes.

„Völkischer Beobachter", 15. September 1923.

Mitte September 1923 schlossen sich die Verbände „Oberland" und „Reichsflagge" in München mit der nationalsozialistischen SA. zusammen.

Wir haben in unserer gestrigen Ausgabe die Kundgebung der zusammengeschlossenen drei Verbände Oberland, Reichsflagge und Sturmabteilung der Nationalsozialisten ohne jeden Kommentar gebracht. Sie wirkt als solche wuchtig genug, und aus der knappen Sprache dieses Aufrufs werden unsere Parteigenossen und Freunde ersehen haben, daß sich hier Männer zusammengeschlossen haben und einig geworden sind über politische Machtziele, wie dies bisher im deutschen Vaterlande noch nicht der Fall gewesen ist.

Nun die Parlamentarier das deutsche Volk verraten und verkauft, verschachert und verspekuliert haben, reckt sich nach dem Zusammenbruche aus dem Chaos ein neuer Staatsgedanke empor, und Stück für Stück, wie von einem starken Magneten angezogen, schließt sich ihm Mann für Mann, Truppe für Truppe, Verband nach Verband an. Alles, was innerlich fühlt, daß der demokratische und marxistische Gedanke verfault und reif zum Zusammenbruch ist, alles, was wieder Sehnsucht nach einem freien, wirklich deutschen Reiche hat, schließt sich zusammen zu einer vaterländischen Kampfbewegung und ist sich endlich einmal bewußt geworden, daß eine solche Bewegung nicht unpolitisch sein

kann. Nicht auf die Staatsautorität als solche pocht sie, sondern sie ist nur für eine völkische Staatsautorität zu haben, einer demokratischen oder sonstwie gearteten verweigert sie nicht nur die Gefolgschaft, sondern tritt ihr als Feind gegenüber.

Aus dieser Einstellung ergeben sich dann die Bekenntnisse: Bekämpfung der marxistischen Bewegung, der Internationale in jeder Form, des Judentums und des Pazifismus. Ablehnung der Weimarer Verfassung, der jämmerlichen Erfüllungspolitik, des parlamentarischen Systems mit seiner verdummenden Mehrheitsanbetung und Bekämpfung der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals und des Gedankens des Klassenkampfes, der das Volk spaltete und es so erst der Ausbeutung überlieferte. Ferner muß das Ziel einer völkischen Bewegung sein, die Staatsregierung als Herrin über die Wirtschaft zu setzen und nicht die Nation Privatsyndikaten zur Ausbeutung überliefern, wie es im Plane Walter Rathenaus geschrieben stand und wie es heute Tag für Tag weiter fortgeführt wird.

In der Erkenntnis des alten Individualismus' des deutschen Volkes betonen die Kampfverbände, daß ihr Ziel ein nach außen einheitlicher Staat sein muß, um sich im Kampfe der Völker als eine einzige Größe durchzusetzen, daß aber im Innern eine kulturelle Mannigfaltigkeit herrschen muß als Voraussetzung eines neuen reichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens: „Nach außen eins und schwertgewaltig, nach innen reich und vielgestaltig."

Die Nationalsozialisten, die vom ersten Tage an für diesen neuen Machtgedanken und Staatsgedanken gekämpft haben, freuen sich ganz besonders über den Zusammenschluß mit den beiden anderen vaterländischen Wehrverbänden, zeigt doch diese Tat allein, daß sich in der Seele des deutschen Soldaten eine innere Umkehr vollzogen hat. Galt es früher beinahe als unvornehm, sich mit Politik zu

beschäftigen, so haben heute Hunderttausende begriffen, daß, sich mit Politik nicht zu beschäftigen, heute gleichbedeutend ist mit Auslieferung des Volkes an die unser Schicksal bestimmenden Gegner in allen Staaten. Die politische Frage von heute ist im wichtigsten Sinne eine Lebensfrage für jeden Deutschen geworden; handelt es sich doch um die Schicksalsgestaltung von 60 Millionen, um die Zukunft von Kindern und Kindeskindern.

Aus dieser einen Geburt des völkischen Staatsgedankens ergaben sich mit Notwendigkeit alle diejenigen Forderungen, welche in der Kundgebung so grundlegend beieinanderstehen. Der Mythus der Nation, dieser neue Mythus der Gegenwart, ist zum erstenmal Leben geworden, und wir glauben, daß er diejenige ideelle Voraussetzung geben wird, die allein unserem Volk eine große Zukunft verspricht. Wir begrüßen deshalb diese neue Kampfgemeinschaft und hoffen, daß sie sich von Tag zu Tag vergrößern, und daß sich ihr auch noch andere Gruppen und Verbände anschließen werden, denen es wirklich ernst mit dem Kampf um Deutschlands Freiheit ist. Die neue Bewegung hat ihre Kinderkrankheiten und sie wird noch hier und da manchen Schönheitsfehler aufzuweisen haben. Das wird uns aber nie hindern, sondern im Gegenteil nur bestärken, den Kampf für unser Ziel fortzusetzen, um die Fehler nach und nach zu verringern, um, wenn die Zeiten herangekommen sind, einen einzigen, geschlossenen Block zu bilden, an dem die schlammigen roten Fluten sich brechen werden.

Drei Zeichen.

„Völkischer Beobachter“, 19. September 1923.

Seit dem ersten Tage des Bestehens unserer Partei und des Erscheinens unserer Zeitung haben wir betont, daß der

politische Kampf, der sich heute in so chaotischer Form vor unseren Augen abspielt, im Wesen ein Kampf zwischen der völkischen und der internationalen Weltanschauung ist. Im Sinne dieser Erkenntnis haben wir uns mit allen Folgen zur völkischen Weltanschauung bekannt, alles unterstützt und begrüßt, was diesen Kampf für Deutschlands Freiheit stärken konnte, und alles erbittert bekämpft, was sich ihm entgegenstellte oder aus Lauheit und Feigheit ihn nicht unterstützen wollte. Dieser Kampf schien anfangs aussichtslos, stand doch den wenigen Männern der organisierte Hochverrat vom 9. November gegenüber, unterstützt durch alle staatlichen Machtmittel, die zwar nicht ausreichten, um auswärtige Unterdrückungen dem deutschen Volke zu ersparen, wohl aber stark genug waren, um völkische Vereinigungen niederzutreten. Aber gerade in diesem einsamen Kampfe ist unsere Bewegung stark und stärker geworden, und unser Glaube stellt sich heute als begründet und berechtigt heraus: daß sie der Beginn eines neuen Tages ist und jugendfrische Kraft in sich trägt.

Und während vor drei oder vier Jahren noch niemand von uns etwas wissen wollte, stehen heute drei Zeichen vor uns, die uns zeigen, daß sowohl der offene Feind wie der heimliche Gegner zu ahnen beginnen, daß der Sieg in Deutschland unserer Bewegung beschieden sein wird.

Aus diesem Grund heraus sehen wir seit einiger Zeit die Kommunistische Partei Anbiederungsversuche mit uns machen. Radek-Sobelsohn hält Lobreden auf die Pflichttreue und Aufopferungsfreudigkeit eines Schlageter, um auf diese Weise sich Sympathie politisch urteilsloser Männer zu verschaffen, um sie unter „nationalbolschewistischer" Flagge unter seine Führung zu bringen, zum mindesten aber, um in die völkischen Reihen eine Zersetzung hineinzutragen. Wir haben uns von allem Anfang an gegen diesen Wahnsinn gewandt, denn wir *wissen*, daß, *wenn*

es etwas Niederträchtiges auf der Welt gibt, es die antieuropäische jüdische Sowjet-Diktatur darstellt, und daß, wenn eine Verkörperung des Gemeinen auf der Welt herumläuft, sie in der Person des Radek-Sobelsohn geboren wurde. Mit der schlauen Witterung eines geborenen politischen Spekulanten hat Radek-Sobelsohn die heranwachsende Macht gefühlt, und sie erscheint ihm gefährlicher als alle parlamentarischen Regierungen zusammengenommen. Er hat recht und er weiß genau, daß er und seinesgleichen, die Betrüger unserer gesamten Arbeiterschaft, im Augenblicke des Sieges unserer Bewegung nichts mehr zu lachen haben werden!

卐

Und noch ein anderer kam vor einigen Tagen dahergegangen: Herr Wilhelm Sollmann. Der Führer einer Partei, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, winselte plötzlich in nationalen Tönen, sprach sein Verständnis für die nationalen Bestrebungen unserer Bewegung aus und beteuerte mit der Hand auf dem marxistischen Herzen ein über das anderemal seine deutsche Gesinnung. Auch diesem Manne gegenüber erklären wir ein für allemal: es wird nie der Tag kommen, da wir mit ihm und seinesgleichen an einem Tische sitzen und ihn als gleichberechtigt in einem Deutschen Reiche gelten lassen werden. Denn es ist selbstverständlich, daß in einem kommenden deutschen Staat die Führer der marxistischen Bewegung selbstverständlich jedes Staatsbürgerrecht verlieren, soweit sie nicht sowieso schon wegen Hochverrats vor ein deutsches Gericht gestellt worden sind. Es werden dann die Zeiten zu Ende sein, wo man Hochverrätern und Deutschen im Namen der Ruhe und Ordnung eine Gleichberechtigung zuspricht. Das wollen wir Herrn Sollmann sagen, er wird es ja wahrscheinlich sowieso schon wissen, und sein Brief an die „Münchener Post" hat unserem Empfin-

den nach keinen anderen Zweck gehabt, als die Rede Radeks über den von den Genossen des Herrn Sollmann*) steckbrieflich verfolgten Schlageter.

卐

Und noch ein drittes Zeichen vermerken wir: die letzte Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling. Es wird wieder eine Reihe von unverbesserlichen Spießern geben, die nach dem Lesen dieser Rede sagen werden: Der bayerische Ministerpräsident ist doch ein charakterfester nationaler Mann, er spricht beinahe so wie Hitler; wir können uns also auf ihn verlassen. Diesen Leuten ist zu sagen: Ohne Adolf Hitler wäre Bayern Schritt für Schritt immer mehr in die Demokratie verfallen, und nie hätte Herr von Knilling gewagt, eine solche Rede zu schwingen wie vor drei Tagen in Tuntenhausen. Man lese die Reden des Grafen von Lerchenfeld, man lese dann aufmerksam die Rede des Herrn von Knilling und man halte sich vor, daß alle beiden Herren Führer der Bayerischen Volkspartei sind, um ganz zu ermessen, welchen erzwungenen Ruck die Bayerische Volkspartei auf den Druck der völkischen Bewegung hat machen müssen; denn gewollt haben sie ihn nicht. Im Gegenteil, die Bayerische Volkspartei hat im Verunglimpfen der völkischen Bewegung sich niederträchtiger erwiesen als die Sozialdemokratie, und mancher „Fromme" hat sich nicht gescheut, selbst die Pfarrer mobil zu machen, um auf dem Lande mit konfessioneller Hetze gegen uns zu arbeiten, Adolf Hitler als Protestanten hinzustellen, der die Absicht habe, die katholische Kirche zu stürzen und solche Dinge mehr.

Wenn wir uns von diesem Standpunkt aus die Rede des Herrn von Knilling betrachten, ohne zu seinen subjektiven Gefühlen Stellung zu nehmen, so fallen uns einige

---

*) Sollmann floh 1933 ins Ausland und wurde einer der übelsten Hetzer gegen das neue Reich.

Stellen auf. Herr von Knilling sagt: „Möglicherweise können schon in Bälde Ereignisse heraufziehen, welche ein Zusammenraffen aller vaterländisch eingestellten Kräfte gebieterisch erheischen. Für diesen Fall ist ein vertrauensvolles Zusammengehen der vaterländischen Verbände mit einer national denkenden und handelnden Regierung nicht zu entbehren." Mit diesen Worten ist etwas eingetreten, was wir wiederum seit Jahr und Tag der bayerischen Regierung gesagt haben: es wird die Zeit einmal kommen, da ihr aus Furcht vor dem Bolschewismus die völkischen Verbände werdet bitten müssen, euch zu Hilfe zu kommen, dieselben völkischen Verbände, die ihr nach Möglichkeit unterdrückt und auf gleiche Stufe mit dem hochverräterischen Bolschewismus gestellt habt!

Es ist nicht so lange her, und wir wiederholen es immer wieder, daß am 1. Mai die Fahne des Geiselmordes ungehindert durch die bayerische Regierung die Straßen Münchens durchzog, daß aber am 14. Juli das Hakenkreuzbanner und die deutsche Kriegsflagge mit blanker Waffe angefallen wurden; nur, damit die sogenannte Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, in Wirklichkeit aber Fäulnis und Feigheit vor dem Kommunismus aufrechterhalten blieb. Mit den letzten Worten seines Satzes will Herr von Knilling die bayerische Regierung als „nationalhandelnd" bezeichnen und merkt wohl nicht den blutigen Hohn, mit dem er Herrn Schweyer überschüttet hat. Und wenn er hinzufügt, wahres Vertrauen müßte gegenseitig sein, so müssen wir sagen: das bayerische Innenministerium hat seit Jahr und Tag uns gegenüber fast nichts anderes getan, als dieses Vertrauen, das ihr entgegengebracht wurde, zu untergraben. Und wenn Herr von Knilling sagt, das Vertrauen der Regierung zum vaterländischen Volk setze voraus, daß die bayerische Regierung nicht von den vaterländischen Verbänden angegriffen werde, so haben wir darauf zu erwidern: das Vertrauen unserer Bewegung

zur bayerischen Regierung setzt voraus, daß sie den Bolschewismus als das bezeichnet, was er ist, als Hochverrat am Deutschen Reiche, daß die Führer dieser hochverräterischen Bewegung sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt werden und ihnen der Prozeß gemacht wird. Das Vertrauen zur bayerischen Regierung setzt voraus, daß diese sofort die Todesstrafe für Wucherer und Schieber einführt, und es setzt voraus, daß unserer Bewegung, die bisher von der bayerischen Regierung auf Schritt und Tritt gehemmt wurde, eine freie Organisationsarbeit ermöglicht wird.

Mit anderen Worten: an Stelle des demokratischen und bolschewistischen „Rechts" soll das deutsche Recht treten, und alles, was die Ruhe und die Ordnung dieses deutschen Rechtes stört, muß rücksichtslos niedergeschlagen werden. Geschieht das wieder nicht, dann sind auch die Reden des bayerischen Ministerpräsidenten nichts als faule Sprüche gewesen, nur dazu angetan, den halbaufgewachten Spießer wieder einzuschläfern, ähnlich wie die schönen Worte des verflossenen Reichskanzlers Dr. Cuno, die dieser auf seinen Wanderreden gesprochen hatte, um sich dann vom Marxismus einfach hinwegwischen zu lassen.

Wie weit Herr von Knilling zunächst noch von jedem energischen Willen entfernt ist, zeigt der Schluß seiner Rede, wo er erklärte: „Unüberbrückbar stehen sich in Deutschland die Weltanschauungen gegenüber. Hier die nationale, germanische, christliche und dort die internationale, marxistische, materialistische. Der Kampf zwischen diesen beiden grundverschiedenen und unversöhnlichen Weltanschauungen wird früher oder später auszutragen sein." Und wenn man nun aus dieser Erkenntnis die Schlußfolgerung aus dem Munde des bayerischen Ministerpräsidenten erwarten sollte, daß er bereit sei, für diese Erkenntnis sofort einzutreten, und den Kampf auch durchzuführen, da erklärt der bayerische Ministerpräsident, angesichts der hochverräterischen Hetze des

gesamten Marxismus und angesichts der offenen Provokation des sächsischen Ministerpräsidenten und angesichts der offenen Vorbereitungen zum Bürgerkriege plötzlich: „Dafür bedarf es nicht eines blutigen Bürgerkrieges, wie viele meinen, es genügt, wenn die vaterländische Bewegung in Deutschland so erstarkt, daß Gegenströmungen gegen sie nicht mehr aufkommen können.“

Wie sich Herr von Knilling dieses Erstarken denkt, ist uns unklar. Etwa so, daß man, wenn große nationale Kundgebungen, wie etwa das Deutsche Turnfest, stattfinden, wo 200000 vaterländisch gesinnte Menschen hinkommen, der völkischen Bewegung das Abhalten von großen Versammlungen, Kundgebungen und Umzügen verbietet und mit dem Säbel dreinfahren läßt, wenn deutsche Turner doch das Banner des deutschen Freiheitskampfes tragen? Ist es aber nicht so, daß der gesamte Marxismus vor der vaterländischen Bewegung n u r dann Achtung hat, wenn er weiß, daß er sich beim Zusammenstoß nur einen blutigen Kopf, wenn nicht etwas Schlimmeres, holen kann? Über die Schlußfolgerungen aus Knillings „sonst guten“ Worten wird man im Lager der „Roten Fahne“ sich die Seiten vor Lachen halten und sagen: Der Herr Ministerpräsident von Knilling ist in der Bekämpfung des von ihm selbst als weltanschaulich unversöhnlich bezeichneten Marxismus ein ganz ungefährliches Männchen ... Herr von Knilling aber stößt immer wieder die völkischen „Abenteurer“ vor den Kopf, anstatt wie es seine Pflicht wäre, der deutschen Freiheitsbewegung freie Bahn zu schaffen.

Radek, Sollmann, Herr von Knilling, sie alle spüren das Nahen einer neuen Zeit, sie alle wollen diese neue junge Kraft entweder zersetzen oder für sich einspannen. Sie mögen aber getrost sein; der marxistisch-jüdische Feind muß vollständig unschädlich gemacht werden auf immer und die widerstrebenden Gegner haben sich den Gesamtinteressen des deutschen Volkes mit allen Folgerungen unter-

zuordnen, aber nicht zu verlangen, daß, solange sie selbst nicht auf dem Boden der völkischen Weltanschauung und des völkischen Kampfes mit allen seinen Folgerungen stehen, sich die Freiheitsbewegung ihnen zu unterstellen vermag. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß das Volk nicht für den Ministerpräsidenten, seine Partei und ihre Hintermänner, sondern der Ministerpräsident für die Volksinteressen da ist. Herr von Knilling soll erst wieder auf die Rednertribüne treten, nachdem er das erfüllt hat, was dem entspricht.

Adolf Hitler vor dem Volksgericht.

„Großdeutsche Zeitung", 26. Februar 1924.

Nach dem 9. November 1923 wurde auch der „Völkische Beobachter" verboten. In der folgenden Zeit des Parteiverbots brachten einige alte Kämpfer des Nationalsozialismus die „Großdeutsche Zeitung" heraus. In diesem Blatt, das dann später bei Neubegründung der Bewegung durch den wieder neu erscheinenden „Völkischen Beobachter" abgelöst wurde, hat Alfred Rosenberg in jenen schwersten Tagen der Bewegung eine ganze Anzahl von Aufsätzen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß der Siegeswille der alten Garde Adolf Hitlers auch nach dem 9. November in keiner Weise gebrochen war.

Heute, am 26. Februar, beginnt ein Tag, den künftige Geschlechter nur mit Scham im Gesicht nennen werden; Männer werden vor ein Gericht gezogen, von denen das ganze deutsche Volk weiß, daß sie die Edelsten und Besten sind, von denen selbst die bittersten Feinde, sofern sie selbst keine Schufte sind, nur mit Hochachtung sprechen können.

An der Spitze der „Hochverräter" steht Adolf Hitler. Obwohl er von Jugend an um sein nacktes Dasein zu ringen hatte, lebte in ihm die großdeutsche Idee im Herzen auch in der Alltagsarbeit. Der Krieg riß ihn fort. Als Freiwilliger trat er ins bayerische Heer ein und kämpfte bis zum Ende mit für einen Staat, dessen erste Vertreter ihn heute als „Ausländer" beschimpfen. An der Westfront tat er mit nimmermüder Tatkraft und Aufopfe-

rung seine Pflicht als Meldegänger. Seine nächsten Kriegskameraden wurden später seine Parteianhänger. Das E. K. II. und I. Klasse, die bayer. Tapferkeitsmedaille wurden ihm verliehen. Zweimal wurde er verwundet. Die Revolte vom 9. November 1918 fand ihn durch Gas erblindet in einem Lazarett.

Schon kurze Zeit nach seiner Wiederherstellung drängte es ihn, das, was er erlebt hatte, das, was er für eine kommende Wiederaufrichtung seines Volkes als notwendig empfand, politisch zu vertreten. Es begann jene zähe, heute fast ganz unbekannte Arbeit, da Hitler um 6 Uhr morgens aus Mangel an Portogeld seine Einladungen zu Beratungen verschiedenen Persönlichkeiten selbst in den Briefkasten steckte. Es begann jenes lange, manchmal verzweifelte Wirken im engsten Kreise — mit Drexler zusammen, später auch mit Dietrich Eckart —, bis es endlich möglich wurde, nach „Versammlungen" von 10 bis 30 Leuten eine mit 70 bis 100 zu wagen. In einem Gasthaus an der Dachauer Straße sprach Hitler zum ersten Male öffentlich...

Dann begannen in München jene roten Plakate aufzutauchen, die heute jedes Kind kennt; jene Aufforderungen, die meisterhaft kurz und treffend die Menschen aufmerksam machen sollten... So vergingen Jahre in unermüdlicher Arbeit. Ungeachtet aller Schwierigkeiten verfochten hier eine klare Erkenntnis und ein eherner Wille ein neues politisches Ideal, eine neue Staatsformung, die neue Weltanschauung der kommenden Zeit. Die einen, die „Gebildeten", spotteten über den „Autodidakten" aus jenem dummen Hochmut heraus, der nur das für richtig ansieht, wofür er vom Professor X eine gute Note erhalten hat. Andere sagten, Hitler verstehe nichts von der Wirtschaft; das waren jene, dank deren „Wirtschaft" Deutschland zusammengebrochen war. Die dritten sahen in ihm einen „Reaktionär", weil er als einziger in den früheren Jahren den Mut hatte, den guten deutschen Offiziersgeist zu verteidigen.

Aber der starken Persönlichkeit gegenüber verfingen weder Spott noch die später einsetzende Verleumdung. Es schloß sich um ihn allmählich immer enger alles das zusammen, was wir heute schon als das kommende, junge, völkische Großdeutschland bezeichnen können. Jene Arbeiter kamen, die den Betrug ihrer bisherigen Führer erkannten, jene Offiziere, welche sich losgelöst hatten von so vielen heute als morsch erkannten Überlieferungen. Auch Teile der nationalen Intelligenz, jedoch nicht in dem Maße, wie es deren Pflicht gewesen wäre. Diese standen zum großen Teil hochmütig beiseite und verpaßten den Anschluß an eine sehnsüchtige Volksbewegung. Ihre Vertreter sollten sich wenigstens heute die Frage vorlegen, ob sie nicht viel versäumt haben, indem die Verbreitung und Vertiefung des neuen Staatsgedankens in die Hand von nur sehr Wenigen gelegt worden war und sich vielerorts manche Unzulänglichkeiten nicht vermeiden ließen.

Der Nationalsozialismus wurde unter Hitlers Führung der Stoßtrupp der völkischen Bewegung überhaupt. Der 9. November 1923 hat den letzten Trennungsstrich gezogen zwischen ihr und den sogenannten „Vaterländischen", die sich nicht freimachen können vom Kadavergehorsam den „Exzellenzen" gegenüber, oder die vor einem „Geheimrat" schon in die Knie sinken.

Und als Führer dieser deutschen Freiheitsbewegung steht der so gehaßte „Mann aus dem Volke" da: Adolf Hitler. Damals sowohl auf den herrlichen Deutschen Tagen, wie heute, da er vor ein „Gericht" treten muß. Ja, heutemehr denn je. Denn, was er tat, hat er aus Liebe zu seinem geknechteten, vergewaltigten, ausgesogenen Volke getan. Und das Volk hat verstanden, daß hier zum erstenmal ein Wille, eine Tat lebte, vor allem aber ein heißes Herz...

Neben Adolf Hitler sitzt auf der „Anklagebank" General Ludendorff. Dieses Nebeneinander ist ein Gleichnis, das kein Deutscher je vergessen darf. Hier ein aus der

Tiefe Ringender, dort einer, den man zu den „oberen Zehntausend" rechnete; einer, dem eine strenge Offiziers-erziehung, alte Überlieferung, scheinbar nur eine Lebensform aufzwängte. Nichts läßt uns heute den General Ludendorff größer erscheinen, als jene seelische Fähigkeit, aus tiefinnerstem Wahrhaftigkeitsgefühl, aus dem Miterleben der ganzen deutschen Not alles das abzustreifen, was kleinere Naturen ihr ganzes Leben als Ballast auch in eine neue Zeit hinüberschleppen. Der Feldherr, von dessen Siegen kommende Jahrhunderte noch schreiben werden, der den größten Nationalkampf der Weltgeschichte genial geleitet hatte, stellte sich als Kamerad an die Seite eines der Männer, die unter vielen Millionen anderer, ihm unbekannt, unter seiner Leitung für Deutschlands Freiheit gekämpft hatten. Er tat es, weil er in ihm einen echten, wahrhaftigen Volksführer, einen ganzen Mann erkannt hatte. Eine kommende Zeit wird feststellen, daß diese Tat des Generals Ludendorff eine größere staatsmännische Tat gewesen ist, als die gesamte Regierungsweisheit der letzten Jahrzehnte. Wir wissen es schon heute.

An Hitler und Ludendorff schließen sich die anderen Männer der völkischen Wehrbewegung. Dr. Friedrich Weber kennt jeder Bayer heute und nennt diesen Namen mit Ehrerbietung. Einem anderen „Hochverräter", Pöhner, hat das Bayernland in erster Linie seine heute wieder verlorengegangene Ordnung nach der jüdischen Räterepublik zu verdanken. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Arbeit hier nicht von Herrn v. Kahr, sondern von Pöhner geleistet worden ist. Kahr sagte zwar, er stehe und falle mit der Einwohnerwehr. Die Einwohnerwehr fiel, aber Kahr blieb.

Die Genannten und noch andere (Oberleutnant Brückner, Dr. Frick, Leutnant Wagner, Oberstleutnant Kriebel) werden sich also zu verantworten haben für eine Tat, die Millionen in Deutschland sehnsüchtig erwarteten. Was die

Gefühle und Gedanken betrifft, aus denen heraus Hitler und die anderen Führer gehandelt haben, so kann man ruhig sagen: wollte man hierin Hochverrat sehen, so ist jeder Deutsche im Innersten seines Herzens „Hochverräter". Das soll die Novemberrepublik auch wissen. Und sie soll, wenn sie will, gegen das deutsche Volk regieren, solange sie kann. Sie wird die völkische, nationalsozialistische Freiheitsidee nicht brechen. Alle bewußt Deutschen aber schwören am 26. Februar 1924 erneut treue Gefolgschaft den Männern, die sich mit ihrem ganzen Sein für sie eingesetzt haben.

Und — Ernst Toller?

„Augsburger Tageszeitung", 23./24. März 1924.

Seit einigen Jahren sitzt in Niederschönenfeld der Jude Ernst Toller in Ehrenhaft. Er wurde wegen Hochverrats zu 4 Jahren Festung verurteilt. D. h. ein Hebräer, der nicht nur gegen eine Staatsform meuterte, sondern gegen das Deutschtum schlechtweg, bekam 4 Jahre Ehrenhaft, nachdem man ihn mit rotgefärbten Haaren aus einem Kleiderschrank gezogen hatte. Jetzt steht vor Gericht Adolf Hitler. Um seinen Namen hat das deutsche Volk schon heute einen Mythus gewoben. Mit seinem Wirken verknüpft ist alles, was einen Lichtblick in der schmachvollen Gegenwart bedeutet. An seiner Persönlichkeit hängen heute Millionen der besten Deutschen. Neben ihm steht der Schirmer des deutschen Volkes während eines vierjährigen Schicksalskampfes. Und zu diesen beiden gesellen sich Männer, denen selbst der Staatsanwalt des Freistaates Bayern innerhalb der kleindeutschen Novemberrepublik das Zeugnis edelsten Mannestums ausstellen muß. Und dieser selbe Staatsanwalt be-

kommt es fertig, für einen Adolf Hitler eine Strafe zu beantragen, die doppelt so groß ist als jene, zu der der Rätejude Toller aus Krotoschin verurteilt worden ist...

Wer am Freitagnachmittag durch Münchens Straßen ging und auf des Volkes Stimme horchte, der wußte, daß eine ungeheure Erregung durch alle Gemüter zog. Starr lasen die Leute das Ungeheuerliche, bis sich plötzlich ein haßerfüllter Ausruf dem einen und dem andern entrang, aus dem Gefühl der Schande, in einer Gegenwart zu leben, die es geschehen läßt, daß die Besten und Größten des Volkes im Namen dieses selben Volkes von wegen Sicherung der „Staatsautorität" verurteilt werden sollen.

Hier ist viel Schreiben nicht mehr nötig. Die Verteidigung wird es an der nötigen Kennzeichnung des Strafantrags sicher nicht fehlen lassen.

Wir aber wissen uns eins mit dem gesamten noch wirklich deutsch fühlenden Teil des Volkes, wenn wir erklären, daß nie und nimmer eine Gerechtigkeit darin anerkannt werden kann, wenn Munitionsstreiker frei umherlaufen, wenn Wortbrüchige in Amt und Würden sitzen, ein Hitler aber und ein Ludendorff mit ihren Freunden zu Freiheitsverlust verurteilt werden.

Der 9. November 1923 war ein Freitag, der 21. März 1924 war auch ein Freitag. Es kommt doch noch der Sonntag, der Ostersonntag!

Der 21. März wird alle Völkischen noch mehr zusammenschweißen. Jeder von uns aber werde zum Künder für die Idee und die Männer, die uns doch einst herausführen werden aus Schmach und Schande zu einer deutschen Zukunft!

Jüdische Weltpolitik.

„Der Weltkampf“, Juni 1924.

„Es kommt jetzt die Zeit der großen Kriege und Revolutionen. Aus ihnen wird als Sieger hervorgehen die internationale Judenbank.“

Dostojewski.

Nicht nur einzelne Menschen, sondern auch Völker finden ihre persönliche Lebensform erst nach vielen Irrwegen. Kriege und Revolutionen bedeuten die Merkpfähle, an denen die Änderungen in der inneren, seelischen Einstellung abzulesen sind. In einer der größten Zeiten geistiger, politischer und wirtschaftlicher Umwertungen leben wir heute, d. h. alle Völker der weißen Rasse, obgleich einige noch vollkommen zu schlummern scheinen. Die Katastrophen, die sich seit 1914 schon vollzogen haben und die noch kommenden Zuckungen im weltpolitischen Geschehen sind deshalb so gewaltig, weil noch nie die beiden alten polaren Gegensätze zwischen völkischer Idee und internationaler Weltanschauung in einem derartig starken triebhaften, aber zugleich bewußten Kampfe lagen wie heute.

Von der politischen Seite betrachtet, steht außer Zweifel, daß die Sehnsucht nach einem geschlossenen Nationalstaat ein bestimmender Bestandteil im Leben der sich herausbildenden europäischen Völker war. In früher Jugend wurde dieser natürliche Trieb durchkreuzt durch die Idee des römischen Weltreichs, in dem „die Sonne nicht unterging“. Später verflüchtigte sich dieser Staatswille in der Selbstbezogenheit einzelner Könige und Kaiser, im 19. Jahrhundert traf die wirtschaftspolitische Selbstbezogenheit im Zeichen des Zeitalters der Maschine seine Herrschaft an.

In Frankreich und in England sehen wir die Kräfte zum Bau eines Nationalstaates am frühesten bewußt am Werk. Der Vereinheitlichungswille der fran-

zösischen Könige bereitete die machtpolitische, dann auch kultur- und nationalpolitische Aufrichtung Frankreichs vor. Die Insellage ermöglichte es England, die Verschmelzung von Sachsen und Normannen soweit durchzuführen, um den weitgehend einheitlichen, britischen Typus zu schaffen. Aus Machtwillen und Rassengefühl entstanden die beiden großen Reiche und griffen dann ihrerseits über in die Geschicke anderer Länder, in denen die völkisch-nationalen Auseinandersetzungen noch nicht bis zur Klärung durchgefochten waren: nach Deutschland und Italien. Diese Eingriffe gemeinsam mit der politischen Gegenreformation gaben Deutschland erst im 19. Jahrhundert die Möglichkeit, die ersten Voraussetzungen für einen völkischen Staat zu schaffen. Ähnlich stand es in Italien. Ehe aber dieser Staatsgedanke, der erst heute im Zeichen des Chaos und eines noch nie dagewesenen Zusammenbruchs sich herausringt, voll in Erscheinung treten konnte, legte sich wie Mehltau eine neue Lehre über das geistige Europa: der Marxismus und der wirtschaftliche Subjektivismus.

Viele noch in alten Gedankengängen sich bewegende Politiker werden es als irrig bezeichnen, den „antikapitalistischen" Marxismus und die kapitalistische Demokratie in einem Atemzuge zu nennen, doch zeigt jeder tiefere Blick, daß beide Erscheinungen weltanschaulich dasselbe darstellen, den Niederschlag des geldherrschaftlichen Zeitalters bilden.

Das 19. Jahrhundert brachte neben dem Aufmarsch des Nationalstaatsgedankens auch die Erfüllung des Ausbreitungstriebes der weißen Rasse. Über Weltmeere und Erdteile hinweg hatte dieser Forschungs- und Eroberungswille den Europäer vorwärtsgetrieben, auf die höchsten Gebirge, zum Nord- und Südpol, in die heißesten Wüsten Afrikas und Asiens. Sein Geist erfand Werkzeuge, die ihm das Bild des Weltalls vermittelten. Nimmermüde tasten Vernunftideen als Fühler in die geheimnisvollen Tiefen der Natur, um sich bei fortschreitender Erkenntnis ihnen feind-

liche Kräfte in Mächte zu verwandeln, die dem Menschen dienstbar wurden, bis endlich unsichtbare Wellen über den Erdball hinweg Gedanken vermittelten und sich der Mensch auf Flügeln in die Lüfte emporhob. Welteroberung, das war neben organischer Abschließung die Sehnsucht der letzten fünfhundert Jahre europäischer Geschichte mehr als je zuvor. Ein Volk nach dem anderen setzt sich in fernen Weltteilen fest, eine Faktorei, eine Kolonie nach der anderen entsteht, bei fortschreitender Technik verknüpft sich dieses Weltstaatensystem immer mehr: Ozeanriesen, Panzerflotten schützen diesen Besitz, sichern, erweitern ihn. „Die wenig' Bäume, nicht mein eigen, verderben mir den Weltbesitz"; dieses Wort des herrschenden hundertjährigen Faust war der Leitspruch, der am Ende des 19. Jahrhunderts seiner Vollendung entgegenreifte, dessen Ausklingen wir heute erleben: Entdecken, Erobern, Herrschen über die Welt, der Weltherrschaftsgedanke der weißen Rasse.

Dieser Weltimperialismus hatte viele Formen: er war erfinderisch, militärisch, technisch, kapitalistisch tätig. Diese Teile, die anfangs eng vereint am Werke waren, zersplitterten sich später immer mehr und mehr: Staatsmann und erobernder Kaufmann, Wissenschaftler und Schlachtenlenker treten fast ganz ohne Zusammenhang auf. Und inmitten der Organisation der Ausbeute entwickelt sich von Jahrhundert zu Jahrhundert immer mehr eine Form der luziferischen Weltunterjochung: das Vermittlerwesen, die Börse. In Amsterdam, in London und Paris entstehen jene Zellen heutiger Geld- und Weltherrschaft, die nicht handelnd teilnehmend am gewaltigen Schauspiel einer Welteroberung, sondern, diese ausnutzend, zu eigentlichen Befehlsstellen der Weltpolitik wurden. Nichts kennzeichnet mehr den offensichtlichen Verfall eines Weltalters, als daß die ehemaligen Entdecker, Eroberer, kurz die Herren zurücktreten und dem Vermittler, dem Händler, dem Diener Platz machen. Der Weg geht vom Einzeleroberer über den zusammenge-

rafften dynastischen Machtstaat zur plutokratischen Parlamentsdemokratie. An die Stelle des politischen und religiösen Machtgedankens tritt die Anbetung der Ware, des Handels, der wirtschaftlichen Spekulation.

Wie der einzelne Mensch eine seinem Wesen eigentlich fremde Handlung gern „weltanschaulich" verteidigen möchte, so tat dies auch ganz Europa, als 1789 in Paris ein morsch gewordenes Staatsgefüge zerschlagen wurde. Im Namen der Freiheit, der Brüderlichkeit und der Humanität wurde das goldene Kalb zum Gott erhoben, und im Zeichen der Demokratie, d. h. der „Volksherrschaft", begann eine nie dagewesene Ausbeutung der besten rassischen Kräfte Europas. Das rohe Zeitalter der Maschine — vor dem der ahnende Goethe sich fürchtete, weil es „kommen und treffen" werde — brach herein. Dieses Zeitalter schuf die Großstadt, die Fabrikzwingburgen. Ein durch ein unheilvolles Geschick verdammtes Geschlecht fronte unter der Erde in Kohlenschächten, in schmutzigen Winkeln der Städte. Des Lichts und der Luft beraubt, wuchsen der Natur entfremdete Geschlechter heran. Sie spürten keinen Sinn und sahen kein Ziel in ihrer Arbeit, sie verstanden nichts vom Wesen des Erzeugnisses, das vom Werk geliefert wurde, an dem sie jahraus jahrein nur ein und dasselbe Stück gedreht hatten. Sie begriffen ihre Arbeit nur als ein mechanisches Tun, das ihnen ihr bißchen Leben sicherte. Das ursprünglich gesunde Verbinden von Ursache und Wirkung, von Urteilen über Zweck- und Unzweckmäßigkeit einer Maßnahme, wie sie der naturverwachsene Bauer und Handwerker übt, verkümmerte immer mehr. Aus dieser Stimmung entstand eine im tiefsten Innern berechtigte dumpfe Empörung gegen das Schicksal, der Kampf einer um ihr Lebensrecht betrogenen Schicht der Gesellschaft, die wenig oder nichts zu verlieren hatte.

Es war ganz natürlich, daß gerade in der dumpfen gärenden Masse überspannte „Weltideen" Wurzel faßten.

Eine Erkenntnis, die nicht über den allernächsten Wirkungskreis hinausgeht, überspringt mit Leichtigkeit alle Zwischenglieder und ist bereit, an ein fernes Ziel zu glauben, möge dieses nur erreichbar oder nur ein glänzendes Irrlicht sein. Und wie in den Hafenstädten der Welt dem berauschten Matrosen flitternde Zimmer der Freudenhäuser als Königsburgen erscheinen, und ein Traum ihn als Herr zeigt über Kaiserreiche, so entstand vor den Augen eines suchenden Millionenheeres von Arbeitern der Gedanke des internationalen Kommunismus. Eine Masse, die den Wert der Persönlichkeit nicht ahnen konnte, ließ sich mit dem „Ideal" einer entpersönlichten Welt beschenken und wußte nicht, daß dies nur ein glitzernder, leerer Spuk war. Die heutige Zeit, da man glaubte, nach ihm greifen zu können, bedeutete die Stunde bitterster Ernüchterung und Verzweiflung. Diese Stunde entscheidet darüber, ob jene Verzweiflung eine Welt in Trümmer schlägt, oder ob aus dem Tollhaus des Marxismus sich doch noch ein Weg in die Freiheit finden läßt.

Es bedeutet eine Tragik sondergleichen, daß um die Mitte des 19. Jahrhunderts den ringenden Arbeiterheeren nicht ein großer Künder erwuchs, der, mit allen Fasern in seinem Volkstum wurzelnd, durch seine Persönlichkeit Vergangenheit und Gegenwart verbunden hätte, um Millionen eine Weltanschauung für die Zukunft zu schenken. Aber an die Stelle eines solchen Künders rückte ein unbegreifliches Schicksal zwei Juden: Marx und Lassalle. Die Gelegenheit, der berechtigten, den Kampf ums nackte Dasein ringenden Arbeiterbewegung einen religiösen Gehalt zu geben, war verpaßt. Der romantische Sozialismus eines Weitling wurde nicht vertieft, sondern zum plutokratischen Marxismus umgefälscht.

Was Marx' fanatisierende Persönlichkeit brachte, war im wesentlichen dieselbe Weltanschauung, der gerade jene huldigten, gegen die sich der Kampf der Arbeiter richtete

oder hätte richten müssen: die Herren in den Banken und auf der Börse, so mancher industrielle Emporkömmling. Die „Expropriation der Expropriateure“ ist letzten Endes Anfang und Ende der marxistischen Völkerzersetzung. Anstatt den Arbeiter mit einer neuen Idee zu begnaden, stahl Marx die „Weltanschauung“ des praktischen Materialisten. Anstatt dem Geknechteten ein religiöses, befreiendes Ideal zu predigen, warf er ihm einen platten, darwinistischen, öden Weltanschauungskitsch vor die Füße. Anstatt ihm als Ziel eine wirkliche Heimat und die Erringung einer Volkskultur hinzustellen, löste er ihn innerlich noch mehr vom Boden seiner Väter, lehrte ihn die Geschichte seines Volkes hassen und an eine nebelhafte „Internationale“ glauben. Dieser giftige Same des Hasses gegen das eigene Blut ist wohl das größte Verbrechen des Marxismus an allen Völkern gewesen. Aus ihm folgen die anderen mit Notwendigkeit.

Die „weltanschaulichen“ Grundlagen der Demokratie und des Marxismus sind also die gleichen. Sie wurden zum Teil von Geistern einer Niedergangszeit ausgearbeitet, zum andern Teil von den allem Europäischen feindlichen Juden in die Welt gesetzt, vervollkommnet, propagiert. Als „plastischer Dämon des Verfalls der Menschheit“ (Richard Wagner) tritt der Hebräer seither überall in Europa hervor, und zwar gleichzeitig in dem plutokratischen, wie in dem angeblich kapitalistenfeindlichen-marxistischen Lager. Diese beiden Tatsachen: die jüdische Führung und die platte, materialistische Weltanschauung machen es erklärlich, warum der hemmungslose Privatkapitalismus sich mit der „kommunistischen“ Sozialdemokratie stets so gut vertragen hat, mit ihr heute noch zusammenarbeitet und auch in Zukunft gemeinsame politische und wirtschaftliche Geschäfte machen wird, solange er noch eine Macht darstellt.

卐

Die internationale Idee fordert notgedrungen eine leitende Spitze für alle Fragen. Politisch benennt sich dieses Ideal Weltrepublik, wirtschaftlich Weltbank, kulturpolitisch äußert es sich z. B. in dem — vom Juden Zamenhof hergestellten — Esperanto, im wurzellosen internationalen Futurismus, in der modernen Niggermusik unserer Großstädte.

Im Januar 1922 stand der Jude Walter Rathenau als „Vertreter des internationalen Finanzgeistes“ und ungekrönter Beherrscher der deutschen Republik vom November 1918 vor den Konferenzteilnehmern zu Cannes. Er sagte am Schlusse seiner langen Reparationsrede: „Der Weg, auf den man sich begeben will, erscheint mir richtig: ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat.“ Mitten in dieser Entwicklung zum alljüdischen Privatsyndikat stehen wir heute. Aber nicht nur seit wenigen Jahren gehen wir diesem heißersehnten Ziele internationaler Finanzpolitik entgegen, sondern der Weltkrieg war eines der Mittel, diese Entwicklung zur wirtschaftlichen Versklavung aller Völker zu beschleunigen. Allbekannt ist heute in deutschen Kreisen ein anderes Wort desselben Rathenau, wonach die Zeit gekommen sei, da die Kaiser und Könige ihre Stellung an die Finanzherren abzutreten hätten. Dieses Wort wurde 1912 geschrieben, also zwei Jahre vor Ausbruch der Weltkatastrophe. „Der Krieg ist ein riesenhaftes Geschäftsunternehmen, wobei nicht das Heldentum der Soldaten, sondern die Geschäftsorganisation das Schönste ist, und Amerika ist stolz auf die günstige Geschäftslage, die es erlebt.“ So triumphiert der amerikanische Jude Isaak Markussohn 1917 auf einem Fest zu Rotterdam („Times“ 3. März 1917).

In London geboten schon lange — gleichwie in Paris und Wien — die Rothschilds. Und nach und nach rückten mit Naturgesetzlichkeit die Kinder Israels immer mehr in den Vordergrund des weltpolitischen Geschehens.

Mit Naturgesetzlichkeit! Denn jede Geschichte ist letztich Rassengeschichte. Nicht aus der Umwelt läßt sich die Rasse erklären, denn immer wird ein unlöslicher Rest bleiben, der weder durch Klima noch durch Bodenbeschaffenheit noch durch Anpassung zu lösen ist. Brachten die europäischen Rassen als wesentliche Wesenszüge den Eroberungstrieb, den erfinderischen, schöpferischen Geist mit, so verkörpert das Judentum das Händlerische, rein Spekulative, Unschöpferische. „Eine Nation von Kaufleuten und Betrügern“ nannte Kant die Hebräer, die heute bereits ungeniert mit seinem Namen für sich hausieren gehen. Deshalb sehen wir die Juden nach der vollzogenen rassischen Inzucht sofort, wie von einem Magnet angezogen, sich an Handelsplätzen und Karawanenzentralen anzusiedeln. Schon lange vor der gewaltsamen „Zerstreuung“ durch Titus sind sie über die gesamte damalig bekannte Welt verteilt, ebenso emsig wie heute spekulierend, geldverleihend, zwischenhändlerisch beschäftigt.

Die jüdische Kolonie in Rom wird schon 139 vor Christi Geburt genannt. Sie hatte sich am Tiberufer dort angesiedelt, wo die phönizischen und griechischen Kaufleute ihre Waren feilboten. Da blieb sie auch, und weder Überschwemmungen noch Krankheiten haben die Juden von diesem Platz vertrieben. Erst als andere Wechsel- und Handelsplätze — etwa an Königsburgen — vorteilhafter schienen, siedelten sie um. So war es überall: in Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Deutschland und England.

Die demokratischen Gedanken der französischen Revolution, aus denen der rassenzersetzende Parlamentarismus entstand, verfälschten das immer stärker werdende Ideal des Nationalstaates; zusammen mit dem Anwachsen des Börsenunwesens ermöglichten sie es auch in dieser Zeit des Übergangs vom Eroberer zum Händler dem Judentum, seine uralten Instinkte wieder voll auszuwirken. Als geborener Zwischenhändler erscheint deshalb — wie gesagt

mit Naturnotwendigkeit — der jüdische Bankier in allen Zentren Europas. Er besetzt die Rechte des Staates, in dem er lebt, er huldigt aber zu gleicher Zeit seiner eigenen religiös-politisch-rassischen Gesetzesreligion, und uralte Blutsbande verbanden die Bankiers von Paris, Berlin und London. Das Geschäftsprinzip des Hauses Rothschild ist es von jeher gewesen, nie einen großen Börsenschlag zu tun, ohne nicht vorher alle Mitglieder des Hauses geeint zu haben. Das heißt: es wurde eine jüdische Familienpolitik getrieben über die Interessen der Staaten hinweg. Das war schon ein „internationales Privatsyndikat"! Hinzu kommt noch, daß die Rothschilds zwar ihre Töchter an europäische Adels- und Fürstengeschlechter verheirateten, aber fast ausnahmslos Jüdinnen zu Frauen nehmen. So fraß sich jüdisches Blut mit jüdischem Händlergeist in die in einer Erkrankung befindlichen europäischen Völker ein, die jüdische Rasse selbst aber blieb in ihrem Kern meist unvermischt.

Dies muß vorausgeschickt werden, um einzusehen, daß es eine bewußte jüdische Nation (heute über 15 Millionen Seelen) gibt, unabhängig von ihrem formalen Staatsbürgertum; daß diese Nation wie alle anderen einen bestimmten Charakter trägt; daß dieser Charakter im geistigen und materiellen Zwischenhändlertum besteht und sich heute weltpolitisch notwendig so auswirkt, wie schon immer in der Geschichte, wenn er sich auswirken konnte. Nur daß er es heute in einem Umfange tun kann wie noch nie zuvor.

Die heutigen demokratischen Regierungen sind die Folge von Wahlen. Die Wahlen werden in erster Linie beeinflußt durch die Presse. Die Presse ist in der Hand reicher Aktionäre. Und diese sind heute in den meisten Ländern Juden. Irgendwie abhängig, wenn nicht geradezu vorgeschoben, sind alle Parlamentarier sämtlicher Parteien der „großen Demokratien". Ihre Herren sind die Rothschild, Warburg, Schiff, Kahn, Löb, Speyer, Ellissen, Mendel-

sohn, Lamond, Bleichröder, Strauß usw. Abhängig vom jüdischen Geld sind fast alle Großen dieser Welt.

Die angeführten Worte des jetzt toten Walter Rathenau sind also dem gesamten Streben des jüdischen Volkes entsprechend anzusehen. Verständnisinnig schrieb anläßlich Rathenaus Ernennung zum „Aufbauminister" sein Rassegenosse, der ehemalige Staatssekretär Dernburg, im „Berliner Tageblatt":

„Rathenau ist im besten Sinne international, weil er aus einem Weltgeschäft kommt, weil er im Laufe eines langen Lebens viele Freundschaften unter den vornehmsten Geschäftsleuten erworben hat, die doch letzten Endes die Geschicke der Völker bestimmen."

Das sind die berühmten „dreihundert, von denen jeder jeden kennt" ....

Das Endziel einer jüdischen Weltbank, eines jüdischen Weltsyndikats, oder wie man auch ein über allen Staaten zusammengefaßtes Finanzsystem nennen möge, war also unzweifelhaft das Ziel der Börsenherren von Paris, London, Berlin, Neuyork, Petersburg und Rom. Betrachtet man sich von diesem Standpunkt aus die Politik der Staaten vor, während und nach dem Kriege, so wird manches Unverständliche verständlich, manches vorher undurchsichtig Scheinende plötzlich sonnenklar. Man nahm einst das Gravitationsgesetz als Theorie an und beobachtete den Lauf der Himmelskörper. Der Gang eines Gestirns war auf Grund der bisherigen Beobachtungen nicht mehr erklärlich. Man mußte ein noch unsichtbares Kraftzentrum annehmen, bis das betreffende Gestirn in eine andere als auf Grund der bisherigen Berechnungen angenommene Bahn drängte. Genaue Beobachtungen führten zur Entdeckung eines neuen Planeten. Dieser stellte das bisher verborgen gebliebene Kraftzentrum dar.

So steht es auch mit der heutigen Weltpolitik. Naiv setzen noch Millionen nur die Kräfte in ihre Rechnung

ein, die ihnen von unseren journalistischen Astrologen als die alleinigen genannt werden. Und nie stimmt diese Rechnung, wenn man auch noch so gelehrt die gesamte Geschichte zur Geburtshilfe tiefsinniger politischer Weissagungen herbeibemüht. Man spricht von „England", „Frankreich" usw. und vergißt oder verschweigt, daß weder England noch Frankreich noch irgendein anderer Staat heute noch auf Grund ihrer geschichtlichen nationalen Einstellung allein zu beurteilen sind, sondern immer in Beziehung auf das neue Kraftzentrum der jüdischen Hochfinanz und ihrer demokratisch-marxistischen Gefolgschaft.

Es gibt heute auf der ganzen Welt eigentlich keinen Nationalstaat, weder außenpolitisch, noch innenpolitisch. Die „vornehmsten Geschäftsleute", die doch „letzten Endes die Geschicke der Völker bestimmen", haben sich schon längst überall als Staat im Staat und zugleich als Staat über den Staaten konstituiert. Sie können sich, wenn es zu ihrer Rechnung stimmt, das eine oder andere Mal mit den nationalen Interessen einzelner Staaten oder Staatengruppen scheinbar gleichsetzen und die größten Patrioten spielen, sind aber heute schon viel zu stark, um diese ihre Rechnung den nationalen Erfordernissen der Völker, die sie einst gastlich aufgenommen haben, zum Opfer zu bringen. Ihre Macht innerhalb eines jeden Staates wirkt sich natürlich sofort auch außenpolitisch aus; die jüdische Familienpolitik übt ihrerseits einen außenpolitischen Druck aus, wenn die innere Politik eines Staates dem herrschenden Finanz- und Wuchergeist gefährlich zu werden droht.

Am 10. Juni 1895 schrieb der Gründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, sich ins Tagebuch, daß „der nächste europäische Krieg uns nicht schädigen, sondern nur fördern kann, weil alle Juden ihr Hab und Gut drüben in Sicherheit bringen werden; übrigens werden wir beim Friedensschluß schon als Geldgeber dreinreden und Vor-

teile der Anerkennung auf diplomatischem Weg erzielen." „Drüben in Sicherheit" befinden sich heute etwa zwei Drittel des gesamten Goldes der Welt. In den Tresors der Wallstreet-Juden liegt das in Edelmetall umgemünzte Blut von zwölf Millionen Männern der weißen Rasse! Das ist das Ergebnis des ungeheuerlichsten Weltkampfes, der den Juden tatsächlich nicht geschadet (einiger notwendiger Opfer ungeachtet), sondern sie „nur gefördert" hat. Im Erdboden versunken sind ganze Dörfer, ganze Städte. Vernichtet und von giftigen Granaten durchgraben sind ganze Provinzen. Herrlichste Denkmäler alteuropäischer Kultur sind unwiederbringlich dahin. Ein unnennbares Elend geht durch Hunderte von Millionen. Aber frei ist kein Volk geworden! Weder die verratenen noch die besiegten; weder die Sieger noch deren Trabanten haben den Krieg gewonnen, obwohl all die Feldgrauen, Poilus und Tommys für die Freiheit und Weltgeltung ihrer Nation zu kämpfen glaubten, und diese Idee ihnen erst die Kraft zu ihrem Kampfe gab. Sie alle sind schon vor Beginn des Kampfes schmählich betrogen worden, obgleich erst heute einigen wenigen die Augen aufzugehen beginnen. Die gesamte jüdische Weltpresse, die vor dem Kriege schon bestehenden Zwistigkeiten innerhalb verschiedener Staatengruppen großzuziehen bemüht war, solche schuf, oder, wenn es im Plane lag, eine nationale Rüstung nach Möglichkeit verhinderte, tut auch heute ihr Möglichstes, um die Erkenntnis des großen Weltbetruges hintanzuhalten, im Schoße der Völker selbst den Klassenkampfgedanken anzufachen oder die Augen von sich auf außenpolitische Feinde abzulenken. Gefährlich werdende Gegner aber sucht man durch geldliche „Hilfe" zu lähmen.

Diese heute fast ausschließliche Herrschaft des Geldes war, wie ausgeführt, schon lange vor dem Kriege gesichert. Die Parlamentswahlen in den westlichen Demokratien wur-

den von den Großbanken bezahlt, die Presse wurde in einem dem jüdischen Weltkapitalismus genehmen Sinne geleitet, und hinter den sich bekämpfenden Soldaten der ververschiedenen Parteien bildeten deren Führer letzten Endes doch nur das Offizierskorps der jüdischen Börsenkriegsführung selbst da, wo die nationalen Interessen der verschiedenen Völker scheinbar mitgefördert wurden.

Man darf natürlich nicht etwa glauben, daß sich das Judentum mit voller Begeisterung der Sache der Entente angenommen hätte. Es hat zwar weltpolitisch diese im Interesse des eigenen Geschäfts unterstützt, aber innerlich ist der Jude heute in London oder Paris ebenso Jude geblieben, wie er es in Krakau oder Warschau gewesen war. Vielleicht nicht jederzeit bewußt, in seiner instinktiven Auswirkung aber immer.

Es ist andererseits falsch, wenn manche erklären: gäbe es keine Juden, so wäre der Frieden gesichert. So einfach liegen die Dinge selbstverständlich nicht. Kriege hat es gegeben und wird es auch wieder geben, ohne daß Juden notwendigerweise dazu zu hetzen brauchen. Aber eines sollte allen klar werden: daß Völker zwar um ihre Freiheit und ihr Daseinsrecht kämpfen können und kämpfen sollen, wobei jedoch endlich der seit langem bestehende Zustand beseitigt werden muß, daß sie sich gegenseitig zugunsten ein und desselben lachenden fremdrassigen Dritten erschlagen. Ungeachtet späterer möglicher Auseinandersetzungen zwischen Völkern müssen allmählich die Führenden einsehen, daß wir alle samt und sonders zunächst einen gemeinsamen Feind besitzen: die jüdische rotgoldene Internationale und ihre politische Zuhälterschaft, wie sie sich in gewissen Berufsparlamentariern und gewissen Journaillen verkörpert.

Es erscheint zunächst außerordentlich schlau, die Zersetzungskeime in einem noch feindlichen Nachbarlande zu stärken und es wäre dies politisch vielleicht auch klug: wenn dieselben Krankheitserreger nicht schon im eigenen Blute

säßen. Zum Beispiel fuhren 1917 einige Bolschewistenzüge aus der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Rußland; mehrere Schiffsladungen, mit derselben Sorte Menschen angefüllt, kamen mit Billigung der Regierung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens aus dem Neuyorker Ghetto in Petersburg an. Die Saat ging zwar in Rußland auf, aber als Quittung dafür ist heute das ganze Abendland von dieser Seuche angesteckt worden. Dem Sieg der bolschewistischen Revolution im Osten hat Deutschland in erster Linie die Revolte vom 9. November 1918 zu verdanken. Mit ihr die heutigen Folgen. England hat sich durch die Anerkennung Sowjetjudäas den Wurm ins Gebälk des eigenen Hauses gesetzt. In Frankreich zieht sich der Jude Léon Blum mit seinen Hintermännern eine sturmbereite Garde heran, falls der bloc national nicht mehr lebensfähig und gebrauchsfertig sein sollte.

Die „Nationalfranzosen" würden sich also ganz umsonst freuen, wenn in Deutschland bolschewistische Aufstände ausbrechen sollten. Ginge in ihrer Folge dann das Deutsche Reich aus den Fugen, so wäre vielleicht eine französische Militärdiktatur wahrscheinlich, aber auf die Dauer selbst für das militärisch starke, finanziell aber zu schwache Frankreich nicht zu tragen. Der außenpolitische Mißerfolg aber würde die Katastrophe für den französischen Generalstab bedeuten, damit aber die Zeit eines Bastillensturmes heraufbeschwören. Ähnliche Überlegungen müßte man in London anstellen. Man wird es vermutlich noch nicht tun, weil es scheint, daß sich verschiedene Dinge erst faßbar offenbaren müssen, ehe ihr innerer Sinn verstanden wird.

Große Staatsmänner hat die westliche Demokratie ebensowenig wie die deutsche; fast alle, ganz gleich wie sie heißen, sind mit der jüdischen Börse groß geworden und ihr verschrieben. Im „internationalen Privatsyndikat" spielen sie eine wichtige, aber keine ausschlaggebende Rolle. Sie

haben ihre Völker an die Hebräer verraten, ebenso wie es ein Bethmann-Hollweg der deutschen Nation gegenüber getan hat und andere es seitdem in verstärktem Maße fortsetzen. Gleich den „großen Demokratien" sind auch die kleinen in den Ring einbezogen.

Kurz, wie Harden-Witowsky in seiner „Zukunft" vor der Genueser Konferenz sagte, „der Kapitalismus wird, was der Sozialismus schien: international. Er läßt sich seine Rechnung durch Grenzen und Schlagbäume nicht stören, schätzt jenseits von Gut und Böse die Völker nach ihrer Schöpferleistung und erteilt seine Aufträge dem dazu Tauglichen." Das ist das augenblickliche Bündnis in Europa: die Börsen von London, Paris und Moskau. Von diesem politischen Druck eingeengt, atmen die Herren — soweit sie nichtjüdisch sind — in Berlin und in Rom.

Wurde mit dem Wort „Privatsyndikat" mehr die wirtschaftspolitische Seite der internationalen Idee betont, so stellt das Streben nach einem „Völkerbund" in vieler Hinsicht die politische Seite derselben dar. Die „Internationale der Arbeiter" war ein Ideal, hinter dem sich Millionen scharten, und allgemein wurde auch der Weltkrieg als eine Vorstufe für diese ersehnte Welttyrannei betrachtet. So schrieb Trotzki-Bronstein kurz nach dem Ausbruch des Weltkrieges in seiner Schrift „Krieg und Internationale": „Der Krieg von 1914 bedeutet die Zertrümmerung des nationalen Staates als eines selbständigen Wirtschaftsgebildes." Es handle sich, so heißt es ferner, „um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes — der republikanischen Vereinigten Staaten Europas als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt". Die Führer der Internationale waren sich über das Ziel ihrer zerstörenden Tätigkeit also vollkommen im klaren. Sie hatten auch von ihrem Standpunkt aus recht, wenn sie die „nationalen Pfahlbürger" in ihrem marxistischen Lager als Verräter bezeichneten. In den Augen eines jeden wah-

ren Bolschewisten bedeutet der Nationalgedanke ein Verbrechen an seiner „Idee“. Sehr deutlich kam diese Anschauung in einer bekannten Rede des Marxisten Crispien zum Ausdruck, die dieser am 11. Januar 1922 auf einem Parteitag hielt. Er sagte: „Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt.“ Und so tief ist bereits das deutsche Volk gesunken, daß es einem solchen Mann und seiner Partei in den Reichstag verhalf!

Die international geleitete Weltrepublik war ferner das ausgesprochene Ziel der freimaurerischen Geheimbünde, selbst wenn so mancher von ihnen nationalchauvinistisch schien und sich die Leitung des angestrebten Weltstaates anders dachte als die Bruderorganisation im Nachbarlande.

1889 fand in Paris die Jahrhundertfeier der französischen Revolution statt. Auf ihr sprach Br. Frankolin vom Grand Orient und erklärte, daß für alle Reiche, die noch kein 1789 gehabt hätten, dieser Tag noch kommen müsse: „Dieser Tag ist nicht mehr fern. Das ist der Tag, den wir ersehnen. Dann werden alle Großlogen und Groß-Oriente der ganzen Erde sich in einer Weltverbrüderung zusammenfinden. Das ist das glanzvolle Zukunftsideal, das uns vorschwebt.“ Der allstaatliche Freimaurerkongreß 1900 legte erneut den Grundgedanken dieser politischen Weltorganisation fest. Der Präsident desselben, Bourceret, schloß seine Rede mit den Worten: „Der Ruf: ‚Es lebe die Weltrepublik!‘ wird bald kein platonischer mehr sein.“ Genau so sprachen die anderen Redner.

Es würde zu weit führen, hier auf das einzelne näher einzugehen. Tatsache ist, daß diese Freimaurerkongresse der Willensausdruck all jener, heute die Weltpolitik bestimmender Kräfte waren. Und mit derselben Notwendigkeit, mit der das Judentum in die *Weltwirtschaft* eindrang, konnte es sich auch der Führung der *Weltfreimaurerei* bemächtigen. Der Jude, überall seßhaft, überall verschieden und doch derselbe, bildete den natürlichen festen Kitt aller

international verbundenen Gesellschaften und war selbstverständlich seit Jahrzehnten eifrig bemüht, diese Einstellung und damit seinen Einfluß zu verstärken.

So war es dann nicht verwunderlich, wenn nach dem Kriege die „Friedens“konferenz sowohl wie die andern internationalen „Reparations“tagungen zwar nichtjüdische Vertreter aufwiesen, doch hatten diese samt und sonders jüdische Freunde oder Begleiter: Lloyd George den Juden Philipp Sassoon, Balfour Anthony Rothschild, die französischen Vertreter brachten den Juden Mantoux, Italien ließ sich längere Zeit durch den Juden Schanzer vertreten, Deutschland durch Rathenau. Von seiten Amerikas bereisten die jüdischen Finanzkönige Baruch, Kahn, Warburg die Länder. Sowjet„rußland“ entsandte die Radek, Rakowsky, Litwinow-Finkelstein usw. Dank immer neuer Anleihen und Steuern und auswärtigen Schulden sind alle Nationen tributpflichtig geworden gegenüber privaten Finanzkonzernen und Syndikaten. Diese alle Völker knechtende Finanzherrschaft ist die beschämendste, aber nicht zu bestreitende wichtigste Tatsache der Weltpolitik geworden. Diese von sich zu schütteln und jeder Nation ihr Eigenstes: die Möglichkeit völkischer Erneuerung zu geben, bedeutet das Wesen des heutigen Weltkampfes.

Dieser Kampf spielt sich heute schon auf allen Gebieten ab. Er zeigt uns eine instinktive, urgewaltige Kampfansage gegen die Welt- und Staatsanschauung, die mit dem Jahre 1789 das Licht der Welt erblickte, zugleich aber auch gegen jene andere, die das Volkstum als solches nur als eine zu überwindende Stufe der Entwicklung wertet. Eine Weltrevolution predigen uns die Kommunisten. Nun, diese Weltrevolution ist „auf dem Marsch“, aber freilich in ganz anderer Weise, als es die Apostel Lenins annehmen. Während der Kommunismus weltpolitisch das letzte, krampfhafte, seelisch inhaltslose Aufzucken der an der liberal-internationalen Weltanschauung verzweifelnden Masse (was

die Gefolgschaft betrifft) und zugleich den jüdischen Versuch zur Zerstörung Europas (was die Führung betrifft) darstellt, tritt heute zum erstenmal wieder ein neues Ideal als eine durch alle Volksschichten gehende Kraft in die Erscheinung. Der alte Nationalismus war außerstande, mit der bolschewistischen Weltrevolution zu kämpfen, war er doch selbst kapitalistisch verseucht, in seiner Führung in allen Staaten oft jüdisch versippt, und hatte vergessen, daß die äußere Macht nicht Zweck an sich, sondern ein Mittel des allgemeinen Volksschutzes sein sollte. Der greise Moltke sagte bitter am Schluß seines Lebens: „Jetzt besorgen wir Soldaten nur die Geschäfte der Börse.“ So wurde denn das Jahr 1914 zum Beginn des börsianisch-bolschewistischen Vernichtungskrieges wider die weiße Rasse mit Hilfe der europäischen Völker selbst.

Aus dem Chaos aber, aus Not und Schande, ist der internationalen Idee das völkische Ideal entgegengetreten. Der Sieg dieses Ideals auf allen Gebieten bedeutet die eigentliche Weltrevolution des zwanzigsten Jahrhunderts.

Dieses völkische Ideal bedeutet die Anerkennung des Machtgedankens und doch nicht Imperialismus. Das erste insofern, als der Machtgedanke nichts anderes darstellt als die Äußerung des inneren rassisch-völkischen Lebenswillens und das Streben, für die natürliche Selbstentwicklung zu kämpfen, wenn nötig mit der Einsetzung des Lebens. Nicht Imperialismus: denn gerade aus der bewußten Anerkennung des eigenen Persönlichkeitswertes und der Einzigart des eigenen Volkes — im weiteren Sinne: der Rasse — folgt auch die wirkliche Wertung anderer echter rassischer Eigenarten. Die Art und Weise z. B., wie das 19. Jahrhundert China den Opiumzwang brachte und Raubbau in allen Weltteilen betrieb, ist ein Verbrechen, das sich noch einmal furchtbar rächen kann. Denn wer Augen hat, um zu sehen, der ahnt, daß die gelbe und die schwarze

Rasse einmal für einen kommenden Weltkrieg rüsten könnten. Die europäischen Staaten haben anderen Rassen gegenüber keine Verpflichtungen gefühlt, sondern ihre Kolonien meist nur vom Standpunkt der wirtschaftlichen Ausbeutungsmöglichkeit betrachtet. Ganz wie es die Wirtschaftsgrößen auch in Europa taten und somit den Boden für die Völkerzersetzung vorbereiteten. Gelangt in Europa das völkische Gesetz zum Durchbruch, wird sich dies auch weltpolitisch auswirken. Deutschland den Deutschen, China den Chinesen, das wird die weltpolitische Anschauung aus völkischer Staatsauffassung. Der europäische Rassenstolz wäre dadurch nicht getroffen, sondern erst zu wahrem Bewußtsein erwacht, nachdem er bisher durch den Krämergeist besudelt worden war. Denn nicht mit Unrecht sah der Kulturmensch des Ostens oftmals im Europäer einen Barbaren. Die Durchsetzung der völkischen Idee bedeutet deshalb: Sieg des Nationalbewußtseins und des Staatsgedankens über Wirtschaftsinteressen und rasselose Finanzdiktatur einzelner.

Erst daraus ergibt sich das wirkliche Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Denn diese kann nur von dem Staate geschaffen und durchgesetzt werden, der Herr ist und nicht Diener; der ferner begriffen hat, daß die völkische Arbeitskraft und der Lebenswille nur durch soziale Gerechtigkeit gesichert und erhalten werden können. Weil es keinen wirklichen Nationalstaat gegeben hat, deshalb war alles Gerede über Gerechtigkeit seitens der demokratischen Parlamentarier nichts als Lug und Betrug. Denn die kapitalistische Demokratie konnte nur vom Elend der Völker leben. Sie erwuchs aus Spekulation und Bestechung, aus Raubbau und Rassenschande. Soziale Gerechtigkeit als Folge des völkischen Gedankens bedeutete unweigerlich den Tod des marxistisch-demokratischen Jahrhunderts.

Ein neues Denken taucht aus dem Dunkeln auf und wirft plötzlich ein ganz anderes Licht auf die Vergangen-

heit, Gegenwart und Zukunft. Ein Zeitalter sinkt dahin in Chaos und Verzweiflung. Und gegen das Chaos erhebt sich neue seelische Kraft. Wie eine Strömung geht es eben über die Welt: vom Indischen Ozean über Ägyptens Wüste und das türkische Kleinasien zieht ein ähnlicher geistiger Strom, wie er in Italien, in Deutschland schon aufgerauscht ist und auch in anderen Staaten seine Ausbreitung finden wird. Die Erscheinungsformen der völkischen Idee sind naturgemäß verschieden. Vielerorts wird sie sich aus Mangel an rassenmäßig genügend starkem Menschentum nicht klar durchzusetzen vermögen. Aber unverkennbar ist der Wille zur Freiheit des Ichs, des Volkes, der Rasse.

Aus dem internationalen Bankenstaat der jüdischen Weltbörse gilt es, einen Staat nach dem anderen herauszulösen oder herauszuschlagen, bis jenes Wuchergebilde zusammenfällt, das am Mark aller Völker saugt, aus der Kraft der andern sich seine Macht schafft.

Wir sind keine Träumer und predigen keinen „Weltfrieden" und keine ewige internationale Verbrüderung. Aber ganz gleich, was die Zukunft auch bringen möge — wir erstreben mit aller Kraft unsere völkische innenpolitische und außenpolitische Befreiung vom unsittlichen Wucherstaate; Befreiung unseres europäischen Rassenbewußtseins gegenüber den anderen Rassen des Erdballs; den Sieg einer aristokratischen Idee über den schmierigen Händlergeist des heute vergehenden Zeitalters. Das ist der Weltkampf von heute, die Weltrevolution von morgen, der Krieg, von dem wir nicht wissen, wann er beendet sein wird, der aber durchgefochten werden muß, soll Deutschland und das ganze alte Europa nicht im Sumpf verfaulen, wie so viele Völker der alten Geschichte.

Daß aber eine neue Welt- und Staatsauffassung geboren werden konnte, zeigt, daß die seelischen Mächte in uns noch lebendig sind. Auf sie gilt es zu horchen, sie gilt es zu stärken, bis zum Tage des Sieges.

Sowjet — Judäa.

„Der Weltkampf“, Juli 1924.

Die Lüge ist im Leben der Völker eine ebenso starke Macht wie die Wahrheit, — wenn an sie geglaubt wird. Jahrzehntelang wurden Millionenmassen im Glauben großgezogen, die marxistische Lehre bedeute den wirklichen Kampf gegen den völkeraussaugenden Kapitalismus, bedeute eine neue Staats- und Lebensgestaltung. Zieht man die ungeheuren Opfer in Betracht, die die Arbeiterschaft aller Länder für diesen Gedanken gebracht hat, kennt man den Aufwand an seelischer Kraft und die Hingebung, mit der ganze Generationen am marxistischen Spuk hingen, dann erst wird man ganz auch die Macht der Verzweiflung begreifen, die bei der Erkenntnis geboren wird, daß alle Opfer umsonst gebracht, aller Glaube an eine lebensfeindliche Sache verschwendet worden waren. Ein solcher ehrlicher Mensch wird entweder Bolschewist, wenn er sich aus dem System noch nicht zu lösen vermag, oder Nationalsozialist, Faschist, wenn er die neue Synthese zwischen Nationalismus und Lösung der sozialen Frage begriffen hat. Das schlagendste Beispiel für den ersten Fall bietet uns Rußland.

Im März 1917 brach dort die Sturmflut der Revolution durchs Land. Anders als in Deutschland, ganz anders. Denn während der 9. November 1918 in Deutschland eine heimtückische Überrumpelung bedeutete, lag sich scheinbar ganz Rußland im Frühjahr 1917 in den Armen. Dies nur die nackte Tatsache. Daß auch vom Standpunkt der russischen Nationalgeschichte der Charakter der Revolution sich zu einem antirussischen gestaltete, bedeutet die tiefste Tragik des östlichen Geschehens, zugleich aber zeigt diese die Auswirkung jener Kräfte, jener Lehre, die hier

zum erstenmal im größten Maße die Möglichkeit ihrer ungehinderten Auswirkung erhielt und angeblich rücksichtslos durchgeführt wurde: des alljüdischen Marxismus. Daß in Rußland Tausende von Gütern verbrannt, Hunderttausende von Menschen hingerichtet, daß sinnlos zerstört und gemetzelt wurde, wäre nur echt russisch. General Krasnow hat in seinem Werk „Vom Zarenadler zur Roten Fahne" auf ein Wort Puschkins hingewiesen, der seinerzeit den Aufstand des Bandenführers Pugatschew gegen das russische Zarentum als eine „echt russische, schweigsame, grausame Revolte" hinstellte. All jene im Russen schlummernden unerklärlichen, antistaatlichen, hemmungslosen, chaotischen Triebe schlugen plötzlich in Millionen Seelen hoch. Mir fällt, wenn ich an die russische Revolution denke, immer jene Erzählung im „Idiot" ein, wonach ein Russe, der neidisch auf eine silberne Uhr ist, ihren Eigentümer wie ein Vieh ohne moralische Bedenken absticht, dabei aber nicht vergißt, sich vorher zu bekreuzigen. Diese merkwürdige Seelenhaltung hat Dostojewski sein ganzes Leben über zu denken gegeben. Er sah die Auswirkung der einmal entfesselten Triebe mit dem Auge des Sehers: 40 Jahre Geschichte hat er vorweggenommen mit seinen Weissagungen. Die von ihm bis ins einzelne vorhergesehene Zeit der großen Kriege und Revolutionen kam und aus ihr ist bisher tatsächlich „als Sieger hervorgegangen" die „internationale Judenbank".

Wollten wir den Einfluß des Judentums — seines Geldes, seiner Presse, seines außenpolitischen Verhaltens Sowjetrußland gegenüber — auf den Gang der Dinge nicht in den Kreis der Betrachtung ziehen, so könnten wir die Revolution als solche, den Mord, das Chaos zwar verstehen, aber nicht die Tatsache der organisierten Mörderregierung, der organisierten Volksauswucherung, des organisierten Betruges. Der russische Arbeiter kämpfte auf den Barrikaden für etwas, was er „kommunistische Idee"

nannte. Diese Idee mag sich in verschiedenen Köpfen verschieden dargestellt haben. Jedenfalls stand hinter ihr eine große Opferbereitschaft. Die Tausende von jüdischen Agitatoren aber, die sich nach und nach aus Zürich, Neuyork und Polen in Moskau und Petersburg einfanden, schürten den Haß nach einer ihnen genehmen Richtung: gegen die nationalrussische Intelligenz. Im Laufe des Jahres 1918 fiel für alle halbwegs Sehenden die Maske der bolschewistischen Sphinx: *es stellte sich nämlich heraus, daß der Bolschewismus nicht ein Kampf für eine soziale Idee war und ist, sondern ein politischer Kampf des Judentums aller Länder gegen die nationale Intelligenz aller Völker*, um mit Hilfe der aufgehetzten unteren Schichten diese selbst ihrer geborenen Führer zu berauben und Juden an ihre Stelle zu bringen, bzw. von ihnen abhängige Geschöpfe. Diese Entwicklung vollzieht sich mit grauenhafter Folgerichtigkeit und Energie um so mehr, als der jüdische Klüngel (1921 zählte man von 550 Kommissaren namentlich 447 Juden) in Rußland nicht mehr zurück kann An die jüdische Regierung gebunden waren all jene, die sich durch Raub oder Mord in den Revolutionstagen bloßgestellt hatten. Deren Lebensinteresse gebot ihnen, das neue System zu stützen. Zu ihnen kamen die zahlreichen heimat- und berufslos gewordenen entlassenen Soldaten, die, ohne viel zu denken, den Krieg von der Front in einen Bürgerkrieg verwandelten. Eine durchtriebene Propaganda sorgte dafür, daß ihre Taten noch eine „ideelle" Grundlage erhielten.

Eine der bezeichnenden Erscheinungen des russischen Dorfes bildete von jeher der sogenannte „Kulak". So nannte man den bäuerlichen Dorfherrn, der gewöhnlich ein Großbauer oder Kaufmann war. In der vorrevolutionären Zeit versuchte die zarische Regierung sich dieser Leute zu versichern. Von der umgekehrten Seite tat es nach ihr die

Sowjetregierung, und der an eine Diktatur gewöhnte Russe — unterwarf sich. Es klingt merkwürdig, aber ist es doch nicht, wenn man behauptet, eine anarchistische Despotie sei die seit Jahrhunderten eingebürgerte Regierungsform Rußlands, die sogar Iwan dem Schrecklichen, Peter dem Großen, Nikolaus I. und Alexander III. gemeinsam war. Jedenfalls beruht auch auf dieser seelischen Einstellung der Erfolg der bolschewistischen Diktatur.

Und so zog die rote Flut von Blut durch die russischen Lande; zermürbt brach die russische Intelligenz zusammen, fügte sich dem Terror, flüchtete oder ließ sich abschlachten. Ein ungeheurer Blutrausch hatte die Henker des russischen Volkes erfaßt: durch Hunger und Mord hat die Nation viele Millionen verloren. Professor Sorokin, der Ende 1922 aus Petersburg flüchten konnte, hat eine statistische Schrift herausgegeben, „Die gegenwärtige Lage Rußlands", in der er die Verluste errechnet. Der Krieg kostete Rußland zweieinhalb Millionen Menschen, 26 Millionen schieden durch Bildung der Randstaaten aus dem alten Reiche aus. 1920 wurde nun von der bolschewistischen Regierung eine Volkszählung durchgeführt; sie ergab eine Ziffer von 129 Millionen Einwohnern. Vor dem Kriege zählte Rußland 176 Millionen. Die „blutlose Revolution" als solche hatte also schon bis 1920 16 Millionen Opfer gefordert, d. h. sechsmal mehr als der ganze Weltkrieg.

Dieser Blutrausch hat nun auch Blüten gezeitigt, vor denen es uns schauert, eine politische und künstlerische Gehirnerweichung, daß man Gesänge irrer Mörder zu hören glaubt:

„Ihr singt von Blumen immer wieder
Und von der Liebe heißer Glut,
Ich will Euch lehren andre Lieder,
Von Hinrichtungen, Tod und Blut.
Ein zarter Duft entströmte weißem Flieder,
Den ich auf Eurem Tische sah,

'S ist nichts für mich, ich hab' unendlich lieber
Die blutigen Blüten der Tscheka.
Die größte Lust ist es, mit ein paar Hieben
Ans Kreuz zu schlagen jene, die sich lieben;
Die größte Freude ist es, wenn in Scherben
Geschlagen werden Menschenknochen;
Wenn einer langsam wird erstochen,
Klingt wie Musik sein Röcheln vor dem Sterben.
Begeisterung läßt unser Herz erglühen,
Wenn offene Wunden feurig vor uns bluten,
Und Eurem Urteil folgt die Antwort: „An die Wand!"
„Erschießen!" „An den Galgen!" Kurzerhand ...

So steht es wörtlich zu lesen in einem von M. Saprudny herausgegebenen Gedichtband, betitelt „Das Lächeln der Tscheka". Damit hat der Mord seinen Minnegesang gefunden.

Für die Börsenmächte des Westens ergab sich Sowjetrußland gegenüber eine zunächst schwierige Stellung. Die antimarxistische Einstellung der Völker war durchaus eindeutig, um so mehr, als das Nationalgefühl durch den Kriegsausgang ungeheuer gestärkt worden war und alles Internationale eine empörte Abwehr erfuhr. Deshalb war die öffentliche Ablehnung des bolschewistischen „Staates" zunächst gegeben. Allmählich aber setzte die Propaganda zugunsten der Trotzki und Lenin immer mehr ein, die angeblichen Handelsbeziehungen wuchsen sich zu politischen Verbindungen aus. Anstandslos bereisten die bolschewistischen Vertreter alle Länder. Unter der Mitwirkung der amerikanischen Regierung wurde Ende 1921 auf der Washingtoner Konferenz beschlossen, die Abgesandten Sowjetrußlands als gleichberechtigte Teilnehmer auf der nächsten großen internationalen Konferenz anzuerkennen. Präsident Harding verkündete den Teilnehmern sogar die ungeheure Tatsache, daß die amerikanische Regierung Sowjetrußland vier Millionen Bushel Weizen zur Verfügung stelle, und

zwar, wie er bedeutsam hinzufügte, ohne jede Bedingung!

So zog denn auch die Sowjetdiplomatie in Gestalt des Herrn Tschitscherin und des Litwinow-Finkelstein auf die Konferenz zu Genua. Hier schloß der Jude Rathenau mit ihr den Vertrag von Rapallo, angeblich ein wirtschaftliches Abkommen, in Wirklichkeit eine politische Anerkennung der Moskauer Mörderregierung. Daran hat sich im Laufe der Zeit die Anerkennung Sowjet-Judäas durch andere Großmächte gereiht. Alles dies hat die weltpolitische Stellung des Bolschewismus ungeheuer gestärkt und den Kommunisten in allen Ländern neuen Mut gemacht. Denn bestand der Herd des bolschewistischen Gedankens, so war die Hoffnung auf einen Sieg auch im Westen noch immer berechtigt. Moskau setzte denn auch alle Hebel in Bewegung: über eineinhalb Millionen Goldmark hat es sich die Wahl allein zum Beispiel zum Deutschen Reichstag kosten lassen. Der Erfolg war unbestreitbar: 62 bolschewistische Abgeordnete vertreten heute die Politik des grundsätzlichen Landesverrats, wie es die bolschewistische Lehre verlangt. Sie alle haben nämlich einen Revers unterschreiben müssen, wonach sie sich nicht als Vertreter des deutschen Volkes, sondern als Beauftragte der Dritten Internationale betrachten. Somit ist offen zugegeben, daß im Parlament eines Staates Teile der Volksvertretung dieses Volk überhaupt nicht anerkennen, sondern eine ausländische Leitung. Die gegebenen Führer dieser 62 Bolschewisten sind mit Naturnotwendigkeit Juden: Frau Ruth Fischer-Gohlke, Dr. Katz, Scholem, Dr. Rosenberg usw. Die Gleichung Moskau-Zion ist also auch hier sinnbildlich zum Ausdruck gekommen.

Wem dies aber dadurch noch nicht genügend begründet scheint, dem müßte nachstehendes Bekenntnis die Augen öffnen. Der Jude Artur Holitscher hatte 1921 Rußland besucht. Er schilderte seine Eindrücke unter dem Titel

„Karlsbad (wo der zionistische Kongreß tagte) vor Palästina“ im Novemberheft der „Neuen Rundschau“. Er sagt darin unter anderem:

„Wem das Glück zuteil geworden war, das elementare Erlebnis Sowjetrußlands mit dem Herzen und Hirn aufzunehmen, dem mußte in Karlsbad die überraschende Parallele Moskau-Zion zwingend zum Bewußtsein kommen. Unsere im Entstehen begriffene, im tiefsten Wesen utopische Kultur wurde von deutschen Seherphilosophen vorbereitet, wird von deutschen Praktikern, Organisatoren gefestigt. An der Spitze der Bewegung aber sehen wir die genialen befreiten Ostjuden ungestüm vorwärts drängen. Der Führer des heutigen Weltzionismus ist der Russe Professor Weizmann, die obersten Männer der Exekutive sind die Russen Sokolow und Ussischkin. Sie bilden mit den Organisatoren und Aufbauern Palästinas, Ruppin, Lichtheim, den Deutschen, eine Einheit, die von der Internationale der Weltjudenschaft anerkannt ist. Denn es gibt außer der Internationale Rom, der Internationale Moskau heute nur noch diese Dritte Internationale Zion, die weltliche Macht aus den Wurzeln der Religion entfaltet.“

Der Zionist, d. h. der chauvinistische Rassejude, feiert also in Sowjetrußland sein „elementares Erlebnis“.

Das alljüdisch-börsianische „Berliner Tageblatt“ aber schrieb: „Das Spiel zwischen Moskau und dem Westen wird immer feiner und komplizierter — es wird enger gespielt.“

Dieses gemeine Betrugsspiel zieht durch alle Länder. Alle Völker müssen im Bolschewismus den Todfeind ihrer Volkskultur, ihres Daseins überhaupt erblicken. Die 62 bolschewistischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag, die 300 000 kommunistischen Stimmen in Paris sind Tatsachen, die eine eindeutige Sprache reden. Aber um den Bolschewismus zu bekämpfen, muß man sein Wesen, wie es oben geschildert ist, erfaßt haben. Nur so kann der Kampf zum Erfolg führen.

Wohin geht die Reise?

„Völkischer Kurier“, 1. Juli 1924.

Das monatelange Schachern der Parteien um die Ministersitze hat wohl in ganz Bayern den gleichen Eindruck hervorgerufen: daß von solchen zusammengekleisterten Kabinetten kein Heil zu erwarten ist. Es fühlen wohl immer mehr Menschen, daß der Grund des heutigen Zusammenbruchs in der Halbheit der Regierungen und ihrer Parteien liegt, in der Unfähigkeit, sich zu einer Staatsanschauung wirklich zu bekennen, die dem Sehnen der Gegenwart entspricht. Am Mittwoch wird Held als Ministerpräsident sein „Programm“ verkünden und seine „Kollegen“ vorstellen. Wenn wir uns fragen, wie dieses Programm ausschauen wird, so müssen wir uns die Kundgebungen der letzten Jahre vor Augen halten, wie sie von seiten der Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei-Kreise das Fortschreiten nationaler Gesinnung zu unterbinden bemüht waren, oder im Ergebnis auf die Schwächung des Nationalgedankens hinauslaufen mußten.

Zur Zeit schwerster Bedrückung deutschen Wesens an der Ruhr, Ende Mai 1923, fand zu Konstanz die 3. Bodensee-Tagung „katholischer Politiker“ statt. Der Hauptredner Bauer lobte dort die „katholische Friedensbewegung“ als „Parallelbewegung zur sozialistischen“, pries die Völkerversöhnung, worauf das MdR. Fleischer ein mea culpa für das deutsche Volk abgab. Zwei große Gefahren aber sah Herr Fleischer auf dem Wege zu den „wahren Vereinigten Staaten Europas, gekrönt durch das internationale Schiedsgericht“, nämlich die „Vergötterung der Nation“ und die „Vergötterung der Gewalt“. Nach einem frommen Bekenntnis, er denke nicht daran, undeutsch zu sein, erklärte er: „Die größte Häresie, die heute

der katholischen Kirche droht, ist jener übertriebene Nationalismus, und diese Häresie hat leider Gottes die schlimmsten Verheerungen und Verwüstungen selbst in den Köpfen der Katholiken angerichtet." („Deutsche Bodensee-Zeitung", 24. Mai 1923.)

Diese Worte gehen ganz eindeutig auf die völkische Bewegung, die sich die Schmähung des Deutschtums nicht widerspruchslos gefallen läßt und nicht wortlos zusieht, wie durch die Wirth, Rathenau, Marx und Genossen ganz Deutschland dem Feinde bedingungslos überantwortet wird. Während also der katholische Marschall Foch sich der Unterstützung des Vatikans erfreut, während selbst Mussolini eine Schar von Kardinälen hinter sich weiß, die alles vor ihrem katholischen Gewissen verantworten, fallen die „katholischen Politiker" dem ringenden Deutschland in den Rücken und zwar in ganz ähnlicher Weise wie die Sozialdemokratie. Diese sagt „Menschheitsgewissen", jene „katholisches Gewissen", beide schwächen deutsches Wesen und bilden ein Hindernis der inneren und äußeren Befreiung.

Diese, sagen wir, — Schwäche geht durch das ganze Pressewesen der Partei, die noch nicht von der nationalen Häresie ergriffen ist. Da ist z. B. der „Bayerische Kurier". Ausgerechnet während der Besetzung der Pfalz durch die französischen Truppen, angesichts der ganzen Haltung des heutigen Frankreich, schreibt ein „Spectator Palatinus" von der „Feinheit und Eleganz der französischen Zivilisation", vom „geschmackvollen Eklektizismus", der recht einnehmend, sogar bezaubernd wirken könne (22. 4. 21). In einem nächsten Brief wird die französische Zivilisation gar zum „Zauber", selbst wenn eine kleine Befürchtung eingeschoben wird. Zum Schluß aber heißt es: „Ein gewisses Gefühl der Befriedigung, daß die chaotischen Zustände, wie sie eben in Mitteldeutschland erneut sich zeigen, nicht auf die Industriegebiete der Pfalz übergreifen konn-

ten . . . macht sich in Bürger- und vernünftigen Arbeiterkreisen geltend. Wie gesagt, die Gefahr, daß der Versuch, moralische Eroberungen zu machen, auch Erfolg haben kann, liegt nahe, wenn auf der Gegenseite nur einiges Maß im Siegerübermut eintritt" („Bayer. Kurier" 3. Mai 1921). — Wie man sieht, ein überaus liebenswürdiger Ton den Peinigern deutscher — katholischer — Frauen und Männer gegenüber. — Ähnlich demütig wendet sich der „Bayer. Kurier" am 14. September 1922 an die „Glaubensbrüder in Frankreich" mit der Beteuerung, daß die deutschen Katholiken den „überspannten Nationalismus" ablehnen und „redlich bemüht" seien, die „notwendige Abrüstung der Geister" zu betreiben. Ganz dasselbe könnte im „Vorwärts" stehen. Im gleichen Aufsatz wird das führende klerikale Blatt Frankreichs „La Croix" zitiert: mit Recht hebe es die internationale Einstellung der diesjährigen Generalversammlung hervor. Dabei darf nicht vergessen werden, daß „La Croix" eines der wütendsten Hetzblätter Frankreichs gegen Deutschland ist. Am 6. September 1922 erklärte der — „nationale" — „Bayer. Kurier", der Katholikentag habe sich freigehalten von „jedem Überschwang, jedem unkatholischen Chauvinismus", was ungefähr dem Geiste seiner Erklärung vom 17. August 1921 entspricht, die „Sanktionen" hätten „in ihrer Gesamtheit keine Berechtigung mehr". Haben sie diese früher gehabt?

Daß der „Bayer. Kurier" über das Unglück Deutschlands klagt, ist natürlich. Nur sucht er oft nach merkwürdigen Begründungen. Am 28. Juli 1923 glaubte er die Reformation dafür verantwortlich machen zu müssen, gemäß seiner bedeutungsvollen „Feststellung" vom 5. Juli 1921, daß wir unser Unheil der rächenden „immanenten Gerechtigkeit" zu verdanken hätten, da wir uns vor vier Jahrhunderten der „gottgesetzten Autorität" entzogen hätten, ein Verbrechen, das „uns dem Untergang weiht", falls wir nicht noch „in letzter Stunde" „aus der Geschichte" lernen wollten.

Es ist also eine offen konfessionelle Politik, die hier vertreten wird. Ähnlich wie die Klassenkampfparole, schneidet sie das deutsche Volk in zwei Teile und wiegelt den einen gegen den anderen auf. — So wird denn auch der separatistische Ton verständlich, den Dr. Heim schon am 1. Dezember 1918 im „Bayer. Kurier" anschlug, wo er für die Wiederherstellung des „alten Rheinbundes", also eines französischen Vasallenstaates, eintrat; ebenfalls die Besprechung 1919 mit den französischen Generalen über eine etwaige Separation Bayerns vom Reich. Von sich aus vertrat der „Bayer. Kurier" denselben Standpunkt — wobei er sich wunderbarerweise noch gegen den Vorwurf des Separatismus verwahrte! — noch am 17. April 1923, als er erklärte, im Falle einer sozialistisch-revolutionären Diktatur sei Bayern nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, sich einer solchen Diktatur zu entziehen. Das heißt nicht „Auf nach Berlin", wie der Generalstaatskommissar der Bayerischen Volkspartei, Se. Exzellenz Ritter Gustav von Kahr, seinen Getreuen zu sagen erlaubte, sondern „Los von Berlin". Wie nun, wenn Deutschland im April 1919 ebenso gedacht hätte? Ob wohl vom „Bayer. Kurier" noch viel geblieben wäre?

Nun hat die völkisch-nationalistische, großdeutsche Bewegung diesen Anschauungen das Konzept mächtig verdorben. Da hat man zähneknirschend einen anderen Ton angeschlagen, was nicht allzu schwer war, da in Berlin Freund Marx residierte. Augenblicklich heißt die Politik: Schwarz-rot-gelb. Und das Gesetz zum Schutz der Republik hat seine Tätigkeit in Bayern bereits wieder begonnen!

Während man außenpolitisch sich nicht allzuschwer „bezaubern" ließ und in den sanftesten Tönen flötete, ging man gegen die innerpolitischen Gegner ohne jede sonst so hoch gepriesene „christliche Nächstenliebe" vor. Da griff man gierig Verleumdungen gegen Hitler auf; beschmähte

die völkische Freiheitsbewegung ebenso wie die Sozialdemokratie es tat; setzte sie auf die gleiche Stufe mit den hochverräterischen Kommunisten usw. Das ist die „Linie", die „Grundsatztreue" der Bayerischen Volkspartei. Wir werden sehen, wie sich die kommende Erklärung Geheimrat Helds in diese Grundsätze einfügen wird. Jeder Deutsche aber hat alles persönliche Interesse daran, sich die Bayerische Volkspartei nochmals genau anzusehen und die „Häresie" zu verstärken, um die notwendige Entwicklung zum völkischen Staat zu beschleunigen.

Der bedingungslose Reichskanzler.

„Völkischer Kurier", 10. Juli 1924.

Wir sind nachgerade schon an alles gewöhnt, ohne zu protestieren. Früher wurde noch von verdorrten Händen gesprochen, Ebert erklärte, wir wären ehrlos, wenn wir das Versailler Diktat unterschreiben würden, aber später sagte man doch Ja und Amen. Diese vorhergehenden Verneinungen hat man sich ganz folgerichtig abgewöhnt, denn weder Freund noch Feind glaubt heute einem Kanzler der schwarz-rot-gelben Koalition, wenn er irgendwann und irgendwo einmal Nein sagen sollte. Vorausgesetzt, daß es sich dabei um feindliche Forderungen handelt. Erst recht nicht glauben würde man es bei unserem allerchristlichsten Reichskanzler Marx, der bekanntlich die Güte hatte, den Bayern eine mehr oder weniger lange Besetzung durch die Ententearmeen zu wünschen.

Dieser als des Zentrums getreuer Bruder und als des Matthias Erzberger würdiger Nachfolger uns bescherte Reichskanzler hat wieder einmal eine fromme Rede gehalten. Und zwar hat er diesmal die „deutsche" Presse zu sich gebeten. Nach einem kleinen Bedauern über die doch

heute selbstverständliche politische Gepflogenheit, daß Deutschland zur internationalen Konferenz noch immer nicht eingeladen worden sei, sagte der oberste Diener der Novemberrepublik:

„Das Gutachten der Sachverständigen hat im deutschen Volke neue Hoffnungen erweckt, und das deutsche Volk ist gewillt und bereit, künftig auch noch die großen und schweren Opfer auf sich zu nehmen, die das Gutachten verlangt.

Was wir erstreben, kann ich in dem einen Wort zusammenfassen: Wir wollen wieder vertragsmäßige Zustände.

Wir wollen wieder, daß der Versailler Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden und die Rechtsgrundlage bilden, auf der wir uns mit unseren früheren Gegnern in ehrlicher Verständigung und zu beiderseitigem Nutzen auseinandersetzen können.

Wir wollen endlich wieder unsere nationale Freiheit und Gleichberechtigung mit den anderen Völkern."

Hierzu ist zu sagen, daß nicht das Dawes-Gutachten beim deutschen Volk „neue Hoffnungen" erweckt hat, sondern gekürzte, gefälschte Abrisse dieses neuen Würginstrumentes der Hochfinanz. Dem Außenminister Stresemann ist es im Reichstag dabei offen ins Gesicht gesagt worden, daß diese gefälschten, das Volk irreführenden Veröffentlichungen auf Kosten des Reiches gedruckt und verbreitet worden sind. Stresemann schwieg ... Das deutsche Volk ist keineswegs gewillt, sich auf Jahrzehnte, ja ohne Ende aussaugen zu lassen. Gewillt dazu sind aber jene Erfüllungspolitiker wie Rathenau, der ja einst offen erklärte, es gebe keine absolute Unerfüllbarkeit. Dieser Rathenau wird noch eben umjauchzt, und ein heutiger Reichskanzler bringt es fertig, das Versailler Diktat als „vertragsmäßigen Zustand" und als „Rechtsgrundlage" herbeizuflehen. In diesem „Vertrag" aber steht auch jetzt noch jenes grausame Schuldbekenntnis, gegen das die Reichsregierung noch immer so gut wie gar nichts unternommen hat. Herr Stresemann hatte in seiner Lobrede auf das Dawes-Gutachten die — Naivität, zu behaupten, über die Schuldfrage sei man sich in Deutschland im klaren. So? Die

gesamte Sozialdemokratie schweigt noch heute, weil sie sich selbst nicht als Lügnerin entlarven kann; aber mit der Behauptung von Deutschlands Schuld ist die Revolution vom November 1918 geschoben worden und so mancher heute hohe Herr, der durch die Lüge siegte; möchte durch die Wahrheit nicht auf die Straße gesetzt werden.

Zunächst genug davon. Jedenfalls hat Herr Marx ohne Protest das Versailler Schanddokument als Rechtsgrundlage verkündet. Poincaré kann zufrieden sein. — Aber Herr Marx ging in echt „christlicher" Nächstenliebe noch weiter. Er sagte der andächtig zuhörenden Versammlung:

„Man spricht jetzt wieder viel von Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen Deutschland das Sachverständigengutachten durchzuführen entschlossen sei. Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Gutachtens knüpft, ist einzig und allein die, daß das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geist nach aufrichtig angenommen und durchgeführt werde; eine andere Bedingung stellt die deutsche Regierung nicht."

Das ist wirklich mit klassischer Klarheit ausgedrückt! Die Wallstreet fordert die bedingungslose Annahme! Herr Marx weist mit unnachahmlicher Gebärde die nationalen und völkischen Deutschen zurück und erklärt, auch keine andere Bedingung stellen zu wollen.

Von der sofortigen Räumung der Ruhr ist keine Rede!

Der „Geist" des Gutachtens, den der Kanzler verspricht, in Deutschland durchzuführen, ist in diesen Blättern schon mehrfach gekennzeichnet worden. Wenn in jedem großen Werk ein feindlicher Spitzel als Büttel sitzt; wenn jede Regierungskanzlei einen fremden Kommissar als Herrn hat; wenn ein sogenannter Kommissar über die Eisenbahnen befiehlt; wenn die jüdische Goldnotenbank allein über Kredite für das deutsche Sklavenvolk bestimmt, und wenn dann schließlich jedes Aufbäumen dagegen mit Reitpeitsche, Zuchthaus und blauen Bohnen beantwortet wird, dann liebe Deutsche, ist der „Geist" des Dawes-Gutachtens durchgedrungen, der Sieg der Demokratie vollkommen!

Während Herr Marx seine Reden schwingt, schreibt ein anderer erfüllungsbereiter Deutscher in der „Frankfurter Zeitung“ (12. Juli) auch einiges vom „Geiste“ Amerikas, und zwar Herr Schulze-Gävernitz. Er schreibt:

„Die Folge der günstigen Zahlungsbilanz war ein unerhörter Goldüberfluß, so daß Amerika heute mehr als die Hälfte des Goldes der Welt besitzt ... Dieses Gold, welches in den Banken aufgehortet ist, ist ein toter Schatz, der unter Umständen gefährlich werden kann. Er kann zur Inflation führen, wie dies 1919 tatsächlich der Fall war, worauf eine schwere Depression folgte.“ „Wenn Amerika seinen Goldbesitz nutzbar machen ... will, so bleibt nur ein Weg, die aktive Zahlungsbilanz fruchtbar zu machen: Kreditierung dieser Überschüsse an das Ausland durch die Einfuhr ausländischer Wertpapiere.“ „Ihre (Großbritanniens und Amerikas) Aufgabe ist es, die Welt durch Kapitalanlagen zu erschließen ... Dies ist die ökonomische Grundlage der Friedensbewegung in der angelsächsischen Welt.“

Und dann werden wir armen rdenbürger gewürdigt.

„Als Feld der Kapitalanlage steht Europa noch immer voran ... Indem Europa aus den Fluten des Krieges wieder auftaucht, gleicht es einem jungfräulichen Boden, wo geringe Anlagen große Gewinne bringen können. Was von Europa im allgemeinen gilt, gilt von Deutschland im besonderen. Hat doch Deutschland nach dem Urteil aller Sachverständigen seit 1919 seine industriellen Anlagen erheblich verbessert und seine Ersparnisse zur Steigerung seiner Leistungsfähigkeit verwandt.“

Der deutsche Professor, der dies alles im alljüdischen Börsenblatt zu schreiben wagt, bespricht dann den Verkauf der deutschen Eisenbahn- und Industriewerte ins Ausland, und weist auf die Börse als die Herrin der Welt hin, die alle unter ihr Gebot zwingen könne und zwar „lediglich durch ökonomische Druckmittel, indem sie (Amerika und ngland) das Auf und Nieder der europäischen Währungen in ihrer Hand haben.“

Also: Goldüberfluß, dadurch Inflationsgefahr, Anlage in Europa, große Gewinne, Börsendruck sind die „idealistischen Beweggründe“, wie der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, der „Geist“, wie der deutsche Reichskanzler sagt.

Selbstentlarvung der Judenschutztruppe.

„Völkischer Kurier", 28. Juli 1924.

Daß die gesamte Sozialdemokratie eine Schutztruppe der jüdischen Börsenräuber darstellt, wurde mehrfach nachgewiesen. Auch Zeugnisse aus ihrem eigenen Munde sind bekannt. Aber selten dürfte eine derartige Selbstentlarvung vorgekommen sein, wie sie sich die „Münchener Post" am Freitag, den 25. Juli geleistet hat. Unter dem Titel „Ein gewaltiger Plan nimmt greifbare Formen an, zwei bedeutende Amerikaner in München", berichtet sie, daß seit Mittwoch, den 23. Juli „zwei amerikanische Bürger, Manny Strauß und Paul Warburg", in München weilten. Warburg sei als „Großfinanzier" bekannt, Manny Strauß sei „Vertrauensmann amerikanischer Finanzkreise". Und dann entnimmt das „antikapitalistische" Blatt des Erhard Auer „Wiener Blättern" einen längeren Bericht, aus dem hervorgeht, daß die beiden amerikanischen Bankjuden als die Herren und Gebieter des Rhein-Main-Donau-Kanals zu betrachten sind.

Von Manny Strauß wird hier erklärt, er sei „eine der hervorragendsten Figuren der Hochfinanz", ein „genialer Finanzmann", seine Wohltätigkeit wird gerühmt und dann heißt es wörtlich:

„Über 400 Millionen Dollar hat er in den letzten acht Jahren für die verschiedensten Zwecke durch seine organisatorische Arbeit und seine finanziellen Beziehungen ins Rollen zu bringen geholfen, an der Plazierung sämtlicher internationaler Anleihen hat er mitgewirkt, die Budgetkommission, deren erster Direktor General Dawes ist, hat die Arbeiten von Manny Strauß zur Grundlage der National Budget Bill genommen, und nebenbei ist Strauß in Amerika dafür bekannt, daß er mit keiner dieser Aktionen irgendwelchen egoistischen Plänen diente, daß er einen großen Teil seines Vermögens selbst wieder wohltätigen Zwecken zuführte. Seine Stellung auf dem amerikanischen Finanzmarkt und seine Unabhängigkeit gegenüber den großen kapi-

talistischen Gruppierungen in den Vereinigten Staaten bringen es mit sich, daß die gesamte internationale Kapitalswelt in ihm einen selbstlosen Berater schätzt und sich in wichtigen Angelegenheiten um sein Gutachten bewirbt."

Mit keinem einzigen Wort nimmt die „Münchener Post" gegen diese unverschämte Lobhudelei Stellung und ist somit mitschuldig an der Absicht der Wiener hebräischen Blätter, den Börsenpiraten als eine Art Weltheiland hinzustellen. Es wird gerade so getan, als ob das Anleihen-Geben eine große Gnadentat sei, vor der wir alle in Dankbarkeit ersterben sollten, und nicht ein feines Geschäft für jene „internationale Kapitalswelt", die den Krieg finanziert und Millionen Menschen ausgeplündert hat. Das ganze Geschrei der Sozialdemokratie über die 12 Millionen Toten des Weltkrieges entpuppt sich hier als eine große Lüge, da sie die Nutznießer dieses Völkermordens schützt und nicht nur schützt, sondern preist, anbetet, um Hilfe anbettelt! Diese „selbstlosen Berater" der Börse uns heute als geniale, gute, liebe Männer anzupreisen, ist wohl eines der frechsten Stücke, die man sich je dem ausgeplünderten deutschen Volke gegenüber geleistet hat.

Es ist nötig, hier einige Worte über die beiden hebräischen Messiasse zu sagen. Manny Strauß gehört zu einer Familie der Börsenjuden, von der eine ganze Reihe von Mitgliedern heute einen übelberüchtigten Namen besitzen, bzw., die aus dem Elend der Zeit goldene Münzen geprägt haben. Da ist zunächst Oskar Strauß. Dieser war dreimal amerikanischer Botschafter in Konstantinopel, Präsident der Handelskammer und wird als einer der „einflußreichsten jüdischen Führer der modernen Zeiten" gefeiert. Sein Bruder, Nathan Strauß, war einer der größten jüdischen Hetzer gegen Deutschland und erklärte in einem Brief an den französischen Botschafter in Washington, die Begeisterung für die Sache der Entente sei unter den Juden als einmütig zu bezeichnen. Als England

die jüdischen „Rechte“ auf Palästina „anerkannt“ hatte, sagte dieser Nathan Strauß auf einer Massenversammlung in der Carnegie-Hall am 24. Dezember 1917, England habe alle Wünsche des jüdischen Volkes erfüllt. Ein weiterer amerikanischer Strauß nennt sich Louis mit Vornamen und hatte einen wichtigen Beobachterposten inne: er war während des Krieges „Privatsekretär“ des Ernährungskommissars Hoover. Und noch ein Strauß ist in Amerika zu großer Macht gelangt. Er heißt Josef und wurde Anfang 1921 zum Höchstkommandierenden der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean ernannt. Louis Strauß ist Zionist, d. h. jüdisch-völkisch, und Josef Strauß ist ebenfalls, wie der „Israelit“ stolz feststellt (Nr. 5, 1921) ein „bewußter Jude“. Es ist nach allem anzunehmen, daß Mr. Manny Strauß auch ein treuer Sohn des Erstgeburtserschleichers ist. Über sein Verwandtschaftsverhältnis zu den übrigen Sträußen wüßten wir gern Näheres. Es soll nur noch bemerkt werden, daß im letzten Kabinett Poincarés ein Herr Paul Strauß als Minister für Hygiene saß, ein ehemals wegen Desertion verurteiltes Kind Abrahams, Isaaks und Jakobs. Da die Strauß' aus Deutschland stammen (Oskar Strauß ist in Ottemberg geboren), so werden sie wohl irgendwie mit dem Hebräer Otmar Strauß in Köln verwandt sein, vielleicht auch mit dem zionistischen Rechtsanwalt in München.

Wie man sieht, stellt schon eine einzige hebräische Sippe einen Völkerbund im Kleinen dar. Was Herrn Paul Warburg anbetrifft, so ist bekannt, daß der Freund des ehemaligen Reichskanzlers Cuno, Max Warburg, sein Bruder ist (bei dem auch Herr Ebert abzusteigen pflegt). Der dritte Warburg, Herr Felix, ist Schwiegersohn des Jankel Schiff und Mitinhaber des Bankhauses Loeb, Kuhn und Co., dessen Kompagnon Otto Hermann Kahn (Ritter der französischen Ehrenlegion) augenblicklich auf der Londoner Konferenz weilt, um ebenso menschenfreundlich zu wirken wie

seine Genossen auf dem Festland. Übrigens ist der Direktor der A.E.G., Felix Deutsch, ein Schwager des O. H. Kahn, der tatkräftig für den Sieg der Börsen-Entente gearbeitet hat. Während des Krieges amtierte ein anderer Bruder von Max Warburg als deutscher Legationsrat in Stockholm; ein Professor Warburg sitzt im Exekutiv-Komitee der zionistischen Weltorganisation ... Wir haben also auch hier eine merkwürdige Verteilung ein- und derselben Familie.

In London wird augenblicklich das deutsche Volk verschachert. Seine Finanz- wie Verkehrshoheit wird ihm so oder so geraubt werden, und indem die Börsenhebräer und ihre Knechte dies durchführen, halten sie die Lebensader des Reiches in den Händen. Während dort in London über die Eisenbahnen bestimmt wird, wird auf dem Kontinent die Hand auf die kommende große Wasserstraße gelegt. Und beide Male sind es Hebräer, die hier als Goldgeber, Börsenherren, über das Schicksal von Millionen bestimmen. Die Kaiser und Könige sind gestürzt, die reichen Söhne der Wüste sind „Herren" geworden. Und während die Sozialdemokratie hemmungslos gegen ehrwürdige Überlieferungen Europas ankämpft, liegt sie vor dem nackten Golde demütig im Staube. Das nennt man — — Demokratie!*)

Die Larve herunter!

„Völkischer Kurier", 13. September 1924.

In einer geradezu rührenden Einmütigkeit, belobt von der „Münchener Post", der „C.V.-Zeitung" und an-

*) Am 30. Januar 1937 löschte Adolf Hitler die Schande. Er zog amtlich die Unterschrift unter Versailles zurück und unterstellte die Reichsbahn und die Reichsbank wieder dem Deutschen Reich.

deren jüdischen Organen, ist die Presse des bayerischen Zentrums zu einem Generalangriff gegen den völkischen Gedanken geschritten. Daß man hier vor offenkundigen Fälschungen nicht zurückschreckt, ist kürzlich im „Völkischen Kurier" dargelegt worden. Es wäre jedoch falsch, wenn wir Werfen mit Stinkbomben nur auf einen persönlichen Haß oder nur auf Parteipolitik zurückführen wollten. Denn die Wurzel des heute so klar hervortretenden abgrundtiefen Hasses derjenigen, die sonst vor „christlicher Nächstenliebe" übertriefen, liegt wesentlich tiefer: es ist dies jener wütende Haß der Träger einer morschen, zusammenbrechenden Lebens- und Staatsauffassung, der aus dem Gefühl stammt, am Ende der Werbekraft seiner Gedanken angelangt zu sein, ja sogar, um überhaupt noch wirklichen Widerhall zu finden, Maßstäbe anwenden muß, die aus dem Lager des tödlich gehaßten Gegners stammen.

Vor 1000 Jahren spielten sich die Machtkämpfe auf dem geistigen Gegensatz Christentum — Heidentum ab. Dann trat die konfessionelle Parole Katholizismus — Protestantismus auf. Diese wurde am Ende des 18. Jahrhunderts durch das politische Feldgeschrei Monarchie — Republik abgelöst. Diese Wertmesser haben seit 1918 ihre Bedeutung verloren, an ihre Stelle ist die Scheidung: deutsch — undeutsch, völkisch — international getreten. Zentrum und Bayerische Volkspartei sind nun in der schwierigen Lage, ihren engherzig-konfessionellen Maßstab mit der im Lebenskampf heute immer mehr an die erste Stelle gerückten Idee des Volkstums in Verbindung zu setzen, d. h., es so darzustellen, als seien sie selbst völkisch, echt großdeutsch, Hüter des Volkstums. Sie versuchen dies zähneknirschend, denn sie wissen nur zu genau, daß sie über ihr bisheriges eindeutiges Gesicht der reinen Konfessionspolitik eine Larve ziehen müssen.

Der Kongreß der „katholischen Politiker" 1923 zu Konstanz hatte den „übertriebenen Nationalismus" als die

neueste und gefährlichste Häresie gebrandmarkt, die leider sogar in katholischen Köpfen „Verwüstungen“ angerichtet hätte. Die Presse der Bayerischen Volkspartei tobte gegen die „Vergötterung der Nation“. Die „Augsburger Postzeitung“ erklärte von den Süddeutschen, sie hätten „kein Interesse“, sich „auf das eng-nationalistische Deutschland festzulegen“, das die „großen Traditionen des Römischen Reiches Deutscher Nation einfach zur Seite schieben“ wolle.

Hier ist die eigentliche Kernfrage angeschnitten worden, um die es sich heute dreht: soll das kommende Deutschland ein rein von konfessionellem Gesichtspunkt beherrschter oder ein von dem Gedanken der Erhaltung des Volkstums, der Nationalehre geleiteter Staat sein. Einer dieser Maßstäbe muß der ausschlaggebende sein, und der Deutsche wird sich zu entscheiden haben, welchen er als den seinen anerkennt. Zentrum und Bayerische Volkspartei sprechen, wenn sie das Wort „Staat“ in den Mund nehmen, immer nur vom eng-konfessionellen Staat, der dem Mittelalter angehört, zusammengebrochen ist, jedoch durch das Hineinmengen des religiösen Motivs noch organisierte Heerscharen hinter sich gezwungen hat. Aber die deutsche Sehnsucht ist doch in allen Bekenntnissen zu stark, als daß der Gedanke des geschlossenen stolzen Nationalstaates, die einheitliche Triebfeder völkischer Ehre nicht doch immer lebendiger wird. Und hier setzt nun ein weiterer Kampf ein, der viel gefährlicher ist als das augenblickliche Wutgeheul der Volksparteipresse: die planvolle Fälschung der deutschen Geschichtsauffassung und die Verunglimpfung derjenigen Persönlichkeiten, in denen das erwachende Deutschland seine Helden erblickt.

Hier steht die Gestalt *Friedrichs des Einzigen* im Mittelpunkt des Kampfes. Das völkische Deutschland sieht in ihm den größten König der deutschen Geschichte, den Mann, der rücksichtslos Volks- und Staatsinteressen

über wirtschaftliche Bequemlichkeit setzte, der aristokratische Lebensauffassung mit streng sozialer Gerechtigkeit verband, der zu herrschen und zu dienen verstand, der die Idee der nationalen Ehre zum tragenden Pfeiler seines ganzen Tun und Lassens machte. Durch alles Menschliche hindurch leuchten diese Gedanken, in einer Gestalt versinnbildlicht, heute in unsere schwarze Gegenwart herein, und das Wort „Fridericus" weckt seelische Kräfte, die zu pflegen und zu stärken Pflicht eines jeden Deutschen sein müßte. Gegen dieses deutsche Sinnbild richtet sich nun der gemeinsame Kampf der Juden und Zentrumsbrüder. Der jüdische „Vorwärts" keift über die Verehrung Friedrichs, der jüdisch geleitete „Verlag für Kulturpolitik" gab eine Schmähschrift über seine Kriege heraus, und die klerikale Presse tat ein übriges, um sowohl den Mann wie sein Werk zu beschmutzen.

Unter den vielen Zeugnissen greife ich eines heraus. In Wien wirkt der folgerichtigste Verfechter des konfessionellen Staates vom römischen Reich, Dr. Eberle, der Herausgeber der Wochenschrift „Das neue Reich". Dieser Herr hatte es für gut befunden, in der Osterfestnummer dieses Jahres anläßlich der Linzer Domweihe eine der niedrigsten Schmähschriften gegen Friedrich den Großen zu veröffentlichen, die jemals geschrieben wurde. In der „religiösen" Festnummer wird von Friedrich gesagt, er sei die „personifizierte Herrschsucht und Selbstsucht" gewesen, dessen „ganzes Sinnen und Trachten der Befriedigung seines Ehrgeizes gewidmet gewesen sei". Er war „unchristlich und undeutsch", ein „Franzose auf einem deutschen Thron", sein Charakter wäre „doppelzüngig und kein Recht achtend" gewesen, von „Großmannssucht" durchtränkt usw. Von seinem Werk heißt es: „Die Regierung dieses preußischen Königs ist das wahre Ende des Deutschen Reiches", „Entnationalisierung ist der Grundzug der Politik des Preußentums", „der Staatsgedanke des Preußentums ist

undeutsch, unchristlich und rechtswidrig. Das Preußentum erkennt die Idee des Kaisertums des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nicht an, es sucht die Nation von ihrer Geschichte loszureißen ..." „Das Nationalitätsprinzip führt zurück auf den Naturzustand der Völker, der sie untereinander verfeindet und dem Recht, dem Christentum entgegenwirken muß." „Deutsche Politik wäre es, die ganze Nation wieder unter einer starken Zentralgewalt zu vereinigen, deutsche Freiheit und deutsches Recht zu pflegen, den Glauben zu schützen und die Feinde des Christentums niederzuwerfen, den Papst und die Kirche zu verteidigen ..."

Das ist doch wohl in dürren Worten die Ansage des konfessionellen Krieges. Daß deutsche Freiheit und deutsches Recht zugrunde gingen, haben wir dem sogenannten Heiligen Römischen Reich zu verdanken, in dessen Zeichen Deutsche für alles andere kämpften, nur nicht für ihre Freiheit. Die Einführung des uns heute zerfressenden spätrömischen Rechts steht ebenfalls auf dem Schuldkonto des mittelalterlichen Staates, der es gegen deutsche Sitten gewaltsam durchsetzte. Das deutsche Volk anerkennt zwei christliche Konfessionen; heute deshalb den *konfessionellen Staat* zu fordern, bedeutet einen *offenen Volksverrat*. Mit derselben Skrupellosigkeit, wie der Marxismus Klasse gegen Klasse hetzt, so hetzt der Universalismus Konfession gegen Konfession. Gemeinsam arbeiten beide Strömungen gegen die Kraft, gegen die Idee, die einen neuen größeren, vereinigenden Maßstab geschenkt hat: *die völkische Weltanschauung*. Menschen und Parteien, die von Verhetzungen leben, empfinden es als peinlich, wenn Versöhnung in Aussicht steht. Der alte Staat bäumt sich auf vor dem Untergehen und der Neugeburt. *Aus diesem Gesichtspunkt heraus sind die Kämpfe und Krämpfe des heutigen Universalismus zu verstehen, der das stille Gotteshaus auf den Jahrmarkt*

des Lebens stellte und den Herrgott zum Parteioberhaupt herabwürdigte.

Und zum Schluß all dieser Bemühungen kommt noch als letzter Trick die Behauptung, die friderizianisch und bismarckisch eingestellten Völkischen seien kleindeutsch, die Bayerische Volkspartei usw. aber echt-großdeutsch. Auch Herr Eberle läßt von einem einzigen Kaiser schwärmen und hat ohne Frage die Habsburger im Auge. Laut dem Geständnis des Freiherrn von Werkmann, des letzten Sekretärs des letzten Habsburger Kaisers, hat Franz Joseph nicht zum Schwert für „deutsche Vormachtsgedanken“ gegriffen, sondern nur für „die Erhaltung des Vielvölkerstaates“. Von Kaiser Karl heißt es, ihn hätte nur der reale Interessengegensatz Deutschland gegenüber bestimmt. Diese Bekenntnisse zeigen deutlich genug, daß von deutscher Freiheit keine Rede ist, daß der Gedanke des deutschen Volkstums überhaupt keine Rolle spielt. Sieht man Erzberger an, so trifft man immer nur konfessionelle Überlegungen, liest man die Presse der Bayerischen Volkspartei, die ganz dürr die Zerschlagung Preußens fordert, so weiß man, was unter dem von dieser Seite geforderten „Großdeutschland“ zu verstehen ist: die Vernichtung alles dessen, was sich seit dem Großen Friedrich zugetragen hat, der Sieg des unnationalen römischen Staatsgedankens über den deutschen, die erneute Knebelung einer Nationalkultur, die Verfälschung unseres gesamten Lebens.

Das sind die geistigen Hintergründe der wütenden Pressepolemik gegen Hitler, die völkische Bewegung, gegen die deutsche Kultur überhaupt. Daß die Schäflein nur die Scheingründe sehen, läßt sich leider noch nicht vermeiden, da die Anhänger des römischen Konfessionsstaates das Wort deutsch oft auf den Lippen tragen, ähnlich wie Poincaré von Humanität spricht und Neger marschieren läßt. Heute muß sich jeder Deutsche entscheiden, ob er das völkische Großdeutschland

will oder eine Aufwärmung des Mittelalters, oder Friedrich den Großen und Bismarck als Vorbilder ansieht oder Herzog Alba und Torquemada.

Ein Blick auf den Völkerbund.

„Völkischer Kurier", 21./22. September 1924.

Die Sache wird wieder ganz geschickt geschoben. Nachdem die Hebräer und ihre Schleppenträger es verstanden haben, dem deutschen Volke das Dawes-Gutachten als ziemlich harmlos hinzustellen und die Unterschrift durchzusetzen, erklären ihre Blätter es als selbstverständlich, daß auch der nächste Schritt zur „Verständigung" getan werden müsse. Deutschland müsse in den herrlichen Völkerbund eintreten. Das ganze Rudel von schreibenden und sprechenden Juden, das zur interparlamentarischen Konferenz gefahren war, schrieb nach Deutschland über die liebenswürdigen Leute der Entente. Die „Frankfurter Zeitung" z. B. war besonders entzückt von der französischen Delegation und ihren hervorragenden Köpfen.

Als der Völkerbund seine Arbeit begann, erklärte der erste Generalsekretär dieses Instituts auf seinem Besuch beim Oberrabbiner Ginsburger, der Völkerbund sei sich seiner „Pflicht gegen die Juden" bewußt, und kein Hilferuf werde von nun an ungehört verhallen. Diese Zusage konnte er mit bestem Gewissen machen, denn schon anfangs war der Völkerbund als ein vornehmlich jüdisches Werkzeug deutlich erkennbar: Holland, Frankreich, Spanien waren durch eine Anzahl Hebräer vertreten, die Sektion zur „Bekämpfung" des Mädchenhandels erhielt eine jüdische Leitung, Vorsitzender der wichtigsten Abteilung, der politischen, wurde der französische Jude Paul Mantoux, früher Dolmetscher auf der „Friedenskonferenz" zu Ver-

sailles. Und Präsident des Bundes wurde der Jude Paul Hymans aus Belgien, den die jüdische Schrift „Die Juden unter den Leitern der Entente“ (London 1918) als eine der führenden Persönlichkeiten betrachtet. Nach und nach sind Veränderungen eingetreten; meist bestanden sie in der Vervollständigung des jüdischen Überflusses. An die Spitze des „Rehabilitierungswerkes“ für griechische Flüchtlinge setzte sich der Jude Morgenthau, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Konstantinopel. Erfährt man, daß die britische Regierung, d. h. der englische Steuerzahler, ihm soeben eine Million Pfund Sterling zur Verfügung gestellt hat, und zugleich, daß viele Juden Kleinasien, Griechenland verlassen, so weiß man, daß dieses Geld sicher zu 90 Prozent zum besten der Kinder Abrahams verteilt werden wird, die Griechen aber wenig davon sehen werden. Polen delegiert als seine Vertreter unter anderen zwei Juden, Askenasy und Straßburger; zum Vorsitzenden der Sektion für „Frauen- und Kinderfürsorge“ wurde der amerikanische Jude Dr. Abraham Flexner ernannt; an die Spitze des „Weltrats für geistige Arbeit“ trat der Jude Albert Einstein. In der Hygiene-Sektion sitzen an leitender Stelle der italienische Jude Ottolenghi und der französische Hebräer Professor Lion Bernard.

Der Völkerbundsvorsitzende Hymans ist dann durch Motta ersetzt worden. Er wurde zum Präses des Völkerbundsrates „gewählt“.

Ich gebe zu, daß es etwas eintönig ist, sich diese Galerie der Weltgrößen vorführen zu lassen. Aber aus den angeführten Tatsachen wird die Sehnsucht der Gerlach, Ullstein, Bernhard, Levi, Cohn und Genossen erst recht verständlich. Was schiert es die Leute, ob Deutschland nochmals die Schuldlüge unterschreibt? Es hat in Versailles dies gezwungenermaßen getan, jetzt in London schon „freiwillig“. Es hat schon so viel hineingegeben, daß es auf einmal mehr nicht mehr ankommt...

Das Münchener „Jüdische Echo" schrieb schon vor vier Jahren (Nr. 53, 1920): „Das jüdische Volk sieht in den Prinzipien des Völkerbundes die Verwirklichung der Brüderlichkeit der Völker, die der jüdische Prophetismus verkündet hat, und es hofft, daß der Völkerbund immer mehr dazu gelangen wird, die Konflikte zwischen den Nationen verschwinden zu machen und das jüdische Volk von seinem schrecklichen Schicksal zu befreien." Dieses schreckliche Schicksal besteht z. B. in der Tatsache, daß die hebräischen Herren in Moskau Millionen Russen haben verhungern und ermorden lassen; es besteht darin, daß die Westjuden und ihre Banken heute alle Welt aussaugen. Von diesem Schicksal wollen auch wir die Juden einst befreien. Aber nicht durch den Völkerbund, sondern durch Mittel, die die Zukunft uns bringen wird.

Neueste Heldentaten Försters.

„Völkischer Kurier", 17. Oktober 1924.

Förster war einer der größten Landesverräter. Es wurde später festgestellt, daß er von der französischen Propaganda bezahlt worden war.

Die feindliche Pressepropaganda hat seit jeher ein leichtes Spiel gehabt. Wie wir wissen, hat Lord Northcliffe im „Berliner Tageblatt", im „Vorwärts" usw., in den Schriften der Fried, Grelling und Genossen seine besten Quellen gesehen. An der Spitze dieser vornehmen Gesellschaft aber marschierte von jeher Herr Friedrich Wilhelm Förster, der Sittlichkeitsfanatiker und erfolgreiche Beschmutzer des deutschen Volkes. In den Augen dieses Burschen ist der deutsche Kampf gegen die Kriegsschuldlüge natürlich ein Verbrechen gegen das geliebte Frankreich und die Groß-

bankiers in Amerika, die den Krieg finanziert, zugleich aber den Pazifistenjuden Fried unterstützt hatten. Die „Friedenstagung" in Berlin-Potsdam, auf der der jüdische — und zwar zionistische — Professor Basch Einlullungsreden hielt, gab dem Herrn Förster wieder einmal Gelegenheit, seinen reichhaltigen Schmutzkübel über unser Volk zu entleeren und die Notwendigkeit für Frankreich zu betonen, sich vor neuen deutschen Überfällen zu schützen. Es ist nötig, den Herrn an der Arbeit zu sehen. In Nr. 32 der „Menschheit" vom 10. Oktober schreibt er:

„Der Wunsch nach Befreiung vom Wettrüsten ist heute gewiß stärker als je, aber das fortgesetzte moralische Versagen Deutschlands in Sachen der innerlichen Abkehr vom Faust- und Giftrecht läßt in den europäischen Völkern nicht jenes Sicherheitsgefühl aufkommen, das allein den Entschluß zu einer wirklich durchgreifenden Abrüstung in Kraft setzen könnte. Auch außerhalb dieses Zentrums der Gefahr ist die Welt gegenwärtig noch voll von drohend rauchenden Vulkanen. Solange Rußland noch mit allen möglichen dunklen Absichten droht und solange es in Deutschland weite und mächtige Kreise gibt, die sich dorthin orientieren — solange ist es von den übrigen europäischen Völkern zu viel verlangt, daß sie in großem Maßstabe abrüsten sollen."

Ein Wutgeheul wird gegen die „militaristischen Verbände" erhoben, die angeblich gegen die heilige Militärkontrolle Drohungen ausgestoßen hätten. Und deshalb ergibt sich für einen Förster natürlich die Folgerung, daß das Leben der Kontrolleure, der Besatzungsheere, geschützt wird:

„Selbstverständlich kann Frankreich zu seiner Sicherheit verlangen, daß vor allem in Deutschland selbst der Kampf gegen die Kriegstreiber geführt wird; es entspricht aber nur dem selbstverständlichen Grundsatze der internationalen Zusammenarbeit, wenn wir wünschen, daß Frankreich, und zwar das Frankreich Herriots, uns in diesem Kampfe unterstützt. Es liegt jetzt bei Deutschland, durch ehrliche und gründliche Durchführung des Londoner Paktes Herriots Stellung in Frankreich zu stärken; es liegt aber auch bei Herriot, in Deutschland den Kampf gegen den Militarismus, der in dessen Geburtslande wahrhaftig nicht leicht ist, zu unterstützen."

Ein „Deutscher" fordert also ganz offen den Eingriff einer feindlichen, auf deutschem Boden herrschenden Macht, um die nationalen Elemente niederzuknüppeln. Dies geschieht, ohne daß die deutsche Regierung dagegen einschreitet: die „Menschheit" ist durch die Post zu beziehen, überall erhältlich und Försters Genossen halten gar im Deutschen Reichstag ihre Tagungen ab. Sie sind sogar empört, daß sie nicht ganz offiziell von der Reichsregierung begrüßt werden ...

Und da wir gerade bei Berlin sind — über diese Stadt sagt Förster:

„Berlin hat mehr als irgendeine andere deutsche Stadt dazu beigetragen, daß der Weltkrieg über uns kam, es hat dazu beigetragen, vermöge einer eigentümlichen Mentalität, die sich schwer beschreiben läßt, die aber in ganz Deutschland bekannt und unbeliebt ist. In Berlin und mit Hilfe des im Berliner System gewählten Reichstags bringen es die Deutschnationalen fertig, den Reichskanzler eine Rede halten zu lassen, die den dokumentarisch feststehenden Tatsachen über den Beginn des Weltkrieges ins Gesicht schlägt, zu nichts anderem, als dem deutschen Volke Sand in die Augen zu streuen, damit die Lastenverteilung entsprechend vor sich geht."

Das Börsendiktat von Versailles ist in Försters Augen selbstverständlich ein Blümchen Rührmichnichtan. Ob Hunderttausende deutsche Männer und Frauen dank der Sklavenarbeit verrecken, der deutsche Menschenfreund wacht über die Heiligkeit des Vertrages und sieht in der Ruhrbesetzung ein sehr zweckmäßiges Mittel, die deutschen Sklaven zu erhöhter Fron zu zwingen. Wörtlich schreibt der Bursche:

„Wird ein Friedensvertrag hartnäckig und böswillig nicht gehalten, so tritt der Kriegszustand wieder ein — mindestens aber ein Zustand, in dem der Gläubiger das ihm vertragsmäßig Zustehende durch den Druck einer Besetzung einzutreiben sucht. Es besteht doch ein großer Unterschied zwischen ruchlosem Raub und zwangsläufiger Eintreibung eines vertragsmäßigen Rechtes. Poincaré konnte sich sehr wohl auf den Versailler Vertrag berufen, dessen Wortlaut so leicht zu seinen Gunsten zu deuten ist, daß selbst die englische Liga

für Völkerbund die Rechtmäßigkeit der Exekution nicht anfechten wollte. Und wo ständen wir heute, wenn nicht Frankreich unseren Industriellen gezeigt hätte, daß es keinen Spaß versteht? Hat nicht Bernhard in der „Vossischen Zeitung" nachdrücklich genug hervorgehoben, daß unsere Industriellen unter dem Drucke der Okkupation weit mehr angeboten haben, als Wirth von ihnen verlangt hatte, dessen Erfüllungspolitik sie seinerzeit als überhaupt nicht diskussionsfähig betrachteten? Hat nicht Stresemann als Hauptgrund für seine neue Politik der Erfüllung die Möglichkeit der Befreiung des Ruhrgebiets bezeichnet und damit der Aktion Poincarés sehr unvorsichtig aber drastisch Recht gegeben? Hat nicht General Dawes ausdrücklich erklärt, ohne die Okkupation der Ruhr, d. h. ohne den also bekundeten unbeugsamen Willen Frankreichs, sein Recht durchzusetzen, wäre das Sachverständigen-Komitee niemals eingesetzt worden?"

Ja, wo ständen wir heute, wenn die Ruhr frei wäre? Die Deutschen hätten weniger gefroren, das industrielle Leben wäre besser in Fluß gekommen, der deutsche Lebensmut hätte sich gehoben. Das wäre einfach entsetzlich gewesen, und Poincarés „gutes Recht" auf Deutschlands Vernichtung wäre wieder in seiner Erfüllung hinausgezögert worden. Und deshalb lobt der Pazifist Förster Frankreichs „unbeugsamen Willen", der bekanntlich mit Peitsche und Schwarzen und Tankgeschwadern sich an einem wehrlosen Volke austobte. Schade, daß Herr Förster nicht auch französische Spucknäpfe austrinken mußte, wie andere Deutsche. Er hätte dann das alles noch besser besingen können.

Die letzten Worte Försters enthüllen nun die eigentlichen Beherrscher der Weltpolitik: für die Bankiers in Amerika war die französische Armee das Zwangsmittel, Deutschlands Willen zu brechen, damit es die Finanzkontrolle auf sich nähme und sich ewig als Sklave verschriebe.

Und das stellt Herr Förster nicht nur fest — er triumphiert darüber. In Nr. 30 derselben „Menschheit" schrieb er:

„Nur Geduld — auch in Deutschland werden über Nacht Wunder geschehen. Und sie geschehen schon. Die unerbittliche Realität der gänzlich veränderten Weltlage, die Abhängigkeit Deutschlands von

den finanziellen Hilfeleistungen der ganzen Welt, die wachsende Organisation der ganzen Umwelt gegen einen neuen kriegerischen Angriff, die moralische Ächtung des Angreifers, in der sich in Genf alle Völker geeinigt haben, — das alles sind Dinge, die nunmehr Tag und Nacht auf Gehirn und Gewissen unserer zögernden Volksgenossen einwirken, sie aus ihrer Isolierung hinausdrängen und sie zwingen werden, von den aussichtslos gewordenen Methoden Abschied zu nehmen."

Jetzt wissen wir es, was uns der Verkünder der Sittlichkeit des Sklaventums weissagt. Die Börsenherren und Frankreichs Gebieter können mit Herrn Förster zufrieden sein.

Die deutsche Reichsregierung aber rührt keinen Finger!

1925

Die „Ernsten Bibelforscher".

„Der Weltkampf", Januar 1925.

Wenn eine Zeit des Verfalls im Völkerleben eintritt, so bedeuten die politischen Ereignisse nicht das Wesentliche, sondern sind nur die auch dem Oberflächlichen bemerkbaren Auswirkungen einer seelischen Zersetzung. Unsere heutige Zeit ist weltanschaulich chaotisch, richtungslos geworden. Wir sehen als Folge dieses Zustandes die Bildung zersplitterter Sekten um einzelne Persönlichkeiten oder einzelne neue Dogmen herum: Rudolf Steiner, theosophische und astrologische Zirkel, Louis Häusser, Adventisten usw. Zu diesen Erscheinungen gehört auch die „Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher", die namentlich in den letzten Jahren die Welt mit ihrer Propaganda überfluteten. Die Auflage allein dreier ihrer Broschüren gibt sie selbst mit 20 Millionen an, Dutzende von „Predigern" bereisen die Welt und verkünden, daß Millionen jetzt Lebender n i e sterben werden. Dieser aufgelegte Schwindel findet heute genug „Gläubige", die ja auch durch unsere Kirchen dazu vorbereitet sind, aus den Buchstaben der Bibel die Lösung der Welträtsel herauszulesen.

Das Merkwürdige an den Predigten der Ernsten Bibelforscher war nun für jeden Kritischen die in die Augen springende Verherrlichung des jüdischen Volkes und die Weissagung seiner Weltherrschaft. Der Führer der Ernsten Bibelforscher, der amerikanische Richter Rutherford, sagt z. B. in seiner Schrift „Millionen jetzt Lebender werden nie sterben": Disraeli-Beaconsfield sei der in der Bibel für das Jahr 1878 (Berliner Kongreß) vorausgesagte

große Führer. Theodor Herzl wiederum wird (nebst dem Zionismus) als ein Gottesmann gepriesen. An der Spitze der heutigen „Gnade Gottes“ stehe die Balfour-Deklaration. Gott werde „ein Volk für seinen Namen herausnehmen“, da die „neue Ordnung“ jetzt anbreche mit dem — Völkerbund. Im Jahre 1925 werde das „große Gegenbild“ der Geschichte beginnen, Abraham, Isaak, Jakob und „andere Treuen des alten Bundes“ würden auferstehen, damit sie als die „sichtbaren gesetzlichen Vertreter der neuen Ordnung der Dinge“ auf Erden wandeln könnten. Und dann heißt es: „Von Zion wird ausgehen das Gesetz und das Wort Jehovas von Jerusalem, und er wird richten zwischen vielen Völkern und Recht sprechen mächtigen Nationen bis in die Ferne.“

Ich denke, das genügt. Aber dieser, zugunsten jüdischer politischer Bestrebungen hinauslaufende freche Unfug findet Eingang bei großen Scharen verrückter Weiber und hysterischer Männer, deren es heute aber Tausende gibt. Und so wird eine geistige Atmosphäre vorbereitet, wie sie den jüdischen Weltherrschaftsplänen angenehm ist. Daß hier die Vermutung auf der Hand lag, jüdische Unterstützung anzunehmen, versteht sich von selbst. Die Absicht war zu deutlich, den Christen die Juden als die rechtmäßigen Herren der Welt hinzustellen. Und zwar auf Grund „ihrer“ eigenen Bibel.

Jahrelang haben die Ernsten Bibelforscher gegen diese offen ausgesprochenen Vermutungen und Anschuldigungen nichts unternommen, bis es endlich in der Schweiz einem Filialleiter der „Internationalen Vereinigung Ernster Bibelforscher“ einfiel, in sittlicher Entrüstung zu machen. Der Hergang der Angelegenheit, die größte Beachtung verdient, war folgender:

In einer großen Volksversammlung in St. Gallen hatte in der öffentlichen Aussprache der Arzt Dr. med. Fehrmann die Behauptung aufgestellt, daß die Internationale

Vereinigung Ernster Bibelforscher vom internationalen Judentum unterstützt werde, um Verwirrung in die westeuropäische Christenheit zu tragen. Dr. Fehrmann wiederholte seine Vorwürfe und erbot sich, die Beweise dafür zu erbringen.

Hierauf hatten die „Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher" und deren in Zürich wohnhafter Propagandaleiter für Mitteleuropa, der Deutschamerikaner Binkele, Klage erhoben. Das Gericht konnte nach Schweizer Recht eine Aktiolegitimation der „Vereinigung" zur Klageberechtigung nicht anerkennen. Der Kläger bestritt entschieden, daß die Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher vom internationalen Judentum ausgehalten wurde. Nach seiner Auffassung habe der Beklagte geradezu den Vorwurf der Bestechung erhoben. Er könne den Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen, daß seine Vereinigung sich dafür von den Kindern Israels bezahlen lasse, daß in Europa ein Durcheinander herbeigeführt werde und die Juden wieder einmal im trüben fischen könnten. Jedoch weigerte er sich anzugeben, woher denn nun die rätselhaften Riesensummen stammen.

Der Beklagte sprach zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß zwar der Vertreter der Ernsten Bibelforscher, nicht aber die Juden, die sein Vorwurf in erster Linie treffe, Klage erhoben hätte. Er kennzeichnete dann die wahnwitzige Irrlehre der sogenannten „Ernsten Bibelforscher", die sich auf teilweise unhaltbare Übersetzungen des Alten Testamentes aufbaut und deren alberne Weltuntergangsprophezeiungen von Jahr zu Jahr weiter datiert werden müssen, ohne daß den Gläubigen der Schwindel klar wird. Die Propaganda dieser sogenannten „Ernsten Bibelforscher" richtet sich mit leidenschaftlicher Schärfe und in der rohesten Weise gegen die christlichen Bekenntnisse, die sie auf das gemeinste beschmutzt. Die katholische Kirche heißt in den Traktaten dieser „Ernsten Bibelfor-

scher" die „große Hure", die protestantische Kirche die „kleine Hure". Dagegen kann sich die Propaganda der „Ernsthaften Bibelforscher" in der Verherrlichung des Judentums und des Zionismus nicht genug tun. Gleichzeitig wirkt die „Internationale Vereinigung der Ernsten Bibelforscher" im jüdisch-internationalen Sinne staatszerstörend und predigt, daß die heutigen Staaten verschwinden müssen, um einem alt-testamentarisch-paradiesischen „Friedensreiche der tausend Jahre" Platz zu machen.

Ebenso verwerflich wie dieser Schwindel ist die Art, wie er ausgebreitet wird. Die zahlreichen, aus dunklen Geldquellen reich bezahlten Agenten scheuen vor keiner noch so niedrigen Verleumdung und Lüge zurück. Aber auf die begründeten Vorwürfe, wie z. B. den, daß sie den Inhalt der Bibel fälschen, und den, daß sie ihre Gelder durch das Neuyorker Bankhaus Hirsch empfangen, haben sie nie zu erwidern vermocht. Weiter verwies der Beklagte auf den Zusammenhang zwischen den „Ernsten Bibelforschern" und dem Judentum beweisenden Einklang zwischen den Lehren dieser Vereinigung und des Talmuds. Schließlich erklärte sich der Beklagte zum zeugeneidlichen Beweis seines Vorwurfes gern bereit.

In dem Briefe eines Freimaurers vom 33. Grad vom 27. Dezember 1923 heißt es: „Wir geben den Bibelforschern viel Geld durch eine Anzahl Brüder, die Juden sind." Der Verteidiger des Dr. Fehrmann sprach am Schlusse seiner Rede: „Unter Mißbrauch ihres Gastrechtes führen ausländische Agitatoren mit außergewöhnlichen Mitteln und in außergewöhnlichen Formen einen Kampf gegen das, was unserem Volk heilig und groß, lieb und teuer ist. Kampf gegen die „Ernsten Bibelforscher" und ihre Irrlehre heißt Heimatschutz gegen geistige Überfremdung. Heute geht es nicht um Personen, es gilt den Kampf um eine heilige, gerechte Sache, um christliche und schweizerische Volksgüter."

Das Gericht verzichtete auf das Zeugenangebot und stellte sich auf den Standpunkt, daß der Beklagte weiter nichts behauptet habe, als was seit Jahr und Tag in Wort und Schrift gegen die „Ernsten Bibelforscher“ behauptet worden sei, und wogegen diese nie den Mut zur Klage gefunden hätten, obgleich ihnen diese Vorhaltungen nachweislich längst wohl bekannt gewesen seien. Das Gericht wies daher die Klage ab und sprach dem Beklagten für die ihm durch die Klage erwachsene Belästigung und Schädigung eine außerordentliche Entschädigung von 450 Franken zu.

Dieses vernünftige Urteil des Schweizer Gerichts hat in der ganzen Schweizer Presse eine lebhafte Besprechung hervorgerufen und die gesamte jüdische in schäumende Empörung gebracht. Auch die „Ernsten Bibelforscher“ haben sich zur Wehr gesetzt, eine „Antwort“ veröffentlicht und allein in der Schweiz in einer Million Exemplaren vertrieben. In dieser Antwort kehren die blödsinnigen biblischen Rechenexempel wieder und dann eidesstattliche Erklärungen, daß die „Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher“ nie von irgendeinem Juden Geld angenommen habe. Warum plötzlich diese Entrüstung, da es doch eine Ehre sein müßte, vom gelobten Volk, das bald von Zion seine Gesetze den Nationen bis in die Ferne diktieren soll, eine Hilfe zu erhalten, um die „Wahrheit“ zu verbreiten?

Aber wir verstehen. Es ist für den Mäusefänger immer peinlich, wenn die Mäuslein auf den bösen Haken im schönen Speck gewiesen werden, und ihnen die Natur einer Mausefalle erklärt wird . . .

Aber auch diese Seuche wird überwunden werden, und das Urteil des gesunden Schweizer Gerichtshofes wird hoffentlich auch in anderen Staaten Nachahmung finden*).

*) Diese jüdische Schutztruppe wurde im Dritten Reich aufgelöst und verboten.

Unerhörte Knebelung der nationalen Propaganda durch die Bayerische Regierung!

„Völkischer Beobachter“, 23. April 1925.

Am 26. 2. 1925 veröffentlichte der Führer einen Aufruf an die ehemaligen Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in dem er schrieb: „Als Euer einstiger Führer rufe ich an dem heutigen Tage die Partei, die wir in viereinhalb Jahren aus dem Nichts zu einer großen deutschen Nationalbewegung emporsteigen sahen, aufs neue ins Leben.“
In den folgenden Monaten wurde die Wahl eines neuen Reichspräsidenten fällig. Die Partei stellte zuerst Ludendorff als ihren Kandidaten auf, schloß sich aber nachher, nachdem Ludendorff beim zweiten Wahlgang auf die Kandidatur verzichtet hatte, dem Wahlkampf für Hindenburg an. Am 24. 4. 1925 auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes erließ die Polizeidirektion München ein Versammlungsverbot gegen den Führer mit folgendem Wortlaut:
„Die von der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion namens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Freitag, den 24. April 1925, abends 8 Uhr, in verschiedenen Sälen einberufenen fünf Massenversammlungen, in denen Adolf Hitler sprechen soll, werden verboten. Für das Verbot sind die gleichen Gründe maßgebend, wie sie in den Beschlüssen der Polizeidirektion vom 9. März und 25. März 1925 niedergelegt sind. Gegen die Abhaltung der Versammlungen mit anderen Rednern würde kein Einwand bestehen.“
Das Verbot fußte auf gefälschten Darstellungen einer Rede, die der Führer gehalten hatte und stellte einen groben Verfassungsbruch dar.

„Der bayerische Ministerrat hat sich mit der Frage des Redeverbots für Adolf Hitler beschäftigt. Der Ministerrat hat sich, obwohl dem Vernehmen nach Justizminister Dr. Gürtner für die Aufhebung des Verbotes eintrat, nicht entschließen können, Adolf Hitler die Redefreiheit zu gewähren.“

So lautet die schlichte Meldung über die „nationale“ Betätigung der bayerischen Staatsregierung.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß es in einer Zeit, da es um Aufwecken allen noch vorhandenen Nationalgefühls geht, um dem deutschen Volk die ewige Schmach zu ersparen, seinen Führer und Helden nicht gewählt zu haben, eine sich national nennende Regierung ausgerechnet dem Manne die Arbeit für Hindenburg verbietet, der wie kein einziger alles, was Ehre im Leibe hat, sammelte und Verzagten wieder Hoffnung auf eine deutsche Zukunft gegeben hat.

Die verbotenen Versammlungen waren einberufen von Reichstagsabgeordneten einer politischen Partei, zudem zur Wahlzeit, in der laut Verfassung und Reichstagsbeschluß keinerlei Beschränkungen auferlegt werden dürfen... Zu gleicher Zeit aber, da Hitler für Hindenburg nicht sprechen durfte, kündigten die Parteigenossen der Mörder von Sofia, Parteigenossen der Sprenger christlicher Kirchen, mit großen Plakaten ihre Versammlungen an, wogegen die echt nationale Regierung offenbar nichts einzuwenden hatte.

Fragt man nach den tieferen Gründen des verfassungswidrigen Verbots der auf die Verfassung schwörenden bayerischen Volksparteiler, so kann es in unseren Augen nur eine Möglichkeit geben: die Bayerische Volkspartei hat ein schlechtes Gewissen und fürchtet das bloße Wort eines einzigen Mannes derart, daß sie an der Widerstandsfähigkeit ihrer sämtlichen bisherigen Praktiken verzweifelt.

Vermutlich soll durch den neuen Beschluß die „Staatsautorität“ gesichert werden. Macht man sich da in den staubigen Ministerstuben wirklich keinen Begriff, daß die Tatsache des Redeverbots für einen Mann im Volke doch

nur einen Gedanken auslöst: wie klein und schwach fühlen sich doch alle die Ministermänner selbst hinter Maschinengewehren und Panzerwagen!

Sie alle, die sich für die Aufhebung des Verbots „nicht entschließen" können, fühlen wohl insgeheim, daß sie unaufhaltsam im Absterben begriffen sind. Durch solche Schikanen wird dieses Absterben nicht verlangsamt, sondern beschleunigt.

Wir haben uns nie irgendwelchen Illusionen in bezug auf die Geistesverfassung der Bayerischen Volkspartei hingegeben. Als Herr Schäffer seinen Kampf ansagte, wußten wir natürlich, daß er nur das Sprachrohr höherer Herrschaften darstellte. *Aber diese sollen sich nur ja nicht darüber täuschen, daß wir die stärkeren Nerven haben, denn wir wissen, daß die Maßnahme gegen Hitler nicht einem Gefühl der Kraft, sondern dauernden Angstzuständen entspringt.* Wir werden wohl noch öfters Gelegenheit haben, ähnliche Krampfanfälle festzustellen — bis die regierenden Patienten schließlich doch mürbe geworden sind und sich hinter den warmen Ofen zurückgezogen haben werden.

Zunächst erheben wir schärfsten Einspruch gegen die ungesetzliche Knebelung der nationalen Propaganda, die in unerhörtester Weise vaterländischen Männern ihre Arbeit unterbindet. Wie will man dieses Benehmen „begründen"? Verwendet man noch immer die schon längst als entstellt und gefälscht nachgewiesenen „Unterlagen" der Münchener Polizei? Fürchtet man etwa Angriffe auf die Regierungsparteien im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Angelegenheit in der Giro-Zentrale?

Im ganzen nationalen Bayern kann es von jetzt ab nur eine Stimme geben: Kampf gegen die Knebelung des völkischen Gedankens, der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Führer!

Betrüger und Betrogene!

„Völkischer Beobachter“, 25. April 1925.

Sowohl den Anhängern des Zentrums wie den Angehörigen der Sozialdemokratie ist trotz der seitens der Führerschaft zur Schau getragenen Einmütigkeit nicht ganz wohl zumute. Denn allseitig fühlt man, daß trotz vieler Gemeinsamkeiten zum mindesten in den gläubigen Kreisen der Gefolgschaft unüberbrückbare Gegensätze der Weltanschauung sich auswirken.

Wenn man sich nun fragt, was das Gemeinsame dieser beiden zum Block gegen das deutsche Volk zusammengeschweißten Parteien ausmacht, so kann man das wohl dahin feststellen, daß es der Haß gegen einen wirklich starken deutschen Nationalstaat ist, von dem weder die eine noch die andere Partei sich etwas Gutes erhofft. Die jüdische Sozialdemokratie stellt die Klasse über das Volk und verhetzt Stände und Berufe und Klassen unserer Nation mit nimmermüder Energie. Das Zentrum setzt die Konfession über das Volksinteresse und fürchtet, keine konfessionellen Geschäfte machen zu können, wenn es sich einem deutschen Volkstum in der Form eines starken Staates gegenübersieht. Beide Parteien verbindet ferner ihre Abhängigkeit vom jüdischen Geld, das sich die demokratische Partei als verbindende, besondere Vertrauensgruppe für den sogenannten bürgerlichen Teil unseres Volkes zugelegt hat.

Ungeachtet aber dieses brüderlichen Hasses gegen einen völkischen Staat könnte die gemeinsam geführte Politik auf die Dauer aber doch nicht durchgesetzt werden, wenn nicht die Führer, außerhalb ihrer sogenannten „Weltanschauung“, noch ein gemeinsames Interesse ausfindig gemacht hätten. Dieses wurde hergestellt durch die geschäftlichen Beziehungen und Schiebergeschäfte, wie wir sie im Barmatskandal in schönster Blüte erleben konnten.

So kommt es, daß die angeblich christliche „Germania" sich mit dem ganzen Gewicht vor Barmat hinstellt, damit dieser Prozeß ganz in sich zusammenfallen müsse. So sehen wir ferner schon lange Matthias Erzberger in engster Fühlungnahme mit dem Marxismus seine verhängnisvolle Politik betreiben. So sehen wir Dr. Wirth Arm in Arm mit der Sozialdemokratie das deutsche Volk ins Sterbebett ziehen, zugleich aber noch unbekannte Geschäfte in Sowjetrußland besorgen. So sehen wir den „christlichen" Herrn Fehrenbach im Reichstag den Geburtstag des Herrn Scheidemann mit vielen Flaschen Wein feiern. Und fast alle zusammen sind sehr diensteifrig, Leitaufsätze für die großen Börsenzeitungen zu schreiben.

Was die Sozialdemokratie der unteren Grade fühlt, hat kürzlich die „Frankfurter Volksstimme" deutlich zum Ausdruck gebracht, als sie schrieb:

„Marx und das Zentrum garantieren der deutschen Republik die kulturelle Reaktion, Jarres oder Hindenburg die politische und soziale. Die kulturelle Reaktion schädigt das Proletariat auf Generationen hinaus — die politische nur momentan. Die kulturelle Reaktion bedeutet systematische Verdummung der jungen Generation, Zerstörung des Klassenbewußtseins der proletarischen Jugend, Lähmung des Klassenkampfes auf Jahrzehnte hinaus. Die politische Reaktion schlägt das Proletariat vorübergehend.

Selbstverständlich sind die Gefahren eines Jarres- (Hindenburg-) Sieges nicht zu unterschätzen, aber es scheint mir unmöglich, diese für größer zu erachten als die eines Sieges von Marx, denn die bei einigen Genossen vorhandene Furcht vor der Monarchie ist unbegründet. Die deutsche Bourgeoisie hat längst eingesehen, daß es sich in dieser Republik ganz angenehm verdienen läßt. Die Unterstützung der Kandidatur Marx wäre nicht eine Politik des kleineren Übels, sondern ein Rückfall in die Fehler vergangener Jahre. Es ist besser für das deutsche Proletariat, wenn die Arbeiterklasse die offen-reaktionäre Politik des Reichspräsidenten Jarres oder Hindenburg durchkreuzen kann, als wenn die Arbeiterklasse der scheinbar gemäßigten reaktionären Politik des Reichspräsidenten Marx wehrlos ausgeliefert ist."

Diese Worte geben in Kürze das wieder, was jeder echte Marxist fühlen muß: er, der jahrzehntelang gegen Kirche und christliche Schule zu wettern hatte, soll jetzt nicht nur eine Wahlgemeinschaft mit seinen angeblichen Todfeinden eingehen, sondern geradezu einen Führer der kulturellen Reaktion als sein staatliches Oberhaupt erwählen! Und was die Anhänger des Zentrums anbetrifft, so zeigt es sich, daß trotz ihrer bewährten Disziplin an allen Orten empörte Proteste gegen Herrn Marx und die Zentrumsführung entstehen, die kampflos den stärksten Bundesstaat dem schleichenden Bolschewismus der Braun und Severing auslieferten! Es wird aus treuen Zentrumskreisen betont, daß diese Tatsachen es dem Zentrum unmöglich machen, auch nur das Geringste des christlichen Programms zu verwirklichen. Die unflätigen Gedichte und Aufrufe der Sozialdemokratie zeigen zur Genüge, daß sie, einmal im Besitz der Macht, gar nicht daran denken werde, von der Unterhöhlung der Religion und des Deutschtums abzulassen.

Wie die Dinge auch ausgehen mögen: betrogen sind sowohl die Sozialdemokraten als auch die gläubigen Zentrumsanhänger. Jede der beiden Parteien gibt sich selber auf, und wir erleben das groteske Schauspiel, daß atheistische, marxistische Blätter Aufrufe katholischer Pfarrer und Vereine bringen, und umgekehrt sogenannte christliche Zeitungen des Lobes voll sind von der Tüchtigkeit des Herrn Ebert, des Herrn Braun und ihrer Genossen.

Die zwei Millionen!

„Völkischer Beobachter“, 29. April 1925.

Im April 1925 fanden die Reichspräsidentenwahlen statt.

Für uns Nationalsozialisten sind die 13 Millionen Stimmen, die für Herrn Marx abgegeben wurden, nicht von

jenem brennenden Interesse, wie jene 2 Millionen, welche der kommunistische Kandidat Thälmann auf sich vereinigte. Man muß bedenken, was das zu bedeuten hat. Einem waschechten Kommunisten mußte auf Grund der bisherigen „Belehrung“ die Person Hindenburgs als die Verkörperung der von ihm gehaßten Klasse erscheinen, einer Klasse, gegen die er die ganze Revolution von 1918 unter größten Gefahren vorbereitet hatte. Die Aufstellung des Generalfeldmarschalls mußte deshalb zunächst in der Seele eines jeden überzeugten Kommunisten den Wunsch wecken, alles zu tun, um wenigstens diese Wahl zu verhindern. Selbst wenn die offizielle Losung auch für Thälmann lautete, so hätte man annehmen müssen, daß sehr viele von den Kommunisten insgeheim doch für Marx stimmen würden in der Hoffnung, eine leichtere Arbeitsmöglichkeit unter ihm zu besitzen.

Nun hat sich aber gezeigt, daß die Zahl der kommunistischen Stimmen trotz dieser sicher vorhandenen Verlockung sich nicht vermindert hat, sondern im Gegenteil ganz erheblich angewachsen ist. Es zeigt sich also, daß trotz aller Prozesse in Leipzig, in denen sich erwies, daß die deutsche Arbeiterschaft von ehrvergessenen Führern skrupellos ans Messer geliefert wurde, diese doch eine so große Gewalt über die organisierte Partei besaßen, daß sie ihre offizielle Parole auch tatsächlich durchdrückten.

Der Kommunist erhofft sich heute durch die Wahl Hindenburgs eine starke Abwanderung der Sozialdemokraten ins linksradikale Fahrwasser. Diese Berechnung ist politisch durchaus klug und wird sich als richtig erweisen, weil den Mehrheitssozialisten und „Unabhängigen“ seitens der KPD. mit Recht der Vorwurf gemacht werden kann, daß alle ihre Zugeständnisse an die „Bourgeoisie“, an die „Pfaffen und Kapitalisten“ ihnen nichts genützt, sondern im Gegenteil nur geschadet haben. Selbst der ergatterte Posten eines preußischen Ministerpräsidenten ist durch den Ausgang der

Wahl unsicher geworden, denn man darf annehmen, daß die nationalen Parteien in Preußen gegen Herrn Braun sehr bald erbittert Sturm laufen werden.

Da auch wir der Zahl als solcher keinen entscheidenden Wert beilegen, so bedeuten für uns und für jeden wachsamen Deutschen die 2 Millionen der Kommunisten den Ausdruck einer viel stärkeren Energie als die 13 Millionen der Demokraten und marxistischen Spießbürger.

Fragt man sich nun, was das sogenannte nationale Deutschland, das sogenannte Bürgertum, dieser zusammengeballten und von einem Willen — „Straßenkampf und Barrikaden", sagt die Rote Fahne — beseelten Masse gegenüberzustellen hat, so ist das mehr als kläglich. Auch hier beeindrucken uns die 14½ Millionen Stimmen noch lange nicht, denn hier fällt eine riesige Zahl Menschen zu, die sich in dem kindlichen Glauben wiegen, man könnte einer Zeit, da alles zusammenbricht und das Leben neue Fragen stellt, die Antworten erteilen, die schon den ersten Zusammenbruch 1918 nicht aufhalten konnten. Wenn die Kommunisten auch vom Reichsblock erklärten, daß hinter ihm die kapitalistische Schwerindustrie stehe, so haben sie zum Teil durchaus recht, denn auch wir müssen sagen, daß sich so manche Elemente hinter dem Herrn von Loebell hervortun, die an Deutschlands Unglück nicht weniger schuld sind als die bewußten Zerstörer.

Die einzige Bewegung, die imstande ist, sich dem Kommunismus entgegenzuwerfen, bleibt nach wie vor nur die nationalsozialistische, die in schärfster Weise für die rücksichtslose Durchführung einer sozialen Gerechtigkeit gegen die kapitalistisch gebundenen Kräfte im Lager der Demokratie, des Zentrums und der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei eintritt.

Wir werden nicht müde werden, den belogenen und betrogenen deutschen Arbeiter, der letztlich doch auch an denselben Stricken zappelt wie die anderen „echt marxistischen"

Genossen, darüber aufzuklären, daß auch er, ehe er an eine gerechte Lösung des sozialen Problems herantreten kann, zunächst die verlogene internationale Einstellung aufgeben muß, will er sich nicht in dasselbe Verderben stürzen, in das die Sowjetjuden die russischen Arbeiter gestürzt haben. In den Kreisen dieser kommunistischen Bataillone hat die nationalsozialistische Bewegung in erster Linie zu kämpfen, dort ist der Speicher kommender Kraft, die ihren Wert aber erst dann zeigen kann, wenn sie sich ihres gesamten Führergesindels aus Galizien, Polen und Frankfurt samt den in seidener Wäsche daherstolzierenden Salonbolschewisten rücksichtslos entledigt haben wird.

Dorthin, nach Düsseldorf, Chemnitz, Thüringen usw. haben alle Nationalsozialisten im Norden und Süden, im Westen und Osten die Flugschriften und Zeitungen unserer Bewegung zu tragen, um die einzige Front aller von Volksliebe und sozialem Gerechtigkeitsgefühl durchdrungenen Deutschen gegen die verlumpte Demokratie, die kapitalistische Sozialdemokratie und den bolschewistischen Arbeiterverrat zu richten. Die Erkenntnis dieser Pflicht ist die erste und wichtigste Lehre der Reichspräsidentenwahl vom 26. April.

Oswald Spengler.

„Der Weltkampf", Mai 1925.

Die Persönlichkeit Oswald Spenglers steht nach dem Erscheinen seines Hauptwerkes „Der Untergang des Abendlandes" seit Jahren im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Ohne Frage ist dieses berühmte Werk mit vielen Fehlern durchsetzt. Keine Frage ist, daß neben fesselnden Gedanken oft Plattheiten stehen. Zweifellos wirkt es peinlich, viele fremde Anschauungen gleichsam als Spenglers

geistiges Eigentum aufgetischt zu erhalten. Trotz allem aber hat der Angriff auf unsere Schulweisheit doch erfrischend gewirkt und viele bejahende und abwehrende Kräfte in Bewegung gesetzt, also Leben gezeugt. Und das ist im geistigen Morast der Gegenwart auf jeden Fall zu begrüßen.

Ich will mich hier mit der Spenglerschen Weltanschauung im allgemeinen nicht auseinandersetzen. Nur eine Frage sei herausgegriffen: Spengler ist angeblich Irrationalist (d. h. er ist dem reinen Verstandesurteil abgeneigt). Er sucht Seele und Gestalt, wird aber im Laufe seines Werkes zum rein naturalistischen Dogmatiker, der zu seinem Ergebnis des inneren und äußeren Unterganges unserer Kultur auf Grund von geradezu kahlen, verstandesmäßigen „Feststellungen“ gelangt und dabei gerade Gestalt und Seele des Abendlandes übersieht. Spengler sieht den Auf- und Abstieg der Kulturen als ein Geschehen gleich dem Leben und Sterben einer Pflanze an, vergißt aber beim Anführen dieses reichlich oberflächlichen Vergleiches, daß Pflanzen*rassen* als solche nicht aussterben, wenn sie nicht zerstört, verkrüppelt, mit feindlichen Arten vermischt werden. Die „Rasse“ der Tanne besteht, obgleich die einzelne Tanne stirbt. Die „Rasse“ des Lindenbaumes ist noch die gleiche wie vor vielen Tausenden von Jahren. Und die Menschenrassen als solche könnten ebenso ewig jung bleiben, wenn sich nicht feindliches Blut mit ihnen vermischt, wenn nicht geistige, unvereinbare Gegensätze zusammenstoßen und sich vermischen, ohne sich verschmelzen zu können.

So bleibt Spenglers Geschichtsbetrachtung in einer etwas vertieften Umwelttheorie stecken, seiner Kulturkreislehre fehlt das Wesentliche: die organisch-rassischen Voraussetzungen und, *mit ihnen verbunden*, die Darstellung der *seelischen Kräfte*, die diese Kulturkreise schufen.

Es ist vor allem bezeichnend, daß Spengler sich lebhaft gegen den völkischen Gedanken wehrt, den Antisemitismus verwirft und doch, trotz all dieser Proteste, dem völkischen

Gedanken in vielen seinen Forderungen — unterliegt, und zwar in einem solchen Umfange, daß er fast alle völkischen Programmpunkte zu seinen eigenen macht, ohne jedoch dies auch nur mit einem Wort zuzugeben.

Zunächst ist Spengler mit uns einig in der Ablehnung der geistigen und politischen Einstellung unserer sämtlichen politischen Parteien. Die Demokratie ist auch für ihn innerlich tot, der Parlamentarismus unwiederbringlich gerichtet, der Marxismus bis ins Mark verfault, lebenswidrig. Geblieben ist nur ein skrupelloser Parteiklüngel, für dessen Beurteilung Spengler nur Worte wie Feigheit, Gemeinheit, Schurkerei usw. findet. Von der am 9. November 1918 geborenen deutschen Republik sagt er in seiner Schrift „Neubau des Deutschen Reiches": „Aus Angst um den Beuteteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine Firma." „Sie (die Parteien) hatten die Verfassung für sich und ihre Gefolgschaft gemacht, nicht für die Nation, und sie begannen eine schmachvolle Wirtschaft zu führen mit allem, woraus Vorteil zu ziehen war, mit den Trümmern des Staates, mit den Resten unserer Wirtschaft, mit unserer Ehre, unserer Seele, unserer Willenskraft." „Es gab von nun an kein Gesetz mehr, das die Urheber nicht selbst mit Füßen getreten hätten, wie das über die Präsidentenwahl, es gab keinen Schmutz, keine Feigheit, keine Lüge, die nicht alltäglich geworden wären. Und als die Entrüstung, das Gelächter im Lande die Furcht heraufbeschwor, daß man dort eines Tages nicht mehr an sich halten werde, schufen sie das Schutzgesetz, das Gesetz zum Schutze dieser Firma."

Spengler geht dann weiter und greift auch die nationale Seite, und zwar an einer empfindlichen Stelle, an. Dort sei „Gesinnung", auch amtliche Erfahrung vorhanden, aber Mangel an Intelligenz, kluger Welteinschätzung, weitem Blickfeld. Sowohl der Landadel als auch die Vertreter

der Industrie hätten für die Kunst der Politik keinerlei Begabung gezeigt, die nationale Parteistärke werde Episode bleiben. Und dann geht Spengler zur Kritik an den Völkischen über.

Er beginnt mit einer Parallele aus der französischen Revolution, in der zwischen 1794 und 1799 ein Rückfall in eine blutige schreckliche Zeit eintrat, da die nach Robespierres Sturz erwachende „Jeunesse dorée“ mit Fäusten und Stöcken Politik machen wollte — und zerbrach. Dieselbe Rolle spielen, nach Spengler, die heutigen Völkischen, die durch „Ehrlichkeit und Beschränktheit“ nur Unheil brächten, für Frankreich arbeiteten. Die „kindlichen Ansichten“ „schneiden die völkische Bewegung und damit die in ihr ruhende gewaltige Stoßkraft so vollkommen von allem ab, was durch Begabung, Erfahrung, Macht und Beziehungen politisch und wirtschaftlich ernst zu nehmen“ sei, so daß eine gefährliche Gegenströmung Platz greifen müsse. Es sei falsch, Realpolitik auf Rassegefühl aufbauen und bestehende Finanzmächte nicht als Mächte behandeln zu wollen. Politik werde nicht von Langschädeln gemacht, sondern von dem, was in ihnen stecke. Nicht durch Trommler und Pfeifer könne man Völker beherrschen. Schaustücke und Paraden seinen keine Mittel, sondern die Abwendung von ihnen, wie auch Bismarck nur in einsamster Zurückgezogenheit gewirkt habe.

Während Spengler für die „Action française“ und den Faschismus als dem neuen Stil der Politik Zuneigung empfindet, spottet er also über den gleichen Willen bei seinem eigenen Volk. Spengler begreift die Tat Hitlers nicht! Dieser erkannte, daß er sich mitten unters Volk stellen mußte, er mußte eine Volksbewegung erzeugen, den Betrogenen einen neuen Glauben geben, ein neues Ziel stellen. Auf diese Volksbewegung als eine Macht gestützt, konnte er politischen Einfluß gewinnen, der sonst nie möglich gewesen wäre. Wie im Besitze dieser Macht eine

Außenpolitik zu führen gewesen wäre, darüber ist verständlicherweise nicht viel gesprochen worden, daß diese der Lage gemäß sehr vorsichtig hätte sein müssen, brauchte nicht betont zu werden. Ausschlaggebend aber ist, daß innerpolitisch andere Grundsätze durchgeführt worden wären, als sie heute herrschen.

Schon in dieser Frage zeigt Spengler jenes ihm eigentümliche Schillern der Gedankengänge, die bei einer Behauptung beginnen und bei einer wesentlich anderen anlangen. Denn nach der Ablehnung bei der „Jeunesse dorée“, nach Zustimmung zum faschistischen Prinzip preist er die „fixen Jungen“ von uns als „unsere Zukunft“, als „jüngstes Deutschland“ usw. Und jetzt sollte sich Spengler fragen, in welchem Lager denn diese „fixen Jungen“ alle schon heute stehen!

In der Frage der Rasse ist Spengler ebenso zweideutig. Denn kaum hat er es mit merklichem Spott abgelehnt, rassische Triebe als bestimmende Elemente anzuerkennen, so spricht er vom „germanischen Weltempfinden“, weist auf eine Menge „prachtvoller Menschen von Rasse“ bei uns hin, spricht von einem Recht, das „aus Blut geboren“ ist, erklärt, das „nordische Lebensgefühl“ der Goten, Franken, Sachsen habe den Typus der heutigen Völker geschaffen. Das Recht sollte aus „germanischem Grundgefühl“ geboren werden, von einer Quelle aus gespeist, die nicht aus reinen Zweckmäßigkeitsvorstellungen stammt. Ja, Spengler versteigt sich gar zum Ausrufen, das genannte „jüngste Deutschland“ sei aufgewacht als bestes Erbe aus den Jahren des Reichsaufstieges. Damit hat er sich auch hier selbst verneint, namentlich noch, wenn er britische Politik als Ausfluß normannischen Wesens kennzeichnet und zugleich den englischen Instinkt lobt, der den Juden Disraeli-Beaconsfield an die Spitze berief. Daß dieser selbst zugestanden hat, jüdische Rassenpolitik in Verbindung mit englischer Macht zu treiben, scheint Spengler unbekannt zu sein. Die Ver-

bindung der Hochfinanz mit der Londoner Börse ist seit dieser Zeit eng geknüpft.

Daß Spengler leider mit der Behauptung in manchen Punkten recht hat, daß im völkischen Lager Ehrlichkeit sich mit Beschränktheit paare, kommt in erster Linie daher, daß die unbeschränkt Klugen erst jahrelang beiseitestehen, weil sie zwar gern am Schreibtisch aus Metzeleien vergangener Jahrhunderte eine Idee herausbrauen, aber im Kampfe der Gegenwart erst vornehm abwarten, was denn aus den „kindlichen Ansichten" werden wird. Ist dann „was geworden", so wird der Hochgelehrte haarscharf nachweisen, daß es gerade so und nicht anders kommen mußte. Es haben nur wenige von den an „Begabung und Erfahrung" so Reichen ihren Instinkt sprechen lassen und sich in die gärende Bewegung gestellt, deren Ziel sie erblickten, um deren Mittel der Durchführung sie rangen. Aber es wird sich schon ändern, und auch Spengler wird sich der organischen Gewalt nicht entziehen können und dann wahrscheinlich erklären, man habe *seine* Gedanken durchgeführt.

Eine deutsche Akademie!

„Völkischer Beobachter", 7. Mai 1925.

Es gibt keinen Deutschen auf der Welt, der die Gründung einer „Deutschen Akademie", d. h. einer in einem Brennpunkt zusammengefaßten Geistesenergie unseres Volkes, nicht mit frohem Herzen begrüßen würde. Was Ranke und Freytag geträumt hatten, scheint in diesen Tagen in München Tatsache geworden zu sein. Eine Reihe bester deutscher Gelehrter hat sich zusammengefunden, um ein geistiges Zentrum zu bilden mit dem ausgesprochenen Ziel, dem Gesamtdeutschtum über alle Grenzen hinweg zu dienen, die seelische

Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu fördern und den deutschen Gedanken hinüberzuretten aus der heutigen Zeit der Zerklüftung und Parteispaltung. Unter den leitenden Männern der großartigen Neugründung finden wir viele Namen von bestem Klang. Da zählen wir unter den „Senatoren“ Georg Dehio, Rudolf Eucken, Wilamowitz-Möllendorf, Eduard Meyer, Erich Marcks, Karl Muck u. a. Der Präsident der Akademie, Professor Pfeilschifter, erklärte in seiner Eröffnungsrede, die Akademie stehe „absolut überparteilich“ da, aber: „Nur eines verlangen wir von jedem, der mit uns und in unseren Reihen arbeiten will: deutsch muß er sein; deutsch muß er fühlen; deutsch muß er denken und handeln.“

An diesem Bekenntnis soll angeblich nicht gerüttelt werden. Uns tut es leid, schon hier in den Tagen der Gründung des großen Werkes unsere Bedenken äußern zu müssen, die neben der Freude sich gebieterisch geltend machen. Denn schon in der Senatorenliste stoßen wir auf Namen, die in ein deutsches Institut nicht hineingehören, finden andere, deren Bedeutung keineswegs der ihnen zugedachten Rolle entspricht, während Namen fehlen, die in eine Deutsche Akademie unbedingt hineingehören.

Da lesen wir z. B. mit allergrößtem Befremden den Namen Max von Liebermanns, eines Vollblutjuden, dessen Name künstlerisch durchaus umstritten ist. Dieser Herr soll „deutsch“ sein? Als das „Berliner Tageblatt“ um die Weihnachtszeit 1921 eine Rundfrage bei allen „Prominenten“ machte, wie sie das Weihnachtsfest verbringen wollten, antwortete dieser „Deutsche“: „Jedenfalls besser als 1914!“ Also während Deutschland beschimpft, gedemütigt, mißhandelt wurde, feierte der Herr Liebermann, jetzt Senator der Deutschen Akademie, die Feste besser als 1914, da das deutsche Volk groß und mächtig dastand, und sein Name mit Ehrfurcht und Furcht in aller Welt genannt wurde. Dann lesen wir die Namen F. v. Mendelsohn, Bruno

Paul, ebenfalls zwei Juden. In seiner großen Eröffnungsrede erklärte Professor Oncken, die große Ranke-Ausgabe, die im Drei-Masken-Verlag erscheine, habe sich dem Patronat der Akademie unterstellt. Dieser Drei-Masken-Verlag ist gleichfalls mit jüdischem Gelde gespeist.

Von Deutschen finden wir den jüdisch verheirateten Thomas Mann als Senator genannt, den typischen Vertreter unserer schriftstellernden Dekadenz, der auf keinen Fall in die Führung eines deutschen geistigen Zentrums gehört, und noch eine Reihe anderer wenig bedeutender Persönlichkeiten. Anderseits vermissen wir Namen wie z. B. Lenard, Stark, Haller. Während eine große Zahl Großindustrieller und Wirtschaftler genannt wird, wurde scheint's auf das deutsche Heer, seine Geschichte und seine Leistungen kein Wert gelegt, denn kein einziger Name eines deutschen Feldherrn steht auf der langen Liste: weder Hindenburg noch Ludendorff noch Liebert noch Keim ... Liebermann und Mendelsohn und Mann waren also wichtiger!

Über die „Stämme deutschen Blutes" sprach Professor Oncken, denen die Deutsche Akademie dienen wolle. Da sollte man meinen, daß in die Leitung der Akademie vor allen anderen die Rassenforscher und Rassehygieniker unserer Nation hineingehörten. Da suchen wir aber umsonst. Wir glauben, daß hierher ein Mann etwa wie Dr. Günther gehöre. Aber Liebermann, der jetzt bessere Feste feiert als 1914, ist doch wohl wichtiger gewesen.

Das sind die ersten Bedenken, die einem sofort kommen, wenn man die neue Gründung betrachtet. „Überparteilich" soll sie sein, schließt aber alles, was sich völkisch in Kunst, Wissenschaft und Politik betätigt, fast restlos aus, während sie Hebräer mit an die Spitze setzt! Es fehlt also der „Deutschen Akademie" bei aller Sammlung guter Namen das Wesentliche: der völkische Wille. Ohne ihn sind auch die besten Ranke-Ausgaben umsonst.

Deutsche Außenpolitik und Stresemanns Unsicherheitspakt!

„Völkischer Beobachter", 9. Mai 1925.

Man macht in sogenannten nationalen Kreisen der nationalsozialistischen Bewegung den Vorwurf, als sei sie in außenpolitischer Hinsicht von einer verbrecherischen Leichtfertigkeit, die unter augenblicklichen Umständen nur mit einem völligen Zusammenbruch Deutschlands enden könne. Diese böswilligen Verdächtigungen müssen wir Tag für Tag zurückweisen. Sind wir es doch, im Gegensatz zu den Deutschnationalen, gewesen, die seit Jahren immer erneut wiederholten, ein Krieg gegen Frankreich bedeute den verbrecherischsten Leichtsinn. Wir wissen sehr genau, daß Deutschland dank dem Verrat vom 9. November zu einer vorsichtigen Außenpolitik gezwungen ist. Die Meinungen sind aber nur verschieden über die Art, wie sie geführt zu werden hat.

Dem Stresemannschen „Sicherheitspakt" liegt offenbar der Gedanke zugrunde, England an seine traditionelle Zweimächtepolitik auf dem Festlande zu erinnern und die Kräfte wachzurufen, die die Jahre über in einer für England verhängnisvollen Weise das Anwachsen der französischen Vorherrschaft geduldet, ja unterstützt haben. Deshalb glaubt man in Berlin Grund zu haben, daß, wenn man die Belastung einer Anerkennung der Westgrenze auf sich nimmt, ohne die, wie man glaubt, man auch in England für taube Ohren sprechen würde, Deutschland doch im Osten gewisse Regelungen durchsetzen könne. Es ist selbstverständlich, daß man in Paris über den Sicherheitspakt, der an die Stelle eines Dreibundes von Frankreich, Belgien und England eine neue Kombination mit Deutschland einbegriffen bilden möchte, ein großes Gezeter erhebt. Denn es ist klar, daß

damit die kunstvolle Außenpolitik Frankreichs („Kleine Entente") durchbrochen werden könnte. Die neuesten Unterhandlungen zwischen London und Paris gehen offensichtlich dahin, den „Sicherheitspakt" Stresemanns dadurch illusorisch zu machen, daß z. B. Polen ebenfalls seine Unversehrbarkeit zugesichert werden soll.

Wenn wir nicht irren, hat einmal Herr Stresemann in einer Rede gesagt: die amerikanische Regierung habe die Mittel, um durch eine Note, in welcher sie die Rückzahlungen der gestundeten Zinsen fordert, in Frankreich eine Finanzkatastrophe hervorzurufen. Damit hat Herr Stresemann und mit ihm die von ihm beeinflußten Politiker zugestanden, daß Frankreichs Politik bisher im Sinne dieser Hochfinanz gelegen war, sonst hätte man schon vor dem Ruhreinbruch die Kredite kündigen können und damit wäre das Ruhrunternehmen schon von vornherein unmöglich gemacht worden. Wenn nun aber die Hochfinanz, wie es nach der Rede des ehemaligen amerikanischen Botschafters Houghton scheint, jetzt in Amerika kräftig auf Frankreich drücken will, so folgt daraus nur, daß Frankreich seine Aufgabe als Gerichtsvollzieher der Neuyorker Börse erfüllt hat, da man von deutscher Seite sich der Hochfinanz vollkommen ergeben hat.

Der amerikanische Staatssekretär Mellon und der jetzige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Dawes, haben öffentlich erklärt, wenn Frankreich nicht an die Ruhr marschiert wäre, so hätte Deutschland den Dawesplan nicht angenommen! Das ist eindeutig für jeden, der zu lesen versteht. An Stelle der machtpolitischen Eroberungen durch französische Truppen ist die finanzielle Eroberung ganz Deutschlands getreten. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb bereits am 8. März 1923: das Wesen des heutigen Kampfes bestehe in der Kolonisierung Deutschlands!

Diese Kolonisierung ist durch das Dawesprojekt in eine „gesetzliche" Form gefaßt worden, die alle unsere Hoheits-

rechte internationalen Bankiers ausgeliefert hat, und diese sich allmählich vollziehende Eroberung ist schlimmer als eine tatsächliche Gewaltherrschaft eines Fremdvolkes, weil man doch aus den stetigen Bedrohungen jeden Tag in eine Katastrophe gestürzt werden kann. Auch diese Möglichkeit ist in Neuyork vorausgesehen, und ebenso, wie man den französischen Franken heute stürzen kann, kann man die Mark zum Sinken bringen. Ein Mittel hierzu ist Einführung der Goldwährung in allen Staaten, wodurch das Zentrum, das über die größten Goldreserven verfügt — und das sind die jüdischen internationalen Banken in Neuyork — tatsächlich zum Herrn der Weltwirtschaft und der Weltpolitik geworden ist. Eine Politik gegen Frankreich allein führen zu wollen, bedeutet weiter nichts als einen Luftstoß, weil die Politik Frankreichs heute nicht selbständig ist, sondern bestimmt wurde und bestimmt wird ausgerechnet von jenen Mächten, mit denen die deutsche Außenpolitik heute sich auf Gedeih und Verderb zu verbinden anschickt. Denn das bedeutet die Anerkennung der Dawesgesetze für ewige Zeiten!

Die Erkenntnis, daß wir es heute in erster Linie mit dem internationalen Bankkapital zu tun haben, als einem Feinde eines jeglichen Nationalstaates und einer jeglichen Kultur, ist heute in allen Staaten vorhanden. Das Traurige dabei ist, daß diese gefühlsmäßige Erkenntnis heute von verbrecherischen oder kurzsichtigen Leuten falsch gelenktwird, die Volksmassen in gleichem Sinne geführt werden, wie es die Interessen gerade der internationalen Finanzmacht gebieten. Umsonst spricht heute ein Bürgertums-Politiker noch immer von „Frankreich“ und von „England“, von Chamberlain und von Herriot und steckt den Kopf in den Sand vor der Tatsache, daß die Fronten der internationalen Politik heute nicht mehr mit den staatlichen Grenzen übereinstimmen. Herr Stresemann hat einmal gesagt, daß wir in einer Zeit großer Revolutionen leben, und daß die

Dritte Internationale unweigerlich daran arbeite, ihre Sache weiterzuführen; auch in Deutschland. Daraus ergibt sich als grundlegendste Erkenntnis, daß eine revolutionäre Idee nicht durch eine bürgerliche Staats- und Weltauffassung bekämpft werden kann, die am 9. November 1918, innerlich morsch, zusammenbrach und auch heute keinerlei lebenzündende Ideen hervorzubringen imstande ist.

Der Bolschewismus hat heute eine ungeheure Kraft, weil seine Gedanken gestützt werden durch große Energien in allen Staaten. Ein deutscher Politiker, der verstanden hat, worum es geht, der keine billigen Luftstöße machen möchte, muß es dulden und unterstützen, wenn im eigenen Lande eine Bewegung entsteht, die imstande ist, durch einen neuen, zündenden Gedanken den Betrug der marxistischen Weltanschauung zu entlarven, die Kraft der Dritten Internationale zu brechen und den berechtigten Kampf gegen die Ausbeutung des Volkes seitens einiger Börsenherren aufzunehmen. Ein deutscher Politiker hätte die Pflicht, mit aller Energie ähnliche Kräfte in allen Staaten zu stützen und durch eine groß angelegte Propaganda allen Völkern klar zu machen, daß kein einziges Volk diesen Krieg gewonnen hat, sondern nur eine einzige Macht, die internationale, jüdische Hochfinanz.

Die Zeiten beginnen reif zu werden für diese Erkenntnis und ein neuer Stil der Politik kündigt sich in allen Staaten an, auch wenn die nationalen Politiker von gestern das nicht begreifen wollen.

Das Problem der heutigen Weltpolitik und auch der deutschen Außenpolitik ist also: aus dem überstaatlichen Machtsystem der Börsen einen Staat nach dem andern herauszulösen im Interesse des Friedens und der Selbstbestimmung der Völker und des nationalen Staatsgedankens. Wir brauchen hier nicht darauf hinzuweisen, in welchen Staaten sich diese Kräfte, wenn auch nicht mit dem letzten ausgesprochenen Ziele, bereits rühren, und daß sich in

Deutschland die nationalsozialistische Bewegung als Verkünderin dieses neuen politischen Stiles mächtig auszubreiten beginnt, und daß sie die einzige ist, die darauf verzichtet, ein täuschendes Pappschwert zu schwingen, sondern dort ansetzt, wo der Instinkt vieler Millionen den Betrug fühlt. Und das, um diesen Instinkt zum Bewußtsein zu erheben, ihn in die richtige Bahn zu leiten, ihn zu einer Macht umzugestalten, die allein imstande sein wird, Deutschland einmal aus einer Kolonie der Börse wieder zu einem deutschen Staat umzugestalten, von nationalem Stolz durchglüht und von sozialem Gerechtigkeitsgefühl getrieben und gestärkt.

Das ist das Grundsätzliche, was wir zum Unsicherheitspakt des Herrn Dr. Stresemann zu sagen haben. Was Stresemann macht, ist ein Experiment schlimmster Art, denn er setzt eine ganze deutsche Vergangenheit aufs Spiel mitsamt der Zukunft und tut dies nach einer Richtung, wie es unsere Todfeinde von der internationalen Börse wollen.

Habsburgs Gegenwart!

„Völkischer Beobachter“, 15. Mai 1925.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Ignaz Seipel hat vor einigen Monaten eine große Rede über Nationalismus und Internationalismus gehalten, in der er erklärte, die Anschauung, als müßten Volk und Staat zusammenfallen, sei nur eine Angewohnheit aus der Vergangenheit, man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß andere wirkende Kräfte eine andere staatliche Grundlage für notwendig halten. Diese Worte des Herrn Ignaz Seipel zielten ohne Frage gegen den Willen aller aufrichtigen Deutschen in Österreich, sich mit dem Deutschen

Reich zu vereinigen, und waren nichts als eine der Vorbereitungen der Versuche des Herrn Benesch, einen Anschluß Deutsch-Österreichs an das Mutterland zu hintertreiben und einer irgendwie gearteten Donauföderation die Wege zu ebnen. Derselbe Dr. Seipel war für München als Redner angesagt, doch wurde seine Weisheitspredigt aus irgendeinem Grunde verschoben. Aufgehoben ist sie jedoch leider nicht, und wir werden also einen Feind Großdeutschlands in den Mauern einer Stadt „begrüßen“, die ihrerseits dem stärksten Vorkämpfer des großdeutschen Gedankens, Adolf Hitler, das Reden verbietet.

Man muß sich über die Hintergründe des ganzen dunklen Betriebes im klaren sein, will man den Herrn Seipel in seiner ganzen Herrlichkeit genießen. Während in der Presse der Bayerischen Volkspartei jetzt die separatistischen Ausfälle aus Angst vor der Volksstimmung etwas sparsamer geworden sind, wird in der ihr nahestehenden, mehr „geistigen“ Presse die Zuneigung zum volksverräterischen Hause Habsburg immer wieder von neuem aufgewärmt. So schreibt z. B. die „Allgemeine Rundschau“ einen großen Aufsatz über „Habsburgs Gegenwart“. Wir entnehmen folgendes, um die ganze Stimmung der deutschfeindlichen Konfessionspolitiker sich selbst kennzeichnen zu lassen. Über Karl den Verräter heißt es: „Das Bild dieses jugendlichen Herrschers hat in den letzten Jahren eine gewisse Festigkeit und Klarheit im Urteil der Menschen erlangt. Das ruhig, gerecht und billig denkende Europa steht heute in stiller Verehrung und uneingeschränkter Bewunderung vor der Persönlichkeit dieses Mannes. Man weiß jetzt, daß er wohl der edelste und ehrlichste Herrscher seiner Zeit war, ein Mensch, der ganz im Dienst für seine Völker aufging, und der alle Kraft für sein hohes Amt einzig und allein aus seiner inneren religiösen Überzeugung nahm.“ Angesichts dieser traurigen Auslassung muß man daran erinnern, daß der letzte Vertraute Kaiser Karls, der Freiherr von Werk-

mann, in seinem Buche „Der Tote auf Madeira“ offen eingestanden hat, daß Kaiser Karl und auch Franz Joseph sich nur vom Interessengegensatz zwischen Österreich und Deutschland hatten leiten lassen und nie und nimmer für irgendwelche Vorrechte der Deutschen eingetreten seien. Prinz Sixtus von Parma wird über die Maßen gelobt, während Deutschland verunglimpft wird. Wir glauben, es ist eine Schmähung des deutschen Katholiken, wenn der Verfasser dieses Aufsatzes in der „Allgemeinen Rundschau“ die erklärte Deutschfeindlichkeit des Verräterkaisers als „aus seiner religiösen Überzeugung“ stammend hinstellt.

Der Verfasser erzählt über eine Zusammenkunft mit dem Hauskaplan der kaiserlichen Familie, der ihm erklärte: „Man tut, als sei Habsburg mit dem Toten von Madeira ausgestorben, verschollen und begraben. An Habsburgs Gegenwart denkt niemand.“ Und der Herr fügt von sich aus hinzu: „Wir sollten als Katholiken nicht gar so gleichgültig vorübergehen und uns wenigstens an den Tagen kurz erinnern, die die Zeit uns wie von ungefähr entgegenführt. Gerade Habsburgs Gegenwart hat uns Katholiken so viel zu sagen.“ Wir stehen hier wieder vor einer der vielen erniedrigenden Erscheinungen politisch-seelischer Verkuppelung, daß, ob ein Mensch auch sein Volk schmählich verraten hat, ihm alles verziehen wird, wenn er katholisch ist. Dies erinnert sehr an gewisse Talmudstellen, die dem Juden ebenfalls alles verzeihen, wenn er sein Vergehen an Nichtjuden begangen hat.

Nach Schilderung der einsamen Kaiserin wird der „kleine Kaiser“ Otto als ihr Stolz und Glück geschildert und hinzugefügt: „Uns Katholiken offenbart sich im Leben derer von Lequeitio die ganze innere Größe und Herrlichkeit derjenigen, die ihr eins und alles dem Herrgott anheimstellen, nichts von den Menschen erhoffen, aber alles von seiner Güte und Gerechtigkeit. Die Pilger von Lourdes und Limpias, die scharenweise einen Abstecher nach Lequeitio machen,

bestätigen es immer und immer wieder, daß in Habsburgs Gegenwart ein so ausgesprochener, warmer, lebendiger und felsenfester Glaube lebt, wie man ihn nur selten zu finden vermag."

Eine skrupellosere Propaganda, wie diese für einen erwiesenen Volksverräter und seine uns beschimpfende Familie, ist wohl selten gemacht worden, spielt sie doch in geschickter Weise mit den religiösen Empfindungen des deutschen Katholiken, um auf diese Weise einen Heiligenschein um einen Mann zu zaubern, dank dessen verräterischer Tätigkeit Deutschland in den Abgrund gestürzt wurde, Hand in Hand mit der Wühlarbeit der jüdischen Sozialdemokratie. Eine derartige Propaganda muß darauf hinauslaufen, das deutsche Vaterlandsgefühl, das im schwersten Kampf gegen internationale Verlockungen steht, immer wieder zu schädigen und zu untergraben.

In demselben Sinne wie die „Allgemeine Rundschau" äußerte sich Friedrich Muckermann, S. J., im Zentralorgan der Bayerischen Volkspartei in Oberfranken („Bamberger Volksblatt" Nr. 90) in einem Aufsatz über die „Kulturfragen der Gegenwart". Nachdem er Dr. Seipels Pazifismus als „Selbstüberwindung und Seelenzucht" gekennzeichnet hat, erklärt er: „Gerade unser deutsches Volk hat dieser (katholischen) Erziehung besonders entsprochen, denn gerade unser Volk hat mehr als jedes andere auf seinen Fahnen die Losung Europa gehabt. Es hat im Grunde niemals jenen engen Nationalismus vertreten, der an seinen Reichsgrenzen nur chinesische Mauern sieht." Zum Schluß erklärt Muckermann, daß nicht nur der Sozialismus und die Loge ihre internationalen Verbindungen ausnützen, sondern daß auch die Katholiken dies tun sollen.

Auch in diesen Worten kommt ein engstirniger und zielbewußter Konfessionalismus zum Ausdruck, der Konfession und Europa über deutsches Volkstum stellt. Eine solche Politik muß sich so auswirken, wie es die Dr. Heims im

Mai 1919 getan hat, als dieser mit Frankreich zusammen Bayern und die anderen katholischen Teile vom Reiche absprengen wollte, um Konfessionsstaaten zu gründen. Hier in dieser Propaganda liegt unseres Erachtens eine nicht geringere Gefahr wie in der Unterwühlungsarbeit der jüdischen Sozialdemokratie. Es ist nur ungeheuer schwer dagegen zu kämpfen, denn wir erstreben einen ungestörten Frieden zwischen den christlichen Konfessionen, und ein Angriff gegen diese zersetzende Internationale, die das Deutschtum überhaupt nicht berücksichtigt, wird von der Gegenseite immer als ein Kampf der Protestanten gegen die Katholiken hingestellt, was er selbstverständlich nicht ist, sondern bloß eine Wahrung der allgemeinen völkischen Interessen sowohl der Katholiken wie der Protestanten.

Folgerichtig durchgeführt, müßte die Konfessionspolitik erklären, daß der katholische Franzose oder Italiener uns näher steht als der protestantische Deutsche, und daß folglich in einem Konflikt beider die erste Seite zu unterstützen sei. Es wäre angenehm, wenn die Persönlichkeiten, die in der angeführten Weise für Habsburg und Genossen Propaganda treiben, das endlich einmal offen und ehrlich aussprechen würden. Denn eine Internationale als höchste Richtschnur ausgeben, aber zugleich „Deutschland, Deutschland über alles“ singen, stellt die gleiche Unehrlichkeit dar, wie die neue Politik der Sozialdemokratie, die auf die Internationale schwört und zugleich vom Vaterlande spricht. Heute hat sich jeder zu entscheiden, und man muß fordern, daß er dies offen tut und nicht in einer Weise seine Politik führt, wie die „Allgemeine Rundschau“ und die Bayerische Volkspartei.

Ganz aus dem Sack wird die Katze im neuesten Heft der „Allgemeinen Rundschau“ gelassen (Nr. 20 vom 14. Mai, Peter de Hundt, genannt Petrus Canisius, gewidmet). Nach Schilderung der Notwendigkeit eines Donaubundes schreibt Dr. Kunze wörtlich:

„Diese Entwicklung geht ihren Gang und läßt sich nicht aufhalten durch kleindeutsche Anschluß-Fest-Rednerei, wie sie gerade jetzt wieder beliebt wird ... Außer den paar fälschlich so genannten Großdeutsch-Liberalen und einigen Sozialdemokraten ... ist ganz Österreich gegen den Anschluß, dem kein Aufschluß des Deutschen Reiches in Mitteleuropa entspräche."

Hier wird mit dürren Worten nichts mehr und nichts weniger gefordert als die Aufgabe des Deutschen Reiches, seine Auflösung in ein Konglomerat, die Deutschen nach Konfessionen geschieden, das sich Mitteleuropa unter „Habsburgs Gegenwart" nennen soll.

So etwas wird ungehindert in deutscher Sprache geschrieben! Solange das möglich ist, ist es freilich kein Wunder, daß Deutschland wie ein Sklave der ganzen Welt behandelt wird. Was sagt die Leitung der Bayerischen Volkspartei zu diesem Volksverrat?

Börse und Bolschewismus!

„Völkischer Beobachter", 18. Juni 1925.

Auf die Zusammenhänge zwischen der jüdischen Börsenpolitik und dem jüdischen Bolschewismus müssen wir immer wieder eingehen, denn die heutige Weltlage zwingt uns immer von neuem, das Augenmerk auf die durchtriebenste Verschwörung der Weltgeschichte zu lenken. Es ist nachgerade schon soweit gekommen, daß die Blätter der jüdischen Hochfinanz sich ihrer Herrschaft so sicher fühlen, daß sie dem demokratisch zersetzten und verfaulten „Bürgertum" bereits in frecher Weise ihre bolschewistischen Sympathien offen vor Augen führen.

Kürzlich ist bekanntlich Trotzki zum Leiter des Konzessionsamtes in Sowjetrußland ernannt worden. Diese Er-

nennung nach dem scheinbaren Kampf zwischen ihm und den anderen Bolschewiken hat manchen in Erstaunen versetzt, doch bedeutet sie weiter nichts als die Folgerung aus der bitteren Erkenntnis, daß, wenn die ganze Genossenschaft zur Zerstörung des russischen Volkes aufrechterhalten bleiben soll, innere Zwistigkeiten aufhören müssen.

Voll Liebe und Verständnis für diesen Selbsterhaltungstrieb schreibt das alljüdische „Berliner Tageblatt" (Nr. 276) über den „wahrhaftig vielerprobten Kreis": „Man unterschätzt die Wirkung und Tiefe der derben Kameradie, die die heutigen Führer der herrschenden Partei miteinander verbindet, trotz ihrer leninistischen Härte gegeneinander. Man denkt nicht genug an die Klugheit ihres Existenzwillens, indem man nur an die Rücksichtslosigkeit und die Enormität dieses Willens denken will. Wie Sinowjew trotz allem nicht gestürzt ist, so ist Trotzki wieder eingereiht, und ein gemeinsamer Geist und Wille, der ihnen eigen ist, ist unzermürbt und unermüdet." In der Beurteilung der neuen Stellung Trotzkis sagt der Korrespondent des „Berliner Tageblattes", daß, wenn Trotzki sich bedingungslos bereit erklärt habe, „an seinem Werke" weiterzuarbeiten, so unterstreiche das nur die „Löblichkeit seines Verzichtes". Alle, die etwas anderes erwartet hätten, hätten nicht genügend das „Wohlwollen für das politische Phänomen", dem er diene, eingeschätzt: „Gewiß ist es, daß Trotzkis Erscheinen im Rate Dschersinskis auch auf dieser Linie anzeigt, daß nun langsam, aber sicher die Befreiung der Kräfte beginnen wird, an deren Unentbehrlichkeit die Partei, nach so vielen Versicherungen seit Monaten zu urteilen, nicht mehr zweifelt."

Und so kommt das alljüdische Börsenblatt zu dem Schlusse, daß Trotzki in direkte Beziehung mit „bürgerlichen Kapazitäten" treten wird, daß er eine gründliche Hilfe des Auslandes annehmen werde, um Rußland „unabhängig" zu machen. Und dann erklärt das „Berliner Tageblatt": „Die

Ernennung Trotzkis an diese Stelle zeigt, daß die Auffassung, es seien ihm nur technische Funktionen zugemessen, zu weit geht."

So ruht tatsächlich in der „starken Individualität" (Trotzki) die Bestimmung über die Hineinlassung ausländischer Konzessionäre, mit anderen Worten, die Auslieferung Rußlands an die jüdische Hochfinanz. Und um nur ja auch zu betonen, daß die jüdische Wirtschaftsdiktatur auch nach innen gerichtet sei, erzählt das „Berliner Tageblatt" in derselben Ausgabe: „Jetzt ist Leiter des Innenhandelskommissariats Herr Scheinmann geworden. Nachdem im vergangenen Jahre ungefähr 250 000 privatwirtschaftliche Existenzen verschwunden sind, zeigt sich noch wenig neue Privatinitiative. Mit Grund. Auch Herr Scheinmann, der als Leiter der Staatsbank sich als vorzüglicher Kaufmann im weitesten Sinne des Wortes präsentiert hat, wird wissen, warum er so vorsichtig wartet."

Somit ist die jüdische Finanzdiktatur vom jüdischen „Berliner Tageblatt" einwandfrei festgestellt und die kürzlich in derselben Zeitung wiedergegebene Meldung, daß der Jude Julius Klein in den Vereinigten Staaten zu gleicher Zeit den gesamten Innen- und Außenhandel der Union kontrollierte, in wirksamster Weise ergänzt worden.

Angesichts dieser Tatsachen muß man immer wieder, wenn man von Frankreich, England, Rußland, den Vereinigten Staaten usw. spricht, darunter heute nicht nur die sogenannten „nationalen Kräfte" verstehen, sondern auch die jüdische Hochfinanz und ihre Politik. Diesen Börsenleuten gegenüber ist kein einziges Wort scharf genug, denn an ihren Fingern klebt heute das Blut von zwölf Millionen Männern der weißen Rasse, und anstatt daß in allen Völkern ehrbewußte Männer den Kampf gegen die Weltpest aufnehmen, werden die jüdischen Bankiers wie Könige empfangen, als Vertreter der Staaten auf inter-

nationale Tagungen geschickt und als Freunde der Regierenden ausgegeben.

Gegen diesen Betrug an aller Welt richtet sich die nationalsozialistische Bewegung, und jeder hat die Pflicht, nicht aufzuhören, bis der Kampf mit dem Siege des deutschen Volkes über seinen Versklaver geendet hat!

Drei Jahre Rathenau-Rummel.

„Völkischer Beobachter", 26. Juni 1925.

Die meisten Zeitschriften sind über den dritten Todestag Walter Rathenaus ganz richtig zur Tagesordnung übergegangen. Selbst die Börsenblätter haben nicht viel Aufsehens gemacht. Nur den sogenannten „Arbeiterblättern", dem „Vorwärts" und der „Münchener Post" blieb es vorbehalten, für den verstorbenen jüdischen Großkapitalisten ein begeistertes Lied des Lobes zu singen. Der „Vorwärts" schreibt u. a.: „Im Arbeitszimmer des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert hing ein Bild Walter Rathenaus, das jeden Besucher sofort an den Leidensweg erinnerte, den die deutsche Republik in den letzten Jahren gehen mußte . . ."

„Der Geist Walter Rathenaus beherrscht stärker denn je die Politik des Deutschen Reiches und rächt sich tatsächlich an denen, die diesen Mann einst zu Tode hetzten!" Diese Worte sind zwar anders gemeint, und doch besagen sie eine Wahrheit, nämlich die, daß der Leidensweg des deutschen Volkes untrennbar mit dem Namen Rathenau verknüpft ist, angefangen seit der Zeit, da er die Kriegsgesellschaften schuf, denen das deutsche Volk die Ausplünderung und Auswucherung durch lange Jahre hindurch zu verdanken hatte, über den Beginn seiner Erfüllungspolitik

hinweg zum Bündnis mit Sowjetjudäa in Rapallo, bis zu seinem Ende.

Nachdem er gestorben war, hat ihn die ganze internationale Börsen- und Marxistenpresse als „deutschen Patrioten" verhimmelt, um auf die Tränendrüsen des gefühlvollen Michel einzuwirken.

In Wirklichkeit gehen wir der restlosen Versklavung durch die internationale Hochfinanz entgegen: und dies entspricht genau den Worten und Plänen, die Walter Rathenau als mit den seinen übereinstimmend gekennzeichnet hatte. Auf der Konferenz zu Cannes Anfang 1922 sagte Rathenau: „Der Weg, auf den man sich begibt, erscheint mir richtig: ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat!" Dieses internationale Privatsyndikat für den sogenannten „Aufbau Europas" wurde damals eifrig besprochen und hat schließlich seine Form in dem Dawes-Diktat gefunden, an dem sicher Walter Rathenau seine Freude gehabt hätte, wie alle ihn verherrlichenden Börsen- und Marxistenzeitungen.

Ein Freund Walter Rathenaus, Emil Ludwig Cohn, hat Walter Rathenau in der „Neuen Züricher Zeitung" den „Kandidaten des Auslandes, namentlich Englands" genannt, eine Bezeichnung, die, wenn sie von uns stammen würde, uns sicher ein Verfahren seitens des Gesetzes zum Schutze der Republik eingetragen hätte. Der Führer der englischen Juden, Lucien Wolf, hat in einem langen Aufsatz über jüdische Politiker Rathenau als den „Außenminister Europas" bezeichnet. Beide Juden sind sich also darüber einig, in Rathenau nicht einen deutschen Politiker, sondern einen Vertreter außerdeutscher Mächte erblicken zu müssen. Die wahre Triebfeder zu Rathenaus Handeln gibt Emil Ludwig Cohn in seinem Werk „Genie und Charakter" wieder mit folgenden Worten: „Am Ende, als er sich ganz gestählt und unangreifbar fühlte, um noch in dünnster Luft zu atmen, erstieg er den Gaurisankar seiner Träume und kam oben um." Und weiter heißt es bei der Besprechung

der Lage vor der Konferenz zu Genua: „Rathenau wollte, ja er brauchte das Gefühl: an diesem Hufeisentisch saß auch ich, und ich war Deutschland.“

Man kann verstehen, daß die Entfernung eines vom Auslande und von den in Deutschland lebenden Juden also geschätzten Mannes als großer Verlust gebucht wurde. Die jüdische Presse hatte denn auch in jenen Junitagen 1922 die Nerven etwas verloren. Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ erklärte, eine solche Erscheinung wie Walter Rathenau könne sich nur aus „Rasseeinheit“ erklären lassen. Ebenso bejammerte der Herr Dernburg im „Berliner Tageblatt“ das Hinscheiden dieses „großen Europäers“, der aus mächtigen Wirtschaftskreisen stammte, die letzten Endes doch die Geschicke der Völker bestimmten! Und der Jude Zweig erklärte in Siegfried Jakobsohns „Weltbühne“, Rathenau habe den Mut gehabt, dem „ewigen Boche“ ins Gesicht zu spucken. Er sei zwar kein ganz großer Jude gewesen, aber immer noch zu schade für diese (deutsche) Nation von Zeitungsschreibern und Amtskadavern.

Wenn wir nun also heute doch über Rathenau sprechen, so mit der Absicht, noch einmal festzustellen, daß Rathenaus Handeln ganz anderen Instinkten entsprang, als die patriotischen Reden verraten; daß sich unter seinem Namen tatsächlich ein ungeheures Leid des deutschen Volkes verkörpert und daß daraus die Folgerung gezogen werden muß, einen ganz anderen Weg deutscher Innen- und Außenpolitik einzuschlagen, wenn man dieses verhängnisvolle Erbe Walter Rathenaus endgültig überwinden will.

Chinas Befreiungskampf.

„Völkischer Beobachter“, 1. Juli 1925.

Die Ereignisse, die sich im Fernen Osten abspielen, scheinen uns zwar nicht unmittelbar zu berühren, und doch ist gar nicht abzusehen, wie stark die Erhebung in China — zu-

sammen mit den Unruhen in Afrika und mit dem Erwachen der muselmanischen Welt — auch für Deutschlands Schicksal von Bedeutung sein können. Es ist das Merkwürdige, daß, während wir doch mit allen weißen Völkern gemeinsam empfinden sollten, unsere Gefühle fraglos heute auf seiten Chinas und der Türken stehen. Der Kampf um die Freiheit ist etwas, was bei uns auf größtes Verständnis stößt, und die Sehnsucht erweckt, einmal auch die gleichen Kräfte aufzubringen, um uns nach innen und außen freizumachen.

Das charakteristische Zeichen einer jeden revolutionären Bewegung von heute ist die enge Verquickung nationaler und sozialer Fragen. Und so schwer es ist, die einzelnen chinesischen Kämpfe zu verfolgen, diese beiden Strömungen ziehen sich doch ganz deutlich durch alle Ereignisse hindurch. Auf der einen Seite ist der zum Bewußtsein gelangte gefühlsmäßige Haß des Gelben gegen die weißen Herren in seinem Land zu wilder Empörung angewachsen, und die Noten der chinesischen Regierung sowohl wie die Verlautbarungen der chinesischen Botschafter in Paris und London erklären, daß es Zeit sei, mit den alten Überlieferungen zu brechen und nun China den Chinesen zu überlassen.

Augenscheinlich aber ist, daß neben dieser rein nationalen und rassischen Einstellung auch die sozialen Verhältnisse zur Katastrophe getrieben haben. Allein in den Schanghaier Fabriken waren nicht weniger als 22000 Kinder unter zwölf Jahren beschäftigt, die täglich 12 Stunden arbeiten mußten, davon 11 Stunden stehend. In ähnlichem Zustande befinden sich große Teile der übrigen Arbeiterschaft, und alle Reformvorschläge sind bisher mißachtet worden. Chinesische und englische Fabrikbesitzer haben es nicht für nötig befunden, von diesen Zuständen Notiz zu nehmen.

Von Interesse sind deshalb einige amerikanische Stimmen, die wir hier verzeichnen. Frau Agathe Harrisson schreibt in der Zeitschrift „The World to the Morrow“:

„Wer sich mit eigenen Augen überzeugen will, wie Kinderarbeit, Nachtarbeit und überlange Arbeitszeit überhaupt sich auswirken, der muß in die Fabriken von Schanghai gehen. Ich habe um drei Uhr nachts eine der größten Spinnereien Schanghais besucht und werde den gräßlichen Anblick, der sich mir bot, nie vergessen. Männer, Frauen und Kinder konnten sich vor Müdigkeit kaum noch auf den Beinen halten. Die Luft war von den Ausdünstungen menschlicher Körper vergiftet. In Staub und Schmutz, unter den Maschinen, stand das Essen; in den Gängen lagen schlafende Säuglinge. Es ist beschämend, daß im 20. Jahrhundert solche Schrecknisse geduldet werden. Und die Folgen dieser Zustände? Hin und wieder eine Lokalnotiz in der englischen Presse: „Gestern untersuchte man den Fall eines Knaben, der in der Fabrik ums Leben gekommen war. Es war nachts um vier Uhr, als er unter einer Maschine schlief, von dieser erfaßt und getötet worden war." Außer einer solchen Notiz geschieht nichts.

Und der Amerikaner Wipps erzählt über ähnliche Dinge aus den Seidenwebereien in Tschifu:

„Um die Seide in gutem Zustand zu erhalten, muß die Luft in den Spinnereien immer warm und feucht sein. Aus diesem Grunde werden Türen und Fenster nie geöffnet, so daß in den Räumen eine fürchterliche Atmosphäre herrscht: der Dunst feuchter Seidenfaser und die Ausdünstungen von Menschen.

Die Arbeiter, die man an ihrem blassen, kränklichen Aussehen sofort als Spinnereiarbeiter erkennt, arbeiten, essen und schlafen in demselben Raum.

Theoretisch ist es zwar erlaubt, die Fabrik zu verlassen, aber in Anbetracht der langen Arbeitszeit kommt praktisch keiner dazu.

Die Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, schlafen auf dem Fußboden, auf Bänken oder auf dem Korridor."

Daß hier eine Revolutionspropaganda auf fruchtbaren Boden fallen mußte, ist selbstverständlich. Aber das Tragische am ganzen Konflikt in China ist die Tatsache, daß sich das Land in seiner Empörung nicht selbst überlassen ist, sondern daß die soziale Empörung geschürt und ausgenützt wird von der Dritten Internationale unter jüdischer Führung.

Überall veranstaltet Sinowjew-Apfelbaum große Sympathiekundgebungen für die chinesischen Unterdrückten und diese wiederum werden naturgemäß in Moskau ihren wahren

Beschützer erblicken. Daraus folgt aber: wenn die nationale rassische Bewegung nicht stark genug ist, die soziale Revolution in ihr Fahrwasser zu zwingen, so wird sie selbst vom bolschewistischen Haß geschluckt werden, und damit ist es dann mit der Selbständigkeit Chinas erst recht vorbei. Nach einer fürchterlichen Zeit, die alle früheren Hungerkatastrophen des Landes der Mitte übertreffen muß, wird es dann nach Beraubung seiner führenden Kräfte ein bequemes Objekt für eine erneuerte Ausbeutung seitens anderer Staaten werden. Dies ist der notwendige Gang, den China nehmen wird, falls es ihm nicht gelingt, den bolschewistischen Verlockungen zu widerstehen.

Der Schlag der Weltuhr.

„Völkischer Beobachter", 10. Juli 1925.

Der „Bayerische Kurier"* setzt seit einiger Zeit wieder mit einem kräftigen Kampf gegen den „Evangelischen Bund" ein, indem er mehrere Rundschreiben desselben veröffentlicht, die sich scharf gegen das beabsichtigte Reichskonkordat wenden. In diesem Rundschreiben wird von einer Gegenreformation gesprochen, die Deutschland wieder unter kirchliche Herrschaft bringen wolle. In einer heftigen Abwehr gegen diese Rundschreiben des Evangelischen Bundes läßt der „Bayerische Kurier" die Bemerkung fallen, daß der Evangelische Bund offenbar nicht verstanden habe, was die Weltuhr geschlagen habe. Der „Bayerische Kurier" ist hier ziemlich deutlich und stimmt selbstverständlich mit jener Staatsanschauung überein, die Herr Josef Eberle vor ganz kurzer Zeit wiederum in seinem „Neuen Reich" als unverrückbare Weltordnung hinzustellen beliebte. Danach hätte

* Der „Bayerische Kurier" war das Münchener Organ der Bayerischen Volkspartei.

die Kirche das alleinige ewige Recht, nicht nur über das religiöse Leben, sondern auch über die Staaten zu bestimmen.

Es ist damit durchaus die Krise gekennzeichnet worden, in der wir uns heute befinden, und es wird sich jeder entscheiden müssen, zu welcher Staatsauffassung er sich bekennt. Anerkennt er einen Weltzentralismus, vor dem Weiße, Schwarze und Gelbe als gleichberechtigt hingestellt und behandelt werden, anerkennt er, daß katholische Neger und katholische Deutsche näher miteinander verwandt sind, als katholische Deutsche und deutsche Protestanten, so wird er sich auf die Seite des „Bayerischen Kuriers" und der sogenannten Weltanschauung des Zentrums stellen müssen. Anerkennt er einen Welt-Einheitsglauben, vor dem Weiße sich näher stehen als die nur durch Konfessionen vereinigten Gläubigen aller Rassen, so wird er sich früher oder später zum Völkischen Staatsgedanken bekennen.

Dieser Gedanke besagt, daß die Deutschen dem Blute, der Sprache und dem Schicksal nach in einem Staate zusammengefügt werden sollen, und daß die Bestimmung über diesen Staat nur in den Händen von Deutschen zu liegen hat und keinerlei Beeinflussung des staatlichen und kulturellen Lebens von außerhalb der Grenzen liegenden nichtdeutschen Zentren stattfinden darf.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß es in dieser Frage keine Zugeständnisse geben kann, und daß jeder Versuch, diese beiden Staatsgedanken zu verbinden, unwahrhaftig ist und eine Feigheit bedeutet. Man kann nicht sagen: ich anerkenne das Recht der Kirche, völkische und staatliche Dinge der deutschen Nation, wenn nicht geradezu zu bestimmen, so doch maßgebend zu beeinflussen, und zugleich von sich zu behaupten, man sei ein guter Deutscher und wolle einen starken deutschen Staat. Es gibt hier nur ein Entweder — Oder, und die Presse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei hat durchaus richtig

begriffen, daß sie in der völkischen Bewegung zum ersten Mal einen wirklich positiven Staatsgedanken sich gegenübertreten sieht, der auf der ewigen Substanz des Volkstums fußend, alle wuchshaften Kräfte zur Entwicklung und Selbstbestimmung gelangen lassen und nicht wie der Liberalismus abstrakte Glaubenszwangssätze dem Volke aufpfropfen möchte, oder aber vom Staate, der eine Form ist, als von einem Götzen spricht, wie die Marxisten.

Der Begriff des Volkes steht für uns über dem Begriff der Staatsform. Der Autorität eines Staates, der mit den völkischen Interessen nicht zusammenfällt, vermögen wir keine Daseinsberechtigung anzuerkennen, ob er sich nun in der Form einer Republik, einer Monarchie oder eines republikanisch-monarchistischen Freistaates gibt wie das heutige Bayern, dessen derzeitiger Ministerpräsident nach dem Abschluß des Konkordates nach Rom Briefe schreibt, in denen er sich als „alleruntertänigst" bezeichnet.

Wenn der „Bayerische Kurier" die Weltenuhr schlagen hört, so glauben auch wir dasselbe zu empfinden. Die Zeitenwende geht heute unerbittlich vor sich. Die Scheidung der Geister wird nicht zu vermeiden sein.

Entweder eine Verneinung von Rasse und Volkstum auf Grund eines konfessionellen Schnittes durch alle lebendigen Körper. Diese Splitter geleitet von einem Zentrum. Oder eine natürliche Gruppierung nach Rasse und Volkstum der Staaten Europas und anderen Erdteilen.

Der Kampf früherer Jahrhunderte bestand in Religionskriegen, die letzten Jahrhunderte stehen im Kampf des Nationalitätenhaders, die kommende Auseinandersetzung wird im Zeichen des Rassenkampfes stehen. Es ist notwendig sich darauf vorzubereiten und sich nicht durch längst überlebte Staatsauffassungen schwächen zu lassen, die noch immer eine gefügige Presse besitzen und alle Zeichen einer geistigen Bastardierung an sich tragen.

Verfall.

„Völkischer Beobachter", 1. Januar 1926.

Über dem Jahre 1925 kann nur eine bezeichnende Überschrift stehen: Fortschritt des Verfalls! Die schwarzrotgelbe Erfüllungspolitik hat sich schwarzweißrote Brüder zugelegt, die mit dem gleichen Eifer das Werk Walter Rathenaus weitergeführt haben. Sie alle, die an führender politischer Stelle dem roten Verrat keinen Widerstand zu leisten vermochten, haben ihm natürlich auch heute keine Idee entgegenzustellen. Sie stehen manchmal in „Opposition", manchmal in Koalition zu ihnen, niemals aber im weltanschaulichen und staatspolitischen Gegensatz.

Der alte Nationalismus ist tot. Er hatte sich verbrüdert und verkuppelt mit dem rein industriell-wirtschaftlichen Denken. Er war deshalb immer mehr in den Bann der „weltwirtschaftlichen" Anschauung geraten. Er stand einem jeden echten Volksgedanken verständnislos gegenüber. Er begriff deshalb auch die soziale Bewegung nicht. Unsere Zeit will diesen Nationalismus nicht mehr: sie schält den nationalen Gedanken heraus aus der fauligen Schale, in der er die letzten Jahrzehnte über gesteckt hatte. Sie ist völkisch nicht um der Gewinne und Konzerne, sondern um des ganzen schaffenden Volkes willen.

Der alte Sozialismus ist gestorben. Er hatte sich in der marxistischen Form mit den Feinden eines jeden echten sozialen Gedankens verbunden, mit den Juden aus allen Lagern. Er beschimpfte die Herkunft seiner eigenen verblendeten Anhänger, deren Rasse, Volkstum, Familie.

Er wollte die Entwurzelung und Bastardierung. Und seine Führer wurden — ihrer materialistischen „Weltanschauung“ folgend — die gut bezahlten Knechte der Hochfinanz.

Unsere soziale Bewegung will diesen „Sozialismus“ nicht. Sie löst den sozialen Gedanken aus der vorhandenen marxistischen Hülle, um ihm seine Reinheit wieder zu geben. Sie will ihn auf völkisch-kultureller und rassisch-staatlicher Grundlage verwirklichen, d. h. sie will den echten Sozialismus, der nicht dogmatische Enteignung, sondern staatlichen Schutz des Einzelnen vor hemmungsloser Ausbeutung der demokratischen-marxistischen Privatkapitalisten bedeutet.

Diesem Hochziel gilt auch unser Kampf im Jahre 1926.

Mit Naturnotwendigkeit wird sich ein weiteres Verfaulen sowohl des alten Nationalismus wie des alten Sozialismus vollziehen und eine ungeheure Gefahr heraufbeschwören! Beide Vertretungen eines verkommenden Zeitalters werden ihren Weg bis zu ihrem Ende gehen müssen. Welcher Weg das ist, das zeigen uns die Merkpfähle: Versailles, Spa, London, Locarno. Das zeigen uns die Personen: Rathenau, Erzberger, Stresemann. Das zeigen uns die Folgen: Inflation, Deflation, Beraubung des Sparvermögens, Arbeitslosigkeit, Volksversklavung auf allen Gebieten.

Die „freieste Republik der Welt“ ist dank den genannten Personen und ihrer Beschützer zur unfreiesten Kolonie des Erdballes geworden. Und dies nicht etwa, weil übermächtige Gegner uns umringten, sondern weil wir die Gedanken der Ehre, den Stolz und den Freiheitswillen zurückgestellt und fast alle miteinander die „Wirtschaft“ angebetet haben.

Wir verzichten auf ein Verzeichnis der „wichtigsten Ereignisse“ von 1925. Wir sehen immer nur die eine Schmach, aus der alles Andere folgt: die Knecht-

seligkeit nach außen und die Brutalität deutschfeindlicher Mächte nach innen.

Wir haben die alten Götzen verbrannt. Im Kampfe gegen „Rechts“ und „Links“, und doch nicht den „goldenen“ Mittelweg, sondern beide äußersten Wege wandelnd, geht die neue Volksbewegung ihren Gang, getrieben von einem großen Glauben, mit Liebe zum Volk und mit Haß gegen seine Feinde. Über allen konfessionellen und wirtschaftlichen Systemen wölbt sich die völkische Weltauffassung, der nationalsozialistische Staatsgedanke als die Kuppel, die einst unser ganzes Volk umschließen wird.

Ihrer Errichtung gilt die Arbeit eines jeden, des Wesens unserer Zeit und ihrer Kämpfe sich bewußt gewordenen Deutschen.

Der Zentrumssumpf.

„Völkischer Beobachter“, 3./4. Januar 1926.

Bereits am 31. Dezember 1925 nahm der „Völkische Beobachter“ zu der Nachricht Stellung, daß sich Mitglieder der Zentrumspartei in Hinsicht auf den bevorstehenden Eintritts Deutschlands in den Völkerbund an den Generalsekretär des Völkerbundes gewandt hatten, um ihn um Anstellungen im Völkerbundsbüro zu bitten. Der ehemalige Reichskanzler und Zentrumsführer Dr. Marx veröffentlichte zu diesem Fall eine gewundene Erklärung, u. a. folgenden Inhalts:

„Es ist richtig, daß ich von privater Seite vor Wochen vertraulich aufgefordert worden bin, etwaige Anregungen für die später vielleicht in Frage kommende Besetzung gewisser Völkerbundsstellen zu geben. Dieser Bitte bin ich nachgekommen.“

Das Zentrum versuchte auf jede Weise, sich rein zu waschen. Darauf erfolgte der nachstehende Aufsatz Alfred Rosenbergs, auf den selbstverständlich eine klare Antwort nicht erfolgte.

Stresemann hat zwecks Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit eine neue Erklärung herausgegeben, in der er bedauert, daß die Vertraulichkeit in der Völkerbundsaffäre nicht innegehalten worden sei. Wir bedauern es gar nicht, im Gegenteil, wir begrüßen es, daß wenigstens an einer Stelle die Eiterbeule geplatzt ist und die Stellenjäger und Hyänen des politischen Schlachtfeldes allmählich immer deutlicher hervortreten. Der „Idealismus", der angeblich seit Jahren die frommen Zentrumsbrüder beseelt, tritt hier in besonders bezeichnender Form in die Erscheinung.

Zum ganzen Skandal berichtet die „Kölnische Zeitung":

„Die Zudringlichkeit der Stellenjäger war so groß, daß der Generalsekretär des Völkerbundes bei den nächsten amtlichen deutschen Stellen vorstellig wurde. Da die beteiligten Parteien immer noch mit der Miene der gekränkten Unschuld herumlaufen, sei hier ausdrücklich festgestellt, daß die in der zweiten Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung" vom Dienstag (Nr. 959) in einem Telegramm ihres Genfer Berichterstatters erwähnte förmliche Liste von Zentrumskandidaten nicht von dieser oder jener Privatperson, sondern von niemand geringerem als dem derzeitigen ersten Vorsitzenden der Zentrumspartei — in dieser Liste befindet sich u. a. sein getreuer Seladon, der frühere Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Spiecker — dem Völkerbundssekretariat warm ans Herz gelegt wird. Es zeigen sich hier in besonders vordringlichem Maße die Auswüchse der Personalpolitik, die dem Zentrum zur zweiten Natur geworden ist, und die insbesondere auf seine preußische Politik von jeher stark zurückgewirkt hat."

Mittlerweile hat, wie bereits gemeldet, Marx seine Tätigkeit in der Angelegenheit zugeben müssen. Was uns aber an der ganzen Sache besonders interessiert, ist folgendes:

Seit unserem Bestehen verfolgt uns das Zentrum nebst einem Anhängsel in Bayern im Namen des „Christen-

tums“. Namentlich wird jedem Katholiken eingeschärft, daß es eine Todsünde sei, mit den „Neuheiden“ gemeinsame Sache zu machen. Nun ist aber der Völkerbund eine rein freimaurerische Einrichtung, d. h. er entstammt einem Orden, den die katholische Kirche als Gegenkirche in schärfster Weise bekämpft, als allerschlimmsten Feind der Kirche auch genau kennt.

Aber siehe da: ehe der Eintritt Deutschlands in die freimaurerische Körperschaft überhaupt endgültig beschlossen worden ist, rennen die frommen Zentrumsführer sich bereits ihre Hacken ab, um sich von den Freimaurern bezahlen zu lassen. Der Gehalt der Sekretäre beträgt etwa 40 000 Franken, bei wichtigeren Stellen nebst Repräsentationsgeldern 75 000 Franken. Also wie man sieht, schwerwiegende Gründe haben sich hier geltend gemacht. Gründe, die das eigentliche Wesen der um Herrn Marx Gruppierten ebenso deutlich zeigen, wie die Holzgeschäfte des frommen Joseph Wirth in Sowjetjudäa, die Schiebungen seines Herrn und Meisters Matthias Erzberger und die „Gefälligkeiten“ des kürzlich verstorbenen Herrn Hoefle.

Wir wiederholen: heraus mit der ganzen Liste derjenigen Herrschaften, die sich nicht entblödet haben, bei unseren Gegnern um Posten zu betteln!

Gefährliche Reden.

„Völkischer Beobachter“, 11. Februar 1926.

Die Nationalsozialistische Bewegung sah sich zu wiederholten Malen gezwungen, sich mit der Person des Kardinals Faulhaber auseinanderzusetzen. Der streitbare Kirchenfürst bewies des öfteren so wenig Verständnis für die nun einmal notwendige politische und geistige Entwicklung, daß es trotz des religiösen Duldungsgrundsatzes der NSDAP. unumgänglich erschien, diesen Ansichten entgegenzutreten. Auch Alfred Rosen-

berg hat daher im „Völkischen Beobachter“ verschiedene Male auf die Tätigkeit des Kardinals Faulhaber eingehen müssen. Noch nach der Machtübernahme mußte er sich in einer Rede in Münster öffentlich gegen das unrichtige Bild wenden, das der Kardinal von unseren germanischen Vorfahren in einer Predigt gezeichnet hatte und nachher in Buchform erscheinen ließ.

Am vergangenen Sonntag hat, wie gestern bereits mitgeteilt, der Kardinal Faulhaber in München eine Rede über das neue vom Papst eingesetzte Christusfest gehalten und ist dann auch auf die Südtiroler Frage eingegangen. Er sagte laut dem Bericht des „Bayerischen Kuriers“ wörtlich:

„Haß und blinder Eifer segeln wieder einmal unter der Flagge der Vaterlandsliebe. Laßt euch fragen: Ist damit unseren Stammesbrüdern in Südtirol ein Dienst erwiesen, wenn sie nicht bloß mit Geißeln, sondern mit Skorpionen geschlagen werden, oder wenn ihr Wohnsitz Kriegsschauplatz oder Aufmarschgebiet wird? Ist den 70000 Deutschen, die in Italien seit dem Kriege Stellung und Brot gefunden haben, ein Dienst erwiesen, wenn sie in die Heimat abgeschoben werden? Ist dem deutschen Volke ein Dienst erwiesen, wenn das mühsam begonnene Werk der Versöhnung mit einem ehemaligen Feindvolk wieder zertrümmert und unsere beste Volkskraft schon wieder in den blutigen Tod getrieben wird? Ein Dienst ist nur jenen internationalen dunklen Mächten erwiesen, die den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands und die logenreine Regierung Italiens und die Annäherung der beiden Völker nicht ertragen konnten und nun die beiden Länder in den Krieg hetzen, obwohl die Wunden des letzten Krieges beiderseits noch bluten. Und die deutsche Presse tanzt, wie man von dorther aufspielt. Durfte ich mir das auf der Kanzel vom Gewissen reden? Ich durfte nicht bloß, ich mußte es sagen zu meinem Thema: Ein Bekenntnis zu Christus dem Gottkönig ist ein Bekenntnis zum Völkerfrieden.“

Hatten wir in unserem Blatte die ganze Verlogenheit der marxistischen, demokratischen und Zentrumspresse dargelegt, so müssen wir hier erklären, daß Kardinal Faulhaber sich keine heuchlerischen Vorwände für eine (was Deutschland betrifft) pazifistische internationale Politik sucht, sondern, folgerichtig wie bisher, auch jetzt den Nationalismus

bekämpft. Dieses Beispiel zeigt aber wieder, daß, mögen manche Worte und Taten einander äußerlich auch ähnlich sehen, sie doch durch die innere Begründung einen anderen, oft ganz gegensätzlichen Charakter gewinnen. Denn aus der ganzen Rede des Kardinals Faulhaber ergibt sich, daß er den Pressefeldzug gegen Italien, trotz der anfänglichen Begründungen, letztlich nicht aus unbedingt deutschen Motiven heraus ablehnt, sondern im Gegenteil aus rein pazifistischen, aus einer bewußten Ablehnung eines leidenschaftlichen Nationalgefühls überhaupt.

Nun ist es aber hierbei wieder mehr als deutlich, daß der Nationalismus nur soweit bekämpft wird, als er das deutsche Volk betrifft. Gegen den Nationalismus der anderen Staaten überhaupt hat Kardinal Faulhaber weder jetzt noch früher ein ernsthaftes Wort verloren. Im Gegenteil: als er auf dem Eucharistischen Kongreß in Rom war, hielt er eine Rede, in der er dem deutschen Volke Demut predigte, und als er gar nach Amerika ging, wußte er nichts Besseres zu tun, als ausgerechnet vor der amerikanischen Öffentlichkeit den Einmarsch Deutschlands in Belgien und die Torpedierung der „Lusitania" zu verurteilen. Er gab also der feindlichen Propaganda die denkbar schärfsten Waffen in die Hand, ausgerechnet jene Waffen der Propaganda, mit denen das amerikanische Volk zugunsten der Börsenbanditen in den Krieg gegen Deutschland gehetzt worden war.

Dies geschah, obwohl noch kurz vorher von seiten der amerikanischen Gerichte festgestellt worden war, daß die „Lusitania" Munition geladen hatte, also mit vollem Recht torpediert worden war. Alle diese Reden des Kardinals, welche eine Stärkung der feindlichen Propaganda und des gesamten feindlichen Lügenfeldzuges zur Folge hatten, wurden im Rahmen des sogenannten „christlichen Weltfriedens" verkündet, stellen aber sachlich genau das-

selbe dar, was die Friedrich Wilhelm Förster, Grelling, Kurt Eisner und Genossen seit Jahren auch predigten. Es war die Herabwürdigung des deutschen Volkes angesichts einer ganzen feindlichen Welt und ist als eine Forderung zur Unterwerfung aufgefaßt worden, als Unterwerfung unter die wahnwitzig gewordenen Siegermächte, was der Kardinal noch dahin unterstrich, daß Deutschland jetzt lernen werde, „ein Volk unter Völkern" zu sein. Womit gesagt war, daß es sich früher überhoben habe und rechtmäßig zu Fall gekommen sei.

Der „Bayerische Kurier" hat diesen Gedanken so ausgedrückt, daß der „Abfall vor 400 Jahren" durch die Niederlage gesühnt sei, da es eine „strafende, immanente Gerechtigkeit" gäbe, die zu „rächen wisse".

Daß Bischöfe und Kardinäle des Auslandes in Haßreden seit Jahren und auch noch heute sich gegen Deutschland ergehen, davon weiß Kardinal Faulhaber ebensowenig zu berichten wie die anderen Zentrumsfreunde. Ja, darüber hinaus nehmen diese angeblich nationalen und christlichen Blätter selbst die erklärtesten Gegner in Schutz, sobald diese von deutscher Seite wahrheitsgemäß gekennzeichnet werden. So z. B. war in Frankreich der Erzbischof Lemaître berühmt und mit allen Auszeichnungen überschüttet worden, weil er als „Apostel der Schwarzen" in erster Linie dahin gewirkt hatte, Nigger gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. Dieser Bischof Lemaître wurde dann pflichtgemäß vom „Bayerischen Kurier" in Schutz genommen. Und auch jetzt wiederum, nach dem Tode eines der größten Deutschenfeinde, des belgischen Kardinals Mercier, fühlen sich die frommen Zentrumsblätter bemüßigt, diesen Mann zu verteidigen. Gerade auf demselben Blatt, in dem die Rede des Kardinals Faulhaber wiedergegeben ist, schreibt der „Bayerische Kurier",

daß „erfreulicherweise“ in der gesamten Presse die „unsachliche Abfälligkeit gegenüber den von hoher Verehrung getragenen, objektiven Würdigungen“ des Kardinals Mercier zurückgestanden hätten. Die Zeitung beschäftigt sich dann mit einer Auslassung der „Münchner Neuesten Nachrichten“, die den Kardinal als größten Deutschenhasser gekennzeichnet hatte. Gegen diese „irreführende“ Anschauung tritt nun der „Bayerische Kurier“ auf, gibt aber zu, daß der Kardinal unermüdlich gegen jeden Erlaß der deutschen Regierung gearbeitet habe, unter anderem habe er protestiert gegen die Unterdrückung patriotischer Kundgebungen, gegen Kriegsgerichtsurteile und gegen die Zensur! Er hat also protestiert gegen Maßnahmen, die so selbstverständlich sind, daß nur ein Verräter am Deutschtum ihr Unterlassen hätte befürworten können.

Der „Bayerische Kurier“ aber meint:

„Immer und immer wieder erhob er (Mercier), wohl wissend, daß er der einzige Belgier war, der reden, protestieren, verurteilen durfte und konnte, seine Stimme, und immer hörten ihn nicht allein seine Landsleute, sondern die Welt. Bei uns in Deutschland wurde er bald zum bestgehaßten Manne.“

Aus diesem Wort kann ein vernünftiger Mensch doch nur eine Lobrede für diesen Aufpeitscher des Hasses entnehmen. Wo bleibt nun aber in Deutschland der Kirchenfürst, der „immer und immer wieder“ gegen die Bedrückung durch die Franzosen am Rhein, gegen die gemeine, niederträchtige Verleumdungstätigkeit der alljüdischen Presse, gegen die Schamlosigkeit der internationalen Hochfinanz auftritt? Noch hat sich keiner gemeldet. Im Gegenteil, wie wir bereits an Beispielen nachgewiesen haben, hat sich jener Kardinal, der am häufigsten das Wort ergreift, dazu hergegeben, den Vertretern eines leidenschaftlichen Nationalwillens und nationaler Verteidigung in den Rücken zu fallen, und auch der „Bayerische Kurier“, der hier den Kardinal Mercier in Schutz nimmt, tobt

bei jeder Gelegenheit gegen die bewußte Stählung und Züchtung des deutschen Nationalwillens.

Wenn das Empfinden, das Kardinal Faulhaber als „christlich“ bezeichnet, wir aber als einen unwürdigen Pazifismus erkennen, allgemein siegen sollte, so würde es nie mehr einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes, nie mehr eine Wiedererstarkung der deutschen Kultur, sondern einen disziplinlosen Menschenhaufen von 70 Millionen als Ausbeutungsobjekt sämtlicher feindlichen Nachbarn geben.

Wenn der Kardinal Faulhaber und die Zentrumspresse das als „unchristlich“ zu bezeichnen belieben, so wird uns das vollständig kalt lassen, denn eine christliche Anschauung, die das Aufgeben des ganzen deutschen Volkes angesichts einer kraftvollen feindlichen Welt predigt, tut dasselbe wie Grelling und Genossen, und darf in Deutschland nicht groß werden.

Seinem Gedankengang folgend, müßte der Kardinal aber auch folgerichtigerweise einen Erzbischof Lemaître, einen Kardinal Mercier, einen Feldbischof Zadravetz, ja den Papst selbst als unchristlich bezeichnen. Denn alle die erstgenannten haben ihr Volk aufgerufen zur Befreiung und zur Durchsetzung des Nationalgefühls und der jetzige Papst hat mit keinem Worte dagegen protestiert, daß der mit ihm politisch verbundene italienische Ministerpräsident in ganz Italien nur italienische Interessen vertritt und nichts anderes. Er hat auch mit keinem Worte gegen eine Entnationalisierung Südtirols protestiert, hat nicht gegen das Verbot für die deutsche Geistlichkeit in deutscher Sprache zu lehren, seine Stimme erhoben.

Zieht Kardinal Faulhaber diese Folgerungen nicht, dann werden wir uns mit seiner „Verurteilung“ abzufinden verstehen und unbeirrt das deutsche Ehrgefühl und den deutschen Freiheitswillen weiter anzufachen bemüht sein. Die deutsche Geschichte wird dann über Persönlichkeiten wie Kardinal Faulhaber hinweggehen.

Schläge ins Kontor.

„Völkischer Beobachter", 12. Februar 1926.

In den politischen Salons und um die politischen Stammtische zu München geht ein eifriges Geraune: die Tatsache, daß der Kardinal Faulhaber in höchst eigener Person seinen andächtigen Zuhörern auseinandersetzte, daß man den Nationalismus im Namen des „Christentums" aufzugeben habe, stand dann doch in einem zu merkwürdigen Gegensatze zu den Worten des doch sicher ebenso christlichen Ministerpräsidenten Held, der, obgleich kein Bayer, doch es durch seine Einheirat in Regensburg und langjährige Tätigkeit verstanden hat, in der Führung der Bayerischen Volkspartei die erste Violine zu spielen.

Die vor den Kopf gestoßenen Gläubigen fragen sich nun, was denn eigentlich christlich sei: der Pazifismus des Kardinals oder die starken Worte des frommen Ministerpräsidenten, die dieser ab und zu auf dem Königsplatz oder im Parlament von sich gibt. Die „Münchener Zeitung" bemüht sich, die Rede des Kardinals als eine „Improvisation" hinzustellen, was natürlich ausgeschlossen ist; denn der Geist dieser Rede ist, wie wir gestern dargestellt haben, genau der gleiche, wie der Geist der übrigen Reden in Rom und Neuyork. Hat der mit dem Kardinalshut bekleidete Michael von Faulhaber recht, so ist also auch der Ministerpräsident von Bayern unter die neuheidnischen Ketzer versetzt worden. Dann hat auch die „größte Häresie der Jetztzeit" — so bezeichnete der Katholikentag in Konstanz 1923 den Nationalismus — sogar bei Herrn Held Verwüstungen im Kopfe angerichtet.

Die sehr bestimmten Erklärungen des Kardinals haben nun ein beträchtliches Durcheinander unter den frommen Regierungsparteileuten in Bayern hervorgerufen, und die Frömmsten der Frommen, die Prälaten, haben schon getuschelt, daß es an der Zeit sei, den nationalistisch verseuch-

ten Herrn Held so nach und nach durch einen verläßlicheren, noch frömmeren Mann zu ersetzen. Man nennt schon wieder etliche Namen in der Bayerischen Volkspartei, wobei der Regensburger Konkurrent Helds besonders hervortritt. Um dieses „Paar Regensburger" ist also schon hinter den Kulissen ein mächtiger Kampf im Gange; die unterrichtete „Münchener Zeitung" orakelt bereits in sehr vernehmlichen Tönen darüber, indem sie alle Welt beschwört, im Interesse Bayerns Ruhe und Frieden zu bewahren.

Aber ein Unglück kommt selten allein. Und so las denn der fromme bayerische Ministerpräsident einen Tag nach seiner Landtagsrede eine heftige Antwort des italienischen Ministerpräsidenten in den überaus verläßlich und auf ihre alten Tage frommgewordenen „Münchener Neuesten Nachrichten". Der arme Held fühlte sich „mißverstanden" in seinen christlichen Gefühlen. Er empfing einen Vertreter der „United Press" und klagte in beweglichen Worten, er sei durch Mussolinis Angriffe wie durch einen Donnerschlag getroffen worden. Mussolini habe seine Rede „falsch ausgelegt", und er habe Grund zu der Annahme, daß Graf Barbaro, der italienische Generalkonsul in München, Mussolini eigenmächtig eine falsche Darstellung seiner Rede gegeben habe.

Wir lassen die Richtigkeit dieser Behauptung des Herrn Held ganz dahingestellt, möchten ihn aber mit aller gebührenden Untertänigkeit darauf aufmerksam machen, daß vor einem Jahre seine untergegebenen Organe die Rede Hitlers im Bürgerbräukeller — und zwar nachweislich — falsch wiedergegeben haben. Auf Grund dieser nachweislich falschen Darstellung hat die fromme Regierung von Bayern, die so beweglich über die Unterdrückung der Deutschen in Italien klagt, einem Manne das Reden verboten, der als Erster und Stärkster inmitten einer internationalen Schlammflut den deutschen Gedanken in Deutschland selbst wieder emporgebracht hat. Die fromme und gerechte bayerische

Regierung hat es auch weiter abgelehnt, die als Zeugen benannten Stenographen zu vernehmen. Sie hat, auf die verfälschten Aussagen ihrer Spitzel gestützt, das Verbot aufrechterhalten. Nun Herrn Held von seiten einer anderen Stelle etwas Gleiches geschehen sein soll, sitzt er da und beklagt sich einer fremden Agentur gegenüber als der „unverstandene Mann". Die Sache entbehrt nicht einer gewissen Komik, die gewiß auch in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei bemerkt worden ist.

So sind denn zwei Schläge auf einmal auf das glanzvolle Haupt des bayerischen Ministerpräsidenten niedergegangen. Wir wollen abwarten, ob er sich von ihnen erholen wird, oder ob er es vorzieht, allmählich wieder von Regensburg aus in bayerischer Politik zu machen.

Gedanken über das Wesen britischer Politik.

„Völkischer Beobachter", 20. Februar 1926.

Die britische Politik und ihre Gesetze und Methoden haben dem Nationalsozialismus immer besonders interessiert. Der Führer ist auf sie ausführlich in seinem Werk „Mein Kampf" eingegangen. Alfred Rosenberg hat sie ebenfalls im „Mythus des 20. Jahrhunderts" beschrieben und gedeutet. Die NSDAP. stand immer auf dem Standpunkt, daß das britische Reich nicht nur nun einmal vorhanden ist, sondern auch einen ordnenden Faktor innerhalb der Welt und einen Vorkämpfer der weißen Rasse darstellt. Die Erinnerungen von Lord Grey schienen Alfred Rosenberg ein so aufschlußreiches Bild auf die britische Politik der letzten Jahrzehnte zu werfen, daß er nach genauer Durcharbeitung sie in dem nachstehenden Aufsatz ausführlich besprach.

I.

Der Vertrag von Locarno und die überlegene Art der Führung des politischen Geschäfts seitens der Austen Chamberlain und Lord d'Abernon im Unterschied zu dem dilet-

tantischen Vorgehen Stresemanns haben die diplomatischen Fähigkeiten Angelsachsens wieder in einem klaren Lichte gezeigt.

Durch diesen neuen Erfolg ist das englische Ansehen, das bereits bedenklich zu schwanken begann, wieder hergestellt worden, und Großbritannien hat einen großen unblutigen Sieg errungen. Für uns Deutsche ist es nun von außerordentlicher Wichtigkeit, uns über das Wesen des britischen Staates und der Engländer bewußt zu werden, um so mehr, als noch immer alte, schon längst widerlegte Anschauungen sich breitmachen. Schon lange vor dem Kriege vergnügte man sich damit, den Engländer als fahrenden, geschäftshungrigen Händler hinzustellen. Diese Anschauung hatte vielleicht hier und da eine gewisse Berechtigung angesichts der Börsenfreunde König Eduards VII. und der geschäftlichen Manöver eines Teils des britischen Adels. Man vergaß dabei aber, daß trotz dieser Erscheinungen der Engländer selbst eine unverbrauchte, durch Jahrhunderte gezüchtete, einheitlich eingestellte Rassenkraft besitzt. Neben dem Engländer als Kaufmann ist nämlich immer der Eroberer geschritten, das hat sich in den letzten drei Jahrhunderten nur zu deutlich gezeigt.

Ein bezeichnendes Beispiel für englische Diplomatie ist der Vertrag von Locarno nebst seinen scheinbar geringen gesellschaftlichen Begleiterscheinungen insofern, als sich hier das gleiche wiederholt wie im früheren Kampfe der Angelsachsen gegen die Schotten und gegen die Buren. Im Verlauf des 17. Jahrhunderts hat England die Schotten in der härtesten Weise niedergeworfen. Als aber der Widerstand restlos gebrochen war, nahm es sich der jetzt ungefährlich gewordenen Schotten freundlichst an, pflegte ihre nationalen Überlieferungen, gestattete den Schotten, ihre früher mit Gefängnis bestrafte Hochlandstracht wieder zu tragen und verknüpfte so die schottische Überlieferung mit der englischen Politik.

Etwas ähnliches sehen wir mit Irland vorgehen, doch ist diese Entwicklung noch nicht so weit vorgeschritten, daß England großmütig sein kann. Durch englischen Druck ist Irland das einzige Land in Europa gewesen, das während des 19. Jahrhunderts nicht zugenommen hat. Es zählte 1821 6,8 Millionen, 1841 8,2 Millionen, 1911 aber nur 4,4 Millionen. Man hat ja bereits ebenfalls versucht, eine mildere Irenpolitik einzuführen. Doch ist der irische Widerstand noch nicht so weit geknickt, daß man sich widerstandslos ins Schlepptau Großbritanniens nehmen läßt.

Der Burenkrieg wurde mit Härte geführt. Farrer, ein objektiver Engländer, gibt in seinem Werk „Die europäische Politik unter Eduard VII.“ offen zu, daß das Vorgehen der englischen Truppen auch gegen die wehrlose Burenbevölkerung schandmäßig gewesen sei. Allein im letzten Jahre des Krieges waren mehr als 20000 Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern gestorben. Um den Buren das Leben auf ihren Farmen unmöglich zu machen, haben die Engländer riesige Schafherden niedergemetzelt und ihre Kadaver in die Häuser geworfen. Die Kirchen der Burenstädte wurden niedergebrannt, und kein Pfarrhaus wurde verschont. Als aber die Buren niedergekämpft worden waren, wurden ihre Generäle in London festlich und mit höchsten Ehren empfangen. Die nationalen burischen Traditionen wurden gepflegt und anerkannt, und 1914 marschierten die Buren an Englands Seite.

1925 wurde Stresemann als Vertreter des mit allen Mitteln niedergekämpften Deutschlands gleichfalls „mit Ehren“ empfangen. Der deutsche Botschafter durfte mit dem britischen Außenminister den „Liebesbecher“ trinken, und England hat ein neues Kolonialvolk in sein Fahrwasser gezwungen. Man bekennt sich jetzt auch lächelnd dazu, die Leichenverwertung sei vermutlich nicht vorgefallen, sondern beruhe auf einem Mißverständnis. Über die Kriegsschuldfrage wolle man auch nicht weiter sprechen, und schon jubeln

„deutsche" Zeitungen über die „Erfolge" der — deutschen Propaganda, ohne zu bemerken, daß sich hier ein altes englisches Spiel wiederholt, wie es in der britischen Geschichte zur feststehenden Überlieferung geworden ist.

II.

Ein hochinteressantes Werk, das auf die englische Psyche und die Herausbildung des englischen Typus mustergültig eingeht, ist die Schrift von *Dibelius*, „England", die seit einiger Zeit in der 4. Auflage erschienen ist.

An Hand geschichtlicher Ereignisse sehen wir das Erstarken des britischen Gedankens. In der Betrachtung britischer Dinge der Gegenwart zeigt sich Dibelius frei von üblichen, demokratischen Phrasen. Bemerkenswert ist die richtige Vorstellung, daß die britische Freiheit und die anderseits offenkundige Enge des britischen Lebens zwei durchaus zusammengehörige Dinge sind, denn Freiheit ist nur möglich innerhalb des Typus. Durch diese organisch gefügte Begrenzung ist dem Individualismus Spielraum gegeben, anderseits aber die Gefahr gebannt, daß er durch Schrankenlosigkeit das Staats- und gesellschaftliche Leben zersetzt. Der britische Typus ist geschaffen und vollendet worden in den Kämpfen des 18. Jahrhunderts und hat die Fähigkeit bewiesen, immer neue Elemente der aufsteigenden Klassen in sich aufzunehmen, zu verarbeiten und dem Typ s dienstbar zu machen. Darauf beruht das Geheimnis britischer Staatskunst und die Stetigkeit des britischen Lebens, etwas, was Deutschland bisher abgegangen ist.

Auch die angelsächsische Kultur, die übrigens ohne die deutsche Reformation und Romantik nicht denkbar ist, hat diese beiden Elemente aus wesensverwandtem Zustrom ihrer Arbeit und dem britischen Typus einzuverleiben verstanden. So wurde das Britentum nicht ein Programm einiger Parteien, sondern ein direktes Glaubensbekenntnis eines großen Kulturkreises. Dibelius sagt darüber treffend: „Deutschland

verkündete der Welt, daß es nur sich selbst behaupten wolle, aber daran lag der Welt nichts, und sein Existenzkampf wurde mit mürrischer Ungeduld verfolgt. England dagegen zog aus, um die halbe Welt zu erobern, und verkündete, daß es der ganzen Welt die Freiheit und den Frieden brächte, und die Welt hat ihm geglaubt, weil sie Freiheit und Frieden wollte und daran gewohnt ist, für ein unendliches Gut auch einen unendlichen Kaufpreis zu zahlen."

Daß sich die Engländer dessen bewußt sind und vereinzelt auch den Mut haben, auszusprechen, was ist, ersehen wir aus einem kürzlich in deutscher Übersetzung erschienenen Werk von W. Germains, „Die Wahrheit über Kitchener". Kitchener war einer der brutalsten und bedeutendsten englischen Persönlichkeiten der letzten Jahrzehnte. Er zeigte die organische Kehrseite des verbindlichen Diplomaten. Er besorgte als Soldat die schwarze Arbeit, die Unterjochung und wenn nötig die Ausrottung, um dann seinem im wesentlichen gleichen diplomatischen Mitspieler das freundliche Lächeln unter verbindlichem Händedruck nach dem Siege zu überlassen. Gleich auf der ersten Seite malt der englische Verfasser den Engländer als ein bewußtes Kriegervolk, das „Epos des welterobernden Engländers, der grausam und schrecklich im Kriege, hinreißend in seinen Tugenden und fürchterlich in seinen Leidenschaften, anmaßend, roh und tapfer zugleich seine Hände erhebt, um Reiche und Erdteile zu erobern, der Bibel und das Bajonett von einem Ende der Welt zum anderen trägt, die Heiden bekehrt und — ausrottet, die Meere mit seinen Schiffen bedeckt, die Erde nach Handelsschätzen und Rohstoffen durchwühlt, die Weltkugel mit Vorposten und Handelsstationen einkreist und so ein Weltreich errichtet ohne Ziel und Plan und großenteils ohne bewußte Anstrengung, den schöpferischen und beherrschenden Antrieb eines schöpferischen Herrenvolkes". Diese Worte enthalten wie in einer Nußschale die Geschichte und das Wesen der englischen Politik, und wir können diesem Engländer nur

dankbar sein, sich so offen über seine Landsleute geäußert zu haben, um so mehr, als er nachher feststellt, daß der Versailler Friedensvertrag allem widerspricht, wie England nach den Kriegen sich seinen Überlieferungen gemäß zu verhalten gehabt hätte.

III.

Hier gelangen wir zu einem Punkte, der bei der Würdigung der neuen englischen Geschichte nicht übersehen werden darf. Hatte der englische Adel in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts es verstanden, eine aufkommende kapitalistische Klasse seinen Überlieferungen einzuordnen und in den Dienst des Britentums zu stellen, so ist das schließlich auf die Rassengleichheit der einen wie der anderen Schicht zurückzuführen. Allmählich aber sehen wir eine ganz andere Rasse, zunächst tropfenweise, dann immer stärker nach London zuziehen: ostjüdische Emigranten und Juden aus Holland und Deutschland. Das Geld verdrängte nach und nach vorliegende Bedenken, bis schließlich durch Eduard VII. diese händlerische Einstellung ungeheuer verstärkt wurde dadurch, daß König Eduard Baronetstitel an Juden verkaufte und sich selbst mit Typen umgab wie z. B. dem Türken-Hirsch, den Gebrüdern Rothschild, den Cassels, Speyers und anderen.

Dibelius sagt in seinem Werke ganz richtig, daß schon die Skrupellosigkeit Disraelis vom echten Engländer höchst peinlich empfunden wurde, und sieht in der Tatsache, daß sogar ein jüdischer Vizekönig in Indien möglich war, ein bedenkliches Zeichen.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die parlamentarische Zersetzung. Der Parlamentarismus ist nicht eine für alle Staaten naturgemäße Regierungsform, sondern eine „angelsächsische Anomalie“ (Dibelius). Und auch diese funktionierte nur, weil zwei unerläßliche Voraussetzungen erfüllt wurden: die Allmacht des Erstministers und das

Zweiparteien-System. Dadurch war, erstens, das Führerprinzip gewahrt und, zweitens, eine geschlossene, einheitlich eingestellte Regierung möglich. Ferner forderte das System: die Nation müsse einheitlich sein, so daß keine Splitter anderer Nationen in ihr enthalten waren, für die ihre eigene Volksgemeinschaft mehr wert war wie der Staat: sie darf nicht konfessionell gespalten sein. Wo starke religiöse Gegensätze den Menschen aufwühlen, pflegt sein inneres Leben einen doppelten Schwerpunkt zu haben: im Nationalen und im Kirchlichen. In England war das bis auf die irische Opposition erreicht, und deshalb war die „englische Anomalie" für Großbritannien ein Vorteil, bis schließlich auch das Zweiparteiensystem durch das Auftreten der Arbeiterpartei durchbrochen wurde. Da hierzu noch jüdische, kapitalistische und Börseninteressen kamen, so ist die Oberleitung Großbritanniens trotz des kräftigen Volkstums nach und nach auch öfter durch unbritische Kräfte bestimmt worden. Schlug während des Krieges der alte Volksinstinkt hemmungslos durch, sahen wir auch Chamberlain wieder in alter Weise dem Besiegten einen Liebesbecher reichen, so steht diese britische Diplomatie nicht mehr rein in britischen Diensten, sondern auch im Dienste von Kräften, die zum Teil aus deutschen und russischen Juden sich zusammensetzen.

IV.

Die völlige Anerkennung des Typus seitens eines jeden Engländers, der jedem Nichtengländer auf den ersten Blick auffällt, gibt dem Briten trotzdem das Gefühl der absoluten Freiheit, und es ist falsch, wenn man Behauptungen aus englischem Munde, die die Freiheit als die Himmelsgabe Großbritanniens in Anspruch nehmen, als Heuchelei hinstellt.

Diese Tatsache erscheint besonders deutlich, gleichsam sinnbildlich in den kürzlich erschienenen Lebenserinnerungen Lord

Edwards Greys „25 Jahre Politik". Immer wieder treffen wir auf die entwaffnende Versicherung, daß Englands Politik nur durch Humanität bestimmt werde und dies angesichts der selbst zugestandenen Tatsache über die Art und Weise englischer Annektionen. Die Tatsache z. B., daß Deutschland in Konstantinopel seine Stellung zu wahren versuchte und England durch die Rivalität Frankreichs auf Deutschlands Hilfe angewiesen war, hat Grey in tiefster Seele gekränkt. Nach ihm habe Deutschland die Lage böse ausgebeutet, während die Engländer ihre materiellen Interessen in der Türkei „aufgeopfert" hätten: „Wir hielten tatsächlich unsere Hände rein und kamen der Stimme des nationalen Gewissens nach." Deutschland wird beschuldigt, die moralischen Bedenken nicht in Betracht gezogen zu haben. „Und diese irrige Ansicht von der Humanität im Verkehr zwischen den Nationen war es, die Deutschland den Krieg verlieren ließ." Die Besetzung Ägyptens ist in den Augen Edward Greys nur ein Akt der Menschlichkeit gewesen: „Lord Cromers Werk war zu bedeutend, als daß es ohne Schaden für die britischen Interessen aufgegeben werden könnte, auch für Ägypten selbst war es in finanzieller und humanitärer Hinsicht gut." Von der Politik in Ostasien erzählt Grey: England habe sich des kleinen Siam „ritterlich angenommen". Von der russischen Diplomatie erklärt er: „Der russische Despotismus war für den Idealismus der Briten abstoßend", wobei Grey nicht vergißt, mitzuteilen, daß der englische Botschafter in Petersburg über die „Rechtlosigkeit der Juden" bitter Klage geführt habe. An den dortigen englischen Botschafter telegraphierte Grey am 1. April 1907: „Die drohenden Klippen in unserem Fahrwasser sind eigentlich die Zustände in Rußland selbst. Wenn die „Duma" aufgelöst wird und ein Regime des Pogroms und des Kriegsrechts Platz greift, wird die Stimmung hier (in London) sehr ungünstig werden." Aus diesen Worten geht hervor, daß Edward Grey sich der Herrschaft

des Hauses Rothschild und seiner Genossen in England bewußt gewesen ist und daß sich hinter den humanitären Reden doch noch etwas ganz anderes versteckt hatte.

Dieses Gemisch zwischen Naivität und politischer Zweckmäßigkeitsüberlegung offenbart sich fast auf jeder Seite und in jedem Telegramm des ehemaligen englischen Außenministers. Geradezu klassisch war Greys Haltung während der Marokkoaffäre 1911. Im Verfolgen seiner „humanitären" Politik hat Grey alles getan, um angeblich den Frieden zu erhalten, in Wirklichkeit aber, um die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich bestehen bleiben zu lassen, bzw. zu vergrößern. In diese Zeit fallen die engsten Besprechungen zwischen englischen und französischen Generälen. In einem Brief an Asquith vom 8. September 1911 schreibt Grey: „Es würde Bestürzung hervorrufen, wenn wir unseren militärischen Fachmännern verbieten würden, sich mit den Franzosen zu besprechen. Zweifellos haben diese Besprechungen und unsere Reden die Hoffnung auf unsere Unterstützung erweckt. Ich sehe aber keinen Ausweg, ihm abzuhelfen." Diese ganzen auf den Krieg mit Deutschland hinauslaufenden militärischen Abmachungen mußten natürlich politisch irgendwie gedeckt werden, und so setzten sich Grey und der französische Botschafter zusammen hin und verfaßten einen vorgeblichen Briefwechsel, um diesen dann als „Dokument" für ihre Friedfertigkeit jederzeit vorlegen zu können. Also nachweislich seit der Agadirkrise ist das militärische Bündnis London und Paris abgemacht.

Diesem Bündnis folgt eine entscheidende Erklärung im Jahre 1912. Am 24. September schreibt Grey zur Beruhigung Rußlands: „Wenn wir uns am Kriege beteiligen, so würde unsere Flotte alles nur mögliche gegen Deutschland unternehmen und jedem an dem Kriege gegen Deutschland Beteiligten helfen." „Deutschland hat den Wunsch nach einer Vereinbarung mit uns zu erkennen ge-

geben, die ihm die Sicherheit geben sollte, daß wir an einem Kriege gegen Deutschland unter keinen Umständen teilnehmen. Doch hatten wir beschlossen, uns unsere Hände nicht zu binden." Also erstens das engste militärische und politische Bündnis mit Frankreich, zweitens das Versprechen der Unterstützung für Rußland im Kampfe gegen Deutschland und drittens die bewußte Ablehnung eines jeden deutschen Verständigungsversuchs. Das war die Lage 1912, das heißt der vorbereitete strategische Aufmarsch zum späteren Kriege.

Edward Grey leidet seit vielen Jahren an einem Augenübel, das ihn verhindert hat, von den wichtigsten Neuerscheinungen über die Kriegsschuldfrage Kenntnis zu nehmen. So kommt es, daß er auch heute noch Iswolsky in Schutz nimmt und sich bemüht, ihn als einen Friedensengel hinzustellen, wo doch der Briefwechsel dieses russischen Diplomaten heute im Wortlaut vorliegt und an einer bewußten Absicht, Rußland in den Krieg mit Deutschland zu führen, nicht mehr gezweifelt werden kann. Edward Grey lebt zurückgezogen und war auch früher ein einsamer Mensch, der aus England nicht herausgekommen war. Nur während des Krieges besuchte er einmal Paris. So war sein Weltbild begrenzt, alle seine Reden und Briefe und auch seine Memoiren verraten einen Durchschnittsgeist. Bisweilen hat man sogar das Gefühl einer gewissen Unzulänglichkeit.

Und doch war dieser nicht sehr hervorragende Mann eingespannt in eine typenbildende Überlieferung und vertrat, wie nur wenige, ein Stück der altbritischen Politik, die in der Unterwerfung anderer Völker eine Tat der Menschlichkeit erblickte. Gerade weil er als Persönlichkeit nicht bedeutend war, ist Grey als Typ der Tradition seines Landes, in dem wir britisches Wesen, britische Menschenbehandlung und britische Zielstrebigkeit deutlich erkennen, belangvoll.

V.

Fragen wir uns, wie wir uns zu England verhalten, so müssen wir uns darüber klar sein, daß dieser oben geschilderte englische Typ heute schon vom jüdischen stellenweise verdrängt worden ist. Dieser jüdische Geschäftsgeist, der in den Familien Rothschild, Mond usw. heute an der Spitze steht, verhindert ohne Frage Großbritannien, seine Politik des europäischen Gleichgewichts in dem Maße aufzunehmen, wie es in seinem eigenen Vorteil liegt. Anderseits erwacht in der ganzen Welt ein starker Widerstand gegen das englische Weltreich. Uns scheint, wie oben erwähnt, daß Stresemann Deutschland zu früh und zu billig an England zu ketten versucht hat, das selbst das heutige Deutschland ebenso braucht wie Deutschland eine innere Stärkung und ein außenpolitisches Zusammenarbeiten. Durch Locarno ist Deutschland an Händen und Füßen gebunden und überstaatlichen Mächten ausgeliefert worden. Ein Herauslösen aus ihnen und aus dem freimaurerischen Völkerbund kann nur auf dem Wege einer radikalen innerpolitischen Umwälzung erfolgen. Um aber schon jetzt Klarheit über gewisse Möglichkeiten zu haben, müssen die Führer der völkischen Bewegung sich nicht nur mit der politischen Machtlage, sondern auch mit den raumpolitischen und nationalen Eigentümlichkeiten der Nachbarn genauer vertraut machen, als es die vorrevolutionären und erst recht die novemberlichen Regierungen getan hatten.

Wir müssen uns über das Wesen englischer Politik im klaren sein, wenn wir hoffen wollen, diese einst auch für uns in Betracht ziehen zu können.

Nationalsozialistische Bestrebungen in Frankreich?

„Völkischer Beobachter", 25. Februar 1926.

Am 24. Februar 1926 brachte der „Völkische Beobachter" folgende Meldung:

„Am Sonntag, am Jahrestage der Verdun-Offensive, hielt die neu gegründete französische Faschistenpartei ihre, wie sie sich ausdrückt, erste Heerschau ab. Ihr Organ „Le Nouveau Siècle“ behauptet, es seien 4000 Delegierte aus allen Bezirken Ostfrankreichs nach Verdun gekommen und hätten das Programm des französischen Faschismus angenommen. Außerdem sei ein Appell an das Land gerichtet worden, in dem erklärt wurde, man werde die Abdankung des ohnmächtigen Parlamentarismus erzwingen. Durch die ehemaligen Frontkämpfer sei eine nationale, über den Parteien und Klassen stehende Diktatur aufzurichten. Weiter sei beabsichtigt, eine wirkliche Vertretung der nationalen Interessen in der Form zweier Parlamente, eines Parlamentes der Erzeuger und eines Parlamentes der Familienväter, zu bilden.“

In dem unten stehenden Aufsatz nimmt Alfred Rosenberg Stellung zu der neu gegründeten Bewegung des französischen Faschismus, dem damals verhältnismäßig große Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Seine sehr vorsichtig abwägende Haltung in dieser Frage ist durch die weitere Entwicklung restlos bestätigt worden.

Die französischen Faschisten.

Die französischen Faschisten haben in den letzten Monaten eine große Rührigkeit entfaltet und sich bemüht, Arbeiter- und Studentengruppen in den Großstädten Frankreichs zu gründen. In ihrer Tageszeitung „Le Nouveau Siècle“ werden auch die grundsätzlichen staatspolitischen Anschauungen der neuen Bewegung (namentlich von Georges Valois) fortlaufend dargestellt. Es ist nun merkwürdig, welche grundsätzliche Übereinstimmung zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem französischen Faschismus sich ergeben. Wir lehren, daß der neue Staatsgedanke der deutschen Zukunft in einer Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus besteht. Sowohl die eine als auch die andere Bewegung ist im Verlauf der Jahrzehnte verfälscht worden und nun von den Schlacken zu reinigen. Zu genau denselben Ergebnissen kommt auch der französische

Faschismus. In einer Aufsatzreihe „Nationalismus und Sozialismus“ behandelt Valois das Problem recht eingehend. Er sieht sowohl im Nationalismus wie im Sozialismus Bewegungen, die aus der gleichen Ursache entsprungen sind: nämlich aus dem Versuch, die sozialen Grundlagen wieder zu erneuern, die durch den Individualismus des letzten Jahrhunderts zerstört worden waren. Der Nationalismus legte das Schwergewicht seiner Anstrengungen auf den Volksteil, der durch den Finanz- und Handels-Internationalismus entwurzelt, während der Sozialismus sich auf die Arbeiter- und Bauernfamilien stützte, die durch den sozialen Individualismus der Zerstörung nahegebracht worden waren. Dies wäre der Augenblick gewesen, die beiden großen Bewegungen zu vereinigen, und gerade in diesem Augenblick traten sie in tiefe Feindschaft zueinander. Man spreche jetzt vom sozialen Nationalismus oder vom nationalen Sozialismus, der die Seele verschiedener Städte sei, besonders von Paris. Aus dieser Sphäre sei auch er, Valois, gekommen. Er schreibt:

„Die frühere Abkehr vom Vaterland seitens des Sozialismus und die Furcht vor der sozialen Bewegung bei den Nationalisten ist das große Drama des Jahrhunderts, das beendet werden muß. Wie und warum hat es begonnen? Erstens dank dem germanischen Sozialismus, der an Stelle eines nationalen Sozialismus eine Lehre brachte, die sie von jeder Nation löste und sie zum Internationalismus führte.“ „Der Marxismus hat jede soziale Einigung unmöglich gemacht. Zu diesem grundsätzlichen Internationalismus ist der Nationalismus in stärkste Reaktion getreten gegen jede Form des Sozialismus.“ So sei es zu immer stärkeren Kämpfen gekommen, und dank der Tatsache, daß der Arbeiter um seinen notdürftigen Lebensunterhalt in allen Staaten kämpfen mußte, habe der Marxismus seine Erfolge erzielt. Diesem Erfolg gegenüber aber erstarrte der Nationalismus immer mehr. Dabei hätte gerade er die Ver-

teidigung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen sollen. „Es ist viel wichtiger, das Blut der Arbeiter, die Arbeiterfamilien zu schützen als die Ware, die diese Familien erzeugen müssen. Wenn diese Operation getan worden wäre, so wäre die Einigung zwischen Nationalismus und Sozialismus schon lange verwirklicht worden.“ „Es ist heute nicht notwendig, eine Bewegung durch die andere zu verdrängen. Es ist notwendig, die Einigung durchzuführen, und so zu stellen, daß diese Operation möglich wird.“

Gehe man den Ursachen der Abkehr der Arbeiterschaft näher nach, so könne man die Entwicklung des Internationalismus auf einen verwundeten Patriotismus zurückführen. „Der Arbeiter trägt sein Vaterland nicht in der Brieftasche mit sich. Sein Vaterland verpflanzt sich nicht mit ihm. Durch alle Taten seines Daseins ist er an dasselbe gebunden. Ein Bourgeois kann den Himmel wechseln und alle Probleme durch ein Scheckbuch lösen. Der Arbeiter nicht.“ Dieser offenkundige Zwiespalt in der Nation wurde zur Ursache des Arbeiterhasses. Inmitten des industriellen Zeitalters fühlte sich der Arbeiter durch die wirtschaftlichen Mächte bereits zermalmt, von den Seinen und seinen Freunden geschieden, sah er sich geopfert. Der Arbeiter hatte die Bindung mit der Nation verloren. Aber er war nicht ein Heimatloser, sondern er war gewaltsam von ihr getrennt worden. Was Wunder, wenn er sie als Stiefmutter betrachtete.

„Nur durch eine neue Organisation der Produktion, die der wirtschaftlichen Anarchie sich entreißt, kann das soziale Problem der Arbeiterfamilie gelöst werden. Aber man muß wissen, daß man in dieser Richtung hin nichts bessert, wenn man nicht geleitet wird durch das Streben nach sozialer Gerechtigkeit.“ „Ein großes Problem ist auf diese Weise für ganz Europa gegeben, das leidenschaftlich nach neuen Schöpfungen sucht. Der Zusammenbruch des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus,

der sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts unterworfen hat, ist zu Ende. Es gibt drei Anwärter auf das Erbe:

1. Der Kapitalismus, organisiert und geleitet von einer Bankier-Regierung;
2. der Kommunismus, und
3. der Faschismus.

Was den ersten betrifft, so brauche man nicht über die Grenzen zu blicken, es sei Frankreich, das von ihm regiert werde.

„Unter dem Namen der parlamentarischen Demokratie haben wir die Herrschaft der Geldmächte, geleitet durch die Bankiers. Es gibt nichts Niedrigeres als die Tyrannei des Geldes. Die Erfahrung zeigt, daß dies Regime aber auch das allerunfähigste ist."

Der Kommunismus setzt nur den Marxismus fort und nur im Faschismus erblickt Valois die Rettung Frankreichs.

Wie man sieht, finden wir hier verblüffende Ähnlichkeiten mit dem vor, was wir seit fünf Jahren ununterbrochen lehren. Wie wir auch zu Frankreich stehen — die Außenpolitik Frankreichs wird sich vielleicht nie ändern —, so kann man doch nur seiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die Weltpest des Marxismus und des weltzersetzenden Kapitalismus endlich einmal erkannt worden ist. Aber eines fehlt dem französischen Faschismus: das Wort vom jüdischen Finanzkapital und vom jüdisch geleiteten Marxismus kommt ihm nicht über die Lippen. Er spricht an einer Stelle sogar vom germanischen Marxismus, ist also noch lange nicht so frei, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Wir finden sogar im Zentralorgan Unterredungen mit Marsal, dem jüdischen ehemaligen Finanzminister von Frankreich. Und im Ausschuß, der ein Preisausschreiben für eine faschistische Hymne zu leiten hat, sitzt u. a. auch der Jude Benoit. Unter diesen Umständen kann der französische Faschismus genau so einen Schlag in die Luft

bedeuten, wie so manche gut gemeinte andere Bewegung. Auch von der Freimaurerei habe ich bis jetzt, bei fortlaufendem Studium des „Nouveau Siècle" nichts gefunden. Grundsätzlich ist die Frage richtig gestellt, doch auf das Wesen und die letzten Ursachen ist der französische Faschismus nicht eingegangen.

In der Falle des Völkerbundes.

„Völkischer Beobachter", 27. Februar 1926.

Die Debatte über die Sitze im Völkerbundsrat wächst sich immer mehr zu einer Lächerlichmachung Gustav Stresemanns aus. Als „Anfang der Versöhnung" lobte seine Presse das „Werk von Locarno"; dieser „Geist" wurde in den herrlichsten Farben geschildert, und lächelnd unterzeichnete Bruder Stresemann den Pakt der Chamberlain und Briand. Aber wie es sich für einen Geist, der den Berliner Flaschenbiervertrieb als Doktorarbeit wählte, geziemt, hat Stresemann „vergessen", sich die schriftliche Versicherung geben zu lassen, daß der Völkerbundsrat nach dem Eintritt Deutschlands in den Konzern zur Sicherung des Raubes von Versailles nicht erweitert werden dürfe. Du lieber Himmel, man hat Wichtigeres zu tun, als an solche Kleinigkeiten angesichts solcher Männer wie Briand, Benesch und Skrcinsky zu denken.

Und so wurde dann, kaum daß das Gesuch um Aufnahme angelangt war, erklärt, nun müsse auch Polen in den Rat. Dann Brasilien, Spanien. Durch solche freundschaftliche Vorschläge kettet Frankreich diese Staaten noch enger an sich, und Deutschland erscheint wiederum als der einzige Störenfried im trauten Verein der „Friedensbruderschaft", wie Lloyd George die Freimaurerbrüder von Locarno in der „Neuen Zürcher Zeitung" kürzlich betitelte.

Die Stresemänner sind recht betreten darüber, daß auch die Engländer bedenklich zu Briand neigen. Chamberlains und Cecils Reden waren mehr als aufreizend. Wir haben es hier offenbar mit einem erneuten jüdischen Druck auf englische Nationalpolitik zu tun. In letzter Zeit verlassen nämlich etliche große Ratten das versinkende Schiff des englischen Liberalismus und gehen zur konservativen Regierungspartei über. Alfred Mond, der Zionistenführer, ist heute bei Baldwin-Chamberlain, ebenso wie Reading-Isaacs, der ehemalige Vizekönig von Indien, der einer Rangerhöhung entgegengehen soll. Im Kabinett selbst sitzen zwei Hebräer. Es ist klar, daß hier jüdische Politik befürwortet wird, nicht britische. Chamberlains persönliche Zuneigung zu Frankreich spielt zudem auch eine Rolle.

Das Deutschland des Gustav Stresemann hat damit nicht gerechnet. Bezaubert von Orangenblüten, einem schnurrenden Kater, einem Schoppen Südwein und der Liebenswürdigkeit des Herzenbrechers Briand gab sich Stresemann mit voller Seele dem „Geist von Locarno" hin. Jetzt sitzt er in den Nesseln.

Wir haben keine Ursache, darob ein großes Klagen zu erheben. Denn ob die Polen neben Stresemann beraten oder im Nebenzimmer bleibt sich gleich. Die ganze Aktion zeigt uns aber den wahren Geist der Feinde, den alten Geist von Versailles, was die Lügenpresse bei uns nicht lange mehr wird weglügen können.

Die Verräter sind natürlich unermüdlich am Werk. Ein unbekannter Freimaurer in der „Münchner Post" schreibt:

„Die Locarnofeste sind verrauscht, der Werktag kommt."

„Müssen sie (Stresemann, Chamberlain, Briand) nicht bei der Verwirklichung dieser Voraussetzung den gleichen guten Willen zeigen, der sie in Locarno beseelt hat? In der Tat kommt alles darauf an, in welchem Geiste sich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzieht. Es ist nicht erlaubt, an dem guten Willen der Männer von Locarno zu zweifeln, aber man darf sich auch darüber

nicht täuschen, daß der graue Alltag wieder Kräfte hervorgelockt hat, die sich im Licht von Locarno verkriechen mußten." „In der heutigen Situation kommt verschärfend hinzu, daß Deutschland auch mit Italien als Gegner rechnen muß. Der Affront Mussolinis in der Südtiroler Frage mit seiner kategorischen Erklärung, keine Diskussion der Minderheitenfrage im Völkerbund zuzulassen, sein neuerliches entschiedenes Veto in der Anschlußfrage, das sich über Geist und Buchstaben der Friedensverträge hinwegsetzt, sind hier symptomatisch. Zu den alten Kräften des Sieger-Imperialismus kommen die neuen Kräfte des faschistischen Imperialismus hinzu. Die Auspizien für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sind wahrlich nicht günstig."

„Was soll Deutschland in dieser Lage tun? Ein Zurück gibt es nicht mehr — auch der diplomatische Schritt der Reichsregierung darf nicht in diesem Sinne gedeutet werden —, zumal die Ratsmächte des Völkerbundes kaum so unklug sein werden, Deutschland durch einen Affront in der Frage der Erweiterung des Rates bei seinem Eintritt diesen Schritt nahezulegen. Was später kommen kann oder wird, darf heute die Entscheidung nicht beeinflussen. Auch wenn der Appell an die herrlichen Worte Briands und Chamberlains über die europäische Solidarität vergeblich sein sollte, darf Deutschland den Gedanken der europäischen Solidarität als Stigma seines Eintritts in den Völkerbund nicht mehr preisgeben." „Auch die Rückschläge gegen Locarno, die in der Frage der Erweiterung der Ratssitze sich zweifellos zeigen, werden den weiteren Aufstieg Deutschlands, den ihm die Entfaltungsmöglichkeiten im Völkerbund eröffnen, nicht hindern können."

„Deutschlands Aufgabe im Völkerbund wird es vor allem sein, gegenüber dem Geist des Imperialismus der Sieger und des Faschismus den Geist der europäischen, den Geist der Menschheitssolidarität zu verkörpern. Deutschlands ständiger Ratssitz im Völkerbund soll ein ständiger Sitz der Solidarität aller Menschen sein."

Man lese diese Ungeheuerlichkeiten mehrmals durch. Wer hat seit Jahren gegen den Faschismus gehetzt, wenn nicht die Marxisten und Freimaurer? Wo ist ein Aufstieg Deutschlands?

Wo die versprochene Menschheitssolidarität? Nach allen Niederlagen darf so etwas dem deutschen Arbeiter noch immer geboten werden! Der Marxismus kann es nicht eilig genug haben, uns alle bedingungslos dem Kapitalismus auszuliefern. Das wird dann „weiterer Aufstieg" genannt.

Reform des staatlichen Ehrenschutzes.

„Völkischer Beobachter“, 26. März 1926.

In der Kampfzeit sind immer wieder die Redner und Organisatoren der Bewegung mit einer Fülle von Prozessen überschüttet worden. Auch Alfred Rosenberg blieb davon naturgemäß nicht verschont und er ist vielfach zu Geldstrafen, zweimal zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Bei diesen Prozessen handelte es sich meistens um die angeblich gekränkte Ehre eines politischen Gegners. Dieser „Ehrbegriff“ innerhalb der Weimarer Republik zeigte so recht die Zersetzung des ganzen deutschen Rechtsbegriffs in der damaligen Zeit. Die Beleidigung der nationalen Ehre des deutschen Volkes galt nichts, aber einen eben dieser Beleidiger beim rechten Namen zu nennen oder so zu charakterisieren, wie er es verdiente, war ein Verbrechen.
Außer in dem nachfolgenden beschäftigt sich Alfred Rosenberg auch in einem Aufsatz über die Feme, der gleichfalls hier abgedruckt ist, mit diesem Problem. Die Gedanken, die Alfred Rosenberg hier ausspricht, sind dann nach 1933 verwirklicht worden.

Unter diesem Titel veröffentlichten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vor einiger Zeit einen längeren Aufsatz des Amtsgerichtsdirektors Frank. Dieser Richter ist aus einer ganzen Reihe höchst wichtiger Prozesse bekannt geworden; so leitete er den einen Fechenbach-Prozeß und den Dolchstoß-Prozeß. Auch sonst ist Amtsgerichtsdirektor Frank fraglos ein Mann von großer richterlicher Erfahrung, und obgleich gerade wir glauben Ursache zu haben, von ihm formalistisch beurteilt zu werden, stehen wir doch nicht an, das strenge Wirken eines völlig unparteiischen Rechtssinnes bei diesem Richter anzuerkennen.

In seinen Ausführungen fordert Herr Frank den Ausbau des Gesetzes nach einer strengeren Richtung hin. Er erklärt den Diebstahl des guten Namens als gleichwertig mit einem Eigentumsdiebstahl und glaubt, daß bei rück-

fälligen gewohnheitsmäßigen Ehrverletzungen nur eine Freiheitsstrafe gefällt werden dürfe. Sehr scharfe Formen findet Amtsgerichtsdirektor Frank gegen die tendenziöse, verlogene Berichterstattung in manchen Prozessen, womit er sicherlich auf die Berichte der „Münchener Post" während des Dolchstoß-Prozesses anspielt. Bei der Behandlung einer Beleidigung, wenn sie im Dienste sogenannter berechtigter Interessen geschehen sei, spricht Direktor Frank die Vermutung aus, daß, wenn hier Milderungen zugestanden werden sollten, man kein Prophet zu sein brauche, um zu erklären, daß die Ehrverletzung außerordentlich zu-, ihre Bestrafung aber außerordentlich abnehmen werde. Man könne berechtigte Interessen sicher auch ohne Ehrverletzung wahrnehmen.

Was Direktor Frank hier sagt, wollen wir zunächst unterschreiben; auch wir müssen auf dem Standpunkt stehen, daß das Gesetz beleidigende Verfehlungen zwar zu strafen hat, absichtliche Ehrverletzungen aber durchaus in scharfer Form ahndet. Zugleich müssen wir aber an dieser Stelle eine Betrachtung einschieben, an die unsere heutigen Berufsrichter gar nicht denken.

Das heutige Gesetz billigt jedem Schieber die Wahrung seiner sogenannten berechtigten Interessen zu; es billigt jedem eingetragenen Verein das Recht zu, daß er, wenn er scharf angegriffen wird, durch die Person des Vorsitzenden Beleidigungsklage gegen den Angreifer stellen kann. Hier ist der staatliche Ehrenschutz immer emsig an der Arbeit. Dagegen vermissen wir umgekehrt den Ehrenschutz des Staates und den Schutz der Ehre unseres Volkes. Nirgends hat sich in diesen Jahren auch nur ein einziger Staatsanwalt gerührt, um die Beschmutzungen des deutschen Namens, die seit Jahren Tag für Tag in Blättern der Zentrumspresse, der Demokratie und der Sozialdemokratie stehen, aufzugreifen. Der deutsche Name ist nicht nur im Auslande vogelfrei, wogegen wir wenig machen können, sondern gerade im Inland hat sich eine Sippschaft zu-

sammengetan, um alles, was dem Deutschen groß erscheint, anzunagen, und alles, was er hochhält, zu beschmutzen. Uns scheint es wichtiger, daß ein deutscher Richter einmal grundsätzlich und öffentlich erklärt, daß sein wichtigstes Amt vor allem darin besteht, nicht so sehr den einzelnen zu schützen als den Ruf der Allgemeinheit. Ich weiß, man sagt, es gäbe Staatsanwälte, die das zu besorgen hätten. Das ist eine Sage. Denn, wie gesagt, ist in diesen Jahren keiner einzigen der Schreiberseelen, die Deutschland tagtäglich verspotten, auch nur ein Haar gekrümmt worden. Selbst solche Denunziationen, wie sie die Herren Quidde und Gumbel sich leisten, sind bis heute unbestraft geblieben. Aus den vielen Tatsachen greife ich nur einige Beispiele heraus.

Es lebt in Deutschland ein sogenannter Zeichner, der sich George Groß nennt. Dieser gibt Zeichenmappen heraus, in denen er in widerlichster Weise das deutsche Heer beschimpft und besudelt, und dabei nicht vergißt, seine Dirnen, die er darstellt, mit dem christlichen Kruzifix zu versehen. Idioten werden von Groß mit offener Hirnschale dargestellt, aus denen christliche Kreuze hervorquellen. Über diesen Groß schrieb der Jude Ignaz Wrobel (Korrespondent der „Vossischen Zeitung“) in der „Weltbühne“ des Juden Siegfried Jakobsohn: der Zeichner zeige uns die Jungfrau Germania, welche mit jedem Feldwebel gehurt habe, und man könne nur sagen, so siehst du aus ...

Gegen diese schamlose und freche Beschimpfung des Sinnbilds des deutschen Volkes hat sich kein Staatsanwalt erhoben! Woche für Woche schreibt dieser selbe Bursche drei ähnliche Aufsätze in der „Weltbühne“ oder in anderen jüdisch-bolschewistischen Zeitungen, wenn auch unter fünf verschiedenen Namen (in Wirklichkeit heißt er Kurt Tucholsky*). Ein jeder Deutsche hätte nun unserer Meinung nach

* 1933 floh Tucholsky in die Tschechoslowakei, wo er ein paar Jahre später Selbstmord verübte.

das Recht, daß, wenn der Staat nicht in der Lage ist, die Ehre des Volkes zu wahren, diesem Kurt Tucholsky bei der ersten Begegnung mit einer Hundepeitsche die Meinung zu sagen, bis ihm die Lust zu seinen Unflätigkeiten vergeht. Aber der Staat würde, wenn es zum Gericht kommen sollte, den Tucholsky frei laufen lassen und seine „Beleidiger" wegen Körperverletzung und Mißhandlungen zu einer schweren Strafe verurteilen.

Es lebt auch noch immer ungehindert in Deutschland Maximilian Harden, der seit Jahrzehnten nichts anderes tut, als Deutschland in der Auslandspresse zu denunzieren und zu beschmutzen. Der Mann ist öffentlich als Schuft erklärt, als Verräter und Lump bezeichnet worden. Kein Staatsanwalt hat sich in diesen Jahren aber gerührt, um die Ehre des deutschen Volkes vor diesem Burschen zu schützen; als dann ein paar Männer die Selbstbeherrschung verloren und den Isidor Witkowsky auf der Straße überfielen, erschien der Jude als Märtyrer, während seine Angreifer ins Zuchthaus wanderten. Welche Antriebe im einzelnen bei diesem Überfall am Werke gewesen sind, wissen wir nicht. Tatsache aber ist, daß sie, indem sie sich zum Ziel stellten, Maximilian Harden, für einige Zeit wenigstens, unschädlich zu machen, die wichtigsten Interessen des gesamten Deutschtums wahrten, die von den dazu berufenen Richtern nicht geschützt worden waren.

Im Winter 1923 marschierten schwarze und weiße Truppen ins Ruhrgebiet ein. Vergewaltigungen ungeheuerlichster Natur, Mißhandlungen und Morde, waren an der Tagesordnung. In dieser Zeit schrieb der Jude Stephan Großmann* in seiner Wochenschrift „Das Tagebuch" einen Aufsatz über den Ruhreinbruch, in dem er das deutsche Volk verhöhnte und die französischen Soldaten als harmlose

* Auch Großmann floh 1933 in die Tschechoslowakei, hetzte dort weiter gegen Deutschland, starb aber bald darauf.

Kinder darstellte, die ab und zu rein zum Vergnügen ihre Flinten gegen die Deutschen abschossen.

Ich habe damals diesen Stephan Großmann im „Völkischen Beobachter“ als eine „jüdische Kanaille“ bezeichnet, um den Staatsanwalt auf diesen Herrn aufmerksam zu machen. Am Schluß des Aufsatzes hatte ich aufgefordert, zu der Verhöhnung des leidenden deutschen Volkes Stellung zu nehmen und gegen Stephan Großmann einzuschreiten. Das geschah selbstverständlich nicht. Im Gegenteil: Stephan Großmann hatte die Stirn, mich wegen „Beleidigung“ zu verklagen, und ich wurde selbstverständlich zu einer höheren Geldstrafe verurteilt. So wie mir in diesem Falle ist es Tausenden von Deutschen in allen Städten gegangen. Überall wurde und wird von den gleichen Pressegesellen Deutschlands Ehre in den Kot getreten, und wenn diese Herren als Schufte und Kanaillen hingestellt werden, so wahren *sie* ihre „berechtigten Interessen“, verklagen den „Beleidiger“ und ein sogenanntes deutsches Gericht verurteilt diese wegen „Beschimpfung“ oder „Verleumdung“.

Diese heutige Einstellung des Gesetzes zur Frage des Ehrenschutzes ist die undeutscheste und verkehrteste, wie sie nur aus dem liberalen Staatsgrundsatz geboten werden konnte, daß das Interesse des einzelnen, und sei es ein noch so großer Schieber, zuerst gewahrt werden müsse, ganz gleich, ob die Allgemeinheit, das Volk, durch diesen Mann geschädigt worden sei oder nicht. Der einzelne Richter vermag das heute nicht zu ändern, aber dringend nötig ist es, ehe man über „Ehrverletzung“, vielleicht seitens völkischer Schriftleiter oder anderer, Gericht hält, sich einmal zu fragen, *woher* diese Zeiterscheinung wohl stammen möge! Und die Antwort darauf ist, wie sich aus obigem ergibt, nicht schwer. Weil das deutsche Gesetz sich Tag für Tag an der Ehre des deutschen Volkes versündigt und kein Staatsanwalt da ist, Volk und Staat wirklich zu schützen, *deshalb* greift der einzelne zu Selbsthilfe. Daß dies auf

die Dauer zu unerfreulichen Ergebnissen, zu Gewalttätigkeiten führen kann und muß, ist klar. Schuld daran ist aber nicht ein Mensch, der vielleicht einen Stephan Großmann und Kurt Tucholsky tätlich angreift, oder sie als Kanaillen bezeichnet, sondern schuld sind ein Gesetz und ein Staatssystem, welche solche Leute nicht ins Zuchthaus sperrt, sondern sie ungehindert wirken läßt.

Wir sind überzeugt, daß ähnliche Gedanken so manchen deutschen Richtern gekommen sind und daß sie erfreut sein würden, wenn ausdrücklich ein Gesetz zur Wahrung der Ehre des deutschen Namens erlassen würde, mit der Begründung, daß eine Beschimpfung des deutschen Namens im In- und Ausland seitens Deutschlands genau so geahndet werden müsse wie Landesverrat, d. h. mit Zuchthaus und Todesstrafe. Gerade Herr Amtsgerichtsdirektor Frank hat in einer seiner Urteilsbegründungen einen Gedankengang gezeigt, der wenigstens in einem Fall ähnliches besagt, wie wir es seit vielen Jahren vertreten:

Im ersten Fechenbach-Prozeß nämlich, als über die Fälschung des Eisners große Untersuchungen angestellt und nachgewiesen wurde, daß Eisner nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv ein Dokumentenfälscher gewesen war, und daß seine Fälschungen auf die Fassung des Versailler Diktates ungünstig eingewirkt hatten, stellte Amtsgerichtsdirektor Frank fest, daß das Versailler Diktat nicht nur ein allgemeines Gesetz sei, das den einzelnen wenig angehe, sondern das im Gegenteil tief in das Leben eines jeden Deutschen eingreife. Daraus ergab sich für den genannten Richter, daß der § 193 (die Wahrung berechtigter Interessen) auf den Professor Coßmann, der von einer Fälschung Eisners gesprochen hatte, anwendbar sei.

Mit diesem Urteil ist unserer Anschauung nach ein besonderer Fall in der sonst üblichen „Rechts"pflege geschaffen worden, denn es ist vollständig klar, daß nicht nur das Versailler Diktat auf das Leben eines jeden einzelnen ein-

wirkt, sondern auch die auf Grund dieses Versailler Diktates zustandegekommenen **anderen** Versklavungspakte. So z. B. auch die Dawes-Gesetze. Was soll man nun jetzt zu der Tatsache sagen, daß auf Kosten der deutschen Allgemeinheit dieses Dawes-Diktat mit gefälschtem Wortlaut im deutschen Volke verbreitet wurde, um die Stimmung für die Annahme des Diktates der uns ausbeutenden Hochfinanz gefügig zu machen. Dem Reichsaußenminister Stresemann ist die Tatsache, die Verbreitung der Fälschung mit Reichsgeldern, vor versammeltem Reichstag offen ins Gesicht behauptet worden, und er konnte die Beschuldigungen nicht widerlegen. So ist das deutsche Volk von gewisser Seite bewußt mit seinen eigenen Geldern belogen und betrogen worden. Aber wenn heute etwa Stresemann als Landesverräter und Begünstiger einer Fälschung seitens eines nicht im Besitz der Immunität befindlichen Deutschen hingestellt werden sollte, so tritt selbsttätig der sogenannte Staatsgerichtshof in Aktion, um den „Beleidiger" eines deutschen Ministers hinter Schloß und Riegel zu setzen. Gegen die Männer aber, die Reichsgelder für die Fälschung verwendet haben, ist bis heute kein Verfahren eingeleitet worden.

Wir sind sehr gespannt zu erfahren, ob Herr Amtsgerichtsdirektor Frank in der Lage ist, auch zu diesen Fragen öffentlich Stellung nehmen zu können. Im übrigen bemerken wir natürlich, daß wir dem Gedankengang der Urteilsbegründung im ersten Fechenbachprozeß, der die Fälschung Eisners behandelte, in der genannten Form nicht ganz zustimmen: nicht weil durch das Versailler Diktat auch die **einzelnen** in Mitleidenschaft gezogen sind, haben sie ein Recht zu protestieren, sondern im Gegenteil, weil **außer** den einzelnen das **gesamte** deutsche Volkstum der Ausrottung anheim fallen sollte, wie es das Versailler Diktat durchgeführt sehen will. Gerade deshalb und nicht aus persönlichen Gründen liegt die Verpflichtung vor, über

sein Wesen Aufklärung zu verbreiten und jene als Verräter hinzustellen, die schuld daran sind, daß die brutalen Bestimmungen noch verschärft wurden.

✠

Das ist die nationale Seite der Frage, es gibt aber auch eine soziale.

Wenn heute z. B. ein Reichs-Justizminister oder Reichskanzler als Zuhälter der Großschieber hingestellt werden sollte, so wandert der Angreifer, ohne daß viele Redensarten mit ihm gemacht werden, ins Gefängnis. Nun liegen die Dinge aber so, daß seit Jahren Deutschland in einer noch nie dagewesenen schamlosen Weise ausgeplündert und ausgesogen worden ist, ohne daß nur ein einziger Großschieber enteignet oder gar aufgehängt worden war. Es ist erwiesen, daß deutsches Heeresgut für etwa 8 Milliarden Mark durch viele Hände verschoben worden ist. Es sind eine Menge Namen öffentlich bekannt gegeben worden, die daran Schuld trugen. Aber diese Namen standen in engstem Zusammenhang mit den Führern der Revolte vom 9. November 1918: es wurde diesen Volksausbeutern kein Haar gekrümmt.

Seit über einem Jahr verfolgt das deutsche Volk den Barmatskandal. Es steht fest, daß diese Gaunerfamilie Deutschland um Riesensummen geschädigt hat. Trotzdem konnten diese Leute nach kurzer Haft wieder in Deutschland frei herumlaufen, und das führende Organ der Demokratie, die „Frankfurter Zeitung", stellte ihre Anzeigenseiten für große Reklamen dem Hause Barmat zur Verfügung. Auch die anderen Schieber wurden, anstatt daß man ihnen im Laufe von einigen Monaten den Prozeß gemacht und sie aufgehängt hätte, auf freiem Fuß gelassen. Energische Staatsanwälte, die den Fall Barmat behandelten, wurden versetzt und alle Kräfte in Bewegung gebracht, um die

wirkliche Aufrollung des Barmat-Prozesses zu hintertreiben. Es wurde festgestellt, daß ein ehemaliger Reichskanzler vor dem öffentlichen Ausschuß gelogen, mit der jüdischen Schieberfamilie gemeinsam Schiebergeschäfte gemacht und in seiner amtlichen Eigenschaft Auskünfte gegeben hatte, auf Grund derer dann die Barmats an der Börse spielten. Dieser ehemalige Reichskanzler ist aus der sozialdemokratischen Partei nicht hinausgeworfen worden. Es wurde vielmehr festgestellt, daß sein Betragen dem § 28 des Parteistatuts nicht widerspreche, das heißt, daß Herr Gustav Bauer ein Ehrenmann sei.

Diese und tausend andere Dinge haben im Volke jeglichen Glauben niedergetreten, daß die großen Wucherer nach Gerechtigkeit behandelt würden. Wenn man aber die für diese Zustände Verantwortlichen angreift und mit deutlichen Worten nennt, so tritt sogleich der „Ehrenschutz" für die Herren ein, und der unglückliche völkische Redner oder Schriftleiter wird rücksichtslos im Namen des „Rechtes" und der „Gerechtigkeit" zu hohen Geldstrafen oder Gefängnis verdammt.

Goethe sagt einmal: „Darüber möcht' man sich zerreißen, daß man Narren nicht darf Narren heißen". Auf unseren Fall angewandt muß man sagen: es ist heute ein Verbrechen, einen Dieb Dieb zu nennen, bloß weil er nicht dauernd, sondern nur einige dutzend Male gestohlen hat. Man darf heute keinen Landesverräter Landesverräter nennen, sonst wird man unweigerlich eingesperrt, und sei es auch nur wegen formaler Beleidigung des hochachtbaren Lumpen.

Das ist die Lage von heute. Ehe über die „Reform des staatlichen Ehrenschutzes" in den Privatbeleidigungsprozessen verhandelt wird, müßte eine grundsätzliche Umkehr im Zentrum unseres ganzen Rechtslebens vor sich gehen. Wird die Ehre des Volkes und des Staates wirklich geschützt, wird die soziale Gerechtigkeit in erster Linie geachtet,

werden die Beschmutzer des deutschen Namens und Landesverräter ins Zuchthaus gesperrt, oder an den Galgen gebracht, so wird sich das Beste in der deutschen Volksseele, das heute niedergetreten wird und mit vergeblichen einzelnen Ausbrüchen versucht, sich Recht zu verschaffen, wieder stolzer aufrichten. Und nur dann ist die erste Voraussetzung dafür gegeben, daß aus dem heutigen richtungslosen Haufen von 65 Millionen Menschen, die zufällig die deutsche Sprache sprechen, wieder einmal ein deutsches Volk entsteht.

Augenblicklich ist es noch so, daß ein Hitler allein gegen die politischen Genossen der Großmann und Levi ankämpft. Und um die Wahrheit auch hier zu unterdrücken, wird ihm das Reden verboten und die deutsche Rechtspflege zur Dienstmagd einer undeutschen Parteipolitik herabgewürdigt.

Wo bleibt ein Staatsanwalt oder ein Justizminister, der sich dagegen verwahrt?

Volksvergiftung.

„Völkischer Beobachter", 16. April 1926.

Die demokratische Landtagsfraktion in Preußen hat folgenden Antrag eingebracht, der Landtag solle beschließen, das Staatsministerium aufzufordern:

1. An Hand der Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes, des vierten Untersuchungsausschusses des Reichstags über die Ursachen des Zusammenbruchs und der einschlägigen Kriegsliteratur eine Schrift zusammenstellen zu lassen, in der die Vorgänge in den letzten Kriegsmonaten, die Verhandlungen, die zur Absendung der Note an Wilson, zum Abschluß des Waffenstillstandsvertrages und des Vertrages von Versailles führten, der wesentliche Inhalt dieser Verträge sowie der Gang der auswärtigen Politik des

Deutschen Reiches bis zum Vertrage von Locarno zur Darstellung gebracht werden.

2. Diese Schrift in einer ausreichenden Zahl von Stücken allen Schulen — mit Einschluß der Fach- und Berufsschulen — für die Hand der Lehrer zur Verfügung zu stellen und diese anzuweisen, den Inhalt derselben im Geschichts- bzw. staatsbürgerlichen Unterricht eingehend zu behandeln.

3. Die Reichsregierung zu veranlassen, in den andern Ländern auf eine ähnliche Maßnahme hinzuwirken.

Dieser Antrag wurde bereits im November 1925 eingereicht, aber damals abgelehnt. Nun versuchen es die „Berliner-Tageblatt"-Demokraten erneut, eine Geschichtsfälschung des Krieges und der Nachkriegszeit mit Hilfe der Lehrer in die Seelen der heranwachsenden Jugend zu tragen, um den Verrat an Deutschland im November 1918 als eine rettende Tat für das deutsche Volk hinzustellen. In einem langen Leitartikel im alljüdischen „Berliner Tageblatt" läßt sich der Demokrat Hoff lang und breit über die herrliche Demokratie aus und erklärt, der junge deutsche Volksstaat habe seine Daseinsberechtigung und Existenzfähigkeit erwiesen! Der schwerste Teil eines dornenvollen Weges liege „zu unserem Glück" jetzt hinter uns! Der „rasche politische Wiederaufbau" des Deutschen Reiches und Volkes, dem hoffentlich auch der wi tschaftliche Wiederaufbau folgen werde, stelle eine Leistung dar, die sich an die Kraftentfaltung des deutschen Volkes während des Krieges anreihe! Das junge heranwachsende Geschlecht müsse somit der Träger des „großen Gedankens" der Demokratie werden, und Pflicht und Schuldigkeit sei es, eine kurze Darstellung der geschichtlichen Vorgänge, die „hieb- und stichfest" sein müsse, den Lehrern zu übergeben, um dadurch die deutsche Jugend zu beeinflussen und auf die „offensichtlichen Erfolge" unserer Außenpolitik hinzuweisen.

Wie man sieht, tischt der eingefuchste Demokrat in aller Unverfrorenheit die von der jüdischen Presse beliebten

Schlagworte auf. Die Methode dieser Herren gleicht ungefähr den Versuchen des Herrn Coué, des Apothekers von Nancy. Die Demokraten rufen unserem ausgesogenen und ausgeplünderten Volke jetzt seit Jahren zu: Es geht euch besser und immer, immer besser!

Unterdes werden die letzten Hoheitsrechte unserer Nation an die Börsenhyänen verschachert. Die deutsche Währungshoheit geht in fremde Hände über. Die Deutsche Reichsbahn wird zum Ausbeutungsobjekt internationaler Börsenschieber. Ungeheure Steuern vernichten Industrie und Landwirtschaft, und politisch anerkennt die „erfolgreiche Außenpolitik“ von Wirth über Rathenau bis Stresemann den Raub deutschen Gebietes in allen Himmelsgegenden als „Weltbefriedung“ an. Das alles hindert die wackere Demokratie nicht, im „Berliner Tageblatt“ immer erneut zu betonen: Es geht euch ja immer besser, immer und immer besser...

Wenn Herr Hoff eine wirkliche hieb- und stichfeste Darstellung der Ereignisse bringen möchte, die zur glorreichen Revolte führten, als Philipp Scheidemann von dem Fenster des Reichstages die Republik ausrief, so wird er nichts dagegen haben können, wenn in diesem für die Lehrer bestimmten Büchlein auch die ersten Proklamationen der Demokratie abgedruckt werden. Diese Proklamationen in Form von schwarz-rot-gold umrandeten Flugblättern und Broschüren wurden bereits 1917 von französischen Fliegern millionenfach in die deutschen Schützengräben gestreut und forderten im Namen der demokratischen Organisationen zum Meineid und Desertion auf. Den Republikanern und Demokraten, die nach Frankreich desertierten, wurde Straffreiheit versprochen, und Wilson rief im Namen der Demokratie und der Freiheit die Revolte hervor, um einen „Frieden ohne Sieger und Besiegte“ zu schließen. Dieser Wilson wurde von Demokraten und Marxisten wie ein Gott verehrt, und diesem Wilson verdanken wir den Schandvertrag von Versailles, ohne daß sein Ansehen in den Augen un-

serer gesinnungstüchtigen Demokraten gelitten hätte. In ein Geschichtsbuch von heute gehört dann vor allen Dingen das Wort des marxistischen zweiten Vorsitzenden, daß der Marxismus kein Vaterland kenne, das Deutschland heiße. Es gehört da hinein das Bekenntnis von Eisner, daß Deutschland allein schuld am Kriege sei, so daß selbst die ausländischen Marxisten vor diesem niederträchtigen Schurken von Ekel erfaßt wurden und auf der Berner Konferenz dem Heiligen der Sozialdemokratie ins Gesicht spuckten und ihm Bücher an den Kopf warfen, so daß er fluchtartig die Sitzung verlassen mußte. In dieses Buch gehört hinein das Bekenntnis des eifrigsten Mitarbeiters der demokratischen „Vossischen Zeitung“, Ignaz Wrobel, der kühn erklärte, er habe sich 3½ Jahre vom Kriege gedrückt, wo er nur konnte, und hätte keine Bestechung verschmäht, wenn sie ihm zur Freiheit vom Dienst verholfen hätte.

Ein Buch, das die deutschen Lehrer in die Hand nehmen müßten, müßte heißen: Der alljüdische Dolchstoß in den Rücken des deutschen Volksheeres, oder der durch Meineid begangene Hochverrat an der deutschen Nation mit Hilfe der von Franzosen bezahlten, in der Schweiz lebenden deutschen Demokraten.

Wir machen alle unsere Parteigenossen und überhaupt alle nationalen Deutschen auf diesen wichtigen Antrag im Preußischen Landtag aufmerksam. Er bedeutet einen erneuten Versuch, die Verrätertaten der Demokratie, des Zentrums und der Sozialdemokratie zu verschleiern, und, ähnlich wie das Zentrum heute sich gar erdreistet, den Matthias Erzberger als den Gründer der Reichswehr hinzustellen, in gleicher Weise die Demokraten als Retter aus dem Chaos mit einer Glorie von Volksliebe zu umgeben. Die Geschichtsfälscher sind unermüdlich am Werke. Es gilt Tag für Tag, ihnen entgegenzutreten, bis sich Deutschland von der Schande des November 1918 einmal endgültig reingewaschen haben wird.

Ostorientierung?

„Völkischer Beobachter", 18./19. April 1926.

Die Frage der deutschen Außenpolitik ist seit zwei Tagen wieder dringlich geworden. Plötzlich wurde die Welt von London aus benachrichtigt, daß Deutschland mit Sowjetrußland einen „Rückversicherungsvertrag", der offenbar gegen den Westen gerichtet sei, abgeschlossen habe. Darauf erfolgte in Deutschland ein Dementi, in dem zu lesen stand, daß ein Rückversicherungsvertrag nicht abgeschlossen sei, sondern daß die deutsche Regierung bloß Neutralitätsverhandlungen mit Moskau führe, die in keinem Gegensatz zu dem Vertrag von Locarno ständen. Diese Meldung hat natürlich niemand beruhigt, und wir stehen also vor der Tatsache, daß Bruder Stresemann die Bolschewisten um Hilfe angeht, um wenigstens etwas gegen den Hohn und die diplomatischen Ohrfeigen der letzten Monate zu unternehmen.

Von Moskau aus wird offensichtlich seit Monaten eine schlau angelegte außenpolitische Offensive geführt, deren äußeres Ziel angeblich ein östlicher Sicherheitspakt und ein Schutz des friedlichen Sowjetrußlands gegen die Verschwörung von Locarno sein soll. In Wirklichkeit bedeutet die sowjetrussische Tätigkeit nichts anderes als einen Versuch, die westlichen Nachbarn gegeneinander auszuspielen, um dann erneut freie Hand für den jüdischen Bolschewismus zu bekommen, und die Aufruhrtätigkeit in allen Staaten mit verdoppelter Kraft wieder aufzunehmen. So hat Rußland vor einiger Zeit mit den baltischen Staaten einen Pakt abgeschlossen, der angeblich darauf hinauslief, die bestehenden staatlichen Zustände zu garantieren und ein friedliches Verhältnis zwischen Rußland und den Randstaaten herzustellen. Kaum war dieses aber vollendet, so griff sich Sowjetrußland aus dem Staatenkomplex einen einzelnen Staat heraus, um mit ihm einen besonders

freundschaftlichen Vertrag abzuschließen. Dieser Staat ist Litauen, mit dem augenblicklich rege Verhandlungen geführt werden, um ihm wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Litauen hat mit beiden Händen zugegriffen, und es ist somit Sowjetrußland gelungen, in die baltischen Staaten einen Keil zu treiben, ihre Geschlossenheit in gefährlicher Weise aufzulösen und politische Zusammenstöße schwerster Art in den Bereich der Möglichkeiten zu stellen.

Da Litauen dem Völkerbund angehört, so wäre das Zustandekommen eines anderen Vertrages mit Sowjet-Judäa auch ein Bruch des Völkerbundpaktes, der erneut politische Schwierigkeiten verursachen könnte.

Wir haben immer wieder betont, daß, so wichtig eine Außenpolitik auch ist, sie doch unter heutigen Umständen durch eine klar eingestellte Innenpolitik bedingt sein muß. Solange Deutschland kein geschlossenes Ganze darstellt, kann es überhaupt keine erfolgreiche Außenpolitik treiben. Stets wird die eine Kraft die andere fast aufheben und es so unmöglich machen, die Energie von 60 Millionen für die eine oder andere Lösung in die Waagschale zu werfen. Deshalb geht auch unsere Anschauung stets von der Voraussetzung aus, daß erst Deutschland innerpolitisch ein völkischer, nationalsozialistischer Staat sein muß, um dann erst auch die schwierigsten Probleme mit Aussicht auf Erfolg behandeln zu können.

Wir haben seinerzeit, als der Jude Rathenau den Vertrag von Rapallo mit Tschitscherin abschloß, mit aller Kraft diesen Vertrag bekämpft. Er war es, der zum erstenmal Sowjetjudäa vor den Augen aller Völker als verhandlungsfähig hinstellte. Er war es, der die Moskauer Blutdiktatur diplomatisch stützte und den antibolschewistischen Kräften in Moskau selbst den Mut benahm zu einer revolutionären Erhebung. Unter dem Schutze des Vertrages von Rapallo sind die sowjetjüdischen Kommissare

seit Jahren unbehindert in Deutschland tätig, und wenn ein Spitzel erwischt wird, so wird er nicht eingesperrt, sondern die deutsche Regierung spricht ihre Entschuldigung aus, während die Moskauer Herrschaften deutsche Konsularagenten einfach einsperren, ohne daß die deutsche Regierung sich ernsthaft einzuschreiten getraut. Aus dem gleichen Grunde wie damals gegen Rapallo werden wir auch heute einen Vertrag, den ein Gustav Stresemann mit Sowjetjudäa abschließen würde, aufs schärfste bekämpfen.

Bei Beurteilung dieser ganzen Frage spielt übrigens die Persönlichkeit des Staatslenkers eine wichtige Rolle.

Die Folge eines Ostvertrages unter dem Bruder Gustav Stresemann wäre von einer ungeheuren Stärkung der bolschewistischen Bewegung in Deutschland selbst begleitet. Die 12⅓ Millionen Stimmen, die für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen abgegeben worden sind, bedeuten nichts anderes als die erste Generalprobe derjenigen, die aus Verzweiflung über das verbrecherische Dawesabkommen, die Steuererpressung usw. keinen anderen Weg mehr sehen, als sich der Losung des Kommunismus zu beugen. Dieser ersten Tat werden gegebenenfalls viele andere folgen, und Bruder Stresemann, der auf der einen Seite uns die Dawestribute zusammen mit Marxisten und Demokraten aufgezwungen hat, würde mit der anderen Hand der roten Fackel die Möglichkeit zu einem erneuten Auflodern geben.

Anders wären die Dinge, wenn an der Spitze Deutschlands ein völkischer Führer stände. Daraus würde sich ergeben, daß die jüdischen und nichtjüdischen Führer des Bolschewismus eine Woche später in Deutschland ausgespielt hätten, und daß die ungeheuren Tribute, selbst wenn man sie aus weltpolitischen Gründen nicht sofort ganz aufheben könnte, durch Enteignung sämtlicher Kriegs-, Inflations- und Reparationsgewinnler gemildert und somit die Ursachen der Bolschewisierung in Deutschland nach und nach

verschwinden würden. Ein völkisch gesinntes Deutschland hätte unter einer zielbewußten Leitung die Möglichkeit, selbst mit dem Teufel Bündnisse, wenn auch nur zeitweilige, abzuschließen, und in diesem Falle allein wäre es möglich, auch ein politisches Abkommen mit Sowjetrußland wenigstens in Betracht zu ziehen. In diesem Falle aber hätte Moskau, umgekehrt, keinerlei Ursache, mit Deutschland ein Bündnis abzuschließen, da ja gerade der Zweck eines Bündnisses seitens von Sowjetjudäa nur ist, seine bolschewistische Propaganda weiterzutreiben, dies aber durch die Vernichtung des Marxismus in Deutschland unmöglich geworden wäre! Vielmehr würde Moskau sofort alle Anstrengungen machen, um durch Kompensationen an andere Staaten diese gegen Deutschland in Bewegung zu bringen.

Von welcher Seite wir auch die Ostfrage betrachten mögen: wir kommen zu dem Schluß, daß ein Stresemann ein Bündnis mit Sowjetrußland nicht abschließen darf, weil er zu schwach ist, die Ursachen der roten Bewegung in Deutschland zu beseitigen und die bolschewistischen Häupter in Deutschland selbst hinter Schloß und Riegel zu setzen, daß eine völkische Diktatur aber ein Bündnis mit Sowjetrußland nicht abschließen kann, da dieses dann kein Interesse an einem Zusammengehen mit Deutschland haben wird.

Die „Feme“-Verfolgung.

„Völkischer Beobachter“, 27. April 1926.

Mit großer Aufmachung ist jetzt die Verfolgung der sogenannten „Feme“-Mörder angesagt worden und ein besonderer Ausschuß ist im Reichstage eingesetzt, um angeblich den gemeinen „Mordorganisationen“ ein Ende zu bereiten. So wird es dem deutschen Volke mundgerecht gemacht . . . In Wirklichkeit steht hinter der ganzen Aktion

weiter nichts als der Versuch, sich über die innerste Organisation der noch bestehenden vaterländischen und nationalen Wehrverbände einen Einblick zu verschaffen, und da in diesem Untersuchungsausschuß Marxisten und Demokraten sitzen werden, so wird aus dem Untersuchungskreise auch das Wichtigste den betreffenden Fraktionen im Reichstag bekanntgegeben werden. Die Folge ist, daß auch die Entente sofort von Zuständen und von Verbänden Nachricht erhält, die sie im einzelnen bisher vielleicht doch noch nicht erforscht hat. Diese Methode ist billig und führt zum selben Ziel, als wenn man hundert Spitzel bezahlen müßte.

Damit wir recht verstanden werden: es ist natürlich, daß einem Morde nachgegangen wird, um die Urheber festzustellen und der Strafe zuzuführen. Das ist die Aufgabe der Staatsanwälte. Es ist aber nicht die Aufgabe politischer Parteien, die diese Morduntersuchungen nur vorschieben, um sich über ihre politischen Gegner zu unterrichten. Unter einer Feme-Organisation versteht man, wie der Vorsitzende des Feme-Ausschusses, ein Zentrumsmann erklärte, solche Organisationen, die auf Grund eines Spruchs Anschläge auf Menschenleben verüben. Unter den genannten Verbänden finden wir keine einzigen marxistischen oder freimaurerischen. Das Gericht in Leipzig hat im vergangenen Jahr das Bestehen einer russischen Tscheka eindeutig nachgewiesen. Trotzdem hat der jetzige Feme-Ausschuß die bolschewistische Geheimorganisation scheinbar als nicht bestehend anerkannt, und zwar den Blücherbund und den Wiking auf die Verfolgungsliste gesetzt, nicht aber die bolschewistischen Mordorganisationen!

Angesichts dieser verblüffenden Tatsache entsteht die Frage: ist dieses Außerachtlassen der Bolschewisten bereits eine der ersten Rückwirkungen der sogenannten deutsch-russischen Verhandlungen? Ist es so, daß die Verfolgung der Moskau unterstehenden Bolschewisten bereits als ein Neutralitätsbruch Deutschlands Sowjetjudäa gegenüber be-

trachtet wird? Wir haben unsere Stellungnahme zum „deutsch-russischen" Vertrage bereits vor einer Woche festgelegt und vor allen Dingen ausgeführt, daß, wenn überhaupt eine nähere Verbindung mit dem jetzigen Rußland ins Auge gefaßt werden sollte, so doch nur unter der Voraussetzung, daß den Bolschewisten in Deutschland das Handwerk restlos und endgültig gelegt werden müsse.

In Wirklichkeit wird das unter einem Stresemann natürlich nicht geschehen, und die „Rote Fahne" hat vollständig recht, wenn sie den deutsch-russischen Vertrag als einen „großen politischen Erfolg der Sowjetregierung" kennzeichnet. Sie zieht auch sofort die Folgerung daraus, indem sie erklärt, daß keine deutsche bürgerliche Regierung mit der Sowjet-Union eine wirkliche Freundschaft schließen könne. Nur eine „Arbeiter- und Bauernregierung" werde fähig sein, die Folgerungen aus dem Vertrage zu ziehen. Auch damit hat die „Rote Fahne" recht, nur wird es dann keine Arbeiter- und Bauernregierung sein, sondern eine Regierung versumpfter jüdischer Intellektualisten, die Deutschland in das gleiche Chaos führen werden, wie sie es mit Rußland getan haben.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommunistische Partei nach dieser Stärkung durch den deutsch-russischen Vertrag ihre geheime Organisationsarbeit verstärken wird, und daß folglich auch die Verräter einer noch strengeren Strafe durch die bolschewistische Feme entgegensehen müssen als vorher. Das alles aber übersieht der „Feme"-Ausschuß unter dem Vorsitz des frommen Zentrumsmannes natürlich, und vor allen Dingen übersieht der Reichstag, daß er die Pflicht und die Schuldigkeit hätte, wenn er schon einen Untersuchungsausschuß nach dem anderen einsetzt, auch einen Landesverräterausschuß zu ernennen. Denn es geht nicht an, daß z. B. als Vorsitzender des Rechtsausschusses ein Mann amtiert, von dem man seit über einem Jahre widerspruchslos und klagelos schwarz auf weiß behauptet, daß er

während des Krieges mit englischen Agenten zusammengearbeitet und von englischen Spionen Geld angenommen habe, um seine revolutionären Flugblätter herauszugeben. Dieser Mann ist der Sozialdemokrat Dr. Paul Levi.

Wie man sieht: die wahren Hintergründe des „Feme“-Ausschusses liegen in der Bespitzelung der nationalen Wehrverbände zwecks ihrer Auflösung, wobei ein etwaiges Vergehen des einen oder anderen Mitgliedes sicher auf die Rechnung eines ganzen Verbandes geschoben wird.

Nun ist die ganze Sache nach einer Richtung hin noch besonders reizvoll. Unter den zu verfolgenden „Feme“-Organisationen steht auch die bayerische Einwohnerwehr mit Münchener Ortsgruppe. Nun ist ja bekanntlich der glorreiche Schirmherr der bayerischen Einwohnerwehr, seine Exzellenz Ritter Dr. Gustav von Kahr, augenblicklich noch eine hohe Persönlichkeit im amtlichen Bayern. „Ich stehe und falle mit der Einwohnerwehr.“ Mit diesen klassischen Worten bezeugte Herr von Kahr bekanntlich seine untrennbare Verbundenheit mit der bayerischen Wehrorganisation. Somit müßte eigentlich auch er schon jetzt unter den Angeklagten stehen. Es ist nicht hübsch von der bayerischen Regierung, alle ihre Akten von München nach Berlin zu senden, wodurch ihr vielgefälliger Ritter von Kahr wenigstens „ideell“ noch mehr beschädigt werden könnte, als es bisher der Fall ist.

Unter den Untersuchungen werden etwa 17 Fälle genannt, bei denen man einen „Feme“-Mord annehmen zu können glaubt. Unter diesen 17 ist die Erschießung des separatistischen Führers Heinz-Orbis nicht genannt. Bekanntlich wurde dieser niedrige, bezahlte Landesverräter von Unbekannten in einem Restaurant erschossen. Seinen „Mördern“ gelang es, in einem Auto zu entfliehen. Diese Erschießung wurde in ganz Bayern nicht mit Entrüstung aufgenommen, sondern als eine befreiende Tat verbucht. Den ganzen Umständen nach war zu schließen, daß hier

doch wohl eine Organisation, zum mindesten eine Verabredung bestanden haben muß, um diesen Landesverräter zu beseitigen. Wir haben es vielleicht übersehen, vielleicht ist es auch tatsächlich der Fall, daß Heinz-Orbis in den Kreis der Untersuchungen gezogen wurde. Für diesen Fall erübrigt sich natürlich unsere Betrachtung.

Zum Schluß betonen wir noch einmal, daß, wenn nicht die kommunistische Tscheka genau so vorgenommen wird wie die nationalen Wehrverbände, Deutschland in einem „Feme"-Ausschuß nichts anderes sehen kann als ein politisches Manöver des internationalen jüdischen Marxismus, um die Untersuchung von sich abzulenken.

„Panzerkreuzer Potemkin".

„Völkischer Beobachter", 11. Mai 1926.

Es gibt immer noch Millionen deutsche Spießbürger bis in die „höchsten Kreise" hinein, die der Anschauung sind, als sei der Bolschewismus überwunden, als sei er salonfähig geworden, als habe er sich bereits durchgemausert, so daß man mit ihm auf gleicher Stufe verhandeln könnte. Der bolschewistische Vertrag, den die Regierung Stresemann soeben abgeschlossen hat, bestärkt diese deutschen Spießbürger in ihrer unheilvollen Einstellung natürlich noch mehr.

Wir haben gleich bei Abschluß des sogenannten Berliner Vertrages darauf hingewiesen, daß die Folge dieses Abkommens notwendigerweise eine verstärkte bolschewistische Propaganda nach sich ziehen müßte, und daß die deutschen Behörden aus Furcht, den neuen Freund aus Moskau nicht zu kränken, dieser volkszersetzenden Tätigkeit auch keinen Widerstand entgegensetzen würden: von Berlin aus beginnt ein groß angelegter Propagandafeldzug zu Mord

und Empörung. Dieser Propagandafeldzug heißt „Panzerkreuzer Potemkin“ und ist ein bolschewistisches Filmdrama. Der Regisseur dieses Erzeugnisses ist irgendein russischer Jude namens Eisenstein, der Vertreter der Berliner Firma, die dieses Drama durch ganz Deutschland verbreiten soll, ist der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi, auf den wir wiederholt hingewiesen haben.

Der Film „Panzerkreuzer Potemkin“ war ursprünglich auf Grund des Gutachtens des Oberregierungsrates Mühleisen und des Majors Speck vom Reichswehrministerium verboten worden. Die geschäftstüchtigen bolschewistischen sozialdemokratischen und demokratischen Juden wandten sich daraufhin an die Filmoberprüfstelle. Dort saßen als maßgebende Persönlichkeiten gewisse Herren, die das Verbot aufhoben, und jetzt begann von Berlin aus in 15 Theatern die planmäßige Durchseuchung unseres Volkes; nicht mehr in Biersälen und nicht mehr durch bolschewistische Handzettel, sondern durch eine scheinbar auf geschichtliche Tatsachen begründete Durchführung einer revolutionären Empörung.

Nachstehend gibt Dr. Jügler, Berlin, folgende Darstellung des Inhaltes:

„Der Film ist ein Lehrbuch des bewaffneten Aufstandes, ein Leitfaden der viehischen Roheit, eine Fibel des gemeinen Mordes. Es wird gezeigt, wie die Masse es anfangen muß, um die Oberschicht zu überwältigen. Es wird dargestellt, wie man Vorgesetzten an die Kehle springt und sie mit Stiefelabsätzen zu Tode stampft. Matrosen wird bewiesen, wie kinderleicht es ist, sich zu Herren über ihre Offiziere zu machen und sie, wie es in dem Film so schön heißt, „den Maden zum Fraße anzubieten“. Den Lehrlingen predigt der Film: „Macht's uns nach und schlagt eure Lehrherrn tot.“ Den Arbeitern: „Macht's uns nach und zerstampft eure Arbeitgeber.“ Den Soldaten: „Macht's uns nach und ergreift die Waffen gegen eure Vorgesetzten.“ Den Matrosen: „Macht's nur nach und ersäuft eure Offiziere im Meer.“ So predigt in diesem Film der Bolschewismus in seiner unverhülltesten Form.

„Die Herren von der Film-Oberprüfstelle meinen oder behaupten zu meinen, „Panzerkreuzer Potemkin“ sei geschichtlich und ein Kunstwerk. Wer ihnen glaubt und nicht unsere Behauptung, daß der Film ein geheimer politischer Tendenzfilm ist, der gehe in das Theater und sehe mit Schaudern, welchen Eindruck gerade die Stellen des Films auf das Publikum machen, die die politischen Regisseure des Films mit besonderer Sorgfalt ausgearbeitet haben. Der höre, wie die Masse vor Freude aufbrüllt, wenn der eine Offizier von zehn Matrosen zur Unkenntlichkeit zerstampft wird, der höre, wie der Beifallssturm aufbraust, wenn 100 Fäuste den Kapitän ins Meer stoßen, der lerne mit Entsetzen die Seele der einander würdigen Pöbelsorten vom Trottoir der Friedrichstraße und des Kurfürstendamms kennen, wie sie vor Freude wiehern, wenn als Begleitung zu den Orgien der Roheit die Musik die ersten Takte von „Jesus meine Zuversicht“ parodiert.

Diese kurze Kennzeichnung ist mehr als deutlich. Hinzugefügt sei, daß die geschichtlichen historischen Unterlagen ebenfalls reine Tendenzmache darstellen. Angeblich soll die Empörung dadurch hervorgerufen worden sein, daß der Kapitän des russischen Panzerkreuzers Potemkin 1905 die Matrosen mit verfaultem Fleisch und schlechter Suppe beköstigen wollte. In allen Einzelheiten wird nun geschildert, wie diese armen, sich wehrenden Menschen zusammengebunden und erschossen werden sollten. Bis schließlich ein Matrose aufruft: „Kameraden! Auf wen wollt ihr schießen?“ Da lassen die Matrosen die Gewehre sinken und die Revolte bricht aus. In Wirklichkeit ist geschichtlich festgestellt worden, daß die Verweigerung der Speise bloß ein Anlaß zu einer schon lange bestehenden Verschwörung gewesen war, die die Schwarzmeerflotte ergriffen hatte. Niemand anders als der Sowjet-Kommissar Rakowsky hat das selbst zynisch zugegeben. So wird neben einer ganz bewußten Aufhetzung zum Morde noch eine Geschichtsfälschung eingeschoben und die Stresemann-Külz-Regierung findet nicht die Kraft, gegen diese Schamlosigkeit aufzutreten!

Bezeichnend ist das Presse-Echo, das dieses bolschewistische „Filmdrama“ hervorgerufen hat. Die „Rote Fahne“

vom 6. Mai nennt den Panzerkreuzer Potemkin „das größte Kunstwerk aller Zeiten". Der sozialdemokratische „Vorwärts" ist ebenfalls empört über alle Versuche, diese bolschewistische Hetze zu unterbinden, und ruft dem Polizeipräsidenten ein „Bravo" zu, daß er es abgelehnt habe, den Film zu verbieten. Am deutlichsten spricht aber das alljüdische „Berliner Tageblatt" in mehreren Aufsätzen.

Es erzählt u. a., daß der bolschewistische Dichter Rolf Gärtner, der bekanntlich wegen aufreizender Vorträge zu Gefängnis verurteilt worden war, wieder in Freiheit gelassen worden sei. Darüber schreibt ein Freund von ihm:

„Gestern habe ich ihn gefunden... abgezehrt, mit wildem Bart, aber mit sanften, braunen Augen. Bitteres Los für ein paar Verse von Herwegh, für ein paar Verse von Toller ein Jahr ins Gefängnis geworfen zu werden und für dies Jahr Gefängnis vielleicht gar noch ein Jahr Krankenhaus! Ins Siechtum, in die Erwerbslosigkeit! Armer Kerl! Draußen singen die Vögel! Draußen gehen gesunde Menschen, draußen ist Berlin und der Frühling und das Filmwunder „Potemkin"!"

Unterm 5. Mai verstieg sich das „Berliner Tageblatt" zu folgenden Ergüssen, die wohl das Höchste darstellen, was an aufreizender Verhetzung geboten werden kann: Anläßlich des geplanten Verbots heißt es:

„... Wenn diese Absicht ausgeführt werden sollte, wäre es das Tollste, was sich die Zensur in der Republik leisten könnte. Warum soll er denn verboten werden? Weil Abend um Abend, in drei Vorstellungen, das Apollotheater in eine beispiellose Erregung und in einen Enthusiasmus sondergleichen versetzt wird? Und warum sind die Zuschauer dermaßen erregt und enthusiasmiert? Weil erstens dieser Film ein Kunstwerk ist, wie es noch nie gesehen wurde, weil zweitens dieses Kunstwerk auch im blasiertesten Menschen etwas in Bewegung setzt, was man vielleicht ein Ideal, und zwar ein durchaus republikanisches Ideal, nennen könnte, nämlich: Befreiung und Bedrückung, Militärmißwirtschaft und den Sieg der Kameradschaft über stupide Gewalt. Weil drittens die Geschichte dieses Films nichts anderes ist als das frühere russische Beispiel desselben Vorganges, der im Jahre 1918 in Kiel so ähnlich sich vollzog und die deutsche Revolution einleitete.

Der Vorgang, der dem Film zugrunde liegt, war im Jahre 1905, also vor 21 Jahren, er hat sich wahrheitsgetreu so abgespielt.

Nun wird er also wahrscheinlich verboten werden, weil er etwas zuviel Schwung unter die Zuschauer bringt.

Weil er herrlich ist, wie eine Rede von Mirabeau.

Weil wir, unausgewachsene Zeitgenossen, unreife Bewohner, durch alle Zeiten hindurch uns den Schulmeister leider gefallen ließen; er hat sich an uns gewöhnt und wir an ihn."

Also die direkte Aufforderung zu Mord und Revolution, zu viehischem Schädelzerschmettern, wie sie in dem bolschewistischen Machwerk des Herrn Eisenstein, vertrieben durch die Gesellschaft des Genossen Levi, zu finden ist, wird vom „Berliner Tageblatt" grinsend als ein Erfolg festgestellt, der „viel Schwung" unter die Zuschauer bringt. Man sieht, der Bolschewismus ist nicht etwa im Anmarsch, sondern er ist mitten unter uns, und die Tatsache, daß keine Regierung es wagt, der planmäßigen Zermürbung aller Begriffe von Ehre, Volkstum und Staat entgegenzutreten, zeigt, daß er unweigerlich siegen wird, wenn sich nicht noch alle deutschbewußten Parteien und Verbände zu einem einmütigen Protest gegen die Gemeinheiten, die aus Moskau jetzt planmäßig auf dem Wege des Films hereinbrechen, auftreten.

Wir fordern alle deutschen Schriftsteller und Politiker auf, einmütig das sofortige Verbot dieses Films der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu verlangen!

Konflikt im nationalen Lager.

„Völkischer Beobachter", 22. Mai 1926.

Wie wir schon meldeten, ist zwischen Artur Mahraun und dem Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung", Major von Sodenstern, ein heftiger Streit entbrannt, der insofern weit über das Persönliche hinausgeht, als beide eine

führende Stellung innerhalb nationaler Organisationen einnehmen. Mahraun ist Hochmeister des „Jungdeutschen Ordens“, Major Sodenstern gehört der Führerschaft des „Wiking“ an. Wir stehen beiden Gruppen vollständig unbefangen gegenüber. Wir wissen, daß sowohl im Lager der einen wie der anderen ausgezeichnete deutsche Männer vorhanden sind, und bedauern den neuen Konflikt außerordentlich. Nichtsdestoweniger sehen wir uns gezwungen, zu ihm Stellung zu nehmen, denn manches wirkt bezeichnend.

Der Hochmeister Artur Mahraun hatte dem Reichswehrministerium und dem Reichspräsidenten eine Denkschrift überreicht, in der er seine Stellung zu den nationalen Wehrverbänden klarlegte und diese bekämpfte. Wie Mahraun betont, sei er ersucht worden, eine solche Denkschrift zu verfassen (ob nach mündlichem Anerbieten seinerseits oder nicht, entzieht sich zunächst unserer Kenntnis). In dieser Denkschrift hat es nun Mahraun für nötig befunden, Major von Sodenstern persönlich anzugreifen und vertrauliche Gespräche von ihm dem Reichswehrministerium mitzuteilen.

Nun stellt sich heraus, daß Major von Sodenstern von dieser Denkschrift des Herrn Mahraun Kenntnis genommen hat und zugleich meldete, daß ihm durch einen Vertrauensmann mitgeteilt worden sei, daß auch die preußische Regierung, also Severing, den Inhalt dieser Denkschrift kenne. Daraus ergibt sich für Major von Sodenstern, daß indirekt auch durch eine Meldung von Mahraun bei ihm eine Haussuchung vorgenommen worden sei. Diese Schlußfolgerung nennt Mahraun eine Verleumdung, und empört über die Darstellung des Majors von Sodenstern gibt er an, eine amtliche Erklärung des preußischen Ministeriums des Innern und des Berliner Polizeipräsidenten zu besitzen, aus der hervorgehe, daß genannte Stellen sich nicht im Besitz seiner Denkschrift befinden. Nun ist dies, wie Major Sodenstern feststellt, von ihm gar nicht behauptet worden, sondern ausdrücklich als Vermutung seines Gewährsmannes

gekennzeichnet. Diese Vermutung ergab sich für Major von Sodenstern aus der Tatsache, daß ähnliche Behauptungen, wie sie der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann im Landtage aufgestellt hat, sich auch in einer Denkschrift befinden, die Mahraun dem Reichswehrministerium eingereicht hat.

Daraus hat sich nun für Major von Sodenstern der naheliegende Schluß ergeben, daß die Denkschrift an das Reichswehrministerium auch der preußischen Severing-Regierung bekannt geworden sei.

Durch diese Dinge ist Mahraun persönlich in eine sehr üble Stellung geraten, die dadurch noch weniger beneidenswert wird, daß nunmehr feststeht, daß Herr Mahraun es für möglich gefunden hat, einen Führer eines nationalen Wehrverbandes bei einer Reichsstelle anzuschwärzen. Dazu erklärt Major von Sodenstern in einer Berichtigung an die Zeitung „Der Jungdeutsche" noch: „Es ist nicht richtig, daß sich in der oben mehrfach erwähnten Denkschrift auch eine Mitteilung über die Tätigkeit des Herrn von Sodenstern befindet. Richtig ist vielmehr, daß in dieser Denkschrift teilweise entstellte Äußerungen wiedergegeben sind, die Herr von Sodenstern in einer vertraulichen Besprechung gemacht hat, obwohl Herr Mahraun und Herr Bornemann dem jungdeutschen Bruder, der der Ordensleitung über diese vertrauliche Besprechung Mitteilung machte, in die Hand versprochen haben, daß diese Mitteilung nicht an andere Stellen weitergegeben wird."

Für diese Darstellung wird Herr von Sodenstern das Zeugnis des betreffenden jungdeutschen Bruders haben. Da Mahraun zu dieser Veröffentlichung noch keine Stellung genommen hat, obwohl er auf andere Einwürfe Sodensterns bereits eingegangen ist, müssen wir die Behauptung des Herrn Major Sodenstern zunächst als zutreffend unterstellen. Danach hätte also Mahraun über eine nationale Persönlichkeit dem Reichswehrministerium nicht nur „Mit-

teilung gemacht", sondern einen üblen Vertrauensbruch begangen, den wir als vollkommen unqualifizierbar bezeichnen müssen. Major von Sodenstern betont, daß außerdem seine Äußerungen entstellt worden seien, wodurch die ganze Handlungsweise Mahrauns in einem noch viel trüberen Lichte erscheint.

Mahraun gibt sich nun höchst empört über die Tatsache, wie es Herrn von Sodenstern als Privatmann gelungen sei, sich Kenntnis von der geheimen Denkschrift zu verschaffen. Herr Mahraun ist also merklich betreten, daß eine noch dazu als fälschlich hingestellte Anschwärzung einer nationalen Persönlichkeit, die er hinter dem Rücken derselben vorgenommen hat, nun dieser doch zur Kenntnis gekommen ist.

Für uns ergibt sich daraus die Wahrscheinlichkeit, daß eben nicht nur nationale Männer über die Denkschrift ausgefragt worden sind, sondern daß vermutlich auch nach der Seite von Severing hin Fühler ausgestreckt worden sind, bzw. daß es einem Vertrauten Severings gelungen ist, entsprechende Schnüffeldienste für die derzeitige preußische marxistische Regierung zu leisten.

In einer großen Auseinandersetzung gegen die „Deutsche Zeitung" erklärt Mahraun das Programm, das als „Notverordnung" bekannt geworden ist, für eine Äußerung des Metternichgeistes. Wir haben bereits festgestellt, daß, im Gegenteil, dieses aufgefundene Programm eine ganze Reihe höchst revolutionärer und richtiger Vorschläge enthält, für die auch wir schon seit Jahren eintreten: Z. B.: daß Ämter nur nach Verdienst und Würdigung bekleidet werden dürfen. Daß im Interesse des Allgemeinen eine öffentliche Arbeitsdienstpflicht und die öffentliche Hilfspolizeidienstpflicht angeordnet wird, sind äußerst vernünftige Vorschläge. Daß bis auf weiteres die Pressefreiheit aufgehoben werden soll, wenn der Belagerungszustand erklärt worden ist, ergibt sich von selbst. Daß die Aussperrung der Arbeitnehmer

seitens des Arbeitgebers mit dem Tode bestraft werden soll, erscheint uns durchaus nicht im Sinne von Metternich und im Sinne der Plutokratie, gegen die Herr Mahraun mit Worten kämpft, sondern durchaus im Sinne des Arbeiterschutzes. Wenn ferner gefordert wird, das gesamte Vermögen des Judentums und der nachweislichen Wucherer und Schieber zu beschlagnahmen, so ist das natürlich eine Maßnahme, die zwar die gesamte Demokratie und den gesamten Marxismus ins Herz trifft. Dagegen ist es ein Programm, das auch wir kürzlich im Reichstag zur Debatte gestellt haben.

Wenn ferner im § 15 erklärt wird, daß, wer die für die Allgemeinheit beschlagnahmten Vermögensanteile zu verheimlichen oder zu verschieben sich bemüht, mit dem Tode bestraft würde, so ist das eine im Interesse des Volkes durchaus notwendige Maßnahme, die angesichts der heutigen verrotteten marxistischen und demokratischen Zustände höchst heilsam wirken würde. Wenn der Verkehr auf den Börsen „bis auf weiteres" geschlossen bleiben soll, so ist das ebenso zu begrüßen, wie die Anordnung des § 22, daß alle Luxusbetriebe geschlossen werden müßten. Ferner wird die Todesstrafe gefordert für Landesverrat, für Diebstahl, für Wucher und Beamtenbestechung, also Dinge, die jeder Deutsche als selbstverständlich ansehen sollte. Bloß auf die heutigen Demokraten und Marxisten wirken diese Vorschläge peinlich, weil ihre getreuen Führer und Geldgeber im Handumdrehen alle an den Galgen kommen würden. Da selbstverständlich die verrotteten Zustände von heute nicht ohne weiteres überwunden werden können, so sieht der § 27 eine Reichsacht vor. Laut dieser Reichsacht kann der kommende Reichsverweser einen Verbrecher in Reichsacht erklären. Diese also geächtete Persönlichkeit genießt in Deutschland keinen Reichsschutz mehr; wer ihr Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft. Das wäre überaus vernünftig, wenn an der Spitze des kommenden Staates ein Mann stünde, der nur

im Namen des schaffenden deutschen Volkes und im Namen der nationalen Idee ungehindert durch alle parlamentarischen Bündnisse eine Säuberung Deutschlands von Wucherern, Schiebern, Separatisten und anderen Landesverrätern in die Wege leiten kann.

Diese genannten Punkte sind, wie man sieht, in keinem Falle reaktionär, sondern stellen ein durchaus sozialrevolutionäres und nationalrevolutionäres Programm dar, das in diesen genannten Zügen durchaus annehmbar ist. Es ist schlimm, daß viele von diesem „phantastischen Plane" und dieser Notverordnung nichts mehr wissen wollen und sich jedesmal bekreuzigen, wenn von ihm die Rede ist. Wir haben den Plan nicht verfaßt, Herrn Severing ist er, wie sich jetzt herausgestellt hat, schon seit Jahren bekannt. Er hat es aus parteipolitischen Gründen nur für nötig erachtet, ihn jetzt für eine Verfolgung der nationalen Kreise zu gebrauchen. Der Berliner Polizeipräsident hat sich seiner bedient, weil er sonst keinerlei Material besaß, und die Haussuchungen sind gehalten worden, um unter Umständen Briefschaften und Aufzeichnungen nationaler Führer einzustecken und sie als „belastendes Material" zu gebrauchen, das man früher nicht im Besitz hatte.

Wenn Herr Mahraun nun erklärt, er kämpfe gegen die Plutokratie, und im gleichen Atemzuge mit den Metternich nicht etwa Severing und Genossen, sondern die Verfasser der Notverordnung meint, so zeugt das entweder von einer bodenlosen Demagogie oder von einer geistigen und politischen Unzulänglichkeit. Dies allein müßte genügen, um Herrn Mahraun richtig zu beurteilen...

Wir haben über die vaterländischen Verbände eine ganze Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, uns sehr deutlich ausgedrückt und uns darüber ausgesprochen, was uns von ihnen scheidet. Wir sehen in ihrer Führung eine Reihe von verbrauchten Persönlichkeiten, die für den Zug des neuen Deutschlands kein Verständnis besitzen; wir haben die poli-

tische Instinktlosigkeit so mancher Gruppe genügend gewürdigt. Wir kommen also nicht in den Verdacht, irgendwie Partei für den „Wiking“, den „Stahlhelm“, den „Wehrwolf“ zu nehmen. Wir gestehen, für eine große Zahl der jungdeutschen Mitglieder eine echte Sympathie zu empfinden. Wir haben uns auch von dem Streit zwischen dem „Jungdeutschen Orden“ und dem „Stahlhelm“ 1925 ferngehalten und erst dann in aller Sachlichkeit Mahraun kritisiert, als er mit Rechberg seine Politik begann. Das war nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht.

Bei Abwägen der ganzen Sachlage erscheint uns Mahraun mehr als ungeeignet, auch nur einige Schritte selbständig in der deutschen Außen- und Innenpolitik zu tun. Darüber hinaus ist seine Persönlichkeit aber abzulehnen wegen seines Vorgehens im Reichswehrministerium und das hinter dem Rücken erfolgte Anschwärzen eines Führers eines nationalen Verbandes bei einem Ministerium und beim Reichspräsidenten. Das ist eine Handlung, die ihn auch persönlich unmöglich macht, ganz abgesehen davon, ob Mahraun einen Vertrauensbruch dabei begangen hat, wie es Herr von Sodenstern behauptet. Der „Jungdeutsche Orden“ spricht vom kommenden Kampfe, den er gegen die Wehrverbände zu führen gedenkt. Wir werden von diesem Kampfe in aller Sachlichkeit Notiz nehmen, glauben aber nicht, daß sich unser Urteil über Mahraun wesentlich ändern wird. Er hat sich derart in Sackgassen verrannt, daß es für ihn wohl kaum ein Zurück gibt. Wie die jungdeutschen Brüder sich mit ihrem derzeitigen Hochmeister auseinandersetzen, ist natürlich ihre Sache.

Worum es geht.

„Völkischer Beobachter“, 17. Juni 1926.

Die marxistische Hetze hat sich jetzt zu einem Skandal ausgewachsen, wie wir ihn selbst in der schäbigen Demo-

kratie selten so schäbig und verlogen erlebt haben. Es ist Zeit, mit Hamlet-Zitaten aufzuhören und auf gut deutsch auszusprechen, was geschehen ist.

Zuchthaus- und galgenreifes Gesindel hatte es verstanden, sich bestimmenden Einfluß zu verschaffen. Mit skrupelloser Frechheit versuchte es, die Verteidiger von Volk und Heimat durch „parlamentarische Ausschüsse“ zu erledigen. Es gelang nicht, vielmehr wurden etliche Hetzer für die „Untersuchung“ als bezahlte Landesverräter entlarvt. Die gesamte Schieberpresse vertuschte. Dann machte man Geschäfte. Man verschob Heeresgut für 8 Milliarden Mark. Man unterstützte ostjüdische Gaunerschwärme mit Börsenratschlägen und ließ sich schwer dafür bezahlen. Man erklärte Lebensmittelschieber zu Volksbeglückern. Man hintertrieb mit allen Kräften, und erfolgreich, die Züchtigung des gaunernden Gesindels. Trotzdem begann ein Erwachen im Volk. Da mußte man aus Selbsterhaltungstrieb den Pöbel aufrufen. Den Pöbel der „Geistigkeit“ und den Pöbel der Spelunke. Das Geld dafür gab das Bankpaläste bauende Börsenpack.

Trotzdem ging das Erwachen weiter. Da machte sich das geldbesitzende Pack an eine großzügige Schaffung von Schutztruppen, gestellt von belogenen und betrogenen Deutschen. Der „Pazifismus“ begann seine Blutkolonnen zu formieren. Die Menge sind ahnungslose Herde, die Unterführer eitle Tröpfe, die Führer im Hintergrunde das Gesindel vom Kurfürstendamm und der Börse. Wenn nötig, in Seide und Frack, wenn nötig, in Kittel und Bluse. Die „politische Linke“ war bereits formiert, als „Bürgerliche“ noch immer sehnsüchtig nach „großer Koalition“ Umschau hielten. Die sozialdemokratische Feigheit war größer als ihre Frechheit. Das bolschewistische Führergesindel zwang das sozialdemokratische hinter sich und verhöhnte den neuen „Bruder“ täglich ob dieser Feigheit. Die Sozialdemokratie war Anfang 1918 zu feige zur Revolution. Sie war feig

genug, erst nach dem Gelingen sich als Führerin hinzustellen. Als ein Erwachen begann, war sie wiederum zu feige, sich zum „Werk" vom 9. November 1918 zu bekennen. Jetzt kuscht sie vor den Banditen von Moskau. Die „Sektion der 3. Internationale" gibt den Ton an, und die 2. Internationale krächzt das gleiche Lied hinterdrein. Hinter ihr drein rennen die Demokratie und das halbe Zentrum, aus Angst, den Anschluß vielleicht zu verpassen.

„Blutige Auseinandersetzungen", „Auf die Barrikade", „Fort mit Hindenburg", „Arbeiter- und Bauernregierung", ruft der Bolschewismus und sieht sich bereits offen nach Geiseln um. „Notwendiger außenparlamentarischer Druck", ruft die Börsenpresse des Weltjudentums. „Im Namen des katholischen Gewissens, stimmt für Fürstenenteignung", ruft eine Reihe von Zentrumsgenossen. Der Bolschewismus ist auf dem Marsch.

Das Gesindel hat das Wort und spricht so deutlich wie noch nie.

Das „nationale" Bürgertum aber — lamentiert. Es ist traurig, zu lesen, was manche „Vaterländische Verbände" dem hochgekommenen Pack aus der Grenadierstraße entgegenzustellen haben. „Monarchisches Bekenntnis", sagt der eine. „Nach dem ersten Durchbruch des Begriffs des Privateigentums werden andere folgen", beschwören die anderen, die besitzenden Spießbürger. Und diese Biedermänner vergessen dabei, daß es heute Privateigentum im echten Sinne für uns Deutsche überhaupt nicht mehr gibt. Sie vergessen zum Beispiel, daß der schamloseste Raub unseres Privateigentums die Inflation war. Die Inflation, wie sie im Haus des sozialdemokratischen Lebensmittelschiebers Parvus beschlossen wurde, um die „Sozialisierung" zu beschleunigen, um mehr Proletariat zu schaffen, um dem Gesindel von der Schieberzunft des marxistischen und demokratischen Führertums neuen Hetzstoff für Ablenkungsmanöver auf Landwirtschaft, noch deutsche Industrien usw. zu geben.

Der Mann, der — ob gewollt oder ungewollt, bleibt sich im Ergebnis gleich — diesen Plan der Volksenteignung zu Ende führte, war der sozialdemokratische jüdische Finanzminister Hilferding.

Die Fürstenenteignung ist nicht der erste Durchbruch des Gedankens vom Raub des Privateigentums, sondern hat schon Vorgänger. Jetzt soll das vom Schiebergesindel und Inflationsgewinnlern ausgeraubte Volk noch freiwillig und gutwillig die Losungen jener Schieberparteien durch Gang zur Urne zu den seinigen machen und das früher durch Betrug Vollzogene durch ein Gesetz heiligen.

Die Hetze gegen die abgedankten Fürsten ist nichts weiter als der planmäßige Versuch, die erschütterte Seele unseres Volkes noch mehr zu verderben und zu verpesten. Es soll die größten Halunken als seine Ratgeber anerkennen, es soll die Fürsten enteignen, die Börsenbanditen aber schonen. Der durch die Nationalsozialisten im Thüringer Landtag durchgesetzte Beschluß, Großbanken für die Erwerbslosen und für sonstige soziale Fürsorge zu besteuern, ist als „nicht gesetzmäßig" nicht ausgeführt worden. Die „Frankfurter Zeitung" wütete dagegen. Das gleiche Blatt, das in der Frage der Fürstenenteignung an der Spitze geht! Im Reichstag haben die Parteien der Fürstenenteignung die Enteignung der Börsenfürsten, Ostjudenschieber und andere Volksschmarotzer glatt abgelehnt.

Aber das marxistische Gesindel, das jetzt in Stadt und Land nach Enteignung einer Gruppe von Deutschen schreit, weiß genau, daß diese Propaganda vom Gelde der Börsenschieber und Marxistengauner bezahlt wird. Es weiß, daß es um sein Dasein kämpft. Es weiß, daß es den Tag des Erwachens des schaffenden Volkes zu fürchten hat. Und deshalb muß es ablenken von den 2½ Milliarden, die wir bald alljährlich der Weltfinanz zahlen müssen, ablenken vom Steuerraub, von der Verschacherung der Reichsbahn usw. usw. Deshalb gilt die Arbeit aller Deutschen nicht

dem „monarchistischen Prinzip", nicht dem Schutze eines Privateigentums überhaupt, das sowieso nicht mehr besteht, sie gilt dem Kampf gegen den neuen großen Betrug, der vielen vorhergegangenen gefolgt ist.

Mörder und Mörderschutz

„Der Weltkampf", Juli 1926.

In der schweren Zeit nach 1923 fehlte der Bewegung ganz besonders ein geistiger Mittelpunkt, von dem aus das Ideengut des Nationalsozialismus aufrecht erhalten und weiter ausgebaut werden konnte und der vor allem auch zu den Problemen der überstaatlichen Mächte scharf Stellung nahm. Daher gründete Alfred Rosenberg 1924 die Zeitschrift „Der Weltkampf" und stellte sie besonders in den Dienst des Kampfes gegen die internationalen Bewegungen, deren Tätigkeit, wie der Nationalsozialismus erkannt hatte, jedes Volkstum schädigte und bedrohte. 1924/25 und auch danach war der „Weltkampf" ständiger Begleiter des nationalsozialistischen Redners, der aus ihm das Material für den Kampf nahm. Auch der Parteigenosse im Lande wurde durch die Zeitschrift stets über die großen Probleme des In- und Auslandes auf dem laufenden gehalten. 1930 gab Alfred Rosenberg die Schriftleitung der Zeitschrift ab, um nun in den „Nationalsozialistischen Monatsheften" die offizielle Zeitschrift der Partei zu schaffen. Der „Weltkampf" hat in den Jahren nach 1923 eine geschichtliche Sendung gehabt und auch erfüllt. Als Stoffsammlung wird er in Zukunft für jeden Geschichtsschreiber, der sich ein Bild über den Kampf jener Jahre verschaffen will, unentbehrlich sein.

Der Fall des ukrainischen Atamans Petljura, der vom Juden Schwarzbart im Jahre 1926 ermordet wurde, war geradezu von sinnbildlicher Bedeutung für die Tätigkeit des internationalen Judentums. Der Prozeß gegen Schwarzbart endete, nachdem er lange hinausgezogen war, mit seinem Freispruch. Auf diese unerhörte

Tatsache geht außer dem untenstehenden auch ein ebenfalls hier abgedruckter Aufsatz aus dem Jahre 1927 näher ein. Im übrigen dürfte für jeden aufmerksamen Leser die Parallele zum Fall Gustloff außerordentlich naheliegend erscheinen.

In Paris ist der ehemalige ukrainische Ataman Petljura ermordet worden. Die „Weltmeinung" fragt: War er Jude, Antisemit oder Judenfreund? Und danach wird der Mörder beurteilt. War er gewöhnlicher Reaktionär, wie Graf Stürgkh, und der Mörder Jude, wie der Marxistenführer Friedrich Adler, so schrieb die „Weltpresse", was für einen geringen Verlust das Hinscheiden des ermordeten Ministerpräsidenten bedeute. Der Mörder, nun ja, er sei sicher nicht ganz bei Sinnen gewesen, krank, nervös, überarbeitet usw. So wagte man es schon während des Krieges zu sprechen. Nach gelungener Revolte holte man sich den „Kranken" wieder, setzte ihn an die Spitze der österreichischen „Arbeiterpartei" und entsandte ihn in den Vorstand der 2. Internationale. Jetzt präsidiert Friedrich Adler auf den Sitzungen des internationalen Proletariats und schreibt Entschließungen über Demokratie, Weltfrieden, Völkerverständigung. Er war und ist Jude, sein Opfer nur Nichtjude. In seiner Vernehmung hatte er erklärt, berechtigt zum Mord sei jeder, wenn die Staatsmaschine ungerecht sei. Die 2. Internationale anerkannte das, indem sie Adler zum Führer erkor.

Am 24. Juni 1922 wurde Walter Rathenau erschossen. Er war Großjude, seine Mörder waren Deutsche. Wie man glaubte, völkische Deutsche. Auf Rathenau gehen die Kriegsgesellschaften zurück, die Deutschland während des Krieges furchtbar auswucherten. Von ihm stammt das Hohnwort: Wenn Kaiser Wilhelm gesiegt hätte, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Auf ihn geht die Erfüllungspolitik zurück, die Deutschland Schmach über Schmach brachte. Tut nichts, der Mann war geheiligt,

geheiligt von der Hochfinanz, geheiligt vom „antikapitalistischen“ Marxismus. „Einer der Besten unseres Volkes“, sagten die Ebert, Wirth und Genossen. Einer, der „dem ewigen Boche ins Gesicht zu spucken“ wagte, schrie der Jude Zweig. Hochgezüchtet durch „Rasseeinheit“, jammerte die „Vossische Zeitung“ über den Verlust des jüdischen Industriemagnaten, und der Reichstag ging hin und schuf das sogenannte Gesetz zum Schutz der Republik, das von den führenden Juden in Deutschland und im Ausland offen als das Gesetz zum Schutz jüdischer Interessen angesehen und offen als solches angesprochen wurde. Zwei Töter Rathenaus endeten durch Selbstmord, andere am Attentat Beteiligte sitzen noch heute im Zuchthaus, während vom Gericht als ehrlos erklärte Landesverräter, wie Felix Fechenbach, nach kurzer Strafe begnadigt wurden, bereits wieder Vorträge halten und Leitaufsätze in marxistischen Zeitungen schreiben.

1921 wurde in Berlin der ehemalige türkische Minister Talaat Pascha ermordet. Von einem Armenier Teilerian. Kaum war das geschehen, so setzte sofort in der „Weltpresse“ ein Entlastungsfeldzug für den Mörder ein. Talaat Pascha wurde als ein blutgieriges Tier geschildert, der sich nicht genug daran habe tun können, die armen unschuldigen Landsleute des edlen Teilerian auszurotten. Der gequälte Flüchtling habe Rache für sein Volk genommen, das müsse man begreifen und ihn freisprechen... Wer nur etwas über die Geschichte der Kämpfe zwischen Türken und Armeniern unterrichtet ist, konnte unschwer feststellen, es auch hier mit einer bewußt jüdischen Politik zu tun zu haben, die die Armenier von jeher in Schutz genommen hatte. Eine Überquerung der Interessen ergab sich insofern, als England die Armenier gleichfalls benutzte, um das ottomanische Reich zu zersetzen. Zuerst kamen Missionare, die die Armenier tauften, somit sie auch konfessionell immer bewußter von den Türken schieden. Dann kamen

Bomben. So wurde der fast gelungene Versuch eines friedlichen Nebeneinanderlebens durchkreuzt. Daß die Türken sich gegen den armenischen Staat im Staat wehrten, versteht sich von selbst. Ein Druck erzeugte den andern, bis es zuletzt zu den großen armenischen Bombenattentaten in Konstantinopel kam. Auch während des Weltkrieges haben die Armenier die Spionage gegen die Türken geleitet, ähnlich wie die Juden gegen Deutschland. Dies zwang den treuen Verbündeten des Deutschen Reiches, Talaat Pascha, zu scharfen Eingriffen, wobei denn auch einige Härten nicht zu umgehen waren. (Man lese Näheres nach bei Dr. Mansur Rifat: „Das Geheimnis der Ermordung Talaat Paschas".)

Nach dem Zusammenbruch von 1918 wohnte nun Talaat Pascha in der Hauptstadt des Landes, zu dem er treu gehalten hatte, und wurde hier ermordet. Die Groß-Presse dieses Landes aber beschimpfte ihn noch nach seinem Tode, stellte sich schützend vor seinen Mörder und forderte dessen Freispruch. Und tatsächlich, das Berliner Gericht sprach den Armenier Teilerian frei. Die Judenpresse aller Farben jubelte und bezeichnete den Freispruch als das „einzig mögliche" Urteil.

Im gleichen Berlin verübten zwei russische nationale Flüchtlinge ein Attentat auf Miljukow, den Führer der Judäo-Demokraten in Rußland. Diesem Miljukow und seinen politischen Ratgebern in London und Paris ist es unter anderem zu verdanken, daß heute zwei Millionen Russen als Flüchtlinge durch die Welt irren, daß noch viel mehr Millionen in Rußland selbst gemordet wurden und daß über die anderen Millionen die blutige Peitsche des Bolschewismus geschwungen wird. Miljukow war es, der im Dezember 1916 den russischen Ministerpräsidenten Stürmer des Landesverrats bezichtigte, da er einen Sonderfrieden mit Deutschland anstrebte. Er war es auch, der nach der geglückten Revolution in einer großen Rede erklärte, wenn

diese nicht gekommen wäre, so hätte Stürmer Frieden geschlossen. Er hat recht gehabt. Stürmer hätte einen für Rußland ehrenvollen Frieden schließen können und Rußland wäre das Meer von Blut der „unblutigen“ Revolution erspart geblieben.

Dieser Miljukow und sein nächster Genosse Maklakow hatten nun die Frechheit, ausgerechnet in dem von ihnen gehaßten Berlin einen Vortrag zu halten, wogegen die Severings natürlich nichts einzuwenden hatten. Die „Frankfurter Zeitung“ aber stimmte darüber hinaus noch Loblieder auf den „russischen Staatsmann“ Miljukow an. Da entschlossen sich zwei russische Offiziere, Rache für ihr Volk am Verräter Miljukow zu nehmen. Sie drangen in die Versammlung ein, erschossen aber nicht Miljukow, sondern versehentlich den neben ihm sitzenden Maklakow.

Wieder war die „Weltpresse“ in hoher Erregung. Diesmal aber pries sie die Partei der Ermordeten und tobte gegen die „zaristischen Mörder“. Wieder trat ein Berliner Gericht zusammen und obgleich der Fall für die Attentäter mindestens so günstig lag, wie im Fall Teilerian, wurden diese nicht freigesprochen, sondern zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Der Mörder eines deutschfreundlichen Staatsmannes geht in Berlin frei aus; die Mörder eines deutschfeindlichen Politikers wandern im gleichen Berlin ins Zuchthaus. Der Mörder eines deutsch-österreichischen Ministerpräsidenten aber leitet gar im gleichen Berlin internationale Tagungen.

Die Ermordung Petljuras.

Die Herkunft des Mörders. — Mörderverherrlichung in der gesamten Judenpresse.

Die Ermordung Petljuras durch den Juden Schwarzbart und das Weltecho dieser Tat ist nicht so sehr als Einzel-

fall von Wichtigkeit, sondern ein wichtiges Symptom unserer Zustände. An ihm läßt sich die gleiche bewußte Taktik des alljüdischen Mörderschutzes haargenau nachweisen, sobald der Mörder Jude ist oder jüdische Interessen fördert.

Ob alle Fäden der Ermordung des ukrainischen Atamans jemals aufgedeckt werden, ist fraglich. Ganz Israel tut alles, was in seinen Kräften liegt, um die Spuren zu verwischen. Der Mörder Schalom Schwarzbart stammt aus Smolensk. Nach seiner Verhaftung machte er der Polizei folgende Angaben:

„Ich bedaure nicht, daß ich Petljura getötet habe. Ich wollte ihn töten, und nun bin ich zufrieden. 1920 gehörte ich einer französischen Militärkommission an, die sich nach Petersburg und Odessa begab. Zu dieser Zeit erzählte man mir von Judenmassakern in der Ukraine, deren provisorischer Regierungschef Petljura war. Von den Sowjets verdrängt, mußte sich Petljura nach Polen und der Tschechoslowakei begeben, wo er die Juden weiter mit seinem Haß verfolgte. Damals entschloß ich mich, meine Brüder zu rächen und diesen Mann zu töten. Eines Tages erfuhr ich, daß er sich in Paris niedergelassen habe und hier eine Zeitung in ukrainischer Sprache, den „Trident" (Dreizack), herausgibt, daß er also noch immer nicht darauf verzichtet habe, seinen Kampf gegen die Juden fortzusetzen. Heute habe ich ihn endlich erwischt und ich habe nicht gefehlt. Das war gut so."

Wie sich die „demokratische" Weltpresse dieses jüdischen Mörders annahm, dafür einige Beispiele, die wert sind, als geschichtliche Zeugnisse aufbewahrt zu werden. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb am 27. Mai 1926:

„Ein unruhiger Geist, der seine Aufgabe in der Bekämpfung des Bolschewismus sah und dessen Weg beinahe noch mehr als der seines Todfeindes Denikin mit unerhörten Opfern erreicht wurde und von den schrecklichsten Greueltaten besonders gegen die jüdische Bevölkerung begleitet war. Als um die Jahreswende 1922 sein letzter Kampf — nach Wrangel sogar noch — gescheitert war, ging er zuerst nach Polen, dann nach der Tschechoslowakei, um schließlich in Paris zu landen. Immer begleitet von dem furchtbaren Haß der zahllosen Opfer seiner Tätigkeit. Ein seltsames Schicksal, ein echt russisches Schicksal."

Dieser „furchtbare Haß“ der Juden hat also Petljura endlich gemordet. Ein „echt russisches Schicksal“ hat den Veranlasser der Tötung vieler jüdischer Sowjethetzer getroffen. Alexander II. fiel als Opfer einer jüdischen Verschwörung (Goldstein, Zuckermann), Alexander III. wurde vom jüdischen Arzt Sacharjin vergiftet, wie es 1921 der Jude Saltus in seiner Schrift „Eine zarische Orgie“ eingestand. Nikolaus II. fiel auf Befehl des Juden Swerdlow (Vorsitzender der Moskauer Zentralexekutive des Arbeiterrats), der Mörder war der Jude Jankel Jurowsky. Nun hatte der jüdische Kahal auch einen Ukrainer getroffen, dessen Untergebene einst ihr Land von der bolschewistischen Pest befreien wollten. Ein „russisches Schicksal“ vollendete sich wieder. Der „furchtbare Haß“ forderte sein Opfer.

Verstehen die Nichtjuden, was die „Frankfurter Zeitung“ mit diesen Worten sagen wollte?

Die zionistische „Wiener Morgenzeitung“ schrieb gleich nach dem Morde:

„Der Mann, welcher Petljura in Paris niedermachte, konnte mit dieser Tat die 60 000 jüdischen Opfer des rasenden Schlächters nicht zum Leben erwecken.

An diese Zeit brennendster jüdischer Schmach, tiefster jüdischer Erniedrigung, an diese Epoche der Wehrlosigkeit erinnert der Tod des Massenmörders Petljura.

Juden in aller Welt, die ihr euch gesunder, lachender Kinder erfreut: Kein zukünftiger Petljura darf auf einen wehrlosen, abgesprengten Teil des Volkes treffen! Arbeitet für Erez Israel!“

Diese Hetze wurde natürlich auch von den Berliner Zionisten aufgenommen. Ihre „Jüdische Rundschau“ schrieb (Nr. 40/41, 1926):

„Die Revolverschüsse am Boulevard St. Michel werden die Kulturmenschheit aufhorchen lassen wie einst die Schüsse gegen den Armenierschlächter Talaat. In unserer schnellebenden Zeit fast vergessene Ereignisse tauchen gespenstisch auf: Ein Volk, schutzlos preisgegeben toll gewordenen Bestien, blutet, stöhnt, verzweifelt, und es gibt keinen

Retter. Die Judenfrage aber besteht heute noch. Die Welt hat an den Opfern der Pogrome ihre Pflicht der Wiedergutmachung noch nicht erfüllt. Nur wenn das jüdische Volk in normale Verhältnisse auf eigenem Boden übergeführt wird, werden Ereignisse wie die, die jetzt in Paris ihr spätes Echo in der leidenschaftlichen Rache eines auch persönlich schwer von den Pogromen Getroffenen gefunden haben, nicht mehr geschehen können."

Wie die gleiche Zeitung mitteilt, ist der Mörder Schwarzbart Vorsitzender des Bundes jüdischer Frontsoldaten in Frankreich. Das wird der „Bund jüdischer Frontsoldaten" in Berlin doch auch wissen. Einen „flammenden Protest" seinerseits gegen den Mord haben wir aber bisher noch nirgends gelesen. Warum wohl nicht?

Es versteht sich, daß die „Jüdische Preßzentrale" in Zürich hinter ihren Pariser, Wiener und Berliner Genossen nicht zurückbleiben konnte. Unter dem Titel „Ein Rächer" schreibt sie, Schalom Schwarzbart habe seine sieben Schüsse nicht als Bolschewist und Anarchist abgegeben, sondern als Jude:

„... Ein in seinem allerinnersten Gefühl tief aufgewühlter Jude, dem das Judentum mehr als eine logische oder soziologische Kategorie, eine unmittelbar empfundene Herzenssache war, übernahm das Amt eines Rächers für die vielen Tausenden von jüdischen Blutopfern in der Ukraine und sprach die eherne Sprache des Todes, wo eine ganze Welt in allen Sprachen schwieg ..."

Nach dieser Mörderverherrlichung einige verschwommene Redensarten zur Rückendeckung:

„Denn je edler und reiner die Seele des Täters ist, je tiefer muß der Eindruck, unauslöschlich der Stempel der Mordtat sein. Will man, wie es auch hier, trotz ernster Bedenken, versucht wird, Schwarzbart menschlich gerecht zu werden, so ist es nur unter der Voraussetzung möglich, daß sein Racheakt entpolitisiert, von den Schlacken des Sektengeistes geläutert, der Parteien Haß und Gunst entrückt werde ..." „... Schwarzbart ergriff die Waffe mit fester Hand, wie es sich einem tapferen Soldaten, der im Trommelfeuer des Weltkrieges gestählt wurde, geziemt, aber menschlich gebrochenen Herzens."

Da Petljura nachweislich selbst kein Antisemit war, sondern sogar jüdische Minister hatte, fährt die „JPZ." fort:

„Man wird nicht vergessen dürfen, daß in der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik auch ein jüdischer Minister saß, der kaum beneidenswert war und wohl richtiger gehandelt hätte, wenn er, statt ein Scheindasein zu fristen und die Ausrottung seiner Brüder durch seine Anwesenheit im Kabinett unwillkürlich zu decken, rechtzeitig auf das Blutbad verzichtet hätte."

Und noch einmal eine alljüdische Lanze:

„Als Jude an einem Feind der Juden für das geflossene jüdische Blut Rache nehmen — einzig und allein das wollte Schalom Schwarzbart."

Und dann:

„Nur aus dieser Gefühlswelt heraus ist die Tat am Boulevard St. Michel zu begreifen und zu würdigen." „Schalom der Uhrmacher", wie er hier geläufig genannt wird, suchte keinen Glorienschein, keine Märtyrerkrone — nur die Wahrheit, die eine Verschwörung des Schweigens am lauten Aufschreien verhinderte. Und ist schon diese bedauerliche Tat vollbracht, so möge sie wenigstens die Mauern des Seinegerichts weiten und es in ein Forum des Weltgewissens verwandeln, das schon zu oft schlummerte und erst durch knallende Schüsse aufgerüttelt werden mußte."

D. h. auf deutsch: Sprecht den Mörder frei, damit noch andere Nichtjuden straflos gemordet werden können.

Wie bewußt das Judentum arbeitet, zeigt u. a. die Tatsache, daß die sog. „Wissenschaftliche Korrespondenz, Meteorologische Korrespondenz" in Berlin, herausgegeben von Moritz Loeb, in ihrer Ausgabe vom 5. Juni fast ganz der Beschönigung des Mordes durch Aufzählung der Pogrome gewidmet ist. Über die von Juden in Rußland gemordeten Millionen von Russen hat sich die jüdische „wissenschaftliche" Welt ebensowenig aufgeregt wie die politische.

Neben diesen rein jüdischen Blättern hat das Judentum natürlich auch alle andern mobilisiert. Allen voran die käufliche Pariser Presse. Über die dabei erzielten Erfolge berichtete die Berliner „Jüdische Rundschau" (Nr. 42, 1926):

„Die gesamte Pariser Presse, ohne Unterschied der Richtung, widmet dem Attentat auf Petljura Artikel. Aber nicht die Gestalt des ermordeten „Generals", sondern die des kleinen, bis jetzt un-

beachtet gebliebenen jüdischen Uhrmachers ist die zentrale Person dieses Dramas. Im Mittelpunkte aller Erörterungen steht Samuel Schwarzbart als psychologisches Problem. Die Presse sucht das Menschliche, das Natürliche in diesem „kleinen“ Juden. Es ist ja keine Frage der objektiven Justiz mehr. Es ist auch keine Angelegenheit einer abstrakten Abhandlung darüber, ob die Revolverjustiz zu rechtfertigen sei oder nicht. Die Pariser Presse sieht hier eher den Fall eines Mannes, der von einer Idee-fixe besessen war: seit mehreren Jahren wird ein Mensch von den Schatten der auf den Straßen aufgehängten Juden, die er selbst gesehen hat, verfolgt. Nicht die Reminiszenzen an die ermordeten Eltern spielen hier in erster Linie eine Rolle. Weder in seinem Abschiedsbriefe an seine Frau, noch in seinen Mitteilungen an die Kriminalpolizei und die Justizbehörden ist davon die Rede. Was diesen „Besessenen“ bewegt, das waren die tausend jüdischen Männer, Frauen und Kinder, zwischen deren Leichnamen er einst herumgeirrt war.“

„L'Oeuvre“ schrieb über „die Seltenheit eines Juden als Mörder“. Und dieser von allen seinen Bekannten geliebte „kleine jüdische Krämer“ träumte Tag wie Nacht von „der Synagoge, der Torah, von den kleinen jüdischen Städtchen mit den Strohdächern, die von den Petljura-Banden verbrannt wurden“. Ebenso träumte er von den „Juden in den langen Mänteln und Mützen, die von den Kosaken hingeschlachtet wurden“. — „Humanité“ erzählt spaltenlang von den Schreckenstaten der Petljura-Banden in den jüdischen Gemeinden. — „Volonté“ schreibt, man hätte all diese moralischen Sentenzen über Justiz und Revolver nicht dem unglücklichen Schwarzbart, sondern eher Petljura seinerzeit vortragen müssen. — Und „Paris-Soir“ veröffentlicht einen Artikel von Viktor Meric über Petljura, der „nicht nur ein General, sondern auch ein Chef von Banden und Mörder war“. „Er, Petljura“ — schreibt die Zeitung — „watete in Blut. Er ließ morden, morden ... Frauen, Kinder, Greise.“ Und der Verfasser schließt mit folgenden Worten: „Dies zeigt nur, daß die Juden, deren Frauen, Kinder, Freunde ermordet werden, das Gefühl der Vendetta besitzen ... Man hätte es niemals von ihnen erwartet und die Rasse eines Jehuda Makabi schien

ja für immer ausgestorben ... Seit Wilhelm Tell hat sich die immanente Gerechtigkeit nicht mit so viel Glanz und Logik bestätigt."

Weiter schreibt die „Jüdische Rundschau":

„Verschiedene Gesellschaften, Organisationen, Kreise statten der Frau Schwarzbart Besuche ab. Schwarzbart selbst genießt überall große Sympathien. Die französische Presse schätzt in ihm den tapferen Soldaten, den ruhigen, gelassenen und opferwilligen Menschen. Seine Popularität ist besonders groß in den Emigrantenkreisen, wo seine Gastfreundschaft und Güte gelobt werden. Er ist hier unter dem Namen „der Vater der 10000 Waisen" bekannt, da er sich der Waisenhilfe gewidmet hatte."

Aus Moskau wurde der „Wiener Morgenzeitung" berichtet, eine Odessaer Filmunternehmung habe einen neuen Film fertiggestellt, der die Kämpfe zwischen der Roten Armee und den „Petljura-Banden" darstellen wird. Der Film zeige Szenen der „Greueltaten der Pogromisten" auf Grund historischer Dokumente und der mit Teilnehmern an den Petljura-Abenteuern aufgenommenen Protokolle. Sämtliche Aufnahmen wurden auf den Schauplätzen der geschilderten historischen Ereignisse durchgeführt.

Wie man sieht, hatte das Alljudentum alle Register gezogen, und die Weltorgel spielte wie zur Zeit des Todes Walter Rathenaus. Nur gelten die Hymnen dieses Mal dem Mörder. Weil er Jude ist.

❖

Von der Unterstützung durch die alljüdische und käufliche demokratische Presse ist das Judentum natürlich auch zur praktischen Organisation des Mörderschutzes übergegangen, um die Freiheit des „Rächers" zu erlangen. Seine Verteidigung haben mehrere jüdische Rechtsanwälte übernommen; u.a. Torres und Corcos. Auch Léon Blum, der jüdische Sozialistenführer, hat sich angeboten. Auch der Großrabbiner von Frankreich, Isaak Levy, ein guter Bekannter des Schwarzbart, wird als Zeuge von ihm für

seine edle Gesinnung benannt. Hierbei ist ferner bemerkenswert festzustellen, daß der Corcos zweiter Vorsitzender der französischen Liga für Menschenrechte ist, d. h. als Führer einem Verbande angehört, der in der ganzen Welt seine Gegnerschaft gegen Krieg, Mord und Terror beteuert. Aber hier, wo es sich um einen Juden als Attentäter handelt, gehört es natürlich zur „Menschlichkeit", ihn und seinesgleichen vor der verruchten nichtjüdischen Gesellschaft und ihren Gerichten zu schützen. Selbst wenn man Vizepräsident der „Menschenrechte" ist. Daß diese Liga dagegen nichts einzuwenden hat, versteht sich von selbst, da sie überall jüdisch beeinflußt, wenn nicht ganz jüdisch geleitet und bezahlt ist. Corcos schrieb sogar einen Aufsatz im freimaurerischen „Quotidien", in dem er die Gründe darlegt, die Schwarzbart zum Morde „zwangen"!

Neben „Maitre" Torres und seine famose Freimaurerliga traten einmütig auch andere Organisationen.

Die Jüdische Telegraphenagentur meldete bereits am 27. Mai aus Paris, daß das juristische Komitee beim Komitee der jüdischen Delegationen darangehe, alle auf die „Mitschuld" Petljuras, seiner Unterführer und der zaristischen Generale an den Pogromen in der Ukraine bezüglichen Dokumente zu sammeln:

„Viele dieser Schuldigen leben heute im Ausland. Der jetzt in Riga weilende berühmte russische Advokat Oskar Grusenberg besitzt reiches Material über die direkte Schuld dieser Führer. 1921 berichtete er in einer in Berlin abgehaltenen Konferenz jüdischer Rechtsgelehrter über diesen Gegenstand und forderte Erhebung von Anklage gegen die im Ausland lebenden Pogromführer."

Diese offen mitgeteilten Schritte stellen natürlich nur einen kleinen Teil jener Bemühungen dar, die unternommen werden, um den jüdischen Mörder dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen. In Frankreich haben sie bereits jetzt greifbare Ergebnisse gezeitigt. Laut einer Meldung der „Wiener Morgenzeitung" (6. Juni 1926) haben näm-

lich die mit der Untersuchung des Attentats betrauten Behörden sich entschlossen, eine eigene Kommission in die Ukraine zu entsenden, um an Ort und Stelle die Frage der Judenpogrome zu prüfen. Ferner wird in dieser Angelegenheit eine Note an die Sowjetregierung gerichtet werden. Gleichzeitig soll eine Umfrage veranstaltet werden, zu der das Gericht Mitglieder der russischen Emigration in Frankreich ohne Unterschied der Religion und der Nationalität einladen wird, um Auskunft über den Charakter der Regierung Petljuras und über sein Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung einzuholen.

In „unterrichteten Kreisen" verlautet, wie das Zionistenblatt mitteilt, daß die Untersuchung lange andauern wird und daß der Prozeß gegen Schwarzbart erst in einem Jahre stattfinden wird, was nichts weiter als bewußte Vertuschung eines eingestandenen Mordes bedeutet.

Vorläufig befindet sich Schwarzbart im allgemeinen Untersuchungsgefängnis, obwohl die Untersuchung nach der politischen Richtung geführt wird. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Untersuchung wurden aber schon jetzt dem Häftling gewisse Erleichterungen gewährt. Natürlich, da er dem auserwählten Volke angehört.

Wie man sieht, die Maschine des Gerichts läuft, aber nach der umgekehrten Richtung. Darüber hinaus haben die Juden die Frechheit, erneut auf die strafrechtliche Verfolgung derjenigen russischen Generale zu dringen, unter deren Kommando den Juden ein Haar gekrümmt worden ist. Der schon genannte Rechtsanwalt Grusenberg in Riga (Verteidiger des Mörders Beilis im Kiewer Ritualmordprozeß) hat seinen alten Plan aufgenommen, die russischen Generale vor Gericht zu zerren. Wie wiederum die „Wiener Morgenzeitung" (6. Juni 1926) zu erzählen weiß, werden die vorbereitenden Schritte hierzu „umsichtig vorbereitet" werden. Das Komitee der jüdischen Delegationen

verfüge über ein reiches Material, außerdem habe der sowjetrussische Vertreter in Paris, Rakowsky, versprochen, die in der Hand der Sowjets befindlichen Dokumente über die „Pogrome" in der Ukraine den französischen Gerichten zu übergeben. Bolschewismus und bewußtes zionistisches Alljudentum gehen also auch in diesem Falle Hand in Hand. Nach den Millionen bewußt und grausam gemordeten und den Millionen vertriebenen Russen kräht kein demokratischer Hahn in der Welt.

Der Verteidiger Schwarzbarts, Torres, empfing den Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur und sagte ihm, die „Verteidigung" werde eine „schwere Anklage gegen die verbrecherische Mordhetze des Antisemitismus in der ganzen Welt" sein. Er hoffe auf das „Gewissen des französischen Volkes".

Und am 13. Juni 1926 beschließt die „Wiener Morgenzeitung" ihren Leitaufsatz mit folgenden Wutausfällen:

„Das internationale Gesindel, dem das Messer immer locker sitzt, will dem Juden nicht einmal das primitive Zugeständnis der Rache machen."

„Die Niedertracht des europäischen politischen Mechanismus hat es zuwege gebracht, den Petljura und seine Genossen jahrelang straffrei zu lassen und sie nicht einmal zu befragen, diese Generale, die den Massenmord an Wehr- und Waffenlosen als nationale Befreiungstat ausgegeben haben. Was sie in der Ukraine getan haben, was in Ungarn geschehen ist, muß doch endlich einmal nicht der Rache, nein, sondern dem Gesetz verfallen. Denn diese Akte bleiben erdentief hinter der Tat Schwarzbarts zurück, der den Ataman von vorne faßte, ihm von Gesicht zu Gesicht sein Urteil sagte und ihm noch zurief: „Verteidige dich!" Kein Petljura hat so ehrenhaft gehandelt und keiner aus der Mafia, die den Schwarzbart heute beschmutzen will. Der Prozeß gegen ihn muß zum Prozeß gegen die Kanaille werden."

Will man noch mehr? —

Wir sehen also, daß das gesamte Judentum sich schützend vor seinen „Rächer" stellt und geschlossen zum Gegenstoß gegen die Nation des Ermordeten ausholt. Es bedient sich

dazu aller Mittel mit gewohnter Skrupellosigkeit, um fremde Interessen den seinigen dienstbar zu machen. Wir sind nun weit davon entfernt, nach Feststellung dieser Tatsache dem Judentum darüber große Vorwürfe zu machen. Die Vorwürfe haben sich unserer Anschauung nach an alle Europäer zu richten, die das syrisch-vorderasiatische Judenvolk bei sich aufgenommen und dem Todfeind europäischer Kultur Gleichberechtigung zugesprochen haben. Wenn Petljuras Untergebene ihre Ukrainer von jüdischen Blutsaugern befreien wollten, so waren sie sachlich zu verstehen, abgesehen davon, ob ihre Mittel zweckentsprechend waren. Wenn die Deutschen gegen Vertreter wie Rathenau und seine Genossen sich erregten, so war das eine etwas späte Empörung über die notwendigen Folgen ihrer demokratisch-zersetzten Weltanschauung. Wenn die französischen Richter den jüdischen „Rächer" wie einen Helden behandeln und in der Ukraine forschen wollen, ob er nicht doch das „Recht" zum Morde hatte, so zeigt sich darin ein solcher rassischer Niedergang des europäischen Rechtsempfindens, daß wir uns über gar nichts mehr zu wundern brauchen.

Staat und Recht haben im Zeichen des Volks- und Rassenschutzes zu stehen. Im Falle des überall lebenden Judenvolkes stehen die Interessen aller Völker denen der Hebräer in einer einzigen Front gegenüber, wenn auch diese durch „Loyalitäts"-Erklärungen uns darüber belügen wollen. Der Fall Schwarzbart zeigte in einer Stunde eine bewußte Absonderung der Juden aus allen Staaten und gegen alle Völker. Die Arbeit für eine geistige und leibliche Abwanderung der Juden aus allen Staaten ergibt sich als Notwehr allein schon aus dem einen Fall des jüdischen „Rächers". Wir Europäer haben unsererseits am Juden zu vergelten: die Volksverhetzung in der Presse, den organisierten Börsenbetrug in allen Staaten, die gemeine Klassenkampfhetze und die bolschewistischen Ströme von an Europäern vergossenen Blutes, ganz zu

schweigen von kultureller Zersetzungsarbeit und rassischer Verpestung. Gegen diese Erkenntnis als notwendige Voraussetzung wehrt sich das Judentum skrupellos mit allen Mitteln. Nur manchmal zeigt es sein wahres Gesicht und sein wahres Interesse. So im Fall der Ermordung des ukrainischen Atamans durch den Juden Schwarzbart. Der Parole der Alliance israélite universelle: „Ganz Israel gemeinsam" gilt es eine andere Losung gegenüberzustellen: Antisemiten aller Länder vereinigt Euch zum Kampf für die restlose Aussonderung der Juden aus allen Staaten Europas und Amerikas!

Zweierlei Maß.

„Völkischer Beobachter", 21. August 1926.

Der „Stahlhelm" und die „Standarte", die Organe des Frontkämpferbundes, sind auf drei Monate verboten, und gegen die verantwortlichen Leiter ist ein Verfahren auf Grund des Republikschutzes eingeleitet worden.

1. Der „Stahlhelm" schloß kürzlich einen Verfassungsaufsatz mit dem Satz: „Der Weg zu Deutschlands Freiheit geht über die Leiche der Weimarer Verfassung".

Folge: Dreimonatiges Verbot durch Severing.

2. Die „Standarte" schrieb in ihrer letzten Ausgabe u. a.: „Wir haben heute ein Bekenntnis abzulegen, das jahrelang verschwiegen oder nur vereinzelt gesagt wurde. Wir haben die Gemeinschaft der nationalistischen Märtyrer zu bekennen. Schlageter, einsam am Pfahl zerschossen, Dreyer in Martin de Ré zu Tode gequält, die Reihe der vordersten Nationalsozialisten an der Feldherrnhalle ermordet, Kern und Fischer im

Turm von Saaleck gestellt und erlegt wie edles Wild, Tillessen und Schulz in die Welt vertrieben, die vielen Verfolgten der Republik, die ihre jungen Jahre hinter Mauern verlieren mit Hunger und Unruhe, sie alle, die Mutigsten, die Dämonischen unserer Front, die Vortruppe unserer Revolutionen, wären umsonst gefallen, umsonst verfolgt, in Nichts gewandert, wenn wir nicht zu ihren Taten stünden."

„—. . . Wir bekennen die Gemeinschaft der nationalistischen Märtyrer. Das heißt, wir nennen in einem Atem Schlageter und Kern, Tillessen und Dreyer, Ruhrkämpfer und „Attentäter", denn sie sind Männer aus einem Fanatismus. Wir kannten sie besser als das Volk, das über sie herfiel, weil es Schrecken nicht mehr erträgt."

„Ihre Taten sind uns mehr wert als das, was die Rechte in acht parlamentarischen Jahren fertigbrachte."

Folge: Verbot für drei Monate und Verfahren vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

3. Ein deutschnationales Blatt in Niederschlesien, der „Löwenberger Anzeiger", hatte eine Maßnahme des roten Präsidenten von Niederschlesien kritisiert.

Folge: Dreiwöchiges Verbot und Gerichtsverfahren...

Der „Vorwärts" beeilt sich „festzustellen", daß für das Vergehen des „Stahlhelm" und der „Standarte" eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren in Aussicht steht. Wir werden demnächst also einen neuen großen Prozeß erleben, der sich gegen die gewählten Wortführer eines Verbandes richtet, gegen den selbst Stresemann nichts einzuwenden hatte.

Nehmen wir an, ein Teil des Inhalts rechtfertige juristisch das sonst nicht angewendete strenge Vorgehen. Dann haben wir zwecks Prüfung der Sachlichkeit unserer Reichs-

regierung, Landesregierungen, Staatsanwälten, der Öffentlichkeit folgende Tatsachen zu unterbreiten:

In Nr. 33 vom 17. August 1926 der „Weltbühne“ bespricht der Jude Peter Panter (in Wirklichkeit Dr. Kurt Tucholsky) einige „schöne Bändchen aus der verdienstvollen Malik-Bücherei“. In diesem Aufsatz heißt es u. a.:

„Das andere Bändchen ist von Wera Figner und heißt: „Das Attentat auf den Zaren“. Da erstarrt einem allerdings das Blut. Die Frau, die heute noch lebt, und deren Erinnerungen übrigens gleichfalls im Malik-Verlag erschienen sind, schildert hier Vorgeschichte, Vorbereitung und Ausführung der Attentate aus dem Jahre 1875 bis 1883. Das ist denn doch was anderes als diese trüben Gesellen aus den nationalen Verbänden. Die haben Geld, Auslandspaß, Hilfe bei allen offiziellen und privaten Stellen, ein mit ihnen sympathisierendes Land — hier: Askese, übermenschliches Leiden, Not, Hunger, Verrat auf allen Seiten, ständige Todesgefahr. Denn die russischen Richter waren wie die deutschen, nur behandelten sie schuldige Terroristen wie unsere Richter die Kommunisten, bevor die noch etwas ausgefressen haben. Im Hintergrund blitzt Sibirien auf. Und schlimmer: die Schlüsselburg.

„Wie da das kleine Häufchen der Terroristen arbeitet, wie sich der Charakter, die Opferwilligkeit, der fast mönchische Verzicht auf das Leben vereinen, um für die Idee zu wirken: das packt und ist Vorbild in einem Lande, wo es noch dem traurigsten Schiffahrtsdirektor hoch angerechnet wird, wenn er das „Opfer“ bringt, den Reichskanzlerposten zu übernehmen. Von gewissen Sozialdemokraten ganz zu schweigen, die sich still in die Ecke zu verkriechen haben, wenn von diesen Männern und Frauen, von echten Helden, die Rede ist.

„Das Vorwort verhehlt nicht, wie der Bolschewismus zu ihnen steht. Er billigt diese Einzelaktionen nicht, er achtete die Täter.“

Nach Schilderung der Tatsache, daß die Figner die ehemaligen zaristischen Archive durchgesehen hat und ihre Verräter feststellen konnte:

„Voll Trauer legen wir das Büchlein aus der Hand. Bei uns werden keine derartigen Archive geöffnet, weil das nicht „opportun“ ist; wir behalten dieselben kaiserlichen Beamten in der Regierung, weil sie doch die Verordnungen so schön kennen, und so hat jedes Land, was es verdient: das eine seine Bestimmung und das andere seine Bestimmungen.“

Wir haben es hier also nachweislich mit einer offenen Verherrlichung des Meuchelmordes zu tun, wobei die bolschewistischen Mörder hoch über die deutschen Attentäter gestellt und gelobt werden. Sie und ihre „Opferwilligkeit" werden ausdrücklich als Vorbild für Deutschland hingestellt, wobei nebenbei Dr. Cuno als ehemaliger Reichskanzler beschimpft wird.

Ferner bedauert Tucholsky, daß diejenigen, die bolschewistische Mordanschläge in Deutschland verhindert haben, nicht feststellbar sind.

Und dann erhebt der Jude die Beschuldigung gegen sämtliche deutsche Behörden, also Richter, Staatsanwälte, Regierungen, Mörder zu begünstigen!

Die „Weltbühne" ist nicht verboten worden. Gegen Tucholsky und Siegfried Jacobsohn als verantwortlichen Herausgeber der Zeitschrift ist kein Verfahren eingeleitet worden.

Die Verherrlichung des bolschewistischen Mördergesindels ist durch die Verbreitung der „Weltbühne" in allen deutschen Großstädten überall geschehen. Also ist z. B. auch München der Tatort des Verbrechens. Wir fragen deshalb den Bayerischen Volksparteiler und Ministerpräsidenten Held: Was gedenken Sie gegen diese Aufwiegelung zum Morde seitens demokratischer Bolschewisten zu tun?

Der Nürnberger „Stürmer" wurde beschlagnahmt, bloß weil er eine sachliche Anfrage gebracht hatte, ob es wahr sei, daß der Vorsitzende des Luppe-Prozesses vor der Verhandlung mit Luppe und seinem Rechtsanwalt Süßheim gespeist hätte. Der Unterzeichnete wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil der „Völkische Beobachter" dieses ungerechtfertigte Vorgehen einen „schamlosen Willkürakt" genannt hatte. Die genannte Ausgabe der „Weltbühne" bringt außer dem Aufsatz von Tucholsky auf Seite 278 vom Herausgeber Jacobsohn selbst eine Notiz über die Magdeburger Mordaffäre, in der die dortigen Richter als „Abhub des Landes" und ihr Vorgehen als ein „Buben-

stück" bezeichnet wird. Kein Finger rührt sich, um die beschimpften Richter — Kölling und Hofmann — vor diesen Anpöbelungen zu schützen.

Wir erwarten, daß die deutschen Soldaten, die sich gerade jetzt in Nürnberg zusammenfinden, diese Dinge der breitesten Öffentlichkeit unterbreiten.

Wir erwarten, daß alle nationalsozialistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten die Beschlagnahme und das Verbot der „Weltbühne" und die Verfolgung des Dr. Kurt Tucholsky und des Siegfried Jacobsohn fordern wegen Mörderverherrlichung, Begünstigung und Vorwurf des Mörderschutzes gegen alle deutschen Behörden.

Wir erwarten auch, daß die übrige nationale Presse, die nationalen Verbände und Abgeordneten sich wenigstens in diesem Fall aufraffen zum Kampf gegen die alljüdische Gewaltsbolschewisierung.

Die kommende Koalition und das deutschnationale Liebeswerben.

„Völkischer Beobachter", 5./6. September 1926.

Immer peinlicher berührt das Streben der Deutschnationalen Volkspartei, unter allen Umständen in die Regierung Marx/Stresemann einzutreten, um an dem sog. „Wiederaufbau der Wirtschaft" teilzunehmen und sich die Pfründe nicht entgehen zu lassen, die durch eine Regierungsbeteiligung winkt. Die Herren haben alle möglichen Kombinationen zahlenmäßig ausprobiert, aber mit Betrübnis entdeckt, daß zu einer Mehrheit im heutigen Reichstag immer noch 23 Stimmen fehlen. Es blieb den Deutschnationalen nichts übrig, als mit einem erneuten Flehen dem Zentrum gegenüber zu beginnen. Den besten Anlaß dazu gab der kürzlich vor sich gegangene Zentrumstag in Breslau, der sich noch immer „Deutscher Katholikentag" heißt.

Ein Prominenter griff eigenhändig zur Feder und schrieb einen langen Preisgesang auf die Stimmung der Breslauer Versammlung und spendete sein deutschnationales Lob in der Hoffnung, die politischen Lorbeeren durch eine Wohlgeneigtheit des Zentrums bald pflücken zu können.

Wir wissen nicht, ob die deutschnationale Führung tatsächlich übersehen hat, daß den wirklich nationalen Teilnehmern der Versammlung angesichts der rückgratlosen Reden immer schlechter wurde und sie massenweise den Saal verließen. Auf der Zentrumsversammlung in Breslau erklärte der ehemalige bayerische Ministerpräsident Lerchenfeld in einer reichlich weinerlichen Rede am Schluß, daß nicht die Nation Selbstzweck wie eine Gottheit sei und daß die Deutschen und die anderen Völker „durch die Überspannung des Machtgedankens gefehlt" hätten. Hat dem Herrn von der Deutschnationalen Volkspartei gerade dieser Satz ausnehmend gefallen? Die Pazifisten mehren sich nämlich in seiner Partei. Angesichts der Bethmann Hollweg, Lichnowsky und Graf Bernstorf, Eckardstein usw. wirkt das Bekenntnis des Grafen Lerchenfeld ganz besonders unwahr. Den Vogel hat aber jedenfalls der Generaldirektor des katholischen Volksvereins, Dr. Hohn, abgeschossen, der pathetisch erklärte: „Wir können keinen Faschismus brauchen und keinen Chauvinismus, weil wir ihn besonders in Nachbarländern haben groß werden und die Volksmehrheit wenigstens äußerlich schließen sehen."

Aus diesen Worten kann man nur entnehmen, daß dem Herrn Generaldirektor Hohn das „Schließen einer Volksmehrheit" im Sinne eines starken Nationalismus höchst unerwünscht ist und daß er folglich alles in seinen Kräften Liegende tun wird, um die Schließung auch der deutschen Volksmehrheit im nationalen Sinne zu hintertreiben. Hat der Deutschnationalen Volkspartei vielleicht dieses Bekenntnis als ein besonders schöner Ausdruck religiösen Gefühls gefallen?

Wie dem auch sein möge, jedenfalls warten die deutschnationalen Helden nur den Eintritt Stresemanns in den Völkerbund ab, um dann gemeinsam die Aufbauarbeit für die Diktate dieses Bundes zu beginnen.

Was die Zentrumsseite tun wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit voraussehen. Aber wahrscheinlich ist, daß die Pressekanonade gegen die Deutschnationalen zunächst ruhig ihren Fortgang nehmen, daß aber dann das Zentrum doch nicht ungeneigt sein wird, mit den Deutschnationalen Hand in Hand zu gehen und dies aus folgendem Grunde:

Bekanntlich ist der Nuntius Pacelli in Berlin, um nach dem geglückten bayerischen Konkordat noch das Reichskonkordat abzuschließen und die Stellung des Vatikans im inneren deutschen Leben erneut auf Kosten der nationalen Selbstbestimmung zu stärken. Nun ist trotz aller bestehenden Liebe zwischen Zentrum und Sozialdemokratie die Durchsetzung dieser Bestrebungen mit Hilfe des Marxismus doch nicht zu bewerkstelligen, und was die Sozialdemokraten auch ihren geliebten politischen Reichsbanner-Brüdern in Marx und Wirth alles zu Liebe tun, das können sie nicht machen.

Folglich hat auch das Zentrum alle Ursache, sich nach einem Bundesgenossen für diesen Fall umzusehen und da die Deutschnationalen mit sehnsuchtsvoll ausgestreckten Armlein dastehen und um gut Wetter bitten, so wird sich das Zentrum in seiner bekannten Nächstenliebe doch wohl erbarmen. Wenn die Deutschnationalen dann von vornherein und ohne zu mucken, ihre Zustimmung zum Reichskonkordat geben, wie es zwischen Pacelli und dem Zentrumsbruder Marx abgeschlossen werden wird, so steht zu erwarten, daß man vielleicht im inneren Ministerium ein bißchen herumwirtschaften darf und einige andere deutschnationale Wirtschaftsforderungen zugunsten der Deutschnationalen Volkspartei Bewilligung finden.

Wenn die Deutschnationalen aber meinen sollten, daß dieses Bündnis zwischen ihnen und dem Zentrum ewig dauern könnte, so werden sie sich irren, wie sie sich bisher noch immer geirrt haben, wenn sie glaubten, einen besonders klugen Schritt zu tun.

Denn es ist klar, daß sofort nach dem Abschluß der Annahme des Konkordates durch den Reichstag eine merkliche Abkühlung der Freundschaft zwischen dem Zentrum und dem deutschnationalen Mohren beginnen wird. Irgendein Vorwand läßt sich noch immer finden (etwa eine mißliebige Rede eines protestantischen Pfarrers), dann kommt ein Krach, die Regierung wird wieder einmal gelöst, den Deutschnationalen wird ihr Stühlchen wieder einmal vor die Tür gesetzt und der kommenden großen Koalition steht nichts mehr im Wege. Dr. Wirth, Herr Haas und Herr Loebe werden ihre Reichsbanner-Republikanische Union mit Jahwes Hilfe dann soweit fertig haben, daß der großen Säuberungsaktion der Republik zugunsten der republikanischen Anwärter nichts mehr im Wege steht und den Deutschnationalen wird dann nichts weiter übrig bleiben, als eine große schwarz-rot-gelbe Bauchbinde sich umzubinden, und sich gleichfalls ergeben einzuordnen in den Geist von Locarno, Weimar und Germersheim.

Wulle auf richtigem Wege.

„Völkischer Beobachter“, 7. September 1926.

In Sachsen stehen die Landtagswahlen bevor. Wie wir bereits berichteten, haben diesmal die Wehrverbände die Initiative in die Hand genommen und erklärt, sie würden nur eine bürgerliche Koalition unterstützen, die sich zu einer antimarxistischen Politik verpflichte. Diese Erklärung hat nun zu einer gewissen „Verbundenheit der Rechten“ geführt. Selbstverständlich haben wir uns davon fern gehal-

ten, da wir von der Ideenlosigkeit des Bürgertums der sogenannten „nationalen“ Parteien überhaupt nichts erwarten. Wir verzeichnen aber, daß die „Deutsch-Völkische Freiheitspartei“ sich der „bürgerlichen Einheitsfront“ angeschlossen hat. Dieser Entschluß ist sehr zu begrüßen und nach zwei Richtungen hin sehr weise.

Erstens ist Herrn Wulle sehr genau bekannt, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei zwar eine Anzahl von Ortsgruppenführern besitzt, aber keine Ortsgruppen selbst. Diese sind nach und nach eingeschrumpft und somit eines ganz natürlichen Todes gestorben. Außer Mecklenburg ist so gut wie nichts übrig geblieben von der Wullebewegung, und er hat somit sehr einsichtsvoll gehandelt, zu den sächsischen Wahlen keine eigene Liste aufzustellen.

Zweitens spricht der Schritt ungewollt die innere Umkehr aus, die sich in den „Führerkreisen“ der Deutschvölkischen Freiheitspartei bereits vollzogen hat: die Erkenntnis, daß es angesichts des Mißerfolges, auf eigenen Füßen stehen zu wollen, allmählich an der Zeit wird, wieder Anschluß bei den Deutschnationalen zu suchen. Es ist anzunehmen, daß das Leben selbst die Abgeirrten wieder auf den richtigen Weg zurückführen wird. Und hier haben die Wulles wirklich eine Mission, nicht indem sie die von Hitler Abgefallenen auflesen und „organisieren“.

Die Deutschnationale Volkspartei hat in früheren Jahren ja auch kein Heldendasein geführt, aber immerhin wagte der eine oder andere doch noch eine Lippe. Selbst gegen die alljüdische Hochfinanz. Das hat sich seit 1923 sehr geändert. Die Partei ist auf dem besten Wege zu den Stresemännern und Theodor Wolffs. Das Benehmen während der Abstimmung über die Dawesgesetze hat die Halbheit des ganzen Gebildes offenbart; eines Gebildes, das weder „regierungstreu“ ist, noch den Mut zu einer Opposition aufbrachte, weil es vollkommen ideenlos ist. Hier liegt ein ungeheures Arbeitsfeld für die Deutschvölkischen vor.

Zu den Wahlen von 1924 trug jeder Kandidat der Deutschvölkischen Freiheitspartei rot angestrichene Schriften der Nationalsozialisten in der Tasche herum, um die nationalsozialistischen Gedanken zu „verkünden".

Hier hat doch vieles abgefärbt und mancher Deutschvölkische hat innere Form und Gehalt durch den Nationalsozialismus erhalten, der ihm auch eine scharfe und klare Opposition gegen das heute herrschende System ermöglicht. Antisemitisch war die Deutschvölkische Freiheitspartei von sich aus. Aus diesen Gesichtspunkten wäre es also zu begrüßen, wenn die Deutschvölkischen, die den positiven Nationalsozialismus doch nicht vertreten können, sich wenigstens dadurch nützlich machen, daß sie mit allen Kräften danach streben, dem antisemitischen Teil der Deutschnationalen ein Übergewicht über den demokratischen zu verschaffen. Gelingt es ihnen, dann wird die ganze antisemitische Front gestärkt; gelingt es nicht, so soll die DNVP. ruhig auch äußerlich zerspringen. Dies wird dann zur Folge haben, daß die zum großen Teil guten Wähler vor neue Entscheidungen gestellt werden. Das ist tausendmal besser als die faulige Atmosphäre, die durch die Arbeit der Führung entstanden ist.

Die große Frage besteht allerdings darin, ob die Deutschnationalen die Deutschvölkischen überhaupt aufnehmen wollen. Und wenn ja, ob ihnen die gewünschten „sicheren Mandate" für die „Führerschaft" zugesagt werden. Allerdings hätten die Deutschnationalen einiges Interesse daran, die Störenfriede zu „beruhigen", aber sie werden es doch nur in der Weise tun wollen, daß diese einflußlos bleiben und der Glorienschein der „Führer" nicht verdunkelt wird. Ein erbitterter Kleinkampf um die Abgrenzung der Befugnisse stände jedenfalls bevor, aber, rein sachlich betrachtet, wäre es politisch ebenso folgerichtig wie innerlich selbstverständlich, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei dorthin zurückkehrt, von wo sie gekommen ist.

Die jetzige Rolle wird immer grotesker, stellenweise bereits komisch, wie alles Unschlüssig-Anorganische komisch wirkt. Uns können Wahlerfolge ebenso kühl lassen wie Wahlmißerfolge, weil die Wahl für uns in erster Linie nur eine Gelegenheit zu politischer Aktivität ist und diese Ausnutzung der politischen Aufmerksamkeit sich nicht immer sofort in der Wahlzeit ausdrückt, sondern erst später. Für die Deutschvölkische Freiheitspartei bedeutet aber eine Wahlniederlage einen Schlaganfall, deshalb ist es für ihre Führer ratsam, die Bewegungslosigkeit ihrer Bewegung zu erkennen und die Folgerungen daraus zu ziehen.

Soeben fand die „Reichstagung" der Partei in Berlin statt. Wulle streckte gleich bei der Eröffnungsrede sehr merklich die Hand zu den Deutschnationalen herüber, bedauerte aber die Haltung der DNVP. in der Völkerbundsfrage. Nun, er sollte aufhören zu bedauern und die Verhandlung zur Verschmelzung eröffnen. Das ist der einzig mögliche Schritt, den die Deutschvölkische Freiheitspartei tun kann. Ihr bleibt nur die Wahl: Deutschnationale Volkspartei oder einschrumpfen und an Blutarmut sterben.

Mahraun neben Severing.

„Völkischer Beobachter", 11. September 1926.

Die Rede Mahrauns in Weimar liegt jetzt im Wortlaut vor („Der Jungdeutsche" Nr. 210). Von vornherein wollen wir erklären, daß uns vieles an ihr gefallen hat; wiederholt er doch genau dasselbe, was Adolf Hitler seit sieben Jahren predigt: Überbrückung von Klassengeist und Standesdünkel. Kampf dem Bolschewismus. Kampf der internationalen Hochfinanz. Dienst für die ganze Nation. Nicht die Majorität entscheidet, sondern hochwertige

Minderheit. Wir haben also, was diese Punkte anbetrifft, keinerlei Ursache zur Kritik; im Gegenteil, wir können uns freuen, daß die nationalsozialistischen Gedanken, ganz gleich, wie sie sich auch nennen mögen, überhaupt vertreten werden. Aber leider ist ein Wenn dabei.

Mahraun bekämpft den Bolschewismus. Nirgends aber tritt aus seiner Rede hervor, daß dieser Bolschewismus nur ein Teil des Gesamtmarxismus ist, der bloß die Mutigeren umfaßt. Die Sozialdemokratie nebst ihren Führern ist die zweite Etappe — nach der demokratischen — zum Ziel der Völkerzersetzung und -vernichtung. Mahraun bekämpft also nicht das System, die marxistische Weltanschauung, sondern bloß eine besonders auffallende Erscheinung des Systems. Aus dieser oberflächlichen Haltung ergibt es sich, daß er das „Reichsbanner" mit geradezu zärtlicher Fürsorge kritisiert und über Hörsings Sprüche als über „große Reden" berichten läßt. Das Reichsbanner bedeutet seinem Wesen nach die betrügerische Fesselung mancher guter Deutscher, um sie zu verhindern, Anschluß an eine deutsche Bewegung zu suchen, in der Hoffnung, sie erneut als Sturmböcke für eine neue Revolution ansetzen zu können, wenn etwa der Barmatprozeß gefährlich werden sollte.

Und während Severings Partei eine unglaubliche Hetze gegen alles Nationale führt, während das demokratisch-marxistische „Andere Vaterland" die Aufhebung des Begriffs Landesverrat fordert, sagte Mahraun in Weimar:

„Der Jungdeutsche Orden wendet sich gegen jede Hetze, weil er heroisch kämpfen will. So haben wir die jetzige Severing-Hetze nicht billigen können. Wir sind nicht Severings Freunde, denn Severing hat den Jungdeutschen Orden zweimal verboten. Aber wenn jetzt Teile der nationalen Bewegung ihm die ehrliche Gesinnung absprechen, weil ein früherer Sozialdemokrat Vorwürfe gegen ihn erhebt, dann möchte ich sagen: meine Gegner möchte ich nicht bekämpfen durch Renegaten und Abtrünnige, sondern nur durch Überzeugung. Ich bin kein Freund Severings, aber ein Anhänger anständiger Kampfmethoden. Das ist die Anwendung des Heroismus."

Diese Redensarten für die „Gartenlaube" als Heroismus bezeichnet zu hören, hat allen Spießbürgern wohlgetan. Sie wissen jetzt: die Sache ist nicht gefährlich. Severing wird sich beim Lesen dieser Worte außerordentlich erfreut die Hände gerieben haben.

So werden tatsächlich durch die Politik Mahrauns die Geschäfte jener Parteien besorgt, denen wir den 9. November 1918, Versailles, Ruhr usw. zu verdanken haben. Sicher ungewollt, fördert also die jungdeutsche Politik nicht die ganze Nation, wie Mahraun sich ausdrückt, sondern jene Gruppen, die gegen die Nation stehen.

Zudem vermeidet Mahraun mit spürbarer Ängstlichkeit, die „internationale Hochfinanz" mit Namen zu nennen. Die Tatsache, daß wir es hier mit einer bewußt jüdischen Weltpolitik zu tun haben, wird verschwiegen. Somit ist auch dieser Heroismus ein ungefährliches Gefecht mit Pappschwertern. Durch das Verschweigen besorgt aber Mahraun die Politik der Vertuschung, wie sie die alljüdische Demokraten- und Marxistenpresse zur Irreführung der Welt betreibt.

Mahrauns politischer „Heroismus" geht also überall auf Filzpantoffeln. Severing und Theodor Wolff können zufrieden sein. Von dort droht der Dawes-Politik keine Gefahr!

Sinowjews Sprengversuche.

„Völkischer Beobachter", 16. September 1926.

Der Jude Sinowjew-Apfelbaum war eine der blutigsten Größen der bolschewistischen Revolution. Er war erster Vorsitzender der kommunistischen Internationale und spielte auch sonst eine große Rolle in Sowjet-Rußland. 1932 wagte er einen Widerspruch gegen Stalin, wurde eingekerkert und flehte um Verzeihung mit den Worten, er erkenne an, daß er ein „Hund und Ver-

räter" sei. Man ließ ihn dann eine Zeit lang ungeschoren. 1936 wurde er aber Stalin wiederum unbequem und dieser ließ nach einem Schauprozeß ihn kurzerhand erschießen.

In Moskau tobt erbitterter Kampf zwischen der offiziellen Partei und den in Ungnade gefallenen Sinowjew und Genossen. Apfelbaum schäumt natürlich vor Wut und hat alles getan, um seine Widersacher zu gefährden. Die erste Judenbombe der Eifersucht ist bereits geplatzt; in Berlin. Die hinausgeworfenen Scholem und Genossen haben sich offenbar mit Apfelbaum in Beziehung gesetzt und sich mit allen Unzufriedenen verbunden. 700 Funktionäre der KPD., darunter auch alte Anhänger, haben sich mit Apfelbaum-Scholem solidarisch erklärt und opponieren in einem „Manifest" gegen die „Liquidierung des Leninismus". Die Sprache, die sie führen, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

„Wenn der Vorsitzende des Präsidiums der Ekki (Sinowjew) als Spalter der bedeutendsten Sektion der Komintern beschuldigt wird, wenn derselbe Sinowjew, der von der Gründung der Komintern an ihr Präsident ist, angeblich an der Spitze einer illegalen Fraktion stehen soll, so müssen diesen Anschuldigungen Dinge von weittragender Bedeutung vorausgegangen sein. Wenn der Präsident der Komintern und eine Reihe anderer alter bewährter Bolschewiken aus dem Politbureau und Zentralkomitee der wichtigsten Parteien der Komintern gejagt, vor den Augen einer entzückten Bourgeoisie unter dem Jubel aller Menschewisten inner- und außerhalb der Komintern durch die Gosse geschleift und durch die Presse sämtlicher kommunistischer Parteien mit Schmutzkübeln überschüttet werden, dann kann das nicht ohne die ernstesten Folgen für die Komintern sein."

„Durch derartige Methoden kann man die Komintern nur ruinieren! Die Bedeutung dieser Vorgänge für die Komintern liegt auf der Hand.

Die Hetze, die jetzt gegen Sinowjew usw. entfaltet wird, versteht jeder politisch denkende Arbeiter als den Versuch, die Komintern als revolutionäre Organisation des Weltproletariats zu liquidieren ..."

„Besonders katastrophal muß sich diese Methode in unserer Partei, der KPD., auswirken. Man darf nicht vergessen, daß der Ekkibrief vor einem Jahre angeblich die Partei normalisieren sollte. Seine

Folgen waren eine vollkommene Desorganisation und Atomisierung der KPD. und eine restlose Restaurierung der Rechten."

„Für die deutsche Arbeiterschaft ist Sinowjew der Mann von Halle. Seine Absägung wird verstanden als nachträgliche Desavouierung von Halle."

„Wir weisen jede Revision des Leninismus auf das entschiedenste zurück. Zurück zu Lenin, zum wirklichen, echten, unverfälschten Leninismus!"

In Halle trat der feiste Bourgeois Apfelbaum vor die USP. und predigte zum ersten Male in eigener Person in Deutschland Weltrevolution. Diese Ehre hat man also nicht vergessen. Und daß die Moskauer Bolschewisten beschuldigt werden, die „revolutionäre Organisation des Weltproletariats" zu zertrümmern, ist auch ein hübscher Witz der Weltgeschichte.

Die „Rote Fahne", die Stimme Moskaus in Berlin, ist wütend. Sie schreibt:

„Es handelt sich um ein Schanddokument von der schlimmsten antibolschewistischen Sorte: was den Inhalt des Schanddokuments anbetrifft, so enthält es nur noch krassere Wiederholung der bekannten Hetzparolen und Lügen des Maslow-Kreises... Die „Erklärung" der Renegaten ist ihrem Inhalt nach eine Sammlung der schlimmsten kautskyanischen Gedankengänge, ihrem praktischen Sinn nach ein Vorstoß zur Parteispaltung, ihrem taktischen Zweck nach ein Betrugsmanöver, um die parteitreuen Teile der Opposition für die Parteifeinde zu gewinnen."

Also das Blatt, das jahrelang vor Sinowjew auf dem Bauche kroch, beschuldigt diesen Parteigänger jetzt des „Antibolschewismus". Da geschieht dem Grischa Apfelbaum aber bitteres Unrecht. Er ist von jeher Lenins getreuer Spion gewesen; schon in Zürich. Bloß ist er wütend über den Fußtritt eines stärkeren Genossen...

Der Papst der jetzigen KPD. veröffentlicht dann noch einen flehenden Aufsatz an die Adresse der soeben geschmähten 700 und ersucht sie, ihre „erschlichenen" Unterschriften zurückzuziehen und sagt dann:

„Schärfster Kampf den Machern der Unterschriftensammlung, den Fraktionsmachern, den Parteischädlingen, den Saboteuren jeder revo-

lutionären Arbeit! Diese Elemente haben jetzt klar ihr Gesicht gezeigt, ihnen gegenüber die gesamte Front der Parteimitgliedschaft! Je stärker die Partei ihre revolutionäre Arbeit erfüllt, je weniger die Parteigenossen sich durch die Parteidiskussion von diesen Elementen abhalten lassen, je stärker die Parteigenossen den Kongreß der Werktätigen vorbereiten und damit die Voraussetzungen für die weitere Steigerung der Bewegung und eines ernsten Kampfes für die revolutionären Forderungen schaffen, je mehr wird es der Maslow-Ruth-Fischer-Urbahn-Gruppe unmöglich gemacht werden, die Parteigenossen zu desorganisieren, sie mit Mißtrauen gegen die Parteileitung und untereinander zu erfüllen und die Parteieinheit in Gefahr zu bringen. Deshalb auf zur revolutionären Arbeit gegen ihre Saboteure!“

Im übrigen will die „Rote Fahne“ die 700 als einfache Mitglieder hinstellen, wo es sich um führende Vertrauensmänner handelt. Das ist verzweifelte Notwehr.

Die Zersetzung der KPD. ist also offenkundig. Für den deutschen Arbeiter aber ergibt sich logischerweise folgende Überlegung:

Jahrelang habe ich der SPD. angehört. Dann sah ich, daß diese Schieberbonzen uns an das Kapital und den französischen Militarismus verrieten. Ich ging zur KPD. Und nun sehe ich, daß Moskau im trautesten Verein mit allen Großkapitalisten genau so kapitalistisch arbeitet, wie es die Pariser Bourgeois selbst tun. Alle Opfer sind umsonst gewesen. Liegt die Schuld nun an den Menschen, die uns führen oder am System? — Offenbar an beiden. Der Marxismus hat das Leihkapital nicht bekämpft, sondern marschiert mit der Hochfinanz zusammen. Ob im Völkerbund, ob außerhalb desselben. Die Führer sind überall gewöhnliche Schieber. Davon 90% Juden. Diese haben scheint's doch andere Pläne gehabt, als sie vorgaben. Das ist jetzt deutlich geworden. Worin liegt jetzt die Lösung!?

Daraus ergibt sich nur die Antwort, die der Nationalsozialismus gegeben hat:

Kampf der Hochfinanz, Ausrottung der Schieber. Erkennen der Schicksalsverbundenheit aller Deutschen, Ersetzung des korruptiven Parlamentarismus durch eine na-

tionalistische und sozialistische Regierung, um die Wege freizumachen für echtes schaffendes Arbeitertum der Stirn und der Faust. Gegen alte Verkalkung der Falschnationalen und gegen die falschen Sozialisten, die uns allesamt verraten haben!

Stresemann und die Loge.

„Völkischer Beobachter", 9. Oktober 1926.

Wir haben fortwährend auf Stresemanns freimaurerisches Wirken im Zusammenhang mit Locarno und dem Völkerbund hingewiesen, zuletzt, als zu gleicher Zeit, da mit den drei freimaurerischen Hammerschlägen die Aufnahme Deutschlands in den Genfer Bund verkündet wurde, in Belgrad der internationale Freimaurerkongreß stattfand, auf dem der deutsche und der französische Vertreter den „Bruderkuß" austauschten. Nur sehr naive Menschen werden dieses Zusammentreffen als zufällig empfunden haben. Vielmehr ist klar, daß in Belgrad offen unterstrichen wurde, was man in Genf doch noch nicht tun konnte.

Wenn nun in der völkischen Presse von Stresemann als dem Vertrauten oder Agenten der Weltfreimaurerei gesprochen wird, so wird damit wohl nicht die Behauptung aufgestellt, Stresemann sei materiell abhängig oder empfange Befehle aus London oder Paris, aber wohl wird dadurch — und mit Recht — darauf hingewiesen, daß die Politik Stresemanns sich auf der Deutschland gegenüber einheitlichen Linie der Logenpolitik bewegt.

Stresemann ist sich über die weltbestimmenden Mächte der Freimaurerei jedenfalls bewußt gewesen. Vermutlich stimmte seine verschwommene „Ideologie" auch mit dem Logen-Kanon überein, als er kurz vor seiner Reichskanzlerschaft sich in die Loge „Friedrich der Große" aufnehmen

ließ. Großmeister Habicht vollzog die „Erteilung des Lichts" am 22. Juni 1923, wie der kürzlich verstorbene Freimaurerführer in Argentinien, Br. Theodor Aleman, sagte: „im Beisein einer großen Assistenz". In dem Brief, in dem diese Worte stehen, heißt es noch: „Da Stresemann der erste deutsche Reichskanzler ist, der in die Freimaurerei aufgenommen wurde, so kommt dem Ereignis eine besondere Bedeutung zu." Geschrieben wurden diese Worte am 20. Oktober 1923, veröffentlicht in der Novembernummer der „Cadena de Union" (Die Bruderkette).

Ende August 1925 fand zu Basel ein internationaler Maurerkongreß statt, auf dem der Vorsitzende, der Schweizer, Br. Wirth, wörtlich erklärte: „Die Freimaurerei ist ein Menschheitsbund, nicht ein loderer Verband nationalistisch eingestellter Klubs." Auf diesem Kongreß wurde fast nur Politik getrieben und der französische Br. Bernardin erklärte, „er begrüße mit aufrichtiger Freude, daß der deutsche Bruder Stresemann aus eigener Initiative Vorschläge zu einem Rechts- und Schiedsabkommen zwischen den europäischen Staaten gemacht" habe. Das sei „eine politische und gleichzeitig freimaurerische Tat".

Hier haben wir also aus berufenem Munde die Aufklärung über gewisse Zusammenhänge.

Und daß Stresemann ganz genau weiß, mit wem er es zu tun hat, zeigt seine Rede vor dem Völkerbund, in der er betont den „göttlichen Baumeister der Welt" erwähnte, — eine stehende freimaurerische Redensart, die gar nicht mißzuverstehen ist.

Weil Stresemann — gleich aus welchen Gründen — der alljüdisch-freimaurerischen Politik gefolgt ist, deshalb wird er von Demokratie und Marxismus gelobt. Und er wird nur so lange gelobt werden, als er in der gleichen Linie weiter „arbeitet".

Der Kongreß der Brüder zu Basel beschloß am 30. August 1925 die „Versöhnung" zwischen Deutschland und Frank-

reich. Sie ist da: das Eisenkartell ist gebildet. Frankreich steht bis an die Zähne bewaffnet da. Im Osten lauern seine kleinen Trabanten. Deutschland unterwirft sich und jagt jetzt v. Seeckt zum Teufel.

Und Stresemann? Die „Vossische Zeitung" erzählt, als er in Berlin ankam, hätte er „übers ganze Gesicht gelacht".

Wie Matthias Erzberger!

Der Herr von Preußen.

„Völkischer Beobachter", 17. November 1926.

Kürzlich hat im sogenannten Preußen eine Ernennung stattgefunden, die wieder einmal die fürchterliche Lage in Deutschland kennzeichnet; der Zionistenführer Hermann Badt wurde Ministerialdirektor und Vertreter Preußens im Reichsrat!

Ich konnte leider diese Nachricht bisher nicht näher würdigen, da ich in einer Gefängniszelle des ruhmvollen und ebenso frommen Freistaates Bayern mich aufhalten durfte. Deshalb die Verspätung.

Zunächst die auf Badt bezügliche Meldung seines Parteiblattes, der „Jüdischen Rundschau" (Nr. 85, 1926):

„Das Preußische Staatsministerium ernannte unseren Gesinnungsgenossen, den bisherigen Ministerialrat im Preußischen Innenministerium, Dr. Hermann Badt, zum Ministerialdirektor und zum Handelsbevollmächtigten Preußens im Reichsrat. Dr. Badt ist der erste ungetaufte Jude, der in Preußen in der Beamtenlaufbahn zur Stellung eines Ministerialdirektors emporgerückt ist. Diese Ernennung hat eine grundsätzliche Bedeutung. Seit zwanzig Jahren steht Dr. Badt in der zionistischen Organisation und tritt für eine zionistische Lösung der Judenfrage ein. Er ist deswegen von jüdischer Seite heftig bekämpft worden. Man ging sogar so weit, bis in die letzten Tage seiner Ernennung, Behörden vorzuhalten, daß er als Zionist im staatsbürgerlichen Sinne nicht genügend zuverlässig sei. Das Staatsministerium hat durch die Ernennung Dr. Badts zu erkennen gegeben, daß es weit von einer Auffassung abrückt, die seiner-

zeit in den Sozialdemokraten und nunmehr in den Zionisten vaterlandslose Gesellen erblickt, und zwar nur deshalb, weil diese die Meinung vertreten, daß gewisse Menschheitsprobleme nur auf internationalem Wege zu lösen sind. Ähnlich wie in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten gelangt nun auch in Preußen ein Zionist, unbeschadet seiner jüdischen Parteistellung, auf den Posten eines hohen Staatsfunktionärs. Dr. Badt hat seiner Karriere niemals Konzessionen gemacht und stets in entschiedenster Weise die Forderung jüdisch-assimilatorischer Kreise, formell aus der Zionistischen Organisation auszutreten, abgelehnt."

Damit ist deutlich genug die hohe Befriedigung zum Ausdruck gebracht, einen Vertreter der jüdisch-völkischen Hebräerschaft als Ohrenzeugen und Wortführer bei den vertraulichsten Beratungen deutscher Politik zu sehen; wohlgemerkt als Beauftragten des größten deutschen Bundesstaates. Um diese Ungeheuerlichkeit ganz zu erfassen, muß man folgendes wissen:

Schon Theodor Herzl hatte um Englands Unterstützung der zionistischen Sache gebuhlt und dann vermerkt, wenn England die Juden fördere, werde es 10 Millionen geheime Untertanen erhalten, d. h. die Juden in allen Ländern. Am 2. November 1917 verpflichtete sich Großbritannien offiziell, das Protektorat über das, noch türkische, Palästina übernehmen und zugleich die sogenannten Rechte der Juden in allen Staaten schützen zu wollen.

Diese seitens der englischen Regierung an Lord Rothschild als den Vertreter des Weltjudentums gerichtete Deklaration lief also darauf hinaus, das jüdische Interesse mit dem britischen gleichzusetzen. Vom deutschen Gesichtspunkt aus mußte nun jeder deutsche Staatsbürger als Landesverräter angesehen werden, der diese sogenannte Balfour-Deklaration sich zu fördern erdreistete. Denn die Türkei kämpfte als Deutschlands Verbündeter mit ihm Schulter an Schulter um ihr Dasein, während der englisch-zionistische Plan nur nach einer Niederlage der Türkei und Deutschlands zu verwirklichen war, wie es sich ja auch gezeigt hat.

Der ehemalige „englische“ Minister und Zionistenführer Alfred Mond hat nun bereits 1921 in einer großen Rede frohlockend erklärt, die Balfour-Deklaration hätte sehr einflußreiche jüdische Sympathien in allen Ländern hervorgerufen, womit er eindeutig auf eine Hilfe seitens der „deutschen Staatsbürger“ zionistischen (und wohl nicht nur zionistischen) Parteibekenntnisses hinwies. Aber noch mehr:

Auf einer 1920 nach London einberufenen zionistischen Vertretertagung traten auch Delegierte der Zionisten Deutschlands auf, u. a. Richard Lichtheim, der Parteigenosse des neuernannten „preußischen“ Vertreters im deutschen Reichsrat, Dr. Hermann Badt. Dieser Lichtheim erklärte offen, die deutschen Zionisten hätten sich sofort hinter die Balfour-Deklaration gestellt, d. h., ein „deutscher Staatsbürger“ gab im Namen einer ganzen Partei vor aller Welt zu, eine Bestrebung zu unterstützen, die nur durch eine Niederlage jenes Staates zu verwirklichen war, deren Bürgerrechte er genoß!

Ich habe den Wortlaut der Rede dieses Zionistenführers nebst einer Reihe ähnlicher Dokumente bereits vor fünf Jahren in meiner Schrift „Der staatsfeindliche Zionismus“ veröffentlicht. Ich habe den Staatsanwalt aufgerufen, sich mit diesen Dingen zu befassen. Natürlich vergebens! Die „Jüdische Rundschau“, das Parteiorgan des Dr. Badt, hat dann oft erklärt, sie ließe sich nur von jüdischen Interessen leiten; z. B. sagte sie auch einmal, auch die Fragen der Auswanderung gehörten dazu, und die Juden hätten die Macht, diese so zu regeln, wie es ihnen dienlich schiene.

Ein Jude nimmt also heute ganz öffentlich an Beratungen teil, die allervertraulichster Natur sind, und gehört ebenso offiziell einer Organisation an, die offen erklärt, nichts als jüdische Interessen zu vertreten, die „alljüdische Tat“, nach der Oskar Wassermann, Zionist und Direktor der Deutschen Bank, öffentlich rief!

Die ganze Angelegenheit wird dadurch noch grotesker, daß der Alljude Badt zugleich Sozialdemokrat ist, d. h., er vertritt sowohl eine Partei, die einen fanatischen Nationalismus verkündet, als auch eine andere, die den fanatischen Internationalismus predigt. Das bedeutet praktisch ein Arbeiten für Stärkung des Judentums und Schwächung des Deutschtums. Zudem gehört zur zionistischen Partei geradezu eine Auslese alljüdischer Großkapitalisten und Börsenmänner: ich nannte schon Oskar Wassermann in Deutschland, dann den Nickelkönig und Millionär Mond in England, die Rothschilds, Albert Belisha und Nathan Loski, zwei Großindustrielle aus Manchester; Herbert Samuel, Leiter eines Farbentrusts, Verwandten des großen Petroleumhändlers M. Samuel (geadelt Lord Bearstead); Senator van der Bergh, Holland, Chef einer großen Handelsfirma, della Torre, „italienischen" Großbankier usw. usw. Als „Deutscher" ist aber Herr Badt — Proletarierführer.

Dieses Verhältnis wiederholt sich übrigens: der „Genosse" Cohen-Reuß schreibt Bücher: Pro-Palästina und bleibt Arbeiterführer. Der Genosse Oskar Cohn spricht begeistert vom alljüdischen Zionismus, und deshalb ist es kein Wunder, daß die Berliner Zionisten einst sich das „Reichsbanner" mieteten, um eine Versammlung der jüdischen „Assimilanten" zu sprengen.

Geheim war der Zionist Badt schon mehrere Jahre im Amt eines Ministerialdirektors tätig. Severing hatte zunächst den Hebräer Freund als seinen geheimsten Berater, unter dessen Fürsorge die Ostjuden, geführt von den Barmats und Kutiskers, ins Land zogen und die Nationalsozialisten verfolgt wurden. Als dieser Jude starb, trat ein anderer, eben Herr Badt, in ein enges Verhältnis zu Severing.

So stehen wir also erneut vor der engsten Verflochtenheit zwischen Marxismus, Novemberrepublik und Alljuden-

tum. Das „Aufbauwerk“ vom 9. November 1918 ist im vollsten Gange. Wie sagte doch die „Frankfurter Zeitung“ am 12. Dezember 1918: die Mächte, welche Deutschland von innen ausgehöhlt hätten, hätten dauerhafte Arbeit geleistet!

Innerpolitische Gefahren

„Völkischer Beobachter“, 25. November 1926.

1. Katastrophe der „Nationalen“.

Man weiß, wie mit dem Worte „christlich“ jahrhundertelang schmählich Mißbrauch getrieben worden ist. Auf die Gläubigkeit des Volkes pochend, haben hohe Potentaten weltlicher und kirchlicher Sorte *ihre* Interessen als gleichbedeutend mit christlicher Tugend erklärt. Noch heute besorgen ihre Nachfolger im Zentrum, in der sogenannten Bayerischen Volkspartei das gleiche Geschäft. Zwar ist man soweit hell geworden, sich für das „Christentum“ dieser Parteien nicht totschießen zu lassen, aber immerhin ist die Zucht noch stark genug, um die Herde zur Wahlurne zu treiben. Der eine der Führer sagt „Jesus“ und denkt an einen guten Posten im Völkerbund, der andere seufzt „Christus“ und hofft, weiter Parteiführer zu bleiben, um im Sowjetreich glänzen und Geschäfte machen zu können...

Ähnlich wie dem christlichen geht es dem nationalen Gedanken. Er wurde früher mit dem Kaiser- bzw. Königstum gleichgesetzt. Nach der Revolte stürzten sich die „einzig wahren Hüter“ dieses Gedankens auf das Erbe. „Deutschnationale“ und „Deutsche Volkspartei“ entstanden, Schwarzweiß-rot hieß die Losung. Millionen glaubten daran, auch die nationalen Wehrverbände. Die „Großen“ dieser nationalen Parteien sahen ihre Hütten und Schlote bedroht. Mit dem siegreichen Marxismus konnte noch kein Geschäft

abgeschlossen werden, also unterstützte man die Wehrverbände. Sie schützten also die schweren Kassenschränke der nationalen Geheimräte und Generaldirektoren.

Aber die Zeiten änderten sich: die Hochfinanz, gestützt auf ihre marxistische Schutzgarde, richtete sich als Herr ein und drohte der nationalen Industrie und Landwirtschaft mit Kreditoerweigerung. Anstatt nun in geschlossener Front für eine freie Nationalwirtschaft, fürs Ganze zu kämpfen, zogen bestimmte Großindustrielle es vor, mit den Vögten Deutschlands ihr Geschäft zu machen. Das Dawes-Abkommen wurde angenommen, der große Stahlpakt wird trotz aller Schädlichkeit für das Volk den großen Werken keinen Schaden bringen. Die „nationalen" Parteien haben es gutgeheißen. Siloerbergs Dresdener Rede bekundete die Bereitschaft, Frieden mit Hochfinanz und Marxismus zu machen. Einige Industrielle wollten noch nicht so ganz mit, aber sie saßen bereits im Schraubstock, weil sie acht Jahre verschlafen hatten, und wurden gleichfalls eingewickelt.

Die Folge der Geschäftstüchtigkeit „unserer" Wirtschaft war, daß die nationalen Wehrverbände, die man als Geldschrankhüter bisher gehalten hatte, nun immer mehr aufs Trockene gesetzt wurden. Ihre „Führer" erfaßten die Situation freilich ziemlich schnell und riefen: „Hinein in den Staat!" „Stresemanns Politik ist die richtige!" Was aber sagen jene Hunderttausende dazu, die ihr Fell die Jahre über gegen Marxismus und Spartakismus zu Markt getragen haben? Eine große Erbitterung muß diese Menschen ergriffen haben, denn dieser Ruf „Hinein in den Staat" bedeutet den vollkommenen Zusammenbruch derjenigen Führerschaft, denen diese Hunderttausende bisher oertraut hatten.

Dieser Notschrei war der Beweis, daß die Führer plan- und ideenlos gearbeitet hatten: sie hatten organisiert und organisiert, und wozu? Um das Ganze dann der Politik Rathenau-Erzberger-Seoering-Stresemann zuzuführen?

Das ist wenigstens der Erfolg. Der nationale Gedanke ist aber durch diese Herrschaften ebenso mißbraucht und kompromittiert worden wie der christliche durch das Zentrum und seine Parteiverwandten.

Wenn wir jetzt von Zersetzungen in manchen Bünden hören, deren Führer in die Barmatokratie hinein wollen, um auch „positiv mitzuarbeiten", so liegt die Schuld daran einzig und allein an jenen ideenlosen und instinktarmen Leuten, die sie bisher als „Führer" geduldet haben. Was marxistische Propaganda nicht vermocht hatte, das wurde von den Führern der „Nationalen" selbst besorgt. Die Folge ist erneute seelische Zermürbung von Tausenden der besten deutschen Männer. Es bleibt ihnen deshalb nichts, gar nichts erspart: sie müssen die Fragen von Volkstum und Staat ganz von neuem stellen und prüfen, wer diese Jahre über ungebrochen und zielsicher für ein neues Deutschland gekämpft hat.

Mit anerkennenswerter Offenheit schreibt ein Führer der jungen Stahlhelmer, E. Jünger, im „Arminius":

„Hinein in den Staat? Warum habt Ihr das denn nicht früher gewußt? Das hätten wir schon vor sechs Jahren und wirklich billiger haben können! Warum habt Ihr denn einen Verband aufgezogen und keine Partei, wenn Ihr zu guter Letzt doch nur mit den Aussiüchten, auf die sich eine Partei bedeutend besser versteht als Ihr, aufzuwarten habt? Wir werden es schaffen! Stahlhelmgeist schafft's! Was schafft er denn? Sitze in den Parlamenten vielleicht? Das hätte man haben können, ohne die Windjacke anzuziehen und ohne jahrelang Opfer zu bringen, die gebraucht wurden mit dem Blick auf die Ziele von ganz anderem Format. Dazu braucht man keine Organisation, das ist mit einem Wahlzettel einfacher geschafft. Hinein in den Staat! Schon hat Euch das „Berliner Tageblatt" beschnüffelt. Leute wie Ehrhardt sind mit Vorsicht aufzunehmen, wenn man sie auch, wo sie kommen, schlecht ablehnen kann. Allmählich kommen sie, nachdem der Staat sich konsolidierte, einer nach dem andern." So ähnlich lautete die Melodie. Mit Recht.

„Hinein in den Staat! Wozu also diese Aufmärsche und das ganze militärische Drum und Dran? Schön in die Mitte, aber ein klein

wenig nach rechts — aber wozu die ganze Organisation? Mit „sechzig Prozent Arbeitern" und mit Frontsoldaten, denen der parlamentarische Rummel seit Jahren zum Hals heraushängt? Hinein in den Staat! Welche Naivität und welcher Glaube an die Kritiklosigkeit der Massen gehört dazu, dies jetzt und mit dieser Trompetenstimme zu verkünden!"

Wird man diesen Ruf hören?

2. Das „nationale" Reichsbanner.

Neben diesem Bankerott einer politischen Ideenlosigkeit der „nationalen" Parteien und Verbände entsteht aber noch eine ganz andere Gefahr: daß dank einer neu eingesetzten Propaganda Nation, Deutschtum gleichgesetzt wird der — Novemberdemokratie!

Reichsbanner und Marxismus haben seit Jahren am Nationalgedanken kein gutes Haar gelassen, alle deutschen Bünde beschimpft, besudelt, ihre Angehörigen überfallen, gemordet. Jetzt, wo deren Führer „in den Staat hinein" wollen, bemühen sich Reichsbanner und Marxismus, nach und nach den „Nationalgedanken" bei sich einzuführen...

Man hat ja seine Erfahrungen. Als im August 1914 die Herrschaften alleine dastanden und die Reichsregierung, wie immer, alle guten Augenblicke versäumt hatte, die Burschen für immer unschädlich zu machen, da wurde die Sozialdemokratie auch „national", bewilligte Kriegskredite und schrieb Kriegsaufsätze. Bis die Sorgen kamen und die Not. Da krochen die marxistischen Wasserratten aus ihren Verstecken und zernagten einmütig die Tragbalken des deutschen Hauses. Der 9. November 1918 sah die Herrschaften triumphierend und „auf der ganzen Linie" über das Volk siegend. Der Katzenjammer kam, als die Hochfinanz die marxistischen Zauberlehrlinge nach ihrer Flöte tanzen lehrte. So wuchs eine große Wut im deutschen Volke an, aber

sie konnte sich nicht entladen, weil die Novemberparteien von der Entente, d.h. vom Börsenkapital und seinen französischen und sonstigen Lakaien gestützt wurden. Diese verboten nun die NSDAP., entwaffneten Einwohnerwehren, schickten Steckbriefe gegen einen Albert Leo Schlageter, — um sich dann mit ungeheuren Geldmitteln das Reichsbanner großzuziehen.

In dieses Reichsbanner traten nun eine Menge guter deutscher Männer ein, die den alten Staat nicht mochten und aus dieser Verneinung allein schon sich dem „überparteilichen" Banner anschlossen. Es waren ehemalige Frontsoldaten darunter, die durchaus nicht ohne weiteres für die Internationale allein zu kämpfen gewillt waren. Nun vollzog die marxistische Führerschaft den gleichen Trick, den sie im August 1914 geübt hatte: einerseits sorgte sie — in schöner Eintracht mit den Schwarzen —, daß der einzige gefährliche Mann, der dem Nationalgedanken seine echte, neue, zukunftträchtige Prägung gegeben hatte, Adolf Hitler, nicht reden konnte. Unter Mißachtung der Gesetze erging ein Redeverbot nach dem andern ... Andererseits wurde das Wort „deutsches Volk" eingeführt.

Auf dem Reichsbannertag in Nürnberg (September 1926) stellte sich dann der erste Vorsitzende der SPD. vor die „Genossen" hin und erklärte: „Wir tragen das Wort Vaterland nicht nur auf den Lippen". Diesen Mann hindert nicht, daß neben ihm als 2. Vorsitzender der Genosse Crispien sitzt, der nach seinem eigenen Geständnis kein Vaterland Deutschland kennt. Aber für die Tausende in Nürnberg waren diese Worte des Genossen Wels Labsal. Sie gingen nach Hause und sagten: Unser Wels und seine Freunde sind doch ganz gute deutsche Männer, wir haben es doch eben gehört ...

Provinzialismus.

„Völkischer Beobachter“, 30. November 1926.

Ein Nachwort zur Münchener Universitätsfeier.

Die Jahrhundertfeier der Münchener Universität ist von einer Bedeutung gewesen, die weit über die Grenzen Bayerns hinausreichen kann. Man hatte angesichts der aufdringlichen Tagungen der Bankiers und anderer Wirtschaftler nahezu vergessen, daß es selbst noch in der heutigen Demokratie andere Werte als Eisenkartelle und Börsenpapiere gibt. Da war es denn geradezu ein Labsal, Töne aus einem anderen Reich als dem Reich des Profits zu hören: freies Forschen, freies Denken, deutsche Art. Auf diesen Ton war das Münchener Fest trotz gewisser Versuche anderer Kräfte abgestimmt, und die Vertreter aus dem gesamten deutschen Kulturkreis haben diesen Ton erfreulicherweise verstärkt. Der Rektor der Berliner Universität nahm für die deutschen Hochschulen den Anspruch, die Klammern darzustellen, die das Reich für immer zusammenhalten würden, gleichwie sie die Stätten gewesen sind, in denen der deutsche Gedanke am tiefsten gedacht worden ist. Freudig berührte alle die Rede von Professor Scheel, Kiel, der des deutschen Straßburgs gedachte. Knapp und packend waren die Ausführungen des baltischen Vertreters Professor Kupffer, Riga. Auf allgemein menschliche Gesichtspunkte eingestellt die Rede des Münchener Rektors Professor Dr. Voßler, der in einer überlegen formvollendeten Weise seines Amtes waltete.

Ich möchte hier an seine bedeutungsvolle Eröffnungsrede anknüpfen. Er erblickt in der Münchener Neugründung die Überwindung des geistigen Provinzialismus, natürlich nicht im Sinne einer Aufhebung der Bodenverbundenheit, sondern als Ablehnung der geistigen Einengung des forschenden Gedankens:

„Wir meinen den Provinzialismus als eine geistige Gefahr und unfreie Gesinnung, über die zu siegen so schwer wie rühmlich und einen Gedenktag wert ist: einen Gedenktag, damit niemand vergesse, daß in irgendeiner Verwandlung oder Verkappung der überwundene Dämon der Enge wieder aufsteht, sich in die Gemüter und ins Land schleicht — z. B. als lächelndes Behagen, liebenswürdig und feist, oder als dumpfe Trägheit, dann auch geschäftig als Gelegenheitsmacher oder aufgeregt bis zum Irrsinn als Fremdenhaß oder kriechend als Gesinnungsschnüffler. Kurz, unter hunderterlei Masken stellt der geistige Provinzialismus sich allen Mächten und Zwecken zur Verfügung, die den Sinn der Wahrheit abbiegen und einfangen möchten, für sich. Jeder Forscher und akademische Lehrer, der sich dergleichen gefallen läßt, und jeder Machthaber, der es uns ansinnt, sie gelten uns als provinzial, provinzial in dem sieghaft und festlich höhnenden Sinne, den heute dieses Wort ausstrahlt."

Wir danken dem Münchener Rektor für diese Worte. Wir wissen nicht, zu welchem weltanschaulich-politischen System er sich bekennt, aber eines wissen wir doch: daß seine Ausführungen mit jedem Wort Peitschenhiebe ins Gesicht der heute in Bayern regierenden Partei bedeuten. Die gleichen Dunkelmänner, die einst dem hochsinnigen Ludwig I. sein Lebensende verekelten; die gleiche „Patrioten"-Partei, die unter Ludwig II. wütend gegen den großdeutschen Gedanken ankämpfte, sie alle finden in ihrem engen, muffigen Provinzialismus und Separatismus ihre gradlinige Fortsetzung in der heutigen Bayerischen Volkspartei. Dieses hat nichts mehr mit berechtigter Wahrung der Stammesart, nichts mit wirklicher Wuchshaftigkeit zu tun, sondern entspricht im Wesen und Taten Punkt für Punkt den Kennzeichnungen, die Professor Voßler über den Provinzialismus machte, den Provinzialismus, der durch die Gründung der Universität überwunden werden sollte: liebenswürdig und feist, fremdhassend, kriechend und gesinnungsschnüffelnd. Immer wieder, wenn in München ein großer Gedanke geboren wurde, kam der „Dämon der Enge" herangekrochen und verschlang wie ein Polyp den Mann oder die Männer, die um ihn kämpften und Menschen riefen, um ihnen zu

helfen. Dieser Polyp saugte Ludwig I. sein Lebensmark und seine Lebensfreude aus. Dieser Dämon trieb Richard Wagner unter Ludwig II. aus Münchens Mauern. Die gleiche dunkle Kraft lähmte und verriet auch 1923 die deutsche Freiheit, als zum drittenmal sich die Augen Großdeutschlands auf München richteten.

Seitdem ist feiste Selbstzufriedenheit und Gesinnungsknebelung Trumpf bei den Leuten, die 1918 offen vom Abfall vom Reich sprachen, dann 1919 mit den Franzosen Separationspolitik betrieben, auf deutschen Feiern aber wieder ihr „Deutschtum" beteuerten, um am Tage darauf wieder in alter Impotenz auf die „Preißen" zu schimpfen. München wird unter der Herrschaft der Bayerischen Volkspartei immer mehr Provinz. Geistig, weil kein freidenkender Kopf sich dem heutigen System zur Verfügung stellen kann. Künstlerisch, weil vertrocknendes Wesen jede sprudelnde, echte Entwicklung hindert. Politisch, weil dunkelste Reaktion ideenlos, zukunftslos über Bayern lagert.

Wir zweifeln nicht an dem Versuch der Universität, den Worten ihres Rektors zum Leben zu verhelfen. Die Verleihungen der Ehrendoktor-Diplome aber ausgerechnet an die Herren Wohlmuth und Königsbauer zeigen doch, welche Kompromisse das Ideal mit den Tiefen des Lebens manchmal glaubt eingehen zu müssen. Im Endergebnis, so glauben wir, sehr zum Schaden des verkündeten Gedankens, und zum Schaden der Wertung des Doktors Ehrenhalber.

In der angeführten Rede machte Prof. Voßler noch eine zweite Abgrenzung:

„Wir wollen auch durch die Gebärde der geäfften Freiheit uns nicht irren lassen. Wir Münchener kennen diese Art genau und haben ihr einen Namen gegeben: Schwabing. Um die Freiheiten von Schwabing zu retten, wollen wir uns nicht gegen den Provinzialismus gewaffnet haben."

Auch das war ein gutes Wort. Zwischen verknöcherter Reaktion und gehirnerweichender Anarchie steht das freie deutsche Denken. Prof. Voßler hat hier allgemein menschlich ausgesprochen, was der Nationalsozialismus staatlich erstrebt: Abkehr von überlebten provinziellen Formeln, die unser ganzes Leben überkrusten, Kampf den im Wesen gestaltlosen, geistigen Abfallerzeugnissen der Weltstadt und des syrischen Wirkens. Dafür Betonung, Stärkung, Durchsetzung des Wurzelhaften und aller Bestrebungen, die dem Gesamtdeutschtum auf allen Gebieten eine durchdringende Leuchtkraft geben; Unterordnung des Stammes unter das Volk, der Staaten unter den Staat, der Länder unter Deutschland.

Wir wissen, daß es einst die suchenden Scholaren waren, die ihre Lehrer beriefen. Die Lehrfreiheit war bereits im Mittelalter Grundgesetz der Hochschule, entgegen einer Macht, die die „absolute Wahrheit" glaubte in Erbpacht genommen zu haben. Die Hochschulen von Paris, Neapel, Prag, Wien waren Flammenzeichen eines neuen Europa. In der Berliner Universität sprach ein Fichte zu seinem Volk, als draußen noch die Trommelwirbel französischer Regimenter ertönten.

Wo aber bleiben heute die Redner, die Führer der studentischen Jugend, da Dunkelmänner neue Ketten schmieden und die Truppen des Chaos immer neue Regimenter bilden? Das neue, erwachende und ringende Deutschland wartet darauf, daß wie einst nicht nur formal richtige Reden gehalten, sondern auch Leidenschaften entzündet werden, die die harte Schlacke alter Formen schmelzen! Wollen die Männer, die doch imstande sind, tiefer zu blicken als suchende, irrende Millionen, weiter abseits stehen im Daseinskampf der Nation? Wollen sie, die das Wesen des Provinzialismus erkannt haben, weiter stillschweigend Kompromisse mit dem Provinzialismus von Tuntenhausen und Schwabing machen oder auch nur dulden? Wenn ja, dann

werden sie links liegen bleiben, wenn wieder einmal eine Stunde der Entscheidung schlagen wird. Dann werden sie — zu spät — erkennen müssen, daß sie sich selbst zur Provinz im deutschen Geistes- und Freiheitskampf haben hinabdrücken lassen.

Wenn die Jahrhundertfeier der Münchener Universität einen Sinn gehabt haben soll, dann muß aus ihr ein Kampf um die deutsche Freiheit sich ergeben. Sonst ist sie eine leere Parade gewesen. Eine Parade alter Trachten, alter Reden, alter Männer: die Parade einer geistigen Vergangenheit.

Scheidemann

„Der Weltkampf", Dezember 1926.

Er stellt sich ganz unbegabt. Noch unbegabter, als er von Natur war und durch demokratisch-marxistische Betätigung immer mehr geworden ist. Er kämpft wieder einmal „wider die Reaktion", und zwar im ersten Heft der von der sogenannten Republikanischen Union — die gekrönt wird von den Joseph Wirth (schwarz), Loebe (rot), Haas (gold) — herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Republik". Das ist ein Heft! In der Mitte Gold, viel Gold, Novembergold mit schwarzem Titel, rundherum ein roter Rand mit den Namen der hohen Herrschaften von der Republikanischen Union. Oben und unten nochmals die „Reichsfarben", aber nicht gleichmäßig: der goldene Streifen ist doppelt so breit wie die anderen, eine zarte Andeutung. Wir begreifen. Auch die Anzeigen des „Berliner Tageblattes", der „Vossischen Zeitung", des Verlages der „Frankfurter Zeitung", der Dresdener Bank zeigen, daß der Genosse Philipp Scheidemann am rechten Ort ist.

Also, er stellt sich unbegabt, als glaube er, die verdammten Hakenkreuzler wollen das Wilhelminische Kaiserreich wiederherstellen, das doch so schwach war, die Cohn-, Levi-, Luxemburg- und andere Scheidemanngenossen frei herumlaufen zu lassen, anstatt sie unschädlich zu machen, ja sogar so schwach, einen Philipp Scheidemann als Staatssekretär auf die Monarchie zu vereidigen! Er stellt sich unbegabt, der Herr Scheidemann, indem er für „Fortschritt“ zu kämpfen vorgibt, und muß doch zum mindesten ahnen, daß er und seinesgleichen zum alten Überbleibsel der sterbenden reaktionären, demokratisch-kapitalistischen Zeit gehören. Allerdings: ihre letzte trübe Welle spülte auch ihn in die Höhe. Zuerst auf den Stuhl eines Ministerpräsidenten, dann — heil und unverdorrt — auf seidene Sessel aus dem fürstlichen Schloß zu Kassel. Die wurden von ihm gemietet. Für ganz billiges Geld, eine Mark siebenundneunzig Pfennig Monatsmiete, wobei die Stadt Kassel den Strohmann spielte.

Er führt sich schwermütig ein: gewiß habe auch die „junge deutsche Republik“ nicht „jeden armen Teufel zu einem wohlhabenden Manne machen können“. Das ist reinste Wahrheit. Aber immerhin: den Kutiskers war es geglückt, auch den Barmats. Im letzten Fall kostete der Spaß der „jungen Republik“ Dutzende von Goldmillionen. Dafür bekam der Scheidemann-Genosse, Polizeipräsident Richter, abgelegte goldene Zahnstocher und alte Schlafhosen von den reichen Genossen Barmat geschenkt und durfte mit anderen Genossen — allerdings nicht ohne Erlaubnis — auf Barmats Rechnung Sekt trinken. Auch für Philipp Scheidemann bezahlte Barmat — oder richtiger sein Prokurist — dessen Rechnung in einem vornehmen holländischen Kurort. Barmat machte solche Sachen nämlich nicht mehr selber. Gelder an ehemalige oder gegenwärtige Minister und Reichskanzler der vorwärtsstürmenden Demokratie ließ er durch seine Angestellten aushändigen. „Der

Reihe nach", wie es ein solcher Prokurist dem Genossen Reichskanzler a. D. Gustav Bauer mitteilte, als dieser außer der Reihe drängte ...

Kein Wunder, daß Philipp Scheidemann auf Wilhelm II. seinen Zorn entleert und behauptet, ihm hätten noch zu wenig Menschen im Waffenrock gestanden: „Nur siebenhunderttausend Mann, die Tag für Tag das blutige Kriegshandwerk übten, war das nicht geradezu kläglich? Herrlichen Zeiten sollten wir deshalb entgegengeführt werden, herrlichen Zeiten mit mehr Schiffen, Soldaten und Kanonen." Ja, bei dem Genossen Sklarz oder bei dem Genossen Parvus auf Schloß Schwanenwerder zu gastieren, war freilich schöner. Daß 100000 deutsche Soldaten mehr 1914 die Marneschlacht und damit den Krieg für Deutschland entschieden hätten, weiß Scheidemann natürlich nicht. Dafür haben wir jetzt herrliche Zeiten: Dawestribute, zwei Millionen Arbeitslose, drei Millionen Kurzarbeiter, eine Million Tuberkulosekranke, 71000 minderjährige Kinder in Zwangsfürsorge, 370000 durch Geburtserkrankung, Unterernährung, Verkrüppelte usw. Und was die Soldaten anbetrifft, so zahlt die „junge Republik" für Rüstungen mehr als vor dem Kriege — allerdings für französische. Wogegen Einspruch zu erheben auch reaktionär ist.

Man darf nicht glauben, Scheidemann male die heutige Zeit der „Schönheit und Würde" gar zu rosig. Er kennt sogar den „Leidensweg der deutschen Reichsregierungen" von Spaa bis Genf. Wohlverstanden, der Reichsregierungen, nicht des Volkes. Er „vergißt" nur auch hier eine Kleinigkeit. Nicht der Rede wert für ihn, aber für uns doch von einiger Bedeutung: daß diese Politik des „Leidensweges" nämlich das arbeitende Volk um sein gesamtes Sparvermögen gebracht hat! Rund 75 Milliarden sind allein durch die Inflation „verloren gegangen". Und was die „leidenden", ewig wechselnden Regierungen

anbetrifft, so bezahlt das um sein Geld erleichterte Volk die Pensionen jener Herren, die es zum heutigen Dawes-Sklaven gemacht haben. Genosse Scheidemann bezieht allein 16500 Mark, außer den Abgeordnetendiäten, Genosse Leinert 22000 Mark, Joseph Wirth 26000 Mark usw. Im ganzen werden auf diese Weise versorgt: vier Reichskanzler, 35 Minister, 6 Staatssekretäre, 12 Ministerialdirektoren, 50 Präsidenten. Wartegeld beziehen 21 Staatssekretäre, 15 Ministerialdirektoren, 27 Präsidenten. Dazu rund 2600 Parlamentarier. Ist es da ein Wunder, wenn Scheidemann und Genossen die „junge neue Republik" — auf ihre Weise — verehren? Auch die vielen Aufsichtsratsgelder der Genossen werden sicherlich nicht ungern gesehen. Matthias Erzberger hatte es so großangelegt begonnen, warum sollten Gustav Bauer, Südekum usw. nicht fortfahren?

Aber einen Haken hat diese „Volksgewalt" doch noch: sie könnte sich einmal gegen die Scheidemänner richten. Deshalb grollt dieser, von einer plötzlichen Ahnung befallen: „Und was wollen gar die den Geheimorganisationen in hellen Haufen zulaufenden Jünglinge, die beim Ausbruch des Krieges kaum oder gar nicht auf den Schulbänken Platz genommen hatten?" Ja, was wollen diese Hunderttausende? Das wissen so viele mit positiver Bestimmtheit noch nicht zu sagen. Aber rein ablehnend wissen sie: auf keinen Fall die Rathenau, Levi, Scheidemann, Cohn und Barmat! Das ahnt Genosse Scheidemann und fordert deshalb entgegen seiner geliebten Verfassung: „Zupacken! Zupacken!" Sieht er schon einen deutschen Staatsgerichtshof vor Augen, der Herr Scheidemann, ein Gericht, das nicht zwei Jahre lang unentschlossen 164 Aktenbände mit Barmatsachen wälzt, sondern schneller entscheiden könnte?

Wir wissen es nicht; aber Scheidemann sorgt vor und fordert „Rechtssicherheit". Daß in Magdeburg ein stein-

reicher Jude — anscheinend trotz starker Verdachtsgründe unschuldig — in Untersuchungshaft saß und nicht, wie seit Jahren üblich, Angehörige der deutschen Wehrverbände, Völkische, Nationalsozialisten, das ist allerdings eine Schande. Im übrigen beansprucht dieser Jude Haas jetzt 500 000 Mark „Entschädigung" und wird sie wohl auch bekommen. Die Deutschen jagte man einfach davon oder bewilligte ihnen für fast zwei Monate unschuldig verbüßte Untersuchungshaft, für Reisekosten der Mutter und Gattin, ganze 160 Mark zu.

Und die Reichswehr! Diese Bedrohung des Weltfriedens! „Das Ausland weiß leider nur zu genau, was bei uns vorgegangen ist", seufzt Philipp. Aber schade, daß der Raummangel in der „Deutschen Republik" es ihm nicht gestattet, die Angebereien der echten Demokraten Quidde, Schönaich, Foerster abzudrucken und die Summen zu nennen, die die Angehörigen der sogenannten „Liga für Menschenrechte" traurigen Landesverrätern bezahlt hatten, wie im kürzlich verhandelten Landsberger „Feme"-Mordprozeß nachgewiesen wurde. Scheidemann hätte es sonst sicher getan, der wahrheitsliebende Genosse. Das sagen wir, obwohl er einst nicht nach Magdeburg wollte, als der Ebert-Prozeß stattfand und seine Glaubwürdigkeit als Zeuge angezweifelt worden war.

In diesem *einen* Aufsatz steckt schon der ganze Scheidemann. Mit ihm aber auch die Hirsch, Breuer-Friedländer und Naphtali, die im gleichen Heft neben dem Zentrums-Wirth das Wort ergreifen, und auch der vielgeliebte deutsche Staatsbürger jüdischer Rasse Haas.

Wie man sieht: die Republikanische Union hat „Linie". Der Geist Scheidemanns ist die Wasserlinie, bis wohin sie sich zu erheben vermag.

Wir wünschen allen diesen Herren ein langes Leben, bis sich herausgestellt hat, was die „hellen Haufen" der „Jünglinge" eigentlich vorhaben.

Dokumente des Verrates am deutschen Arbeitertum

„Der Weltkampf", Dezember 1926.

Der nachfolgende Aufsatz bedeutet eine sehr gründliche und erschöpfende Schilderung der pseudo-sozialistischen Politik der Sozialdemokraten. Er schildert anfangs die Zusammenhänge zwischen der Sozialdemokratie und dem internationalen Börsenkapital und greift dann als besonders schlagendes Beispiel die sogenannte Fürstenenteignung heraus, mit der die Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit des Volkes von der Zersetzung in ihren eigenen Reihen abzuwenden versuchte. Nachdem Alfred Rosenberg die knechtselige und landesverräterische außenpolitische Haltung der SPD. ausgiebig aufgezeigt hat, gibt er eine ausführliche Aufzählung der erschütternden Beispiele von Korruption, die sich von Jahr zu Jahr mehr in der Führung der SPD. zu häufen begannen.

Das internationale Wirtschaftsmanifest.

Ende Oktober trat die internationale Hochfinanz, im Schlepptau eine Reihe eingewickelter Industrieller, mit jenem bereits berühmt gewordenen Wirtschaftsmanifest hervor, in dem die Niederreißung der letzten Schranken zwischen den Völkern zugunsten des Händlertums mit brutaler Offenheit gefordert wurde. „Der Handel muß notwendigerweise frei sein", wird kühn von den Welthändlern erklärt, die anscheinend noch nicht genügend Zwischengeschäfte gemacht haben. Vor „Verfolgung verfehlter Ideen im nationalen Interesse" wird gewarnt, der Völkerbund, die internationale Handelskammer werden als Schwurzeugen angerufen, und die Unterschriften unter dem Manifest sagten schließlich alles: wir fanden hier die Rothschild und Mendelsohn, die Warburg und Veilchenfeld, die Kornfeld, Melchior usw. Der eigentliche Sinn dieses erneuten Vorstoßes besteht offenbar darin, die Nationalwirtschaften noch mehr als bisher aus ihrem Boden zu lockern, ge-

wisse Ausfuhrindustrien hochzuzüchten, die Landwirtschaft noch mehr zu knechten, die Vertrustung des gesamten Lebensmittelhandels in die Hände der Hochfinanz zu spielen, um durch angedrohte Abschnürung der Versorgung später alle noch vorhandenen Widerstände niederzuwerfen. Das alles ist klar und folgerichtig; es ist so eingetroffen, wie wir seit Jahr und Tag vorhergesagt haben.

Ehe das Wirtschaftsmanifest in die Welt hinausging, hatte sich eine Interessengemeinschaft der Weltbanken gegebildet (Dresdner Bank, Schroeder-London, Lippmann, Rosenthal & Co. — Schweiz usw.), über deren Ziele das alljüdische „Neue Wiener Journal“ sich, wie folgt, äußerte (Nr. 11820, 1926), und zwar unter dem selbstbewußten Titel „Die goldene Internationale“:

„Die Verhandlungen werden geheim geführt, um die Erreichung des Zieles nicht zu erschweren. Die Verhandlungen ergaben sich aus den Besprechungen über andere Probleme, die in den letzten Jahren innerhalb der internationalen Finanzwelt in immer steigendem Maße geführt worden sind. Maßgebend dabei war der grundlegende Wunsch, eine möglichst enge internationale finanzielle Zusammenarbeit herbeizuführen. Die Bankinstitute, die an den gegenwärtigen internationalen Finanzberatungen beteiligt sind, gehören alle zu den größten und kapitalkräftigsten der Finanzwelt.

Die jetzt vor dem Abschluß stehenden Vereinbarungen zwischen den Banken laufen auf die Bildung eines großen Konsortiums hinaus, das insbesondere zweifache Ziele erstrebt. Einmal soll durch das Konsortium die Möglichkeit gegeben werden, die Aktien eines Unternehmens eines Landes durch entsprechende Transaktionen in einem anderen Lande in Gestalt von Bons zu Geld zu machen. Der zweite Zweck besteht in der Durchführung großer internationaler Finanzierungen.“

Diese Pläne bedeuten die absolute Nomadisierung der Nationalwirtschaften aller Völker. Kein Wunder, wenn so mancher Industrielle trotz aller Umschlingungen sich noch nicht restlos ergab und seine Unterschrift noch nicht unter das Manifest der Hochfinanz gesetzt hat. Das alljüdische „Berliner Tageblatt“ (Nr. 495, 1926) stellte diese Tatsache fest, war aber trotzdem hoffnungsfreudig:

„Daß, welche Ursache es auch haben mag, die europäische Industrie als Ganzes nur in äußerst ungenügendem Maße in der Liste der Unterschriften vertreten ist, muß jedoch betont werden. Daß die Finanz, die von jeher kaum nationale Schranken bei ihrer internationalen Tätigkeit gekannt hat, freihändlerisch eingestellt ist, und daß sie ihrer prinzipiellen Feindschaft gegen allen Protektionismus in restloser Einigkeit Ausdruck verleiht, ist an und für sich zwar erfreulich, aber kaum noch als ein Erfolg wirtschaftlicher Kooperationspolitik zu bezeichnen. Ungleich wertvoller ist es, daß es ihr gelang, immerhin eine Anzahl hervorragender Vertreter der im eigentlichen Sinne des Wortes produktiven Wirtschaft in ihren Kreis zu ziehen, und der Erfolg dieses Appells wird davon abhängen, wie viele Repräsentanten der bisherigen Produktionspolitik sich der Führung der Unterzeichner des Manifestes anschließen werden."

Und das genannte „Neue Wiener Journal" (Nr. 11825, 1926) erklärte nach der Veröffentlichung der Pläne:

„Das Finanzkapital unterstützt das Manifest vollständig; die Industrie mißt ihm nicht allzu viel Bedeutung bei und ist mit seinen Gedankengängen keineswegs einverstanden. Die Bankiers wollen eben vor allem eine durchgreifende Sanierung Europas, damit sie ihr Kapital wieder vorteilhaft und sicher placieren können!"

Der letzte Satz läßt also an der geschäftlichen Mache der Börsenherren und ihrer industriellen Nachbeter auch nicht die Spur eines Zweifels: die ganze Welt soll nicht nach Nationen, sondern nach Anleihemöglichkeiten eingeteilt werden. Zinsherrschaft heißt die Losung des dank dem Niederbruch Deutschlands im Jahr 1918 zum Herr der Welt gewordenen Goldes. Hier, wenn überhaupt irgendwo, hätte der heftigste Abwehrkampf aller schaffenden Stände, beginnend vom schlichtesten Tagelöhner, über den Handwerker, kleinen Unternehmer, den Landwirt, bis zur nationalen Großindustrie einzusetzen. Vor allen Dingen müßte in diesem Kampf eine politische Partei an der Spitze marschieren, die im Ernst gegen die Knechtung der Welt durch das Geld anzuknüpfen gewillt ist. Millionen betrogener Arbeiter glauben noch, dies sei der Marxismus, die Sozialdemokratie. Sie haben noch immer nicht eingesehen, daß die Führer dieses großen Volksbetruges die Knechte

oder Geschäftsgenossen gerade jener Börsen-Entente sind, für die sie sich schon während des Weltkrieges begeisterten.

Im Mai 1890 schrieb Friedrich Engels an die Wiener „Arbeiterzeitung“:

„Die Sozialdemokratie muß für eine flotte Entwicklung des Kapitalismus sorgen, weil sie dadurch indirekt ihre Ziele fördert. Deshalb sind in feudalen Ländern die Juden durchaus notwendig, um durch Kapitalanhäufung den Zersetzungsprozeß der Gesellschaft zu beschleunigen.“

Dieser niedrige Zynismus hat seine Früchte gezeitigt. Vielleicht begreifen die deutschen Arbeiter endlich, daß im Zeichen solcher Losungen und unter Führung solcher Gesellen der 9. November 1918 nicht der Sieg eines echten sozialen Gedankens werden konnte, sondern zur Herrschaft des seit Jahrzehnten gestützten Börsenschiebertums führen mußte.

Diese Gedanken waren auch nicht etwa eine Entgleisung, sondern entsprachen den Grundsätzen des marxistischen Manchestertums in vollkommenster Weise. Karl Marx sagte in seiner Rede vom 9. Januar 1849:

„Der Freihandel verbessert die Lage der Arbeiter nicht, sondern er verschlimmert dieselbe. Verläßt sich der Arbeiter auf die Argumente der Nationalökonomie, so wird er finden, daß der Franken in seiner Tasche zusammengeschmolzen ist und ihm nur noch 5 Sous bleiben. Im allgemeinen ist das Schutzzollsystem konservativ, während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Worte: Das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel.“

Der Keim zur heutigen Völkerzersetzung ist also vor 75 Jahren vom Begründer des Marxismus selbst in die Arbeiterbewegung hineingetragen worden, und so wurde diese nach und nach verfälscht, vergiftet, somit aber auch innerlich unfähig für die angeblich angestrebte soziale Revolution gemacht. Zersetzung der Völker bedeutete notwendig auch die Zersetzung der gesamten Arbeiterschaft,

ihrer Familie, ihrer Persönlichkeiten. Und so förderte die Sozialdemokratie den börsianischen Parlamentarismus, stürzte im Namen der Demokratie das Deutsche Reich, erdolchte das deutsche Volksheer und überlieferte 70 Millionen Deutsche waffenlos jenen Weltbankiers in Paris, London, Neuyork, die uns das von den marxistischen Börsenknechten empfohlene Dawes-Diktat aufzwangen, die uns unsere sozialisierte Staatseisenbahn entsozialisierten, die aus der deutschen Finanzhoheit eine Dienerin des fremden Börsenwillens machten . . .

Das alles haben die sogenannten Arbeiterführer nicht nur gutgeheißen, sondern sie haben sogar die Stirn gehabt, diese Völkerversklavung als im Sinne des schaffenden Volkes liegend hinzustellen, und haben als Knechte der Finanz wütend die „Hakenkreuzler“, die „Reaktionäre“ bekämpft, die alle ehrlich Arbeitenden vor der ewigen Knechtung durch die Finanzräuber bewahren wollten. Und auch in ihrem Verhalten zum neuen Wirtschaftsmanifest der internationalen Hochfinanz hat die volksverräterische Sozialdemokratie sich als Hehlerin erwiesen. Das Zentralorgan des Marxismus, der „Vorwärts“ — geleitet von den Juden Stampfer und Schiff — schrieb (Nr. 502 1926):

„Das große Manifest der privaten internationalen Wirtschaftsführer hat, wie zu erwarten war, ein starkes Echo gefunden. Denn die Unternehmerkundgebung ist nicht isoliert zu betrachten, etwa wie eine private Meinungsäußerung weniger Bankiers- und Industrieführer, von der die Regierung nach Belieben wieder abrücken kann. Vielmehr treffen sich diese Forderungen, die von einem großen Teil der deutschen und internationalen Wissenschaft schon seit langem vertreten wurden, mit den programmatischen Wünschen der internationalen organisierten Arbeiterschaft. Nachdem die Industrie und die Hochfinanz auf fast allen Gebieten den Rahmen einer national beschränkten Wirtschaftspolitik gesprengt haben, mußte bei den weiter blickenden Vertretern des Unternehmertums einmal der Wunsch reifen, dieses Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung des kapitalistischen Systems zum Inhalt einer bewußten Staatenpolitik zu machen.

Es waren weder die schlechtesten noch die dümmsten Unternehmer, die das taten, als sie jetzt dieses Wirtschaftsmanifest unterschrieben und gleich darauf von den in der internationalen Handelskammer zusammengeschlossenen Verbänden ausdrücklich bestätigen ließen. Ist das Manifest eine leere Geste?

Die zahlreichen Widersprüche, die das Manifest in der Presse der beteiligten Länder und bei diesen Vertretern der amtlichen Wirtschaftspolitik findet, besagen noch gar nichts dagegen, daß das Manifest für den Freihandel ernst zu nehmen sei. Es wäre ja ein Wunder, wenn die protektionistisch eingestellten Regierungsorgane nur auf die Aufforderung einiger Industrieller hin alle bisher geübten Prinzipien über Bord werfen würden. Niemand ohrfeigt gern sich selbst in aller Öffentlichkeit — und darauf wird es hinauslaufen, wenn etwa der französische Handelsminister als Vertreter des Hochschutzzollsystems auf einen bloßen Anstoß von außen hin sich sofort zum überzeugten Freihändler erklären würde. Daß Polen und Italien vor den Konsequenzen des Freihandels zurückschrecken, ist ebenfalls nicht verwunderlich. Beide hoffen eine künstlich gezüchtete Industrie mit den Mitteln des Hochschutzzolles zu erhalten und möchten über ihre wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von der übrigen Welt mit hochtönenden Phrasen hinwegtäuschen. Bei beiden Staaten wirken auch die imperialistischen Momente stark nach, denen sie ihre Existenz oder ihren Ausbau verdanken. Italien, stark auf politische Machterweiterung bedacht, scheut die wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft mit Nachbarländern, die später einmal zur goldenen Kette werden kann, wenn faschistisches Machtstreben sich über wirtschaftliche Interessenverflechtungen hinwegsetzen möchte. Polen, das seine Existenz im heutigen Umfange dem Siegertaumel eines Staates verdankt, der heute selbst an den Folgen seines Sieges auf das schwerste laboriert, sieht überall die Gefahr, es würde von seinem Staatenbesitz etwas verlieren, sobald die Völker sich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit einigen. Man muß eben das Manifest als ein Zeichen der Neuorientierung auffassen, das sich im Lager des Kapitalismus anbahnt."

Es läßt sich schwer ein von Knechtseligkeit triefenderes Dokument vorweisen, als diese Erklärung des kürzlich durch die alljüdische Darmstädter Bank mit 800 000 Goldmark sanierten „Vorwärts".

Er sollte in den Augen eines jeden deutschen Arbeiters von nun an für immer gerichtet sein.

Und mit ihm der Gesamtmarxismus, dessen getreuer Ausdruck er ist.

Der Rummel der Fürstenenteignung.

Ein Beispiel des nahezu unglaublichen Betrugs an der Arbeiterschaft stellte der „Fürstenabfindungs"-Rummel dar.

Seit es trotz aller gemeinsamen Anstrengungen nicht gelungen war, die zum Himmel schreienden Schiebungen der Barmats und der mit ihnen aufs engste verbundenen marxistischen Führerschaft zu vertuschen, versuchte die Sozialdemokratie mit immer neuer Energie, durch Ablenkungsmanöver aller Art die Aufmerksamkeit von diesem Skandal nach Möglichkeit abzulenken. Das Geschrei über die sogenannte „schwarze Reichswehr" wurde in offen landesverräterischer Weise erneut verstärkt; alle mit jüdischen Bankiers begangenen Börsenaktionen des Geheimrats Holstein wurden hervorgezerrt . . . Schließlich gaben die Beratungen über den Ausgleich des Reichs mit den ehemaligen Fürstenhäusern eine willkommene Gelegenheit, über das Elend des Volkes zu jammern, über die Habgier der Hohenzollern zu zetern, um nur ja die Börsenbanditen zu schützen. Millionen und aber Millionen wurden in dieses Manöver zur Volksverdummung hineingesteckt, eine Volksabstimmung herbeigeführt. Umsonst wurde eine Broschüre „keinen Pfennig den Fürsten" in Millionen Stücken verschleudert, oder für nur 10 Pfennig das Stück abgegeben, Rundschreiben über Rundschreiben verschickt, gemeinste Karikaturen verbreitet, ja, geradezu zum Mord angereizt. Ein Bild, das Ludwig XVI. unter der Guillotine zeigt, trägt die Unterschrift:

Die Franzosen seinerzeit,
Wußten für den Fall Bescheid.
Sollten Volk und Staat gesunden:
Ssst — bum! Fertig, abgefunden!

Von vier Millionen Erwerbslosen wurde geschrieben, denen es durch das „Geschenk an die Fürsten" noch schlimmer gehen würde, und verlogen verschwiegen, daß diese

vier Millionen Erwerbslosen die notwendige Folge der marxistisch-demokratischen Politik von Versailles bis zum Dawes-Diktat darstellten.

2,6 Milliarden Mark sollen die Fürsten an Land, Schlössern usw. behalten, beteuerten die Flugblätter. Und sie verheimlichten, daß Deutschland dank der Novemberdemokratie verloren hatte:

Durch die Inflation	75	Milliarden
an Hypotheken, Renten	20	„
an Häusern	15	„
an „Reparationen" bisher	10	„
an Eisenbahn mit	25	„
an Steuern und Zöllen im Jahr	2	„
an Auslandsguthaben	20	„
an Aktien bisher gegen	6	„
an Heeresgut	8	„
an Anleihezinsen pro Jahr gegen	1	Milliarde

d. h. 172 Milliarden Mark. Die Marxisten verschwiegen, daß Deutschland an den Weltimperialismus der Hochfinanz jährlich allein 1580 Millionen zu zahlen hat, d. h. 4 Millionen Goldmark täglich; ab 1928 dank dem vom Marxismus empfohlenen Dawes-Diktat 2500 Millionen jährlich, d. h. 7 Millionen Goldmark täglich!

Der Volksentscheid der Bolschewisten und Sozialdemokraten wurde vom deutschen Volk verneinend entschieden. Das Sauberkeitsempfinden siegte über die Verlockung. Nun aber zeigte sich, daß die marxistische Führerschaft das Volk gar nicht in der Hoffnung aufgewiegelt hatte, daß sein demagogisches Programm der entschädigungslosen Enteignung einer Gruppe von deutschen Staatsbürgern angenommen werden würde, sondern daß die Millionen skrupellos, nur aus Angst vor den Kommunisten an die Wahlurne getrieben worden waren, also im buchstäblichen Sinne als willenloses Stimmvieh betrachtet wurden. Als

die Gefahr vorüber war, nahm die marxistische Preußenregierung den ursprünglichen Entwurf der Fürstenabfindung — mit nur wenigen Änderungen — an...

Victor Schiff, sicher gleichzusetzen mit dem jüdischen Redakteur des „Vorwärts", aber bekannte am 21. Oktober in Nr. 246 des in Frankfurt a. O. erscheinenden „Volksfreund" mit zynischer Offenheit und zugleich vertuschender „Sachlichkeit":

„Aber diese zum Teil vermeidbaren Fehler sind geradezu nebensächlich im Verhältnis zu einem anderen, weiter zurückliegenden Hauptfehler, dessen wir uns als Partei selbst anklagen müssen, wenn wir die Dinge in ihrer Zwangsläufigkeit richtig erkennen und die entsprechenden Lehren ziehen wollten. Dieser Hauptfehler hat die Eigentümlichkeit, daß wir heute noch, wo wir ihn und seine Folgen klar erkennen, mit gutem Gewissen von ihm sagen müssen, daß er nicht vermeidbar gewesen ist. Wir klagen uns selbst an, daß wir zum ersten Male seit der Revolution in einer wichtigen Frage anstatt Realpolitik reine Agitationspolitik getrieben haben: das ist geschehen, als wir die Parole der entschädigungslosen Enteignung, die Parole „keinen Pfennig den Fürsten", zusammen mit den Kommunisten, ausgegeben hatten. Hätten wir nur den praktischen Erfolg zu Beginn der Antifürstenkampagne ins Auge gefaßt, dann hätten wir sagen müssen: „Mit der entschädigungslosen Enteignung werden wir niemals die notwendige verfassungsändernde Mehrheit von 19½ Millionen Stimmen erreichen können. Die ganze politische und geographische Struktur Deutschlands beweist uns, daß wir diese Zahl nur mit tätiger und vorbehaltloser Unterstützung zumindest der bürgerlichen Parteien der Weimarer Koalition erzielen können. Deshalb müssen wir im Volksbegehren die Möglichkeit einer Entscheidung der Enteignung ausdrücklich offen lassen. Dadurch erzwingen wir die aktive Unterstützung des nicht monarchistischen Bürgertums und widerlegen zugleich alle Zweifel am verfassungsmäßigen Charakter unseres Entwurfes." So und nur so hätten wir sachlich gesiegt, hätten wir den allergrößten Teil der Fürstenvermögen der Allgemeinheit gesichert. Aber das konnten wir eben nicht. Denn wir wußten, daß die Kommunisten sofort mit der viel radikaleren, viel populäreren Parole: „Keinen Pfennig den Fürsten" kommen würden — und dann hätte es zwei Volksbegehren gegeben, eine unglaubliche Verwirrung, eine komplette Niederlage. Und, Hand aufs Herz, werter Genosse: hätten nicht auch Sie, gerade Sie an uns geschrieben, daß Sie die Politik der Partei nicht ver-

stehen könnten, daß es für den einzelnen Genossen in den Betrieben unmöglich sei, der kommunistischen Parole, die unendlich zugkräftiger sei, entgegenzutreten und für die Partei zu agitieren?

So ist es in der Tat gewesen, weniger aus Sorge vor der kommunistischen Konkurrenz, als wegen der Stimmung unserer eigenen Parteigenossen haben wir den Fehler begangen, mußten wir ihn begehen, um noch größeren Schaden zu vermeiden. Die radikale Parole der entschädigungslosen Enteignung entsprach zweifellos mehr dem Empfinden der Arbeiterschaft als jede andere, aber sie war von vornherein praktisch aussichtslos."

Um „Realpolitik" hat es sich bei der Sozialdemokratie auch früher nicht gehandelt, sondern um reine Geschäftspolitik: die „Führer" hatten sich schon so lange Beine in den Leib gestanden, es waren so viele, die zur Futterkrippe wollten, daß schließlich die Arbeiter vorgeschickt wurden, während die Sozialdemokraten noch kaiserliche Staatssekretäre waren. Als die Revolte siegreich war, priesen die „Führer" ihre Heldentaten, der „Vorwärts" erklärte, das deutsche Volk habe einen größeren Sieg errungen als jemals zuvor. Als aber ein deutsches Erwachen begann, wollten die Marxistenführer mit dem 9. November 1918 und seinen Vorbereitungen nicht belastet werden. Erst ein Gericht sah sich genötigt, bei ihnen die Beteiligung am großen Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 festzustellen. Das ist marxistische Verelendungspolitik. Dem Fürstenenteignungsrummel folgte der Rummel über „Fememorde". Auch hier erlitt die Sozialdemokratie eine restlose Blamage, so daß der Hauptbetzer Paul Levi sich zum Schluß gezwungen sah, seine wichtigsten Angriffe öffentlich zurückzunehmen. Bald wird vom Judentum ein neuer Zankapfel unters Volk geworfen werden.

Unruhe, Hetze, Ablenkungsmanöver. Das ist marxistische Politik, die das Erwachen und die Abrechnung der Nation mit den Novemberverbrechern fürchtet.

Außenpolitische Unterwerfung.

Aus der gesamten „Weltanschauung“ des Marxismus ergibt sich auch in rein außenpolitischer Beziehung die gleiche Unterwerfungsbereitschaft der Sozialdemokratie, wie auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Die Verhimmelung der Geldsackdemokraten des Westens war sogar so stark, sich selbst während des Krieges offen hervorzuwagen.

Auf seiten der Börsen-Entente wurde mit Aufpeitschung aller nationalen Leidenschaft gearbeitet und der Marxismus schloß sich dort den Regierungen der Plutokratien des Westens rückhaltlos an. Der französische Marxist Albert Thomas wurde Munitionsminister; der amerikanische Arbeiterführer und Jude Samuel Gompers bereiste alle Länder, um das „Freundschaftsbündnis“ zwischen den Ententestaaten zu festigen; der belgische Sozialist Vandervelde wurde Minister im Kriegskabinett König Alberts mit der Parole „Sieg oder Untergang“.

Die Börse und der Marxismus in Deutschland stellten zwar patriotische Sänger gegen Rußland auf (Eisner-Kosmanowsky war damals ein richtiggehender Kriegshetzer), vor den jüdisch-westlichen Geldsackdemokraten schwärmte man aber in höchster Verzückung. Am 13. Juli 1917 schrieb der „Vorwärts“:

„Das deutsche Volk braucht, um aufrecht aus diesem Krieg in den Frieden hinüberzugehen, eine Volksvertretung, die seiner würdig ist, ein Parlament, das neben den anderen Parlamenten der Welt gleichwertig und gleichberechtigt dasteht.“

Diese Sehnsucht nach dem Sieg der westlichen Zersetzung drückte der Jude Friedrich Stampfer als geistiger Leiter des marxistischen Zentralblattes also aus:

„Nie kann es uns darauf ankommen, deutsche Gegenstücke zu den Thomas und Vanderoelde zu schaffen, die vom Frieden nichts hören wollen, solange Elsaß-Lothringen nicht französisch ist. Deutsche sozialistische Minister, deren Kriegsziel sich nicht auf die reine Verteidigung ohne Klausel und ohne Phrase beschränkt, wären vom ersten Tage an moralisch und politisch unmöglich.“

Für solche Worte wäre ein französischer Marxist vermutlich ins Zuchthaus gewandert. Die deutsche Regierung aber berief die Genossen des Herrn Stampfer später als Minister der „Verständigung“ in die Regierung. Während die Entente alle innerpolitischen Streitigkeiten niederschlug, ließ man sich in der Wilhelmstraße durch die jüdische Börsen- und Marxistenpresse einschüchtern, die außenpolitische Schwierigkeiten ausnützte, um innerpolitische Erpressungen vorzunehmen. Der „Vorwärts“ flötete am 10. Juli 1917:

„Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parlamentarischen Regierung der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können.“

Kurze Zeit darauf sah man einige dieser Steuermänner an der Arbeit: an der Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Philipp Scheidemann sprach schwungvoll:

„Meine Herren! Stellen Sie sich vor, eine solche Resolution, wie wir sie beschließen, würde auch im englischen Unterhaus eingebracht und von dem dortigen Kanzler ebenso beantwortet, wie sie heute hier beantwortet ist — morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen.“

In England wurde kein Munitionsstreik vorbereitet, sondern zum Vernichtungskriege gerufen. Die Erzberger-Scheidemannschen Friedensresolutionen paßten den Herren ausgezeichnet in ihre Pläne; besonders, da derselbe Scheidemann in gleichem Atemzug mit obigen Worten noch verkündete:

„Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können wie unsere Gegner das vermögen.“

Und als nun der „Sieg auf der ganzen Linie“ am 9. November 1918 „erfochten“ worden war, folgte die restlose Ergebungspolitik von Versailles bis Locarno. Während über Kaiser und Könige früher hemmungslos gewettert worden war, beeilte sich die marxistische „Mün-

chener Post“ nach einer Reihe von Erpressernoten zu erklären:

„Erfüllbar ist die Kontrolle über unsere jämmerlichen Finanzverhältnisse, wenn sie in einer europäisch zulässigen Form ausgeübt wird. Deutschland ist nicht ein Orientstaat, dessen Einnahmen- und Ausgabenrechnung auf Richtigkeit nachgeprüft werden müßte, es braucht aber bei seinen zerfahrenen Zuständen guten Rat nicht zu verachten. Finanzsachverständige der Entente werden, wenn sie über die Richtlinien unserer Steuerpolitik mit den Reichsstellen gemeinsam beraten, der Finanzpolitik der französischen Bajonette wirksamer entgegentreten, als wir uns je zutrauen könnten. Diese Art Kontrolle als Zeugnis unseres ehrlichen Erfüllungswillens hätte für uns nichts Demütigendes, sie würde die hauptsächlichste Ursache unserer Bedrängnis, das Mißtrauen Frankreichs, mit der Wurzel ausmerzen und unsere politischen Beziehungen zu Frankreich klären und beruhigen.“ („M.P.“ Nr. 70, 1922.)

Der „gute Rat“ kam dann im Dawes-Diktat, das Deutschland ein Heer von Arbeitslosen, Hunger und Elend und Auszehrung der Volkskraft brachte und in verstärktem Maße noch weitere 50 Jahre bringen soll. Die Sozialdemokratie aller Länder erklärte einmütig, die Politik von Dawes diene der sogenannten Weltbefriedung, liege auf der Linie der allgemeinen sozialistischen „Versöhnungspolitik“, und das Jauchzen im Marxismus, als Stresemann den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verkündete, konnte nicht größer sein als der Jubel der Börsenpresse. Das „Neue Wiener Tagblatt“ nannte diesen sogenannten Völkerbund einst einen „Inkassoagenten der Wallstreet“. Durchaus mit Recht. Als Angestellte dieses plutokratischen Agenten aber haben sich die marxistischen Führer erwiesen.

Welche Frage immer man auch der Beurteilung unterzieht: überall betreibt der Marxismus genau die gleiche Politik wie die Hochfinanz. Es erweist sich, daß die Sozialdemokratie nie etwas anderes darstellt, als ein Schwanzstück der plutokratischen Demokratie, des zersetzten parlamentarischen Systems. Sie war eine Anbeterin des größten Geldsacks und ist es heute mehr denn je.

Marxistische „Arbeiterfürsorge".

Es wäre gewiß ungerecht, wenn wir es einer Partei oder Organisation zur Last legen wollten, wenn sich in ihrem Kreis der eine oder der andere als ehrlos, als Dieb, Hehler oder sonstwie gearteter Schwindler und Betrüger erweist. Wir würden auch die Sozialdemokratie als solche nicht angreifen, wenn sich irgendeiner ihrer Funktionäre Verbrechen zuschulden kommen ließe und die Sozialdemokratie den Betreffenden sofort rücksichtslos den Gerichten überantworten würde. Wir erleben aber genau das Gegenteil: je höher der Posten, d. h. je verantwortungsvoller das Führeramt, um so mehr wird auch ein als unredlich Entlarvter von der gesamten Parteipresse des Marxismus und der Parteiführung der Sozialdemokratie verteidigt. Somit wird die Korruption nicht mehr Einzelfall, sondern sozusagen Staatsgrundsatz des Marxismus.

Es gab eine große Anzahl von ganz üblen Schieberangelegenheiten führender Sozialdemokraten, die dank dem engen Zusammenhang zwischen den Interessen des Marxismus und den demokratisch-jüdischen Besitzern der Großpresse nicht an die Öffentlichkeit gelangten und somit dem Gericht entzogen wurden. Zuerst der große Raubzug am deutschen Heeresgut, den die Genossen-Arbeiterräte Hand in Hand mit ost- und westjüdischen Schiebern durchführten, ohne daß die marxistischen Machthaber auch nur einen einzigen vor Gericht gestellt hätten. Am 15. Februar 1919 sah sich der Reichsfinanzminister gezwungen, zu erklären: „Dieses Heeresgut hat Flügel bekommen, es ist zu einem großen Teil weg. Und während wir glaubten, daraus mindestens einen Betrag von 8 Milliarden zu erlösen..., werden wir froh sein, wenn wir auf 3 Milliarden kommen." Also 5 Milliarden wurden offiziell zugegeben. In Wirklichkeit sind es natürlich weit mehr gewesen. Die Genossen,

so an der Quelle saßen, verschoben einige Proviant- und Bekleidungslager an meist jüdische Schieber wie Barmat und Kutisker und Holzmann. Mit diesem Geld eröffneten sie Geschäfte, während das bestohlene Volk die verramschten Bestände für den zehnfachen Preis — und teurer — einzeln zurückkaufte. Auf diese und ähnliche Weise (Getreidelieferungen) entstand zum Beispiel das Vermögen des jetzt erledigten Genossen und Ostgaliziers Bosel in Wien, dessen unantastbarer Besitz so groß war wie die Gesamtschuld Österreichs, der sich den Galazug Kaiser Wilhelms kaufte und mit ihm durchs Land kutschierte. Ähnlich erging es seinem Genossen Sklarz, den man schließlich doch festnehmen wollte, nur — war er verschwunden.

Während Deutschland hungerte, saß Genosse Parvus-Helphand auf dem Balkan und „lieferte" Getreide und was es sonst noch an schönen Dingen gab. Er wurde dank seiner „Billigkeit" vielfacher Millionär, kaufte sich eine fürstliche Villa in Zürich, ein Schloß auf Schwanenwerder. In Zürich tobte er mit seinen Schiebergenossen derartig herum, daß die Schweizer Regierung diesen unsauberen Gesellen ausweisen ließ. In Berlin wurde er natürlich mit offenen Armen empfangen, leitete seine „Glocke", eine Zeitschrift für Verdummung der deutschen Proletarier, schaffte wöchentlich einen Haufen noch nicht deutschsprechender Galizier nach seinem Schloß und lehrte sie, sich unter Deutschen zu benehmen, damit kein Mangel an Arbeiterführern entstehen könne. Alle Genossen standen sich gut mit Genossen Parvus: der Kultusminister a. D. Haenisch schrieb nach dessen Tod sogar ein Buch voll des Lobes auf diesen Proletarierführer; auch der Genosse Scheidemann wird sich des gastlichen Parvus sicher ebenso gern entsinnen wie der Freundschaft mit Judko Barmat.

Mit Barmat haben wir uns mit üblicher Gewissenhaftigkeit bereits näher beschäftigt, auch mit dem Genossen-Reichskanzler a. D. Gustav Bauer, unter dessen Herrschaft

das Versailler Diktat unterschrieben wurde. Immerhin ist der Fall Gustav Bauer derart bezeichnend, daß er nochmals wenigstens gestreift werden muß. Dieser marxistische Führer hatte mit den galizischen Großschiebern dicke Geschäfte auf Kosten des Staates gemacht, hatte ihnen — als Minister — politische Tips gegeben, auf Grund derer Barmat an der Börse spielte und Bauer später durch seinen Angestellten durchschimpfen ließ, weil die Informationen nicht gestimmt hätten. Außerdem machten Bauer und Barmat entgegen der Devisenverordnung üble Schiebungen mit Effekten. Nun wurde der Genosse-Reichskanzler a. D. vom Parlamentarischen Ausschuß gefragt: Haben Sie durch Barmat geschäftliche Vorteile gehabt? — Der Genosse-Reichskanzler a. D. log: Nein!

Am nächsten Tage wurde er durch Veröffentlichung eines Briefes des Barmat an ihn der Lüge überführt.

Das war selbst einigen Marxisten zu stark: Bauer wurde von den Berliner SPD.-Vertrauensmännern ausgeschlossen.

Aber er wußte zu viel. Er kannte sie ja alle, seine Genossen, die den Barmat schmarotzen ließen, um sich dann von dem Schieber aushalten zu lassen. Und über diesen Fall hinaus kannte Gustav Bauer, der altbewährte Marxist, noch eine Menge anderer Dinge. Das hat manchem Großgenossen sicher unruhige Nächte bereitet, nicht wegen des Gewissens, wohl aber aus Angst. Und so mußte denn der Heidelberger Parteitag im Mai 1925 den Fall Bauer nochmals „prüfen"! Am 14. Mai erging folgender Beschluß:

„Gegen Bauer sind keine Vorwürfe zu erheben, die eine Rüge rechtfertigen. Bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses der Beratung war das Schiedsgericht sich darüber klar, daß es nicht nur die Frage formeller Vergehen Bauers zu prüfen habe, sondern daß im Zusammenhange damit auch zu prüfen sei, ob in dem Verhalten Bauers eine Schädigung der Partei erblickt werden könnte. Das Schiedsgericht kam in seiner Mehrheit zur Überzeugung, daß davon nicht die Rede sein könne. Der Ausschluß Bauers wird danach aufgehoben."

Damit ist urkundlich bewiesen, daß es mit der Ehrenauffassung der Sozialdemokratie übereinstimmt: 1. Als Minister einem Schieber politische Informationen zu geben, 2. als Minister gegen die Devisenverordnungen Schiebungen zu machen, 3. mit einem fremden Schieber auf Kosten des Staates Käufe und Verkäufe abzuschließen, 4. sich von einem Angestellten eines galizischen Betrügers als Minister wie eine zudringliche Person schuhriegeln zu lassen, 5. als Reichskanzler a. D. einen Ausschuß des Reichstages über seine Schiebungen zu belügen.

Diese Tatsache beleuchtet mit einem Schlag das gesamte korrupte Wesen der undeutschen Sozialdemokratie. Gemeinsame Verbrechen ketten zusammen, und gegenseitige Furcht und der Selbsterhaltungstrieb zwingen den einen, den andern in Schutz zu nehmen.

Einer der Barmats aber schrieb ins „Tagebuch" im Bewußtsein seiner mächtigen, an ihn geketteten Genossen, seine Verfolger seien ein „Armeekorps von Kanaillen!" Das ist die sogenannte „junge Demokratie", die nicht jung, sondern verfault ist, nicht deutsch, sondern jüdisch verseucht. Aber Demokratie ist sie sicherlich.

Als kleine Kennzeichnung dafür, wie es im zweiten und dritten Rang des marxistischen Theaters aussieht, eine zufällig herausgelesene Blütenlese aus letzter Zeit.

Im Juni 1926 hatte sich ein Genosse Menge in der Landgemeinde Gondorf (Pirna) zum Bürgermeister aufgeschwungen. Wegen zahlreicher Unterschlagungen wurde er zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Am 20. Juni d. J. hatte sich Genosse Gemeindevorsteher N. Gundermann wegen fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagungen in Geestemünde zu verantworten. Ihm wurden 12000 Mark an veruntreuten Geldern nachgewiesen. Er wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. G. Bodom, ehemaliger Soldatenrat, dann marxistischer Stadtrat zu Stolp in Pommern, war bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse an-

gestellt gewesen. Dort hatte er durch längere Zeit hindurch viele Tausende gestohlen. Er wollte sich, als seine Unterschlagungen entdeckt worden waren, durch Gas vergiften, konnte aber ins Leben zurückgerufen werden. Er hatte also doch mehr Ehre im Leibe als viele seiner obersten Führer.

Im September dieses Jahres wurde im Arbeitsamt zu Essen bei einer Revision ein Fehlbetrag von 40 000 Mark entdeckt. Es wurde nachgewiesen, daß der Reichsbannergardist, Sozialdemokrat und Kassengehilfe Alt-Epping diese Summe entwendet hatte. Er war geständig. Sein großer Führer Bauer war, wie wir sahen, verstockter.

Der Direktor der Reichsbannerkapelle und Gewerkschaftskassier in Neudorf i. S., Genosse Kaletzky, verwendete die einlaufenden Reichsbannerspenden für persönliche Zwecke. Sein ehrlicher Vater deckte das Defizit.

Der zweite Bürgermeister von Treuchtlingen, erster Vorsitzender der SPD. in der Stadt, Ausschußmitglied der Weißenburger Konsumgenossenschaft, Genosse Huber, wurde vom Amtsgericht Eichstätt wegen Urkundenfälschung und anderen Gaunereien befragt. Er erhielt sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Eine besondere Nummer ist Oberstaatsanwalt Dr. Karl Elling. Im Juli berief das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nach Feuchtwangen eine große Feier ein, auf der dieser Oberstaatsanwalt und Vorsitzender der Demokraten in Eisenach die Weiherede zu halten hatte. Diesem Dr. Elling wurde vor dem Weimarer Gericht nachgewiesen, daß er junge Mädchen als Sekretärinnen gesucht und sie im Dienstzimmer des Eisenacher Landgerichts bis zwei Uhr nachts zu unsittlichen Zwecken dabehalten habe. Er wurde seines Dienstes enthoben. Im September dieses Jahres wurde übrigens im gleichen Weimar der marxistenfreundliche Oberstaatsanwalt Frieders (Friedlaender) zu drei Jahren Zuchthaus wegen Falscheides verurteilt.

Im August dieses Jahres sah sich die Eisenacher Polizei genötigt, die Geschäftsbücher der marxistischen „Eisenacher Volkszeitung“ wegen Anzeige gegen den des Betrugs beschuldigten Geschäftsführer zu beschlagnahmen. Einige ehrliche Marxisten verließen darauf die Partei und einer erklärte in der „Eisenacher Zeitung“: „Alle meine Bemühungen, die Partei von den unsauberen Elementen zu befreien, scheiterten an der ganz famosen Vetternwirtschaft“. Man sieht: wie der Herr, so's G'scherr.

In Kassel saß als marxistischer Stadtrat neben dem Genossen-Bürgermeister Scheidemann der Genosse Wittrock. Er wurde wegen Meineids zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. Aber er kam nicht ins Zuchthaus, sondern „büßte“ in aller Bequemlichkeit eine Zeitlang im Gefängnis. Dann wurde er von den Genossen-Ministern in Preußen begnadigt und die Entscheidung des Gerichts, nicht mehr eidesfähig zu sein, wurde ebenfalls für null und nichtig erklärt. Es ist doch um die Schönheit und Würde des marxistischen Regiments etwas Herrliches!

Anfang November wurde gegen den ehemaligen jüdischen Hauptschriftleiter des „Vorwärts“ und jetzigen Redakteur von „Lachen links“ die Anzeige wegen Hehlerei erstattet. Zugleich wurde der jüdische Rechtsanwalt Werthauer bei der Staatsanwaltschaft wegen Verleitung zum Meineid angezeigt. Hier stehen die Urteile noch aus.

Die Lorbeeren der Genossen im Reich ließen die Freunde in Österreich nicht ruhen. Alle Welt erinnert sich noch des Riesenskandals, als der Marxist Weiß und der Marxist Bekessy-Friedemann der übelsten, mit Hilfe ihrer Zeitungen begangenen Erpressungen überführt wurden. Weiß erhielt mehrere Monate Gefängnis. Weil seine früheren Genossen aber ihn nicht öffentlich verteidigten, rächt er sich jetzt durch Enthüllungen in seinem „Tribunal“, was die Herren Austerlitz von der „Arbeiterzeitung“ natürlich in furchtbare Wut versetzt hat. Aber Weiß erzählt ruhig weiter:

„Ich kann unter Beweis stellen, daß maßgebende sozialdemokratische Führer einen Teil des zu meinen Lasten im Gerichtssaal aufgerollten Tatbestandes sehr lange Zeit vor meinem Prozeß gekannt haben, ohne dazu Stellung zu nehmen.

Die „Arbeiter-Zeitung" hat mir vorgeworfen, daß ich immer vom Skandal gelebt habe. Wenn man das Skandal nennen kann, was der „Abend" veröffentlicht hat, dann hat der ganze „Abend", dessen Chefredakteur ich durch zehn Jahre war, vom Skandal gelebt, und die „Arbeiter-Zeitung" nennt den „Abend" ein Skandalblatt, indem sie mich einen Skandalmacher nennt. Diese Herabsetzung der „Arbeiter-Zeitung" richtet sich gegen jenen „Abend", von dem viele Parteiführer mir gegenüber wiederholt offen erklärt haben, daß sie ihn für ein ebenso wichtiges, wenn nicht noch wirksameres Agitationsorgan der Partei halten als die „Arbeiter-Zeitung", jenen „Abend", der in den letzten zweieinviertel Jahren meiner Amtsführung, das ist seit den Nationalratswahlen des Jahres 1923, mit dem Parteivorstand durch einen Pakt auf gegenseitige Unterstützung verbunden war.

Hat dieser Pakt zum Skandalmachen geführt, dann war ich keinesfalls der Hauptschuldige, denn nahezu das ganze sogenannte Skandalmaterial des „Abend" wurde der Redaktion von sozialdemokratischen Funktionären übermittelt, insbesondere von den Stadträten Breitner, Weber und Tandler sowie dem Nationalrat Dr. Deutsch und dem Sekretär der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion, Dr. Schärf.

Damit habe ich auch das Verhältnis zwischen der Parteileitung und mir gekennzeichnet. Der Vorwurf des Skandals kann mich nur insofern treffen, als ich den auf Wunsch der Sozialdemokratischen Partei vom „Abend" gemachten Skandal geduldet habe. Ich habe dies getan, weil ich mich durch den Pakt des Blattes mit dem Parteivorstand für gebunden erachtete."

Diese Dinge ließen sich noch seitenlang fortsetzen, sie genügen jedoch, um in jedem Menschen mit Ehrgefühl ein Gefühl des Abscheus zu erwecken.

Die „Arbeiterfürsorge" der Marxistenführer ist überall nichts anderes als die Sorge um einen gefüllten Geldsack gewesen.

Das ergab sich aus der praktisch materialistischen Weltanschauung, das ergab sich aus dem Wesen der führenden Persönlichkeiten. Die heutige Zeit vollendet, was eine frühere begonnen hat.

Der zweite Band von Adolf Hitler „Mein Kampf".

„Völkischer Beobachter", 10. Dezember 1926.

Soeben erscheint der lang erwartete zweite Band von Adolf Hitlers großem Werk, in dem er auf Ziele, Grundsätze und Arbeitsmethoden der nationalsozialistischen Bewegung näher eingeht. Das Werk gliedert sich in 15 Kapitel und behandelt weltanschauliche Voraussetzungen, Grundlagen des Staates, die Wechselbeziehungen zwischen Staat und Persönlichkeit, Weltanschauung und Organisation, um dann die praktische Durchführung der Ideen zu erläutern. Ein längeres Kapitel ist der SA. gewidmet, eine geharnischte Abrechnung mit den falschen Föderalisten bringt die Entlarvung gewisser bayerischer Hetzer, während dann die innerpolitische Frage der Gewerkschaft und die außenpolitische einer Bündnispolitik Deutschlands behandelt wird.

Gleich anfangs scheidet sich Hitler grundsätzlich von allen früheren Versuchen der gewaltsamen Germanisierung der Völker, wie es einst von guten Patrioten allen Ernstes, z. B. den Polen gegenüber, angestrebt wurde. Er stellt der Germanisierung der Völker die Germanisierung des Bodens gegenüber. Hitler schreibt:

„Was in der Geschichte nutzbringend germanisiert wurde, war der Boden, den unsere Vorfahren mit dem Schwert erwarben und mit deutschen Bauern besiedelten. Soweit sie dabei unserem Volkskörper fremdes Blut zuführten, wirkten sie mit an jener unseligen Zersplitterung unseres inneren Wesens, die sich in dem — leider vielfach sogar noch gepriesenen — deutschen Überindividualismus auswirkt."

Hitler geht dann über zur grundsätzlichen Behandlung des Staatsbegriffs innerhalb der anderen Werte unseres Lebens.

„Die grundsätzliche Erkenntnis ist dann die, daß der Staat keinen Zweck, sondern ein Mittel darstellt. Er ist wohl die Voraussetzung zur Bildung einer höheren menschlichen Kultur, allein nicht die Ursache derselben. Diese liegt vielmehr ausschließlich im Vorhandensein einer zur Kultur befähigten Rasse ... So wie große Tierarten der Vorzeit anderen weichen mußten und restlos vergingen, so muß auch der Mensch weichen, wenn eine bestimmte geistige Kraft ihm fehlt, die ihn allein die nötigen Waffen zu seiner Selbsterhaltung finden läßt."

Damit wird der Schwerpunkt der gesamten Betrachtung nicht von äußeren Beziehungen, sondern von innerer Eigenkraft abhängig gemacht:

„Die Güte eines Staates kann nicht bewertet werden nach der kulturellen Höhe oder der Machtbedeutung dieses Staates im Rahmen der übrigen Welt, sondern ausschließlich nur nach dem Grade der Güte dieser Einrichtung für das jeweils in Frage kommende Volkstum ..."

„Die Tatsache des Nichtvorhandenseins eines blutsmäßig einheitlichen Volkstums hat über uns unsägliches Leid gebracht. Sie hat vielen kleinen deutschen Potentaten Residenzen geschenkt, dem deutschen Volk aber das Herrenrecht entzogen."

Eine längere Auseinandersetzung widmet Hitler der Gefahr, die durch Bastardierung entsteht, erblickt aber eine Korrektur der Natur gegen diese Blutschande in der Tatsache, daß Bastarde, auf sich allein angewiesen, meist aussterben, wenn sie nicht wiederum durch fremdes Blut neu gestärkt werden:

„Jegliche Rassenkreuzung führt zwangsläufig früher oder später zum Untergang des Mischproduktes, solange der höherstehende Teil dieser Kreuzung selbst noch in einer reinen, irgendwie rassenmäßigen Einheit vorhanden ist. Die Gefahr für das Mischprodukt ist erst beseitigt im Augenblick der Bastardierung der letzten höherstehenden Rassereinen."

Leider ist nun festzustellen, daß gerade die Kirchen dem falschen demokratischen Humanismus der Rassenzersetzung Vorschub leisten:

„Wie grenzenlos unideal ist doch dieses ganze System! Man bemüht sich nicht mehr, das Beste für die Nachwelt heranzuzüchten, sondern läßt die Dinge laufen, wie sie eben laufen. Daß sich dabei auch unsere Kirchen am Ebenbilde des Herrn versündigen, dessen Bedeutung von ihnen doch am allermeisten betont wird, liegt ganz in der Linie ihres heutigen Wirkens, das immer vom Geiste redet und den Träger desselben, den Menschen, zum verkommenen Proleten degenerieren läßt. Dann allerdings staunt man mit blöden Gesichtern über die geringe Wirkung des christlichen Glaubens im eigenen Lande, über die entsetzliche „Gottlosigkeit“ dieses körperlich verhunzten und damit natürlich auch geistig verlumpten Jammerpacks, und sucht sich dafür mit Erfolg bei Hottentotten und Zulukaffern mit dem Segen der Kirche zu entschädigen. Während unsere europäischen Völker, Gott sei Lob und Dank, in den Zustand eines körperlichen und moralischen Aussatzes verfallen, wandert der fromme Missionar nach Zentralafrika und errichtet Negermissionen, bis unsere „höhere Kultur“ aus gesunden, wenn auch primitiven und tiefstehenden Menschenkindern auch dort eine faulige Bastardenbrut gemacht haben wird.“

Aus dieser ersten Sorge um das Allgemeine, die Gesamtrasse, ergibt sich die Anwendung auch auf einzelne. Dem Kinde sind von Hitler viele der schönsten Seiten seiner Schrift gewidmet:

„Wer körperlich und geistig nicht gesund und würdig ist, darf sein Leid nicht im Körper seines Kindes verewigen. Der völkische Staat hat hier die ungeheuerste Erziehungsarbeit zu leisten. Sie wird aber dereinst auch als eine größere Tat erscheinen, als es die siegreichsten Kriege unseres heutigen bürgerlichen Zeitalters sind.“

Es ist selbstverständlich, daß jeder Nationalsozialist sich selbst in die Gedankengänge seines Führers vertieft, die hier nur kurz angedeutet werden können. Aus einer inneren, neuen Zusammenschau der Probleme ergeben sich auch neue Antworten und neue Forderungen für den Staat und für den einzelnen, und selbstverständlich ist es, daß Hitler aus seiner Weltanschauung heraus ein Todfeind des heutigen fälschlich Deutsches Reich genannten Gebildes ist. Dieser heutige „Staat", der alle seine Hoheitsrechte opfert, der keine Rassenfrage kennt, keinen Freiheitswillen hat, dafür aber von unseren Feinden verhätschelt wird, seine Überwindung erscheint als die erste Voraussetzung, um die Durchführung völkisch-nationalsozialistischer Gedanken möglich zu machen.

„Freilich liegt in dieser Sympathie der Feinde für gerade diese bestimmte Staatsform (der Novemberrepublik) auch die vernichtendste Kritik derselben. Man liebt die deutsche Republik und läßt sie leben, weil man einen besseren Verbündeten für die Versklavungsarbeit an unserem Volke gar nicht finden könnte. Nur dem allein verdankt dieses herrliche Gebilde sein heutiges Bestehen."

„Das hat aber die völkische Weltanschauung von der marxistischen grundsätzlich zu unterscheiden, daß sie nicht nur den Wert der Rasse, sondern damit auch die Bedeutung der Person erkennt und mithin zu den Grundpfeilern ihres ganzen Gebäudes bestimmt. Das sind die tragenden Faktoren ihrer ganzen Weltauffassung."

Der Marxismus fördert deshalb die Auslese des Niedrigen und Untüchtigen. Die heutigen Zustände erweisen sich deshalb nicht als Zufall, sondern als notwendiger Ausdruck des gesamten demokratisch-marxistischen Systems. Woraus sich für uns als Kriterium eines jedes staatlichen Zustandes ergibt:

„Die beste Staatsverfassung und Staatsform ist diejenige, die mit natürlichster Sicherheit die besten Köpfe der

Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß bringt."

Und aus allem ergibt sich deshalb das stolze Bekenntnis:

„So sehr die Grundgedanken der nationalsozialistischen Bewegung völkische sind, so sehr sind zugleich die völkischen Gedanken nationalsozialistisch. Wenn aber der Nationalsozialismus siegen will, so muß er sich zu dieser Feststellung unbedingt und ausschließlich bekennen. Er hat auch hier nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Tatsache schärfstens zu betonen, daß jeder Versuch, außerhalb des Rahmens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die völkische Idee zu vertreten, unmöglich ist, in den meisten Fällen aber geradezu auf Schwindel beruht."

„Wenn jemand heute der Bewegung den Vorwurf macht, sie tue, als ob sie die völkische Idee ‚gepachtet' hätte, so gibt es darauf nur eine einzige Antwort:

‚Nicht nur gepachtet, sondern für die Praxis geschaffen!'"

In der Bewährung fürs Leben liegt allein der Wertmesser, an dem einst auch die heftig ringende nationalsozialistische Bewegung von der deutschen Geschichte gewertet werden wird. Daß eine spätere Zukunft hierüber mit ehernem Griffel schreiben wird, unterliegt keinem Zweifel. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit für jeden einzelnen, sich der Mission immer bewußter zu werden, die heute auf den Nationalsozialismus entfallen ist. Der Wendepunkt deutscher Weltgeschichte — das ist unsere Zeit. Sorge jeder, daß er hier nicht als zu leicht befunden wird'.

In den weiteren Kapiteln geht Hitler auf den Aufbau der Bewegung selbst ein, auf die Erfahrungen des bisherigen Kampfes, auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung auch mit verwandten Gruppen und auf die Folgerungen, die sich nach Überschau der Gesamtlage ergeben.

Es sei ein großer Fehler, zu glauben, lose Arbeitsgemeinschaften seien imstande, die vorliegenden schweren Fragen zu meistern. Hier gelten andere Gesetze des Lebens:

„Sowie einmal eine solche Bewegung ins Leben getreten ist, besitzt sie damit praktisch ein gewisses Prioritätsrecht. Es wäre nun eigentlich selbstverständlich, daß alle Menschen, die das gleiche Ziel wie sie zu verfechten gedenken, sich in eine solche Bewegung einfügen und deren Kraft dadurch stärken, um so der gemeinsamen Absicht besser dienen zu können. Besonders jeder geistig regsame Kopf müßte gerade in einer solchen Eingliederung die Voraussetzung zum wirklichen Erfolg gemeinsamen Ringens empfinden. Mithin müßte es vernünftigerweise und bei einer gewissen Redlichkeit (auf diese kommt es, wie ich später nachweisen will, sehr viel an) für ein Ziel auch nur eine Bewegung geben."

Da dies aber sehr selten der Fall ist, ergibt sich für das Ringen um den Siegespreis:

„Die Natur selbst trifft in ihrer unerbittlichen Logik den Entscheid, indem sie die verschiedenen Gruppen miteinander in Wettbewerb treten und um die Siegespalme ringen läßt und die Bewegung ans Ziel führt, die den klarsten, nächsten und sichersten Weg gewählt hat."

„So war auch die Gründung des Deutschen Reiches an sich nicht das Ergebnis irgendeines gemeinsamen Wollens auf gemeinsamen Wegen, sondern vielmehr das Ergebnis bewußten, manchmal auch unbewußten Ringens nach der Hegemonie, aus welchem Ringen Preußen endlich als Sieger hervorging. Und wer nicht in parteipolitischer Verblendung der Wahrheit entsagt, der wird bestätigen müssen, daß die sogenannte Weisheit der Menschen niemals den gleichen weisen Entschluß gefaßt haben würde, wie ihn die Weisheit des Lebens, das heißt des freien Spiels der Kräfte, endlich Wirklichkeit hat werden lassen. Denn wer hätte in deutschen Landen vor 200 Jahren wohl ernstlich daran geglaubt, daß das Hohenzollernsche Preußen dereinst Keimzelle, Gründer und Lehrer des neuen Reiches sein würde und nicht Habsburg?"

Bezeichnend für die ganze Tragik unserer Zeit ist die Tatsache, daß ausgerechnet die Frontsoldaten, gegen die sich in erster Linie der Landesverrat vom November 1918 richtete, die Revolte retteten aus falsch verstandenem Vaterlandsgefühl heraus:

„In diesen Wochen (1918) mußte die Revolution in Deutschland wenigstens äußerlich gemäßigt erscheinen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, von einigen deutschen Divisionen plötzlich blitzschnell zusammengehauen zu werden. Denn wenn damals auch nur ein einziger Divisionär den Entschluß gefaßt hätte, mit seiner ihm treu ergebenen Division die roten Fetzen herunterzuholen und die „Räte“ an die Wand stellen zu lassen, etwaigen Widerstand aber mit Minenwerfern und Handgranaten zu brechen, so würde diese Division noch nicht einmal in vier Wochen zu einer Armee von sechzig Divisionen angeschwollen sein.“

„Davor zitterten die jüdischen Drahtzieher mehr als vor irgend etwas anderem. Und gerade, um dies zu verhindern, mußte man der Revolution eine gewisse Mäßigung auferlegen, sie durfte nicht in Bolschewismus ausarten, sondern mußte, wie die Dinge nun einmal lagen, ‚Ruhe und Ordnung‘ heucheln. Daher die zahlreichen großen Konzessionen, der Appell an den alten Beamtenkörper, an die alten Armeeführer. Man brauchte sie wenigstens noch eine gewisse Zeit, und erst als die Mohren ihre Schuldigkeit getan hatten, konnte man wagen, ihnen die gebührenden Fußtritte zu versetzen.“

Konnte man diese Haltung des Soldaten der Revolution gegenüber noch dank seiner politischen Unerfahrenheit begreifen, so versagte die nationale Bürgerlichkeit in schmählichster Weise. 1918 und später. Besonders deutlich zeigte sich das anläßlich der Beratungen über das Republikschutzgesetz:

„Als das Republikschutzgesetz zur Annahme kommen sollte, war eine Majorität dafür zunächst nicht vorhanden. Allein

vor den zweihunderttausend demonstrierenden Marxisten packte die bürgerlichen ‚Staatsmänner‘ eine derartige Angst, daß sie gegen ihre Überzeugung das Gesetz annahmen, in der erbaulichen Furcht, andernfalls beim Verlassen des Reichstages von der wütenden Masse windelweich geprügelt zu werden. Was dann leider zufolge der Annahme ausblieb.“

Dessen aber nicht genug, gaben sich die Bürgerlichen dazu her, Hand in Hand mit den marxistischen Totengräbern gegen die erwachende Freiheitsbewegung vorzugehen.

„Was sollte man sagen zu Staatsbeamten, Polizeipräsidenten, die mit wirklich unanständiger Gesinnungslosigkeit sich nach außen als ‚nationale‘ Männer hinzustellen beliebten, bei allen Auseinandersetzungen aber, die wir Nationalsozialisten mit dem Marxismus hatten, diesem die schmählichsten Handlangerdienste leisteten. Was sollte man zu Menschen sagen, die in ihrer Selbsterniedrigung soweit gingen, daß sie für ein erbärmliches Lob jüdischer Zeitungen ohne weiteres die Männer verfolgten, deren heldenmütigem Einsatz des eigenen Lebens sie es zum Teil zu verdanken hatten, wenn sie nicht wenige Jahre vorher von der roten Meute als zerfetzte Kadaver an Laternenpfähle gehenkt worden waren.“

„Es waren dies so traurige Erscheinungen, daß sie einmal den unvergeßlichen verstorbenen Präsidenten Pöhner, der in seiner harten Gradlinigkeit alle Kriecher haßte, wie nur ein Mensch mit ehrlichem Herzen je zu hassen vermag, zu dem herben Ausspruch hinrissen: ‚Ich wollte in meinem ganzen Leben nicht anders sein als erst ein Deutscher und dann ein Beamter, und ich möchte niemals mit jenen Kreaturen verwechselt werden, die sich als Beamtenhuren jedem prostituieren, der augenblicklich den Herrn zu spielen vermag‘.“

Angesichts der Verzweiflung in nationalen Kreisen trifft nun Hitler eine bedeutsame, heute mehr denn je geltende

Abgrenzung, die namentlich jeder SA.-Mann sich wird einprägen müssen:

„Was wir brauchten und brauchen, waren und sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung. Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn freigemacht werden, sondern durch die Eroberung der Straße. Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Straße der Nationalsozialist ist, genau so, wie er einst der Herr des Staates sein wird."

Ein höchst wichtiges Kapitel des Hitlerschen Werkes ist die Abrechnung mit dem Pseudo-Föderalisten, die jeder bayerische Nationalsozialist den Herren von der sogenannten Bayerischen Volkspartei wird vorhalten müssen. Hitler sagt u. a. darüber:

„Man kann keine föderalistische Gestaltung des Reiches propagieren, wenn man das wesentlichste Glied eines solchen Staatsbaues, nämlich Preußen, selbst heruntersetzt, beschimpft und beschmutzt, kurz, als Bundesstaat, wenn möglich, unmöglich macht. Es war dies um so unglaublicher, als sich dabei der Kampf dieser sogenannten Föderalisten gerade gegen das Preußen wendete, das am wenigsten mit der Novemberdemokratie zusammengelegt werden kann. Denn nicht gegen die Väter der Weimarer Verfassung, die übrigens selbst zum größten Teil Süddeutsche oder Juden waren, richteten sich die Schmähungen und Angriffe dieser sogenannten ‚Föderalisten', sondern gegen die Vertreter des alten konservativen Preußens, also die Antipoden der Weimarer Verfassung. Daß man sich dabei besonders hütete, den Juden anzutasten, darf nicht wunderlich nehmen, liefert aber vielleicht den Schlüssel zur Lösung des ganzen Rätsels."

„Nicht das Berlin von vier Millionen emsig arbeitenden, fleißigen, schaffenden Menschen sah der Bayer, sondern das faule zersetzte Berlin des übelsten Westens! Doch nicht gegen diesen Westen kehrte sich sein Haß, sondern gegen die ‚preußische Stadt'."

„Die mindere Freude am und zum Reichsgedanken ist nicht dem Verluste von Hoheitsrechten seitens der Länder zuzuschreiben, sondern ist vielmehr das Resultat der jammervollen Repräsentation, die das deutsche Volk derzeit durch seinen Staat erfährt."

„Schuld daran sind jedoch wieder nur die Parteien, die ununterbrochen den geduldigen Wählermassen von der notwendigen Selbständigkeit der Länder vorreden, dabei aber eine Reichspolitik fördern und unterstützen, die ganz zwangsläufig zur Beseitigung auch der letzten dieser sogenannten ‚Hoheitsrechte' führen muß."

„Das alte Reich gab im Innern Freiheit und bewies nach außen Stärke, während die Republik nach außen Schwäche zeigt und im Innern die Bürger unterdrückt. In beiden Fällen bedingt das eine das andere: Der kraftvolle Nationalstaat braucht nach innen weniger Gesetze infolge der größeren Liebe und Anhänglichkeit seiner Bürger, der internationale Sklavenstaat kann nur durch Gewalt seine Untertanen zum Frondienst anhalten. Denn es ist eine der unverschämtesten Frechheiten des heutigen Regiments, von ‚freien Bürgern' zu reden. Solche besaß nur das alte Deutschland. Die Republik als Sklavenkolonie des Auslandes hat keine Bürger, sondern bestenfalls Untertanen. Sie besitzt deshalb auch keine Nationalflagge, sondern nur eine durch behördliche Verfügungen und gesetzliche Bestimmungen eingeführte und bewachte Musterschutzmarke."

Dem großen deutschen Gedanken aber hat das Heer zu dienen: „Das deutsche Heer ist nicht dazu da, eine Schule für die Erhaltung von Stammeseigentümlichkeiten zu sein,

als vielmehr eine Schule des gegenseitigen Verstehens und Anpassens aller Deutschen."

Dies sind nur einige dürftige Hinweise auf das Werk, das durchzustudieren Pflicht eines jeden Nationalsozialisten ist. Hitler behandelt dann noch die Gewerkschaftsfrage, auf die wir noch gesondert eingehen werden, begründet eindringlich die Notwendigkeit, die NSDAP. vor jeder Auseinandersetzung über kirchliche Probleme zu bewahren, um alle Kräfte auf einen Feind vereinigen zu können, und widmet sich dann der deutschen Außenpolitik. Diese Auseinandersetzungen soll jeder Nationalsozialist den Leuten entgegenhalten, die uns ein Fehlen eines außenpolitischen Programms vorwerfen.

Deshalb: auf den Weihnachtstisch eines jeden Nationalsozialisten gehört auch der zweite Band des Werkes Adolf Hitlers.

Zähneklappern in Italien.

„Völkischer Beobachter", 11. Dezember 1926.

Auf den Führer Italiens wurden mehrere Attentate ausgeführt. So auch im Dezember 1926. Zu diesem nimmt nachstehender Aufsatz Stellung.

Der vierte freimaurerisch-marxistisch-demokratische Mordversuch an Mussolini hatte das italienische Volk aufs tiefste empört; und selbstverständlich haben sich neben den Behörden auch die faschistischen Gruppen selbsttätig in Bewegung gesetzt, um die grundsätzlich skrupellosen Unterwühler eines geschlossenen nationalen Gedankens an die Oberfläche zu ziehen. Daß es in vielen Fällen dabei nicht sehr sanft zugegangen ist und eine Reihe marxistischer Hetzer außerordentlich verprügelt worden sind, hat unter dem marxistischen Führergesindel in Italien ein begreifliches

Zähneklappern gezeitigt und auch ihre wackeren Genossen in allen anderen Staaten, die in Deutschland 1918 und 1919 deutsche Offiziere und andere nationalgesinnte Elemente in Fetzen zerrissen oder niederschlugen, fühlen ihr Solidaritätsgefühl mit den „Verfolgten" erneut erwachen. Spaltenlange Aufsätze über den „Terror in Italien" veröffentlichen natürlich auch die marxistischen Blätter in Deutschland, allen voran der von den Juden Schiff und Stampfer geleitete „Vorwärts".

„Man spricht leise in Italien", erklärt das Organ der Hauptschreier in Deutschland mit gedämpfter Wehmut und bringt dann einige Einzelheiten, die erfreulicherweise ein Beispiel dafür geben, wie ein nationalgesinnter Staat mit Marxistenführern umzugehen hat. Wir erfahren, daß etliche reiche marxistische Bonzen enteignet worden sind, daß eine Reihe anderer ähnlicher Typen verschickt wurden und eine dritte Gruppe von Verschwörern freiwillig über die Grenze ausrückte.

Tief erschüttert ist der „Vorwärts" über die Tatsache, daß der Organisator der bolschewistischen Seegemeinschaften, der frühere marxistische Abgeordnete Kapitän Giulette, endlich doch einmal verhaftet werden konnte. Dieser Organisator eines kommenden Matrosenaufstandes (vergleiche Beispiel Kiel), ist nach dem Zeugnis des „Vorwärts" zwar ein großer Idealist, nichtsdestoweniger gesteht das Blatt tief bedrückt, daß Mussolini gegen ihn ein Verfahren wegen Unterschlagung der ihm anvertrauten Proletariergelder eingeleitet hat. Es steht also zu erwarten, daß der biedere Matrosenführer ähnliche Dinge auf dem Kerbholz hat, wie die Genossen unserer marxistischen Volksvertreter Bosel und Barmat.

Empört ist auch der Marxismus über die Tatsache, daß die Brutnester der Volksvergiftung, die marxistischen Presseorgane, von den Faschisten ausgeräuchert worden sind und daß der italienische Staat die Einfuhr solcher Blätter wie

den „Vorwärts“ und den „Simplizissimus“ verboten hat. Auch hier hat Mussolini nach vielen Jahren Duldsamkeit das getan, was jeder nationale Staatsmann möglichst am ersten Tage seines Regierungsantrittes tun muß. Ist es nicht ein Skandal sondergleichen, daß in den marxistischen und demokratischen Presseorganen über die Mißhandlungen Deutscher durch Franzosen, über die niedrigen Schikanen der Kontrollkommission nur mit einigen Worten hinweggegangen wird? Andererseits bekämpfen sie aber einen Staat bloß deshalb, weil er gegen die Verschwörer und Mordhetzer einmal vom Leder zieht. Dieses italienische Beispiel zeigt, daß wir es mit der demokratisch-marxistischen Presse nicht mit einem Mittel zu tun haben, das auch nur von ferne Deutschlands Interessen vertritt, sondern lediglich mit einem Werkzeug internationaler Gesellen, die um nichts mehr besorgt sind, als um die Bonzen in anderen Ländern, von denen sie die Stützung ihrer Machtstellung erwarten, wie dies bisher geschehen ist.

Wir haben zu den vor sich gehenden durchgreifenden Maßnahmen des Faschismus gegen die italienischen Sozialdemokraten nur zu bemerken, daß wenigstens an einer Stelle der Marxismus und seine Vertreter so behandelt werden, wie sie es seit fünfzig Jahren verdienen, allein schon aus dem einen Grunde, daß sie alle nationalen Elemente immer so behandelt haben, wenn sie irgendwie die Macht dazu hatten. Im Jahre 1918 hat die Sozialdemokratie ihre ganze „Demokratie“ weggeworfen, die entfesselten Horden zum Sturm gegen den deutschen Staat eingesetzt und den Dolchstoß gegen das kämpfende Volksheer geführt. Dieser Verrat darf dem Marxismus und seinen Führern nie vergessen werden, und wir warten auf den Tag, an dem das deutsche Volk sich so weit ermannt, um den Marxismus in ähnlicher Weise wie in Italien, und vor allen Dingen, im Zeichen eines neuen Symbols, eines neuen, wirklichen sozialen Volksstaates, zu erledigen.

Die unvorsichtige Sozialdemokratie.

„Völkischer Beobachter", 18. Dezember 1926.

Mitte Dezember 1926 brachte die sozialdemokratische Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen die von Dr. Marx geführte Regierung der Mitte ein, das diese zu Fall brachte. Es dauerte bis Ende Januar 1927, bis eine Einigung zwischen den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum wiederum unter Leitung von Dr. Marx zustande kam, und ein neues Kabinett gebildet wurde, dem ebenfalls keine lange Lebensdauer beschieden war.

Die Sozialdemokratie hat ohne Zweifel geglaubt, durch ihr plötzliches Vorgehen die Reichsregierung zu zwingen, ihren erpresserischen Forderungen inner- und außenpolitischer Natur nachzugeben. Was die außenpolitischen Fragen anbetrifft, so hätte das keine Schwierigkeiten, da ja die Stresemann-Politik mit der Unterwerfungspolitik der Scheidemänner durchaus zusammenfällt. Nur spielt hier das persönliche Moment eine ausschlaggebende Rolle insofern, daß Dr. Rudi Breitscheid sich schon seit Jahren die Beine in den Leib steht in der Erwartung, endlich einmal den Posten des verehrten Kollegen Gustav Stresemann einnehmen zu können. Dafür erschien die innerpolitische Lage den Sozialdemokraten als günstig genug, um gegen Herrn Marx in ultimativer Form vorzugehen.

Die Kanonade gegen die Reichsregierung richtete sich in letzter Zeit mit fühlbarer Absicht gegen Dr. Geßler, der als demokratischer Reichswehrminister, trotz Weichheit, doch nicht das vollgefügige Werkzeug der Scheidemänner werden wollte. Was hier im Hintergrunde lauert, haben wir schon gekennzeichnet. Die Worte der „Reichsbannerzeitung" vom 15. 10., daß der Posten des Reichswehrministers unbedingt von einem Reichsbannermann, also von einem Sozialdemokraten, bekleidet werden müsse, wären ebenso

programmatisch, wie der Eintritt Severings zum Reichsbanner, als er den Posten des preußischen Innenministers niederlegte. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten vor allen andern den Severing seit langem als den kommenden Reichswehrminister ins Auge faßten, um die Reichswehr von nationalistischen Elementen zu „reinigen" und marxistisch zu durchsetzen wie Preußen. In letzter Zeit wird auch Genosse Lübbring, Polizeipräsident in Dortmund, genannt, um als Kulisse Severings zu dienen.

Man müßte, um zu verstehen, was sich augenblicklich abspielt, eine Parallele ziehen zu den Ereignissen von 1917 und 1918. Damals forderte die Sozialdemokratie eine demokratische Reichsregierung; die Absicht der extremen Führer aber bestand darin, nicht nur die Reichsregierung zu „demokratisieren", sondern auch das Heer, zuletzt diese nationale Volksarmee zu zerstören und widerstandslos ein marxistisches Regiment über Deutschland aufzurichten.

Augenblicklich schreit die ganze marxistische Presse nach Demokratisierung der Reichswehr, und es ist eine merkwürdige Übereinstimmung, daß zu gleicher Zeit, wo die Sozialdemokratie nach der deutschen Regierung greift, ihre Brüder zur Linken einen Antrag eingebracht haben, die Reichswehr überhaupt aufzulösen und eine Miliz an ihre Stelle zu setzen.

Die bolschewistische Reichstagsfraktion fordert dazu, daß die Miliz unter die Kontrolle der Arbeiterverbände gestellt werde, während die Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr in ihre Berufe zurückgegliedert werden sollen. Für den Fall, daß man diesen Antrag ablehnen würde, fordern die Bolschewisten das Wahlrecht für die Reichswehrangehörigen, d. h. es wird planmäßig auf Soldatenräte hingearbeitet, und die Bolschewisten ziehen nur die logischen Folgerungen aus den Losungen der Scheidemänner und Levis!

Wie sich zeigte, ist selbst die Regierung Marx durch das anmaßende Auftreten der Sozialdemokraten etwas verprellt, und es ist nicht unmöglich, daß das Zentrum das neue Anerbieten der „Deutschen Tageszeitung", doch endlich einmal in die versöhnenden Arme der Deutschnationalen zu sinken, annehmen wird. Wir stünden dann folgender Tatsache gegenüber:

Auf der einen Seite der sogenannte Bürgerblock, die Rechte, auf der anderen eine geschlossene Opposition der Sozialdemokraten und Bolschewisten, die Linke. Da die bürgerliche Reaktion innerlich unfähig und ideenlos ist, so steht außer Frage, daß die Sozialdemokratie nach wiedergewonnener Agitationsfreiheit eine hemmungslose Propaganda gegen den Bürgerblock entfachen wird, und daß wir infolgedessen stürmischen Ereignissen entgegensehen können. Der sogenannte Bürgerblock wird sich unfähig erweisen, mit den Scheidemännern und Thälmanns so umzugehen, wie Mussolini es mit den Turati und Treve getan hat. Denn es ist klar, daß weder das Zentrum noch die Deutsche Volkspartei ihre ehemaligen Bundesbrüder so „schmählich behandeln" würden, weil sie doch nicht wissen, was „alles kommen könnte". Und da der Kluge vorbaut, hat Stresemann in einem kürzlich veröffentlichten Brief an den Hauptschriftleiter seines neuesten Organs, der im Verlag des Klettermaxe erscheinenden „Münchener Neuesten Nachrichten", eindeutig erklärt, man müsse durchaus mit der Sozialdemokratie zusammen regieren. Die Folge eines Bürgerblocks wäre also eine neue Stärkung des Gesamtmarxismus und eine Zerbröckelung der sogenannten bürgerlichen Front.

Für den Nationalsozialisten ergibt sich jetzt die Notwendigkeit einer erhöhten Propaganda, ganz gleich, wie die Dinge auch laufen mögen. Man hat zwar den Barmat-Prozeß erneut verschoben, doch hoffen wir trotz allem, daß der Marxismus bis zum Beginn dieses Prozesses, der die

Sozialdemokratie und ihre Führer vollkommen enthüllen könnte, noch nicht so weit an der Macht ist, um den Verlauf derart zu unterdrücken, wie es ohne Zweifel beabsichtigt ist.

Hier im Barmat-Prozeß liegt ohne Zweifel ein zweites triebhaftes Moment, das die Sozialdemokraten veranlaßt, mit aller Macht eine Entscheidung herbeizuführen. Denn ist die Reichswehr durch einen Sozialdemokraten gekrönt, unter Umständen auch der Reichsjustizminister ein folgetreuer Marxist, so wird vom Barmat-Prozeß nicht mehr viel übrig bleiben, d. h. es würden sich viele „neue Momente" ergeben, die eine „Vertagung notwendig" machen würden, und mittlerweile würde man dafür sorgen, daß er in Vergessenheit gerät.

Man begreift, daß die Bürgerlichkeit durcheinanderläuft und sich zu nichts mehr entschließen kann. Nach 8 Jahren Erfahrungen steht das Bürgertum ebenso hilflos und zähneklappernd da, wie 1918, als gewöhnliche Strolche den ganzen bürgerlichen Staat zusammenschlugen.

Wir haben weder rechts noch links zu gehen, sondern geradeaus!

Ins Zuchthaus mit Scheidemann!

„Völkischer Beobachter", 21. Dezember 1926.

Am 16. Dezember 1926 hielt Scheidemann eine Rede im Reichstag, in der er in der unglaublichsten Weise die Reichswehr angriff. Er beschuldigte sie, ein Staat im Staate zu sein und das Gegenteil eines Friedensinstruments. Er behauptete, das deutsche Volk sei über seine Wehrmacht zu schlecht unterrichtet. Er teilte Einzelheiten über die Tätigkeit innerhalb der Reichswehr mit, die Verbindungen mit dem Ausland betrafen, und denunzierte das Heer in landesverräterischer Weise gegenüber den fremden Mächten.

Die Folgen, die die unerhörten Denunziationen Scheidemanns im feindlichen Ausland gemacht haben, ziehen außen-

politisch immer größere und größere Kreise. Wir brachten schon die Äußerungen verschiedener Pariser Zeitungen, die auf Scheidemanns Rede hinwiesen und erklärten, wenn irgend etwas, so hätten die Ausführungen Scheidemanns den französischen Standpunkt in der Kontrollfrage vollkommen gerechtfertigt. In der gleichen Weise haben sich alle führenden Blätter Polens ebenfalls geäußert, am deutlichsten aber schrieb die tschechische Zeitung „Cech“. Sie erklärte wörtlich:

„Es ist nur gut, daß der deutsche Außenminister den Nobelfriedenspreis erhielt. So gelang es ihm, die ganze Welt an der Nase herumzuführen. In Thoiry und Genf hielt er begeisternde Friedensreden, während er zu gleicher Zeit in Rußland Kanonen gießen und Giftgase anfertigen ließ. Denn es ist notwendig, vorbereitet zu sein, falls irgendwo etwas geschehen sollte, falls sich die Verbündeten etwa nicht einig wären, oder sich gar plötzlich in einem Waffenkonflikt befinden würden. Der Welt würde dann die Augen geöffnet, wenn das „abgerüstete“ Deutschland auf einmal Geschütze, Flugzeuge, Tanks, Gase und wie all die verbrecherischen Dinge heißen mögen, auffahren lassen würde. Die Auslassungen Scheidemanns könnten oder sollten zum mindesten der Welt zeigen, daß man in Berlin seit dem 9. November 1918 nichts zugelernt und nichts vergessen hat.“

Dieses Echo einer solchen verräterischen Rede, wie sie Scheidemann gehalten hat, mußte ein Mensch, der seit Jahren führend in der Politik steht, selbstverständlich voraussehen, und es ist wohl nichts anderes, als eine freche Irreführung der marxistischen Anhängerschaft, wenn der „Vorwärts“ sich zur Scheidemann-Rede folgendermaßen äußert:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stand also gestern — wir sprechen das ruhig aus — im Reichstag allein. Es darf aber hinzugefügt werden, daß ihr das keineswegs überraschend kam, sie war vielmehr vollkommen darauf gefaßt. Sie widersetzt sich mit aller Kraft und aus tiefster Überzeugung der Auffassung, daß es bei der Reichswehr Dinge geben dürfe, die mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben sein müßten und vor denen auch die parlamentarische Kritik respektvoll haltzumachen hätte.

Man hat in allen Tonarten gefragt, welchen Eindruck diese Rede im Ausland machen würde. Nun, das Ausland erfährt aus dieser Rede nicht zum ersten Male, daß manches faul ist, sie erfährt aber auch aus ihr, daß die größte Partei Deutschlands mit rücksichtsloser Entschiedenheit auf Achtung der nun einmal bestehenden Verträge und auf volle Aufrichtigkeit in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn dringt. Die lächerliche Vorstellung der ausländischen Nationalisten, daß das deutsche Volk gewissermaßen eine einzige Verschwörung bilde, zum Zweck der geheimen Rüstung und mit dem Ziel des Revanchekrieges, zerrinnt in nichts. Die innere parlamentarische Kritik ist da, sie wird mit aller Offenheit geübt. Damit entfallen alle Voraussetzungen für Kontrollen und Investigationen."

Die letzten Worte namentlich zeigen die ganze innere Verlogenheit dieses alljüdischen Blattes, denn in dem Augenblick, wo Scheidemann die Reichswehr derart denunziert, wie er es getan hat, mußte die gesamte feindliche Presse sich auf die unwahren Angaben der Partei, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, stürzen, und es ist selbstverständlich, daß dadurch eine ungeheure Schwächung der deutschen außenpolitischen Stellung eingetreten ist. Aber eines hat Scheidemann dadurch erreicht: setzten alle Feinde Deutschlands schon von jeher ihre besondere Hoffnung auf die verräterische Tätigkeit der Sozialdemokratie, so ist diese Hoffnung durch den letzten Skandal erneut als berechtigt erwiesen worden.

Léon Daudet hatte bekanntlich erklärt: „Ich liebe die deutsche Sozialdemokratie, weil ich Deutschland die Pest wünsche." Dieses Wort ist vor etwa sieben Jahren gesprochen worden, und seit dieser Zeit kann jeder, der offenen Auges durchs Leben geht, die Auswirkung dieser marxistischen Pest auf außen- und innerpolitischem Gebiet verfolgen. Was die Sozialdemokratie eben getan hat, das ist ein durchgeführter politischer Generalstreik gegen die Interessen des gesamten arbeitenden deutschen Volkes; es ist die durchgeführte Stützung des französischen und tschechischen Militarismus. Es ist die Stärkung der Stellung der uns alle ausbeutenden internationalen Hochfinanz. Es ist durch die

Denunzierung des Genossen Scheidemann eine neue Kette für 70 Millionen Deutsche geschmiedet worden! Wie der „Vorwärts" ausdrücklich erklärt, ist dieser Vorstoß der Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein unternommen worden, und es gibt somit keine einzige Entschuldigung für die Führung des Marxismus.

Eine deutsche Partei, die jetzt noch von sogenannten großen Koalitionen spricht, treibt Verrat am ganzen deutschen Volke. Es kann jetzt nur eine einzige Parole geben: Kampf bis zur vollständigen Vernichtung des marxistischen Verrätertums!

Wir fordern ein Verfahren wegen Verdachts landesverräterischer Umtriebe des Herrn Scheidemann, sofortige Aufhebung seiner Immunität und Einsperrung bis zur Durchführung des Prozesses. Alle unsere Abgeordneten und Redner werden auf die Scheidemannrede hinweisen und auch den Ausdruck nicht vergessen, den er in München geprägt hat: „Der neue Staat, das ist das Werk der Sozialdemokratie." In diesem „neuen Staat" darf heute Herr Scheidemann straflos ganz Deutschland an die Feinde denunzieren, und wir verstehen, daß dieser Mensch auf einen solchen Staat, der ihn noch immer frei herumlaufen läßt, stolz ist!

Alle bewußten Deutschen aber haben für einen anderen Staat zu kämpfen; in dem die Scheidemann und seinesgleichen auf Lebenszeit ausgeschieden sind von jeder Tätigkeit*.

* Scheidemann, Wels, Stampfer usw. hetzen heute als ausgebürgerte Emigranten im Ausland weiter gegen Deutschland.

1927

Der ewige Judenhaß gegen Christus.

„Völkischer Beobachter“, 27./28. März 1927.

Das Toldoth Jeschu.

Vor einiger Zeit mußten wir berichten, daß eine nationalsozialistische Wochenzeitung von den frommen Behörden Bayerns beschlagnahmt worden war, weil sie altjüdische Schriften behandelte, die das Christentum in schlimmster Weise angriffen. Selbst ein nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter ist unter Verfolgung gesetzt worden, weil er seine Anschauung über diese Pamphlete schwarz auf weiß niedergelegt hatte. Es handelte sich hierbei um das sogenannte „Toldoth Jeschu“ (Leben Jesu), das in verschiedenen Lesungen Jesus verhöhnt — und zwar bis auf den heutigen Tag.

Ich gebe nachstehend zu dieser rein geschichtlich-wissenschaftlichen Frage einen Auszug aus meiner Schrift „Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten“ wieder, die vor sieben Jahren erschienen ist. Das wird sowohl den jüdischen Geist kennzeichnen als auch die bayerischen Behörden, die es verbieten, unanfechtbare Tatsachen dem deutschen Volk bekanntzugeben.

❖

Neben dem Talmud besitzen die Juden noch ein anderes, aus ihm entwickeltes und Christus gewidmetes Werk, welches in Tausenden von Handschriften durch die ganze Judenheit verbreitet war: das Toldoth Jeschu (Leben Jesu), „welches nicht gedruckt, sondern mit hebräischer Kurrentschrift geschrieben und die Juden im geheimen an der

Christnacht in ihren Häusern lesen", wie es in einem alten Buche heißt.

Diese verschiedenen Toldoth Jeschu erzählen nun in einer großen Anzahl von Fassungen das Leben Christi. Hier seien einige sich wiederholende Hauptzüge bekanntgegeben.

Mirjam (Maria) war die Verlobte eines Mannes aus dem königlichen Geschlecht mit Namen Jochanaan. Er war ein großer Gelehrter und fürchtete den Himmel sehr. Joseph, der Sohn des Panthers, wohnte neben Maria und warf ein Auge auf sie. An einem Sabbatabend hatte er sich schwer betrunken und kehrte, als er an ihrer Haustür vorbeiging, bei ihr ein. Sie sagte, daß sie die Menstruation habe und bat ihn, wegzugehen. Er kehrte sich aber nicht daran, schlief bei ihr, und sie wurde schwanger. Als dieses ruchbar wurde, war der Verlobte Jochanaan sehr betrübt und reiste nach Babel. Mirjam aber gebar einen Sohn, dem man den Namen Josua gab.

Jesus lernte im Talmud, wurde gelehrt in der Thora und war ein hochmütiger Mensch. Der Bösewicht ging an den Rabbinern mit erhobenem Haupte und unbedeckten Kopfes vorüber und grüßte niemand. Da sagte ein Rabbi: „Er ist ein Bastard", und ein anderer fügte hinzu: „Und der Sohn einer Menstruierenden."

Jesus, als er das hörte, war über die Schande seiner Geburt entsetzt, ging zu seiner Mutter und bat sie, ihm die Wahrheit zu sagen. „Sage mir die Wahrheit, daß ich nicht ausarte gegen dich, denn ich mag ein hurerisches Weib nicht achten." Da nun Maria ihre Schande nicht eingestehen wollte, so zwang Jesus sie dazu. Nach einer Version dadurch, daß er sie in eine Kiste sperrte und sie nicht eher herausließ, als bis sie gestanden hatte, nach anderer Lesung durch Einklemmen ihrer Brüste zwischen die Türangel.

Da Jesus, als Verführer und Zauberer, im Besitze eines Zauberwortes war, so vollbrachte er eine Menge Wundertaten, viele Abtrünnige Israels schlossen sich ihm an, und

es entstand eine Spaltung im Volke. Als er sich rühmte, zum Himmel emporsteigen zu können, wurde er zu einem Wettspiel mit Judas Ischariot gezwungen. Jesus sprach das Wort (oder den Buchstaben) und flog in die Lüfte. Da sagte auch Judas das Wort und stieg wie ein Adler empor. Es konnte keiner den andern überwinden, bis Judas schließlich auf Jesus urinierte, ihn dadurch verunreinigte und zu Fall brachte.

Jesus sollte als Betrüger und politischer Verbrecher hingerichtet werden, da zerbrach alles Kreuzesholz unter ihm. Wie aber die Narren sahen, daß kein Baum ihn tragen konnte, so meinten sie, das geschähe seiner Frömmigkeit wegen. Es war aber nur das Zauberwort, das Macht über das Holz hatte. Da brachte man einen Kohlstengel und kreuzigte ihn.

Nach dem Tode wurde Jesus bei Judas im Garten verscharrt. Seine Verfolger sagten später, er sei in den Himmel gefahren.

So lautet die Kernsage des Toldoth, die in verschiedenen Formen in der ganzen Judenheit umgingen. In Deutschland wurde sie in deutscher Sprache geschrieben und erzählt, erst später ins Hebräische übersetzt, war also ein Volksbuch. Ein jüdisches Manuskript erzählt folgendes:

„Dieses Heft ist Tradition von Mann zu Mann, das man nur abschreiben darf, nicht aber zu Druck bringen. Man lese es nicht öffentlich oder vor kleinen Mädchen und vor Leichtfertigen, um so weniger vor Christen, welche deutsch verstehen... Ich habe es kopiert aus drei Heften, die nicht aus einem Lande herrühren, die aber übereinstimmen, nur schrieb ich es in der Sprache der Klugen (hebräisch), denn uns hat er erwählt aus allen Nationen und hat uns die Sprache der Klugen gegeben. Einiges werde ich hinzufügen, denn beim Gespötte kann man die Rede etwas erweitern..." (Samuel Krauß: „Das Leben Jesu nach jüdischen Quellen", S. 11.)

Wie in Deutschland, so war das Toldoth auch in Polen und den romanischen Ländern weit verbreitet. Schon der Bischof Agobert von Lyon (9. Jahrhundert) war mit ihm bekannt. Ebenso aber wie die Rabbaniten, pflegten die Karäer, sonst ihre ärgsten Feinde, die beliebte Volkssage. Wer nur mit etwas Aufmerksamkeit in jüdische Zeitungen und Bücher hineingesehen hat, wird den Christushaß, diesen „nationalsten Zug" des Judentums (Laible: „Jesus Christus im Talmud") bis in die neueste Zeit hinein deutlich verfolgen können; denn der Kampf gegen das Christentum, unter verschiedenem Deckmantel geführt, ist auch heute noch Losung aller jüdischen orthodox oder „frei" denkenden Männer.

Aber wem dafür der Star noch nicht gestochen ist, der lasse sich gesagt sein, daß die Juden die den wütendsten Haß gegen Christus predigenden Talmudstellen ihre „Perlen und Edelsteine" nennen; daß die Bezeichnung „Toter Hund" aus dem 1880 neu verlegten Sohar stammt, daß die Zensurstellen am Ende des 19. Jahrhunderts alle gesammelt und, besonders in Deutschland, gedruckt und unter den Juden verbreitet wurden. Damit aber die braven Christen und Europäer nicht in unnütze Aufregung geräten, so sind diese Sammlungen fast ausnahmslos ohne Angabe des Ortes gedruckt und im Buchhandel nicht zu haben.

Auch das Toldoth ist heute ebenso verbreitet wie früher. Nach dem Zeugnis S. Krauß' befinden sich Toldoth-Manuskripte „auch jetzt noch in großen Mengen in den Händen von schlichten Juden", und gebildete Juden „schreiben noch heute in Rußland usw. (also auch in anderen Ländern) ihre Art Toldoth". Den Zweifel, daß das Toldoth nicht den Anschauungen der Juden entspreche, fertigt Krauß selbstbewußt ein für allemal ab:

„Meine Glaubensgenossen", sagt er, „werden dagegen protestieren, daß das Toldoth als authentische Wiedergabe jüdischer Anschauungen zu gelten habe; allein dann müssen sie auch gegen den Talmud protestieren" (a. a. O. S. 238).

Der teuflische Haß der Juden gegen Christus, ob nun zurückgedrängt oder nicht, ist ein Gemeingut des ganzen jüdischen Volkes. Es ist hohe Zeit, daß dieses endlich einmal in weiteste Kreise dringt, denn hier liegt ein Schlüssel zum Verständnis der Wirksamkeit der Juden verborgen.

Die Europäer müssen einsehen, daß es Dinge gibt, die unter einer nur dünnen Tünche christlicher Kultur verborgen schlummern. Fällt diese einmal ab, so schaut uns heute derselbe Geist und Charakter entgegen, wie der war, der vor fast zweitausend Jahren Jesus ans Kreuz schlug.

Diese geschichtlichen Tatsachen festzustellen, muß ebenso gestattet sein, wie die Sitten und Gewohnheiten der Inder, Afrikaner usw. zu erforschen. Warum soll hier ausgerechnet der Jude ausgenommen werden, hohe bayerische christliche Staatsregierung, *wenn Dinge nachgewiesen werden, die eine antichristliche Gesinnung beweisen?*

Mörderverherrlichung.

„Völkischer Beobachter", 1. Juni 1927.

Es scheint, als ob man in Moskau das Gefühl hat, nicht mehr zurück zu können; tagtäglich häufen sich die Meldungen über Verhaftungen, Todesurteile, Erschießungen. Dabei sind sicher die schlimmsten Dinge noch gar nicht zu uns gedrungen, denn die Moskauer Zensur ist bemüht, die Einzelheiten über die Folterungen der zu Mordenden nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Selbst der Bolschewistenfreund Scheffer, der Vertreter des „Berliner Tageblattes", ein Treuester der Treuen Sowjetjudäas, der sich öffentlich freute, wenn die „bürgerlichen Haustiere wie Bälle in die

Luft“ geworfen wurden, „warnt“. Aber zugleich spricht aus der „Warnung“ eine stille Freude.

Zunächst benennt er den bolschewistischen Blutrausch „Staatsraison“, die „ihren Zweck jedenfalls schon im ersten Augenblick erstaunlich klar ins Auge“ gefaßt habe: „Trotz aller Deuteleien Europas, das vermutlich aus Altersgründen die übrige Welt nur nach seinem Gleichnis sich vorstellen zu können scheint, ist bis zum heutigen Tage der Sowjetstaat dasselbe, was er zu Beginn war...“ Und damit man nicht daran zweifle, daß das „Berliner Tageblatt“ dieses Rußland über alles liebt, heißt es weiter: „Kein Staat kann aufrichtiger als Deutschland die Fortdauer des Sowjetstaates, wie wir ihn bisher gekannt haben, wünschen.“

Scheffer verwechselt offenbar die innersten Gefühle des Judentums zu den bluttriefenden jüdischen Henkern des Kreml mit Deutschtum, eine Verwechslung, die allerdings angesichts der Politik des Reiches sehr begreiflich ist, hat doch Stresemann die Sowjetvertretung in London übernommen, sitzen doch die aus London ausgewiesenen Spione und Hetzer noch immer im allgeduldigen Deutschland.

Die geheimen Sympathien des „Berliner Tageblatt“ auch zum jetzigen Mordregiment kommen nicht nur in der Überschrift des genannten Aufsatzes „Staatsraison“ zum Ausdruck; sondern von dieser Staatsraison wird voller Hohn gesagt: „Einmal im Gang, hat sie keine Grenzen. Sie höret nimmer auf, wie die Liebe.“ „Immerhin kann man wohl sagen, daß die Verhaftungen nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen werden.“ Die Zahl der allein in Moskau Verhafteten schätzt Scheffer auf 1000! Weiter: „Die Romantiker nimmt man hier nicht ernst. Nach dem Wojkow-Mord erschoß man ihn (Dolgoruki). Hart, aber nicht ganz unbegreiflich.“

So geht es weiter. Dieser nur halb verdeckte Lobeshymnus auf die Moskauer Blutherrschaft erschien im „Berliner Tageblatt“, d. h. in einem Blatt, in dem der Kanz-

ler Marx Oster- und Neujahrsaufsätze veröffentlicht, in dem Dr. Josef Wirth für seine „soziale Republik“ kämpft, in einem Blatt, das fast offiziös zu nennen ist.

Hier zeigt sich unverhüllt, was die Herren des „Berliner Tageblatt“ eigentlich wollen, was sie lieben.

Wir fragen: Wie lange soll das deutsche Volk diese Verhöhnung als „altersschwach“ noch über sich ergehen lassen, wenn es sich über das mordende Moskauer Gesindel empört?

Verfassungsfeier.

„Völkischer Beobachter“, 11. August 1927.

Am 11. August „feiern“ also alle Schwarz-rot-goldenen ihre „Verfassung“ und folgerichtigerweise damit alles, was zu dieser Verfassung führte und was auf Grund der „Verfassungstätigkeit“ in den letzten zehn Jahren erreicht worden ist. Als wichtigste Errungenschaft der Demokratisierung Deutschlands empfehlen wir allen drei Novemberparteien, daß sie am 11. August jenen Hinweis aus der Verfassung zitieren, wonach in dieser nichts stehen darf, was dem „Versailler Friedensdiktat“ widerspricht. Hier wäre der erste Anlaß, erbauliche Betrachtungen über die „freieste Republik“ der Welt anzustellen und jene segensreiche Wirksamkeit zu schildern, die der Versailler Vertrag auslöste, gegen die etwas zu sagen die Verfassung des Herrn Hugo Preuß verbietet.

Als der Versailler Vertrag bekannt wurde, stieg Herr Scheidemann auf die Rednerbühne und schwor Stein und Bein, die Hand müsse demjenigen verdorren, der dies Schanddiktat unterschreiben werde. Er sagte voraus, daß bei Erfüllung dieses unmöglichen Vertrages Millionen von Deutschen verelenden und auf die Straße müßten.

Aber die Jahre haben sich geändert, der Vertrag hat sich insofern „günstig“ ausgewirkt, daß zwar tatsächlich Millionen auf die Straße mußten und 16000 Menschen jährlich Selbstmord verüben, aber immerhin hat er den Bonzen fette Posten und Pensionen gebracht, so daß diese mit dem heutigen Zustand außerordentlich zufrieden sind, und jeden Deutschen wütend anfallen, der die Forderung nach der Revision des Versailler Diktats und damit zugleich natürlich auch die Abschaffung der von diesem Diktat abhängigen Weimarer Verfassung erhebt.

Wir schlagen den Reichsbannerparteien vor, am 11. August große Schilder mit sich zu führen, etwa mit folgenden Aufschriften: „2,5 Milliarden Reichsmark jährlich für die große Dawes-Demokratie! Deutsche Arbeiter, opfert eure letzten Pfennige, damit die Bankiers in der Wallstreet besser leben und die französischen Militärs besser rüsten können!“

Aufschriften ähnlicher Art müßten zum 11. August 1927 auf alle Reichsbannerfahnen gestickt werden, denn noch vor wenigen Wochen hat diese glorreiche Organisation zur Erhaltung des Versaillers Friedens in Luxemburg die Anerkennung der Schandverträge als die grundlegende Voraussetzung für alle Friedensbestrebungen bestätigt.

Auch an anderen Themen für die Verfassungsfeier ist kein Mangel. Der Hinauswurf deutscher Eisenbahner z. B. und die 250000 Mark Gehalt für den Vogt über die internationale Bahn, die 650 Millionen Goldmark, die die Deutschen durch ihre Eisenbahnfahrten an die Entente abzuliefern haben, als moderner Zoll für die internationalen Wegelagerer, auch das wäre ein Prachtstück für eine Festversammlung vor dem deutschen Reichstag.

Hunderttausende von Deutschen können keine größere Urlaubsreise machen, weil die Dawesbahn so teuer ist, aber dafür fährt Herr Noske nach Indien, und somit hat sich auch hier eine ausgleichende Gerechtigkeit vollzogen, wie es im Sinne der Sozialdemokratie immer gewesen ist.

Dies und tausenderlei andere Dinge wären die schönsten Themen zur Feier der Weimarer Verfassung, wobei die eigentlichen Verfasser dieser Verfassung nicht ungenannt bleiben dürfen. Dies sind der Zentralvereinsjude Nathan, Bankdirektor Witting, der Bruder des Isidor Wittkowsky (Maximilian Harden), und der Jude Hugo Preuß, der als echter Demokrat Ruten und Beile für die Reaktionären herbeiwünschte. Diese Beile, das sind Reichsbanner und Rotfront. Diese Beile werden eben emsig geschliffen und die Wiener Generalprobe hat gezeigt, daß man innerpolitisch jeden Tag bereit ist, auf die Verfassung zu pfeifen, wenn man sich Erfolg verspricht.

Und so feiern wir denn auf unsere Weise ebenfalls die Weimarer Verfassung und buchen auf ihr Konto Versailles, Dawesdiktat, drei Millionen Arbeitslose, 16000 Selbstmorde jährlich, 70000 Auswanderer jährlich und wünschen Herrn von Kardorff guten Mut, wenn er im Namen der deutschnationalen Reichsregierung die Verfassung zu feiern hat.

Die Altsozialisten.

„Völkischer Beobachter", 12. August 1927.

Viele Arbeiter, und darunter gewiß nicht die schlechtesten, glaubten lange Zeit ehrlich daran, daß die Sozialdemokratie ihnen zu ihrem Recht verhelfen werde. Die Zersetzungserscheinungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die nach dem Kriege sich mehr und mehr häuften, begannen allmählich die Besten in den eigenen Reihen zu einer gewissen Besinnung zu bringen. So wurde die „Altsozialistische Partei" unter Führung von August Winnig gegründet, die allerdings nach kurzer Zeit wieder vergehen mußte, da ihr die wirkliche Stoßkraft fehlte. Winnig, der 1920 Oberpräsident von Ostpreußen war, und auch den Kapp-Putsch mitmachte, fand später den Weg zum Nationalsozialismus.

Am vergangenen Montag sind die Altsozialisten in Berlin zum erstenmal vor die Öffentlichkeit getreten. Geführt wird die dortige Ortsgruppe von Bernhard Rausch und August Winnig, dem bekannten Oberpräsidenten von Ostpreußen, der seinerzeit sich mutig zum Kappunternehmen bekannte. In ihrer ersten öffentlichen Versammlung in Berlin betonten sie, es sei ein Verhängnis gewesen, daß das deutsche Volk die Entwicklung zum Nationalstaat nicht zielbewußt mitgemacht habe. Jetzt würden wir durch den Druck des Versailler Vertrages von allen Seiten bedrängt, und die wichtigste Aufgabe, die wir hätten, wäre Umschau nach einem neuen Lebensraum zu halten. Um das Ziel — der Freiheit — zu erreichen, müßte auch die deutsche Arbeiterschaft stets bereit zum Opfer für die Größe der Nation sein.

Diese Gedanken, die vollkommen mit der nationalsozialistischen Lehre zusammenfallen, sind auf das wärmste zu begrüßen. Wir können immer nur feststellen, daß wir über jede Kraft erfreut sind, die Anstalten macht, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun und die betrogenen Arbeitermassen wieder zu sich selbst und zu klarer Überlegung über ihre unlösliche Schicksalsverbundenheit mit allen anderen Volksgenossen und mit dem deutschen Grund und Boden zurückzuführen. Denn wenn der Marxismus lehrt, nur der Proletarier sei international und könne auf Grund und Boden verzichten, so ist, wie überall in der marxistischen Lehre, genau das Gegenteil davon wahr.

Der reiche Mann, gleich welchen Berufes, hat allein die Möglichkeit, sich von seiner Heimat zu lösen und ohne Schwierigkeit in irgendeinem anderen Erdteil zu leben. Der durchschnittlich Begüterte aber, und erst recht der Arme, sind gezwungen, zu Hause zu bleiben, und darum besteht nicht das Problem darin, das ganze Volk zu proletarisieren, sondern im Gegenteil, es ganz fest mit dem Grund und Boden zu verbinden. Hier fällt das Interesse des Ärmsten mit dem Interesse der Gesamtheit genau zusammen: der

ärmste Mann braucht Raum, braucht Ackerboden und das ganze Volk braucht, um einen starken Staat zu bilden, der imstande ist, sich selbst zu verteidigen, ebenfalls ein möglichst großes Gebiet. Das Vaterland kann also vom Ärmsten nicht verneint, sondern es muß erobert werden. Und diese Einstellung ist es, die den nationalsozialistischen Kampf sieben Jahre über getrieben hat; nach und nach beginnt auch außerhalb der organisierten Partei dieser Gedanke Gemeingut aller ehrlichen Deutschen zu werden.

Wir hoffen deshalb, daß die uns in diesem Fall ähnlichen Gedanken der Altsozialisten in die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitermassen hineingetragen werden, um auch von einer anderen Seite her das marxistische Lügengebäude zu erschüttern.

Nur eines begreifen wir nicht: daß die neugegründete Partei sich altsozialistisch nennt! Aus diesem Namen kann man nur herauslesen, daß ihre Begründer nur mit der neuen Entwicklung der Sozialdemokraten unzufrieden sind, nicht aber mit ihrer Vergangenheit. Tatsächlich ist die Entstehung der altsozialistischen Partei ja auch in erster Linie auf den Konflikt in Sachsen zurückzuführen, wo die Mehrheit den ganz linken Flügel der SPD. bildet, der jederzeit ins kommunistische Lager abschwenken kann. Diese Mehrheit wurde nach langem Hin und Her von der Berliner Zentralleitung als die allein berechtigte Gruppe anerkannt, und so spaltete sich der vorsichtigere Teil der Sozialdemokratie ab und bildete die Altsozialistische Partei.

Um die Entwicklung der letzten Jahrzehnte aber richtig zu beurteilen, geht es nicht an, den Marxismus etwa zur Zeit Lassalles oder Bebels als eine Zeit darzustellen, in der er als daseinsberechtigt anerkannt werden konnte. Der Marxismus ist heute grundsätzlich nichts anderes als er bei seiner Begründung war, und nur äußere Druckmittel haben es verhindert, daß er sich früher in seiner wahren Gestalt offenbaren konnte. Es gibt keine „gute alte Zeit“

des Marxismus, was seine Ideologie und Führerschaft betrifft. Höchstens der opferbereite Glaube der deutschen Arbeiterschaft aus der Maienzeit der Sozialdemokratie zeugt von einem starken seelischen Hochschwung. Diese seelische Kraft ist ja auch das einzige, worauf der Nationalsozialismus fußen kann und an welche er unermüdlich appelliert.

Gedenkt die Altsozialistische Partei folgerichtig in dem Sinne zu arbeiten, wie ihr erster Redner soeben verkündete, so wird sie in uns im Kampf gegen den Gesamtmarxismus einen Bundesgenossen finden. Es fehlt zur Ergänzung des Bisherigen jedoch die klare Aufrollung der Politik der internationalen Finanz, ihrer jüdischen Durchsetzung und eine vernichtende Kritik der marxistischen Gesamtpolitik, die die Jahrzehnte über die Geldpolitik der Demokratie unterstützt hat. Wir werden abwarten, ob die Altsozialistische Partei den Mut aufbringt, alle Folgerungen aus ihrem ersten Schritt zu ziehen. Nur durch die Tat wird sich dann beurteilen lassen, ob die Altsozialistische Partei bloß eine Partei ist, die aus Ängstlichkeit vor allen Folgerungen des marxistischen Systems entstand, oder tatsächlich ein Ansatz ist zum neuen Denken und Handeln.

Seelische Tragik.

„Völkischer Beobachter", 9. September 1927.

Während der ganzen Kampfjahre bestand in Deutschland bereits eine latente religiöse Krise. Der Nationalsozialismus hielt sich stets von einem Eingreifen in diese Probleme fern und lehnte es damals wie heute betont ab, religiöse Überzeugungen an sich anzutasten und sich in Dogmenstreitigkeiten einzumischen.

Wir haben gestern kurz die Rede des Landessekretärs des katholischen Volksvereins Dr. Getzeny behandelt, in der

dieser sich gegen den folgerichtigen Nationalismus wandte, und für die „Vertiefung des internationalen Gedankens" eintrat. Die Rede liegt jetzt im Wortlaut vor, und sie gibt Anlaß, uns mit den ernsten Ausführungen des genannten Redners zu befassen. Sind diese doch bezeichnend für den Gedankengang sicher vieler Millionen, ohne daß diese die inneren Widersprüche derartiger Ausführungen gewahr werden. Dr. Getzeny stellte zu Anfang seiner Ausführungen folgende Behauptungen auf:

„Nichts darf der Christ über Gott und über die Liebe Gottes setzen, sondern sein ganzes Wesen, sein ganzes Denken und Sein hat in Gott und seiner Liebe zu wurzeln. Daraus ergibt sich für den Christen, daß er die Übertreibungen des modernen Nationalismus nicht mitmachen darf, daß ihn eine Welt von der extrem-völkischen Weltanschauung trennt. Denn dem Extrem-Völkischen gilt die eigene Nation und Rasse als das Höchste und Wertvollste überhaupt. Nur in seiner Nation und Rasse vermag er etwas Wertvolles zu erkennen, während ihn gegen die anderen Völker und Rassen eine tiefe Abneigung, ja Haß und Verachtung erfüllt. In dem extrem-völkischen Standpunkt ist eingeschlossen, daß die leibliche und sittlich-geistige Einheit des Menschengeschlechtes aufgegeben ist. Damit muß aber auch eine Religion geleugnet werden, die sich an die Menschheit als solche richtet."

Wir Nationalsozialisten lehnen es — das sei vorausgeschickt — grundsätzlich ab, irgendwelche polemische Stellungnahme zum religiösen Glauben unserer Parteigenossen und anderer Deutscher zu nehmen. Wir achten jede religiöse Anschauung, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Nationalsozialismus über allen Bekenntnissen steht und sie im Dienste für das deutsche Wesen alle zu umschließen vermag.

Der Redner begeht in seinen Ausführungen nun aber mehrere unbewußte Fälschungen. Denn gerade deshalb, weil der Nationalsozialismus auf Rasse und Volkstum den allergrößten Wert legt, weil er in Rasse und Volk die Grundlagen überhaupt für Religion und Kultur anerkennt, gerade daraus folgt für ihn auch die innere Berechtigung

für andere Rassen, sich ihre eigene Kultur und ihre eigene Religionsform zu entwickeln. Wir schauen beispielsweise nicht verächtlich hinab auf die „heidnischen" Chinesen und Japaner, sondern anerkennen in diesen Völkern eine große Kultur und berechtigte Eigenart. Aber gerade hier offenbart sich eine heftige Unduldsamkeit der christlichen Kirchen, die diese Kultur- und Religionseigenart nicht achten wollen, sondern sich bemühen, die wuchshafte Einheit dieser Nationen durch gewaltlose oder gewaltsame Bekehrung zu irgend einem christlichen Bekenntnis zu stören.

Es erweist sich also bereits von Anfang an, daß das gerade von den Anhängern Dr. Getzenys oft gebrauchte Wort vom „christlichen Frieden" eine Lüge ist, denn im Namen dieses „Friedens" sind schon manche Völker ausgerottet worden, die sich den ihnen organisch fremden Formen nicht anpassen konnten.

Nach der völkischen Weltanschauung ist also die leibliche und sittlich-geistige Einheit des Menschengeschlechts nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil betont worden: in ihrer wesentlichen Mannigfaltigkeit, deren Vernichtung alles töten würde.

Stellt man sich auf den Standpunkt des Dr. Getzeny, so muß man natürlich folgern, daß die Pflege aller völkischen Kräfte letzten Endes zu einer Sünde wird, ganz genau so, wie die Betonung der Gesetzlichkeit des Erdenlebens und seiner Ausgestaltung durch das ganze Mittelalter hindurch bis auf die heutige Zeit als „Sünde des Fleisches" bezeichnet wurde und wird. Deshalb ist es verständlich, wenn Dr. Getzeny im Verlauf seiner Rede folgendes verkündet:

„Es kann dem Menschen auch seine Nation und sein Volk Anlaß zur Sünde werden, zur Sünde dann, wenn er die Nation über Gott stellt, wenn er sein Volk vergötzt. Gegen alle Vergötzung natürlicher Dinge steht das strenge Wort Jesu, man müsse selbst Vater und Mutter, Weib und Kind um seinetwillen verlassen können. Dieses Wort gilt auch gegenüber der Nation und dem Vaterland."

Nach diesen Worten ist es klar, daß die Idee „Vaterland“ zur Minderwertigkeit hinabgedrückt werden soll, d. h., daß wir, ob gewollt oder ungewollt, der wirklichen Triebkraft beraubt werden sollen, für die Eigenart und Eigengesetzlichkeit des deutschen Volkes zu kämpfen. Tatsächlich zieht der Redner dann auch aus seiner Anschauung für das deutsche Volk Schlußfolgerungen, die einem Verzicht auf das deutsche Dasein schlechtweg gleichkommen. Er sagt:

„Unserem Volk waren immer zwei Aufgaben gestellt: auf geistigem Gebiete die Idee der Unendlichkeit, der unendlichen Tiefe und Höhe zu bewahren und auf politischem Gebiete das Herz und der Mittelpunkt Europas zu sein. Auch unsere gegenwärtigen Schicksale bestätigen uns diese Auffassung von der deutschen Mission.“

Wären diese Worte beispielsweise auf einer pazifistischen Tagung gefallen, so würden wir sie mit Recht als ein übles und leeres Geschwätz bezeichnen. Im Rahmen eines weltanschaulichen Vortrags auf einem großen Katholikentag werden wir uns jedoch zu ihnen mit dem gebührenden Ernst verhalten und mit tiefem Bedauern feststellen, daß sie eine deutsche Sendung einfach verneinen und sie zu einer blutlosen „Idee der Unendlichkeit“ sich verflüchten lassen wollen. Das Wort vom „Herz“ und dem „Mittelpunkt Europas“ schließt sich in dieser Umgebung als eine ebenso leere Phrase an, wenn man nicht die Schlußfolgerung daraus zieht, daß dieses Herz ein starkes Herz sein muß und mit allen Mitteln zu verteidigen ist.

Bereits an dieser Stelle schlägt der Redner sich ungewollt selbst ins Gesicht: denn ein Volk als die Verkörperung einer großen Idee und als das schlagende Herz eines Kulturkreises zu bezeichnen und zugleich die leidenschaftliche Verteidigung dieses Wertes als eine „Vergötzung“ hinzustellen, vermag nur ein Mensch, der selbst nicht mehr in seiner Weltanschauung, die offenbar auf die Minderwertigkeits-Erklärung der deutschen Nation hinauslaufen soll, fest ist. Das zeigt sich namentlich in den weiteren Ausführungen. Hier sagt der Redner:

„Auch uns haben die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte gezeigt, daß Religion und Volkstum aufs innigste miteinander verbunden sind, daß jeder Verlust des Volkstums sehr häufig auch mit dem Verlust der Religion verbunden ist.

Darum müssen wir als Katholiken, als Bekenner des einen weltumspannenden, völkerverbindenden katholischen christlichen Glaubens den echten nationalen Gedanken bejahen. Und zwar nicht bloß als eine leidige Notwendigkeit, sondern aus einer heiligen, freudigen Gewißheit heraus, daß echter Dienst an unserem Volke Gottesdienst ist. Gerade als Katholiken, die in allem den göttlichen Willen zu erfüllen trachten, haben wir die Pflicht, das Recht und die Freiheit und die Unverletzlichkeit des Volkstums zu fördern. Unser katholisches Gewissen gebietet uns heute flammenden Einspruch zu erheben gegen die Bedrohungen unseres Volkstums in den von uns abgetrennten Gebieten, gegen die Bedrückung katholischer deutscher Volksgenossen in Südtirol, in Polen, oder wo es sonst auf der Erde sei. Als Katholiken haben wir dafür einzutreten, daß jedes Volkstum, das eigene wie das fremde, überall das Recht habe auf freie Entfaltung, auf Unabhängigkeit und Selbständigkeit seiner kulturellen Güter."

Wenn man „flammenden" Einspruch gegen die Bedrohung unseres Volkstums erhebt, den Dienst am deutschen Volke als Gottesdienst bezeichnet, so kann man bei klarem Denken unmöglich einen mit aller Aufopferung, ja bis zur Selbsthingabe geführten Dienst als einen Götzendienst hinstellen! Bedauerlich ist dann noch die eng bekenntnismäßige Einschränkung: der Redner erhebt Einspruch nur gegen die Bedrückung katholischer Deutscher, findet aber kein Wort auch gegen die Bedrückung, die auch gegen die protestantischen verübt wird.

Die sicher ganz bewußt aufgebaute Rede endet dann mit folgendem Aufruf:

„Heilig sei uns unser Land, geheiligt durch die Arbeit unserer Väter, durch die Blutopfer unserer Brüder. Heilig seien uns alle unsere Brüder, unsere deutschen Volksstämme, insbesondere diejenigen, die jetzt so viel zu leiden haben, die von uns gerissen sind. Wir gehören zusammen und werden wieder zusammenkommen: denn was Gott verbunden, das soll der Mensch nicht trennen. Aus unserem Gottesglauben heraus glauben wir an unser Volk, glauben wir, daß die göttliche Vorsehung auch über dem Schicksal unseres Volkes wal-

tet, glauben wir, daß wir Gott dienen, wenn wir unserem Volke in rechter Weise dienen."

Auch zu diesen Ausführungen kann man wohl sagen, daß kein Gott ein Volk erhören wird, das auf verschiedenen Tagungen solch pompöse Aufrufe von sich gibt, zu gleicher Zeit aber den folgerichtigen Nationalgedanken verfolgt, für den Völkerbund schwärmt und die heutige pazifistische und schwächliche November-Republik als „neuen deutschen Volksstaat" hinstellt. Wenn die deutschen Volksstämme und das deutsche Land heilig sein sollen, so erblicken wir in diesen Ausführungen ein ungewolltes Zugeständnis an den völkischen Gedanken seitens eines Redners, der zu Anfang seiner Ausführungen in schärfster Weise gegen diesen Gedanken zu streiten begann. Zugleich aber ist es eine, hoffentlich ungewollte, Irreführung der Zuhörerschaft, von der der Redner annehmen mußte, daß auch sie schwer bedrückt von den Verfolgungen des deutschen Volkes, vom heißen Nationalgefühl durchglüht war.

Rein sachlich betrachtet, ohne auf mögliche persönliche Beweggründe eingehen zu können, stellen die letzten Ausführungen des Dr. Gezeny eine ganz ungeheuerliche Verfälschung dar. Er hätte klipp und klar bei seinen Anfangsworten bleiben sollen, daß ein leidenschaftlich betonter Dienst für Volk und Rasse ein Götzendienst sei, und daß zwischen ihm und seinen Anhängern und solchen leidenschaftlichen Deutschen ein Abgrund klaffe. Dann wäre die Frage eindeutig klar gestellt, während sie später verwischt wird. Der Eindruck der Rede ist folgender:

Grundsätzlich verwirft der Redner mit seinen Anhängern den leidenschaftlichen Dienst und die Hingabe für die Werte des deutschen Volkes als Götzendienst, muß aber, da der Nationalgedanke bereits zu stark geworden ist, auf ihn Rücksicht nehmen und versuchen, durch unverbindliche süße Redensarten die Massen hinter sich zu zwingen, sie zu binden, um nicht zuzulassen, daß sie einst aktive Teil-

nehmer an der deutschen Freiheitsbewegung der Zukunft werden.

Es wird aber nichts helfen. Der echte deutsche Volksstaat kommt doch, mit ihm die lang ersehnte deutsche Nationalkultur, und wir glauben, daß die Kinder und Enkel der Doktoren Gezeny dieser Bewegung einst jubelnd ohne Wenn und Aber zustimmen werden.

Unitaristisches Geplänkel.

„Völkischer Beobachter", 14. Oktober 1927.

Gerade in Bayern wurde die Frage „Land oder Reich" heftig diskutiert. Die „Bayerische Volkspartei" verstand es, unter geschicktem Hinweis auf die üblen Zustände im roten Preußen, den föderalistischen Gedanken immer wieder aufs neue anzufachen. Die NSDAP. hatte von vornherein erklärt, daß das Reich eine starke Zentralgewalt brauche, daß aber andererseits auch nicht in einer marxistischen Weise alles kulturelle Eigenleben unterdrückt werden dürfe.
Im politischen Machtkampf hielt sich die Partei im allgemeinen von der Frage Unitarismus oder Föderalismus überhaupt fern und betonte nur, daß über diesen Problemen das deutsche Volk stehe und daß, wie auch Alfred Rosenberg nachfolgend schreibt, — unter den damaligen Umständen — ein nichtrotes Land als Ausgangspunkt einer Erneuerung besser wäre als ein völlig rotes Reich.

Der Streit um Unitarismus und Föderalismus ist wieder im schönsten Schwunge. Auf der kürzlich beendeten Tagung der deutschen Städte wurde, wie es nachher hieß, seitens eines süddeutschen Staates der Antrag eingebracht, nach und nach an die Auflösung der Länderregierungen zu gehen und die Bundesstaaten in Reichsprovinzen zu ver-

wandeln. Es sickerte durch, daß mit dem genannten süddeutschen Staat Baden gemeint worden war. Nun hat sich aber die badische Regierung allen Ernstes gegen die geplanten „Verreichlichungsbestrebungen" ausgesprochen und betont, daß Baden durchaus auf seiner Selbständigkeit bestehe. Somit ist dieser erste Versuchsballon geplatzt, doch steht außer Zweifel, daß die Bemühungen sofort wieder aufgenommen werden, nachdem sich die Öffentlichkeit doch damit abgefunden hat, diese Probleme überhaupt schon in Erwägung zu ziehen.

In Bayern hat sich ob der Gerüchte natürlich eine große Pressefehde entwickelt, der wir belustigt zugeschaut haben: es war doch klar, daß die demokratisch-marxistischen Versuche ein gefundenes Fressen für die Bayerische Volkspartei bedeuteten und ein willkommener Anlaß waren, von den sehr greifbaren innerbayerischen Nöten abzulenken und die beliebte Platte von der „Eigenstaatlichkeit Bayerns" auf das politische Grammophon der Held und Genossen zu setzen. Tuntenhausen, der Punkt, wo sich der „bayerische Staatsgedanke" der Bayerischen Volkspartei alljährlich kristallisiert, war auch in diesem Jahr der Ausgang einer widerlichen Preußenhetze. Allen voran das kläffende „Bayerische Vaterland", das tagtäglich vom „Raubstaat Preußen" und seinem Räubervolke schrieb, dessen Losung nicht sei „Jedem das Seine", sondern „Nimm jedem das Seine". Was das „Bayerische Vaterland" so laut hinausschrie, das flüsterten die größeren Zeitungen, zwar nicht so laut, jedoch ebenso vernehmlich.

Wir sind in der glücklichen Lage, uns um diesen Streit nicht grundsätzlich bekümmern zu müssen, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß es vollkommen gleichgültig ist, ob diese Novemberrepublik föderalistisch oder unitaristisch ausgeliefert wird an die Hochfinanz. Ob der „Vorwärts" nach Krediten jammert, oder ob Herr Scharnagl nach Amerika fährt, um Schuldverschreibungen zu unterzeichnen,

bleibt sich grundsätzlich gleich. In Preußen regieren Zentrum und Marxismus, in Bayern regieren Bayerische Volkspartei und Deutschnationale: der Unterschied ist praktisch genommen nicht groß, nur die Fassade ist anders angestrichen, Preußen schwarzrotgelb mit schwarzen Punkten und Bayern schwarzweißrot mit weißblauen Streifen. Die Finanzversklavung beider Staaten ist dabei gleich groß und wird sich unter der Herrschaft des Geistes der November-Revolte nicht ändern. Wir haben den ganzen Streit nur vom Standpunkt des großdeutschen Gedankens zu verfolgen und sind der Meinung, daß es rein innerpolitisch zweckmäßig erscheint, wenn Württemberg, Thüringen, Bayern, Braunschweig noch nicht rein marxistisch verwaltet werden, da dadurch die Arbeit zur Vorbereitung der deutschen Freiheit etwas erleichtert wird.

Die Frage, ob Unitarismus oder Föderalismus, erscheint uns erst in der Zukunft von Wichtigkeit und da glauben wir, daß sie von vornherein falsch gestellt ist. Ein kommendes wirkliches Deutschland wird weder überall unitaristisch noch durchaus föderalistisch sein: es wird eine straffe politische Zentralleitung haben, die es unmöglich macht, daß ein fremder Staat es wagen könnte, mit irgendeiner politischen Landesstelle zu verkehren; eine Zentralleitung, die beweist, daß Deutschland ein einziger fester Block nach außen ist. Anderseits wird ein solches Deutschland die durch den Volkscharakter bedingten Eigenarten auf kulturellem Gebiete sicher besser zu wahren verstehen, als die „föderalistische" heutige bayerische Regierung, deren Führer die schwarzrotgelbe Fahne zum Rathausturm zu München herausstecken. Man kann abwarten, ob die Demokratie nach den neuesten Fühlern energisch an die Provinzialisierung der Länder herangehen wird. Auf jeden Fall wird auch Bayern dann eine Suppe auszulöffeln haben, die ihm die Bayerische Volkspartei eingebrockt hat.

Der internationale Mädchenhandel und sein jüdisches Monopol.

„Der Weltkampf“, November 1927.

I. Dr. Bernhard Weiß weiß von nichts.

Während einst gegen den Handel mit Niggern ganze Staaten auftraten, eine ganze Welt mobilisiert wurde, finden sich gegen die unter den verschiedensten Formen vor sich gehende Verschleppung weißer Frauen nur wenige Stimmen. Zwar gibt es Tagungen, auf denen die Zuführung zu gewerbsmäßiger Prostitution zu bekämpfen „beschlossen“ wird, zwar tritt sogar — man staune — der Völkerbund zusammen, um sich mit der Frage des Mädchenhandels zu befassen, aber das alles ist umsonst! Denn ebenso wie die demokratischen Regierungen außerstande sind, der alle Völker aussaugenden Börsenfinanz das Genick zu brechen, genau so versagen sie gegenüber der Aufgabe, die internationalen Mädchenhändler wirklich zu fassen, wobei sie sich natürlich von vornherein hüten, die Galgenstrafe für diese Bande zu fordern. Und was soll man dann noch dazu sagen, wenn ein Polizeipräsident einer Hauptstadt Europas daherkommt und uns ins Gesicht hinein erklärt, einen Mädchenhandel gäbe es in Deutschland überhaupt nicht?

Man sollte meinen, einen solchen Herrn könne es nicht geben. Nun, das „andere Deutschland“, das „Deutschland“ nämlich, das aus dem Geist des 9. November 1918 entstanden ist, kann noch mit ganz anderen Vertretern aufwarten, nicht nur mit Dr. Bernhard Weiß, dem heutigen eigentlichen Beherrscher Berlins. Dieser Dr. Bernhard Weiß, in dessen Machtbereich die völkischen Nationalsozialisten verboten werden, wenn sie betrunkene Provokateure aus ihren Versammlungen entfernen, die KPD. aber unangetastet bleibt, obwohl ihre Angehörigen sogar

gewalttätig gegen die deutsche Schutzpolizei selbst vorgehen, dieser Dr. Bernhard Weiß also ergriff als Vizepolizeipräsident und Sachverständiger über Mädchenhandel im Ullsteinblatt „Berliner Morgenpost“ (3. Februar 1927) das Wort. Der Titel seines Aufsatzes lautet: „Gibt es einen Mädchenhandel? Im letzten Jahrzehnt ein einziger Fall. Mädchenhandel ist nur ein Gespenst.“

Er — übrigens Sohn des Vorstandes der Neuen Synagoge Berlin und Mitglied des Direktoriums für Wissenschaft des Judentums — knüpfte an bei dem Film „Mädchenhandel — eine internationale Gefahr“. Wir haben keine Ursache, uns für diesen Film einzusetzen, weil er denkbar dumm war und unglaubwürdig durchgeführt wurde (oder war das etwa Absicht?), aber wir wunderten uns, nun vom „Leiter der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels“ folgendes zu lesen, nachdem einige fromme Worte vorausgeschickt worden waren:

> „Trotzdem möchte ich für meinen Teil den Mädchenhandelfilm grundsätzlich ablehnen; diesen Film, wie überhaupt alle Filme über Mädchenhandel. Ich verspreche mir von Filmaufführungen dieser Art weniger Nutzen als Schaden; sie wirken weniger volksaufklärend als volksbeunruhigend.
>
> Gibt es überhaupt bei uns in Deutschland einen Mädchenhandel, daß es sich lohnt, von ihm solch Aufhebens in der Öffentlichkeit, durch Presse und Film, zu machen?
>
> Fälle strafbaren Mädchenhandels gibt es bei uns in Deutschland so gut wie gar nicht. Im letzten Jahrzehnt ist nur ein einziges Mal eine Bestrafung wegen Mädchenhandels erfolgt. In diesem Ausnahmefall handelt es sich um einen holländischen Zuhälter, der im Jahre 1922 nach Berlin kam, in einem Ballhause ein Mädchen kennenlernte, sie zur Auswande-

> rung nach Holland verleitete und dort der Unzucht zuführte. Als warnendes Schulbeispiel kann man selbst diesen Fall nicht verwerten. Das betreffende junge Mädchen war nämlich nichts weniger als unbescholten, war auch in Berlin schon wiederholt der Unzucht nachgegangen.
>
> Die vielen anderen Fälle von „Mädchenhandel" waren immer nur leere Hirngespinste. Entweder handelte es sich um Phantasieprodukte schreibfreudiger Leute oder um Erfindungen der „Opfer" angeblicher Mädchenhändler."

Wie man sieht, ist die heutige Welt harmlos wie nur je! Mit gleicher „Logik" müßten wir erklären: „In den letzten Jahrzehnten ist noch kein einziger Börsenpirat aufgehängt worden, also gibt es keine Börsenpolitik." Welchen Umfang müßte der Frauenhandel angenommen haben, bis „es sich lohnt", daß die Weiß und Kohn davon „Aufhebens" machen wollen? Und wie fein der Dr. Bernhard Weiß zwischen strafbarem und nicht strafbarem Mädchenhandel unterscheidet!

Dr. Weiß erklärt, Mädchenhandel gäbe es nicht, „höchstens Kuppelei" ... Wir wollen hierzu keine Anmerkung machen und uns gleich dem Tatsächlichen zuwenden.

II. Was der Völkerbund fand.

Es ist selbstverständlich, daß in unserem Zeitalter einer fortgeschrittenen Demokratie die Mädchenhändler nicht einfach vor dem Berliner Polizeipräsidium einer jungen Dame einen Strick um den Hals werfen und sie entführen. Man fängt es bedeutend vornehmer und gesitteter an, so daß „strafbarer Mädchenhandel" nicht oft nachweisbar ist. Eine sehr lehrreiche Schilderung der Methoden brachte der „Tag" (Dux in Böhmen) am 8. April 1927 nach dem Bericht über den „Kampf" des Völkerbundes gegen den Handel mit weißen Sklavinnen:

„Über die Ergebnisse der Untersuchung des Völkerbundskomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels wurde von informierter Stelle folgendes mitgeteilt: Genaue Ziffern über die Ausdehnung des Mädchenhandels konnten nicht beschafft werden; jedenfalls wurde festgestellt, daß es sich um ein sehr weitverzweigtes Geschäft handelt, das hauptsächlich international und hier wieder vorwiegend in Europa nach den überseeischen Ländern betrieben wird. Die Untersuchung des Komitees, die durch eine Spende des amerikanischen Bureaus für Sozialhygiene in der Höhe von 75 000 Dollar ermöglicht und von dem Vertreter der Vereinigten Staaten, Dr. William Snow, geleitet wurde, erstreckt sich auf 28 Länder und 112 Städte. 6500 Gewährspersonen wurden befragt, unter denen sich 5000 Prostituierte befanden.

Diese ungeheure Enquete ergab die Tatsache, daß der Handel durch allerlei Engagements für scheinbar einwandfreie Beschäftigungen, vor allem für Engagements für künstlerische Darbietungen oder durch angebliche Vermittlung von Hausgehilfinnenposten betrieben wird. Unter den Händlern und Händlerinnen und den Leiterinnen der öffentlichen Häuser besteht zwar keine feste Organisation, sie stehen aber alle miteinander in Geschäftsverbindung und erhalten einander ständig auf dem laufenden. Der Handel geschieht in verschiedenen Etappen. Eine Kategorie der Beteiligten reist durch die „Lieferungsländer“ und besorgt die Mädchen, die zweite Kategorie besorgt den Transport, während sich zahlreiche Beteiligte lediglich als Zwischenhändler betätigen. Eine ganze Reihe von Leuten beschäftigt sich vorwiegend mit der Besorgung gefälschter Ausweispapiere, unter denen die vordatierten Geburtszeugnisse von minderjährigen Mädchen eine große Rolle spielten.

In den überseeischen Ländern besteht eine andauernde Nachfrage nach europäischen Mädchen. Europa beliefert Mittel- und Südamerika, Nordafrika und sogar Indien immer wieder mit solcher „lebender Ware“. Die Händler und Kuppler legen ihre Reisen gewöhnlich auf sorgfältig ausgewählten Umwegen zurück. Auch der Transport geschieht unter Anwendung aller möglichen Vorsichtsmaßnahmen, die namentlich vor der Hafenpolizei schützen soll. So kommt es häufig vor, daß Mädchen in ganz abgelegenen Schiffsräumen untergebracht werden, um so der Kontrolle zu entgehen. Häufig schließt der Händler auch eine Scheinehe oder eine wirkliche Ehe mit seinem Opfer, besonders, wenn er dieses nicht anders zum Verlassen der Heimat bewegen kann. Ein Namenswechsel, der in überseeischen Staaten leicht zu erreichen ist, befreit ihn dann von seiner Verpflichtung. Auf diese Weise hat ein polnischer (wohl jüdischer!) Mädchenhändler mehr als dreißig Mädchen nach Brasilien verschleppt. Für die Opfer, die Europa verlassen haben, gibt es beinahe in keinem Fall mehr eine Rettung. Wäh-

rend es vor kurzem gelang, fünfzehn deutsche Mädchen, die für ein Kabarett in Athen engagiert waren, heimzuschaffen, gelingt es niemals, die Mädchen aus der Hölle überseeischer Häuser zu befreien."

Man wird zugeben, diese Untersuchungen sogar des Völkerbundes ergaben bereits ein ganz, ganz anderes Bild, als es uns Dr. Bernhard Weiß ausmalte. Und ein wirklich unverdächtiges Blatt, die zionistische „Wiener Morgenzeitung", berichtet am 6. Oktober 1926:

„Mädchenhandel mit Varieté-Elevinnen. Das Präsidium der Internationalen Artisten-Organisation ersucht um Veröffentlichung nachstehender Warnung: Seit einiger Zeit machen es sich verschiedene unbekannte „Unternehmer" zur Aufgabe, durch Zeitungsinserate junge Mädchen zu veranlassen, sogenannten „Tanz- oder Varietétruppen" beizutreten, wobei sie ganz unglaubliche, natürlich glänzende Versprechungen machen und ihnen eine künstlerische, rosige Zukunft vortäuschen. Der Fazit ist dann erfahrungsgemäß zuerst eine Geldabnahme und dann der Abtransport nach den Balkanländern. Nach dortigen Sitten und Gebräuchen erhalten die armen Mädchen wohl ein Engagement in irgendein Nachtlokal, wo sie jedoch nie als Künstlerin gewertet werden. Von ungeschulten Kräften, die in einem Zeitraum von vier bis acht Wochen „studierten", kann man auch keine anderen Resultate voraussetzen. Ferner erhalten die bedauernswerten Geschöpfe 50 Schilling Monatsgage und Verpflegung, so daß sich der Gedanke aufdrängt, daß die artistische Flagge eigentlich nichts anderes als ein Deckmantel zur Prostitution bilden soll. Wir warnen daher alle Eltern und jungen Mädchen, solchen Lockungen unter keinen wie immer gearteten Umständen Folge zu leisten und laden solche, die bereits irgendwelche schriftliche Verpflichtungen eingegangen sind, ein, sich unter Vorweisung ihrer „Verträge" bei der „Internationalen Artisten-Organisation", Wien, 2. Bezirk, Praterstraße 43, sofort zu melden."

III. Wie das Geschäft betrieben wird.

Diese Form des Mädchenhandels, die — frei nach Bernhard Weiß — „höchstens als Kuppelei" anzusprechen ist, gehört vermutlich zu der nicht strafbaren Sorte der heutigen Kulturschande? Die „Deutsche Zeitg." (16. Dezember 1925) wußte aus Riga zu berichten:

„Neue Arten des Mädchenhandels. Blühende Geschäfte mit weißen Sklavinnen. Seit einiger Zeit beobachte ich hier auffallende Tatsachen, die ein bezeichnendes Licht auf die neuen Methoden des internationalen Mädchenhandels werfen. Die Beförderung räterussischer Emigranten über Lettland hat sich im laufenden Jahr gegen das Vorjahr um etwa 60 v. H. vergrößert. In der letzten Zeit ist der Umstand aufgefallen, daß viele russische Emigranten, in der Hauptsache Juden, in Begleitung schöner junger Frauen nach Buenos Aires fahren. Die Nationalität dieser Frauen entspricht dem Völkerwirrwarr in Rußland, man findet unter ihnen Russinnen, Polinnen, Deutsche, Litauerinnen, Kaukasierinnen usw. Jeder Ausländer führt nur eine Frau bei sich, die als seine Ehefrau oder Angestellte gilt. Da die Dokumente stets in Ordnung befunden werden, kann die Mitnahme der Frauen nicht beanstandet werden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die jungen Frauen nach Argentinien gebracht werden, um in Buenos Aires an Lunopanaro zu einem Preise von 5000 bis 15000 Dollar verkauft zu werden. Da die Fahrtunkosten erheblich geringer sind, machen diese Leute bei jeder Fahrt ein gutes Geschäft. Wenn sie ohne Begleitung der Frauen zurückkehren, so erklären sie gewöhnlich, das Leben in Südamerika sei sehr schwer und teuer, sie wollten in ihre Heimat zurückkehren. Die Menge der auf diesem Wege nach Südamerika gebrachten jungen Frauen ist erschreckend. Auf Befragen erklären diese Emigranten meist, die schweren Lebensverhältnisse Räterußlands zwängen sie, mit ihren Männern auszuwandern, die in Südamerika große Geschäfte besäßen. Alle erwarten ein schöneres Leben als in Rußland. Keinerlei Erklärungen und Beteuerungen, daß ihrer in Südamerika ein schreckliches Schicksal harrt, verfangen bei den hartnäckig ein besseres Schicksal suchenden jungen Frauen, sie fahren seelenruhig ihrem Schicksal entgegen."

Sehr von den Juden geehrter Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Wissenschaft des Judentums! Das sind nur wenige Stimmen aus drei verschiedenen Gegenden. Es ist doch ausgeschlossen, daß Sie, weil 99 Prozent aller Frauenhändler der jüdischen Gegenrasse angehören, hier irgendwie befangen sein sollten? Wir halten das natürlich für ausgeschlossen. Sie haben bloß nicht gewußt, mit welchen raffinierten, Ihrem Wesen unbegreiflichen Mitteln diese Herren Mädchenhändler vorgehen, um europäische Frauen an Nigger, Mestizen und Mulatten zu verschachern.

Wir gestatten uns deshalb, den Bekämpfern eine Meldung der streng rituellen „Frankfurter Zeitung“ vom 22. April 1926 vorzulegen. Dieses ebenfalls unbefangene Blatt schrieb unterm Titel „Vorsicht! Mädchenhandel!“:

„Aus Mainz wird uns geschrieben: Fräulein Lilli mußte auch absolut einmal ins Ausland. „Englisch-französische Korrespondentin“ — das mußte doch ziehen. Sie inseriert und erhält Antwort, ausgerechnet von der Weltfirma Englebert, Fils & Co. in Amsterdam, Keizergracht 422, Autoreifenfabrikation. Entgegenkommenderweise steht auf der Rückseite schon der Vertrag: 135 Gulden monatlich, bei Bewährung mehr, er braucht eben nur noch unterschrieben zu werden. Am 2. März muß die Stellung bereits angetreten werden, vorherige Anmeldung an die Privatadresse von Monsieur le directeur Gervis, der sich erlauben wird, eine Dame des Personals an den Zug zu senden. Gewiß, ein etwas auffallendes Entgegenkommen, aber der gute Ruf der Weltfirma und der braven Holländer überhaupt, und wenn man doch so gerne fort möchte: also, warum gleich Schlimmes denken? — In dem Durcheinander der Abreise verliert Frl. Lilli Brief und Adresse ihres künftigen Chefs und fährt deshalb einen Tag früher ab, stellt sich auf dem Bureau von Englebert, Fils & Co, als die neue Korrespondentin vor und erfährt, daß — alles Schwindel war! Die Amsterdamer Polizei stellt fest, daß bis jetzt noch nicht ermittelte Mädchenhändler sich hatten Briefe drucken lassen mit dem Kopf der Autoreifenweltfirma und so nach jungen Mädchen angelten.“

Danach schildert die „Frankfurter Zeitung“ noch ein weiteres Erlebnis der betreffenden Dame, die die Welt sehen wollte. Bernhard Weiß hatte sicher auch diese Meldung einer Zeitung — übersehen, die er doch aller Wahrscheinlichkeit als sein politisches Evangelium oder als das Blatt des jüdischen Messianismus betrachtet. In der stets sehr vorsichtigen „Münchener Zeitung“ (5. April 1927) lasen wir:

„Vereitelter Mädchenhandel. Einer bekannten Korrespondenz wird zum Kapitel „Mädchenhandel“ folgendes wahres Erlebnis berichtet: „In der „Breslauer Zeitung“ findet ein gebildetes Mädchen aus Oberschlesien eine Annonce, wonach ein Fräulein gesucht wird für eine 13 jährige Grafentochter in Ungarn als Lehrerin der deutschen Sprache. Die Dame schreibt darauf und bekommt eine Antwort von einem angeblichen Grafen aus Südostungarn, der das Mädchen mit den freundlichsten Worten engagiert. Sogar das Reisegeld bis Budapest befindet sich in diesem Briefe. Als Erkennungszeichen

gibt er eine weiße Binde an, sonst möge man nach ihm in einem großen Hotel an der Andrassystraße fragen. — Ich spreche kurz vor der Abreise mit dem jungen Mädchen und bemerke, daß mir ein Graf solchen Namens in Ungarn nicht bekannt sei, obwohl ich durch meinen Beruf viele ungarische Familien der Aristokratie kenne. Meine Warnungen sind vergebens. Die Eltern des jungen Mädchens, die sechs Jahre in Budapest gewohnt haben, wissen von dem Hotel, daß dort nur sehr feine Leute verkehren. Und das genügt anscheinend. Man erkundigt sich deshalb auch nicht bei dem deutschen Konsul. Das feine Hotel genügt! Unterwegs steigt in Ratibor eine feine Dame in das Abteil, die sich als Frau des deutschen Konsuls in Konstantinopel vorstellt. Das Mädchen erzählt von seinem glänzenden Engagement. Die Frau des deutschen Konsuls horcht auf und sagt: „Liebes Fräulein, ich bin der festen Überzeugung, daß Sie einem Mädchenhändler in die Hände laufen; kehren Sie noch vor Budapest um." Das junge Mädchen läßt sich indes nicht abhalten, es befolgt aber den Rat der Dame, die weiße Binde nicht anzulegen. Auf dem Bahnhof in Budapest sieht das junge Mädchen einen Herrn mit einem zweiten, echt ungarisch aussehenden Herren eifrig sprechen; sie reden ungarisch. Das junge Mädchen bittet einen Gepäckträger, dort zu horchen. Dieser kommt zurück, daß die beiden Herren darüber gesprochen haben, daß das Fräulein nicht gekommen sei. Aber das Mädchen würde ihnen doch noch ins Garn gehen ... Das deutsche Mädchen fährt nach dem Hotel in der Andrassystraße und fragt, ob dort ein Graf soundso wohne und bekannt sei. Der Portier antwortet, dieser Graf wohnt hier, aber zum ersten Male. Es ist Samstag, 5. Januar, abends gegen 9 Uhr. Das Mädchen ist kaum auf seinem Zimmer, da klopft es — — — Ein Herr tritt herein und sagt ziemlich bitter: „Wie kommt es, daß wir uns nicht am Bahnhof fanden?" Das Mädchen merkt, daß es einem gefährlichen Manne gegenübersteht, geht zurück und klingelt nach dem Hausdiener, der kommt und befördert den Mann hinaus. Am Sonntag nachmittag sagt ihr der Portier, daß der Graf abgereist sei und sie ruhig zum Essen kommen könne. Am Abend kommt der Graf zum zweiten Male auf ihr Zimmer. Abermals klingelt das Fräulein und die Kammerzofe bringt die Rettung. Als das Fräulein ablehnt, schlägt er mit der Faust auf den Tisch und sagt, sie sei engagiert und müsse kommen ... Am Montag morgen endlich kann das deutsche Mädchen in das Bureau des deutschen Konsuls gehen, der ihr Rückreisegeld gibt und die junge deutsche Dame vor dem Untergang bewahrt."

Wie man sieht: vornehm und demokratisch, ohne daß „strafbarer Mädchenhandel" vorliegt ... Und da wir gerade in Ungarn sind, sei noch einiges mehr vermerkt.

IV. Einige bekanntgewordene Fälle.

Im Januar 1927 wurde in der Stadt Miskolcz eine schamlose Kupplerbande verhaftet, die sich durch Lieferung ungarischer Mädchen ins In- und Ausland ein „vornehmes Leben" ermöglichte, und deren Glieder zu „Stützen der Gesellschaft" gehörten. Zwischenhändler waren auch hier mehrere Juden. Die „Wiener Morgenzeitung" meldete noch darüber am 28. Januar 1927:

„Der Mädchenhandelskandal von Miskolcz nimmt ungeheuerliche Dimensionen an. Die Nachforschungen der Polizei haben ergeben, daß die unter der Leitung des Dr. Franz Szikszay stehende staatliche Arbeitsvermittlungsstelle Arbeiterinnen und Hausgehilfinnen, die sich an das Amt wegen eines Postens wandten, nicht nur an die ungarischen Provinzbordelle verkuppelt, sondern auch in der Stadt Miskolcz selbst einen schwunghaften Handel mit weißen Sklavinnen durchführte. Zahlreiche angesehene Bürger von Miskolcz standen mit Dr. Szikszay in regem Geschäftsverkehr und ließen sich junge Mädchen aus der staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle ins Haus liefern. Die Polizei fand in den Amtsräumen des verhafteten Dr. Szikszay eine umfangreiche Namenliste jener Miskolczer Herren der Gesellschaft, die den Kundenkreis der Arbeitsvermittlungsstelle bildeten. Wie aus den Aufzeichnungen des Dr. Szikszay hervorgeht, wurden von der Miskolczer Herrenwelt hauptsächlich ganz junge Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren mit Vorliebe verlangt. Dr. Szikszay kam dem Bedürfnis seiner Klienten, wie aus dem beschlagnahmten Kundenbuch hervorgeht, gewissenhaft nach."

Ob Dr. Bernhard Weiß dieses als „strafbaren Mädchenhandel" betrachtet hat oder „höchstens als Kuppelei", entzieht sich unserer profanen Kenntnis ...

Und noch eine Kleinigkeit aus dem Staat des „weißen Terrors". Wie wohl bekannt, hat Ungarn seit einiger Zeit eine strenge Untersuchung paßloser Persönlichkeiten vorgenommen und ist einer großen Anzahl internationaler Verbrecher dank plötzlicher „Razzien" auf die Spur gekommen. Es wird dem geneigten Leser nicht entgangen sein, daß die „demokratische" Presse dies Vorgehen, als aus einer „unerträglichen Pogromgesinnung" stammend, schmerzlich

in die Welt hinausgerufen hat. Unter dem Titel „Wieder eine ungarische Fremdenrazzia“ klagte auch unsere zionistische „Wiener Morgenzeitung“ (17. August 1927) über eine Untersuchung:

„Es wurden zirka 300 Personen stellig gemacht, die angaben, ungarische Staatsbürger zu sein, ohne sich ausweisen zu können. 23 Personen vermochten nicht einmal einen Grund anzugeben, weshalb sie sich in Ungarn aufhalten. Unter ihnen befinden sich mehrere des Taschendiebstahls und des Mädchenhandels verdächtige Personen, die in das Schubhaus eingeliefert wurden.“

Diese Verdächtigen hatten offenbar nach überall hin gute Beziehungen.

In den „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ vom 17. August 1927 lasen wir folgende Meldung:

„Mülheim (Baden), 16. August. Die Ungarin Sara Kieselstein wurde verhaftet, als man sie ertappte, wie sie ein junges, minderjähriges Mädchen ins Bordell nach Marseille bringen wollte. Die Mädchenhändlerin hatte es besonders auf deutschsprechende Mädchen abgesehen.“

Die fromme Sara wurde also am gleichen Tage in Deutschland vom Geschick ereilt, wie ihre „Glaubens“genossin in ihrem „Heimat“lande.

Daß auch in Österreich das schöne Handelsgewerbe eifrig betrieben wird, versteht sich. So konnten Ende Mai dieses Jahres in Klagenfurt etliche galizische Talmudbekenner dingfest gemacht werden, die beweisen, daß der Frauenhandel auch hier kein „Gespenst“ ist. Die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ (31. Mai 1927) schreibt darüber:

„Hierzu erfährt der Gerichtliche Pressedienst aus Klagenfurt: Das Stadtpolizeikommissariat wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein gewisser Arnold Ehrlich beim Arbeitslosenamt in der Mislachergasse und im Stellenvermittlungsbureau der Helene Gatti junge Mädchen anspreche, denen er gute Stellen versprach, jedoch unter der Bedingung, daß sie, ohne ihren Angehörigen Mitteilung zu machen, sofort nach Triest abreisen. Ehrlich, der Handelsangestellter zu sein scheint, wurde verhaftet, und gab an, in Velke Mosty bei Solkiew in Galizien zuständig zu sein. Die Polizei hat auch festgestellt, daß Ehrlich im Stellenvermittlungsbüro Gatti ordnungsmäßig freie Stellen für Mo-

delle für ein Photographteunternehmen angemeldet und zur Bedingung gemacht hatte, daß die Stellenbewerberinnen nur junge, hübsche Mädchen sein müssen. Bei einer polizeilichen Einvernahme verwickelte er sich bald in Widersprüche und kann auch nicht angeben, für welches photographische Unternehmen er die Modelle suchte. Dagegen liegt der begründete Verdacht vor, daß Ehrlich das Mitglied einer internationalen Mädchenhändlerbande ist."

Ganz schüchtern und ohne den Namen des Händlers in Mädchenware zu melden, schrieb das „Neue Wiener Journal" (29. August 1925):

„In Grazer Blättern waren vor einigen Tagen Annoncen erschienen, durch die Servierfräuleins für ein Marburger Kaffeehaus (in Südslawien) gesucht wurden. Ein fünfzehnjähriges Mädchen namens Hilde S. hat sich um die Stelle beworben und wurde auch aufgenommen. Ihr Erstaunen war jedoch groß, als sie erfuhr, daß ihr neuer Dienstplatz eines der übelberüchtigten Marburger Animierlokale war. Außer ihr waren noch weitere drei Grazer Mädchen in dem angeblichen Kaffeehaus beschäftigt. Einer von ihnen, der Josephine K., gelang es, zu flüchten und die Behörden zu verständigen. Die Grazer Polizei hat bereits die Marburger Behörden um Intervention gebeten, und man hofft, daß die drei Mädchen binnen kurzem befreit sein werden. Die polizeilichen Recherchen haben ergeben, daß die Marburger Kaffeehausbesitzerin öfters nach Graz reist und stellenlose Mädchen mitnimmt."

Die national-demokratischen „Leipziger Neuesten Nachrichten" (7. Februar 1927) berichteten:

„In Wien wurde der Kaufmann Karl Rudolf Amon-Kriechbaum aus Graz wegen Mädchenhandels verhaftet. Sein letztes Opfer war eine Dame der Münchener Gesellschaft. Er hat sie um ihr ganzes Hab und Gut gebracht. Seine Methode war, daß er sich jungen Mädchen gegenüber als Direktor einer großdeutschen Filmgesellschaft ausgab. Auf diese Weise hat er außer Erpressungen an der Münchener Dame, wie jetzt nachgewiesen sind, zwei andere Mädchen auf den Weg des Verderbens gebracht, an ihnen schwere Erpressungen verübt oder sie der Unzucht zugeführt. Es wird vermutet, daß er noch mehrere Mädchen auf dem Gewissen hat."

Blicken wir in die Tschechoslowakei hinüber, so erfahren wir vom „Braunauer Montagsblatt" (15. Juli 1925):

„Die Tschechoslowakei, die überall an der Spitze zu marschieren trachtet, hat auch auf dem Gebiete des Mädchenhandels ganz erstaun-

liche Ziffern erreicht. Nicht weniger als 101 Mädchen wurden im letzten Jahre in das Ausland verschleppt, wie der „Prager Polizeianzeiger" mitteilt. Zwölf davon waren 12—15 Jahre, 57 waren 15—20 Jahre, 18 waren 21—25 Jahre und 14 waren 26—33 Jahre alt."

Herr Dr. Bernhard Weiß hat wohl auch die Mitteilung seiner Kollegen in Prag ganz übersehen. Nehmen ihm die Verfolgung der Nationalsozialisten soviel Zeit weg? Oder die Parforce-Jagden, an denen er mit soviel Liebe teilnimmt? Aus Prag ist es nur ein Schritt nach Polen. Das ist jetzt durch die Dawesierungsanleihen ganz in die Hände von Lazard in Amerika und Littmann-Rosenthal in Holland gegeben worden. Diese werden sicher dafür sorgen, daß solche Pogrommaßnahmen, wie Verfolgung von Mädchenhändlern, im Keime erstickt werden. Man wird wohl bald nicht mehr Nachrichten wie folgende zu lesen bekommen („Neues Wiener Journal" laut „Völkischer Beobachter" vom 6. Juli 1926):

„In Warschau erregte die Verhaftung einer Mädchenhändlerbande großes Aufsehen. Die Agenten der nunmehr unschädlich gemachten Verbrecherorganisation sollen auch Wienerinnen unter der Vorspielung, ihnen ausgezeichnete Posten im Auslande zu verschaffen, verschleppt und dem Mädchenhandel zugeführt haben. An der Spitze der Bande standen die sieben Brüder Müller mit ihren Frauen und Geliebten. Die Bande hatte ihre Zentralleitung in Warschau und Zweigstellen in Neuyork, Buenos Aires, San Franzisko. Außerdem hatten die Mädchenhändler in allen großen europäischen Hauptstädten ihre Vertreter und Agenten. Diese gaben sich meist für reiche Amerikaner aus, machten den Mädchen den Hof, beschenkten sie, verlobten sich mit ihnen und heirateten sogar nötigenfalls ihre zukünftigen Opfer. Nach der Trauung wurde gewöhnlich eine Hochzeitsreise nach Amerika unternommen, dort wurde die „junge Frau" in sicherer Obhut zurückgelassen. Diese „Obhut" war gewöhnlich die Filialabteilung der Warschauer Mädchenhändlerzentrale. Die Opfer wurden dann an die Besitzer der öffentlichen Häuser, an berüchtigte Tanzlokale und an die Inhaber dieser Spelunken verkauft. Einzelne sollen nach Südamerika gebracht worden sein. Für jedes verkaufte Mädchen erhielt die Bande zwei- bis dreitausend Dollar. In den letzten zwei Jahren sollen die Brüder Müller allein aus Polen 220 Mädchen und Frauen ins Ausland verschleppt haben. Ende Juli sollte aus Warschau ein Transport,

bestehend aus 27 Mädchen und Frauen, nach dem Ausland abgehen. Die Verhaftung der Rädelsführer der Bande rettete die Entführten vor dem furchtbaren Schicksal, das sie in Amerika erwartete. Der Jahresumsatz der Mädchenhändler dürfte durchschnittlich die Riesensumme von 200 000 bis 300 000 Dollar ereicht haben."

Das war sechs Monate, bevor Dr. Bernhard Weiß, die Leuchte der Gesellschaft für Wissenschaft des Judentums, seinen Aufsatz verfaßte, den wir anfangs behandelt haben.

Der „Fränkische Kurier" meldet unterm 15. Januar 1927:

„Einer Meldung aus Havanna zufolge gelang es der dortigen Polizei, in einem Mann namens Rosenhaus einen gefährlichen Mädchenhändler zu verhaften. Rosenhaus hatte einen Lieferungsvertrag über sieben junge Blondinen im Alter bis höchstens 21 Jahre in der Tasche, für die er einen Betrag von 20 000 Dollar erhalten sollte. Er schickte sich eben an, zur Auswahl seiner Ware nach Europa zu fahren. Er verkaufte bereits seine erste Frau gegen einen Betrag von 3000 Dollar, seine zweite Frau einem eingeborenen Großgrundbesitzer gegen 2000 Dollar und seine dritte Frau an einen Neger gegen 3000 Dollar."

Wir geben gerne zu, daß viele Glieder der ehrenwerten Händlergilde nicht leicht zu fassen sind, namentlich, wenn sie Gegnern gegenüberstehen, die an ihr Vorhandensein gar nicht glauben. Für Nachstehendes wird also auch Dr. Weiß nur ein mitleidiges Lächeln haben, trotzdem es in der jüdisch-völkischen „Wiener Morgenzeitung" (30. Mai 1926) stand:

„Wie Mädchenhändler arbeiten. Aus Paris wird uns gemeldet: Ein bekannter dänischer Industrieller hielt sich vor einiger Zeit mit Frau und Tochter in Paris auf. Eines Abends besuchte die Familie ein bekanntes Restaurant, in welchem getanzt wird. Ein elegant gekleideter Herr bat die Eltern um die Erlaubnis, mit ihrer jungen Tochter tanzen zu dürfen. Während des Tanzes hielt sich das junge Paar zunächst in der Nähe der Eltern, mischte sich jedoch immer mehr unter die Tanzenden und war, als der Tanz beendet war, vollkommen verschwunden. Alle Nachforschungen nach der jungen Dame und ihrem Kavalier waren erfolglos. Als die Eltern schließlich die Hilfe der Polizei in Anspruch nahmen, erfuhren sie, daß der Kavalier ihrer Tochter ein angeblicher Berufstänzer sei, dessen richtigen Namen

man nirgends kenne. Von dem Paare fehlt seitdem jede Spur. Die Polizei nimmt an, daß der Tänzer ein Mitglied einer Mädchenhändlerbande ist."

Und unter den Augen des marxistisch-jüdisch-zentrumhaften Berliner Polizeipräsidiums kam folgende Kleinigkeit ans Tageslicht (Deutsche Zeitung" 26. Juli 1925):

„Zwei reisende Sittlichkeitsverbrecher werden von verschiedenen Behörden eifrig gesucht. Es sind dies ein 32 Jahre alter Kaufmann Karl Kellerhof und seine Freundin, eine 38jährige Katharina Werres. Das Pärchen fährt in einem weißen Stoewer-Auto M 108 612 in ganz Deutschland umher. Die Werres lockt Mädchen an sich, indem sie ihnen irgendeine Stellung besorgen zu wollen verspricht, je nachdem als Köchin, Erzieherin, Dienstmädchen usw. Geht ihr ein Mädchen ins Garn, so nimmt sie es mit in das Hotel, in dem das Paar absteigt, und dort wird es dann in der Nacht von beiden mißbraucht. Das verbrecherische Paar, das das Mädchen jedesmal in einem besonderen Zimmer unterbringt, geht mit Betäubungsmitteln vor und verläßt immer den Ort, bevor das Opfer wieder zu sich kommt und Anzeige machen kann. Traut es sich nicht gleich am Ort, wo es ein Mädchen angelockt hat, dieses mit ins Hotel zu nehmen, so fährt es mit ihm im Auto nach einer anderen Stadt. Es besteht starker Verdacht, daß das Pärchen auch Mädchenhandel betreibt."

Nennt man das Mädchenhandel oder „höchstens Kuppelei?" Ist zum Nachweis, daß Mädchenhandel vorliegt, wirklich eine Quittung des Käufers und Verkäufers nötig? Scheinbar, nach „neudeutschen" Begriffen ...

V. Geschäft und Gebet.

In der Leipziger „Freien Presse" schrieb die Frau des ehemaligen Staatspräsidenten Blos, Anna Blos, folgendes:

„Vor dem Krieg stellte das deutsche Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels über 1400 Mädchenhändler fest, die den Export, Import und Transithandel mit Mädchen besorgten. Sie bildeten einen Ring untereinander und setzten sich aus allen Gesellschaftsklassen zusammen. Charakteristisch ist, daß sie zum Teil streng religiösen Vereinen angehörten. In den von zwei jüdischen Mädchenhändlern an ihre Verwandten gerichteten Briefen war in jeder dritten Zeile

der Name des „lieben Gottes" erwähnt, der das für den Handel aufgewendete Geld segnen und viele Zinsen tragen lassen sollte."

Ist das nicht gerade eine in Platin gefaßte Perle aus der Geistigkeit der Talmud„religion"? Wenn wir nun aber die Schlußfolgerung daraus ziehen wollten, die jüdische Religionsgesinnung begünstige den Frauenhandel, so würden sich sofort ein paar Dutzend Staatsanwälte finden, um uns den Prozeß wegen „Gotteslästerung" zu machen. Deshalb stellen wir nur fest, daß die koscheren „Kaftans" (so heißen die Bordellbesitzer Argentiniens nach der galizischen Kleidung) ihren Handel mit Nichtjüdinnen als gottwohlgefällig betrachten. Wir raten Herrn Dr. Weiß auch, unter seinen „Gehilfen" bei Bekämpfung des Mädchenhandels Umschau zu halten, ob nicht etliche ganz streng Rituelle dabei sind, die diese Bekämpfung nach bewährten Mustern sachgemäß hintertreiben. Sonst könnte etwas geschehen, wie kürzlich in Rumänien:

„Die rumänische Polizei verhaftete den Juden Salomon Zweig — der in der rumänischen Presse unter Verschweigung seiner richtigen nationalen Zugehörigkeit als deutscher Mädchenhändler angeführt wird —, der unter dem Vorwande, daß er ein Mitglied der Liga gegen den Mädchenhandel sei, sich die Liste der gefallenen Mädchen von der Polizei geben ließ, um dann diese Mädchen nach Amerika zu verkaufen." („Das Deutsche Tageblatt", 27. August 1926.)

VI. Im Sowjetparadies.

Besonders idyllisch sind die Zustände natürlich im fortgeschrittensten Lande der Welt, in Sowjetrußland. Ein Mädchenhandel im Lande selbst wird wohl nur in wenigen Fällen möglich sein, da die „Herrschenden" sich das Recht auf „Requirierung" ruhig nehmen können, ohne eine Strafe befürchten zu müssen. Die Gefängnisse sind voll schöner Russinnen aus der „Bourgeoisie" und ergeben ein reiches Feld der Betätigung syrischen Temperaments, das unbegreiflicherweise in Westeuropa noch immer nicht als

voll-auslebeberechtigt anerkannt worden ist. Aber die „unteren Grade“ freilich, die kommen um einen gewissen ehrlichen Handel noch nicht herum.

So schreibt unter anderem die Charkower Zeitung „Der Kommunist“, ein offizielles Parteiblatt, daß der Kauf und Verkauf von Frauen und Mädchen eine Massenerscheinung geworden sei. Als Gegenwerte gelten nicht Geld, sondern auch Waren aller Art, Getreide usw. In einem ukrainischen Dorf wurde, wie „Der Kommunist“ erzählt, eine Frau für ein paar Flaschen Wodka verkauft, wobei der Vertrag durch die Dorfverwaltung gebucht worden ist. Vor dem endgültigen Abschluß ordnete die lokale Sowjetbehörde, durch den ihrer Ansicht nach zu niedrigen Preis argwönisch gemacht, eine sorgfältige Prüfung der Angelegenheit an, um aufzuklären, ob bei diesem Verkauf kein Zwang oder sonstige ungesetzliche Handlungen stattgefunden hätte ... Derselbe „Kommunist“ erklärt weiter, daß der Inhalt solcher Kaufabschlüsse fast immer einen dermaßen „zoologischen“ (wörtliche Übersetzung) Charakter trage, so daß es absolut unmöglich ist, ihn in einer Zeitung wiederzugeben. Ein schwerwiegendes Geständnis, da sich die Sowjetpresse bekanntlich niemals durch übermäßiges Zartgefühl und einen „salonfähigen“ Stil ausgezeichnet hat ... Was aber das Unglaubliche an der Sache ist — nicht nur die kleinen Lokalbehörden verhalten sich diesem neuen Industriezweig gegenüber wohlwollend: auch die Regierungen einzelner Republiken der Union haben bereits ihrer Legislatur Artikel hinzugefügt, die den Frauenhandel gesetzlich regeln. So hat das Moskauer Regierungsblatt „Iswestija“ vor kurzem entsprechende Gesetzparagraphen der Sowjetrepublik Daghestan veröffentlicht. Ein Punkt davon lautet z. B.:

„Der Verkaufspreis eines in jeglicher Beziehung schönen Mädchens ist 125 Rubel. Der Preis für eine Witwe oder ein Mädchen niedriger Abkunft (?) wird nach gegenseitigem Übereinkommen festgestellt.

Nebenbei sei noch erwähnt, daß Daghestan zu den gewaltsam sowjetisierten Randstaaten des ehemaligen Kaiserreichs gehört, die sich im allgemeinen durch größere Sittenreinheit auszeichnen." („Münchener Zeitung", 21. Juli 1926.)

Man wird zugeben, daß mit diesen Zuständen die Höhe marxistischer Kulturentwicklung erklommen worden ist. „Strafbar" kann dieser ganze Handel — frei nach Dr. Weiß — natürlich nicht mehr sein, da er „gesetzlich" geregelt und von der „Regierung" gestattet ist, deren Loblied uns die demokratische Geistigkeit vom Kurfürstendamm täglich vorsingt.

VII. Die Entlarvung.

Nun hat sich aber etwas ganz Schreckliches zugetragen: es stellte sich im Laufe der Zeit heraus, daß die galizischen Edelleute in ihrer Geschäftstüchtigkeit selbst vor den Töchtern des auserwählten Volkes nicht haltgemacht haben und mit Deutschen, Russinnen usw. auch einige Rebekkas aus Europa nach Südamerika ausführten, wo sie den reichen Rinderzüchtern in die Hände fielen. Das war zuviel. Und wehklagend blies die „Wiener Morgenzeitung", der wir alle soviel Aufklärung verdanken, ins Schofarhorn. Sie schrieb im 1. Mai 1927:

„Wir berichteten wiederholt, daß in Buenos Aires, dem Hauptsitz der jüdischen Mädchenhändler, ein Kampf gegen diese verruchte Bande begonnen wurde, damit die Nutznießer des schändlichen Geschäftes völlig isoliert werden. Viele der Besitzer der öffentlichen Häuser, für welche die internationalen Mädchenhändler die lebendige Ware liefern, sind reich geworden und glauben nunmehr, durch Geldaufwand ihr Schandgewerbe vergessen zu machen. So drängen sie sich in den Theatern, in den jüdischen Vereinen und Körperschaften in die vordersten Reihen vor. Von großer Bedeutung für diesen Boykott ist, wie uns aus Buenos Aires geschrieben wird, die Stellungnahme der Kultursektion des jüdischen Schauspieler- und Artistenvereines, die beschlossen hat, daß ein jüdischer Schauspieler nur in einem solchen Theater mitwirken dürfe, in welchem an auffallender Stelle Tafeln mit der jüdischen Aufschrift „Temaim ist der Eintritt verboten!" angebracht sind. Te-

maim (Unreine) ist die Bezeichnung für die Mädchenhändler und ihre Auftraggeber. Die jüdischen Schauspieler erklären, daß sie die Pflicht hätten, daran mitzuarbeiten, daß die moralisch Unreinen, Aussätzigen, aus dem Lager der jüdischen Gemeinschaft ausgeschlossen und boykottiert werden. Die sämtlichen jüdischen Theater waren geneigt, sich diesem Beschluß zu fügen, bis auf das Jüdische Volkstheater, dessen Direktion die Anbringung solcher Warnungstafeln ablehnte. Da die Schauspieler dieses Theaters von ihrem Standpunkte nicht abzubringen und entschlossen sind, in den Streik zu treten, wird wohl auch diese Theatergesellschaft gezwungen sein, nachzugeben."

Fragte man sich nun, erstaunt über diese wirklich unverhofften Offenheiten, warum ein Judenblatt den alten Spruch „Ganz Israel bürgt füreinander" plötzlich vergessen hat, so wird die ganze Sache dadurch verständlich, daß „der Hauptsitz (wir haben es also eingestandenermaßen mit einer zentralisierten jüdischen Weltorganisation zu tun!) der jüdischen Mädchenhändler" nun plötzlich nicht nur mit arischen Mädchen handelte, sondern auch einige jüdische mitverschacherte.

Hierzu ist folgendes nicht ohne Reiz. Wir lesen, laut „Dortmunder General-Anzeiger" vom 30. März 1927, in dem „Kölner Jüdischen Wochenblatt":

„Die schwere wirtschaftliche Notlage, in der die Juden der osteuropäischen Länder seit Jahrzehnten leben, hat es verursacht, daß die Opfer der internationalen Mädchenhändler seit jeher zum größten Teil jüdische Mädchen und Frauen waren. Der Krieg und seine verheerenden Folgen und später die Judenpogrome haben die Lage der jüdischen Frauen noch verschlechtert. Tausende jüdischer Kriegs- und Pogromwaisenmädchen fielen, ohne moralischen und wirtschaftlichen Rückhalt, sich selbst überlassen, zur freien Beute für Mädchenhändler aller Nationen. Es ist nicht zu leugnen, daß auch unter den Mädchenhändlern ein starker Prozentsatz Juden ist, und wenn diese ihr verächtliches Geschäft erfolgreich führen können, so ist das — so paradox es klingen mag — dem moralischen Gefühl der verlassenen Mädchen zuzuschreiben, weil die jüdischen Mädchenhändler diese Mädchen fast ausschließlich dadurch ins Garn locken konnten, daß sie mit ihnen eine Scheinehe eingingen, um sie dann im Orient oder in den südamerikanischen öffentlichen Häusern zu verkuppeln. Solange in diesen Zentren des Mädchenhandels die Juden nicht den gesellschaftlichen und wirtschaft-

lichen Boykott und die gerichtliche Verfolgung der Mädchenhändler selbst in die Hand nahmen, konnten die von den europäischen Staaten schon seit langem unternommenen Abwehrmaßnahmen gegen die Umtriebe der weißen Sklavenhändler keinen Erfolg haben."

Der Hohn, daß alle Staaten gegen die jüdischen Mädchenhändler nichts ausrichten konnten, ist nicht übel.

Diese ungewollten Bekenntnisse, daß es auch einigen Jüdinnen an den Kragen gegangen ist, sind kostbar wie nur wenige. Auch das Weitere ist von höchstem Interesse, zeigt es doch, daß die jüdischen Bordellbesitzer Argentiniens bisher als gute Gesellschaft galten, aber jetzt, da sie auch mit Jüdinnen zu handeln begannen, plötzlich an Achtung verloren haben.

„Der Weltverband der jüdischen Frauen hat nun im Verein mit dem Weltverband der zionistischen Frauen es schließlich erreicht, daß in all den großen südamerikanischen und orientalischen Zentralen die Juden selbst und vor allem die jüdischen Frauen an der Verfolgung der Mädchenhändler und an den Schutzaktionen zugunsten der jüdischen Frauen und Mädchen in allen Großstädten und Hafenplätzen Expposituren der Kampforganisationen errichteten. Berichte aus Argentinien aus der jüngsten Zeit wissen bereits zu melden, daß, wie z. B. in Buenos Aires, die jüdischen Besitzer öffentlicher Häuser der allgemeinen Verachtung und dem gesellschaftlichen Boykott ausgesetzt sind. Selbst solche, die in den letzten Jahren, von dem Schandgewerbe reich geworden, dieses aufgaben und sich von dem alten Milieu lossagten, werden in der jüdischen Gemeinde nicht geduldet. Tatsächlich wurde die Entlarvung und Verhaftung der berüchtigsten Mädchenhändler in den letzten zwei Jahren nur durch die Mithilfe der jüdischen Schutzverbände in diesen Ländern möglich gemacht."

Am 22. Juni trafen sich nun die heiligen Frauen Israels, um gegen den Mädchenhandel mit Jüdinnen Maßnahmen zu beschließen.

Herr Montefiore (Blumenfeld) hielt eine große Begrüßungsansprache und klagte beweglich über die soziale Not, namentlich in Osteuropa, die dem bedauerlichen Mädchenhandel Vorschub leiste. Der Rabbi Dr. Felix Goldmann wagte eine Lanze zugunsten Israels einzulegen und beteuerte, daß er nicht an die Existenz eines speziell jüdi-

schen Mädchenhandels glaube, wenn auch in mehreren Fällen Juden als Mädchenhändler festgestellt worden seien. Man beachte die feine Abschattierung des Themas... Wir wollen dem Rabbi die Freude machen und zugestehen, daß nicht nur Juden Mädchenhandel treiben. Inmitten des Monopols der „Gesetzestreuen" darf auch eine Schar Nichtjuden als Schlepper, Zuhälter usw. die untergeordneten und schlechtbezahltesten Dienste versehen.

Aber siehe da, der Rabbi Goldmann mußte sich bekümmert widerlegen lassen! Um nun nicht der „Fälschung" bezichtigt zu werden, setzen wir hier wortgetreu den Bericht des „Kölner Jüdischen Wochenblattes" hin (vom 1. Juli 1927):

„Es folgte der Bericht des Generalsekretärs, der die Vorschläge der Sachverständigenkommission des Völkerbundes über Maßnahmen zum Schutze der Frauen und Kinder behandelt. Der Bericht des Völkerbundskomitees stellt einen erheblichen Anteil von Juden an dem Mädchenhandel fest, und zwar was sowohl die Händler als auch die Opfer betrifft. Die Hauptexportländer sind diejenigen Osteuropas und Frankreich, die Importländer sind hauptsächlich das lateinische Amerika und Ägypten. Sobald Osteuropa erwähnt wird, wird der jüdische Aspekt sichtbar. Das Völkerbundskomitee berührt in seinem Bericht die Institution der nichtstandesamtlichen rein religiösen Heiraten. Dabei wird festgestellt, daß gefälschte Dokumente, falsche Pässe und Heiratszertifikate eine gewisse Rolle spielen. Man müsse anerkennen, daß es einen jüdischen Mädchenhandel gibt."

❖

Will man wirklich noch mehr? Die Untersuchungen des Völkerbundes müssen zu geradezu furchtbaren Ergebnissen geführt haben, wenn Vertreter dieser judenfreundlichen Organisation sich gezwungen sehen, den „jüdischen Aspekt" zuzugeben, d.h. auf deutsch die gemeinste Niedertracht und jüdische Skrupellosigkeit und die internationale Verbundenheit eines Gesindels, für das selbst ein Strick noch zu schade ist.

Wir fragen: Welche deutsche Zeitung hat es gewagt, auf diese größte Kulturschande unserer Zeit gebührend hinzuweisen? Lange Spalten stehen den Weltblättern zur Verfügung, über jedes unbedeutende Ereignis wird berichtet, aber Platz haben sie nur für Aufsätze wie denjenigen des jüdischen Vizepolizeipräsidenten von Berlin, Dr. Bernhard Weiß, der der deutschen Öffentlichkeit gegenüber einen Mädchenhandel geradezu in Abrede stellt.

Das ist die Verkörperung jenes „Geistes", der am 9. November 1918 „auf der ganzen Linie" siegte!

Der Mörder als Sieger.

„Völkischer Beobachter", 1./2. November 1927.

Nun ist der Mörder des ehemaligen ukrainischen Staatsoberhauptes vor dem Gericht in Paris freigesprochen worden. Obgleich er selbst nicht nur seine Tat gestand, sondern offen erklärte, er sei stolz darauf gewesen, einen Mann ermordet zu haben, den er als Feind des jüdischen Volkes ansehe. Wie wir schon ausführlich berichteten, haben sich die gesamte jüdische Weltpresse und Vertreter der jüdischen Hochfinanz dafür ins Zeug gelegt, einen Freispruch des Mörders zu erreichen. Und nichts ist bezeichnender für die Gewalt des jüdischen Geldes in der heutigen Welt als die Tatsache, daß dieser Freispruch auch erfolgte.

Triumphierend stellte die „Frankfurter Zeitung" fest, der Prozeß Schwarzbart sei ein Prozeß des Judentums! Und am 26. Oktober vermerkte dasselbe Blatt, daß die Geschworenen „weniger über die Schuld Schwarzbarts zu urteilen haben, als über die Verantwortung Petljuras" an den Judenverfolgungen. Mit anderen Worten: über den Ermordeten wurde zu Gericht gesessen und nicht über den Mörder. Genau so erklärte das „Berliner Tageblatt" am

20. Oktober Schwarzbart als einen „Rächer unsagbarer Missetaten", als einen „Fanatiker des Judentums", der sich für einen Rächer seines Volkes gehalten habe, und erwartete den Freispruch des Mörders. Der „Vorwärts" vom 19. Oktober fand ebenfalls kein Wort der Verurteilung der Mordtat, sondern strich das „energische Gesicht" des Mörders heraus und sprach nur von einer „Tötung" Petljuras. Die „Vossische Zeitung" des demokratischen Verlages Ullstein erklärte am 21. Oktober freudig, daß die Polizeibeamten den Angeklagten sogar mit Herr anredeten. Die „Vossische Zeitung" stellte fest, daß Schwarzbart ein „durchgearbeitetes Gesicht" hätte und einen sehr „energischen" Eindruck mache.

Diese Stimmungsmache zugunsten des jüdischen Mörders wurde von offen zionistischen Blättern natürlich noch in ganz anderer Weise herausgestrichen. Dabei sei daran erinnert, daß die gleichen Zeitungen über die Erschießer Walter Rathenaus in fürchterlichster Wut tobten, und daß sie auch nach dem Selbstmord der zwei Attentäter Kern und Fischer mit den Beihelfern der beiden deutschen Offiziere keinerlei Versöhnungsbereitschaft zeigten, daß ihnen die ausgesprochenen Zuchthausstrafen zu gering schienen, und daß die verurteilten Deutschen selbst heute noch nicht amnestiert worden sind von einer Regierung, deren Parteiblätter offen zugunsten des Mörders Schwarzbart Stellung nehmen.

Dieser ganze Fragenkomplex ist von so grundsätzlicher Wichtigkeit, daß wir darauf genauer eingehen wollen. Die zionistische „Selbstwehr" in Prag schrieb in Nr. 42 vom 21. Oktober folgendes:

„In diesen Tagen spielte sich in Paris ein Prozeß ab, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Vor dem Tribunal steht scheinbar ein jüdischer Uhrmacher, ein Mörder; der Mann, der den ukrainischen Ataman Petljura mit fünf Schüssen niedergestreckt hat. In Wirklichkeit steht aber nicht der Mörder, sondern der Gemordete

vor Gericht. Der Ermordete, dem die Schuld an den furchtbaren Judenpogromen zugeschrieben wird, die das von ihm befehligte Heer in den Jahren 1919 bis 1920 in der Ukraine verübt hat. Aber nicht nur Petljura steht vor Gericht; vor Gericht steht die ganze zivilisierte Menschheit, welche die furchtbaren Schandtaten geduldet und welche sie schon längst — vergessen hat.

Einer hat es nicht vertragen können, hat es nicht fassen können, daß die furchtbaren höllischen Martern an Juden von Menschen angeordnet, von Menschen geduldet, von Menschen organisiert, von Menschen ausgeführt werden konnten, ohne daß nachher auch nur ein Hahn danach gekräht hätte; er hat es nicht ertragen können, daß der Mann, dem er die Schuld an all diesen grauenvollen Morden von Hunderttausenden seiner Brüder zuschrieb, unbehelligt und lebensfroh als distinguierter Ausländer in Paris seine Tage zubrachte, auf den Moment wartend, bis wieder seine Zeit gekommen ist."

Was hätte man in Deutschland gesagt, wenn, sagen wir, der „Völkische Beobachter" anläßlich des Rathenau-Prozesses geschrieben hätte:

„In diesen Tagen spielt sich in Berlin ein Prozeß ab, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Vor dem Tribunal stehen scheinbar deutsche Offiziere, die beim Morden mitgeholfen haben; die Männer, die den jüdischen Außenminister mit mehreren Schüssen niedergestreckt haben, waren freiwillig aus dem Leben geschieden. In Wirklichkeit stehen aber nicht die Mörder und ihre Helfer vor Gericht, sondern der Ermordete. Der Ermordete, dem die Schuld am furchtbaren deutschen Unglück zugeschrieben wird, dem das von ihm seit 1914 bis 1920 geheim und öffentlich regierte Deutschland zugeführt worden ist. Aber nicht nur Rathenau steht vor Gericht; vor Gericht steht das ganze Judentum, welches die furchtbaren Schandtaten gefördert und welche sie schon längst — vergessen hat.

Einige haben es nicht ertragen, haben es nicht fassen können, daß die furchtbaren höllischen Martern der Deutschen von Menschen angeordnet, von Menschen geduldet, von Menschen organisiert, von Menschen ausgeführt werden konnten, ohne daß nachher nur noch ein Hahn danach

gekräht hätte. Sie haben es nicht ertragen können, daß der Mann, dem sie die Schuld an allen diesem grauenvollen Hinsiechen von Hunderttausenden ihrer Brüder zuschrieben, unbehelligt und lebensfroh als schwerreicher Jude und Außenminister in Berlin seine Tage zubrachte, auf den Moment wartend, bis wieder seine Zeit gekommen ist."

Was hätte diese ganze Hebräerpresse gesagt, wenn wir in ähnlicher Weise Rathenau gegenübergetreten wären? Hätte es nicht ein Wutgeheul in ganz Deutschland gegeben? Wäre nicht der „Völkische Beobachter" verboten und seine Schriftleiter wegen „Begünstigung der Mörder" vor Gericht gezogen worden? Diese Frage stellen heißt sie mit Ja beantworten.

Im Falle des Juden Rathenau liegen aber die Dinge anders; da wird kein wuchtiges Zeugenaufgebot vor Gericht zugelassen, das über den Toten auszusagen hätte. Auch die Angeklagten im Rathenau-Prozeß waren der Anschauung gewesen, daß Walter Rathenau eine alljüdische Politik zum Schaden des Deutschen Reiches und zugunsten der internationalen Hochfinanz geführt habe.

Diese Ausführungen wurden von der gleichen Presse, die heute für den Mörder Schwarzbart eintritt, mit grobem Geschimpf beantwortet, und das Gericht ließ überhaupt nicht zu, daß auf diese Frage näher eingegangen werden könnte.

Dabei wäre es für die Strafbeantragung von größter Wichtigkeit gewesen, wenn vor dem gesamten deutschen Volke Worte und Taten des Walter Rathenau vor Gericht gebracht worden wären. So aber konnte es kommen, daß die Joseph Wirth, Ebert usw. ihn als großen Patrioten bezeichneten.

Man könnte sagen, die sogenannte „Selbstwehr" sei ein Blatt, das in der Tschechoslowakei erscheine. Nun liegen die Dinge aber so, daß in Berlin selbst das Hauptorgan der zionistischen Organisation in genau der gleichen Weise über den Mord spricht. Die „Jüdische Rundschau" Nr. 83 und

84 vom 21. Oktober schreibt unter dem Titel „Unsere Volkstragödie“ folgendes:

„Eine der furchtbarsten Tragödien der Geschichte wird in diesen Tagen von einem europäischen Tribunal aufgerollt. Die von den Schlachten und den Untaten des Krieges zermürbte und abgestumpfte Welt hat auf die entsetzlichen Pogrome der Jahre 1919 und 1920 kaum mehr als mit einer Geste des Bedauerns reagiert. Man hat sie als ein Elementarereignis hingenommen und schnell vergessen. Vor dem Pariser Gericht, vor dem sich Samuel Schwarzbart wegen der Ermordung Petljuras zu verantworten hat, werden alle Einzelheiten dieser Ereignisse wieder in die Erinnerung gerufen werden. Tatsachen und Schilderungen, bei denen das Blut vor Entsetzen stockt und die man nur dadurch ertragen kann, daß man sich ihrer Wirklichkeit nicht bewußt wird. Sie muten an wie teuflisch erdichtete Sagen oder böse Träume. Und doch war es buchstäbliche Wirklichkeit. Menschen, die es erlebt haben, sind zusammengebrochen, die Wälder der Ukraine waren erfüllt von Wahnsinnigen. Man kann verstehen, daß Menschen von solchen Bildern ewig verfolgt werden, daß sie sich zu Verzweiflungstaten hinreißen lassen, wenn sie sehen, wie die Welt über all dies zur Tagesordnung übergeht. Eine solche Verzweiflungstat war die Mordtat Schwarzbarts, die wie ein Fanal die beruhigte Öffentlichkeit zum Bewußtsein erweckte, daß solche Verbrechen, wie die Metzeleien in der Ukraine, nicht verjähren können, am allerwenigsten in wenigen Jahren.“

Und wiederum müssen wir fragen: Was wäre die Folge gewesen, wenn wir erklärt hätten, der Rathenau-Prozeß sei eine der furchtbarsten Tragödien der Deutschen. Man habe den furchtbaren Zusammenbruch 1918 auf 1919 als Elementarereignis hingenommen und die Welt sei über das alles zur Tagesordnung übergegangen. Die Verzweiflungstat der Rathenaumörder sei ein Fanal in dieser beruhigten Öffentlichkeit und habe das Bewußtsein erweckt, daß solche Verbrechen, wie der Verrat an Deutschland, nicht verjähren können, am allerwenigsten in wenigen Jahren? Wir fragen: Wäre nicht wieder die gesamte Staatsanwaltschaft über den „Völkischen Beobachter“ hergefallen, die gleichen Staatsanwälte, welche der „Jüdischen Rundschau“ durchaus das Recht zubilligen, die Tat des Schwarzbart als eine vaterländische Abwehr hinzustellen?

Nun ist der jüdische Mörder freigesprochen, die Deutschen sind noch heute nach vielen Jahren im Zuchthaus, und keine Hand rührt sich, um ihnen die Freiheit zu erwirken. Die „Jüdische Rundschau" Nr. 85 vom 25. Oktober erklärt, bei Schwarzbart sei das Ehrgefühl besonders entwickelt, was sich dadurch zeige, daß er nach seinem Diebstahl in Wien den früheren Namen Samuel abgelegt habe und sich Schalom nannte ... Bei dieser Gelegenheit sei auf diese Besprechung hingewiesen, die das ganze jüdische Verhalten vor Gericht in klassischer Weise kennzeichnet.

Über den Prozeß berichtete für die „Jüdische Rundschau" ein gewisser Moses Waldmann. Dieser erzählt u. a.:

„Der Vertreter der Zivilpartei fragte Schwarzbart, warum er nach der russischen Revolution, im Begriffe nach Rußland zu reisen, in seinem Paß Angaben gemacht hatte, die nicht voll zutreffen. Schon diese Frage kennzeichnet den gegnerischen Anwalt. Er hat ja keine Ahnung von Juden und Pässen. Er weiß nicht, daß diese zwei Begriffe Feuer und Wasser sind. Er kennt nicht die Geschichte, daß ein jüdischer junger Mann, im Osten vor Gericht nach seinem Alter gefragt, entweder ein Jahr zu viel oder ein Jahr zu wenig angibt, einfach darum, weil es ihm unmöglich erscheint, durch die richtige Angabe sein Fortkommen in einer feindseligen Welt zu finden. Der Jude im Osten — und nicht auch im Westen? — ist eben gezwungen, sich zu drehen und sich zu wenden; er ist, mag er auch in einem Lande beheimatet sein, dennoch in der Fremde. Ewig unverstanden, sich und den anderen ein Rätsel. Und nun kommt Monsieur Wilm, Advokat von dem Pariser Bureau, und fragt, wie es um Samuel Schwarzbarts Paß im Jahre 1917 bestellt war. Lächerliche Frage! Ich bin überzeugt, im Grunde seiner Seele hat Samuel Schwarzbart diese Frage nicht verstanden. Denn, aufrichtig gesagt, auch ich verstehe sie nicht. Was hat denn in Wirklichkeit der Mensch mit seinen Papieren gemein?

Samuel Schwarzbart ist einer aus dem Volke, und jeder einzelne von uns auch."

Kann man eine krassere Verteidigung für Paßfälschung finden als diese Darstellung? Wir wissen, daß Jakob Klatzkin, einer der geistigen Führer des Zionismus, öffentlich erklärte, die Juden hätten die Gesetze ihrer Wirtsvölker

nie anerkannt, sondern seien stets bemüht gewesen, sie zu umgehen. Daß die Juden richtige Angaben für ihre Pässe zu machen hätten, erscheint der „Jüdischen Rundschau“ als eine ungeheuere Antastung der persönlichen Freiheit. „Was hat denn in Wirklichkeit der Mensch mit seinen Papieren gemein?“ . . .

Die genannten Blätter, die „Selbstwehr“ und die „Jüdische Rundschau“, sind Hauptorgane der zionistischen Bewegung. Dieser zionistischen Bewegung, deren Zentralblätter unverblümt für den jüdischen Mörder eintreten, gehören an: der Direktor der Deutschen Bank, Wassermann, der von der Republik als Sachverständiger zu vielen Konferenzen abgesandt worden ist. Dieser Partei gehört an Dr. Badt, der Vertreter des preußischen Staates im Reichsrat. Zionistenführer ist Dr. Goslar, der Pressechef der preußischen Regierung. Diese drei Namensnennungen genügen allein schon, um die Frage aufzustellen: erklären sich diese drei, in hohen amtlichen Stellen befindlichen, Leute einig mit der Forderung der Mörderfreiheit und des Schutzes für den vollendeten Mord, oder aber treten sie aus der zionistischen Organisation aus? Tun sie das nicht, so erwächst für alle Deutschen die Forderung, daß diese drei ausgeschieden werden aus allen amtlichen Stellungen Deutschlands, da sie mit ihren Namen eine Propaganda zugunsten von Leuten decken, deren Tat mit den deutschen Volksinteressen nichts zu tun hat. Wir nehmen an, daß sich auch im Reichstag die Möglichkeit geben wird, daß unsere Abgeordneten auf diese ungeheuerlichen Zustände hinweisen. Diese Tatsachen bedeuten, daß jetzt gerichtsnotarisch einwandfrei feststeht, daß die Juden Bürger erster Klasse und die Deutschen Bürger zweiter und dritter Klasse sind. Wie lange noch?

卐

Und um die g a n z e Ungeheuerlichkeit des gekauften Gerichts zu begreifen, sei bemerkt, daß die „Geschworenen" folgende fünf Schuldfragen a l l e verneint haben:

1. Ist Schwarzbart schuldig, auf Simon Petljura geschossen zu haben? 2. Haben die Schüsse den Tod Petljuras verursacht? 3. Hatte Schwarzbart die Absicht, Petljura zu töten? 4. Hatte Schwarzbart mit Vorbedacht gehandelt? 5. Hatte er Petljura in einen Hinterhalt gelockt?

Und das, nachdem Schwarzbart s e l b s t erklärt hat, Petljura monatelang aufgelauert zu haben; nachdem die Ärzte einwandfrei den Tod durch Schwarzbarts Schüsse festgestellt haben und dieser „stolz" seinen Mord zugestanden hatte!

Hier wird die ganze Lage der französischen Justiz erkennbar.

Schwarzbart aber begab sich aus dem Gerichtssaal unmittelbar zur — Sowjetbotschaft. Wohl, um sein Honorar für den Mord zu erhalten.

Lenin.

„Völkischer Beobachter", 9. November 1927.

Gestern feierte die Sowjetregierung ihren zehnjährigen Geburtstag. In lauten, schwülstigen Reden und Aufrufen wurden die alten Erzählungen über den „Sieg der bolschewistischen Weltrevolution", über den „Zusannnenbruch des Kapitalismus" den gläubigen und den ungläubig werdenden Massen erneut aufgetischt.

Diese Behauptungen wirken doppelt lächerlich angesichts des inneren Zwiespalts, in dem sich die Kommunistische Partei Rußlands heute befindet. Die eine Gruppe, die regierende Partei, wird geführt vom Grusinier S t a l i n,

der es bekanntlich verstanden hat, nach und nach die Trotzki und Sinowjew an die Wand zu drücken, was von seiten der Zurückgesetzten zu einer wütenden Opposition führte. Da es im Sowjetparadies viel Unzufriedene gibt, so hätte diese linksbolschewistische Opposition begründete Aussicht, gegen die Regierung siegreich zu bleiben, wenn ihre Führer nicht ausgemachte Feiglinge wären. 1917 konnten die gleichen Leute nur im Schatten Lenins groß werden und sie waren damals aus Furcht zu vielen Zugeständnissen geneigt, bis Lenin sie schließlich seiner folgerichtigen Haltung unterwarf. Nachher freilich waren sie die Großmauligsten von allen und die schlimmsten Arbeiter- und Russenschinder, die die russische Geschichte kannte.

Beide kämpfenden Parteien berufen sich nun auf das Vermächtnis Lenins. Der Kommunismus, der als grundsätzlich gottlose und heiligenlose Erscheinung aufgetreten war, hat sich selbst im einbalsamierten Lenin einen neuen Gott und Heiligen geschaffen. Alles, was sich auf sein Wort zurückführen läßt, erscheint als unwiderlegbar. Da aber Lenin zu verschiedenen Zeiten das genau Entgegengesetzte gesprochen und getan hat, so wird es den beiden Parteien leicht, das für ihre Zwecke Passende herauszusuchen, genau so, wie Lenin einst Marx so erklärte, wie es ihm recht schien.

Lenin war, ehe er zur Macht gelangte, ein Gegner jeglicher Zugeständnisse, bekämpfte wütend seine besten Freunde, die nicht so extrem dachten wie der Bolschewismus, und nannte alle Opportunisten Verräter. Kaum war er aber Regierungschef, so goß er seinen Spott aus über die „unbelehrbaren Radikalen" und gab den bäuerlichen Abgeordneten so viel Spielraum, daß seine treuesten Anhänger den ersten Bauernkongreß unter Protest verließen. Auch nach außen hin verfolgt Lenin dieselbe schmiegsame Methode, und der Kampf zwischen formaler Folgerichtigkeit und praktischer

Tagespolitik zieht sich seit Jahren durch das „Sowjetparadies“.

Soeben erscheint ein umfangreiches Werk über Lenin aus der Feder eines gewissen Valeriu Marcu. Der Verfasser versucht in sehr geschickter und einschmeichelnder Weise Lenin als einen Diktator größten Ausmaßes und als einen ungeheuerlich vorausschauenden Geist hinzustellen. Er setzt die alte Regierung mit viel Geschick und Spott herunter, verschweigt auch die menschlichen und sachlichen Fehler des Bolschewismus nicht und erweckt so nach und nach den Eindruck eines scheinbar sachlichen Darstellers der russischen Revolution. Leider unterschlägt er aber peinlichst das ungeheure Elend, welches der gesamte Bolschewismus über Rußland gebracht hat. Er nennt die Zahl von 30 000 Märtyrern, welche im Laufe des vergangenen Jahrhunderts der revolutionäre Gedanke Rußland gekostet hat, aber er nennt nicht die Millionen Toten, welche die Revolution der Lenin und Genossen bisher verschlang. Er verschweigt, daß diese Millionen sich zum größten Teil gerade aus jenen Arbeitern und Bauern zusammenstellten, die Lenin angeblich befreien wollte.

Nur an wenigen Stellen entschlüpfen dem Verfasser Geständnisse, die wir ein für allemal festnageln wollen. In Punkt 1 von dem am 8. November 1917 verkündeten Agrarprogramm Lenins steht: „Aller Privatbesitz an Land wird entschädigungslos und mit sofortiger Wirkung aufgehoben.“ Lenin schwebte ein konsequent kommunistischer Staat ohne Privatbesitz, auch ohne Privateinnahmen des Bauern vor! Und das Ende dieses bolschewistischen Versuches ist, laut Marcu: „Der Kommunist Lenin muß an der Spitze der Macht für das Privateigentum von 20 Millionen Bauernfamilien kämpfen oder zugrunde gehen.“ Das durch den Bolschewismus über das russische Bauerntum gebrachte Elend war also nicht stark genug, den Kommunismus zu verwirklichen. Und Lenin trat etwa nicht zurück,

sondern in der Gier nach Macht warf er diesen seinen Kommunismus über den Haufen und überließ den russischen Bauern das beschlagnahmte Land praktisch als Eigentum. Es geht also nicht an, Lenin als „Bauernbefreier" zu verherrlichen. Aber auch hier verschweigt der Verfasser restlos die Tatsachen, daß das ganze Agrarprogramm der russischen Revolution nicht von den Bolschewisten, sondern von den Sozialrevolutionären erdacht und durchgeführt worden ist. Lenin ist also wider Willen zu einer Sache gezwungen worden; die Bauernbewegung ist nicht mit ihm, sondern gegen ihn gegangen.

Wodurch das vorliegende umfangreiche Buch aber interessant wird, ist die genaue Darstellung der Technik der unterirdisch sich organisierenden russischen Revolution. Der Verfasser nennt Lenins Gedanken eine „aristokratische Theorie", wenn dieser schreibt: „Das politische Denken ist genügend entwickelt, um zu verstehen, daß ohne zehn talentierte, bewährte, beruflich ausgebildete, langjährig geschulte Führer, die glänzend aufeinander eingestellt sind, in der heutigen Gesellschaft kein energischer Kampf irgendeiner Klasse möglich ist." „Ich muß euch sagen, daß es viel schwieriger ist, zehn Kluge zu fangen als hundert Dummköpfe. Ich werde diesen Grundsatz verteidigen, so sehr ihr die Masse gegen meine ‚antidemokratische' Haltung hetzen mögt. Unter den ‚Klugen' sind, wie ich wiederholt betont habe, in organisatorischer Hinsicht nur die Berufsrevolutionäre zu verstehen, einerlei, ob sie Studenten oder Arbeiter sind."

Lenin war ursprünglich ein wilder Bekämpfer der Wahlbeteiligung. Beim dritten Wahlkampf zur Reichsduma aber änderte er ganz plötzlich seine Haltung, und als seine Gefolgschaft gegen diese „Inkonsequenz", wie sie sagte, auftrat, fuhr er sie an:

„. . . Wenn der Kampf vor sich geht, wächst, von allen Seiten anrückt, dann ist es Pflicht und Schuldigkeit, den

Kampfruf auszustoßen. Aber durch den Kampfruf allein kann man weder diesen Kampf erfinden noch er eugen. Bolschewismus mit ‚Boykottismus' wäre ebenso falsch, als wollte man Bolschewismus mit ‚Aktivismus' verwechseln." Zu diesen Anschauungen erklärt Marcu: „Die Taktik, die Lenin während der Rückschläge zweier Jahre, nach dem Moskauer Aufstand, aus den Tatsachen langsam, mühsam lernte, sollte ihm später in der Mittagsglut die Macht retten."

Und noch eine andere grundsätzlich wichtige Entscheidung in der Führung einer radikalen Partei traf Lenin, als er nach langjährigen Versuchen, mit den Sozialdemokraten zu arbeiten, sich für eine restlose Trennung von ihnen entschloß. Er erklärte: „Gerade vor neuen Wahrscheinlichkeiten muß man sich nicht zusammenschließen, sondern vielmehr absondern." Bald darauf gründete er seine kleine, von ihm allein geführte Partei, deren Konsequenz er letzten Endes seinen Sieg verdankte.

An eine Weltrevolution hat Lenin am Ende seines Lebens, als ihm die Syphilis sein Gehirn immer mehr zerstörte, selbst nicht mehr geglaubt, und heute, nach zehnjährigem Bestehen seines Sieges, sehen wir Sowjetrußland in Not und Elend, völkisch, politisch, sittlich, wirtschaftlich zermürbt. Der Sowjetstaat lebt heute nicht aus eigener Kraft, sondern nur dank der westlichen Hilfe: auf der letzten Konferenz in Genf flehte die Sowjetregierung die Hochfinanz auf den Knien an! Worum? Um Kredite! Die Wallstreet hat ihrerseits durch ihren Vertreter Paul Warburg Moskau ebenfalls die Geldhilfe versprochen, wie das die deutsch-jüdischen Banken bereits mehrfach getan haben. Der Sowjetstaat besteht nur dank der wirtschaftlichen Interessen, die der kapitalistische Westen an ihm nimmt.

Die Sowjetidee, die volksfeindlichen und kulturfeindlichen Barfüßler, sind innerlich zusammengebrochen, und wo die Sowjets versucht haben, diesen Raub außerhalb ihrer

„Heimat“ zu verwirklichen (wie in China), da ist nur ein furchtbares Grauen erzeugt worden, das aber die Austilgung der Sowjetidee zur unmittelbaren Folge hatte. Der Kampf im Pestherd Moskau selbst wird aber noch weiter gehen, und je schneller er zu einem antibolschewistischen Ende gelangt, um so besser.

Die Börsenrevolte des Judentums.

„Völkischer Beobachter“, 9. November 1927.

Zum neunten Male jährt sich ein Unglückstag der deutschen Geschichte; der 9. November wurde zum Ausdruck jener tragischen Tatsache, daß das deutsche Volk den Glauben an sich und sein Recht verloren hatte und auf seine — Feinde vertraute. Es hatte getan, wie der „Vorwärts“ am 20. Oktober des Unglücksherbstes es als seinen „festen Willen“ bezeichnet hatte: die Kriegsfahne wurde eingezogen, ohne sie noch einmal siegreich heimgebracht zu haben; es war gekommen, wie Wendelin Thomas, ein kleiner Mann eines großen Verbrechens, sagte: „Der Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats.“ Es war gekommen, wie es die Tausende von Judenzeitungen und jüdischen Zersetzern ersehnt hatten: Deutschland entwaffnete und überlieferte sich auf Gnade und Ungnade seinen Todfeinden.

Und dieser Tag wird heute von Millionen als — Festtag gefeiert, als Vorabend zur herrlichen Verfassung von Weimar.

Am 9. November 1918 veröffentlichten die Häupter der neuen Regierung, Ebert, Scheidemann und Landsberg, einen Aufruf an das deutsche Volk. In diesem Aufruf bezeichnete die Regierung es als ihre Aufgabe, den Waffenstillstand zu schließen, Friedensverhandlungen zu führen,

die Volksernährung zu sichern, den Volksgenossen in Waffen raschesten geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu sichern. Weiter wird derjenige als „Feind des Volkes" bezeichnet, der diese „herrliche Bewegung" durch willkürliche Eingriffe störe.

Und an der Spitze dieses Aufrufes standen die nicht wegzuleugnenden Worte: „Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet."

Hat es wohl einen grausameren Hohn in der Geschichte Deutschlands gegeben, als den, daß jetzt neun Jahre einer nie dagewesenen Demütigung, Knechtung und Bespeiung vergehen konnten, ohne daß die Tat vom 9. November 1918 von ihren Tätern feierlichst widerrufen, verdammt und verflucht wurde, ja, daß diese selben Persönlichkeiten noch führende Männer im Staate, einer sogar der Präsident des Reiches war?

Heute werden die SPD. und DDP. wohl auch einen Aufruf verschicken. Er wird sicher voller Klagen sein. Es wird in ihm zwar nicht mehr stehen, der 9. November habe die Befreiung des Volkes vollendet, aber es wird in ihm auch nicht das Bekenntnis zu lesen sein, daß der 9. November der schmerzlichste Tag deutscher Geschichte ist; nicht zu lesen sein, daß dank diesem Tage die letzten Hemmungen der Sitte fielen; daß gerade seit diesem Tage die Volksausbeuter aller Sorten freie Hand erhielten; daß nie eine solche Flut von Gemeinheit und Verhöhnung über die Lande ging, als seit dem 9. November, da der Weg für die jüdische Ausbeuterbrut in Banken, Börsen, Händlergesellschaften, Zeitungen usw. vollständig geebnet wurde bis zum Tage der Thronbesteigung von Dawes.

Als der „größte Augenblick" der Weltgeschichte wurde der 9. November im genannten Aufrufe weiter genannt. Auch dies wird man sich heute nicht zu sagen getrauen; aber mit eherner Stirn wurde gerade in den letzten Wochen wieder in der gesamten Judenpresse noch alles Deutsche

in den eigenen Kot gezogen, um sich für die hehre Feier über die „Errungenschaften“ noch etwas ausstaffieren zu können. Mit einer Dreistigkeit ohnegleichen wurden noch schnell die Männer verunglimpft, denen die Bayerischen Volksparteiler und Marxisten auch im Bayerischen Landtag es verdanken, daß sie überhaupt noch auf dieser Welt herumlaufen: ohne die Aufopferung der „reaktionären Jugend“ befände sich Deutschland heute in dem viehischen Zustande, in den das russische Volk geraten ist.

卐

Am 30. November 1918 betrat (nach Kurt Eisner) Erhard Auer die Redner-Tribüne des Soldatenrates von München. Nachdem er die Hoffnung ausgedrückt hatte, daß „der Gedanke der völligen Abrüstung auf der Friedenskonferenz siegen möge“, sagte der heutige Vizepräsident des Bayerischen Landtages und Hauptschriftleiter der „Münchener Post“: „Das Bürgertum ... sollte zufrieden sein mit dem Verlauf, den die Revolution genommen hat. Der Friede bedeutet Freiheit und Brot für Bayern.“ Wir fordern Auer und Scheidemann auf, dies auch heute zu verkünden.

Der „Friede“ von Versailles hat Deutschland in schwerste Ketten geschlagen, es zum Sklaven der ganzen Welt gemacht.

Haben Sie heute noch die Stirn, Herr Auer, zu behaupten, der Friede hätte Bayern und Deutschland die Freiheit gebracht? Und wenn nicht, wie dürfen Sie es noch wagen, den Mund öffentlich aufzutun? Ja, woher die Anmaßung, noch in „Untersuchungsausschüssen“ zu sitzen?

卐

Am 25. November 1918 gab die demokratische „Frankfurter Zeitung“ vor, sogar der Entente zu drohen: die

Forderungen des Waffenstillstandes seien unerfüllbar, „glaubt man, das deutsche Volk wieder behandeln zu dürfen, wie es nach dem Dreißigjährigen Kriege 200 Jahre behandelt worden ist, dann befindet man sich in einem furchtbaren Irrtum". Später war sie es, die jede Unterwerfung befürwortete, ja von der Pflicht sprach, dies zu tun, zusammen mit allen Judenblättern Deutschlands, vom „Vorwärts" bis zur „Roten Fahne". Man kann die Worte des Léon Daudet verstehen, wenn er im französischen Parlament sagte, er liebe die deutschen Sozialdemokraten, weil er Deutschland die Pest wünsche. Diese Pest wütet, allen sichtbar, die Augen haben, seit neun Jahren in allen deutschen Landen. Von oben, von den Großen ausgeplündert, die (nach Lersners Mitteilung) während der deutschen Hungersnöte 1919 mit deutschem Korn an der Pariser Börse handelten, von andern beschimpft, von zahllosen Schmarotzern aus dem Osten ausgesogen, das ist das Bild der mit deutschen Arbeitern aufgeführten kapitalistischen Revolution des Weltjudentums gegen das deutsche Volk.

Wir wollen das nie vergessen! Wir wollen den 9. November als einen Trauertag begehen und uns fragen: Waren die Opfer des deutschen Volkes umsonst? Liegen deshalb zwei Millionen deutscher Helden von Finnland bis nach Afrika hinunter unter Rasen oder unter Wüstenstaub, damit ein jämmerliches Drohnentum deutsches Volkstum schändet? Starben dafür deutsche Männer den Fliegertod, unter Martern in jämmerlicher Gefangenschaft, den Seemannstod im indischen Ozean oder an der Küste Englands? Oder hatte nicht der unbekannte Matrose, der vor den Augen der britischen Flotte vom Kiel der „Nürnberg" untergehend noch die deutsche Kriegsflagge schwang, eine *andere* Idee, mit der er in den Fluten versank? Diese Männer, die starben, und die Frauen, die darbten und sorgten, die wußten, wofür sie das alles taten: für deutsche Freiheit, für deutsches Volkstum, für deutsche Ehre.

Daß der Glaube daran ihnen genommen wurde, ist die Tat jener jüdischen Unterhöhler des deutschen Staates und ihrer Handlanger. Sie gelang dank des Mangels an Einsicht in die letzten Ziele jüdischer Verhetzung.

Wenn Deutschlands Taten nun aber wirklich und für alle Zukunft umsonst gewesen sind, dann sind wir kein Volk mehr, sondern bloß ein sechzig Millionen oder siebzig Millionen starker Menschenhaufe.

Aber daran glauben wir — trotz allem — nicht. Wir sehen, daß das deutsche Volk krank, schwer krank ist, daß es sich nicht Rechenschaft darüber abgibt, was es tut. Aber es gibt auch Wache im Lande! Und vielleicht mehr, als man glaubt. Ihre Stunde wird noch kommen! Dann sollen sie zeigen, daß sie so zu lieben verstehen, daß sie auch hassen können. Bismarck sagte: „Ein Hundsfott, der sein Vaterland nicht rettet, auch gegen alle Majoritäten." So denken auch wir Nationalsozialisten. Das völkische Großdeutschland in Sitte, Gesetz, Religion und Wirtschaft als Ziel; rücksichtsloser und offener Kampf gegen alle Schädlinge an und in unserem Volke als Mittel; Liebe zum ganzen deutschen Volk als Triebfeder, das soll und wird einst alle wirklich Deutschen einen.

Den Tag der inneren und äußeren Befreiung mit vorbereiten zu helfen, ist unser festes Gelöbnis im Gedenken an den schwarzen 9. November 1918.

Gestürzte Wüstengötzen.

„Völkischer Beobachter", 19. November 1927.

Die Ausrottung der übrigen Sowjet-Führer durch Stalin, die bereits in diesem Bande in dem Aufsatz über Sinowjew behandelt wurde, begann bereits im Jahre 1927. Stalin hat es dann im Laufe der Zeit verstanden, alle andern an die Wand zu stellen, so daß nur noch zwei bestimmende Personen innerhalb des Bol-

schewismus übrig blieben: der tote Lenin und er selbst. Gerade jetzt, wo die zahlreichen Erschießungen bolschewistischer Unterführer stattgefunden haben, bedeutet der nachfolgende Aufsatz einen besonders interessanten geschichtlichen Beitrag.

Der Hinauswurf Trotzki-Bronsteins und Sinowjew-Apfelbaums aus der Kommunistischen Partei zeigt, wie verfault und morsch bereits nach zehn Jahren absoluter Herrschaft das ganze Sowjetsystem ist. Der Hader bestand schon viele Jahre, doch kittete das Lebensinteresse die feindlichen Genossen der übrigen Welt gegenüber zusammen. Jetzt fühlt sich der Apparat Stalin-Dschugaschwilis stärker als die Demagogie der Sinowjew-Trotzki und hat alle Folgerungen daraus gezogen. Der Fußtritt ist erfolgt: die beiden größten jüdischen Henker des russischen Volkes sind von ihren eigenen Genossen zum Kreml hinausgetreten worden und winden sich voll Wut und Feigheit unter der Faust des mächtigen Grusiniers. Ob dieser selbst noch lange das blutig-rote Szepter schwingen wird, steht dahin. Augenblicklich „erledigt" er seine Gegner — mit Hilfe Lenins. Und die bolschewistischen Organe in aller Welt, die von der Gnade des jeweils Mächtigsten ihr erbärmliches, arbeiterbetrügerisches Dasein fristen, schreien: „Die Streikbrecher Trotzki und Sinowjew" — wie z. B. die „Rote Fahne" in Berlin.

Moskau hat jetzt eine eingehende Begründung seines Schrittes veröffentlicht, die jedenfalls als geschichtliche Urkunde betrachtet werden kann. In ihr heißt es u. a.:

Um die richtige normale Vorbereitung des 15. Parteitages der KPSU. für die ganze Partei zu gewährleisten, hat das ZK. der KPSU., dem Parteistatut gemäß, mehr als einen Monat vor dem Parteitage die Thesen der ZK. und im Diskussionsblatt die Gegenthesen der Opposition, sofort nach deren Einreichung, sowie die Reden und Artikel der Opposition veröffentlicht. Das ZK. gab der Opposition alle Möglichkeit, ihre Ansichten sowohl in der Presse als auch in den Parteiversammlungen und Parteizellen zu verfechten. Doch hielten es weder Sinowjew noch Trotzki für nötig, in

Parteiversammlungen aufzutreten, fuhren vielmehr fort, illegale Versammlungen ohne Teilnahme der Vertreter der Partei zu veranstalten.

Ungeachtet dessen hat sich die Opposition nicht nur nicht einer Spaltungspolitik und Verletzung der Parteieinheit enthalten, sondern ihre Zerstörungsarbeit noch gesteigert. Die Opposition, die in allen Zellen, in welchen diskutiert wurde, zurückgewiesen wurde und die nicht einmal ein Prozent aller Stimmen der Parteimitglieder auf sich vereinigen konnte, gibt weiter ihre illegalen parteifeindlichen Blätter heraus, in denen die Tätigkeit der Partei verleumdet wird, druckt weiter ihre Schriften in Geheimdruckereien, die mit gestohlenen Drucktypen und Papier ausgerüstet wurden. Sie organisiert eine Reihe parteifeindlicher illegaler Versammlungen, zu denen sie nichtproletarische Elemente heranzieht, Elemente, die der Partei und der Arbeiterklasse fremd gegenüberstehen. Sie bereitet in diesen parteifeindlichen illegalen Versammlungen parteifeindliche Demonstrationen vor, sie arbeitet Pläne für den weiteren Kampf gegen die Partei aus, sie zieht zu diesen Beratungen parteifremde bürgerliche Elemente heran und entfesselt dadurch jene Elemente, die dem Proletariat und den Sowjets feindlich gegenüberstehen. Sie besetzt eigenmächtig einen Hörsaal der technischen Hochschule in Moskau, um eine parteifeindliche Versammlung abzuhalten, und geht gegen die Vertreter der Partei tätlich vor. Sie geht sogar zur Veranstaltung öffentlicher Meetings über, auf denen Reden gehalten werden, die gegen die KPSU. und gegen die Sowjetmacht gerichtet sind.

Statt sich am zehnten Jahrestage der Oktoberrevolution auf die gemeinsame Tribüne des Lenin-Mausoleums zu begeben und von dort aus mit den anderen Genossen die Arbeitermillionen Moskaus und Leningrads zu begrüßen, ziehen sich die Oppositionsführer in verschiedene Gassen zurück und versuchen dort, Kundgebungen gegen die Partei zu veranstalten, verteilen und plakatieren illegale parteifeindliche Flugblätter, worin sie an Elemente appellieren, die der Partei und der Sowjetmacht feindlich gegenüberstehen."

Daraufhin folgt die Erklärung des Hinauswurfs und gleichzeitig die Veröffentlichung eines Briefes von Lenin vom Oktober 1917. Die bemerkenswertesten Stellen daraus lauten:

„Genossen! Die Petrograder Zeitungen vom Mittwoch, den 18. Oktober, habe ich noch nicht erhalten können. Als man mir telephonisch den vollständigen Text der Kundgebung Kamenews und

Sinojews in der „Nowaja Shisnj", die keine Parteizeitung ist, mitteilte, wollte ich es nicht glauben. Zweifel waren jedoch ausgeschlossen, und so sehe ich mich veranlaßt, die Gelegenheit zu ergreifen, um dieses Schreiben den Parteimitgliedern zu Donnerstag abend oder zu Freitag früh zuzustellen, denn angesichts der Tatsache eines so unerhörten Streikbruches wäre es ein Verbrechen, zu schweigen.

Je ernster die praktische Frage ist, je verantwortlicher und „angesehener" die Leute sind, die den Streikbruch verübt haben, um so gefährlicher ist dieser, um so entschlossener müssen die Streikbrecher hinausgeworfen werden, um so unverzeihlicher wäre es, etwa wegen früherer „Verdienste" der Streikbrecher zu schwanken.

Was ergibt sich nun?

In der wichtigsten Kampffrage, am Vorabend des kritischen 20. Oktober, eröffnen zwei „angesehene Bolschewiki" in der nicht zur Partei gehörenden Presse, und zwar gerade in einem Blatte, das in der gegebenen Frage mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterpartei Hand in Hand geht, einen Angriff auf einen nicht veröffentlichten Beschluß der Parteizentrale!

Das ist ja tausendmal gemeiner und millionenmal schädlicher als beispielsweise alle Kundgebungen eines Plechanow in der nicht zur Partei gehörenden Presse in den Jahren 1906 bis 1907, die von der Partei in so scharfer Weise verurteilt wurden! Damals handelte es sich doch nur um Wahlen, jetzt aber geht es um einen Aufstand zur Eroberung der Macht!

In einer solchen Frage, nachdem die Zentrale einen Beschluß gefaßt hat, diesen nicht veröffentlichten Beschluß im Angesicht der Rodsjanko und Kerenski in einem Nichtparteiblatt anzufechten — kann man sich eine verräterischere, streikbrecherischere Handlungsweise vorstellen?

Für mich wäre es eine Schmach, wenn ich etwa deshalb, weil ich diesen ehemaligen Genossen früher nahestand, in deren Verurteilung schwankte. Ich sage es gerade heraus, daß ich die beiden nicht mehr als Genossen ansehe und daß ich sowohl im ZK. wie auf dem Parteitag mit allen Mitteln für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.

Denn eine Arbeiterpartei, die vom Leben immer häufiger vor die Notwendigkeit eines Aufstandes gestellt wird, ist nicht imstande, diese schwere Aufgabe zu lösen, wenn unveröffentlichte Beschlüsse der Zentrale nach ihrer Annahme in der nicht zur Partei gehörenden Presse angefochten und in die Reihen der Kämpfer Schwanken und Verwirrung hineingetragen werden."

Dieser Brief, wie angegeben im „Rabotschy Putj" (Arbeiterweg) vom 19., 20., 21. Oktober 1917 veröffentlicht, war allen Führern die Jahre über bekannt. Und jetzt, zehn Jahre später, wird er erst für so wichtig erachtet, um Sinowjew und Trotzki zu erledigen! Es handelte sich im Oktober 1917 um die Vorbereitung der Revolte. Sinowjew und Trotzki, feige wie nur irgend jemand, fingen an, an die Gemäßigten Zugeständnisse zu machen. Erst Lenins Vorgehen zwang die beiden Leute wieder zu ihm zurück. Später waren gerade diese beiden die größten Schreier und Henker des russischen Volkes. Sinowjew gar Chef der gesamten Dritten Internationale, gefeiert von der „Roten Fahne", die ihn heute als Streikbrecher beschimpft. Uns kann der Kampf recht sein, zeigt er doch endlich auch für jeden sehenden Arbeiter, welche Art Menschen ihn seit Jahren betrügt. Und daß sie auch jetzt wieder stehlen, ist nichts besonderes, nur ist es köstlich, daß die augenblickliche Regierung ihnen daraus einen Vorwurf macht, ist doch Litwinow-Finkelstein noch heute stellvertretender Außenkommissar, der 1905 im Kaukasus die russische Post ausräuberte, worüber Lenin äußerst befriedigt gewesen ist . . .

Deutscher Arbeiter! Jetzt ist es Zeit, aufzuwachen! Die SPD. hat dich an die Hochfinanz der Wallstreet verraten um ihrer schönen Posten willen! Die KPD. steht im Solde von Leuten, die allesamt Diebe des Vermögens des russischen Volkes sind.

Prüfe jetzt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die seit Jahren gegen diesen großen Betrug unermüdlich kämpft! Prüfe und entscheide!

Die Entlarvung des Heiligen Matthias Erzberger.

„Völkischer Beobachter", 26. November 1927.

Nach wie vor hat das deutsche Volk allen Grund, tagtäglich über das Wesen des Versailler Diktates nachzuden-

ken und sich über alles zu unterrichten, was damals bei seinem Zusammenkommen mitgespielt hat. Soeben erscheint nun ein größeres Werk von Karl Friedrich Nowak, betitelt „Versailles", in dem der Verfasser es unternimmt, die inneren Zusammenhänge darzustellen und neues Material über die vielfach noch geheimnisvollen Vorkommnisse zu veröffentlichen.

Von vornherein sei gesagt, daß Nowak in allen seinen Schriften bereits sich als internationaler Demokrat gezeigt hat, von dem auch nur eine Spur deutschen Selbstbehauptungswillen zu erwarten verfehlt ist. Zu Nowaks Lebensheiligen gehörten seit langem Masaryk und Wilson. Diese Grundeinstellung des Verfassers kommt auch im vorliegenden Werk in manchmal aufdringlicher Weise zum Vorschein und zwingt, die Schrift mit größter Vorsicht anzusehen.

Nowak zieht es vor, an Stelle einer sachlichen Berichterstattung auf Grund der ihm zugänglich gewordenen Quellen eine feuilletonistische Erzählung davon zu geben, wie Präsident Wilson über den Ozean gefahren kommt, wie er vor sich in die Weite blickt, was er dabei denkt, wie Apostelregungen in ihm vorgehen usw. Damit hat die Schrift den sicheren Boden verlassen, und da Nowak ähnlich auch mit anderen Gestalten umgeht, so ist das Werk im großen Ganzen als ein politischer Roman eines österreichischen Demokraten zu werten.

Angesichts der Dinge, die Nowak später notgedrungen selbst zugeben muß, wirkt es doppelt merkwürdig, wenn er von Foch als von dem „großen siegreichen Heerführer" spricht, von der „stillen Gelehrtenstube Léon Bourgeois'" schwärmt, das „warme liberale England" lobt, von der „gewaltigen Gestalt" Wilsons, die sich „lichtvoll am Himmel der Konferenz abhebt", erzählt, von dem Völkerbund erklärt, die „ganze weite Welt" hätte sich hier zum erstenmal „verbündet und versöhnt". Das ist alles eine internationale Stimmungsmache, bar jeder Unterlagen.

Nichtsdestoweniger enthält die Schrift eine Menge interessanter Dinge, auf die es sich durchaus lohnt, einzugehen. Vor allen Dingen sind die Zwistigkeiten von Interesse, die zwischen Lloyd George und Clémenceau bestanden, zeigen sie doch, daß der englische Erstminister die Deutschen zwar ausrauben wollte, aber doch entschlossen war, die englischen Soldaten möglichst schnell nach Hause zu schaffen, ohne sie als Druckmittel zugunsten einer französischen Politik zur restlosen Zerschmetterung Deutschlands einzusetzen. Weniger aus Liebe, sondern aus Überlegung. Nowak veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen den Franzosen und Lloyd George. Die Denkschrift des englischen Erstministers ist von derartigem Interesse, daß wir nachstehend einige Auszüge bringen. Lloyd George warnt Frankreich vor Überspannung des Bogens und fährt dann weiter fort:

„Frankreich selbst hat bewiesen, daß Leute, die behaupten, Deutschland so schwächen zu können, daß es nie wieder würde zurückschlagen können, im äußersten Unrecht sind. Von Jahr zu Jahr wurde Frankreich numerisch schwächer als sein siegreicher Nachbar, in Wahrheit aber wurde es sogar mächtiger. Es beobachtete Europa, es schloß Bündnisse mit denen, die Deutschland bedroht oder denen es unrecht getan hatte, es hörte nie auf, die Welt vor der Gefahr zu warnen, und am Ende gelang es ihm, die viel gewaltigere Macht zu stürzen, die es so brutal mit Füßen getreten hatte. (Das ist das Eingeständnis der französischen Kriegsschuld! A. R.) Sie mögen Deutschland seiner Kolonien berauben, seine Rüstungen zu einer bloßen Polizeimacht und seine Flotte zu einer Macht fünften Grades herabzusetzen; es ist schließlich alles gleich, wenn es sich im Frieden von 1919 ungerecht behandelt fühlt, wird es Mittel finden, um an seinen Besiegern Rache zu nehmen. Der Eindruck, der tiefe Eindruck, den vier Jahre beispiellosen Kampfes auf das menschliche Herz ausübten, wird mit den Herzen verschwinden, denen er mit dem furchtbaren Schwert des großen Krieges eingepreßt wurde. Die Aufrechterhaltung des Friedens wird dann von der Tatsache abhängen, ob Ursachen zur Verzweiflung vorhanden sind, die dauernd den Geist des Patriotismus, der Gerechtigkeit oder des „fair play" aufstacheln. Unsere Bedingungen dürfen hart, sogar erbarmungslos sein, aber gleichzeitig können sie so gerecht sein, daß das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlen wird, daß es kein Recht zur

Klage hat. Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden.

Aus diesen Gründen bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche, als es unerläßlich nötig ist, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine selbständige Regierung aufgestellt haben, aber jedes breite Massen von Deutschen umschließen, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern."

Diese sehr beherzigenswerten Dinge hat Lloyd George dann aber später nicht durchgefochten, sondern ist zurückgewichen vor den Franzosen, andererseits aber auch beim Gedenken an seine Wahlreden, in denen er erklärt hatte, er würde den Deutschen schon ihre Taschen auskehren. Dann folgte eine Stelle, die von größter Tragik ist. Lloyd George erklärt:

„Schließlich müssen wir Bedingungen bieten, die eine verantwortliche Regierung in Deutschland als durchführbar auf sich nehmen kann. Wenn wir Deutschland ungerechte oder äußerst entehrende Bedingungen vorlegen, wird keine verantwortliche Regierung sie unterzeichnen, bestimmt nicht die jetzige schwache Verwaltung. Täte sie es, so würde sie, so sagte man mir, binnen 24 Stunden weggefegt."

Der Engländer rechnete also mit einer Ablehnung Deutschlands und fügt dann noch hinzu, daß weder Amerika noch England einer Besetzung Deutschlands durch Frankreich zustimmen könnten, dieses allein aber eine solche Last gar nicht zu tragen imstande sei. Hierdurch wird fast mit experimenteller Genauigkeit festgestellt, daß eine rechtzeitige klare Ablehnung aller übertriebenen Forderungen Deutschland gegenüber sogar der Novemberrepublik einen halbwegs erträglichen Frieden beschert hätte. Und auch nach einer anderen Richtung hin hat Lloyd George vernünftige Gedanken ausgesprochen. Er erklärt:

„Für mein Gefühl ist es ein eitles Bemühen, Deutschland eine dauernde Begrenzung seiner Rüstungen aufzuzwingen, ohne daß wir geneigt sind, uns gleicherweise solche Beschränkung aufzuerlegen.“ —

„Die erste Bedingung für den Erfolg des Völkerbundes ist darum eine entschlossene Verständigung zwischen dem britischen Imperium, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Italien, daß es kein Wettbauen von Flotten und Armeen zwischen ihnen geben soll. Wenn das nicht vor der Unterzeichnung des Bundes erreicht ist, so wird die Liga der Nationen nur eine Schande und ein Spott sein. Es wird dies — mit Recht — als ein Beweis angesehen werden, daß seine Hauptförderer und Beschützer kein Vertrauen in seine Wirksamkeit haben.“

Diese Ausführungen Lloyd Georges nehmen eine restlose Verurteilung des Völkerbundes vorweg, wie wir sie seit Jahren vertreten haben. Nur hat aber Lloyd George, wie immer, nicht die Kraft aufgebracht, die bei ihm auftauchenden vernünftigen Gedanken auch durchzusetzen. Vielmehr wich er immer wieder zurück, und schließlich hatte ihn Frankreich soweit, wie es ihn haben wollte. Und Wilson, der mit humanitären Gedanken nach Europa gefahren kam, brach zusammen und erwies sich als Schwächling.

卐

Die größte Tragik aber, die sich aus dem Buch ergibt, ist die Rolle des unseligen Matthias Erzberger. Immer wieder vertrat Graf Brockdorff in den Verhandlungen einen deutschen Standpunkt mit der Begründung, man müßte vielleicht durch ein Fegefeuer von einigen Monaten gehen: „Wenn wir unterschreiben, würde es eine schleichende Krankheit werden, an der das Volk zugrunde geht“, während bei der Ablehnung des Versailler Vertrages die Alliierten selbst in allerschwerste Konflikte geraten würden. Hier stellte sich Matthias Erzberger auf den Standpunkt der restlosen Unterwerfung und intrigierte gegen Brockdorff, und das ungeheuerlichste war, daß nach und nach in die feindlichen Kreise die Gerüchte drangen, daß das deutsche Reichskabinett unter Erzbergers Führung in jedem Falle

bereit sei, das Diktat zu unterschreiben. Es war klar, daß eine solche Meldung die Front der Entente sofort wieder herstellte. Lloyd George, nun von den Sorgen einer deutschen Ablehnung befreit, wurde sofort, wie Nowak feststellt, hart entschlossen, die rücksichtslosen Forderungen zu unterstützen.

Als nun die Herren von der National-Versammlung in Weimar zusammenkamen, hielt sich als Spion Poincarés der Professor Hesnard dort auf, um die Stimmung auszuforschen. Und anstatt diesem gegenüber in vollkommener Abgeschlossenheit zu verharren, war es möglich, daß z. B. der Landesverräter und Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, der Jude Haase, sich ausführlich mit diesem französischen Vertreter unterhielt und ihm seine Unterstützung für die Unterzeichnung zusagte. Der Franzose beruhigte auch Erzberger und versprach ihm Milde. Erzberger seinerseits ließ die Bereitwilligkeit zur Unterschrift durchblicken. Es ist viel, wenn der Demokrat Nowak folgendes gestehen muß:

„Jedenfalls: der französische Beobachter bekam allmählich ein ganz bestimmtes Gefühl. Er kam zu der Gewißheit, daß die Unterschrift für den Friedensvertrag — selbst so, wie er war — keinesfalls verweigert würde. Als das Kabinett noch am schwersten rang, als die Stimmengleichheit für Annahme oder Ablehnung fast noch ungeschwächt bestand, gab er seine Meldung an Professor Haguenin: ‚Wie ich die Dinge sehe, wird der Frieden angenommen werden'."

Das war ein offizieller Spionagebericht, wie er klarer nicht abgefaßt werden konnte, und auch der Genosse des genannten Professors, der Professor Haguenin bestärkte Poincaré in der Unnachgiebigkeit. Darüber schreibt Nowak:

„Übrigens tat der Professor Haguenin — was mit seiner allgemeinen Bereitschaft zur Versöhnung gar nichts zu tun zu haben brauchte — nur seine Pflicht. Indeß sein Kamerad Hesnard die Weimarer Gespräche fortsetzen konnte, ganz im Sinne der Aufträge seines Vorgesetzten, depeschierte Professor Haguenin an seine Regierung nach Paris: ‚Deutschland wird unterschreiben. Bedingungslos. Nicht nachgeben'. —"

Was soll man zu diesen Ausführungen noch sagen? Wenn im Kriege ein deutscher Soldat oder Offizier von den Verhandlungen im Generalstab und von den Plänen der Obersten Heeresleitung einem Franzosen offizielle Mitteilung gemacht hätte, so hätte man ihn als Landesverräter nach einer vielleicht fünf Minuten dauernden Gerichtssitzung erschossen.

Im November-Deutschland war es umgekehrt. Matthias Erzberger, der die Verhandlungen zwecks Unterwerfung offen befürwortete, wurde nicht aufgehängt, sondern blieb Minister, und heute setzt das Reichsbanner ihm in Gemeinschaft mit Ebert und Rathenau Denkmäler.

Die Schwäche, die Verderben bringt.

Im November 1927 fanden in Braunschweig Landtagswahlen statt, die eine bedeutsame Stufe in der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung bedeuteten und Braunschweig zu einer der ersten Hochburgen des Nationalsozialismus machten. Die Wahlen brachten vor allem den Deutschnationalen einen erheblichen Verlust zugunsten der Nationalsozialisten. In dem nachfolgenden Aufsatz rechnet Alfred Rosenberg mit der schwächlichen Taktik des rechts gerichteten Bürgertums ab.

Gedanken zur Landtagswahl in Braunschweig.

„Völkischer Beobachter", 30. November 1927.

Der Ausfall der Landtagswahlen in Braunschweig gibt Anlaß genug zu einer tiefer gehenden Betrachtung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands. Ist doch der Fall eingetreten, daß die stärkste Partei der sogenannten nationalen Rechten rund die Hälfte aller jener Stimmen verloren hat, über die sie noch vor drei Jahren verfügte. In diesen drei Jahren ist die Deutschnationale Volkspartei

Regierungspartei gewesen, dann wieder ausgeschieden auf Grund der Locarnopolitik Stresemanns, und dann, nach Anerkennung gerade dieser Locarno- und Völkerbundspolitik, wiederum Regierungspartei geworden! Die Deutschnationale Volkspartei hat zwar schon früher, aber endgültig nach ihrem Zusammenbruch anläßlich der Abstimmung über das Dawesdiktat am 29. August 1924, einen offensichtlichen Verfall des Charakters gezeigt, der nach und nach jeden Glauben an ihre Kraft raubte. Das beginnt sich jetzt zu rächen.

Man vergegenwärtige sich die Entwicklung: nach dem Zusammenbruch 1919 raffte sich im sogenannten nationalen Bürgertum alles, was noch irgendwie tatkräftig war, zusammen und schuf sich in der Deutschnationalen Volkspartei ein Werkzeug der nationalen Opposition gegen den Staat von Weimar. Obwohl Tiefersehende schon damals das Fehlen einer wirklichen Idee feststellten, ohne die eine erfolgreiche Opposition nicht zu führen ist, hielt die Treue zur erwählten politischen Gruppe aus, steigerte sich zeitweilig sogar in bemerkenswerter Weise. Die Führung aber hat immer versagt, wo sie geprüft wurde. Wir brachten gerade kürzlich eine Rede Hergts vier Tage vor der Dawesabstimmung, aus der sich ergab, daß die Deutschnationalen die Folgen des Dawesgutachtens ganz genau kannten, daß also hier auch der sogenannte „beste Wille" nicht als Entschuldigungsgrund angeführt werden kann. Und trotzdem ergab sich die Fraktion um augenblicklicher Vorteile eines Teils ihrer Mitglieder willen.

Das war Verrat an der nationalen Zukunft, den der beste Teil der deutschnationalen Wähler nicht tragen konnte. Den Rest erhielt dieser noch durch die Verlängerung des Republikschutzgesetzes, dem die Deutschnationalen für vier Ministersitze zustimmten, um im übrigen die Politik der Rathenau, Scheidemann, Erzberger, Stresemann mit dem Namen der Partei zu decken.

Die Anhängerschaft, die einst sich aktiver zu regen begann, trat ab. Sie wählte kaum noch. Schläge kamen in Königsberg, in Hamburg, in Bremen. Der schlimmste Schlag jetzt in Braunschweig. Die deutschnationale Presse klagt bereits die Wähler an, ihre unverzeihliche Müdigkeit usw. Sie hat unrecht: sie sollte eher die charakterschwache ideenlose Führung anklagen, die restlos versagte. Und auch dieses kann man nicht recht tun: denn diese Führung ist nur das Gleichnis für das Fehlen eines deutschen Zukunftsbildes. Die Deutschnationalen schimpfen z. B. über Stresemann, ergeben sich ihm aber täglich aufs neue, weil sie keinen positiven Weg der Außenpolitik vorzuschlagen haben. Sie zetern über die „Unmöglichkeit des Dawesvertrages", aber versagten, als sie am 29. August 1924 befragt wurden: weil sie nicht wußten, wie sie ohne Anleihepolitik leben sollten.

Fragt man sich nun, warum die Sozialdemokratie merklich erstarkt ist, so ist zwar ihr vieles Geld dabei zu nennen, über welches sie ja gerade heute wieder dank jüdischer Quellen verfügt, dann aber auch ein viel tieferer Grund. Die breite Masse fühlt, daß Severing und Braun nicht „loyal" sind, sondern ihre Machtstellung stets rücksichtslos ausgenutzt haben. Auf der anderen Seite die Deutschnationalen und der Reichspräsident, der auch loyal ist. Und da die Deutschnationalen die Außenpolitik des Marxismus durch die Tat anerkannt haben, so empfindet die Masse die Rechtfertigung der Sozialdemokratie mit diesem Hinweis als berechtigt. Und gar nicht mit Unrecht. Die Deutschnationalen führen keine deutsche Außenpolitik, sondern sie fördern die marxistisch-demokratische. Sie sind also nicht nur am eigenen Zusammenbruche schuld, sondern auch an der Stärkung der deutschfeindlichen Sozialdemokratie.

So geht denn das „nationale Bürgertum" abwärts. Es verliert den Glauben, den Willen, weil es nicht für die Zukunft, sondern von der Vergangenheit lebt, und je mehr

diese verblaßt, im gleichen Maßstabe verschwindet auch der Deutschnationale, selbst wenn das Parteiger st noch lange in scheinbarer Kraft zusammenstehen sollte.

Ein ganz anderes Bild bietet die nationalsozialistische Bewegung! Nach den Gärungen und Klärungen ringt hier ein unbändiges Leben. Es kämpft, und weil es kämpft ist es unbeliebt. Gehaßt von den marxistischen und demokratischen Volksverrätern, gehaßt aber auch von der sog. „nationalen Rechten“, die wie eine alternde Ballerina frisches, sich regendes Leben voller Neid betrachtet. Während diese „nationale Rechte“ einen riesigen Apparat übernahm und ihn nur anzuwenden brauchte, muß sich der Nationalsozialismus diesen erst schaffen. Hart mußte er um jeden Menschen ringen, und die Vorarbeiten zur Braunschweiger Wahl haben gezeigt, wie aufopferungsvoll alle Parteigenossen Woche f r Woche gearbeitet haben, getragen allein vom Bewußtsein, mit jedem Gewonnenen einen Stein ins kommende deutsche Haus eingef gt zu haben. Die Bewegung kann nicht jedem einzelnen danken, die Befriedigung wird er selbst in treuester Pflichterfüllung gefunden haben.

Jeder Nationalsozialist ist imstande, so zu kämpfen, weil ihm ein Bild der Zukunft vorschwebt. Er weiß, daß die Jahre, die kommen, Charakterproben sind; diese können aber nur bestehen, wenn die Prägung der Idee greifbar ist, gereinigt von allen fremden Zutaten.

Und weil wir wissen, daß sich einst um den Nationalsozialismus alles schließen wird, was die deutsche Zukunft wirklich will, was suchend heranwächst in allen deutschen Landen, darum stählt sich in jedem Ringen der Charakter.

Die Wahlen in Braunschweig haben gezeigt, daß die „völkische Einheitsfront“ hergestellt ist. Die Deutschvölkische Freiheitspartei, die sich früher von unserem Gedanken nährte und ihn ausnutzte, ohne ihn wirklich vertreten zu können, ist vollkommen von der Bildfläche verschwunden. Und es ist kein Stimmenrückgang, sondern ein merklicher Zuwachs zu verzeichnen. Wir können mit Stolz feststellen, daß die Zahl auf uns Vertrauender heute, da wir allein sind, bereits größer ist als da wir mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei zusammengingen!

Wir erwarten keine Sprünge, wohl aber ein stetiges starkes Wachsen. Gerade in den kommenden Zeiten, die politische Klugheit und Charakter erfordern werden, nicht letzten Endes dumme „Taktik“.

Die Arbeit der Braunschweiger Nationalsozialisten wird und muß alle Parteigenossen und Freunde anspornen, um mit aller Kraft sich für die Auseinandersetzungen des Jahres 1928 zu rüsten.

Von der „Aufnahmestellung“ zur „Blockbildung“.

„Völkischer Beobachter“, 15. Dezember 1927.

Wir haben bereits mehrfach die Frage Wahlen und Verbände behandelt, die Tatsache nämlich, daß die verschiedenen Verbände an sich sehr stark sind, politisch aber so gut wie gar keine Rolle spielen, da ihre Mitglieder verschiedenen Parteien angehören, ihre politische Betätigung sich also gegenseitig aufhebt. Zwar läßt sich in den letzten Monaten feststellen, daß durch gewisse Verneinungen auch Grenzen gezogen werden. Wenn der „Stahlhelm“ gegen die Franzosenpolitik ist und nun eine Osteinstellung befürwortet, wenn das Dawesgesetz abgelehnt wird usw. Bedauerlich ist nur, daß diese betreffenden Bünde — wie deutlich bemerkbar — die sich aus diesen Ablehnungen not-

gedrungen ergebenden politischen Folgerungen nicht ziehen können; weil dies eine positive Antwort erfordern würde, wie wir sie seit sieben Jahren gegeben haben.

Da die Angehörigen der Bünde aber doch bewußte, ringende Deutsche sind, so glauben wir fest daran, daß sie neben soldatischer Gradlinigkeit auch auf dem ihnen ungewohnten Gebiet der Politik — das genau das gleiche Studium neben der notwendigen Begabung fordert — einst doch die Folgerungen ziehen werden. Kürzlich haben die „Wehrwolf“führer einen Brief zur Bildung eines völkisch-nationalen Blocks veröffentlicht. Diese Idee erschien der Deutschvölkischen Freiheitspartei wie ein rettender Engel neben dem Siechenbett und sie, die bisher sich stets als „Aufnahmestellung“ gefühlt hatte, begann jetzt mit der „Blockbildung“. Wulle antwortet nun in heimlich werbender Weise im „D. T.“*. Er erklärt:

„Ich teile die Ansicht, daß das deutsche Parteiwesen sich buchstäblich überlebt hat. Bei aller Notwendigkeit der Aufstellung weiter Ziele, die das Gesamtleben des Volkes betreffen, wird es den Einsichtigen immer klarer, daß man im praktischen politischen Kampf dem Volke zunächst einige greifbare Ziele zeigen muß, ohne deren Erfüllung das ganze Programm Papierarbeit bleibt. Heute trennen die Programme auch die Menschen, die in den Zielen sich einig sind. Also stellen wir das Trennende zurück und lassen die Punkte in den Vordergrund treten, in denen völlige Einigkeit herrscht. Ich will diese Punkte hier nicht aufzählen, das wird zur gegebenen Stunde geschehen. Alle die Kräfte also, die, wie Sie sehr richtig sagen, mit dem heutigen parlamentarischen System und seinen Folgerungen Schluß machen wollen, schließen sich zu einem Block zusammen. Wir wollen eben keine neue Partei, wir wollen vielmehr, daß jeder Verband, jede politische Gruppe ihre Sonderarbeit und Aufgabe beibehalten, denn die Vielfältigkeit ist kein Fehler, sie muß nur vom gemeinsamen politischen Willen geleitet sein. Aber für alle kommenden Wahlen stellen die in dem Block verbundenen Verbände gemeinsame Wahllisten auf, die gewählten Abgeordneten bilden eine gemeinsame Fraktion, die in allen Fragen, auf Grund deren sich der Block geeinigt hat, gemeinsam vorgehen, in Sonderfragen jedoch ihre eigene

* „Deutsches Tageblatt.“

Meinung bei der Abstimmung vertreten können. Es besteht also für keinen Verband, für keine politische Gruppe irgendeine Bindung, die der Arbeit im Lande hinderlich wäre. Der Block nimmt auch keine Einzelmitglieder auf. Wer sich dem Block anschließen will, tut es auf dem Wege eines der angeschlossenen Verbände. Damit ist ganz klar, daß dieser Block keine neue Partei ist, sondern in der Tat ein Zusammenschluß der bewußt auf vaterländischem Boden stehenden Deutschen.

Ich bin der Meinung, daß zu diesem Block außer den von Ihnen genannten Wehr- und Vaterländischen Verbänden die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, die Deutschsoziale Partei und auch die NSDAP. gehören müssen. Gerade die Blockform bietet die Möglichkeit einer Zusammenarbeit, ohne daß durch Verschmelzungsabsichten Unfriede gesät wird. Außerhalb dieser drei politischen Gruppen sehe ich allerdings keine Partei, die auf Grund ihrer politischen Betätigung sich an dem Block beteiligen könnte.

Ich bin mit vielen Deutschen aus den verschiedensten Parteien und Verbänden der Meinung, daß die Bildung dieses Blocks die Forderung des Tages ist. Ich bin auch der Meinung, daß die breiten Massen der Mitglieder der Verbände und politischen Gruppen es einfach nicht verstehen würden, wenn die Führer aus irgendwelchen Gründen sich an der Blockbildung nicht beteiligen würden.“

Wir bringen diese Ausführungen, nicht weil sie an sich wertvoll sind, sondern weil sie geeignet sind, die Führer der Wehrverbände irrezuführen, da sie über das Wesen der Deutschvölkischen Freiheitspartei doch vielleicht nicht alle im Bilde sind. 1924 wurde zwischen der NSDAP. und ihr ein Block gebildet. Er zerschlug sich dann an den durch nichts berechtigten Intrigen der Führerschaft der DVF., die während der Abwesenheit Hitlers dessen Anhänger unter ihre alleinige Diktatur bringen wollte. Die spätere Arbeitsgemeinschaft im Reichstag ging ebenfalls in die Brüche, weil die Herren trotz des Stärkeverhältnisses zu unseren Gunsten den Vorsitz behalten wollten, dann sogar zu persönlichen Beleidigungen übergingen. Dies alles hat sich dadurch gerächt, daß die NSDAP. überall im starken Anwachsen begriffen ist, die Deutschvölkische Freiheitspartei aber eines natürlichen Todes durch Einschrumpfen stirbt und dadurch die notwendige Einheitsfront herstellt.

Man ist deshalb bescheiden geworden und verspricht „keine neue Partei“ mit dem Gedanken, das Kind schon schaukeln zu wollen. Die letzten Beschwörungen des Herrn Wulle lassen uns kalt. Alles, was Saft und Kraft hat, sehnt sich nicht mehr nach politischen Blo bildungen, die in der Form des Wulleschen Vorschlages bereits überlebt sind, sondern nach einheitlicher politischer Führung. Solche Versuche sind nur dazu angetan, dies natürliche Gefühl wieder in parlamentarische Bahnen eines Klüngels zu leiten, der es nicht glaubt ertragen zu können, einen Reichstag ohne Wulle usw. auf der Welt zu wissen. Wir haben von den wiederholten Anrempelungen dieser Herren in den Monaten über keine Notiz genommen. Wenn man reitet, ist keine Zeit für solche Dinge. Hier aber, wo es sich um politische Bauernfängerei größeren Stils handelt, muß ein solcher Versuch sofort gekennzeichnet werden.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei hat weder die sittliche Berechtigung noch die moralische Kraft zur „Blockbildung“. Sie ist ein sterbendes Gebilde. Mit solchen Gebilden kann ein Gesunder keine Waffengemeinschaft eingehen.

Die französischen Sozialdemokraten.

„Völkischer Beobachter“, 31. Dezember 1927.

Der Kongreß der französischen Marxisten ist nicht nur von großem Interesse für die französischen Wähler, sondern in allererster Linie wichtig für Deutschland, weil bereits jetzt alle Versprechen der Weimarer Koalition, daß eine Mehrheit der Linken in Frankreich eine Erleichterung für Deutschland bedeute, als Schwindel gekennzeichnet worden sind. Schon zur Zeit, als Herriot Ministerpräsident war, wurde das sogenannte Genfer Protokoll ausgearbeitet, das in milder Tonart sachlich genau dasselbe

forderte wie Poincaré und das praktisch auf das Durchmarschrecht Frankreichs durch Deutschland hinauslief. Obwohl die deutschen Sozialdemokraten diese Tatsachen die Jahre über zu verschweigen bemüht waren, hat nun der jetzige Kongreß erneut bewiesen, daß auch die französischen Marxisten, also die am meisten links stehende Gruppe, die für eine kommende Regierung in Betracht kommen kann, in ihrem Kern gar nicht daran denken, die Politik der Foch und Poincaré aufzugeben. Einige Versuche und Reden zugunsten einer Rheinlandräumung waren offenbar zum Fenster hinausgesprochen, um der Sozialdemokratie in Deutschland Agitationsstoff zu geben, doch wurden diese Äußerungen sofort niedergeschrien, und zwar von dem jüdischen Abgeordneten Emile Kahn, der erklärte, der Friede von Versailles habe viele unterdrückte Völker befreit. Diese Redewendung wurde vom Kongreß mit größtem Beifall begleitet, noch mehr Eindruck aber machte der Vertreter Frankreichs im Völkerbund, Paul Boncour, der erklärte:

„Kameraden, ich fürchte, daß unser Programm die Ansichten dieses Kongresses, bei dem sich zahlreiche Meinungsverschiedenheiten bemerkbar gemacht haben, nicht vollkommen widerspiegelt. Ich bin mit dem Programmentwurf, der Ihnen auseinandergesetzt worden ist, nicht einverstanden, und ich sehe schwere Nachteile für den Frieden, wenn zwei wichtige Punkte dieses Programms angenommen werden sollten. Erstens die sofortige Räumung des Rheinlandes, weil in Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie im Laufe einer Sitzung, die in Luxemburg stattgefunden hat, festgelegt worden ist, daß Frankreich eine Sicherheitsgarantie erhalten soll, die mit der Errichtung einer internationalen Kontrolle der geräumten Zone verbunden sein muß. Diese Bedingung ist aber nicht erfüllt worden. Ebenso beschwört die Frage der Revision der Friedensverträge neue Gefahren herauf. Diese Formel könnte für gewisse Punkte Europas Bomben bedeuten, die den Sozialisten in der Hand platzen könnten."

Boncour hat nicht unrecht, wenn er sich auf die sozialdemokratischen Landesverräter in Deutschland beruft, denn auf den internationalen Kongressen ist seitens amerikanischer und englischer Sozialisten mehrfach darauf hinge-

wiesen worden, daß der Versailler Vertrag unhaltbar sei und revidiert werden müsse. Darauf sind die Vertreter, die sich die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft zu nennen wagen, aufgetreten und haben im Sinne Walter Rathenaus erklärt, daß Deutschland durchaus erfüllen werde, was es schuldig sei.

Noch 1919, als die Bedingungen des Versailler Diktates bekannt wurden, stand Philipp Scheidemann auf und erklärte mit seinen Genossen, das Versailler Dokumentwürde bei seiner Ausführung Millionen deutscher Arbeiter auf die Straße schicken und verelenden lassen, dieses Dokument dürfte nie und nimmer unterschrieben werden.

Genosse Ebert erklärte als Reichskanzler, wir wären ehrlos, falls wir Versailles unterschreiben würden, und er könne versichern, daß die Reichsregierung den Friedensvertrag nicht annehmen werde. Versailles wurde selbstverständlich von den gleichen Sozialdemokraten unterschrieben, in voller Einmütigkeit mit Demokratie und Zentrum, und seit dieser Zeit werden alle jene bespien und verleumdet, die eine Revision des untragbaren Vertrages von Versailles anstreben. Also in erster Linie wir Nationalsozialisten, die nie müde geworden sind, das Verbrechen von Versailles zu brandmarken. Dieser Scheidemann-Frieden wirkte sich dann im Dawes-Diktat wirtschaftlich aus, das mit Hilfe der Sozialdemokraten dem schaffenden deutschen Volke täglich acht Millionen Goldmark raubt. Die Dawes-Armee ist ein stehendes Millionenheer geworden, alle Versprechen dieser Jahre auf Erleichterungen seitens des „verständigungsbereiten" Frankreichs sind nichts als leere Lügen geworden, und nun setzt Paul Boncour dem Hohn die Krone auf, indem er erklärt, daß Frankreich, das 1 600 000 Soldaten am ersten Tage der Mobilmachung voll gerüstet gegen Deutschland einzusetzen vermag, noch immer nicht genügend Sicherheit habe und daß dieses durchaus die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie findet.

Diese Worte beweisen, daß der französische General der Fremdenlegion, Mordacq, einer der wütendsten Militaristen Frankreichs, recht hatte, wenn er in seinem Buch „Die deutsche Mentalität" erklärt, die französische Politik müsse sich nur auf die deutschen Sozialdemokraten stützen, auf die sich Frankreich verlassen könne.

Die deutsche Sozialdemokratie hat durch ihre jahrelange pazifistische Propaganda die deutsche Arbeiterschaft an den Militarismus Frankreichs und an den Imperialismus der Weltbanken verraten. Aber beschämend ist es, daß Millionen deutscher Arbeiter ausgerechnet diese Sippschaft immer noch zu ihren Führern im Reichstag wählt und andererseits tagtäglich in Versammlungen über die schweren Zeiten klagt, ohne daß sie es bemerkt, daß diese schweren Zeiten und die Herrschaft der sozialdemokratischen Führerschaft ursächlich und unmittelbar miteinander zusammenhängen. Die deutsche Arbeiterschaft kann heute nicht mehr gegen die Wall-Street streiken, sie kann sich nicht mehr empören, wenn ein fremder Offizier deutsche Arbeiter mit Peitschen schlägt oder niederschießt, weil ihr jede Waffe dazu aus der Hand geschlagen wurde und die sogenannte Klassensolidarität der Proletarier sich als gemeine Lüge erweist.

Solidarisch sind bloß die Ausbeuter in aller Welt und ihre Zuhälter, die ihnen dienen, die deutsche Sozialdemokratie und alle großen und kleinen Schieber, die mit ihr verdienen. Diese Leute werden auf hohen Posten gut bezahlt und sind mit den heutigen Zuständen zufrieden, ihr Zweck der Herrschaft ist erreicht, und ihre ganze Politik besteht jetzt nur noch darin, durch eine Lüge nach der andern ihre Wahlmillionen hinter sich zu zwingen, um den Betrug zu vertuschen. Der Kongreß der französischen Sozialdemokratie hat diesen Betrug erneut bewiesen für jeden, der sehen will und damit über den gesamten deutschen Marxismus den Stab gebrochen.

Parlamentskorruption und Sozialdemokratie.

„Völkischer Beobachter", 6./7. Januar 1928.

Auf das übliche geheime Kommando zetert die gesamte Börsenpresse Tag für Tag über die „Splitterparteien", die so plötzlich überall aufgetaucht seien und den „großen" das Regieren des unwillig und ratlos werdenden Herdenvolkes so schwer machen. Galizische Köpfe aller Kaliber bemühen sich im „Berliner Tageblatt" und im „Vorwärts", neue Möglichkeiten zu ersinnen, um die Millionen zu zwingen, nur die „bewährten" Gruppen zu wählen. Die Sozialdemokratie möchte vergessen machen, daß sie einst auch eine „Splitterpartei" gewesen ist, daß es Jahrzehnte gedauert hat, bis sie genügend Hoffende, genügend Irregeführte fand, die aus ihr eine Millionenpartei schufen. Nun sitzt sie am Futtertrog, weiß ganz genau, daß sie den Sozialismus schmählich an die Hochfinanz verkauft hat, und daß sie sich nur halten kann dank dem Wohlwollen der Dawesbankiers und der französischen Generalität, die die marxistischen Parteipäpste braucht, um den Unwillen des betrogenen deutschen Arbeiters nach einer falschen Richtung abzulenken.

Ein unbedachtes Eingeständnis über den korrupten Parlamentarismus hat soeben der zionistische Jude Eduard Bernstein im „Vorwärts" gemacht (3. 1. 1928). Er schreibt unterm Titel „Gegen die Splitterparteien!":

„Eine so widerliche Erscheinung der italienische Faschismus ist, so dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß er durchaus nicht nur ein Zufallsprodukt, nur die Schöpfung eines agitatorisch besonders ge-

schickten Demagogen ist. Herr Mussolini hat für seinen Staatsstreich Vorbilder in der Geschichte gehabt, die bekanntesten davon der Staatsstreich Napoleon I. vom 8. November 1799 (18. Brumaire des Jahres VIII der großen französischen Revolution) und der Staatsstreich von dessen Neffen Louis Bonaparte vom 2. Dezember 1851. Beide Akte waren möglich geworden, weil die Parlamente, die sie auseinandertrieben, im Lande durch und durch unpopulär geworden waren, und ebenso stand es in Italien am Vorabend von Mussolinis Gewaltstreich. Das italienische Parlament war durch die Bildung vieler kleiner, von ehrgeizigen und korrupten Persönlichkeiten geführten Cliquen, die die parlamentarischen Parteien überwucherten und alle Augenblicke andere Koalitionen eingingen, der Möglichkeit beraubt, eine bestimmte Politik konsequent durchzuführen, und dadurch jedes Vertrauens verlustig gegangen."

Nun, in Deutschland hat die korrupte „große" Barmatpartei das gleiche besorgt; wir hatten nicht erwartet, daß ein so vorsichtiger alter Fuchs wie Bernstein sein eigenes Glashaus so unvorsichtig zerstören würde. Er fährt dann fort:

„Die Lebensbedingung eines gesunden Parlamentarismus ist jedoch seine Fundierung durch politische Parteien, die bestimmte Grundsätze des Verfassungswesens, des Rechts, der Volkswirtschaft, der sozialen Einrichtungen und der Völkerpolitik verfechten und zum mindesten in ihrer Mehrheit auf seinem Boden stehen. Wo diese Fundierung fehlt oder ernsthaft geschwächt ist, ist auch der Parlamentarismus krank und dem Verfall ausgesetzt. Die Schwächung wird aber stets herbeigeführt, wo weitgehende Zersetzung der politischen Parteien oder starkes Umsichgreifen und Einnisten von Splitterparteien sich einstellen."

Ein „gesunder" Parlamentarismus ist natürlich ein Widerspruch in sich, die „bestimmten Grundsätze" der Sozialdemokratie waren von jeher das Bespeien alles Deutschen und das Kriechen vor dem Geldsack der Börse. Nun im Nationalsozialismus die echte deutsche Bewegung des Arbeitertums hochzukommen sich anschickt, da wittert der kapitalistische Marxismus im Unterbewußtsein bereits die Stunde der Abrechnung, und er greift zum Mittel einer neuen Volkshypnose: zum Versuch, diese neue Volkserhebung als einen „Splitter" hinzustellen, an den es sich gar nicht lohne, Kräfte zu verschwenden. Bernstein macht den schlauen Vor-

schlag: für den Fall, daß noch einige Splitterabgeordnete in den Reichstag einziehen sollten, ihnen durch sehr kurze Redezeiten das Reden praktisch unmöglich zu machen. Das heißt auf deutsch ausgedrückt: die Aufklärung über den Dawesbetrug des Marxismus zu verhindern.

Wir haben also in wenigen Tagen bereits einen großen Strauß von Vorschlägen zur Sicherung der Verewigung der Dawesparteien: Verfassungsänderung, Nichtanerkennung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, Mundtotmachung der deutschen Abwehr. Wir sind uns darüber im klaren, daß dieses ganze aufgeregte Getue nicht den wirklichen Splitterparteien gilt, die verärgerte Sparer usw. umfassen, ohne den Kampf im großen führen zu können, sondern daß es aus der Angst vor dem Nationalsozialismus geschieht, dessen zukunftsträchtigen Wahrheitsgehalt die nationalen Dawespatrioten ebenso empfinden wie die finanzkapitalistischen Marxisten, wie Philipp Scheidemann, den das börsianische „Berliner Tageblatt" herablassend mit „Freund und Genosse" anredet.

Wir wissen natürlich, daß sich in der Hand unserer Gegner ungeheure Mittel vereinigen; schon diese tagtäglich besprochenen Versuche zeigen, daß neue Schikanen allerorts versucht werden, um entgegen ihrer eigenen Verfassung die Meinung des erwachenden Teils des Volkes zu knebeln. Der Marxismus arbeitet mit dem „Sozialistengesetz" in Preußen, wo er unsere Ortsgruppen auflöst, Nationalsozialisten einsperrt ohne hinreichenden Grund; er wird im Interesse der Dawespolitik auch in Zukunft alles tun, um uns zur Strecke zu bringen.

Deshalb werden alle nationalsozialistischen Redner gerade dieser neuen Tätigkeit gegen die „Splitterparteien" ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Keine Versammlung darf vergehen ohne Hinweis auf dieses neue Manöver zur Vertuschung des Dawesverbrechens, dem wir allein 1927 etwa 14000 neue Selbstmorde zu verdanken hatten.

Die Jagd nach der Parole.

„Völkischer Beobachter", 15./16. Januar 1928.

Für uns Nationalsozialisten ist es spaßhaft, zu beobachten, wie alle Parteien krampfhaft bemüht sind, nach zugkräftigen Wahllosungen für die kommenden politischen Kämpfe zu suchen. Dies ist heute ziemlich schwer geworden, da sie alle unsühnbare Verbrechen am Volke begangen haben. Deshalb ist man bemüht, durch Wahllosungen den hier und da erwachenden Volksinstinkt von der richtigen Fährte abzulenken. Das ist das gemeinsame Zeichen aller Dawesparteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen.

Die Demokraten rufen nach dem Einheitsstaat und setzen hierbei auf die Tatsache, daß die Mehrzahl der Deutschen des partikularistischen Gehaders überdrüssig geworden ist, ein großer Teil aber die Opposition gegen den Zentralismus als einfach undurchführbar aufgegeben hat und nun durch Hineingehen in diese Strömung zu retten hofft, was noch zu retten ist. Dabei wird der Bürger seitens der Demokratie an seinen Geldbeutel erinnert: angeblich soll der Einheitsstaat der Demokraten billiger werden als der föderative Bau. Dieses Argument ist etwas, was sich hören läßt, weshalb die Föderalisten sich sofort emsig bemüht haben, es zu entkräften (was durchaus berechtigt ist). So balgen sich denn bereits Einheitsstaatler und Föderalisten um einige Millionen: beide aber werden von den 2½ Milliarden Dawestributen abgelenkt, die sie beide zahlen müssen, um die hochfinanziellen Freunde der Demokratie in Neuyork bei guter Herrenlaune zu erhalten.

Zentrum und Bayerische Volkspartei haben eine andere Frontstellung eingenommen. Dr. Marx erklärt mit dem freundlichsten Gesicht den mit offenem Munde vor dem „Vata Marx" dastehenden Bayern, er wolle durchaus nicht

als Republikaner angesehen werden. Sein Fraktionsführer von Guerard aber sagt mit salbungsvollem Blick zu den Anhängern Wirths: „Das Zentrum ist eine republikanische Partei!“ Die gutdisziplinierten Blätter veröffentlichen in Bayern und in Baden das, was nötig erscheint, um die Kluft zwischen den Zentrumsteilen zuzuschütten. Deren gemeinsame Losung ist die alterprobte: „Die katholische Kirche ist in Gefahr!“ Und deshalb wird die sogenannte „Weltanschauung“ des Zentrums in den Vordergrund geschoben: Konfessionsschule!

Damit haben die Deutschen einen zweiten Zankapfel zugeworfen erhalten, um den zu streiten sie gar nicht umhin können. Und wieder werden sie abgelenkt von den 2½ Milliarden Dawesfron, wozu sich Zentrum und Bayerische Volkspartei einmütig verpflichtet haben. Werden abgelenkt von den Beschimpfungen nationaler Ehre durch das Ausland. Abgelenkt aber auch von der geheimen Vorarbeit zur „Neuordnung“ des Reiches, d. h. zur Loslösung der katholischen Teile von Gesamtpreußen. Der „Friedensvertrag“ von Versailles hat außer die Reichslande nur Preußen betroffen. Jetzt wollen Zentrum und Bayerische Volkspartei auf andere Weise die Gedanken von Versailles zu Ende führen, als es 1918 und 1919 möglich war.

Die Deutsche Volkspartei hat das „Dritte Reich“ für sich entdeckt. Ihr neuer Klub soll offenbar die geistige Maschine zur kommenden Reichspräsidentenwahl abgeben. Deshalb ist er „überparteilich“ mit großen jüdischen Geldleuten versehen. Im übrigen soll er dazu dienen, den erwachenden „nationalen“ Spießbürger durch unverpflichtende Redensarten neu aufzupumpen, damit er auch zur Reichstagswahl wieder zur Urne trottet und die Freunde Locarnos wählt.

Am wenigsten Instinkt und Einsicht haben — wie kürzlich sogar Staatspräsident Bazille zugab — die Deutschnationalen. Sie haben jetzt die von der Bayerischen Volkspartei abgelegte Maske des „Föderalismus“ aufgelesen

und sich vorgelegt. In dieser tanzen sie jetzt zur Faschingszeit stolz herum: sie sind jetzt die ersten Vorkämpfer für den „Föderalismus“ geworden, wobei sie vergessen, daß gerade ihre Hauptwählermasse, der städtische Mittelstand, gerade diese Wahllosung nicht als ausschlaggebend betrachtet. Sie können einem manchmal wirklich leid tun und wir hoffen, daß ihnen doch noch etwas besseres einfällt, obwohl auch dieses nicht die Feststellung wird verhindern können, daß, wenn das deutsche Deutschland heute die furchtbare Tatsache des Dawessystems einzusehen beginnt, es sich auch sagen muß, daß die Annahme dieses Verbrechens nur dank der Deutschnationalen möglich geworden ist, ohne die die erforderliche Mehrheit im Reichstag nicht aufzubringen gewesen wäre.

Die Sozialdemokratie hat die Barmatkorruption überstanden, sie ist derart zersetzt, daß sie gegen Seuchen bereits immun geworden zu sein scheint. Sie hat sich durch Charakterverseuchung eine derartige Sklavenmasse herangezogen, daß sie dieser nahezu alles bieten kann. Sie kann nach Auflösung der Reichswehr, nach Kriegsdienstverweigerung rufen und sie kann zur gleichen Zeit das waffenstarrende Frankreich anbeten, obgleich die „Genossen“ Thomas und Boncour erklärt haben, die gleiche Außenpolitik treiben zu wollen, wie Poincaré. Erst kürzlich hat der erste sich gegen eine Räumung der Rheinlande ausgesprochen, wo deutsche Arbeiter wie Hunde niedergeknallt oder durchgepeitscht werden. Über Gewinne der „Schlotbarone“ zetert die Sozialdemokratie und verschweigt, daß wir täglich 8 Millionen Goldmark an die Hyänen der Börse und an Marschall Foch zahlen müssen, damit durch dessen Kanonen die deutschen Arbeitssklaven in Schach gehalten werden.

Die verzweifelnden Marxisten nimmt dann die KPD. auf, um sie als letztes Machtmittel einzusetzen, falls die erwachende Welle des Deutschtums der Stirn und der Faust alle anderen Gebilde doch noch überspülen sollte.

Der Aufstieg soll verhindert werden; wenn nicht anders, dann durch das gewaltsam herbeigeführte Chaos. Dieses letzte Mittel in der Hand der alljüdischen Finanz sind die irregeführten Kommunistenmassen.

So ergibt sich vom Standpunkt des deutschen Volksinteresses eine einzige Einheitsfront aller alten Parteien. Und da sie alle von der Weltfinanz bestimmt werden, so lautet der sich von selbst ergebende Schlachtruf des Nationalsozialismus: Nieder mit dem Dawesverrat und den Dawesparteien! Kampf für den deutschen Volksstaat des Arbeitertums der Stirn und der Faust! Freiheit und Brot!

Deutschlands Zukunft: die nationalsozialistische Bewegung.

„Völkischer Beobachter", 26./27. Februar 1928.

Der nachfolgende Aufsatz bringt in seiner Forderung eines Schutzes der Rasse und der nationalen Ehre als der Leitsätze einer echten deutschen Volksführung eine der wichtigsten Formulierungen, die während der Kampfzeit geprägt worden sind. Gleichzeitig bedeutete er eine besonders entscheidende Ablehnung des „auchnationalen" Bürgertums.

Wir alle sind mehr oder weniger begeisterte Leser der „Münchener Neuesten Nachrichten". Wir wissen, daß dieses Weltblatt seine Vertreter in allen Staaten untergebracht hat, deshalb waren wir vor einigen Tagen sehr erstaunt, in ihm zu lesen, daß man erst jetzt darauf aufmerksam gemacht würde, daß zwischen dem Marxismus und dem Weltkapitalismus irgendwelche Zusammenhänge bestünden. Die Welt sei erst nach dieser Aussage darauf hingewiesen worden, als vor drei Wochen eine neue Nummer der „Süddeutschen Monatshefte" erschienen war!

Man kann solche Auslassungen vielleicht mit einigem Humor aufnehmen. Trotzdem müssen wir erklären, daß es eine Unverfrorenheit sondergleichen ist, daß in einer Stadt, wo unter den Augen der Schriftleitungen der größten Zeitungen seit acht Jahren um dieses Problem gekämpft und gerungen wurde, in diesem Weltblatt erklärt wird, erst heute davon etwas zu erfahren. Das ist nur ein Beispiel unter Tausenden dafür, wie die sogenannte nationale Oberschicht des Volkes und die sogenannte „große Presse" sich zu lebenswichtigen Fragen verhält, und wie sie jede neue aufkommende Kraft mundtot zu machen strebt, sobald diese ein Problem berührt, das bisher als unberührbar galt. Hier in München haben sich Hunderte und aber Hunderte von Versammlungen abgespielt, Tag für Tag kämpft unsere Zeitung für Aufklärung über Fragen, die hier, in den „Münchener Neueste Nachrichten" angeblich zum ersten Male aufgerollt werden.

Angesichts dieser Tatsachen müssen wir erklären, daß auch wir, die wir als eine Volksbewegung für diese Aufklärung kämpfen, nicht die ersten sind, die diese Zusammenhänge zwischen Marxismus und Kapitalismus beleuchten. Wir wissen Dank jenen Deutschen der Vergangenheit, die schon seherischen Auges auf diese Dinge hingewiesen haben, daß der große Moltke offen im Reichstag angesichts der Generalprobe der bolschewistischen Revolution, der Kommune in Paris 1871 erklärte, die Pariser Kommunards hätten die kleinen Geschäfte gestürmt, aber die Paläste der Rothschilds seien durch Sonderposten bewacht worden, daß Eugen Dühring und Lagarde einsame Propheten waren, die zur Masse des Volkes nicht durchdrangen. Erst unsere Zeit ist berufen, ihre Namen wieder zu Ehren zu bringen. Aber auch die Führer der Sozialdemokratie waren sich nicht nur heute im klaren darüber, sondern wußten seit Jahrzehnten, in welch engem Zusammenhang ihre Bewegung zu jenen Mächten steht, die heute die ganze Welt beherrschen. Im

Jahre 1903 hat der Großkapitalist und Sozialdemokrat Singer öffentlich zynisch im Reichstag erklärt, die Sozialdemokratie werde die Börse schützen, um dadurch die soziale Revolution zu beschleunigen. Marx hat erklärt, er stehe auf seiten des Freihandels, um dadurch die soziale Revolution zum Ausbruch zu bringen.

Die Führer waren sich im klaren, daß die Börse und ihr Kapital ein zersetzendes Element im nationalen und Wirtschaftsleben darstellt. Die Probe, ob diese Einrichtungen nur als Mittel gegen das alte System aufgefaßt wurden, zeigte der 9. November 1918. Die sozialdemokratischen Führer warfen das Steuer nicht herum gegen die von ihnen als zersetzend erkannte Börse, sondern es wurde die Brüderschaft mit ihr vor allem Volke öffentlich ausgerufen. Das „Berliner Tageblatt" kann es heute wagen, angesichts von Millionen Arbeitern Herrn Scheidemann als Freund und Genossen im gemeinsamen Kampf zu betiteln. Im Herbst 1924 durfte der „Vorwärts", als das schlimmste Diktat über Deutschland seitens der Börsenfinanz verhängt wurde, die aufgehende Sonne mit dem Dollarzeichen bringen und stolz erklären, diese Entwicklung liege in der Entwicklung der sozialdemokratischen Politik. Seit diesem Tage fronen die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Volk und zahlen Tag für Tag acht Millionen Goldmark zur Befriedigung dieser Brüder und Freunde der Sozialdemokratie.

Wenn früher einige Große auf die Gefahr der Unterhöhlung des Deutschbewußtseins hingewiesen hatten, so waren sie damit nicht an das Volk herangekommen. Nach dem 9. November 1918 erhebt sich mitten im tiefsten Falle des deutschen Volkes die bange Frage, wie dieser Zusammenbruch möglich war, welche Kräfte an ihm teil hatten, und wie ein Fluidum ging es damals auch in kleinen und mittleren Städten auf, aber nirgends klarer und bewußter als in München, daß dieser Zusammenbruch nicht ein Zufall, nicht ein militärisches Versagen sein konnte, sondern

die Folge einer jahrzehntelang betriebenen, durch Instinkt geleiteten politischen, bewußt geführten Bewegung gewesen ist.

Wenn wir heute auf die acht Jahre des Kampfes zurückblicken, dürfen wir sagen, daß es später einmal als politisches Wunder bezeichnet werden wird, daß mitten im tiefsten Fall eines Volkes sein bewußtester Teil sich aufrafft, um auf Grund eines neuen Staatsgedankens unverdrossen daran zu gehen, einen neuen Staat aufzubauen. Alle haben damals empfunden, daß wir heute in einem jener Zeitalter leben, da das Alte zerbrochen, die alte Gesellschaft zertrümmert wird, alte Überlieferungen neuen Lebensgebilden Platz machen müssen, und haben zurückschauend empfunden, daß solche Epochen der Umwertungen in unserer Zeitgeschichte mehrfach dagewesen sind, daß sie gleichsam wie tiefe Klüfte zwischen verschiedenen Lebensformen liegen, daß aber doch ein wesentlicher Unterschied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart besteht.

Heute stehen wir vor der Tatsache, daß alle Mächte des Untermenschen losgelassen sind, um im Deutschtum die letzte Substanz in moralischer und rassischer Hinsicht zu vernichten. Der 9. November 1918 bedeutete das Hochkommen der Hefe, des Abschaums, der in jedem Volke vorhanden ist, der durch Meineid und Hochverrat die Herrschaft ergriff, und heute herrscht dieser minderwertige Untermensch über die wertvollen Kräfte des deutschen Volkes.

In welcher Weise heute bewußt alle rassischen und sittlichen Werte der deutschen Nation untergraben werden, können wir tagtäglich in der Berliner Presse, in den Berliner Wochenblättern und Monatsschriften verfolgen, deren Angriff nicht mehr wie früher sich gegen gewisse Außenseiten richtet, sondern in deren Mittelpunkt die tiefsten und größten Werte stehen, die überhaupt das deutsche Volk getragen haben. Sie können erleben, daß in den jüdisch geleiteten „Weltblättern" das deutsche Offizierkorps als

eine Kloake der Nation bezeichnet wird, daß ganz offen erklärt wird: Schlagt das deutsche Offizierskorps tot, dann erst ist Platz für eine deutsche Kultur geschaffen. In der jüdischen „Weltbühne" nennt Ignaz Wrobel die deutschen Soldaten „patriotische Hammelbeine, brutale Mordoffiziere und Nachfahren eines Ludendorff ... Viechskerle von Soldaten, Bulldoggen und Sergeanten des kaiserlichen Heeres". Dieser Mann wird von keinem deutschen Gericht zur Rechenschaft gezogen, er war der Pariser Korrespondent der „Vossischen Zeitung".

Notorische Landesverräter sitzen in Feme-Untersuchungsausschüssen und urteilen darüber, wenn deutsche Soldaten in ihrer Bedrängnis Spione früher erschossen hatten, als das Gericht eingreifen konnte. Wir erleben die merkwürdige Tatsache, daß bei allen diesen „Fememorden" nicht untersucht wird, ob der Erschossene ein Spion war oder nicht. Wir empfinden es als bewußte Niedertretung des nationalen Ehrgefühls, wenn Männer, die aus vierundsechzig Wunden geblutet haben, später als „Fememörder" in Zellen eingesperrt werden, wo vorher ein Lustmörder gesessen hat.

Das sind die Anzeichen dessen, daß planmäßig und zielbewußt Tag für Tag etwas von dem Kern der Nation abgebröckelt wird, um sie so zu zertreten, daß ein Widerstand künftig nicht mehr möglich wird. Ein ehemaliger Senatspräsident, Baumbach, sagt, daß heute die Justiz zur Dirne der Politik geworden ist. Dieses Wort paßt in den rauhen Ton der Nationalsozialisten hinein. Und wenn wir uns fragen: wie ist es möglich, daß heute alle deutschen Werte so mit Füßen getreten werden, so müssen wir antworten: Weil wir vergessen haben, daß ohne den Gedanken der Ehre kein Volk bestehen kann.

Heute. stehen wir vor der Tatsache, daß die höchsten Werte des Germanentums im Staatsleben und in der Rechtspflege nicht mehr vorhanden sind. Der germanische Aufbau kam von der Selbsthilfe zur Sippenehre und zur

Stammesehre, an deren Stelle der Staat trat, der nur insoweit Berechtigung hat, als er die Ehre eines Ganzen zu wahren imstande ist. Wir können erleben, daß eine Beschimpfung des Deutschtums durch keinen Staatsanwalt belangt werden kann. Wir können weiter erleben, daß die „Weltbühne" von einer „Hure Germania" sprechen kann, ohne daß jemand den Finger rührt, um diese Burschen am Kragen zu fassen. Das ist der tiefste Fall, den ein Volk erleben kann.

Trotzdem ist am 9. November 1918 in Tausenden von Deutschen etwas Neues lebendig geworden, und es entstand der höchste Wert, der uns heute alle zusammenfügen soll. Hier wurde zum ersten Male das geboren, was uns heute als das Höchste und Heiligste erscheint: ein rassisches und artgebundenes Volkstum.

Diese Weltanschauung brachte uns dazu, nicht nur die heutige Gegenwart unter dieser neuen Beleuchtung zu betrachten, sondern auch die Geschichte in einem anderen Lichte zu sehen. So sehen wir, daß das vielgenannte Licht aus dem Osten verblaßt ist, daß alle kulturschöpferischen Taten von Westen nach Osten gegangen sind, und feststeht, daß, ehe die germanischen Völker sämtliche Staaten Europas gründeten, schon lange vorher nordische Wellen über die Alpen nach Rom, Griechenland, Persien, Indien gingen und dort eigenartige Kulturen und eigenartig rassisch gebundene Kunst entstanden und daß erst das germanische Abendland erneut ähnliche Werte, wenn auch in neuen Formen, erschuf.

Daraus ergeben sich für die nationalsozialistische Bewegung zwei Grundforderungen: der unbedingte tatkräftige Schutz der Rasse und der unbedingte Schutz der nationalen Ehre. Das eine ist die leibliche Substanz, das andere innerster Wert. Welch wirtschaftliche Programme und politischen Möglichkeiten sich später ergeben, kann kein Mensch wissen. Letzten Endes sind es nicht Programme, die wir

züchten wollen. Am Anfang und Ende der nationalsozialistischen Bewegung steht der germanische Mensch, gesund von außen und wertvoll von innen. Aus dieser Grunderkenntnis ergeben sich erneut zwei andere Forderungen: aktiver Nationalismus, das bedeutet die Wahrung des gesamten Raumes einer feindlichen Umwelt gegenüber, die Sicherung von siebzig Millionen Deutschen inmitten der verschiedenen Rassen und Völker Europas und in anderer Richtung ein ebenso aktiver Sozialismus, d. h. Sicherung des einzelnen vor jeder Ausbeutung privater Mächte.

Der Nationalismus ist überwiegend außenpolitisch tätig und der Sozialismus innerpolitische Ergänzung. Eine Parallelerscheinung hierzu sind Heer und Polizei. Wir wollen beide Ströme, die die Mitte umspülen, zusammenbringen, die streng nationalistische und die streng sozialistische vom Marxismus gereinigte Bewegung. Deshalb trennt sich der Nationalsozialismus von der Religion des zweiten Reiches, vom Nationalliberalismus, der gekennzeichnet ist auf der einen Seite durch hemmungslose Ausbeutung, auf der anderen Seite durch Wohltätigkeit. Auf der einen Seite saugt der Schöpflöffel der Börse die kleinen Ersparnisse auf, auf der anderen Seite entstehen Spitäler und Krankenhäuser. Dies tritt am klarsten in Amerika zutage, wo Ausbeutung schon geförderter Zustand geworden ist. Der Börsenjobber, der 60 Jahre lang ein Volk bestohlen hat, errichtet im 65. Jahr ein Spital für seine Opfer.

Diesem heute vom Marxismus geführten Zeitalter haben wir den Kampf bis zum letzten angesagt. Der Nationalsozialismus grenzt sich weltanschaulich deutlich ab und züchtet die Persönlichkeit im Bewußtsein, daß sie bodenverbunden und artverbunden ist und ihr letztes Ziel Dienst für den Volksorganismus. Wenn man uns erklärt, der Deutsche solle sich opfern für die große europäische Idee, so erklären wir, daß dieses ganze Abendland zugrunde gehen könnte, wenn das deutsche Volk Schaden leiden müsse.

Wenn solche Gedanken verkündet werden, dann kommen die Dunkelmänner aus allen Lagern und sagen, das sei Vergötzung der Nation. Das wagen die zu erklären, die heute nur einen Götzen haben, ihre Partei und ihren Geldsack, die täglich zusehen, wie alle deutschen Werte in den Kot getreten werden. Es wurde zwar der Film über Luther verboten, aber dasselbe Ministerium erklärte, es habe keine Handhabe, um die Negeroper „Jonny spielt auf" zu verbieten. Dieses schmähliche schwarze Stück wird auf sechzig deutschen Opernbühnen gegeben. Es gipfelt in der Verherrlichung des Negers auf der Weltkugel mit der gestohlenen Geige des Deutschen und neben sich ein vergewaltigtes arisches Mädchen.

Vor einigen Wochen ist ein wunderbares Buch erschienen, die Briefe Houston Stewart Chamberlains, jenes Großen, dem wir ein schönes Weltbild unserer Geschichte verdanken, und der sich am Ende seines Lebens kräftig für Adolf Hitler eingesetzt hat. Wir sehen, daß dieser unermüdliche Kämpfer für Deutschlands Ehre und Größe genau gewußt hat, wie schwach es oben in den diplomatischen Schichten stand, und wie er blutenden Herzens klagte, daß, trotzdem starke Persönlichkeiten auf allen Gebieten schöpferisch tätig seien, doch in den oberen Schichten eine Fäulnis herrsche, die zur Katastrophe werden könne. „Es naht der Tag — schrieb er — wo jene Gesellschaft weggefegt wird. Nach welcher Methode dies geschieht, weiß ich nicht, es muß aber sein und es wird darum sein."

Die nationalsozialistische Bewegung wird immer wieder erkennen, daß der Ausgangspunkt schon alle Möglichkeiten der Zukunft in sich geborgen hat. Das kann nicht anders sein. Wenn man von vornherein eine bestimmte Richtung einschlägt und die Vision eines neuen Staates sieht, wird man unterwegs viele schöne Dinge finden können. Aber die Erfüllung liegt schon im Ausgangspunkt beschlossen, in der Wahrung des artbedingten Volkes, in der Wahrung aller

jener Charakterwerte, die seit Jahrtausenden überall dort fruchtbar waren, wo sie germanisches Leben bestimmten. Wenn alle Großen der deutschen Vergangenheit, Bismarck, Freiherr vom Stein, Lagarde herunterblicken könnten auf diesen ehrlichen charaktervollen Kampf, den unsere Bewegung seit acht Jahren führt, sie würden diese Bewegung segnen. Einst schrieb Friedrich der Große in größter Not nach einer verlorenen Schlacht die denkwürdigen Worte:

„Niemals werde ich den Augenblick erleben, der mich zwingen würde, einen unvorteilhaften Frieden zu schließen. Kein noch so geschicktes Zureden wird mich dahin bringen, meine Schande zu unterzeichnen. Ich werde mich entweder unter den Trümmern meines Vaterlandes begraben lassen, oder, wenn das Schicksal, das mich verfolgt, mir auch diesen Trost mißgönnt, meinem Unglück selbst ein Ende machen, wenn es mir nicht mehr möglich sein wird, es zu ertragen."

Und getreu diesem Vermächtnis des größten deutschen Königs sagen wir Nationalsozialisten: Nie wird der Zeitpunkt kommen, da wir mit der ehrlosen Weltanschauung der Demokratie und des Marxismus einen schmählichen Frieden machen. Lieber die ganze Bewegung einpacken, als uns unterwerfen. Wenn man heute von deutscher Einheitsfront spricht, so bekennen wir, daß sie Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei heißt.

Die „Staatsphilosophie" des Dr. Held.

„Völkischer Beobachter", 1. März 1928.

Bei besonders würdigen Gelegenheiten halten es unsere Staatsmänner für notwendig, „geistig" zu werden und ihre Staats- und Weltanschauung öffentlich niederzulegen. Ein Recht, das ihnen natürlich niemand grundsätzlich bestreitet. Jedoch ergibt sich für jeden bewußten Deutschen hier sofort

eine Bedingung: als Vertreter des Staates, d. h. des organisierten Volksschutzes, hat ein Ministerpräsident nicht das Recht, eine Staatsphilosophie öffentlich zu verkünden, die geeignet ist, diesen Gedanken vor anderen Gewalten in den Hintergrund zu drängen. Dies hat soeben — wie wir kurz meldeten — der bayerische Ministerpräsident Dr. Held getan, indem er im Auditorium Maximum der Münchener Universität über „Staat und Religion" sprach.

Mit dem rein religiösen Glauben an sich hat sich die NSDAP. nicht zu befassen, sie übt hier selbstverständliche Zurückhaltung und Duldung der religiösen Bekenntnisse, wie es von jeher im germanischen Wesen gelegen ist; wohl einer der schönsten Züge, den uns Ignaz Döllinger so eindringlich, z. B. von den Goten, bezeugt hat. Anders liegen die Dinge in dem Augenblick, da die religiöse Überzeugung verlassen und der Anspruch einzelner kirchlicher Gemeinschaften erhoben wird, die Volksgesamtheit von sich abhängig zu machen. Deutschland blickt auf ein Meer von Blut zurück, das aus dieser Hinwendung geflossen ist; oft aus „gutem Willen", meist aus Fanatismus und Ehrgeiz heraus.

Trotzdem begreifen wir es psychologisch, wenn ein Erzbischof oder Generalsuperintendent theoretisch die Forderung auf Erziehung des Volkes und Beeinflussung des Staates erhebt. Dagegen muß es in einem bewußt deutsch geleiteten Staat als eine Unmöglichkeit gelten, wenn ein Ministerpräsident sich diese Anschauung zu eigen macht und sich nur zu deutlich auf die Seite seines Gegenspielers stellt. Diesen — man muß es schon aussprechen — politischen Skandal aber hat sich Herr Dr. Held unter dem Beifall seiner Zuhörer geleistet. Etwas, was sogar in katholischen Staaten wie Ungarn, Italien, sogar Spanien eine Unmöglichkeit darstellt. Zwar baute Dr. Held am Schluß seiner Predigt — die durchaus den Eindruck machte, als sei sie von einem hohen geistlichen Herrn „inspiriert" worden

— eine kleine Rückendeckung durch die Bemerkung, Staat und Kirche ständen sich heute gleichberechtigt gegenüber; seine ganze vorhergehende Rede machte aber diesen Nebensatz wirkungslos. Nach Dr. Held hat der Staat „ein Recht mit auf die Schule“. Dieses gnädige Wort „mit“ kennzeichnet wohl mehr als alles andere die innere Einstellung des Redners: am liebsten möchte er den Deutschen ganz der konfessionell gebundenen Geistlichkeit überantworten. Das geht denn auch aus den folgenden Worten hervor: „Er (der Staat) hat aber nicht das ausschließliche Recht auf die Schule, weil er nicht die Berufung hat, die Menschheit zu erziehen, weil er nur die Berufung hat, der Menschheit Kenntnisse beizubringen.“

Derartige Worte zeigen uns einen geistigen Stand, wie wir es bei einem dunkeln Reporter der „Augsburger Postzeitung“ oder sonst eines zentrümlichen Provinzblattes finden dürften, nicht aber bei einem Minister eines deutschen Landes, dessen Partei stets nach unbeugsamer Staatsautorität schreit, wenn ihre Parteiherrschaft bedroht erscheint. Zugleich liegt in diesem Satz eine unverantwortliche Hergabe eines Volksganzen an konfessionelle Einzelinteressen. Die Worte zeigen mehr als vieles andere die Notwendigkeit des Sieges der völkischen Weltanschauung, um ebenso, wie dem Klassenkampf ein Ende zu bereiten, auch vorzubeugen, daß Deutschland nicht erneut in einen Konfessionskrieg versinkt. Das Schulgesetz war ein warnendes Zeichen dafür, die Rede des Ministerpräsidenten Held ein zweites. Was würde man sagen, wenn nun ein protestantischer Ministerpräsident eines anderen deutschen Landes käme und erklärte, das Volk müsse von der lutherischen Kirche erzogen werden; der Staat habe hier eigentlich gar nicht mitzureden?

Vielmehr erklären wir: Eine der höchsten Aufgaben des Staates ist, Deutsche zu erziehen, Charakterwerte des Deutschtums zu stärken. Die Konfessionalisierung hat diese Sehn-

sucht genau so verhindert wie der Marxismus. Vom Standpunkt der deutschen Volkheit ist also — ganz ungeachtet der persönlichen Triebfeder — ein Dr. Held ebenso gefährlich wie ein Ministerpräsident Braun, die Bayerische Volkspartei das gleiche Hemmnis wie die Sozialdemokratie. Einer der beiden Gruppen dienen, heißt einen deutschen Staat verhindern.

卐

Neben dieser mittelalterlichen Auffassung von Volk, Staat und Schule hat sich Dr. Held noch eine andere Redeblüte geleistet: er erklärte, die Kirche gebiete, für die Obrigkeit zu beten, gleichgültig, wie diese im einzelnen aussehe. Wir erklären, daß wir diesen Grundsatz als höchst unsittlich empfinden, und wissen, daß „die Kirche“, d. h. also hier die katholische Kirche, sich in der Wirklichkeit nie daran gehalten hat und auch nicht halten konnte, wollte sie von Dauer sein. Noch kürzlich hat der Papst einen Bannstrahl gegen Mexiko gerichtet, obzwar einwandfrei feststeht, daß Calles genau auf die gleiche legale, demokratische Weise dort Präsident geworden ist wie Herr Dr. Held in Bayern Erstminister. Wir zweifeln auch daran, daß die Führer der Bayerischen Volkspartei, die 1919 vor den Räterepublikanern davonliefen, für Levien und Leviné gebetet haben. Sonst hätte der so überaus fromme „Bayerische Kurier“ nicht den Grafen Arco, den Eisnermörder, so warm in Schutz genommen.

Im Grunde genommen anerkennen alle diese Herren nur den von ihrer Kirche beherrschten Staat. Das Zentrum hat durch Sprengung der Reichsregierung soeben erneut bewiesen, daß ihm alles gleich ist, wenn dieses Ziel nicht gefördert werden kann. Man hat sogar das Gefühl, daß das Zentrum diesen Bruch gerade jetzt mit voller Absicht herbeigeführt hat, um eine Wahllosung von bewährter Zugkraft zu besitzen. Ab September geht nämlich das

Dawes-Normaljahr an mit den 2½ Milliarden Jahrestributen, die das deutsche Volk dank Zentrum und Sozialdemokratie der Börsenfinanz zahlen muß. Der Hinweis auf diese „Verdienste“ ist den frommen Herrschaften höchst peinlich. Deshalb der Bruch, da alles nicht erreicht werden konnte.

Dr. Helds, des Ministerpräsidenten, Rede fügt sich in diese alte Politik der Unterjochung des Gesamtvolkes unter die Herrschaft einer Kirche folgerichtig ein. Sie bedeutet ein Fanal eines ungeheuren Kirchenstreits. Des Dr. Doehring Gründung einer Reformationspartei, der protestantische Christliche Volksdienst in Nürnberg, ist die ebenso bedenkliche Antwort.

Deshalb gibt es auf staatlichem Gebiete nur eine Richtschnur: das ganze deutsche Volk, den deutschen Nationalstaat.

Was ist Pazifismus?

„Völkischer Beobachter“, 4. April 1928.

„Was ist Pazifismus?“ So fragt Genosse Dr. Rudolf Breitscheid soeben im vor Klassenkampfwut tobenden „Vorwärts“. Und er beteuert, Pazifismus sei, wenn man mit Hilfe internationaler Abmachungen die Not und Grausamkeit des Krieges erspare.

Glaubt er solche Ammenmärchen selbst, der Dr. Breitscheid? Weiß er wirklich nicht, daß der Pazifismus zunächst zweierlei ist: Einerseits ein natürlicher Rückschlag nach furchtbaren leiblichen und seelischen Anstrengungen und dann skrupellose Ausnützung dieser Schwächestimmung durch bezahlte und unbezahlte Konjunkturritter, um diese Schwäche in den Dienst fremder Herrschgelüste zu stellen?

Es gibt Dinge, die ein Hypnotisierter nicht sieht, ein Unbefangener aber sofort erblickt. Ein indischer Fakir wirft

vor Tausenden ein Seil in die Luft. Dies bleibt steil stehen und der Zauberer klettert dann daran empor, unter dem ehrfürchtigen Gemurmel seiner Schäflein. Nur die Lichtbildkamera zeigt nichts von diesen Kletterkunststücken. Unsere pazifistischen Gelahrten gleichen solchen Fakiren und kraxeln an ihrem pazifistischen Seil zu den „Höhen der Menschheit" empor.

Und Tausende von Narren legen sich hin vor Staunen ob solcher Leistungen.

Läßt sich aber einer nicht dumm machen, wie z. B. der Nationalsozialismus, so schreien die pazifistischen Derwische: Kriegshetzer! Fememörder!

Man begreift: ist der Glaube an den Pazifismus dahin, so zerspringt auch die so schön gebaute Organisation. Dann verlieren die eleganten Sekretäre der „Bewegung" ihre Posten, dann ist es aus mit den Luxusfahrten zu internationalen Kongressen. Dann werden die Millionen für Völkerbundspaläste nicht mehr fließen, und es heißt dann, wieder wo anders unterzuschlupfen, seine Küken an neuen Stellen versorgen. Rudi Breitscheids Sohn z. B., der so fein beim Munitionsminister a. D., dem Genossen und Pazifisten Albert Thomas in Genf untergebracht ist (mit 13 700 Schweizer Franken Anfangsgehalt), würde vielleicht seine Stelle verlieren, und für Dr. Breitscheid selbst käme eine schlechte Zeit.

So berichtete die marxistische „Freie Presse" in Leipzig über unseren Dr. Rudolf Breitscheid:

„Redakteur des rechtsliberalen „Hamburger Korrespondenten", Redakteur der „Kolonialen Zeitschrift", Auslandsredakteur des rechtsliberalen „Hannoverschen Kuriers", Geschäftsführer des liberalen Handelsvertragsvereins, dann bürgerlicher Demokrat, und endlich im Jahre 1912 Reichstagskandidat gegen die Sozialdemokratie, weil deren Forderungen ihm zu weit gingen. Jetzt — sechs Jahre später — ist er Kandidat der Unabhängigen, weil die Politik der

Sozialdemokratie ihm nicht weit genug geht.“ Ist das nicht reizend? Während des Krieges benahm sich der ehemalige „Rechtsliberale“ so unerhört gegen Deutschland, daß der Schriftleiter des „Korrespondenzblattes“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften ihm einfach erklärte, daß Breitscheid sich nicht scheue, „direkte Unwahrheit zu sagen“.

Ein heute waschechter Demokrat, Hans Dellbrück, warf dem Dr. Breitscheid sogar objektive Fälschung vor: „Es ist das vollständige Gegenstück zu jener Fälschung des Schönschen Berichtes, mit der seinerzeit Eisner die moralische Stellung Deutschlands in der Welt nicht ohne Erfolg zu untergraben versuchte.“ Und zu einer Zeit, da das marxistische „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften anläßlich des Unrechts an Oberschlesien noch soviel Vernunft hatte, zu erklären, die „Politik des Völkerbundes sei eine Politik des vollendeten Wahnsinns“, sagte Dr. Breitscheid, daß „nach seiner Überzeugung das formale Recht für die Entente“ spreche.

Der „Vorwärts“, dieses heutige Leibblatt des Dr. Breitscheid, bezeichnete ihn als einen „Renegaten der Demokratie“..., nachdem dieses Blatt bereits am 8. März 1918 den Herrn noch richtiger eingeschätzt hatte: „Und da verlangt man von den Arbeitern, daß sie einem Manne ihre Stimme geben sollen, dem die eigene Partei nicht über den Weg traut.“ Auch die marxistische „Münchener Post“, heute von Breitscheid entzückt, sagte am 15. Februar 1922: „... Oder endlich die Breitscheid, Ledebour und wie die unabhängigen Streber und Pultvirtuosen sonst noch heißen, die mit nichts anderem beschäftigt sind als mit dem Nachweis ihrer Existenzberechtigung. Und so was tummelt sich als „Volkstribun“ im Reichstage, erschüttert die Lüfte mit ellenlangen Redereien und läßt uns derweilen und dadurch immer weiter in den Abgrund rutschen ...“

Nachdem aber Breitscheid die Stampfer, Schiff, Kuttner und Auer als die geistigen Herren der Weltpolitik an-

beten gelernt hatte, wurde er der „große Außenpolitiker" der Sozialdemokratie! Heute ist der ehemalige „Streber" und „Pultvirtuose" der „geistige" Ernährer des „Vorwärts". Und der deutsche Arbeiter läßt sich das immer noch gefallen!

Soweit der Herr Breitscheid. Aber der „deutsche" Pazifismus hat noch eine andere Aufgabe: er hat — gleich ob seine Prediger es wissen oder nicht — alle Hindernisse wegzuräumen, die den französischen Kanonen noch im Wege stehen, und alles Aufbäumen gegen amerikanisch-jüdische Finanzdiktate unmöglich zu machen. Solche Abwehr der Unterdrückung des deutschen Volkes muß als „Störung des Weltfriedens" hingestellt werden. Deshalb schwärmt die Partei des Rudolf Breitscheid für das Diktat von Versailles, dessen Ewigkeit der „Vorwärts" soeben noch anerkannte. Deshalb das Lob auf den Menschenfreund und „Musikliebhaber" Dawes, der uns mit der „Bibel der Wirtschaft" beschenkte. Ganz friedlich. Bloß, hätte man nicht unterschrieben, so drohten die pazifistischen Bajonette Frankreichs wieder sich horizontal mit der Spitze nach Osten zu senken. Und da — nach dem „Berliner Tageblatt" — das Heldenideal das dümmste aller Ideale ist, so machten unsere Pazifisten verzückte Augen und malten für den „Vorwärts" die aufgehende Sonne mit dem Dollarzeichen.

Pazifismus ist also ein politisches Werkzeug des französischen Militarismus, des jüdischen Finanzimperialismus und die Züchtung der feigen Gesinnung.

Ob bewußt oder unbewußt, stehen alle Pazifisten in Deutschland im Dienst dieser „Mission". Viele aus Narrheit und infolge geistiger Kurzschlüsse, andere für Goldfranken, die dritten, weil sie von Geburt aus verkommen sind. Philippe Berthelot, Benesch und andere zahlen eifrig für diese Sorte von Leuten, die jetzt den Begriff Landesverrat ganz abschaffen wollen, um die vornehme Beschäfti-

gung des Verrats ganz dem „klügsten Ideal“ entsprechend ausüben zu können. Ehrenhaft hat ein deutsches Gericht ja bereits über ein paar Exemplare dieser Art „verhängt“. Nächstens muß die Losung lauten: ein kleiner Nobelpreis für jeden braven Landesverräter!

Das wäre das letzte folgerichtige Ergebnis des Pazifismus.

Rücksicht auf Kindermörder!

„Völkischer Beobachter“, 15./16. April 1928.

Mehrere Mordanschläge haben die demokratischen italienischen Emigranten und Freimaurer mit ihren französischen Logenbrüdern gemeinsam gegen den italienischen Diktator vorbereitet, zum Teil auch durchgeführt. Die neueste Mordtat übersteigt an Gemeinheit alles bisher Dagewesene. Denn nicht der König oder Mussolini wurden von beherzten Gegnern persönlich angegriffen, sondern noch unbekannte Subjekte hatten eine Bombe in einer Straßenlaterne verborgen, an der der König auf der Fahrt zur Mailänder Messe vorüberkommen mußte. Es war klar, daß viel Publikum auf der Straße stehen würde, die Mörder hatten also eiskalt mit dem Tode von Dutzenden unbeteiligter Menschen gerechnet.

Merkwürdig ist, daß vor nur wenigen Tagen ein bekannter italienischer Emigrant, Professor Salvemini, der überall seine Hetzaufsätze gegen den Faschismus unterbringt, auch den „Schwäbischen Merkur“ mit einem solchen beschenkte. Und er behandelte in ihm die politischen Möglichkeiten nach dem Tode Mussolinis. Die Bombe, die Mussolinis Zug sprengen sollte, wurde noch rechtzeitig entdeckt. Herr Salvemini muß also zunächst noch weitertheoretisieren.

卐

Wie verhält sich nun „unsere“ demokratische Presse zur Hinmordung unschuldiger SchülerInnen? Sie „verwahrt“ sich natürlich äußerlich gegen Attentate, aber darunter quillt fast unverhüllt das Bedauern hervor, daß der italienische heutige Staat nicht erschüttert worden ist. Man lese z. B. folgende unverfrorene Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 276, 13. April 1928):

„Die Faschisten werden in üblicher Weise die im Auslande lebende Opposition dafür verantwortlich machen. Im Innern folgt vielleicht eine Reihe von Repressivmaßregeln, obwohl nach den im Gefolge des Bologneser Attentats erlassenen Gesetzen mit Wiedereinführung der Todesstrafe eine Steigerung des polizeilichen Druckes nicht mehr denkbar erscheint. Das neue Attentat beweist vor allem, daß diese Verschärfung nicht nur ihren Zweck verfehlte, sondern geradezu neue Terrorakte erzeugte und ihnen eine Zielrichtung gibt, die den Kreis der Verantwortlichen weiter zieht. Die Tat von Mailand, die jedermann als einen Gewaltakt verurteilt, sollte in Italien als eine ernste Mahnung zur Wiederherstellung der politischen Freiheit empfunden werden.“

Aus der Talmudsprache ins Deutsche übertragen heißt das: der italienische Faschismus darf sich gegen Mörder nicht durch Todesstrafen schützen, sondern muß ihren politischen Hintermännern freie Bahn machen! Wir fragen: Warum wendet die „Frankfurter Zeitung“ ihre Logik nicht auf die sogenannte Deutsche Republik an? Dortwurde ein jüdischer Minister erschossen, nicht unschuldige Schülerinnen durch Bomben zerfetzt. Dieser Minister Rathenau war einst Gründer der Kriegsgesellschaften gewesen, die Deutschland auswucherten. Dieser Minister Rathenau hatte höhnisch geschrieben, wenn Kaiser Wilhelm als Sieger eingezogen wäre, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Dieser Minister Rathenau hatte als sein Programm die Auslieferung des deutschen Volkes an ein internationales Privatsyndikat erklärt. Er wurde erschossen. Die zwei Attentäter zu Tode gehetzt. Die Mitbeteiligten sitzen noch heute in Zuchthäusern, die Republik denkt an keine Amnestie, die demokratisch-marxistische Presse aber heult sie

noch heute voll Wut an. Nach dem Tode Rathenaus schuf sich die Republik ihr „Schutzgesetz“, das jeden ihrer Minister — und sei er Dokumentenfälscher, eine bestochene Kreatur — für heilig und unantastbar erklärte. Warum sagt die „Frankfurter Zeitung“ nicht, daß derartige Knebelungen des deutschen Nationalgedankens „geradezu neue Terrorakte erzeugt“?

Weil hier das jüdisch-marxistisch-demokratische System am Ruder ist.

✠

Noch deutlicher als die Frankfurter Börsenzeitung ist das „Berliner Tageblatt“, das (Nr. 175) den Mord als ein Signal hinstellt und hinzufügt: „Die sich häufende Erfahrung muß den Italienern die Augen darüber öffnen, daß der Faschismus ein System ist, das Attentate züchtet.“

Gut. Warum aber schrieb dieses Blatt nicht am 25. Juni 1922: „Die sich häufende Erfahrung durch die Attentate auf Erzberger, Scheidemann, Rathenau muß den Deutschen die Augen darüber öffnen, daß die Novemberrepublik und die Erfüllungspolitik ein System verkörpern, das Attentate züchtet?“

Warum nicht? Weil hier die jüdische Börse bereits regierte und deshalb die deutsche Nation zu schweigen hatte.

Und kaum hat das Berliner Blatt obiges geschrieben, fordert es bereits Milde für die — wenigstens für uns — noch unbekannten Mordbuben:

„Mussolini hat bei früheren Attentaten gegen seine Person Besonnenheit genug besessen, die Parole „Keine Repressionen!“ auszugeben. Man muß fürchten, daß er, da es sich diesmal um den König handelte, nun vor gleichem Befehl an den faschistischen Heerbann zurückscheut. Aber im Interesse der Beruhigung des Landes wäre dies gewiß nicht gelegen. Vielmehr sind Zugeständnisse an das Freiheitsbedürfnis und das Freiheitsbegehren des Volkes dasjenige, was Staatsklugheit und Voraussicht einem Manne von seiner Machtvollkommenheit und Verantwortung naheliegen müssen.“

Warum sagte das „Berliner Tageblatt" nicht nach dem Tode Rathenaus: Zurück mit Repressalien, mehr Freiheit für die Kritik auch an der Republik? Und wiederum wird das deutsche Volk heute antworten: Weil er ein durch „Rasseeinheit" („Vossische Zeitung") mit dem Alljudentum Verbundener war, der ausscheiden mußte, einer, von dem der Jude Arnold Zweig später schrieb, daß er „dem Pack die Stirn" gezeigt, der „viehischen Gewalt des ewigen Boche" nicht geachtet habe. Und er starb denn auch, wie Zweig betonte, „nicht für diese Nation von Stimmvieh, Mördern, Amtskadavern".

Das war die Sprache des frech gewordenen Judentums, der „Demokratie" nach dem Tode Rathenaus, nicht die Forderung nach Aufhebung des für Deutschland verhängnisvollen Systems von Weimar 1919, nach Aufhebung der Erfüllungspolitik.

卐

Diese Kommentare der internationalen Börsenpresse sind die denkbar klarste Selbstentlarvung und sprechen der demokratischen Heuchelei das moralische Todesurteil.

Wir Nationalsozialisten glauben unerschütterlich noch an eine Gerechtigkeit und arbeiten hin auf den kommenden großen Tag der deutschen Auferstehung, an dem es weder für Demokratie noch Marxismus etwas zu lachen geben wird.

Selbstbesinnung.

„Völkischer Beobachter", 23. Juni 1928.

Im Laufe des nach den Wahlen vergangenen Monats haben wir nach und nach alle wichtigen Teilergebnisse aus allen Bezirken des Reiches, aus vielen winzigen Ortschaften veröffentlicht, und wenn auch diese oft erfreulichen Resul-

tate durch die Ergebnisse anderer Wahlbezirke gedrückt werden, so ist zunächst das eine als Symptom von allergrößter Wichtigkeit: wo eine tüchtige Persönlichkeit sich auswirken konnte (dies ist aus beruflichen Gründen oft nicht möglich), da zeigte sich in oft überraschender Weise die Aufnahmefähigkeit für die nationalsozialistische Gedankenwelt. Diese Tatsache ist meiner Ansicht nach der stärkste Lichtblick in der wirklich düsteren Gegenwart, sie söhnt auch mit manchen Fehlern und Menschlichkeiten aus, die selbst unserer Bewegung nicht erspart sind.

Diese Erfolge und diese heranreifende Zeit einer langjährigen Säarbeit aufopferungsbereiter Männer und Frauen in ganz Deutschland verpflichten! Sie verpflichten zunächst rein sachlich jeden Mitkämpfer zur Prüfung über das Wesen sowohl der Erfolge wie der Mißerfolge. Theoretisch und „grundsätzlich" kann über diese Gründe gar nicht gesprochen werden, weil die Bevölkerungsschichten sehr verschieden geartet sind, weil darüber hinaus konfessionelle und Stammeseigenarten eine große, fördernde oder hemmende Rolle spielen.

Die auftretenden Fragen können meist nur örtlich entschieden werden, und hier erwächst jedem Gau- und Ortsgruppenführer die Aufgabe, sich über den wahren seelischen Zustand seines ihm anvertrauten Arbeiterkreises ein möglichst genaues Bild zu machen, um die Idee des kommenden Deutschlands, wie es uns vorschwebt, möglichst rein den Menschen seiner Umgebung zu vermitteln. Und um dem Hauptblatt der Bewegung, dem „Völkischen Beobachter", die Möglichkeit zu geben, sich ein Urteil darüber zu bilden, welche Fragen besonders behandelt werden sollen, bitte ich die leitenden Parteigenossen, uns Meinungen und Erfahrungen mitteilen zu wollen. Es ist nicht leicht, stets das Richtige zu treffen, weil — wie gesagt — die Verhältnisse sehr verschieden liegen, der „V.B." aber nur in einer Form erscheinen kann und auf örtliche Verhältnisse nicht immer einzugehen in der Lage ist. Deshalb erleben wir es

hier, daß ein Aufsatz von Vertretern eines Arbeitsbezirkes lebhaft begrüßt wird, während ein anderer seine Bedenken über die Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Kritik an einem Verbande, einer Partei oder Persönlichkeit äußert. Ich hoffe, daß die ausgesprochene Bitte viele Parteigenossen veranlaßt, uns ihre Erfahrungen und Wünsche mitzuteilen, um uns die Möglichkeit zu geben, nach Kräften in steter lebendiger Fühlungnahme zu arbeiten.

Über alles Sachliche hinaus aber hat das Persönliche Bedeutung. Niemand kann durch Verordnungen kraftvolle Menschen schaffen, aus dem organisch gegebenen Boden allein können nach und nach unsere Führenden herauswachsen. Führend aber werden sie auf die Dauer nur dann sein, wenn sie alles tun, was den Charakter stählt und mit unbefangener Vernunft alle Fragen durchdenken, die heute und morgen vom Leben neu beantwortet werden müssen, jedoch immer eingedenk sind dessen, daß „Wissen" als solches weder Macht ist noch einen Wert an sich darstellt, sondern daß es nur dann Bedeutung besitzt, wenn ein Charakter sich dahinterstellt. Denn im tiefsten Wesen ist sowohl der Zusammenbruch wie die Wiedergeburt eines Volkes eine Charakterfrage. Und wenn wir dieses Zuchtmoment bei uns bewußt in den Vordergrund aller Tätigkeit rücken müssen, so ergibt sich, glaube ich, auch die Beurteilung jenes Menschentums, das wir gewinnen wollen. Das ist in allen Schichten vorhanden. Charakter hat der Arbeiter, der noch hinter der „Roten Fahne" steht, Charakter hat der deutsche Soldat, der aus Überlieferung und Treue zu seinem Bundesführer steht. So scharf wir auch manchmal gezwungen sind, aus unserer folgerichtigen Zielsetzung, den einen oder anderen anzugreifen, so wissen wir doch, daß dies nicht aus Lust am Nörgeln geschieht, sondern weil uns ein stärkeres Temperament vorwärts trägt und eine festere Zusammenschau sicherer führt, als viele, die noch manches Alte nicht überwunden haben.

Diese oft bittere Kritik ist notwendig, denn sie hat viele aufgestört, die sonst nicht aufgewacht wären. Die Charaktere „links" und „rechts" wollen wir also überzeugen; das sind Deutsche, gleich ob sie sich für Männer und Ideen opfern, die ihr eigenes Verderben bedeuten. Daß sie aber kämpfen, rückt sie auf eine Seite mit uns, rückt sie entgegen dem Riesenhaufen von Feigen, Faulen und politischen Lumpen. Es ist schon so: ein Charakter gründet Heldenkapitel, ein Parlamentarier schiebt Barmatkonzerne zusammen.

Deshalb gibt es für uns nicht einfach „Andersdenkende", wie es so schön in den Gazetten heißt. Wir ziehen den Scheidungsstrich nicht durch das Denken, sondern durch das Sein hindurch. Das wird unser Handeln zu bestimmen haben, wenn einst das ganze gute Deutschland mit uns marschiert. Das Handeln innerhalb der Bewegung, das Verhalten der Außenwelt gegenüber.

Diese seelische Haltung ist die Voraussetzung des Sieges, sie allein aber macht uns auch erst eines Sieges wert.

Der Skandal von Köln.

„Völkischer Beobachter", 22. August 1928.

Die Direktion der Presse-Ausstellung in Köln hat also in ihrem Bereich die Ausführung der deutschen Nationalhymne untersagt. Damit ist diese Republik — von der das Reichsgericht festgestellt hat, daß eine unverhältnismäßig große Zahl in- und ausländischer Juden an ihrer Entstehung „teilgenommen" hat — um einen Riesenskandal reicher.

Bekanntlich ist das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" als Nationalhymne erklärt. Als solche wird es überall gespielt. Nun stehen wir vor der Tatsache, daß nicht

nur in dem von Franzosen und Negern besetzten Gebiet, sondern in dem zur Zeit vom Zentrum und von den Demokraten besetzten Köln die Nationalhymne der Republik verboten wird: die Nationalhymne eines Staates, auf seinem eigenen Boden, von Vertretern dieses Staates!

Hierin liegt unseres Erachtens eine derartige Beschimpfung nicht nur des deutschen Volkes sondern auch der Novemberrepubik, daß der Staatsgerichtshof zu ihrem Schutz alle Ursache hätte, sich mit den Verantwortlichen zu befassen.

Das Verbot wurde ausgesprochen, weil es beim Spielen verschiedener Hymnen zu „Zwischenfällen" gekommen sei. Man kann also annehmen, daß das Deutschlandlied einigen Negern, Franzosen oder jüdischen Wallstreet-Journalisten nicht gepaßt hat. Und die Leitung der Pressa bat etwa nicht diese Burschen, sich gefälligst nach Hause zu trollen, sondern verbot eben das Deutschlandlied, um nicht herauszufordern.

Wir nehmen an, daß, wenn Herr K. in Paris gegen die Marseillaise protestiert hätte, von seiner schönen Figur nur ein trauriger Haufen nachgeblieben wäre, nicht einmal gut genug für einen römischen Eingeweidebeschauer, um daraus die Zukunft der Republik weiszusagen. Aber das ist natürlich ein unmöglicher Fall: wird doch ein Demokrat nie gegen die Marseillaise protestieren ...

Man darf annehmen, daß die Herren noch immer ganz berauscht sind von der Leutseligkeit, mit der sie von Herriot anläßlich seines Kölner Besuches ausgezeichnet worden sind. Berauscht wie jene Verfassungstreuen, die Herriot in den Straßen Kölns „Vive la France!" zuriefen. Es ist anzunehmen, daß es sich hierbei um gute Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold handelte, die erfaßt hatten, wozu sie im Banner mitmarschieren dürfen: nahmen doch am Frankfurter Tag auch Franzosen teil, um für diese

Tierschutzvereinsgesinnung einen öffentlichen Dank S. E. des Innenministers zu erhalten.

Das Verbot des Deutschlandliedes auf deutschem Boden ist ein schöner Auftakt des Stresemann-Besuches in Paris. Dort haben die Franzosen für ihn eine ganz besondere Überraschung ausgedacht, gleichsam als Nachfeier der Verfassung von Weimar-Versailles und der fünfjährigen Ministerlaufbahn Dr. Gustav Stresemanns. Der Kellogg-Pakt des jüdischen Rechtsanwalts Levenson aus Chikago wird nämlich im Hotel Crillon noch besprochen werden. Das ist jenes Hotel, in dem Wilson während der sogenannten Friedensverhandlungen wohnte.

In dem Saale, wo die ungeheuerlichen Paragraphen des Versailler Diktats endgültig formuliert wurden, darf Gustav Stresemann sich neben einen anderen Vertreter der Wallstreet setzen. Diesen neuen Keulenschlag ins Gesicht Deutschlands wird Gustav Stresemann wohl auch kaum als „Nadelstich" empfinden, mit welchem Wort seine „Nationalliberale Korrespondenz" bekanntlich die Durchpeitschung Deutscher durch Nigger und Franzosen, die straflos verübten Rouzier-Morde und die Vergewaltigungen deutscher Frauen zu bezeichnen beliebte.

Wir bedauern, daß nicht an der Stelle deutscher Arbeiter die Herren der sogenannten Deutschen Volkspartei nebst ihren Angehörigen die Leidtragenden dieser „Nadelstiche" gewesen sind. Dann — wo es einmal ans eigene Fell gegangen wäre — hätten sie wohl nicht gewagt, die deutsche Nation derart herauszufordern.

Vielleicht nimmt sich nun Gustav Stresemann an Köln ein Beispiel und ersucht bei seinem Erscheinen in Paris vom Spielen der deutschen Nationalhymne Abstand zu nehmen.

Um ebenfalls nicht zu provozieren, nachdem er die Ehre gehabt hat, dem Präsidenten des Weltkrieges und Ruhreinbruches, Poincaré, die Rechte zu schütteln.

Er würde damit auch unserem Wunsch entgegenkommen; denn Deutschland und Gustav Stresemann passen gar nicht zusammen.

Auch dann nicht, wenn der erste Vers weggelassen wird wie es die echt Verfassungstreuen stets tun, wenn sie schon das Lied glauben anstimmen zu müssen.

„Eine Tür fiel ins Schloß“.

„Völkischer Beobachter“, 8. September 1928.

Daß Locarno eine Mache war, mußte jedem Unbefangenen schon daraus klar sein, daß Frankreich für die ungeheuren deutschen Zugeständnisse gar nichts zu versprechen gewillt war und selbst nach der Ratifizierung des Abkommens die Schikanen im besetzten Gebiet ruhig fortsetzte. An Räumung, die von den deutschen Locarnoparteien zugesagten „logischen Rückwirkungen“, dachte es überhaupt nicht. Aber anstatt nun den Zusammenbruch aller Hoffnungen einzugestehen, wurde das deutsche Volk noch jahrelang beschwindelt und von „Erfolgen“ geschwatzt, wo das alles doch nichts weiter war, als ein immer weiter gehendes Nachgeben, um wenigstens dadurch etwas zu erhalten, was den Schein einer Besserung hervorgerufen hätte.

Dieser Betrug am deutschen Volk ist jetzt doch soweit entlarvt, daß selbst die alljüdische Presse allmählich umzuschwenken beginnt, und mit der harmlosesten Miene, als sei Deutschland durch diese Verelendungspolitik nicht an Händen und Füßen gebunden und ausgeplündert worden, wird eine „neue Außenpolitik“ in Szene gesetzt.

Das „Berliner Tageblatt" wittert bereits in der Luft herum. Ihm ist jetzt die „Vossische Zeitung" gefolgt, die alle als dumm, reaktionär usw. beschimpft, die Gustav Stresemann nicht zu folgen bereit waren. In der „Außenpolitischen Wochenschau" (Nr. 208) werden bereits die neuen Saiten der Davidsharfe gestimmt, mit der Absicht, einen neuen Einlullungs- und Verdummungsgesang anzustimmen. Da dieses Unternehmen bezeichnend dafür ist, wie in Neudeutschland ungestraft „Politik" gemacht werden darf, wollen wir den Fall eingehender behandeln. Nach etlichen Hinweisen auf die neue englisch-französische Entente heißt es:

„Man kann die Bilanz von jener Epoche ziehen, die mit dem Begriff Locarno gekennzeichnet wurde und unter diesem Namen wohl in die Geschichte eingehen wird. Locarno gehört bereits der Geschichte an."

Nach diesem, die gesamte Katastrophe der Rathenau bis Stresemann klar kennzeichnenden, aber auch den jüdischen Pressebetrug offenbarenden Eingeständnis folgt gleich darauf eine Vergasung des politischen Geländes:

„Es ist immerhin ein anständiges Stück Arbeit, und es ist eine tragfähige Basis. Es hat auch bedeutende Fortschritte gebracht, aber der Geist, aus dem es herauswuchs, die Stimmung, die Atmosphäre, jenes unwägbare Etwas, das man weder politisch noch wirtschaftlich fassen, das man auch schwer psychologisch erklären kann, ist zur Ruhe gekommen. Eine Tür schnappte ins Schloß. Und der harte Ton fiel nur deshalb nicht auf die Nerven, weil sie seit langem langsam und vorsichtig zugezogen wurde. Eine neue Tür tat sich auf, ebenso langsam und vorsichtig: Kellogg, Amerika! Und da jenes Geschäft der Vermittlung zwischen den Massen, das sich Politik nennt, immer mit einer Atmosphäre, einer Stimmung arbeiten muß, wobei man nicht sagen kann, aus welchen geheimnisvollen Untergründen dieses Etwas, das schließlich in Formeln erstarrt und sich verwirklicht, aufsteigt, so wird auch diese neue Periode, die sich seit dem Sommer des vorigen Jahres anbahnte, die eben in Paris den ersten realen Schritt tat, und die sehr bald weiterschreiten wird, wieder unter dem Protektorat eines Geistes stehen: dem von Kellogg!"

Wir bitten, diesen Hohn nochmals zu lesen. Er lautet auf deutsch: der „Geist von Locarno hat elendig Schiffbruch gelitten, er hat aber Deutschland verdummt, es zur Aufgabe seiner Rechte verpflichtet. Jetzt ist dieser Bluff zu Ende, ein neuer kann beginnen. Wir wollen ihn Kellogg heißen."

Gleich darauf stellt die „Vossische Zeitung" fest, nach Locarno seien Ketten gefallen, die auf uns gelastet hätten. Wir bekamen bekanntlich den Dawesplan mit zweieinhalb Milliarden Jahrestributen. In den Augen der „Vossischen Zeitung" offenbar eine ungeheure Erleichterung. Ferner wird erklärt, daß Frankreich nach Locarno nicht glänzend dagestanden hätte: Abd el Krim machte Schwierigkeiten, England wollte kein Bündnis mit Paris. Bis die Ereignisse im Fernen Osten England veranlaßten, „Europa" als Bundesgenossen zu suchen. „Und damit stieg die Position Frankreichs wieder." Wenn man nun glauben sollte, die „Vossische Zeitung" würde die Locarno-Politik verurteilen, da sie Deutschland als englischen Bündnisfaktor ausgeschaltet hätte, so erfährt man, im Gegenteil, daß Deutschland, „klug und vorsichtig", sich gehütet habe, von irgendeiner Revision der Dinge zu sprechen. Und die Folge dieser „Klugheit"? Die „Vossische Zeitung" schreibt:

„In Frankreich aber trat die Person Briands, des Mannes von Locarno, zurück. Hielt sich Briand noch im Vordergrund, selbst als Poincaré bereits wieder am Ruder war, und beschränkte sich Poincaré lediglich auf etliche Korrekturen, so geht Briand heute in Deckung. Sie sprachen wohl wieder miteinander, Briand und Stresemann, in Paris, und es waren schöne Zeiten in Thoiry. Aber das Gespräch dauerte eine knappe Viertelstunde, und was Briand für Stresemann tun konnte, war nur, ihm den Weg zu Poincaré zu zeigen. Nach dieser englisch-französischen Einigung, für die der Grundstein im Juli vorigen Jahres gelegt wurde, begann die Peripetie des Weges von Locarno. Die Evolution wich der Reaktion. Hatte die Locarnoatmosphäre die Bande, die die Mächte verknüpften, gelockert und die Wiedereingliederung Deutschlands ermöglicht, hatte sie den kleineren Staaten die Problematik ihres Bestandes zum Bewußtsein gebracht

und sie damit verhandlungsbereiter gemacht, so wurden jetzt die alten Fäden wieder aufgenommen und fester geknüpft. Die große Politik nahm Poincaré in die Hand, die praktische Arbeit leistete Berthelot, für Stimmung und große Worte war wenig Raum, und Briand wurde entlastet. Parallel mit dem Bund zwischen London und Paris lief die französische Initiative im Osten und Südosten Europas. Zunächst wurden die Verträge Frankreichs mit Warschau, Prag, Belgrad und Bukarest revidiert und befestigt. Darüber hinaus wurden Athen und Sofia aufs Korn genommen, was jetzt leichter war, weil man nicht mehr gegen die englische Politik, sondern mit ihr arbeitete. Aber auch die Querverbindungen zwischen den einzelnen Staaten wurden versteift, die Kleine Entente schloß sich von neuem zusammen, sehr real sogar und mit finanziellen und militärtechnischen Abkommen, und wenn Pilsudski heute seinen Besuch beim rumänischen König macht, und wenn der Zweiundsechzigjährige von dem Sechzigjährigen in Audienz empfangen wird, so ist auch er nur eine Figur in diesem großen Spiel. Das liegt nun abgeschlossen vor und hinter uns. Der zweite Teil des Weges von Locarno ist durchlaufen. Und wenn wir nach Paris gingen, so taten wir das nur deshalb, um etwas melancholisch eine Tür ins Schloß schnappen zu hören und eine neue sich auftun zu sehen."

Briand, der seine Einlullungsarbeit besorgt hat, ist also jetzt „entlastet", da Stresemann Deutschland in die Falle gesetzt hat. Gleich nach diesen ungeheuerlichen Feststellungen höhnt das alljüdische Blatt, es sei aber ganz falsch, von einer Krise des Locarno-Gedankens zu sprechen. Und es hat Recht: denn war der „Geist von Locarno" hervorgerufen, um Deutschland einzulullen, so hat er durchaus Erfolg gehabt und geht seinen Weg weiter in der Neuverkörperung als Kellogg. Die „Vossische Zeitung", die soeben festgestellt hat, daß Frankreich nach dem Balkan übergreife, beeilt sich nun, auch für Deutschland eine neue Losung der Außenpolitik anzupreisen. Wir lesen:

„Im Westen Versteifung, gewiß! Nun, man wird langsamer, juristischer, formeller arbeiten, aber man wird weiterarbeiten mit dem Westen! Nur — dieses Tempo im Westen ist für die wiedererwachende deutsche Tatkraft selbstverständlich zu langsam, wir brauchen ein Ventil für die Energie, die sich im Volk ansammelt, wir brauchen eine neue außenpolitische Parole! Die Zeit für eine selbständige deutsche

Außenpolitik nähert sich mit Riesenschritten, und sie kann nur führen: über den Anschluß donauabwärts, über den Balkan! Es ist selbstverständlich, daß sie Wirtschaftspolitik sein wird und keine etwa imperialistischen Züge trägt. Es ist ebenso selbstverständlich, daß sie nicht bereits morgen zu Erfolgen und Ergebnissen führen wird. Man scheint immer noch nicht begriffen zu haben, daß das Schicksal des deutschen Kapitalismus von diesem Balkan abhängt! Und damit das Schicksal Deutschlands. Von dort und vom Osten! Der Osten aber ist vorläufig noch dunkler und ungeklärter als der Balkan. Das wird die neue Parole werden, und mit ihr kann man warten, sogar bis 1935, wo der letzte Termin für die Rheinlandräumung abläuft. Man braucht Geld dafür, man ist arm. Gewiß! Ganz selbständig kann heute niemand mehr laufen. Gewiß! Auch dafür gibt es eine Lösung. Kellogg tut eine Tür auf."

Auf deutsch: das geschundene Deutschland soll mit Frankreich in Balkanfragen zusammengehen, als Dank für den Locarnobetrug! Ein derartig kalter Schimpf über die deutsche Nation darf heute von einer Seite ausgesprochen werden, die in engsten Beziehungen zum Reichsaußenminister steht! Ohne Widerspruch zu erregen.

Die „Vossische Zeitung", das Lieblingsorgan aller unserer marxistischen Führer, propagiert ferner die neue Balkanpolitik im Namen des Kapitalismus. Auch hier wird ihr kein Scheidemann Kampf ansagen.

Und zum Schluß werden wir verhöhnt, daß wir nicht mehr selbständig laufen dürfen. Und der Name Kellogg, der eine neue (Fall-) Tür aufmacht, zeigt, wo die „Vossische Zeitung" hinaus will: wir sollen so laufen, wie es die Wallstreet befiehlt. Wir sollen zugunsten der amerikanischen Finanz- und Ölpolitiker jetzt auf dem Balkan wirken. Fürwahr, die Revolution von 1918 hat herrliche Errungenschaften gezeitigt und die Weimarer Verfassung sichert diese Früchte von Versailles.

Wir aber bitten unsere Parteigenossen, den Hohn des führenden Locarnoblattes in unseren Versammlungen zu verlesen. Nichts zeigt deutlicher als er, wie heruntergekommen wir heute sind.

Der Prager Kirchenkongreß.

„Völkischer Beobachter", 13. September 1928.

Die sich jagenden politischen Ereignisse in Sachen des Kellogg-Paktes, der Rheinlandräumung und der Völkerbund-Verhandlungen haben die Aufmerksamkeit vom Prager Kongreß der christlichen Kirchen (außer der katholischen) etwas zurückgedrängt. Trotzdem erscheint es uns von großer Wichtigkeit, uns grundsätzlich auch über diese Versuche auszusprechen.

Um diese internationalen kirchlichen Bestrebungen sofort ins richtige Licht zu stellen, sei auf das Werk eines der führenden Mitglieder dieser internationalen Zusammenkünfte hingewiesen, und zwar auf die Schrift: „Die internationalen christlichen Bewegungen" von Charles S. Macfarland (Furche-Verlag, Berlin). Der Verfasser gibt eine ausführliche Darstellung aller bestehenden sozialen und religiösen Organisationen zwecks Stärkung der pazifistischen Bewegung. Das ganze Geleitwort entlarvt aber, ungewollt, die Heuchelei jener amerikanischen Wanderprediger, die nach einer Seite hin deutschfeindliche Wutanfälle in ihren Predigten bekommen, nach der anderen Seite aber in einem salbungsvollen Pazifismus machen. So heißt es: „Die Vorsehung hat heute Amerika an eine führende Stelle der Welt hinaufgehoben. Es fühlt sich gerade für internationale Bewegungen durch seinen Reichtum, seine Lage zwischen Europa und dem ihm so nahen Fernen Osten, seinen weltumspannenden Aktivismus besonders berufen." Kein Wort wird darüber verloren, daß diese sogenannte Vorsehung in einer der skrupellosesten Betrugsaffären ihre Ursache hat, daß durch wüste Hetzen und Lügen gerade durch die Genossen des frommen Pastors Macfarland das amerikanische Volk zugunsten der heute

siegreichen skrupellosen Börsenleute in einen Krieg gegen Deutschland getrieben wurde*).

Die grauenvollsten Erzählungen über angeblich deutsche Greueltaten mußten herhalten, um die Nerven und den Haß gegen Deutschland aufzupeitschen. Und nichtsdestoweniger erklärt der Herr Macfarland: der amerikanische Staat stehe stark unter dem Einfluß der idealen und moralischen Kräfte, die in der Kirche lägen! Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Herr dann sofort den Völkerbund anpreist, um dann auf die pazifistischen Versuche einzugehen.

Von sich aus betrieb bekanntlich der schwedische Bischof Söderblom eine große organisatorische Arbeit zur Zusammenführung aller christlichen Kirchen im Dienste sozialer Arbeit und des Weltfriedens. Diese Arbeit führte zum ersten großen Kongreß in Stockholm und in diesem Jahre zu einem neuen Kongreß in Prag.

Soeben hat Pg. Graf zu Reventlow in seinem „Reichswart" den Prager Kongreß in ausgezeichneter Weise behandelt und sehr richtig auf zwei Punkte hingewiesen, die für die Teilnahme von Deutschen in Betracht zu ziehen gewesen wären:

Erstens, daß sich Deutschland nicht in der gleichen Lage befindet, wie die neutralen und sogenannten Siegerstaaten. Die neutralen Staaten sind an allen bestehenden schweren Konflikten unbeteiligt, die „Sieger"-Völker wiederum vollständig gesättigt. Deutschland aber ist von ihnen amtlich beschimpft und beschmutzt worden, ohne daß auch nur eine einzige christliche Kirche sich bemüßigt gefühlt hätte, diese

*) 1936 ist für Deutschland eine Rechtfertigung gekommen. Der amerikanische Untersuchungsausschuß stellte fest, daß die USA. durch die Riesenspekulationen des Hauses Morgan in den Krieg getrieben worden waren. Wir vernehmen dies als Zeichen eines ehrlichen Aufklärungswillens. Und doch hetzt die gleiche Finanzpresse erneut gegen Deutschland!

moralische Achtung als für sie vollkommen unverbindlich zu erklären.

Und zweitens erscheint es bezeichnend für die kirchlichen Bestrebungen, daß sich die Herren Pastoren und Generalsuperintendenten nicht als Vertreter des deutschen Volkes, sondern mehr als Vertreter ihres Standes fühlten. Wir hätten hier also erneut eine Klassensolidarität über alle Grenzen hinweg, ähnlich der sozialdemokratischen Internationale.

Diese Bemerkungen legen den Kern bloß, um den es sich für uns einzig und allein handeln kann. Ein deutscher Führer einer christlichen Kirche hat überhaupt nicht das Recht, sich heute offiziell an internationalen Kongressen zu beteiligen, die angeblich darauf hinaus wollen, den Frieden zwischen den Völkern zu fördern, wenn nicht von vornherein vor einer Teilnahme die moralische Anerkennung Deutschlands sichergestellt ist. Einige schüchterne Versuche wurden von einigen deutschen Vertretern auf der Stockholmer Konferenz unternommen, doch ist von diesen Versuchen in Prag, einer Hochburg des deutschfeindlichen Gedankens, nicht mehr die Rede gewesen, sondern widerspruchslos brachte es der Kongreß fertig, ein Danktelegramm nach Paris zu senden, in dem er seine Zustimmung zum Kellogg-Pakt ausspricht!

Der Kongreß hat sich somit — ohne deutschen Widerspruch — ins Schlepptau der Neuyorker Börse begeben. Er hat es nicht gewagt, der größten Heuchelei die Wahrheit entgegenzustellen. Wenn Dr. Martin Luther sich die führenden „Protestanten“ von heute ansehen würde, wir glauben, es würde ihm mehr als übel werden, Menschen in seinem Namen predigen zu hören, die den sittlichen Protest, der einst ihn zum Gewissen Deutschlands gemacht hatte, vollkommen aufgegeben haben. Denn das, was auch die deutschen Vertreter in Prag gutgeheißen haben, hat mit deutschem Gewissen und deutschen Interessen nichts zu

tun, und ist aus dem gleichen Mangel von Charakterfestigkeit heraus geschehen, wie der deutsche bedingungslose Eintritt in den Völkerbund von Genf.

Angesichts so mancher heutiger geistiger Bewegungen fühlen die Kirchenlehrer aller Bekenntnisse ihre Stellung schwanken und die amtliche Triebfeder dieser internationalen Kongresse ist offenbar, diese bedrohte Stellung durch eine internationale Arbeitsgemeinschaft zu sichern. Diese Klassensolidarität des Predigerstandes hat in der deutschen Delegation den Sieg, bisher den restlosen Sieg über das allgemeine deutsche Volksinteresse davongetragen. Aus dem gleichen Grund, aus dem wir die Liga für Frieden und Menschenrechte verurteilen, aus dem wir die marxistische Internationale und den sogenannten Friedensbund Deutscher Katholiken angreifen, aus dem gleichen allgemein deutschen Gesichtspunkt heraus müssen wir auch die Bestrebungen der protestantischen Behörden schärfstens zurückweisen, die sich eingefügt haben in die gesamte Erfüllungspolitik von Rathenau bis Stresemann, jener Protestanten, die das Protestieren schon längst aufgegeben und sich den Mächten der heutigen Welt restlos unterworfen haben. Sagte einst Martin Luther: „Und wenn die Welt voll Teufel wär' ...“, so sagen seine heutigen Nachfolger, es sei christlich und gut, mit den Teufeln zusammenzugehen und sie als Friedensbringer hinzustellen. Das ist der Unterschied zwischen einer großen Zeit deutscher Geschichte und dem heutigen Zusammenbruch auf der ganzen Linie, dem sich die führenden protestantischen Geistlichen leider nicht entgegengesetzt, sondern den sie mitgemacht haben.

Das ist es, was wir als Nationalsozialisten über den Kongreß von Prag und die noch kommenden Kongresse zu sagen haben, die unserer Ansicht nach auf der gleichen Linie stehen wie der Völkerbund, die Pazifistenkreise um Basch und Gerlach und die Amsterdamer Internationale.

Lüge und Illusion.

„Völkischer Beobachter“, 27. September 1928.

Die Sozialdemokratie hat schwerere Tage, als sie nach außen hin zugeben möchte. Mit Bildern, Zeichnungen, Aufsätzen bemüht sie sich, nun ihrerseits den Kommunismus als militaristisch hinzustellen. Nun veröffentlicht sogar die Leitung der SPD. in ihren Organen einen großen Aufruf, in dem nachgewiesen wird, daß Lenin sich über den Boykott des Krieges als eine „blöde Phrase“ lustig gemacht, daß die Bolschewiken sogar die „Mobilisierung der Frauen“ durchgeführt hätten, um dann fortzufahren:

„Der schlagendste Beweis ist Sowjetrußland, das nicht nur eine Millionenarmee unterhält, sondern in dem sogar Frauen, Jugendliche, selbst Kinder in dem Gebrauch der Waffe und in militärischen Übungen ausgebildet werden. Das sind keine Phantasien, sondern wiederholt haben die illustrierten Blätter der deutschen Kommunisten, die „Arbeiter-Illustrierte“ usw., voll Stolz Originalphotographien aus Rußland gezeigt, auf denen man die Schießübungen der Frauen, die militärischen Übungen der Jugendlichen, nach der Natur aufgenommen, sehen konnte.“

„Die militärischen Feldzüge, heißt es in der „Iswestija“, die in der letzten Zeit spontan Hunderttausende von Jugendlichen erfaßten, die am Sonntag ins Freie ziehen zu taktischen Übungen, haben den Charakter einer Epidemie angenommen.“

Wir glauben nicht, daß derartige verzweifelte Versuche nennenswerten Erfolg haben. Und zwar aus dem ebenso einfachen wie sehr tief liegenden Grunde, daß der Glaube eines Menschen an eine Idee, an einen Zustand, eine Sache gleichstark sein kann, unabhängig davon, ob diese Idee, dieser Zustand, diese Sache eine Lüge darstellen oder einen wahrheitsträchtigen Gehalt umfassen. Denn es ist schon so: die Lüge ist ebenso stark wie die Wahrheit, wenn sie geglaubt wird!

Wenn es gelingen könnte, die kommunistische Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß ihr Kampf nicht der

Sicherung der Interessen der Werktätigen gegen den ausbeuterischen Kapitalismus gilt, dann, aber nur dann würde sich der Kommunist gegen den heutigen Sowjetmilitarismus erheben. Heute sieht der arme Irregeführte tatsächlich in ihm aber das Sinnbild seines eigenen Strebens. Gleich, ob während der Sowjetherrschaft ungezählte Millionen an Hunger gestorben sind, Hunderttausende in den Großstädten noch heute elend dahinvegetieren, in den Bergwerken genau so schuften müssen wie früher, so lebt — zwar nicht mehr in den Russen, wohl aber in den umnebelten Deutschen noch heute die Vorstellung, daß es doch seine Führer seien, die herrschten, sein Staat, den es zu verwirklichen gelte im Kampf gegen eine Welt.

Deshalb wird ein überzeugter Kommunist sich über jeden neuen bolschewistischen Panzerkreuzer freuen, glaubt er doch seinen Sieg dadurch nähergerückt. Deshalb tobt er aber gegen einen deutschen Panzerkreuzer, der sich unter Umständen einmal dem russischen entgegenstellen könnte. Die Herren Regierungssozialdemokraten haben dem Panzerkreuzer A offenbar doch unter dem Druck der Tatsachen zugestimmt: daß die russischen Seemanöver dieses Jahres in der Ostsee die Landung in Ostpreußen oder in Pommern als kommendes Ziel hatten. Daß ein kombiniertes Zusammengehen der deutschen Kommunisten mit der russischen Flotte dann dieser morschen Republik den Todesstoß, den Severing-Müller aber den Galgen sichern würde, wissen die Herren doch allmählich. Deshalb: nicht aus „Staatsgefühl", sondern aus viel einfacheren Gründen — neben Ministersesseln — wurde die erste Panzerkreuzer-Rate angenommen. Daß die bolschewistischen Pläne nicht öffentlich mitgeteilt werden können, versteht sich von selbst. Daher die verzwickte Lage.

卐

Nun hat sich die Sozialdemokratie genau von der gleichen Illusion genährt wie die KPD. in bezug auf den

russischen „Arbeiterstaat“. Die demokratisierten Marxisten glaubten 1919 allen Ernstes, nun sei „ihr“ Staat gegründet worden, nun würde auf demokratischem Wege die Sozialisierung eingeleitet, die Bergwerke würden verstaatlicht werden usw. In den hochgeschwemmten Ministergenossen erblickte der demokratische Arbeiter ein Stück von sich und ließ sich diesen Glauben weder durch Barmatschieber noch durch Kutiskerleben rauben. Er dachte sogar manchmal primitiv: die Schiebungen seien doch „der Partei“ zugute gekommen, und wenn er die Barmats als ehrlicher Mensch nicht an seinen Tisch eingeladen hätte, als „Führer“ — entfernt von seinem sauberen Haus — ließ er sie gelten. Daß dies schon eine Charaktervergiftung darstellt, ist ohne Frage. Es ist die Folge einer jahrzehntelangen Hypnose, nur einen Wert zu kennen: die Partei.

Den Glauben hat der deutsche Sozialdemokrat nun trotz aller furchtbaren Fehlschläge nicht fallen gelassen. Erst die Folgen des Dawesplanes, „des ungeheuren Erfolges der sozialdemokratischen Politik“ („Vorwärts“, 30. 8. 1924) werden viele zum Nachdenken zwingen. Vielleicht erleichtert ihnen der jüdische Börsenhohn der „Frankfurter Zeitung“ etwas die Arbeit. Dieses Blatt, das in Anbetracht des sicheren Verschwindens der Demokratischen Partei aus den Krisen in Zentrum, SPD. und DNV. zu profitieren sucht, schreibt unter anderem (24. September 1928):

„Es liegt im Kerne ähnlich bei der Sozialdemokratie. Auch sie war ursprünglich die politische Organisation einer Kirche. Aber das Dogma dieser Kirche ist durch die Tatsachen widerlegt: fortgesetzte weitere Verelendung der Arbeitermassen, fortgesetzte Vereinigung des Reichtums bei einer immer kleineren Zahl von Kapitalbesitzern, fortgesetzte Zuspitzung der Wirtschaftskrisen, schließlich zwangsläufige Katastrophe des Kapitalismus — das alles ist nicht eingetreten, wird nicht eintreten. Die Sozialdemokratie hat zu einem großen Teile das im Grunde bereits selbst eingesehen: daher die Scheidung von den Kommunisten. Was übrig blieb, ist vielfach nur noch ein Festhalten an alten Worten. Aber eben dadurch blieb nur die Uneinheitlich-

keit in ihr: der Gegensatz zwischen den Worten, die immer noch den alten chiliastischen Glauben aufrecht erhalten, und den Taten, die davon doch nichts verwirklichen können — und der Gegensatz zwischen Anhängerschichten, die radikale Worte, und den anderen, die reale Taten haben wollen."

Die „Frankfurter Zeitung", die seit Jahrzehnten die SPD. gehätschelt hat, die die gesamte Außenpolitik Stresemann mit ihr gemeinsam betrieben hat und das die „Politik des sozialen Ausgleiches" nannte, stellt jetzt zynisch fest, daß der Kapitalismus heute fest und unerschütterlich steht wie noch nie. Nichts, gar nichts also ist vom Sozialismus verwirklicht worden. Ein wahres Wort, wie man es in der „Frankfurter Zeitung" selten trifft. Dies Wort aber ist das vernichtendste Urteil über die gesamte jahrzehntelange Führung der SPD., die mit Hilfe von Millionen gläubigen, ausgebeuteten Arbeitern keinen Sturz, sondern eine noch nie dagewesene Festigung des Kapitalismus herbeigeführt hat, um dazu widerspruchslos den Hohn über die deutsche Arbeiterschaft hinnehmen zu müssen.

*

Wir wollen dem deutschen Arbeiter offen sagen, was wir glauben, wissen und wollen. Wir wissen, daß sowohl die Herrschaft des Kommunismus als auch die Herrschaft der Sozialdemokratie auf der großen Lüge seitens der Führer und der großen Illusion seitens der Geführten aufgebaut ist, als sei der Marxismus eine befreiende Arbeiterbewegung. Uns war es klar, als die Börse sich so auffällig der sozialdemokratischen Führerschaft annahm, als überall die Rassegenossen der Weltbankiers Proletarierführer wurden, als die Börse am 9. November 1918 am lautesten jubelte, als die SPD.-Arbeiter plötzlich den Milliardär und Großunternehmer hochloben mußten, als der Völkerbundsschwindel des Großkapitalismus begann, als die Reichsbahn dem Privatkapitalismus ausgeliefert wurde.

Diesen Betrug an der Arbeiterschaft zu enthüllen und sie in die Front aller schaffenden Stände hineinzustellen, ist die Sendung des Nationalsozialismus.

Ein Sieg des Bolschewismus würde erst recht das Ende bedeuten, wenn die ausgehungerten Schwärme aus dem Osten den deutschen Arbeiter verdrängen würden. Wobei das nicht geändert würde, auch wenn ein paar Tausend „Führer" als fette Kommissare ein herrliches Leben führen könnten.

Der Gesamtmarxismus ist keine Arbeiterbewegung, sondern eine riesenhafte Illusion, genau eine solche Illusion wie der Glaube des Spießbürgers an die Segnungen der parlamentarischen Demokratie.

Die neue Front der Zukunft, das ist der nationalistische und sozialistische Arbeiter der Stirn und der Faust, der das internationale Gesindel vieler Führer hinwegfegt und Raum und Brot sich erkämpft für sich und seine Kindeskinder gegen Börse und feindliche Nationen, die uns das Brot nicht gönnen.

Marxistische Zerrüttung.

„Völkischer Beobachter", 14/15. Oktober 1928.

Die Sozialdemokratie und die KPD. stehen beide in einer großen Krisis, die mehr ist, als ein Zerwürfnis von Parteifunktionären, das schließlich überall einmal stattfinden kann. In der KPD. bedeutet die Wiedereinsetzung des Moskauer Werkzeugs Thälmann die parteiamtlich gutgeheißene Vertuschung der Unterschlagungen von Arbeitergeldern, um sie mit Weibern auf Rennen durchzubringen. Man opferte den kleinen Wittorf, um den „großen" Thälmann zu halten. Die Gegner Thälmanns werden nichts zu lachen haben, wenn „Teddy", neugestärkt durch schönsten

Sowjetkaviar und Sowjet-Champagner, wieder in Berlin eintreffen wird, um Rache an seinen Gegnern zu nehmen. Diese sind zunächst noch still, weil niemand weiß, wer bei den bereits angesagten „Veränderungen“ fliegen wird. Die, welche weiter aus Stalins Hand weiterfressen dürfen, werden den Mund halten, die Hinausgeworfenen aber sicher racheschnaubend mit „Veröffentlichungen“ beginnen. Das wird heiter werden, da die Enthüllungen nicht nur belanglose Reibereien unter den Führern, sondern vermutlich auch kriminelle Dinge ans Tageslicht bringen werden. Aber vielleicht werden alle mit Sowjetrubeln abgespeist. Das ist ein Mittel, das noch immer beruhigend auf die „Ethik“ der Sowjetgrößen gewirkt hat.

卐

Vielen ehrlichen Kommunisten ist der Stank doch zu stark in die Nase gestiegen. Fast täglich bringt der „Vorwärts“ triumphierend Meldungen über Übertritte von Mitgliedern der KPD. zur SPD. Die „Rote Fahne“ antwortet mit Protesten gegen die Panzerkreuzersozialisten aus SPD.-Kreisen und vermeldet ihrerseits Zuzug aus ihnen. So geht eine politische Française im marxistischen Lager vor sich, die zum Lachen wäre, wenn sie nicht zum Weinen veranlassen müßte. In beiden Flügeln spüren die Anhänger, daß es faul mit der Führung bestellt ist; der Angehörige der SPD. glaubt, in der KPD. sei es vielleicht besser, und umgekehrt.

Daß sie alle betrogen werden, ist eine grausame Erkenntnis, zu der Mut gehört. Denn ein alter Arbeiter, der jahrelang, jahrzehntelang geopfert hat, kann sich nur blutenden Herzens von dieser Sache trennen, an die er glaubte. Wir schätzen gerade diese gläubige Zäheit des irregeführten, ehrlichen deutschen Arbeiters; sie ist ein Zeugnis von Charakter. Wir haben es oft erlebt, daß gerade solche Menschen, die der Wahrheit mutig ins Auge

blicken wollten und — nach schwerem Ringen — die Umkehr vollzogen, später mit größter Treue in der nationalsozialistischen SA. marschierten. Um die Gesinnung dieser Menschen kämpfen wir, die „Führer" mag der Teufel holen.

卐

In der SPD. geht ein ähnlicher Prozeß vor sich wie 1915—1917. Wie damals ein Flügel aus Furcht vor der Massenflucht der Anhänger für die Kriegskredite stimmte und dadurch die USP. hervorrief, so hat die Panzerkreuzersache einen derartigen Unwillen hervorgerufen, daß die Crispien und Konsorten ebenfalls eine Massenflucht zur KPD. fürchten. Um diese Katastrophe zu verhindern, organisiert sich allem Anschein nach eine neue USP., um eine Aufnahmestellung für diese Unzufriedenen auszubauen. Wels, der 1. Vorsitzende selbst, reist herum und verspricht, daß die SPD. einen Antrag im Reichstag einbringen werde, wonach der Bau des Panzerkreuzer A verboten würde. Außerdem tritt am Montag ein sozialdemokratisches Komitee zusammen, um eine offizielle Neugründung zu beraten. Wie es heißt, werden Crispien und die Jüdin Ruth Fischer-Gohlke daran teilnehmen.

In Ausführung des Reichskabinettsbeschlusses in Sachen des Panzerkreuzers sind bereits zahlreiche Aufträge an verschiedene Firmen bindend vergeben worden. Jede Reichsregierung muß also zahlen, ob der Panzerkreuzer nun gebaut wird oder nicht.

Der Kampf des 1. und 2. Vorsitzenden der SPD. gegen ihre prominentesten Ministergenossen: Müller, gekrönt als Unterzeichner von Versailles, Hilferding, berühmt durch seinen Inflationssozialismus, Severing, den Verfolger der nationalistischen Ruhrkämpfer und Ostjudeneinwanderermäzen, dieser Kampf kann demnächst im sogenannten Deutschen Reichstag zu heiteren Szenen führen. Das Ansehen, das dieser bereits besitzt, wird sicher noch anwachsen, wenn

sich zwischen die Spucknäpfe der Kommunisten und Aktenmappen der Sozialdemokraten noch die Scheckbücher der neuen Parteigruppe mischen werden. Der deutsche Arbeiter aber wird erneut staunen können über die „Köpfe“, die er alle Wahljahre erneut mit nie verdrießender Geduld als seine „Vertreter“ in die Parlamente entsendet. Der eine schiebt mit Barmat, der andere mit Sally Bergmann oder Schlewinsky, der dritte läßt Meineidsbezichtigung ruhig auf sich sitzen (Heilmann), der vierte läßt sich jahrelang gefallen, wenn man ihm Bezahlung durch Großkapitalisten nachsagt (Dittmann). Scheidemann rührt die Beschuldigung nicht, er habe sich sein Oberbürgermeisteramt von den Deutschnationalen um schnödes Geld abkaufen lassen wollen, und Thälmann kehrt als Vertuscher von Unterschlagungen als Triumphator aus dem roten Mekka mit dicken Taschen zurück.

Noch vertuschen die „Arbeiter“organe nach Möglichkeit diesen Verfall, aber das große Wechsel-Fieber, das die Anhänger zu ergreifen beginnt, zeigt an, daß große Teile erwacht sind. An der Nationalsozialistischen Bewegung liegt es nun, ihre Anstrengungen zu verstärken, um den Verzweifelnden einen neuen Glauben zu geben. Das Hakenkreuz, es ist auch das Sinnbild der deutschen Arbeiterbefreiung, das Braunhemd die Uniform des echten Sozialisten, der dem internationalen Betrug seiner Verführer entsagt hat.

Was man vergißt.

„Völkischer Beobachter“, 31. Oktober 1928.

Ein großer Kampf geht wieder einmal um zwei verschieden ausstaffierte Popanze: Unitarismus und Föderalismus. Severing mitsamt seiner Reichsregierung hat einen den marxistischen Zwangsstaat als Endziel vorbereitenden

Entwurf angefertigt, gegen den Herr Dr. Held als Vorkämpfer des sogenannten Bayerischen Freistaates mächtig vom Leder zog. Um seine Stellung zu stärken, wurde dann eine „süddeutsche Föderalistenkonferenz“ nach Augsburg einberufen, über die wir gestern berichteten. Daß dabei dann wieder kräftig gegen „Berlin“ getobt wurde, versteht sich von selbst.

Aber man vergaß hier einiges.

Man „vergaß“, daß die regierende Bayerische Volkspartei in engster Arbeitsgemeinschaft — als erstem Schritt zur Verschmelzung — mit dem Zentrum steht, daß aber weder Severing noch die preußischen Marxisten auch nur einen einzigen Schritt tun können ohne Unterstützung eben dieses Zentrums.

Was die Sozialdemokratie will, ist dem Zentrum ganz genau bekannt. Früher erklärte es das monarchische Bekenntnis zur Grundlage seines ganzen Programms und „kämpfte“ gegen die rote Flut. Aber wie einst Münchens Straßen von Zentrumsplakaten prangten mit der dringenden Aufforderung, doch Mann für Mann in der Stichwahl für den Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen, so hat das fromme Zentrum auch jetzt seine „ewigen“ Grundlagen gewechselt. Anstatt „Thron und Altar“ ist jetzt „Parlament und Börse“ das Schlachtgeschrei von Erzberger bis Hoefle und Lange-Hegermann.

Ohne die Guerard, Schmidt, Stegerwald, Wirth und Genossen wäre weder die beispiellose Vergewaltigung Preußens noch die unitaristische Anmaßung des Marxismus möglich. Das ist das Erste.

Zum zweiten „vergaß“ man, daß die sogenannte Bayerische Volkspartei der Regierung Severing-Hilferding-Müller selbst einen Minister gestellt hatte, und daß dieser — Dr. Schätzel — sich einig erklärt hat mit Herrn Severing. Man vergaß das zwar nicht ganz, man telephonierte sogar wütend nach Berlin und forderte Herrn Schätzel auf, das

kaum warm gewordene Polster des neuerrungenen Ministersessels zu verlassen. Aber der Herr Reichsminister blies den bayerischen Brüdern etwas so Unangenehmes in die Sprechmuschel hinein, daß diese schnell das Hörrohr weglegten, um kein Blutbad anzurichten. Herr Schätzel fühlt sich sicher, denn die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei zur Sicherung jüdischer Börseninteressen wird ihn nicht bloßstellen. Im Gegenteil: ihr Führer, Prälat Leicht, schnitt die in Augsburg versammelten Mitbrüder unter Meister Wohlmuth und zog es vor, bei sich zu Hause zu bleiben.

Man begreift die Erregung des Dr. Held angesichts seiner gespaltenen Partei, aber auch die Wut der betrogenen bayerischen Wähler. Denn diese sind fromm und frisch stets zur Bayerischen Volkspartei gepilgert und haben ihre Zettelchen für diese in die Urnen geworfen. Die Auslieferung der bayerischen Eisenbahnen wurde ihnen unterschlagen, die Ereignisse des 9. Novembers 1923 wurden ihnen entstellt dargestellt. Nun aber ist es schwer, die Tatsache zu verheimlichen, daß eine vierjährige unumschränkte — durch keine Nationalsozialisten gestörte — Regiererei der Bayerischen Volkspartei Bayern restlos dem Berliner Juden- und Marxistenregiment ausgeliefert hat.

Und daß Dr. Held nur noch eine Rückzugskanonade führt, ist wohl auch allmählich durchgesickert.

⸎

Ein oberbayerisches Gebirgsblatt strengster weiß-blauer Observanz zeterte über die „Nazisozi“, die doch nichts, gar nichts für Bayern übrig hätten, das jetzt ganz vereinsamt auf weiter Flur dastehe. Das ist einer der vielen geistigen Kurzschlüsse, an denen es in gewissen Gegenden nicht mangelt. Er handelt sich nämlich heute gar nicht mehr darum, ob Deutschland sich föderalistisch oder zentralistisch einzurichten gedenkt, sondern darum, ob alle stammes- und volksbewußten Deutschen gemeinsam der marxistisch-demo-

kratischen Pest zu Leibe rücken wollen oder nicht, was durch kein subalternes Schimpfen über die Preußen aus der Welt geschafft werden kann. Die Schlagworte Unitarismus-Föderalismus sind jene hölzernen Zankäpfel, die der Marxismus ab und zu in die politische Arena schmettert, damit die Preußen, Bayern usw. sich ihre bereits stumpfen Zähne noch stumpfer beißen. Und alle Teile balgen sich denn auch emsig, um ihren Wählern „Aktivität" vorzutäuschen.

Um die großen Kernfragen drückt man sich dabei heute wie früher fein säuberlich herum, und beide raufenden Parteien sind wortlos der Hochfinanz ergeben: beide Teile stimmten für das Dawesdiktat und haben ihren Anhängern kein Sterbenswörtchen vom Wortlaut dieses Würgeplanes mitgeteilt.

Wir Nationalsozialisten aber wissen, daß wir in unserem großangelegten Kampf auch Bayern am besten nützen werden, ungeachtet des Geschimpfes, das noch gegen uns erschallt.

Wir wissen, daß der Kampf um eine dauernde Sicherung der deutschen Zukunft nicht mit stumpf gewordenen Schwertern der Vergangenheit, sondern mit Waffen geführt werden muß, die der Gegenwart entsprechen und für die Zukunft gelten können. Der marxistische Zuchthausstaatsgedanke wird nur von einem alle Deutschen umfassenden anderen Gedanken gestürzt werden können, nicht von Halb-Separatisten oder „Föderalisten", die sich dem Marxismus innerlich schon lange guter Posten wegen ergeben haben.

Diese Erkenntnis zu fassen, dazu gehört zweifellos Mut. Aber von einem „Staat", der einem bolschewistischen Film oder einer Niggeroper seinen Arm zur Verfügung stellt, von dem kann niemand erwarten, daß er gegen die marxistischen Gewalten etwas ausrichtet.

1923 war eine Gelegenheit dazu. Diese Gelegenheit wurde verpaßt. Und jetzt heißt es still halten, wenn Severing die rote Nelke ins Knopfloch steckt.

Kriegsschuld und Kriegstribute.

„Völkischer Beobachter", 10. November 1928.

> Am 4. November 1928 sprach Mussolini bei einer Kundgebung vor dem Grabmal des Unbekannten Soldaten. Er sagte u. a.: Der Krieg sei dem italienischen Volk nicht durch einen Angriff aufgezwungen worden, sondern das italienische Volk habe ihn gewollt. Der Eintritt in den Krieg sei ein Akt seines eigenen Willens gewesen, und etwa 2 Millionen Italiener hätten ihr Blut vergossen, um das neue Italien zu schaffen.

Soweit wir übersehen, hat bisher nur der „Völkische Beobachter" das Kriegsschuldbekenntnis **Mussolinis** gebührend hervorgehoben. Die Blätter der Weimarer Koalition namentlich sind merkwürdig lautlos darüber hinweggegangen, weil sie ihr Dasein und ihre Macht nur der Lüge von der „Kriegsschuld" Deutschlands verdanken. Eisner hat das im November 1918 in alle Welt hinausgeschrien, die SPD. dies in Genf 1920 offiziell „bestätigt", in Hamburg die amerikanische Anregung, gegen die Kriegsschuldlüge aufzutreten, schroff abgewiesen. Man versteht: die Sozialdemokratie müßte sich selbst als erbärmlichste Lügnerin hinstellen, wollte sie das alte Deutschland für schuldlos an der großen Katastrophe bezeichnen.

Mussolinis Rede über die Tatsache, daß Italien vorsätzlich in den Krieg gezogen sei, zeigt zweierlei. Erstens, daß die alliierte These von einem aus der sogenannten deutschen „Kriegsschuld" herzuleitenden Recht endgültig erschüttert ist dadurch, daß der Ministerpräsident eines Staates, der zum Konzern der Versailler Großmächte gehört, erklärt, sein Staat nehme die Schuld für seinen Krieg auf sich. Dadurch ist der italienische Bevollmächtigte in Versailles von Italien heute öffentlich desavouiert worden. Mit ihm aber (Baron Sonnino) auch Frankreich, England und Amerika, die in Versailles damals auch Italien be-

trogen hatten, als es seine Ansprüche auf Grund der feierlichen Entente-Versprechungen anmeldete.

Da auf diesem gemeinen Schuldparagraphen das „Recht" von Versailles beruht, so ist diesem „Recht" durch Mussolinis Erklärung jede Grundlage genommen. Ein „Recht" auf „Reparationen", das heißt Wiedergutmachungen, hat folglich auch Italien nicht.

Hier zeigt sich nun die zweite Seite der italienischen Regierungserklärung. Italien will nämlich auf deutsche Zahlungen nicht verzichten, sondern fordert solche in der Höhe seiner eigenen Schulden. Das heißt, Italien fordert auf Grund der Tatsache, daß es am „Sieger"-konzern beteiligt ist, dieser Konzern aber die bewaffnete Macht hat. Somit ist wenigstens die wahre Sachlage ausgesprochen worden, daß wir es nicht mit „Reparationen", wohl aber mit Tributen zu tun haben. Diese Ehrlichkeit ist zweifellos angenehmer als die übliche Heuchelei. Wenn auch unangenehm für die Novemberparteien, die Hand in Hand mit Paris arbeiten.

Daß Deutschland die wahnwitzigen Zahlen des Dawesdiktats nicht durchführen kann, muß jetzt nach und nach auch die Dawespresse vom „Vorwärts" bis zu den deutschnationalen Gazetten ihren Lesern mitteilen. Die Dollarsonne ist untergegangen, der „ungeheure Erfolg" ist als der Riesenbetrug entlarvt, als welchen wir ihn vom ersten Tage an hingestellt haben. Nun sind wir keine Illusionisten. Wir wissen, daß nach einer derartigen Wehrlosmachung einer Nation, wie sie durch die Novemberrevolte durchgeführt wurde, schwere Zahlungen die Folge sein, Sklaverei, Not, Elend über das deutsche Volk kommen mußten. Nur der Marxismus hat hier die Nation darüber belogen, als sei eine Niederlage eine ungefährliche Angelegenheit.

Heute sind auch die „Sieger" in schwieriger finanzieller Lage. Poincaré muß im April viele Hunderte von Dollarmillionen nach Wallstreet abführen, kann es aber nur mit

Deutschlands Hilfe. Eine Verweigerung der deutschen Zahlungen schon allein durch Hinweis auf die Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten könnte Frankreich mehr als unangenehm werden, wenn Deutschland zugleich erklären würde, sich mit anderen Partnern auf einer annehmbaren Grundlage einigen zu wollen. Stresemann erklärte einst, er habe die Locarnopolitik begonnen, um eine neue Entente zu verhindern. Er hat das Gegenteil, die Festigung dieser Entente, erreicht, weil er nicht wirkliche Interessen berücksichtigte und allen gegenüber seine Erfüllungsbereitschaft betonte. Deutschland ist heute nur beschränkt zahlungsfähig. Verweigert es seinem größten Ausbeuter die gierig erwartete Zahlung und läßt es Verhandlungen mit den anderen offen, so appelliert es an den stets wirksamen egoistischen Instinkt dieser andern, vielleicht mehr zu bekommen, als dies der Fall wäre, wenn Frankreich fast alles schlucken würde. Nur so ist eine weitere Festigung der Entente zu verhindern, zugleich aber auch ihre weitere Stützung durch die andern „Sieger".

Daß dieser Weg nicht beschritten werden wird, dafür bürgen die Stresemann, Hilferding und Müller. Sie werden alle bezahlen wollen und deshalb auch alle gegen Deutschland in alter Einheitsfront einigen. Nach zehn Jahren ihrer Regierungsherrlichkeit steht die Weimarer Koalition hilfloser als je den deutschen Schicksalsfragen gegenüber.

Ungesühnt ist die Tat vom 9. November 1918, ungesühnt der 9. November 1923.

Diese Sühne durchzuführen, ist die Sendung des Nationalsozialismus.

Die Bedeutung des neuerstandenen Kirchenstaates.

„Völkischer Beobachter", 10/11. Februar 1929.

Der Vertrag zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung setzte der freiwilligen Gefangenschaft des Papstes, die Pius IX. seinerzeit eingegangen war, ein Ende. Der Vertrag begann mit der Bekräftigung des in der italienischen Verfassung enthaltenen Artikels, daß die römisch-katholische Religion die einzige Religion des italienischen Staates sei. Ferner wurde dem Papst das souveräne Recht über die Vatikanstadt innerhalb Roms gegeben. Der Papst erklärte die römische Frage für endgültig beigelegt und erkannte das Königreich Italien unter der Dynastie Savoyen an. Der Vatikan erhielt ferner eine Entschädigungssumme vom italienischen Staat. Kurz darauf hielt der Papst bereits eine Rede, in der er sich in freundschaftlicher Weise zum Faschismus stellte.

Das Abkommen zwischen dem Faschismus und dem Vatikan, dessen Wortlaut am Montag veröffentlicht werden wird, ist zweifellos ein weltpolitisch hochbedeutsames Ereignis, ganz gleich, wie immer man Antriebe und mögliche Folgen beurteilen mag.

Die Tatsache als solche beweist zunächst zweierlei: erstens, daß beide Teile einander brauchen, und daß beide sich gegenseitig stärken müssen — gleich, ob das zunächst die Absicht ist oder nicht. Trotz des großen Erfolges, den die klerikalen Kräfte im deutschsprachigen Gebiete davongetragen haben, ist doch klar, daß die Gesamtlage für den Klerikalismus nicht unbedenklich wurde. Die rote Welle, mit der man nur zu oft gegen den Nationalismus zusammenarbeitete, hat

auch die klerikalen Parteien nicht verschont: die 120000 Austritte aus der katholischen Kirche allein in der Stadt Wien, der Rückgang des Zentrums trotz seiner ausschlaggebenden politischen Stellung haben mit vielen anderen Fragen doch allmählich die Überzeugung groß werden lassen, daß auch nach der anderen Seite hin ein Anschluß notwendig erscheine.

Der Vatikan hat nach sechsjähriger Beobachtung nun offenbar gefunden, daß der Faschismus in Italien genügend fest gegründet sei, um mit ihm Verträge abschließen zu können. Mussolini andererseits wollte durch ein weitgehendes Nachgeben sich die Sympathie der breiten Volksmassen sichern. Und da diese nun einmal gläubig kirchlich sind, so ließ er ihr Gewicht mehr wirken, als die intellektuellen Gegenströmungen. Daß diese in sehr erheblichem Maße vorhanden waren und auch heute noch vorhanden sind, ist klar. Die nationalistische Intelligenz stammt zweifellos nicht aus dem klerikalen Lager, sondern aus dem früheren Liberalismus, der die politische Einheit Italiens einst vollzogen hatte; ein Vorgang, der sich auch in anderen Staaten beobachten läßt. Augenblicklich ist die Überlieferung Cavours zurückgedrängt. Ob sie später erneut lebendig werden wird, wenn die wohl kaum vermeidbaren Folgen des neuen Abkommens sich zeigen werden, kann wohl heute niemand entscheiden.

Außenpolitische Erwägungen werden Mussolini sicher entscheidend beeinflußt haben, dem Vatikan entgegenzukommen. Denn hat er schon die freimaurerische Gegenwirkung überall zu spüren, so nicht selten auch die Angriffe des demokratischen Klerikalismus, wie z. B. in Deutschland und Österreich, aber auch in anderen Ländern. Durch das neue Abkommen werden hier wohl die Steuer herumgedreht werden, was überall die Stellung Italiens sehr stärken dürfte.

Der Vatikan seinerseits kann einen moralischen Erfolg buchen, da durch die Anerkennung des Kirchenstaates wieder einmal bewiesen ist, wie eine abwartende Beharrlichkeit ihre Erfolge zeitigt.

Zum Grundsätzlichen ist dabei auf folgende Dinge hinzuweisen. Der Jesuit Wernz schrieb über die weltlichen Ansprüche des Papsttums:

„Die weltliche Gewalt des Papstes stützt sich auf sehr gerechte Erwerbstitel. Denn weltliche Gewalt in einem Gebiete wird rechtmäßig erworben: a) durch freie Wahl des Volkes, wenn das Wahlrecht rechtmäßig erworben ist; b) durch das Recht des Krieges; c) durch Abtretung, Schenkung, rechtmäßige Verträge; d) durch unabweisliche Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Gemeinschaft. Nun aber stützt sich die Erlangung der weltlichen Gewalt des Papstes auf alle diese Titel, wie die Kirchengeschichte ausführlich beweist. (Es ist beachtenswert, daß der deutsche Jesuit Wernz selbst ‚das Recht des Krieges' als einen gültigen Rechtstitel für den Länderbesitz des Vatikans anführt.) Also ist die weltliche Macht des Papstes zweifellos rechtmäßig ... Der oberste Fürst der Kirche hat die zeitliche Fürstengewalt empfangen, um dem Nutzen der Kirche und den Vorteilen der Gläubigen besser zu dienen, und deshalb ist jenes Zeitliche, das dem Geistlichen so verbunden ist, nicht etwas rein Weltliches, sondern gewissermaßen etwas Heiliges, dessen Schädigung keine bloße Ungerechtigkeit ist, sondern ein Sakrileg ... Wenn die Katholiken aller Länder die politische Einheit Italiens, wie sie tatsächlich gemäß der besonderen vollkommenen Vereinheitlichung besteht, als gültigen Rechtstitel für die Beraubung des Papstes nicht anerkennen, so verwerfen sie deshalb keineswegs jede politische Einheit Italiens. Sie lassen jene Einheit vollkommen zu, welche die römischen Päpste selbst, zum Beispiel Julius II., immer anstrebten, nämlich eine durch gerechte und angemessene Mittel zu erlangende Unabhängigkeit Italiens von allen auswärtigen Völkern. Auch billigten sie eine nicht durch Phantasie und Besitzhunger, sondern durch geschichtliches Recht und internationale Verträge gesicherte Unabhängigkeit Italiens. Obwohl diese Notwendigkeit des Kirchenstaates in sich keine geoffenbarte Wahrheit, das heißt, kein katholisches Dogma ist, so kann sie doch wegen ihres innigen Zusammenhanges mit geoffenbarten Wahrheiten vom römischen Pontifex durch sicheren authentischen und wirklich unfehlbaren Urteilsspruch definiert (zum Glaubenssatze gemacht) werden. Deshalb kann kein Katholik diese Notwendig-

keit mit gutem Gewissen in Zweifel ziehen. (Jus decretalium, II, 680 ff.)."

Wie man sieht: die Möglichkeit einer Einigung mit dem Staate Italien war immer gegeben. Diese Einigung ist jetzt vollzogen. Welche Einwirkung die Erledigung der Römischen Frage auf Deutschland haben wird, wird sich ja im Laufe der Zeit feststellen lassen.

Brüche.

„Völkischer Beobachter", 21., 22., 27. März 1929.

I.

Es bereitet jedem Nationalsozialisten heute eine innere Genugtuung, wenn er die Zeitungen aller Lager aufschlägt oder die Reden aller Parteien hört. Denn aus der gesamten bürgerlichen und marxistischen Presse tönt immer vernehmbarer ein Ton durch, der nur zu deutlich Ausdruck einer inneren Hilflosigkeit ist. Alle politisch-wirtschaftlichen Gedankengebilde schmelzen hin wie die ganze äußere Herrlichkeit der Novemberrepublik, und selbst die Parlamentarier beginnen zu merken, daß der faule Zauber ihrer Demokratie seinem Ende entgegengeht.

Einst jauchzte Genosse Scheidemann vom Siege auf der ganzen Linie. Heute sagte sein Genosse Reichskanzler Müller am 15. März 1929: „Wenn immer von einem Notjahr gesprochen wird, so ist dieser Ausdruck falsch, denn wir stehen nicht vor einem Notjahr, sondern vor Notjahren."

Einst fabelte Gustav Stresemann vom Silberstreifen, vom Wiederaufbau Deutschlands unter seiner Führung, vom „Gottesfrieden am Rhein", von seiner „einzig möglichen" Politik. Heute erklärt er am 26. Februar 1929 vor seinem Parteilämmerausschuß: „Wir quetschen die Steuerzahler aus wie eine Zitrone. Wir pfänden dem Bauer die Kuh weg, weil er nicht Steuer zahlen kann..."

„Wir“ — das heißt die sogenannte Reichsregierung Müller-Severing-Stresemann unter folgsamer Beflissenheit des Herrn Schätzel von der Bayerischen Volkspartei.

Das alles ist Zusammenbruch und man kann sich nur immer über die Stirn dieser Herren wundern, noch immer „Führer“ sein zu wollen, oder doch wenigstens Minister.

In einer deutschnationalen Versammlung in München erklärte der Abg. Prof. Lent, er grüße das Hakenkreuz, er hoffe auf Waffenkameradschaft mit den Nationalsozialisten. Laut der „Pfälzischen Tageszeitung“ erklärte der deutschnationale Abg. Professor Bauer in Kaiserslautern:

Die Hoffnung, daß es doch noch einmal zu einem einheitlichen nationalen Willen in Deutschland komme, brauche man nicht aufzugeben. In jeder Woche gingen 2000 Mitglieder von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten über. Die Deutschnationalen ständen der nationalsozialistischen Bewegung daher nicht unsympathisch gegenüber, wenn diese sich auch manchmal gegen die Deutschnationale Volkspartei richte.

Wir haben die Deutschnationalen nie zu unserem Privatvergnügen angegriffen, sondern nur dann, wenn sie nicht deutsch und nicht national waren. Auf dem Münchener Parteitag der DNVP. wurde ich von einigen führenden Herren gebeten, doch ein Flugblatt gegen den prosemitischen Kurs Karl Helfferichs zu verfassen; was zwar geschah, doch ohne Wirkung. Die Partei hatte nicht Charakter, sondern brach von Jahr zu Jahr sich einen Wirbel aus dem Rückgrat heraus. Auch jetzt treten wir der DNVP. ohne Voreingenommenheit gegenüber und werten sie nach dem Grad ihrer Entschlossenheit, mit den alten politischen Gerümpelexistenzen um Hergt herum und um den neuliberalisierenden Treviranus herum zu brechen. Im übrigen scheiden uns auch dann viele Punkte von der DNVP.,

jedoch soll jeder Kampf gegen die Versklavung Deutschlands von uns begrüßt werden. Aus den angeführten Reden entnehmen wir das Zugeständnis, daß Hitlers Weg der richtige gewesen ist, und die Einsicht, daß nur auf diese Weise die Macht des Marxismus gebrochen werden kann. Es fragt sich bloß, welche Folgerungen von deutschnationaler Seite aus diesen Erkenntnissen gezogen werden.

卐

Genau das gleiche Verhältnis haben wir zu den Bünden. Der Jungdeutsche Orden wurde für uns zum Schädling, als er in die Politik der blau-weiß-roten Reichstagsmajorität einschwenkte. Den Stahlhelm mußten wir lange angreifen, weil er Bindungen zur Deutschen Volkspartei hatte. Diese Angriffe sind uns nicht leicht gefallen, aber sie waren die einzige Möglichkeit, die Aktivisten auf das Verhängnisvolle dieser Frontverschiebung aufmerksam zu machen. Der Hohn Severings vollends zeigte, daß es mit dem Gesamtmarxismus keinen Frieden geben kann. Wir wollen über Vergangenes nicht rechten, kennen auch die Schwierigkeiten, mit denen der Stahlhelm zu kämpfen hatte, um sich aus einer unpolitischen Organisation zu einem neuen Staatsgedanken vorzutasten. Wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die neuere Entwicklung des Stahlhelms möglichst schnell fortschreite und daß noch weitere Brücken nach rückwärts verbrannt werden, um endlich einmal ganz entschlossen mit dem alten Erlebnis im Herzen doch vorwärts zu schauen. Bruch mit den Freimaurern, die noch herumirren, und Bruch mit dem Gedanken, die Weimarer Fassade „verbessern“ zu wollen. Sie soll, im Gegenteil, so dastehen, wie die großen und ganz großen Koalitionen sie auf- und zugerichtet haben. Bis das ganze Volk mit allen Fingern auf diese Fassade weist.

卐

Alle Kräfte der Nation zum Kampf zu sammeln gegen die Versklavung unter die internationale Finanz, Überwindung von Demokratie und Marxismus im Geiste eines nationalistisch-sozialistischen autoritären Staates, war unser Ziel von Anfang an. Je mehr Deutsche diesen Kampf als berechtigt und notwendig anerkennen, um so näher rückt die Stunde der deutschen Freiheit.

Aus allen Lagern sind uns jene willkommen, die das gleiche Erlebnis beseelt: der ehemals rote Marxist wie der schwarz-weiß-rote Wehrbündler. Nur die Lauen und Feigen sollen draußen bleiben. Für sie sind SPD., DVP., DDP., Zentrum und Bayerische Volkspartei usw. die gegebenen Organisationen der politischen Selbstbefriedigung dieser Überzeugungsritter.

Das deutsche Volk ist im Aufbruch. An der Spitze des großen Zuges zum Großen Morgen flattert das Hakenkreuz.

II.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat in Regensburg eine Rede gehalten: gegen die Nationalsozialisten, die angeblich „putschen" wollen, gegen den Stahlhelm, der kein bayerisches Gewächs sei, gegen die Diktatur, selbst gegen den getreuen Escherich. Herr Held hat dem Zentrum den Vorwurf gemacht, daß es nicht früher die Koalition verlassen hätte, fand es aber durchaus richtig, daß der Bayerische Volksparteiler Schätzel noch heute neben dem Genossen Hilferding sitzt, gegen den Dr. Held doch „kämpft". Wie man sieht, anscheinend viel Aktivität, aber großer Mangel an Logik, der durch die Unbekümmertheit der Behauptungen besonders grell in die Augen sticht.

In der Verurteilung der „Putsche" hat Dr. Held sich nochmals für absolute Demokratie, für Mehrheitsentscheidung also, ausgesprochen. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, mit welchen Gruppen denn der bayerische Minister-

präsident diese Entscheidung gegen Berlin herbeizuführen gedenkt. Mit denen, die er als fremde „Gewächse" angreift? Oder gar mit den Unitariern links von ihnen? Oder nur mit der alleinseligmachenden Bayerischen Volkspartei?

Tatsache ist doch wohl, daß Bayern in den fünf Jahren ungestörter Parteidiktatur von Dr. Wohlmuth-Dr. Held nach und nach alles verloren hat, was es zu verlieren hatte. Bloß nicht den Ministerposten in Berlin, den die große Koalition zur Erhaltung der marxistischen Zwangsherrschaft über Deutschland — auch gegen Bayern — notwendig braucht. Und der — kämpfende bayerische Ministerpräsident findet es ganz richtig, daß Dr. Schätzel noch weiter den Stresemann, Severing und Hilferding bei der Arbeit hilft.

Wenn Herr Held dann noch vor einer Diktatur warnt, die Werte vernichten werde, und hinzufügt, in Deutschland seien aber nicht mehr viel Werte zu zerstören, so begreifen diese unvorsichtigen Worte das Zugeständnis in sich, daß, unter ständiger Beihilfe der Bayerischen Volkspartei, die herrliche Demokratie nahezu alles bereits verschleudert hat, was von der Vergangenheit geschaffen wurde. Und daß bald überhaupt nichts mehr vorhanden sein wird, dafür werden die Regierungsparteien in Berlin erst recht sorgen.

Das alles ist natürlich politischer Bruch. Die scheinbare Energie gegen alles und alle war kein Zeichen von Stärke, sondern nur eine Äußerlichkeit, hinter der jeder tiefer Blickende die innere Unsicherheit nur zu deutlich herausschauen sah.

Herr Forstrat Escherich ist wieder aktiv geworden. In den „Münchener Neuesten Nachrichten" schrieb er einen langen Aufsatz über die „letzte Rettung". Und meinte die „Einigung" unter seinem Kommando. Da diese Kundgebung kurz nach dem Anschluß der bayerisch-nationalen Wehrgruppen an den Stahlhelm stattfand, so waren die Beweggründe klar, um so mehr als auf einem „Bayerntag"

der Abgeordnete Schaeffer von der Bayerischen Volkspartei die Hauptrede hielt. Niemand würde Herrn Escherich eine politische Führerstellung bestreiten, wenn er sich eine solche erkämpft hätte. Herr Escherich hatte einst eine große Organisation, war aber außerstande, ihr einen großen Gedanken zu schenken. Die Einwohnerwehr gab ihre Gewehre ab — und lief auseinander.

Herr Escherich hat die Jahre über nichts getan; nun kommt er, da die Aktivität wieder wächst, zu spät. Die NSDAP. hat die bitteren Jahre über Redner ausgebildet, ihre Schriftsteller haben den neuen Staatsgedanken der deutschen Zukunft geformt und vertieft, ihre SA. hat geblutet und geblutet, während viele, die jetzt wieder erwachendes Leben wittern, hinterm Ofen saßen, weil sie keine Formgedanken hatten, sondern höchstens nur bürgerliche Aufgeregtheit waren. Darum ist alles brüchig, was sie anfassen, ihre Reden sind verwaschen, ihre Forderungen ohne Umriß, meist Gemeinplätze, mit denen man das heutige Leben, das tausendfache Antwort auf tausendfache Fragen fordert, eben nicht mehr meistern kann.

Zum mindesten hätte man von Herrn Escherich erwarten können, daß er sich dem Schritt der Wehrverbände anschließen würde. Aber nicht einmal dazu war er zu bringen. So ist der bürgerliche Nationalismus ebenso zerspalten wie früher. Daß das Zentrum selbst Herrn Escherich mit offenem Hohn behandelt und Herrn Dr. Held als Zeugen dieser Mißachtung anführt — während Escherich Herrn Held noch besonders gedankt hatte —, versteht sich von selbst. Die „Germania“ schreibt:

„ . . . Auch der „Bayerische Heimatschutz“ macht sich mausig. In Bad Tölz fand die Bayerntagung des bayerischen Heimatschutzes statt. Nach einem Aufmarsch der Verbände hielten der erste Bürgermeister von Bad Tölz, Stollreither, der Heimatführer Oberforstrat Escherich und Landtagsabgeordneter Schäffer Ansprachen. Thema war die „Eigenstaatlichkeit Bayerns“. Wir haben schon neulich gesagt, daß solche Probleme nicht durch Organisationen und Auf-

märsche gelöst werden. Vielleicht hat unwissentlich Herr Held auch am gestrigen Sonntag schon die richtige Antwort erteilt; der bayerische Ministerpräsident sprach von der Partei. Dabei sagte er, daß er sich „von keiner unpolitischen Gruppe in Bayern von rechts oder links beeinflussen lasse, auch nicht vom Stahlhelm, der kein bayerisches Gewächs sei." Helds Absicht ist lobenswert. Wir zählen zu den von ihm gekennzeichneten Gruppen auch Herrn Escherich."

Und während die Bürgerlichen untereinander sich die letzten Haare ausraufen, wird in Paris schon die Feder zur Unterzeichnung eines neuen furchtbaren Versklavungsdiktats gezückt. Man sieht die schweren Folgen einer Ablehnung und wieder giert man nach ein paar Jahren „Atempause" und weiß doch ganz genau, daß dann die Fragen ebenso unzweideutig gestellt werden wie heute.

So war es schon 1924. Der Charakter der Demokratie von rechts bis links brach damals elend zusammen. Das alles rächt sich heute außenpolitisch und innenpolitisch.

Um hier Rettung zu bringen, braucht es nicht neuer „Ismen" oder Systeme. Denn ob ein Stresemann als Parlamentarier „regiert" oder als „Diktator" „diktiert", bleibt sich gleich, weil der Stresemann stets der gleiche bleibt. Nicht leblose „Ismen", sondern neue Männer. Dem inneren Zusammenbruch muß das äußere Verschwinden aller jener folgen, die uns seit zehn Jahren in fürchterlichste Not hineinmanövriert haben, die Deutschland mit furchtbaren Abkommen banden, die die alte Kriegs-Entente durch ihre grenzenlose Unfähigkeit wiederhergestellt haben und uns irreführten über das Wesen von Locarno, Genf und Dawes.

Hier ruft der Nationalsozialismus das Volk auf. Alle, die guten Willens sind, sollen kommen; jene, die schwach sind, sollen ihre äußerlichen, späten, zu späten Versuche doch bleiben lassen. Sie wissen innerlich doch selbst, daß sie gebrochen sind. Die Richtung des deutschen Volkes zu einer neuen Zukunft ist bereits eingeschlagen und der Rhythmus der Zeit wird die Entwicklung bringen. Und wer nicht mitkann, muß eben am Wege liegen bleiben.

III.

Gustav Stresemann erholt sich an der Riviera von seinen neuen „Erfolgen“. Er möchte eine kleine Zeit vergehen lassen, um der sogenannten deutschen Öffentlichkeit wieder unter die Augen zu treten. Bis dahin wird die nur zufällig deutsch geschriebene Presse schon dafür gesorgt haben, daß Stresemanns Preisgabe der Rechte der deutschen Minderheiten zu einem „Sieg des realen Denkens“ umgefälscht sein wird. Immerhin ist es Stresemann nicht wohl zumute, weil selbst seine eigene, bisher willenlos hinter ihm hergetrottete Gefolgschaft nicht mehr mittun will. Die Mandatsbesitzer der Deutschen Volkspartei, die sich bisher den „Geist von Locarno“ wohl sein ließen, fühlen ihre Wählermassen jetzt angesichts der immer neuen, immer schwerer zu vertuschenden Katastrophen zusammenschmelzen. So kam es, daß auf der letzten Tagung des Zentralausschusses Gustav Stresemann auf heftigen Widerstand stieß. Darauf erlitt Stresemann einen Nervenzusammenbruch. Man legte ihm nahe, doch den Vorsitz niederzulegen. Aber noch klammerte er sich daran und seine „Autorität“ war noch groß genug, um die Opposition zu dämpfen, die ja bei der Wahl auch auf jene jüdische Wahlhilfe angewiesen ist, die ihm zur Verfügung steht.

卐

Dieses Knistern im Gebälk des eigenen Vereins hat Stresemanns Freunde nicht ruhen lassen. Nun die sogenannte Außenpolitik versagt hat, will man in Innenpolitik machen. Um die Jugend einzufangen. Wir berichteten bereits über den Schatten Stresemanns, Rochus v. Rheinbaben, und seine „Front 1929“. Diese angelt nach die ebenfalls an ihrer Erfüllungspolitik dem Bankerott zutreibenden Jungdeutschen um durch Zusammenlegung zweier lebenden Leichname vielleicht doch einen politischen Homunkulus, „aktive Mitte“ genannt, zu gebären. Höchst bezeich-

nend für diesen Versuch, den Bankerott zu verschleiern, sind die Ausführungen des Stresemannblattes „Kölnische Zeitung". Dieses Organ flüstert soeben:

„Nach und nach hat sich der Aufmarsch der politischen Jugend des Bürgertums vollzogen. Die einzelnen politischen Gruppen im Reich suchen jetzt miteinander mit den Bünden und Verbänden Fühlung, um eine gemeinsame Front zu bilden ... Vor etwa zehn Tagen hatte die politische Vereinigung „Front 1929" in Berlin eine Art Arbeitsgemeinschaft mit dem Jungdeutschen Orden geschlossen. Ihr Führer, Rochus Freiherr von Rheinbaben, Mitglied der Deutschen Volkspartei und der Liberalen Vereinigung, hat eine junge Gruppe demokratischer, volksparteilicher und jungkonservativer Richtung vereint ... Die Ation der Jugend darf nur mit der Gewähr des vollen Erfolges eingesetzt werden. Sie darf auf die Mithilfe der Führer der alten Partei nicht verzichten, wenn sie wirklich die Gegensätze im Volk schließen und nicht weiter auseinanderreißen will. Die Jugend muß die Parteien vor ein Ultimatum stellen, das ist ihr gutes Recht ... Die Führung kann nur ein deutscher Staatsmann übernehmen, dessen Ansehen schon heute weit über die Parteigrenzen hinausreicht, Dr. Stresemann ... Er hat bisher vorwiegend außenpolitische Mission erfüllt, jetzt wird er vor die große innerpolitische Aufgabe gestellt: Mit Hilfe der Jugend das Volk aus dem kleinlichen Parteihader heraus und zur einigenden, befreienden Tat zu führen."

Das ist scheinbar schlau gedacht, und doch ist es sehr wenig klug, die Katze derart aus dem Sack herauszulassen. Denn die „Kölnische Zeitung" gesteht damit zu, daß Stresemann außenpolitisch unmöglich geworden ist. Diesen bankerotten Politiker des verendenden liberalen Zeitalters aber gar der Jugend als Führer vorsetzen wollen, zeigt den völligen Mangel an jeglichem Instinkt. Oder aber diese Jugend ist schon mit 20 Jahren greisenhaft. Dann muß sie eben mit den Stresemännern zugrunde gehen, da sie gegen diese Herren nicht für eine großdeutsche Zukunft zu kämpfen gewillt ist. Nun ist die Mehrheit der Jugend innerlich bereits weit weg von den Nau-, Scheide- und Stresemanns, die als politischer Bruch allmählich in immer weiteren Kreisen erkannt werden.

❧

Tiefe Beklemmungen sind auch im Zentrum bemerkbar, das in erster Linie für die marxistische Vergewaltigung Deutschlands, für die ganze parlamentarische Zersetzung und Charakterlosigkeit verantwortlich ist. Angefangen vom Juli 1917 bis zur heutigen restlosen Stützung des Marxismus in Preußen, bis zur Annahme des Dawes-Diktats. Nun schreibt die „Germania" plötzlich aus der unterbewußten Ahnung, daß der Zusammenbruch des Parlamentarismus nicht aufzuhalten ist:

„Das System muß zum Zerrbild werden — und deshalb ergeht der Ruf an alle Gutgesinnten, an die Besten, die sich der Folgen voll bewußt sind diesen Wirrwarr zu beenden ... Heute ist offenkundig, daß starke außerparlamentarische Kräfte im Anmarsch ins Politische begriffen sind. Mit Recht erhebt die Kriegsgeneration endlich Anspruch auf aktive Mitbestimmung ... Der „Stahlhelm", dessen Vorgehen und Tendenz wir entschieden ablehnen, bleibt dennoch eine Realität. Der „Jungdeutsche Orden" unter Artur Mahraun bereitet, herausdrängend aus der Verkapselung aus der Ideologie, ein staatspolitisches Programm vor ... Die Volkspartei will, daß ein Kabinett, nachdem es das Vertrauen erhalten hat, aus Gründen der Stabilität nur durch eine Zweidrittelmehrheit gestürzt werden kann ... Wir zweifeln nicht, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei, trotz des offenkundigen Schielens nach dem Stahlhelm, politisch ernst genommen werden muß ... Aus der Demokratie wird allmählich eine Geheimdiplomatie und Geheimwissenschaft, die nur Eingeweihte kennen und die im Volke nicht Wurzel fassen kann."

Die guten Leute tun alle noch so, als ob sie ihren wirklich ernsten Gegner nicht kennen. Sie wissen aber alle ganz genau, daß die einzige folgerichtige antiparlamentarische Bewegung der Nationalsozialismus ist. Dieser stellt nicht eine schmollende Verneinung dar, sondern einen neuen Staatsgedanken schlechtweg. Und weil dies der Fall ist, bemüht man sich — da man seine Pleite nicht ganz verschweigen kann — wenigstens die für die Demokratie gänzlich ungefährlichen Jungdeutschen zu bemuttern. Nun, diese Vogelstraußpolitik wird nichts nutzen. Wenn in Schleswig-Holstein heute ganze Dörfer geschlossen sich zur Bewegung

Adolf Hitlers bekennen, wenn überall die Wellen des völkischen Erwachens vom Sturm des Hakenkreuzbanners erzeugt werden, so helfen schließlich alle Mittelchen, aber auch aller Terror nicht mehr.

Es brechen auf der ganzen Linie alle alten Parteien zusammen: die Marxisten trotz ihres heutigen Gewalthabertums an ihrer sich doch rächenden Verlogenheit, an ihrem Volks- und Landesverrat; die „Bürgerlichen" an ihrer Feigheit, der marxistischen Pest ernsten Widerstand entgegenzusetzen. Alles, was dieses ganze impotente Getue satt hat, alles, was nur Deutsche kennt und nicht Klassenkampf und Standesdünkel sammelt sich unter dem Zeichen des aufsteigenden Lebens. Der Nationalsozialismus ist berufen, in geschichtlicher Stunde die deutsche Nation hochzureißen aus dem Schlamm der Gegenwart im Kampf für ein Deutschland der Ehre und der sozialen Gerechtigkeit.

Trotzkis „Krankheit" — bewußter Schwindel.

„Völkischer Beobachter", 29/30. März 1929.

Müller-Versailles ist von einem kleinen Gallenleiden geplagt und das wichtigste Staatsgeschäft der Republik muß ruhen: ob Trotzki-Bronstein nach Deutschland hereingelassen werden soll oder nicht.

Alle anderen Regierungen, selbst die verjudetsten, haben es abgelehnt, diesen Pestbazillus ihren Völkern vorzusetzen, nur in „Deutschland" wird seit Wochen darüber unterhandelt, ob der Mann, der jahrelang Deutschland beschimpft, gegen uns gehetzt, im Reich selbst Revolten bezahlt hat, ein schönes Asyl in diesem selben Deutschland erhalten soll oder nicht. Der offene Bolschewik in der SPD., Kurt Rosenfeld, der Verteidiger der bolschewistischen Mörder von Sofia, der juristische Berater der Wiener Mordbrenner von 1927, ist auch jetzt tätig gewesen, um seinem Rasse-

genossen die Wege zu ebnen. Er kam — da er die „Psyche“ des deutschen Spießbürgers kennt — mit einem ärztlichen Zeugnis des jüdischen Professors Zitron angefahren, aus dem die erstaunte Welt erfuhr, daß der jüdische Bluthund Trotzki bereits 1926 heimlich in Deutschland gewesen war, um sich seinen Körper ausflicken zu lassen. Nun müsse er unbedingt wieder in die deutsche Republik herein, beteuern die Rosenfeld und Zitron mit erhobenen Händen.

Und nun „beraten“ die Bürger eifrig, ob man diesem Bluthund gegenüber nicht „menschlich“ sein solle.

卐

Bemerkenswert in der ganzen Angelegenheit ist wiederum das enge Zusammenspiel zwischen jüdischem Großkapitalismus und dem Sowjetmörder. Die Ullstein-Blätter waren die ersten, die authentisch die Ankunft Trotzkis in der Türkei melden konnten, als diese noch offiziell abgeleugnet wurde. Die Ullstein-Blätter waren es auch, die sich seit dieser Zeit fanatisch für die Einreiseerlaubnis einsetzten. Und Hand in Hand mit ihnen geht das alljüdische Börsenblatt in Frankfurt. Sein Vertreter hat soeben eine Unterredung mit Trotzki gehabt, und das Blatt gibt auf der ersten Seite seiner Nr. 225 vom 25. März einen unverblümt schmeichlerischen Bericht wieder. Die Gestalt soll einen „merklichen Embonpoint“ erhalten haben, seine Augen haben „eine kühle Abgründigkeit“. In der Unterredung ließ Trotzki durchblicken, daß die jetzige Phase des Konflikts nicht die letzte sein werde! Und zum Schluß fragt die „Frankfurter Zeitung“, ob Trotzki nicht noch einmal zum „Märchenhelden“ werden würde.

Aus diesen Worten geht unwiderleglich hervor, daß die von Trotzki vorgeschützte Krankheit ein bewußter, auf die bürgerliche Weinerlichkeit abzielender Betrug ist.

Das Ziel der Einreise des Sowjetmörders in Deutschland oder Österreich ist vielmehr eine neue Zusammen-

fassung der zersplitterten KPD., um sie erneut gegen das deutsche Volk — den deutschen Handarbeiter natürlich miteinbegriffen — einzusetzen. Den „Systematiker der modernen Volkserhebungen" nennt die „Frankfurter Zeitung" Trotzki-Bronstein. Und da die deutschen Bolschewiken keinen einzigen Führer haben, so kann es dem geübten jüdischen Halunken mit Unterstützung alljüdischer Gelder durchaus gelingen, die Unterwelt und Verbrecherwelt aufzurufen und in jenen Tagen vorzustoßen, da der Nationalsozialismus eine große deutsche Volksbewegung sein wird.

Eine Befürwortung der Einreise des alljüdischen Bluthundes ist in unseren Augen eine planmäßige Vorbereitung zur Ausrottung der letzten noch wertvollen Kräfte des deutschen Volkes.

Wir werden diesen Standpunkt nun in allen unseren Versammlungen vertreten und die schaffende Nation zum Protest gegen das neue Attentat auf sein Gut und Leben auffordern.

Der neuen Romantik entgegen.

„Der Weltkampf", Mai 1929.

Der Kampf des deutschen Studenten um seine Geistesfreiheit und soziale Sicherheit ist ein Teilkampf im großen Ringen der Nation um ihre Geltung überhaupt. Die furchtbaren Zahlen, die die Überfüllung der akademischen Berufe beweisen, sind doch Teilzahlen, die der Überfüllung in allen Berufen entsprechen. Die Zahlen sind Gleichnisse der Raumnot. Raumpolitik ist deshalb das Losungswort aller Deutschen. Sie allein schließt alle sonst hadernden Gruppen zusammen, oder könnte es wenigstens tun, wenn die Augen der Maßgebenden auf die großen Fragen der Zeit und der Zukunft gerichtet wären.

Das ist nicht der Fall. Ein großes Hindernis zum Verstehen der gemeinsamen Not ist zweifellos die jüdische Presse, die künstlich die Stände verhetzt. Auf beiden Seiten: auf der bürgerlichen und proletarischen. Das wissen unsere Leser, wir haben seit Jahren darauf hingewiesen.

Aber die Deutschen selbst tragen ebenfalls Schuld. Eigentlich den größten Teil der Schuld. Denn trotz der furchtbaren Lage auch der akademischen Berufe ist von einer bewußten Bewegung zur Abschüttelung der Überfremdung, für Aufnahme einer großen Politik, so gut wie nichts zu spüren.

✠

Kurz nach dem Kriege bezogen die Frontsoldaten wieder die Hochschulen. Als ganz junge Leute hinausgezogen, nach furchtbarem, reifendem Erleben begannen sie das Studieren als erwachsene Männer. Dieses Geschlecht nahm bewußt den Kampf auf, sehr zum Unwillen vieler Alt-Herren-verbände, die fein säuberlich nur darauf bedacht waren, daß sie selbst und ihre Söhne bei den neuen Machthabern nicht anstießen, sich nicht die Karriere durch nationalrevolutionäre Aufführung verdarben. Aber sie kamen hier schlecht an: es war das Geschlecht, das mithalf, die bayerische Rätediktatur niederzuwerfen, das die Gegner in Oberschlesien zurückwies, den roten Aufstand im Ruhrgebiet unterdrückte. Es war das Geschlecht der Knickmann und Schlageter.

Aber dieses Geschlecht verließ die Hochschulen, ein ganz neues, ganz junges kam.

Und hier zeigte sich der „gutbürgerliche", kleinlich besorgte Einfluß so manches müde gewordenen Alten Herrn, der seinen Sohn zwang, „unpolitisch" zu sein, andernfalls drohte, ihm das Studiengeld zu entziehen. Es kamen Jahre der Müdigkeit. Selbst der Lessing-Skandal rief keinen Volkssturm hervor. Die ihn herbeizuführen ver-

suchten, blieben allein, wie einst der Major Schill, als er zur Erhebung gegen Napoleon antrat. Die Gerechtigkeit gebietet die sachliche Feststellung, daß erst wieder der „Nationalsozialistische deutsche Studentenbund“ zum entschlossensten Widerstand gerufen hat. Anfangs ein ganz kleiner Verband, hat er sich schnell über fast alle Hochschulen verbreitet, ist mit oft verblüffenden Wahlergebnissen in den Asta*) gelangt und hat sofort die schärfste Opposition gegen das heutige System ins Leben gerufen. Auf seine Anregung gehen die Numerus-clausus-Beschlüsse in Berlin, Erlangen, Würzburg zurück, die auch die andern wieder mitrissen. Es ist zu hoffen, daß diese Energie sich weiter verstärkt und dann auch positive Formen mit großen deutschen Zielsetzungen annimmt.

Und wo bleiben die Professoren? Wo bleibt der Fichte von heute, der unbekümmert um Stellung und Zukunft den geistigen Widerstand organisiert? Er blieb — aus. Der deutsche Gelehrte, seit Jahrzehnten in einer unpolitischen Weltfremdheit erzogen, stand in den meisten Fällen den schweren Fragen der Zeit hilflos gegenüber. Die große Gelehrsamkeit hatte den Willen gelähmt, der Rationalismus die Schwungflügel der Seele gebrochen. So mancher an sich tapfere Mann, der auf dem Gebiet seiner Wissenschaft eine gute Klinge focht, vermittelte der Jugend trotzdem keine aufwärtstreibende, zukunftsträchtige Lebenskraft.

Man verstehe mich recht: es ist gar nicht nötig, daß nun alle Lehrer zu Märtyrern werden sollen. Aber einige hätten hervortreten müssen. Und zwar als bewußte Führer, als das Gewissen des geistigen Deutschlands. Daß dies nicht geschah, bringt die Folgerung mit sich, daß das lehrende Akademikertum nicht das Recht hat, einer vielleicht

*) Allgemeiner Studentenausschuß.

stürmischen politischen deutschen Freiheitsbewegung Vorwürfe wegen „Mangels an Vornehmheit“ oder „Mangels an Geistigkeit“ zu machen, da es selbst zur Führung eines geistigen Widerstandes nicht die Kraft aufgebracht hat.

卐

Das klar und deutlich auszusprechen, mag viele kränken (was natürlich in keiner Weise beabsichtigt ist), aber es ist noch keiner Sache durch Vertuschung des Tatsächlichen gedient worden. Der heutige Kampf ist letzten Endes ein politischer Machtkampf und muß deshalb auch als solcher geführt werden. Deshalb ist die Politisierung von Professoren- und Studentenschaft zur ersten Pflicht geworden, und zwar in einem ganz bestimmten Sinne: im Sinne eines Dienstes an wenigen großen Gedanken, nicht in der Bewältigung politisch-technischer Sondergebiete. Diese große Frage ist: den neuen deutschen Nationalismus geistig zu fühlen, ihn seelisch zu durchglühen, damit aber auch den Marxismus und die rein individualistische Demokratie restlos und zugeständnislos zu bekämpfen. Dieses ist Gott sei dank hie und da geschehen und jedem dieser Hochschullehrer sei Dank für diese Helferdienste für die deutsche Wiedergeburt.

Diese Arbeit muß aber weitergeführt werden. Es darf ein Rektor wie einst Professor Voßler in München nicht mehr möglich sein, der höhnisch erklärte, die Rassenfrage sei eine Menagerieangelegenheit, der deutsche Studenten zum Chargieren mit jüdischen zwingen wollte, weil die reichen Juden die Münchener Universität mit „Spenden“ versorgten. Solchen Leuten fehlt offenbar das Empfinden, daß es würdiger ist, arm zu sein und arteigen zu handeln, als sich durch Annahme von Geldspenden zu erniedrigen. Der notwendige Adel des großen Denkens fehlt auch der Heidelberger Universität, die sich Geld aus Amerika für einen Neubau schenken ließ. Zum Teil vielleicht

von gutdenkenden Amerikanern, zum Teil aber auch von den wütendsten Hetzern gegen Deutschland. So z. B. von den Mitgliedern des jüdischen Bankhauses Loeb, Kuhn u. Ko., dessen Chef Otto Hermann Kahn mit seinem Namen gezeichnete Hetzplakate in Amerika ankleben und gleiche Flugblätter von französischen Fliegern abwerfen ließ. Ein Bursche, der erklärte, er schäme sich eines jeden Tropfen deutschen Blutes (das er nicht einmal hat), das in seinen Adern rolle. Und derartigen Gesellen mußte ein Rektor einer deutschen Universität seinen „unauslöschlichen Dank" aussprechen, einen Dank für Groschen von den vielen Millionen, die sie dank übler Börsenschiebungen „verdient" hatten, ja die vielleicht aus dem Fonds der deutschen Milliardentribute selbst stammten.

Solange solche Dinge möglich sind, haben wir überhaupt noch keine deutschen Universitäten. Aus dieser Einsicht aber ergibt sich eine zweite: daß es zunächst gar nicht so sehr auf Einzelprogramme der Hochschulreformen ankommt, nicht so sehr also auf neue Gedanken als auf ein neues Denken. Ein Gedanke: unbedingte Vertretung deutscher Nationalehre genügt vollkommen, um alles Leben auch auf den Hochschulen zu beflügeln. Daraus ergibt sich das weitere — fast von selbst — als Teilaufgabe.

卐

Alles Vorstehende bitte ich nicht als nörgelnde Vorwürfe aufzufassen. Ich kenne die Schwierigkeit, manches Alte von sich werfen zu müssen, die Beschaulichkeit des Gelehrten zu verlassen, auf Studentenfreuden früherer Zeiten zu verzichten. Aber auch unsere Zeit hat ihre Romantik, eine Romantik allerdings, die nicht von Ludwig Richter und Moritz von Schwind ist, wohl aber an Jahn und Arndt gemahnt, an die rauschenden Burschenfahnen der Freiheitskriege und an den tiefen Ernst von 1914. Die stählerne

Zeit hat ihre eherne Romantik geboren. Der Dienst für den feurigen deutschen jungen Nationalismus mit allen Folgerungen: das ist die Romantik von heute — und morgen. Wer will diesem Dienst nicht Folge leisten?

Hakenkreuz und Stahlhelm.

„Völkischer Beobachter", 23. Juni 1929.

Am 1. August 1914 begann die Weltrevolution des Nationalismus. Diese Tatsache steht weltgeschichtlich aufgereckt vor den Augen aller Sehenden, selbst wenn sie auch Millionen noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Und zwar deshalb nicht, weil die nationalistische Revolution noch durch die letzten großen und deshalb doppelt gefährlichen Kämpfe des internationalen Marxismus überdunkelt wird, der nur zu sehr das Heraufkommen einer neuen Zeit wittert, sie sogar als Feind deutlicher empfindet als viele Träger der neuen Epoche selbst.

Dieser neugeborene Nationalismus ist seinem Wesen nach unbedingt. Deshalb muß er — nach selbstverständlicher Ablehnung des marxistischen Landesverrats — sich auch von jenen Menschen säubern, die ihn einst verrieten aus Schwäche, Feigheit oder Ideenlosigkeit. Das waren jene liberalistischen Gruppen, die ohne Widerstandskraft gegenüber dem Marxismus selbst auf Kanzlerposten waren, die als politische Parteien weiter jene Ursachen darstellten, die der Sozialdemokratie überhaupt erst eine wirksame Propaganda ermöglicht hatten: Kastendünkel, weltfremde Gelehrsamkeit, rein „wirtschaftliches" Denken, das Volkskraft nur als mechanische Äußerung wertete usw. Diese Gruppen reichten von der Demokratie bis zu der Deutschnationalen Volkspartei einschließlich.

Hinzu kam ein unsauberer Dynastizismus, der Höflingswesen über Volksinteressen setzte und weltenfern war von

jenem Freiherrn vom Stein, der seinem König die Wahl stellte zwischen Freiheitskrieg und Festung.

Es war politisch zwingend, den tiefen Nationalismus von 1914 durch eine neue Front über 1918 hinüberzuretten und das liberalistische Bürgertum ebenso zu verlassen wie die Sozialdemokratie. Die Geburt dieser Erkenntnis war der Gründungstag der nationalsozialistischen Bewegung.

卐

Aus Stahlhelmkreisen stammt das Wort vom „Frontsozialismus", d. h. die Bekundung einer Volksgemeinschaft und die Erkenntnis auch einer sozialen Schicksalsgemeinschaft. Dieses Erlebnis war die echte Neugeburt eines deutschen Sozialismus, d. h. ein dem Marxismus todfeindlicher Vorgang. Er begriff in sich die Ausschaltung aller Giftkeime, die durch Marx und die jüdische Presse in die deutsche Arbeiterbewegung hineingetragen worden waren. Zum ersten Male bot sich die Möglichkeit, die beiden großen Bewegungen des 19. Jahrhunderts — den Nationalismus und den Sozialismus — von allem Plunder zu säubern, aus der Kampfstellung eine Einheitsfront zu bilden. Diese Möglichkeit wurde verpaßt. Sie wurde aber Tat durch die Gründung der NSDAP.

卐

Die nationalsozialistische Bewegung ringt also vom ersten Tage an gegen marxistischen Volksverrat und bürgerliche Versumpfung; so klein sie anfangs auch war, so wurde sie doch vom Bewußtsein getrieben, die kostbarsten Ideen unserer Zeit zu bergen, Hüterin des größten Vermächtnisses zu sein und Künderin einer echten großdeutschen Zukunft.

Sie ringt heute, in großartigem Aufstiege begriffen, auch um die Seele eines jeden Stahlhelmers. Sie sieht, wie das

Leben den Bund der Frontsoldaten bereits in Auseinandersetzungen mit der Stresemannpartei gebracht hat, weil eben die charakterlichen Voraussetzungen beiderseits ganz andere waren. Das Leben wird den „Stahlhelm" auch zu weiteren scharfen Grenzstrichen zwingen. Nur fragt es sich, wieviele verfehlte Versuche zur Neubelebung morscher Existenzen denn noch gemacht werden sollen.

Wenn heute und morgen die feldgrauen Kolonnen durch München ziehen, so grüßt sie jeder Deutsche als Zeichen einer einst großen Zeit. Wir Nationalsozialisten aber fragen darüber hinaus: Wollen diese Männer auch der Zukunft durch machtpolitische Erziehung im Sinne eines neuen Staatsideals dienen? Wollen sie unfähige parlamentarische Gebilde künstlich weiterbeleben, oder wollen sie junges Leben im Kampf gegen innerlich schwächer werdende, aber organisatorisch noch starke Gewalten unterstützen? Wollen sie die „Bürger" fördern, die soeben wieder um Koalition mit der Sozialdemokratie betteln, der SPD. also, die offen nach einem Verbot des Stahlhelms schreit?

Die Front von 1914 ist heute das ganze Volk. Aus Frontsozialismus ist deshalb Nationalsozialismus geworden. Das alte scheinnationale System hat sich selbst aufgegeben, ist also innerlich unfähig, an der Spitze einer deutschen, feurig nationalistischen Wiedergeburt zu marschieren. Diese Grunderkenntnisse sind heute Gemeingut vieler Stahlhelmer; sie sollten sich durch keine überlebten Rücksichten abhalten lassen, für sie innerhalb ihres Bundes zu kämpfen. Und wenn der Nationalsozialismus — der gestern den Schirmern des Reiches seinen Gruß entboten hat — heute auch die Unterschiede hervorhebt, so nicht aus Kritiksucht, sondern aus dem Bewußtsein einer Übereinstimmung im Willen: im Bewußtsein, daß glühende Liebe zum deutschen Gedanken uns allen gemeinsam ist, daß aber über Grundlagen politischer Wertungen und über Wege des politischen Machtkampfes auch ein offenes, männliches Wort gespro-

chen werden muß, wie auch wir es gegebenenfalls gerne vom „Stahlhelm“ hören.

Als der erste spanische Eroberer amerikanischen Boden betrat, ließ er alle Schiffe hinter sich verbrennen. Wer für die deutsche Zukunft kämpfen will, hat die Pflicht, ähnliches zu tun. Nur mit einem Geiste, der alles hinter sich zu lassen imstande ist, werden die Kämpfe großer Zeitalter durch einen Sieg entschieden.

Umbruch.

„Völkischer Beobachter“, 25./26. August 1929.

1929 führte die NSDAP. mit großer Energie ihren Kampf gegen die Annahme des Young-Plans. Dies fand in dem damals angesetzten Volksbegehren gegen den Young-Plan seinen Ausdruck. Die deutsche Regierung hatte ihre Vertreter nach dem Haag gesandt und wurde dort vor allem von französischer Seite stark unter Druck gesetzt. In dem nachfolgenden Aufsatz wandte sich Alfred Rosenberg sowohl gegen die unerhörten Anschauungen von Briand wie gegen die schwächliche Verhandlungsweise der deutschen Vertretung in Den Haag.

Soeben hat Briand erklärt, der Youngplan belaste Deutschland durchaus nicht bis zur Höchstgrenze, er beruhe auf bewußter Unterschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit und es bestehe keinerlei Veranlassung, vom Dawesplan abzugehen, solange der Youngplan nicht von den Regierungen angenommen worden sei.

Diese Worte Briands sind bewußte politische Faustschläge in das Gesicht Gustav Stresemanns, die Antwort auf die ergebene Anfrage nach „Informationen“, was die Großmächte mit der souveränen schwarzrotgoldenen Republik jetzt eigentlich vorhätten. Ob sie nicht doch ein kleines Provisorium genehmigen würden, da der Silberstreifen der Wirtschaft untragbar geworden sei und man doch die

58 Jahre Versklavung am liebsten sofort unterschreiben wolle?

Beinahe scheint es, als ob das Schicksal Deutschland unverdientermaßen selbst auf die richtige Bahn verhilft. Denn es ist nicht anzunehmen, daß der britische Schatzkanzler Snowden sich nur um die Gelder zankt. Die Tributsummen dienen ihm vielmehr nur als handgreifliches Mittel, um Großbritannien aus der Umklammerung Frankreichs zu lösen. Snowdens Rede im britischen Unterhaus, die er vor seiner amtlichen Tätigkeit gehalten hatte, war durchaus Überzeugung. Seine Handlungsweise kommt nun außerdem einem Allgemeinempfinden Englands entgegen.

Ganz gleich aber, welche Hintergründe hinter Snowdens Haltung zu suchen sind: die Tatsache, daß England um verhältnismäßig geringe Summen es auf die Sprengung der Haager Konferenz ankommen läßt, diese Tatsache allein hätte schon die Berechtigung eines deutschen Kampfes erwiesen, gegen die ungeheuerliche Tributsumme von 116 Milliarden anzukämpfen. Dagegen hatte der sogenannte Reichskanzler Hermann Müller nach der Pariser Konferenz nichts eiligeres zu tun, als dem Vorsitzenden Young ein Danktelegramm für die „aufopfernde Mitarbeit“ zu senden! Und die gesamte sogenannte Reichsregierung nahm unumwunden den Youngplan als Verhandlungsgrundlage an, anerkannte also den Tatsachen zuwider die Möglichkeit seiner Erfüllung. Wir haben die Dawestribute der „Schonjahre“ mit gepumpten Geldern bezahlt, 15 Milliarden Schulden aufgehäuft und nun dankt ein Reichskanzler für 58 Jahre weiterer Sklaverei!

Die gesamte Reichsregierung gehört allein dieses Müller-Telegramms wegen vor einen deutschen Staatsgerichtshof.

Stresemann hat von der „Verhandlungsgrundlage“ aus die „Gesamtliquidierung“ des Krieges gefordert: sofortige Räumung des Saargebiets und der besetzten Gebiete. Die Antwort war die Ausschaltung der Saarfrage überhaupt

und die bewußte Verschleppung der Rheinland-Unterhandlungen. Trotzdem bettelt die Vertretung der Republik um Annahme des Youngplanes.

An anderer Stelle dieses Blattes veröffentlichen wir den „Offenen Brief eines britischen Offiziers an Macdonald", in dem im Interesse der Selbstachtung Englands der endgültige Bruch mit Frankreich gefordert wird. Wir überschätzen derlei Veröffentlichungen nicht, sie sind aber vielleicht Zeichen eines Umbruchs. Das deutsche Volk hat alle Ursache, alle Kräfte zu fördern, die sich von Frankreich lösen wollen; sonstige Einstellungen, die vielleicht manche zu England bewegen mögen, haben dabei zurückzutreten.

Man soll keinem bloßen Wunschbild nachjagen, als sei ein Bruch zwischen London und Paris vollzogen, wenn auch das Wort eines französischen Delegierten nach Snowdens ersten Reden: „Das ist das Ende der Entente" eine klare Stimmung wiedergibt. Aber ebenso soll man sich von dem Dogma hüten, als sei „der westliche Kapitalismus" eine untrennbare englisch-französische Einheit. Die „Sieger" und die „Besiegten" sind nicht für Ewigkeiten feststehende Fronten (vielmehr war die „Sieger"-Entente eine schwere Notgeburt). Mit derlei schematischen Behauptungen wird keine deutsche Außenpolitik getrieben, sondern intellektualistische Konstruktion. Es ist auch keine Grundlage für eine praktische Politik, zu erklären, man müsse unbedingt mit Staaten paktieren, die „an Versailles unbeteiligt" seien. Das ist ebenfalls kein politisches, sondern rein schematisches Denken: denn auch Verträge sind nicht ewig und von je in der Geschichte von den vertragschließenden Teilen selbst beseitigt worden, wenn die Zeiten dazu reif geworden waren.

Auch der gegenwärtige Konflikt im Haag ist deshalb nicht von Lehrsätzen aus zu bewerten, sondern allein auf seine nüchterne Tatsächlichkeit hin.

Das Young-Attentat gegen die deutsche Arbeit.

„Völkischer Beobachter", 25. September 1929.

Anfangs September 1929 fand ein Sprengstoffattentat auf den deutschen Reichstag statt. Ernsthafter Schaden geschah hierbei nicht. Die Roten beschuldigten sofort die NSDAP., sie sei hierfür verantwortlich. Daraufhin setzte Adolf Hitler nach einem energischen Einspruch gegen diese Gerüchte eine Belohnung für denjenigen aus, der den Täter entdeckte. Es fanden dann zahlreiche Verhaftungen, vor allem von verzweifelten Bauern aus Niedersachsen statt, die mit dem Attentat in Verbindung gebracht wurden, jedoch mit der NSDAP. nichts zu tun hatten. Der Schlag, den die Regierung gegen die nationalsozialistische Bewegung zu tun beabsichtigte, indem sie diese des Attentats bezichtigte, ging vollkommen ins Wasser. Der Bombenleger-Prozeß schleppte sich dann noch lange hin, um später im Sande zu verlaufen.

Die sogenannte Bombenaffäre in Berlin, die vom Marxismus und der Demokratie aufgebauscht wurde, um vom Verbrechen der Young-Versklavung abzulenken, hat auch die Sozialdemokratische Partei Bayerns nicht schlafen lassen. Soeben gibt sie ein vierseitiges Flugblatt heraus, in dem sie an die Bombenattentate anknüpft, um „gegen die politische Verhetzung" anzukämpfen und die Sozialdemokratie Judko Barmats als ehrliche Volksbewegung anzupreisen. In diesem Flugblatt heißt es u. a., um die Young-Versklavung schmackhaft zu machen: „Die deutsche Jahresleistung für 1929/30 ist von 2500 Millionen RM. herabgesetzt auf 1800 Millionen und steigt auch in den Folgejahren nicht annähernd auf den Regelbetrag des Dawesplans. Der Wohlstandsindex ist weggefallen. Der Reparationsagent verschwindet. Die Pfandhaftung der Eisenbahn, der Zölle, der Industrie usw. wird aufgehoben."

Soviel Worte, soviel Lügen! Auf dem Papier macht sich das ganz gut, um die sogenannte Erleichterung darzustellen,

in Wirklichkeit aber sieht es so aus, daß wir nicht etwa „nur" 1800 Millionen RM. (eine bereits unerschwingliche Summe) zu zahlen haben, sondern 2187 Millionen RM.! Hinzu kommen noch mehr als 200 Millionen RM. gesonderte Leistungen, Besatzungskosten usw., die in den Dawessummen mit einbegriffen waren, während sie im Youngplan ganz harmlos nebenher laufen. Der Jahresdurchschnitt der ersten 37 Jahre der Youngversklavung beträgt über 2400 Millionen RM. insgesamt. Nimmt man hinzu, daß der Dawesplan sich bis zum Jahre 1961 erstrecken sollte, der Youngplan aber über die 37 Jahre hinaus noch bis zum Jahre 1988 weiterläuft, so zeigt das auch, daß von einer Erleichterung nicht die Rede ist und daß die geringe Summe (für 1929 ist sie bereits vom genialen Hilferding aufgebraucht), die in den ersten Jahren angeblich erspart werden kann, später durch die Verlängerung der Zahlung mehr als eingeholt wird.

Der „Reparationsagent" verschwindet zwar aus Berlin, aber nur um sich eine Residenz zu schaffen für eine noch konzentriertere Regierung über ganz Deutschland, die entweder in Brüssel oder in Zürich als internationale Weltbank zusammentreten wird. Dadurch sind die Herren in einem neutralen Lande auch vor jedem persönlichen Zugriff in bezug auf ihre Wirtschaftsspionage gesichert. Und was die Eisenbahn anbetrifft, so wird die deutsche Arbeiterschaft auch hier belogen, denn ausdrücklich steht im Youngplan, daß die deutsche Reichsbahngesellschaft während der Geltungsdauer des Planes ihre Eigenschaft als privates Unternehmen ohne Einmischung der deutschen Regierung beibehält. Und weiter heißt es wörtlich: „Der Ausschuß hat weiterhin die Lage hinsichtlich der verpfändeten Einnahmen untersucht. Da diese Einnahmen als Nebensicherheit für den Dienst der deutschen auswärtigen Anleihe von 1924 verpfändet sind, erachtet er es für unmöglich, ihre restlose Freiheit zu empfehlen."

Nach diesen ersten Lügen fährt das Flugblatt fort: „Der Sieg der Gegner des Haager Abkommens im Volksentscheid würde für Deutschland den Rückfall in das Elend des Dawesplanes, Währungsverfall und Aufschub der Räumung der Rheinlande bis 1935, wenn nicht noch für später bedeuten." Das ist ein ungemein liebliches Geständnis! Als wir vor fünf Jahren erklärten, daß der Dawesplan ein ungeheures Elend für das deutsche Volk bedeuten müsse, daß schon nach wenigen Jahren die deutsche Währung bedroht werden würde, trotz aller sogenannten Sicherungen, da wurden wir von Sozialdemokraten und Demokraten in wüstester Weise beschimpft. Dabei hat die Sozialdemokratie das deutsche Volk über den Dawesplan ganz bewußt belogen und ihn als einen der größten Erfolge verherrlicht. Am 30. August 1924 heißt es im Leitartikel des „Vorwärts", „daß die Hetze gegen die republikanische Außenpolitik endlich einmal aufhören müsse" und weiter:

„Die Annahme der Dawesgesetze mit den Stimmen der Deutschnationalen, die Kapitulation der Deutschnationalen vor dem Gedanken der Verständigung war ein ungeheurer Erfolg der Sozialdemokratie. Sie hat diese Politik eingeleitet ... Gegen sie und die außenpolitischen Forderungen brandete der Haß der Deutschnationalen empor. Die Kapitulation der Deutschnationalen vor den sozialdemokratischen außenpolitischen Forderungen am 29. August 1924 war ein Triumph ihrer Politik."

Das war vor fünf Jahren! Was damals der „Triumph" und der „ungeheure Erfolg" der Sozialdemokratie war, wird heute dem gleichen deutschen Volk als das „Elend des Dawesplanes" vorgeführt, um Stimmung zu machen für eine noch größere und weiterdauernde Versklavung.

Nach dieser Leistung schwingt sich das lügnerische Flugblatt dazu auf, das Volksbegehren als eine Gewissenlosigkeit und ein Verbrechen am deutschen Volke zu erklären, um dann zu beteuern, daß die Last der Reparationen, die bisher fast ausschließlich von den Werktätigen getragen

werden mußte, nun auch auf die Schulter der Besitzenden gelegt würde! Das ist die alte Lüge, die man vom Kriege her schon kennt. Damals hieß es, es sei für das deutsche Volk gleichgültig, ob es den Krieg gewinne oder verliere. Im letzten Falle würde nur der Großkapitalismus zu zahlen haben, während die internationale Solidarität der Arbeiterklasse dafür bürgen würde, daß die arbeitenden Klassen frei von Tributen ausgehen würden. Diese Versprechungen sind als eitle Lüge durch die Tatsachen entlarvt worden, und das Geständnis allein, daß bisher hauptsächlich das schaffende Volk zu fronen hatte, ist in sich schon ungeheuer wertvoll, wenn man bedenkt, daß seit 10 Jahren ununterbrochen die Sozialdemokratie mit ihren schwarz-rot-goldenen Koalitionsparteien Deutschland regiert.

Zum Schlusse heißt es, daß die Sozialdemokratie die wahre Quelle des deutschen Glückes sei und daß die Vereinigung aller Werktätigen „eine unüberwindliche Macht" darstelle. Nun glauben auch wir, daß, wenn sich alle Werktätigen auch wirklich vereinigen wollten, sie tatsächlich eine ungeheure Macht darstellen, daß aber, solange sie unter sozialdemokratischer Führung stehen, sie alle nur ausgenützte Mittel der Versklavung unter die internationale Finanz sind. Das ist nicht eine allgemein ausgesprochene Verdächtigung, sondern läßt sich sogar aus dem „Vorwärts" belegen. Am 16. Juni 1929 beschäftigte sich dieses sogenannte Arbeiterblatt ebenfalls mit dem Youngplan und spricht über die Gründung der internationalen Bank folgendes: „Die deutschen Reparationszahlungen werden ihren Weg zu den Gläubigern über eine Organisation gehen müssen, die mit allen großen Finanzmächten der Welt durch Zusammenarbeit verbunden ist." Allein dieser Satz ist schon vernichtend für die sozialdemokratische Politik, denn er enthält in sich die Bestätigung einer internationalen kapitalistischen Weltregierung, die durch die Annahme des Youngplanes ermöglicht wird, ermöglicht durch die Lüge auch der

Sozialdemokratie, daß der Youngplan für Deutschland eine Erleichterung bedeutet.

Weiter heißt es in dem Aufsatz des „Vorwärts“, daß mit dieser Bank eine „mächtige, internationale, kapitalistische Organisation“ ins Leben gerufen werde, und dann wörtlich:

„Die Sachverständigen haben damit gerechnet, daß die organisierte Arbeiterschaft ihrer Einstellung zu den kapitalistischen Organisationen gemäß, für sich eine Beteiligung bei der Kontrolle der neuen Bank fordern werde.“

„Um die Erfüllung dieser Forderung von vornherein zu verhindern, haben sie ausdrücklich bestimmt, daß nur die Vertreter der Finanz, der Industrie und des Handels in das Direktorium der Bank ernannt werden dürfen. Noch eine Bestimmung des Youngplanes, die dem kapitalistischen Geiste seiner Verfasser entsprungen ist und die man in Kauf nehmen muß.“

Aus diesem für die Sozialdemokraten vernichtenden Bekenntnis, daß die sogenannte „organisierte Arbeiterschaft“ überhaupt nichts zu sagen hat, daß selbst ihre dem Weltkapitalismus folgsamen Führer nicht einmal zu Unterhandlungen zugelassen werden, sondern vor der Haustüre auf die Befehle warten müssen, zeigt die ganze Lüge des sozialdemokratischen Flugblattes, als ob die Tribute jetzt auf die Kapitalisten und nicht auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden würden.

Die volksverratende Sozialdemokratie muß also die schlimmste Versklavung einfach „in den Kauf nehmen“ und müht sich jetzt weiter darüber hinaus ab, dies als eine Erleichterung der deutschen Lage uns vorzulügen.

Köstlich ist es, dann im Flugblatte weiter zu lesen:

„Seht euch die Riesenorganisationen des Kapitals an, die Kartelle, Syndikate, die Unternehmerverbände und die großen kapitalistischen Parteien. Eure Rettung und eure Wohlfahrt ist der Zusammenschluß in der sozialdemokratischen Partei! Schafft euch und eueren Kindern eine bessere Zukunft.“ Diese Worte nehmen sich angesichts des Ge-

ständnisses des „Vorwärts“ vernichtend aus und außerdem gewinnt man, was die versprochene bessere Zukunft der Kinder anbetrifft, erst das richtige Verständnis, wenn die Sozialdemokratie die Annahme des Youngplanes befürwortet, der nicht nur die jetzige Generation versklavt, sondern auch noch zwei weitere Geschlechter. Wer also die sozialdemokratische „Münchener Post“ halten will, wie es am Schlusse des Flugblattes gefordert wird, der unterstützt ganz unmittelbar die Young-Finanz, der unterstützt die Versklavung der deutschen Nation, fördert den organisierten Volksbetrug der Sozialdemokratie. Deshalb fordern wir alle schaffenden Deutschen auf, die nationalsozialistische Presse zu beziehen, um dieser finanzkapitalistisch-marxistischen Versklavungspolitik einen energischen Widerstand der deutschen Arbeit in Stadt und Land entgegenzusetzen. Die nationalsozialistische Bewegung ist die einzige, die diesen Kampf seit zehn Jahren ununterbrochen und folgerichtig durchkämpft, auch gegen jede bürgerliche Schwachheit und Feigheit.

Die Erinnerungen des Lord d'Abernon.

„Völkischer Beobachter“, 13. November 1929.

Soeben ist der zweite Band der Erinnerungen des ehemaligen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon, unterm Titel „Ruhreinmarsch“ erschienen. Der Verfasser zeigt sich durchaus als ein Befürworter der „Zusammenarbeit“ zwischen den Staaten England, Frankreich und Deutschland, unter der immer wieder betonten Form einer Kontrolle über die deutschen Finanzen, wobei er aber von den Methoden Poincarés abrückt. Er ist der Ansicht, daß das heutige Deutschland mürbe genug ist, um derartiger Zwangsmaßnahmen nicht mehr zu bedürfen. Demgemäß erhalten Stresemann und Erzberger Belobigungen, während die

Versuche, das deutsche Volk zu beurteilen, von einer gewissen Beschränktheit sind, was doppelt auffällt angesichts der Selbstgefälligkeit, die bei Lord d'Abernon ständig hervorbricht.

Abgesehen aber von diesem rein Persönlichen beanspruchen die Erinnerungen allerhöchstes Interesse, da hier ein vollkommen nüchterner Engländer trotz aller gewählten Ausdrucksweise doch Dinge berichtet und Urteile fällt, an denen wir nicht vorübergehen können, wollen wir nicht die starke Triebfeder der britischen Außenpolitik übersehen.

Der englische Botschafter veröffentlicht in ausführlicher Weise seine Tagebuchblätter über die Zeit des Ruhreinmarsches und des sogenannten passiven Widerstandes. Er bedauert, daß London sich Poincaré gegenüber nicht fester gezeigt habe, da die vielgerühmte Halsstarrigkeit Poincarés angesichts eines starken Willens doch zurückweiche. Er stellt dann fest, daß das deutsche Volk sich in einmütiger Empörung zusammengeschlossen habe wie noch nie, vermerkt aber dann ebenso richtig:

„Die einzige Klasse, die hier noch zum Kompromiß neigt, sind die Juden, aber dies ist mehr auf ihre Liebe zum Kompromiß an sich und ihre nicht genügend starke Empörung gegen Gewaltakte als auf eine durchdachte Stellungnahme oder politische Orientierung zurückzuführen."

Die Abschwächung vermag die Richtigkeit der Feststellung nicht zu ändern, wobei dann auch über Landesverrätereien berichtet wird:

„Die Franzosen haben sich von Einflüsterungen gewisser untergeordneter Vertreter in Deutschland beeinflussen lassen und glaubten, daß die Deutschen sich den schroffen Maßnahmen ohne weiteres beugen würden."

Wie man sieht, war der Verrat, den wir 1923 feststellten, nachweislich am Werke. D'Abernon stellt jedoch immer wieder den Widerstandswillen der Nation fest. So auch am 29. Januar, wobei er jedoch hinzufügt:

„Ich sage absichtlich bis heute, denn einige gute Kenner des Landes glauben, daß die Deutschen den Druck der Lebensmittelnot nicht aushalten und nach zwei oder drei Wochen nachgeben werden. Dies ist zwar die Meinung einer Minderheit, aber einer sehr intelligenten, denn sie besteht zum großen Teil aus Juden."

Diese Feststellungen sind jetzt nicht mehr aus der Welt zu schaffen, und es wird eine Zeit kommen, da ein deutscher Staat sie berücksichtigen wird. Um so mehr, als d'Abernon erklärt:

„Es ist für die französische Mentalität symptomatisch, daß Loucheur nur über französische Sicherheit spricht. Die Ruhrbesetzung hat gezeigt, daß die wirkliche Gefahr der militärischen Gewalt viel eher von Frankreich als von Deutschland droht."

„In seiner technisch-militärischen Einstellung unterschätzt der Deutsche die Tatsache, daß in zehn Jahren Deutschland 75 Millionen Einwohner und Frankreich 35 Millionen besitzen wird. Er sieht nicht die Möglichkeit, diese 75 Millionen mit Kanonen, Flugzeugen und einer militärischen Organisation auszustatten, und weiß nur, daß die 35 Millionen sie jetzt besitzen und behalten werden. Deshalb hält er sein Land für schwächer, als es wahrscheinlich ist und zeigt sich um so eher bereit, auf gegenseitige Garantien des Nichtangreifens einzugehen."

Diese hier festgestellte Schwäche hat der britische Botschafter dann später bei Einleitung der Locarnoverhandlungen ausgenutzt.

卐

Weltpolitisch von Bedeutung sind die Betrachtungen über das Verhältnis Englands zur Entente, Deutschland und Rußland. Nachstehend einige Auszüge aus diesen Bekenntnissen:

„Vom Standpunkt der englischen Politik werden wir vor das große Problem gestellt: Ist ein großes, geschlossenes Reich für uns erwünscht? Amerika bejaht entschieden die Frage, weil es ein starkes Rußland, wahrscheinlich als Gegengewicht zu Japan, braucht. Im englischen Interesse liegt es sicher nicht. Solange es ein starkes Rußland gibt, ist Indien arg bedroht."

„Es ist psychologisch nicht denkbar, daß Rußland und Polen lange in derselben Gruppierung bleiben würden. Eine der wichtigsten Fragen,

die die künftigen Vereinbarungen beeinflussen wird, ist das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland. Ich persönlich halte eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland, die eine Loslösung Frankreichs von Polen bedeuten würde, für durchaus wahrscheinlich. Rußland wird hauptsächlich von Frankreich Geld und Polens Kopf verlangen."

„In Wirklichkeit gibt es zwei unversöhnliche Bündnisgruppen, die um die Vorherrschaft in Mitteleuropa ringen: ein Nord- und Südbündnis zwischen Deutschland, Österreich und Italien und ein Ost- und Westbündnis zwischen Frankreich, der Tschechoslowakei und Polen. Diese beiden elektrischen Anschlüsse kreuzen sich in Süddeutschland, hauptsächlich in Bayern. Da sie sich kreuzen, können sie nicht bestehen, der eine muß dem anderen weichen."

„Der italienische Botschafter in Berlin — dem Äußeren nach eine auffallende Mephistogestalt — ist ein Mann mit eigenen und unabhängigen Ideen, die er ganz offen zum Ausdruck bringt. Man hört bei ihm häufig folgende Argumentierung: „Was war das für ein unverzeihlicher Fehler, daß man Deutschland entwaffnete, ohne Frankreich zu entwaffnen. England mag und wird sicherlich in Zukunft darunter zu leiden haben, aber unser armes Italien leidet schon heute. Diese Tatsache beherrscht unsere ganze Außenpolitik. Wir befinden uns in einer furchtbaren Not."

Der englische Botschafter unterstreicht diesen Gedanken dann selbst, wenn auch in vorsichtigerer Form:

„Es ist sogar möglich, daß, falls die Theorie des Gleichgewichts der Macht wieder zur herrschenden Auffassung der englischen Politik werden sollte, künftige Kritiker es als einen Fehler betrachten werden, daß man im Jahre 1922 Deutschland so weit entwaffnete, ohne die anderen europäischen Mächte zur Abrüstung zu zwingen."

Lord d'Abernon bestätigt also auch unsere Stellungnahme: daß sich die britische Außenpolitik seit 1918 nicht durch zielbewußte Energie ausgezeichnet hat, daß also namentlich Austen Chamberlain ein Schaden für großbritannische Interessen gewesen ist. Lord d'Abernon faßt seine politische Gesamtschau dann am 23. August 1923 folgendermaßen zusammen:

„Wenn man sich mit der Lage in Mitteleuropa und mit dem Problem der von England zu verfolgenden Politik beschäftigt, kommt man zuerst zu der Schlußfolgerung, daß es das wesentliche Interesse Englands ist, den Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern. So-

lange Deutschland ein zusammenhängendes Ganzes bleibt, gibt es mehr oder weniger ein Gleichgewicht in Europa. Sobald Deutschland auseinanderfällt, verschwindet das Gleichgewicht. Frankreich behält die unbestrittene militärische und politische Herrschaft, die sich auf sein Heer und seine militärischen Bündnisse stützt.

Viele der Argumente, die im Jahre 1914 gegen Deutschland Geltung hatten, könnten heute gegen Frankreich angewandt werden. Damit ist noch nicht einmal der ganze Sachverhalt erschöpft, denn der Dreibund war durch die russisch-französische Allianz ausgeglichen, während heute Frankreich und die kleine Entente keinerlei Gegengewicht besitzen. Es wäre sinnlos, einen Streit vom Zaune zu brechen, aber es hat um so mehr Sinn, sich einer weiteren Steigerung des Diskrepanz der Machtverteilung zu widersetzen.

Man muß ein sehr schlechter Kenner der nationalen Psychologie sein, wenn man annimmt, daß eine französische Regierung, die den Kontinent beherrschen würde, wie ihn Napoleon nach Tilsit beherrschte, englandfreundlich bliebe. Man könnte sich kaum in einer alberneren Hoffnung wiegen. Es ist ebenso unwahrscheinlich, daß wir unter solchen Umständen franzosenfreundlich sein könnten. Gerade weil ich die Erhaltung der französisch-englischen Entente wünsche, muß ich die Existenz eines starken Deutschlands wünschen."

Diese Bekenntnisse sind außerordentlich beachtenswert. Ohne daß wir auf ihnen Wunschbilder aufbauen wollen, sind sie doch ein Beweis dafür, daß es eben organische Gegensätze gibt, die nicht auf die Dauer mißachtet werden können.

Das deutsche Bauernsterben in Sowjetrußland.

„Völkischer Beobachter", 24./25. November 1929.

Seit Wochen lesen wir von der furchtbaren Tragödie der deutschen Bauern in Rußland. Jahre über Jahre haben sie geduldet und gelitten, ohnmächtig inmitten einer Vielmillionenflut feindlicher Menschen. Während des Krieges stahlen die russischen Genossen ihnen ihre Viehherden, nach der Revolution gingen blühende Kolonien in jüdische

„Pächter“hände über, zum Teil haben die um die deutschen Dörfer gelegenen faulen Russen sich die Frucht deutschen Fleißes gewaltsam angeeignet, selbst wenn es größeren Siedlungen, z. B. an der Wolga, auch gelang, sich zu erhalten. Und jetzt waren sie am Ende des Duldens angelangt. Sie verließen die seit Jahrhunderten bearbeitete Erde und strömten nach Moskau, um von dort nach Kanada zu fahren.

Der Rest des germanischen Widerstandswillens war erwacht, der nicht länger widerstandslos leiden und immer leiden wollte wie der Russe: die deutsche Rückwanderung setzte ein aus den meisten deutschen Siedlungen. Zu Zehntausenden strömten die Verzweifelten zusammen. Die Moskauer Parasitenregierung forderte von jedem eine hohe Summe für das Visum, die natürlich viele der letzten Mittel entblößte, anderen aber unerschwinglich war. Die deutsche Botschaft hatte sich der Blutsgenossen ebenfalls so gut wie gar nicht angenommen, die kanadischen Glaubensgenossen — die deutschen Glaubensgenossen sind großenteils Mennoniten — konnten auch nicht für alle das Einreisevisum erlangen, und so sehen wir die neuen Opfer des Bolschewismus dem furchtbarsten Schicksal angesichts des herannahenden Winters preisgegeben. Schon verfrachtet die Sowjetregierung die unbequemen Zeugen ihrer Ausbeutungspolitik in Viehwagen und treibt sie zurück in ihre verlassenen Hütten, die wohl jetzt schon von anderen besetzt sind.

Hindenburg hat zunächst 200000 Mark gestiftet, das Reich sechs Millionen. Es ist richtig darauf hingewiesen worden, daß alles auf die Form der Hilfeleistung ankommt. Aller Geldwechsel geht durch Sowjethände, und da die Kaufkraft des Tscherwonez im Handel bedeutend niedriger ist als beim offiziellen Kurs, würden von 200000 Mark rund 140000 an den schmierigen Händen der Sowjetbankiers hängen bleiben, wobei es noch sehr unsicher ist, ob das übrige an die richtige Adresse gelangt.

Jedenfalls ist das Elend der deutschen Bauern furchtbar, und wieder vermindert sich deutsches Bluterbe, deutscher Besitz, der von mongoliden Fluten aufgesogen wird.

Aber über dieses Trauerspiel hinaus ist der Deutschenmord im Sowjetparadies ein drohendes Gleichnis für alle jene, welche vom „neuen Staat“, vom „jungen Volk“ im Osten zu schwärmen nicht aufhören, die im Bolschewismus eine „Bauernbefreiung“ erblicken, Stalin als „Nationalrussen“ hinstellen und „als einen der größten Staatsmänner der Gegenwart“ beloben. Das sind, wohlverstanden, nicht Kommunisten, sondern Menschen des nationalistischen Lagers, deren auf ein Bündnis mit Sowjet-Rußland hinauslaufende außenpolitische Konzeption sie dazu verleitet, den Bolschewismus selbst als eine ideenhaltige, großartige Angelegenheit zu behandeln.

Dabei liegen die geschichtlichen Tatsachen doch so, daß der Nationalrusse Stolypin ein Agrarprogramm ausgearbeitet hatte, das bei vollendeter Durchführung das russische Bauerntum dem Ziel seiner Sehnsucht — Land — sehr nahe gebracht hätte. Ein Herd der Unzufriedenheit wäre befriedigt gewesen und das war es, was die angeblichen Bauernfreunde nicht wollten; deshalb wurde der Jude Bogrow ausgelost und ermordete Stolypin in Kiew.

Weiter waren es die Sozialrevolutionäre, die das Bauernprogramm im Gegensatz zum Marxismus verfochten; ein Beweis dafür war, daß die gewählte russische Nationalversammlung zum überwiegenden Teil aus Sozialrevolutionären bestand. Gleich nach den Märztagen 1917 nahm sich der Bauer das Land des Gutsbesitzers. Der Bolschewismus hat das nicht gemacht, sondern mußte diese Tatsache der persönlichen Besitzergreifung zunächst einfach anerkennen. Und Lenin und Genossen, endlich im Besitz der Macht, war es die Hauptsache, sich zu erhalten, ihre Stellung zu befestigen. Es ist aber kein Jahr vergangen, ohne daß das russische Bauerntum nicht furchtbar gepeinigt und ausgesogen worden

wäre. Zahllose Revolten mußten unterdrückt werden, große Gebiete hat man durch Sperrung des Eisenbahnverkehrs einfach verhungern lassen, um 1921—1922 sind in Rußland Millionen Menschen dank der „Bauern"regierung in Moskau gestorben, ohne daß Europa ihre Schreie gehört hätte.

Es ist also eine glatte Geschichtsfälschung, dem Bolschewismus etwas zuzuschreiben, was gegen ihn geschehen ist, was man ihm mit Blut abtrotzen mußte, was er bei Stärkerwerden der Moskauer Zentrale immer wieder rückgängig zu machen versucht hat, auch wenn er Säufer wie Rykow und Trottel wie Kalinin als Aushängeschild benutzte. An die Stelle des Tataro-Kalmücken Lenin und des Juden Trotzki ist der Kaukasier Stalin getreten, ein bornierter, aber machthungriger alter Kommunist, der mit russischem Bauerntum aber auch gar nichts zu tun hat.

Der Bolschewismus bedeutet nicht die Neugeburt eines „jungen Volkes" — das sind literarische Phantasien —, sondern das Aufquellen des mongoliden Steppenblutes, wie es einst Dschingis Khan bis an die Wolga getragen hatte. Es bedeutet einen furchtbaren Blutverlust für das wirklich staatsbildende nordisch-slawisch-germanische Element, der Bolschewismus ist ein Genosse der jüdischen Zerstörungsmaßnahmen gegen die gesamtgermanische Welt. Wie immer man kühl und nüchtern eine außenpolitische Machtpolitik und gegebene Interessenkonflikte auch beurteilen mag, nie darf man vergessen, daß es sich um ein von diktatorischen Mächten noch zusammengehaltenes Völkerchaos handelt, aus dem sich vielleicht später doch noch einige gesundgebliebene Kerne aussondern können, das aber als Ganzes eine der furchtbarsten Entladungen gegen das germanische Europa darstellt, nicht bloß gegen den „westlerischen Geist", was eine rein schematische, nichtssagende Behauptung ist.

Die nationalsozialistische Bewegung hat von Anfang an diese Gefahr erkannt und in ihrem Wesen gezeichnet.

Die Ausrottung des verzweifelnden deutschen Bauerntums in Sowjetrußland gibt Anlaß, diese Erkenntnis erneut zu schärfen. Es gilt jenen Versuchen entgegenzutreten, die über außenpolitische, sachliche Erwägungen hinweg über „Errungenschaften des Ostens" zu phantasieren beginnen und dadurch dem Bolschewismus in Deutschland selbst Hilfsdienste leisten.

Kollektivismus.

Die Bauernvernichtung in der Sowjetunion.

„Völkischer Beobachter", 31. Dezember 1929.

Die „Leningradskaja Prawda", das Zentralorgan der russischen Bolschewiken, beginnt ihre Nr. 294 vom 19. Dezember 1929 mit folgenden Auslassungen: „Dieses Jahr wird in die Geschichte eingehen als das Jahr der tiefsten Umgestaltung der Landwirtschaft in der Union der Sowjetrepubliken. Nicht umsonst sprechen selbst die vorsichtigsten Vertreter der bürgerlichen Zeitungen („Neue Freie Presse", „Frankfurter Zeitung") von einer neuen blutlosen Revolution. Sie haben recht, da die Verwirklichung des Kollektivismus die Ausrottung der tiefsten, der lebendigsten Wurzeln des Kapitalismus bedeutet — des kleinen Warenhandels, aus dem täglich und stündlich die kapitalistischen Verhältnisse geboren werden.

„Deshalb steht endlich die Sache der Oktoberrevolution mit der Durchführung der Kollektivisation auf einer unerschütterlichen Grundlage; diese Revolution wird dadurch nicht nur eine nicht umzustoßende Stütze in der Stadt erhalten (wo schon lange die Vorherrschaft der sozialistischen Industrie gehört), sondern auch im Dorfe, diesem letzten Stützpunkt des Kapitalismus."

Um diesen Kollektivismus zu fördern, mußten die Arbeiter der Hauptstädte den Verdienst am 25. (!) Dezember für die Entrechtung auch des Bauerntums abliefern, was ihnen die herrschende Kaste dadurch schmackhaft zu machen sucht, daß sie diese Opferwilligen als die Führer des Weltproletariats belobte.

Wir sehen also, daß die sogenannte „Bauernbefreiung", die von verschiedenen, weniger unterrichteten Beurteilern Rußlands als ein besonderes Sowjet-Verdienst gelobt wurde, nur ein erzwungenes Zugeständnis gewesen ist. Die Bauernrevolten hatten das schon lange gezeigt, die fluchtartige Auswanderung der schwedischen und deutschen Bauern erneut bestätigt. Stets sind die Sowjets bemüht gewesen, die Bauern der Moskauer Diktatur unbedingt gefügig zu machen und deren elementare Eigentumsanschauungen auszurotten als „Urquellen des Kapitalismus".

Der Kollektivismus bedeutet im Wesen, daß neben dem Raub politischer Machtmittel die Sowjets dem Bauern auch alle wirtschaftlichen Widerstandsmöglichkeiten nehmen wollen durch den Raub der Produktionsmittel. Maschinenpflüge, Sä- und Dreschmaschinen werden unter Aufsicht „rotgardistischer Dorfproletarier" gestellt, die in 90 von 100 Fällen die minderwertigsten Elemente darstellen. Eine Durchführung dieser bolschewistischen „Rationalisierung" bedeutet, in ihrem tiefsten und beabsichtigten Wesen erfaßt, den letzten Axthieb an das Persönlichkeitsbewußtsein des Menschen, den brutalsten Versuch, den marxistischen Zwang- und Zuchthausstaat einzuführen, ein Gedanke bar jeder europäischen Wertestruktur und durchaus im Sinne des bornierten, wenn auch von einem Riesenfanatismus getriebenen Lenin. Man muß sich von der Hypnose befreien, in Lenin oder Stalin große Männer zu sehen. Groß im germanischen Sinne kann nur ein Schöpfer sein, während Lenins Schriften von einer kulturlosen Beschränktheit und Unfähigkeit Zeugnis ablegen, auch nur von ferne zu begreifen, was ein

germanischer Mensch unter „Staat“ versteht. Lenin schreibt: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze.“

Die „Kollektivisation“ soll Persönlichkeit vernichten, das ist der letzte instinktive Trieb des vom Bolschewismus verherrlichten „Staats“ideals.

Herr Joseph Wirth, der Mann mit dem empfindlichen nationalen Ehrgefühl.

„Völkischer Beobachter", 23. Mai 1930.

Der derzeitige Reichsinnenminister hat durch einige Wendungen seiner gegen Thüringen gehaltenen Rede allgemeines Erstaunen hervorgerufen. So unter anderem, wenn er, gegen den „Stahlhelm" gerichtet, erklärte, er lasse an seiner nationalen Ehre nicht zweifeln. Das ist ja höchst beachtenswert, da uns bisher unbekannt war, daß der linke Zentrumsmann, Bolschewikenfreund und Holzkonzessionär in Sowjetjudäa, Joseph Wirth, Wert auf den Begriff Nationalehre legt. Bekanntlich rief er, nach dem plötzlichen Tode Rathenaus, des Vertreters der internationalen Finanzgeister, aus, der Feind stehe für ihn rechts. Da aber auf seiner geliebten Linken die grundsätzlichen Landesverräter (Paul Levi, Seydewitz usw.) saßen, der Matrosenhetzer Dittmann und Crispien, der kein deutsches Vaterland kennt, so hatte bisher niemand angenommen, daß Joseph Wirth, der Freund von Ullstein, Mosse u. Co., sich für nationale Ehre einsetzen wolle.

Wir fürchten, Joseph Wirth hat sich plötzlich von der „nationalistischen Häresie" anstecken lassen, und es ist sicher an der Zeit, sich wieder vor den roten Genossen zu rehabilitieren. Und zwar energischer, als es durch den Angriff auf die Wehrverbände geschehen ist, deren Auflösung der Herr forderte.

Vielleicht wiederholt der Mann mit der Nationalehre seine Rede vom 2. Juli 1920 im Reichstag, in der von „sittlichen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung“ die Rede war, was eine deutsche moralische und militärische Schuld mitinbegriff, eine Bezichtigung, die die Kriegsschuldlüge Frankreichs unterstrich. Und vielleicht klärt der Zentrumsherr uns auf, wie dieser Ausspruch mit Nationalehre zu vereinbaren ist.

Am gleichen Tage weissagte er eine dreißigjährige Fronarbeit als diese „sittliche Wiedergutmachung“. Seine Partei hat sich dann selbst übertroffen: neun ganze Jahre später versprach sie weitere 58 Jahre Sklaverei als erzielte „Erleichterung“.

Auf dem Industriellentag 1922 stellte der große Joseph Wirth die Einleitung der „Verständigung“ fest.

Dann kam Joseph Wirths Kanzlerschaft. Damals kostete der Dollar 61 Mark, wenige Monate seiner glorreichen Regierungszeit genügten, um ihn auf 2000 Mark hinaufzuschrauben, so daß Wirth in lautes Gejammer ausbrach. Alles zerbreche, sagte er, „was wir politisch, staatlich und sozial geschaffen“. Was war denn geschaffen außer dem Chaos? Und Wirth schloß: „Ich appelliere nicht an Ihre Sentimentalität, aber es ist etwas Gewaltiges, am Sterbebett eines Volkes zu stehen!“

Ans Sterbebett hatten Wirths Regierungskünste also Deutschland nach seinem eigenen Eingeständnis gebracht. Kein Wunder, da Joseph Wirth, der heute wieder Auflösung der nationalen Verbände fordert, den bayerischen Antrag von 1922 abgelehnt hatte, das Vermögen überführter Volksausbeuter zu beschlagnahmen.

Man begriff deshalb den Freudentaumel der sozialdemokratischen „Münchener Post“, als Wirth nach der Preisgabe Oberschlesiens zum zweitenmal Reichskanzler wurde. Sie erklärte, die Berliner Presse, soweit sie nicht von Ariern

geschrieben würde, sei hochbefriedigt. Die gleiche Presse der jüdischen Finanz ist mit dem Joseph Wirth von heute zwar auch zufrieden, aber sie vermißt doch noch den regelrechten Ausrottungsfeldzug gegen das erwachende deutsche Thüringen und Gewaltmaßnahmen gegen deutsche Verbände.

Georg Bernhard, der Chefredakteur Ullsteins, schrieb am 16. November 1922 in der „Vossischen Zeitung“ über Wirth: „Meist trat er plötzlich auf den Plan, wie einer, der aus dem Schlaf erwacht, aber der doch scheinbar alles gehört und richtig erfaßt hat, was inzwischen passiert ist...“

Am 11. Januar 1923 brachen die Franzosen ins Ruhrgebiet ein. Ein Schrei der Empörung ging durch Deutschland. Am 10. Januar, als im Reichstag alle Absichten schon bekannt waren, stolzierte vor der Tür des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Korrespondent des „Echo de Paris“, des schärfsten deutschfeindlichen Blattes. Von allen gemieden. Bloß einer zog ihn in ein Gespräch: der Mann mit der empfindlichen Nationalehre, Joseph Wirth...

Am 18. Januar 1923 war Zentrumsparteitag in Ulm. Joseph Wirth sagte: „Schwer ist es für uns, die Sympathien des Auslandes zu gewinnen. Wir werden sie um so eher erringen, wenn die Leute der nationalen Hetze sich ruhig beiseitestellen.“ (Großer Beifall des Zentrums.)

Jetzt ist Wirths Nationalehre verletzt, weil der „Stahlhelm“ kein Vertrauen zu ihm hat, und er hält verfassungswidrig das Verbot aufrecht, wobei er es gar noch wagt, über die angebliche Verfassungswidrigkeit der Thüringer Schulgebete gegen Volksverrat und Betrug zu zetern!

Die NSDAP. aber wird das Volk über den Dr. Joseph Wirth wieder einmal gründlich aufzuklären haben.

15 Millionen Juden sagen England den Kampf an!

„Völkischer Beobachter“, 5. Juni 1930.

Zwischen dem Weltjudentum und Großbritannien ist es zu einem ernsten Zerwürfnis gekommen. Geführt vom Zionismus, war England vom Judentum zum Schutzherrn der jüdischen „Rechte“ ausersehen worden. Die Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 (wonach Palästina den Juden als Heimstätte zugesichert wurde) vereinigte die alljüdische Politik endgültig auf der Seite der Entente. Die jüdische Börsenrevolte vom 9. November 1918 steht in ganz offenbarem Zusammenhang mit dieser Politik, was die „Frankfurter Zeitung“ sehr durchsichtig so ausdrückte: die Balfour-Erklärung sei ein Ferment des englischen Sieges gewesen.

Tatsächlich hat denn auch England die jüdischen Anmaßungen immer wieder unterstützt, obwohl alle englischen Beamten und Offiziere, die in Palästina zu tun hatten, antijüdisch werden mußten, wenn sie die Frechheiten des auf den Schutz der englischen Soldaten pochenden Zionisten beobachteten. Mit riesigen Geldern wurden den zum Ruin getriebenen Arabern ihre Länder abgekauft und diese in steigendem Maße von ihrem Heimatboden verdrängt. Bis es im August 1929 zu blutigen Unruhen kam. Es zeigte sich dabei, daß die Juden schwer bewaffnet gewesen waren, viele Araber ermordeten, was dann weiter die Niederbrennung jüdischer Besitztümer durch die Araber zur Folge hatte. Die Regierung Macdonald entsandte eine Untersuchungskommission nach Palästina, die vor einiger Zeit ihre Ergebnisse (den sog. Shaw-Bericht) veröffentlichte. Trotz der Judenfreundlichkeit konnte dieser Bericht nicht anders ausfallen als mit indirekter Anerkennung der Berechtigung der arabischen Furcht, durch die zionistische Politik aus dem Lande getrieben zu werden. Die Wendung,

die arabischen Morde seien auch nicht durch vorhergehende jüdische Gewaltanwendungen zu entschuldigen, besagt eigentlich, daß die Araber alle Ursache hatten, sich zu wehren. Dieser Bericht hatte beim „Weltjudentum" die bekannte „Empörung" hervorgerufen, die immer erscheint, wenn auch noch andere Interessen in Betracht gezogen werden als jüdische.

Die Dinge spitzten sich nun weiter zu. Auf jüdischen Finanzdruck wurden trotz aller arabischen Vorbehalte am 12. Mai neue 3000 Einreisebescheinigungen für Juden ausgestellt. Wie die „Jüdische Rundschau" vom 30. Mai feststellte: „Diese kleine jüdische Delegation repräsentierte wohl einen sehr großen Teil dessen, was das Judentum heute an Macht und Einfluß aufzubringen vermag. Diese jüdische Vertretung sagte nachdrücklich der Regierung, daß die Juden sich auf keine Beschränkungen der Einwanderung und des Bodenkaufs einlassen können."

Die Frechheit der Sprache des organisierten Finanzjudentums ließ also an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Am 13. Mai wurde der arabischen Vertretung in London die Ablehnung ihrer Forderungen mitgeteilt. Am 14. Mai aber wies das britische Kolonialamt die Palästinaregierung telegraphisch an, die Einreisebewilligung rückgängig zu machen! Und wütend stellt die „Jüdische Rundschau" fest: „Der Ausgangspunkt der Behandlung aller Palästinafragen ist für England die Beruhigung der Araber. Und das ist kein Resultat einer „schwachen" jüdischen Politik, sondern einer starken, die mit den allerstärksten Trümpfen arbeitete, die wir auszuspielen haben."

Offenbar ist, daß der Islam seine starke Stellung in Indien ausgespielt hat, d. h., er hat gedroht, die indischen Mohammedaner für die Hindus gegen England einzusetzen und diese Erklärung hat die vor der jüdischen Finanz zitternde Regierung veranlaßt, von einem Tag zum andern ihre Entschlüsse zu ändern.

Und nun steht sie im Kreuzfeuer des alljüdischen Hasses! Darüber hinaus aber zeigt sich: 1. die jetzt nachweisbare Einheitlichkeit und Organisiertheit des Alljudentums in aller Welt; 2. die wahre Natur der Juden, die sich gegen alle richtet, die eigene Lebensinteressen vertreten; 3. die engste Union zwischen der Führung der marxistischen Internationale und der jüdischen Hochfinanz zwecks Festigung der jüdischen Macht und Aufteilung der Völker mit Hilfe des Klassenkampfes.

Der jüdische Neuyorker Bankier Felix Warburg hat an den britischen Botschafter in Washington eine Denkschrift übergeben, in der er England des Vertragsbruches bezichtigt. In der „Jüdischen Tel.-Agentur" aus London vom 25. Mai lesen wir:

„In vielen verantwortungsvollen Kreisen, heißt es in dem Memorandum Warburgs weiter, wird befürchtet, daß die Suspendierung der Zertifikate keineswegs den Geist der Unruhe in Palästina wird lindern können, sondern daß sie vielmehr die jüdische Bevölkerung Palästinas wie der ganzen Welt in Erbitterung versetzen wird, da man in dieser Suspendierung eine Maßnahme sieht, die das jüdische Volk der eigentlichen Essenz und Substanz des Mandats beraubt, des Rechtes nämlich, die Zahl seiner Einwanderer im erforderlichen Maße zu erhöhen und in Palästina kraft eigenen Rechts, nicht nur geduldet, zu leben. Schließlich ist Einwanderung über die autorisierten Zertifikate hinaus im Hinblick auf die ernste Knappheit an Arbeiterhänden im Baufach öffentlichen und jüdischen Charakters und auf die Erfordernisse des Aufbauprogramms des Jewish Agency und anderer Körperschaften in landwirtschaftlicher Hinsicht sowie bei anderen Unternehmungen in Palästina gerade jetzt dringend erforderlich.

Unter diesen Umständen, heißt es zum Schluß des Warburg-Memorandums, sehen wir uns genötigt, Ihnen gegenüber dem Gefühl zornigen Protestes der Juden der Vereinigten Staaten, die, ob Zionisten oder Nichtzionisten, in der erweiterten Jewish Agency vereinigt sind, angesichts der Beschränkung der Einwanderung Ausdruck zu geben. Diese Botschaft wird Ihnen im Namen der amerikanischen Mitglieder des Administrative Comittee der Jewish Agency gesandt, die mich beauftragt haben, die Regierung Seiner Majestät dringend zu ersuchen, die Suspendierungsverordnung zurückzuziehen. Wir glau-

ben, daß diesem Appell an den traditionellen Gerechtigkeitssinn und die faire Gesinnung des britischen Volkes und der britischen Regierung eine gerechte Antwort zuteil werden wird."

Diese Sprache des Judenbankiers gegenüber einer Großmacht zeigt, wie sehr man sich seiner Macht bewußt ist, geht doch aus den Schlußworten die glatte Bezichtigung einer unfairen Gesinnung hervor, falls England sich dem alljüdischen Druck nicht fügen sollte.

Die Sprache Warburgs wird vom „deutschen" Sozialdemokraten Oskar Cohn noch überboten. In einer zionistischen Protestversammlung in Berlin wagte dieser zu erklären: „Wir unterschätzen nicht den Wert der englischen Kolonialpolitik und wollen keine Soldatenspielerei gegen das englische Imperium. Aber wir wissen, daß das Imperium erst den sechsten Teil der Zeit unserer Galuth-Geschichte existiert. Die Juden werden in Palästina sitzen, wenn das englische Weltreich nicht mehr besteht, und sie werden dann auf dem Erdenrund die Träger des völkerverbindenden Sozialismus sein. Im Namen der jüdischen sozialistischen Arbeiter darf ich den Genossen Macdonald zur sozialistischen Ordnung zurückrufen. Ich stütze mich dabei auf das Bewußtsein, daß ich all die Millionen repräsentiere, die in der Internationale mit Macdonald vereinigt sind. Die palästinensische Arbeiterschaft ist in der Internationale gleichberechtigt mit der englischen Arbeiterpartei. Vielleicht wird sich Macdonald vor diesem Forum zu verantworten haben. Ich rufe ihm zu: Zurück zu dem Geiste der Gerechtigkeit, der Tapferkeit und des sozialistischen Opfermutes!"

Die Einheit von alljüdischer Finanzpolitik und internationalem Marxismus ist hiermit urkundlich festgelegt, wie der Zionistenführer Weizmann es bereits 1920 verkündet hatte.

Nach Cohn sprach der Zionist Goldmann, und zwar Worte, die jeder Engländer kennen sollte:

„Die Schicksalsfrage Palästinas wird aber nicht in England entschieden; wir werden den Zionismus unter jedem Regime verwirklichen, nur das Tempo kann verzögert werden. Kein Imperium kann es sich erlauben, die Antipathien von 15 Millionen zerstreut lebender Juden auf sich zu ziehen. Wir müssen nur innerlich stark bleiben, d. h. die Ruhe bewahren und stark sein in Wollen und Leistung. Wir müssen bald den Zionistischen Kongreß haben, der uns selbst das Gleichgewicht geben und den anderen unsere Stärke zeigen wird. Was wir wollen, ist entscheidend für unser Schicksal."

Die frechste Erpressung ist in vollem Gange. Was wir aber hier noch unterstreichen wollen, ist, daß diese fanatischen Alljuden, die Zionisten, als Oskar Cohn die deutschen Arbeiter führen, als Dr. Goslar Chef des amtlichen preußischen Presseamtes und als Ministerialdirektor Dr. Badt Vertreter Preußens im Reichsrat sind!

Nationalsozialisten! Verlest die jüdischen Bekenntnisse in den Arbeiterversammlungen!

Wille zur Wiedergeburt.

„Völkischer Beobachter", 11. September 1930.

In der sogenannten nationalen bürgerlichen Presse behaupten „Konservative" sowohl als Deutschnationale, man müsse „den rechten Flügel stark" machen. Die „Konservativen" sollen es „in Verantwortung", die Deutschnationalen „in Opposition" tun.

Jedes Bild hat seinen Fehler, die Redensart vom „rechten Flügel" ist aber grundsätzlich falsch: sie setzt nämlich die Einheit des politischen Gesamtheeres voraus, was ein Widersinn ist. Denn der sogenannte heutige Staat, dessen oberstes Gesetz laut der Weimarer Verfassung das Diktat

von Versailles ist, wird von der noch deutschen Nation nicht als unumstrittene Grundlage anerkannt, über deren Ausgestaltung man nur verschiedener Meinung ist. Vielmehr stehen sich unversöhnliche Anschauungen gegenüber. SPD., Zentrum und Demokraten preisen als Nutznießer des 9. November 1918 ihr Weimarer Gebilde, weil ihnen dieses die Herrschaft über das schaffende Volk — mit Frankreich und der Wallstreet Hilfe — verschafft hat. Die Bürgersplitter wollen auch an die Futterkrippen, da sie zu erbärmlich waren und sind, um den Kampf aufzunehmen. Etwas weiter nach „rechts" glaubt man durch stures Betonen der „guten alten Zeit" die Wähler bei der Stange zu halten.

Im Kommunismus sammelt sich aktive, ehrliche Verzweiflung, gemischt mit dem organisierten Verbrechertum, um nach dem ersehnten Zusammenbruch die Herrschaft der Untermenschen aufzurichten.

Diesem widerspruchsvollen Menschengemengsel tritt nun der Nationalsozialismus als Neugeburt gegenüber. Er anerkennt, daß alte Formen überlebt sind, schon aus dem einfachen Grunde, weil ihre Träger sie nicht mehr zu verteidigen wagten. Aber er weiß, daß nie etwas Großes aus einer Ehrlosigkeit entstehen kann. Im Marxismus sammelt sich diese Perversität des Wesens und der Maßstab für Schöpfertum und Charakter ist die Beurteilung des demokratisch-marxistischen Systems. Wer mit diesem System geht, ist selbst innerlich faul und unfähig, Deutschlands schaffendes Volk aus seiner Erniedrigung zur Freiheit zu führen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß der Nationalsozialismus keinen „Flügel" darstellt, sondern selbst eine Ganzheit ist, eine Zusammenfassung jener Volksmassen darstellt, die das Alte, Zusammengebrochene abgestoßen haben, die die schmähliche Gegenwart hassen und sehnsüchtig sind nach einer volksbrüderlichen, stahlharten Zukunft. Ziel des

Nationalsozialismus ist also nicht Koalitionswirtschaft — das kann höchstens Durchgangspunkt sein — sondern Überwindung sämtlicher alter Parteigebilde. Sie innerlich zu stürzen, dem Deutschen den Glauben an sie durch Aufdeckung ihrer volksfeindlichen Grundlagen und volksschädigenden Handlungen zu nehmen, sie dann organisatorisch austrocknen zu lassen und zum Schluß zu zerschlagen, ist die große Sendung Adolf Hitlers.

Herr Joseph Wirth und seine roten Mitkämpfer brauchen kein „Material" zu sammeln, denn wir spielen mit offenen Karten im Vertrauen auf den Charakter und die Gesundheit der deutschen Nation. Wir wendenuns an die Kampfkraft und den germanischen Willen, aus der Überzeugung heraus, daß, wenn inmitten des heutigen Schlammes das auch nicht hilft, Deutschland seinem Untergang unweigerlich entgegengeht. Denn ein „Volk", das auf die Dauer sich mit Gestalten wie Scheidemann, Stresemann, Wirth usw. innerlich abfindet, hat seinen Daseinszweck verloren. Der Nationalsozialismus legt auf ein Gemengsel von 80 Millionen, die nur zufällig noch Deutsch sprechen, sonst aber Söldlinge der 2. oder 3. Internationale sind, Katholiken und Protestanten, Hausbesitzer und Mieter, Bankiers, Bauern und Städter usw. keinen Wert. Das aber ist der Zustand von heute.

Deshalb ist das Wesen unserer Bewegung nicht so sehr ein hundertseitiges, intellektuelles Programm, sondern eine charakterliche Neugeburt. Die schönsten Programme werden das Gegenteil ihres Wortlautes hervorrufen, wenn Sklarekgenossen sie zu verwirklichen unternehmen. Ein vielleicht nicht ganz geschickt gefaßtes, aber innerlich wertvolles Programm aber wird blühenden Segen bringen, wenn schöpferische Menschen es erfassen. Der Nationalsozialismus baut seine Werterangordnung mit der Idee der Nationalehre an der Spitze auf. Von hier aus gesehen, ergibt sich eine neue Architektonik des Lebens, eine Neubewertung nicht nur des

politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Lebens. Eine von der echten Nationalehre getragene Gesellschaft wird Gestalten, wie sie heute an der herrschenden Oberfläche sich herumtummeln, in kürzester Zeit ausscheiden. Sie wird eine Aufzucht der Starken und Schöpferischen zeitigen, genau so wie die rasselose Demokratie, die den Profit als höchsten Wert anbetet, die Crispien, Bauer, Barmat, Wels und Wirth nach oben schwemmte. Früher galt ein Händedruck als unverbrüchlich, heute ist der längste Vertrag eine unsichere Sache und der absichtliche Bankerotteur ein stimmberechtigtes „Mitglied der Gesellschaft".

Wie immer sich die alten Parteien auch benennen mögen: wir stehen ihnen und sie uns in Einheitsfront gegenüber. Sie verkörpern den Geist des Untergangs, der Nationalsozialismus den Willen zu einer noch nie in dieser Tiefe erfaßten Wiedergeburt. Unser Wille aber ist der lebendige Vorwurf. Deshalb hassen sie uns alle.

Aber der Neubau der Seelenzellen der Nation geht unaufhaltsam und in allen Formen vor sich. Unser immer mehr anwachsendes Schrifttum entthront die alten Geistesgötzen und baut den Geistesdom des neuen Lebens, unsere Redner zwingen das politische Denken um vom Profitgedanken zum Bekenntnis eherner Volksgemeinschaft, und auf den Straßen der Republik bluten unsere SA. und SS. im Dienste des kommenden Volksheeres, als Sinnbild unseres Kampfes.

Wir alle kennen die großen Schwierigkeiten, Millionen von Menschen umzuschmelzen. Sie alle bringen noch Schlacken der Vergangenheit mit sich, die nur langsam abgeworfen werden können, und schließlich: menschliches wird stellenweise ebenfalls hervortreten. Aber über allem hin zieht der Strom einer neuen Zeit. Die Gegenwart der andern ist morsch und schmutzig, unsere Gegenwart aber sagt uns,

daß wir in einer der größten Zeitalter Deutschlands leben. Wir empfinden uns als große Volksbewegung, als Einlösung der Träume großer Einzelner der deutschen Vergangenheit, geweckt von der Seelenkraft eines ganzen, ideenbesessenen Mannes, getragen von einer immer stärker anwachsenden Willensflut. Wir fragen nicht nach Namen und Ahnen, weil wir selber einst Ahnen sein wollen. Und nur dieser Glaube gibt uns diese Ausschließlichkeit in unserem Auftreten. Wir haben auch keinen Trieb, uns vor alten Mächten zu verteidigen; wenn wir dies ab und zu tun, so nur, um noch verwirrte Menschen aus dem Dunkel hinauszuführen. Vielmehr fordern wir, daß die alten Mächte sich unserer Anschauung beugen und in sie je nach ihrem Wertegehalt eingefügt oder aus ihr ausgestoßen werden.

Um die Einleitung eines neuen deutschen Schicksals geht es in diesen Tagen des äußerlich am stärksten tobenden Kampfes. Nur um die Einleitung, um den ersten großen Ansprung auf die Welt von heute, die zwar innerlich zerbrochen, in ihrem organisatorischen Gebäude aber noch stark ist. Nach diesem Sturm wird neuer Appell geblasen, und nicht ruhen und rasten werden wir, als bis Hitlerfahnen über allen Straßen Deutschlands wehen werden als Zeichen, daß die Zeit für Freiheit und Brot gekommen ist, die Knechtschaft ein Ende hat.

Der Volksentscheid des 14. September.

„Völkischer Beobachter", 16. September 1930.

Was sich am 14. September 1930 in Deutschland abgespielt hat, das war keine Reichstagswahl, sondern das war ein Volksentscheid, ein Volksentscheid, wie er in der Parteigeschichte Deutschlands — und nicht nur Deutschlands — noch nicht dagewesen ist. Eine verlachte, ver-

spottete, mit allen Machtmitteln des Geldes, der Presse, des Rundfunks, des staatlichen Terrors verfolgte politische Bewegung wird in nur etwas über zwei Jahren von einer belächelten Partei zur stärksten antimarxistischen Organisation des Gesamtvolkes. Von nur 809 000 Menschen im Jahre 1928 steigt die Bekennerzahl auf 6 401 000 an. Die Zahl der Reichstagsvertreter wächst von 12 auf 106.

Dieses Bekenntnis war keine übliche „Stimmabgabe", das Ergebnis war auch nicht ein „Ruck nach rechts" oder ein „Ruck nach links", sondern bedeutet die Gesamtabkehr der Nation, aber auch eine furchtbare Abkehr der hemmungslos anarchisch Verzweifelten vom heute nur noch rein verwaltungsmäßig herrschenden System. Der Stimmenzuwachs der KPD. ist ein Verzweiflungsschrei des aufgepeitschten Chaos, an dem die heute herrschenden Verräterparteien die alleinige Schuld tragen. Sie haben seit zwölf Jahren versprochen und haben dabei Betrug über Betrug gehäuft. Das Elend und die Wut der jetzt zur KPD. Gestoßenen ist die Frucht der Dawes- und Youngpolitik von SPD., Zentrum und Bürgertum.

Aber in noch ganz anderer Weise ist diesem System der Erfüllungs- und Verblendungspolitiker die Antwort geworden: man lese die Ergebnisse über das lawinenartige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung. Wenn man liest, daß der Wahlkreis Liegnitz von 7000 Stimmen auf 142 000 ansteigt, wenn Dresden im Mai 1930 erst 35 000 Stimmen gibt und jetzt bereits 74 000, wenn Mülheim an der Ruhr von 461 auf 16 000 Stimmen steigt, Mainz von 400 auf 16 000 und so weiter, so ist das und tausend anderes nur als leidenschaftlicher, in dieser Größe noch nie dagewesener Protest der geknebelten, belogenen, vergewaltigten Nation gegen den Gesamtgeist von heute zu begreifen. Als Protest, aber nicht der chaotischen Verzweiflung, sondern als schärfste Bejahung eines neuen Staatswillens, eines neuen Staatsgedankens.

Mit dem 14. September 1930 hat die nationalsozialistische Bewegung auch nach außen hin die Legitimation ihrer Forderung von früher erhalten: sie ist heute die alleinige Vertreterin des deutschen Freiheitsgedankens, des Gedankens sozialer Gerechtigkeit, der Forderung nach Säuberung unseres ganzen Lebens von Zersetzung und Niedertracht. Sie hat gestern das Recht erhalten, auch der ganzen Welt zu sagen:

In unserem Lager steht das Deutschland der Zukunft. Macht Platz, ihr Überlebten, den Mächten der Neugeburt. Eure Uhr ist abgelaufen!

Was nun das Ergebnis in bezug auf die übrigen Parteien anbetrifft, so ist, wie gesagt, das Anschwellen der KPD. auf 76 Sitze (früher 54) von symptomatischer Bedeutung. Gut gehalten hat sich die DNVP., die unter Hugenberg nachgeholt hat, als scheinbar alles auseinanderlaufen wollte; der Schlag für die Deserteure, d. h. die „Konservativen", ist aber ebenso vernichtend wie verdient. Mit armseligen fünf Mandaten zieht der großsprecherische Treviranus in den Reichstag ein; hoffentlich wird dieser Faustthieb, den er am 14. September erhalten hat, ihn noch bei so viel Anstand finden, daß er erklärt, nie mehr politischen „Führer" spielen zu wollen.

Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei haben sich gehalten, während der Partei Stresemanns die vernichtendste Abrechnung zuteil geworden ist; ebenfalls ein deutliches Sinnbild der Abkehr von den Gedanken, denen dieser unselige Mann gedient hat. Die Deutsche Staatspartei ist trotz der Verschmelzung von Demokraten und Jungdo nicht fetter geworden, sondern ist erneut zusammengeschrumpft, trotz des neuen Firmenschildes, das gewisse Spießer neu angelockt hat. Wo sind die 15 000 Ortsgruppen des Jungdo geblieben, mit denen so geprahlt wurde? Sie waren nichts

als Schwindel; Mahraun ist bis auf die Knochen blamiert; das nächstemal werden von ihm nur noch die Judenstimmen übrig bleiben, wenn der ganze Laden nicht überhaupt geschlossen wird.

Was die SPD. anbetrifft, so haben ihre Verluste sich in Grenzen gehalten, immerhin wird der Verlust der zehn Mandate schmerzlich sein, um so schmerzlicher, als der alte Reichstag „nur" 491 Sitze, der neue aber 577 zählen wird; die Zahlen sich also doch schon sehr zuungunsten der SPD. verschoben haben, sie jedenfalls auf absteigendem Ast zeigen. Die alten Veteranen haben noch ihre alte Partei gewählt. Die Jugend ist — wie überall — weggeblieben. Diese ist zur KPD., vor allem aber zur NSDAP. gegangen.

Und hierin scheint uns das Entscheidende dieses Wahlkampfes zu liegen: denn diese Tatsache verbürgt uns ein weiteres Wachsen.

Das Alte stirbt ab, das Neue schwillt an zu voller Kraft, das ist das Zeichen der Zeit, und deshalb blicken wir doppelt vertrauensvoll in die Zukunft.

Was nun die Koalitionsmöglichkeiten anbetrifft, so ist eines von vornherein klar: daß die Regierung Brüning abzutreten und neuen Kräften Raum zu geben hat. Die Youngkoalition des Bürgerblocks ist von der NSDAP. in einer Weise geschlagen worden, wie noch nie eine Regierung mit parlamentarischen Mitteln geschlagen worden ist. Was nun die Möglichkeit der Weimarer Koalition anbetrifft, so ergeben SPD., Zentrum, Staatspartei 234 Stimmen; etwas, was selbst beim Hinzustoßen anderer Grüppchen aussichtslos erscheint. Zugleich muß aber auch gesagt werden, daß eine Koalition ähnlich wie in Thüringen mit etwa 324 Stimmen auf eine große marxistisch-demokratische Opposition stoßen wird. Wir unsererseits haben augenblicklich noch keine Veranlassung, sich daraus

ergebende Möglichkeiten näher zu untersuchen. Das sei den nächsten Wochen vorbehalten.

Wir werden auf jeden Fall sofort an die Arbeit gehen, um den Wahlerfolg organisatorisch auszubauen. Für alle unsere Gau- und Ortsgruppenleiter wächst eine ungeheure Arbeit heran, denn es heißt nun mit verdreifachten Kräften: Vorwärts, immer vorwärts. Die Volksbewegung ist in Gang gekommen, sie muß zur Zehn-Millionen-Lawine anschwellen.

Auf die Schultern der NSDAP. ist am 14. September eine ungeheure Verantwortung gelegt worden. Wir geloben feierlich, unser Letztes daranzusetzen, das Vertrauen der gläubigen Millionen mit unermüdlicher Arbeit zu lohnen, erwarten aber auch von ihnen, daß sie sich zu einer immer festeren Kampffront zusammenschließen, denn gegen das erwachende Deutschland werden die Söldlinge Frankreichs und der Youngfinanz einen erhöhten Ansturm einleiten.

Und doch: stolz sind wir alle, denn der 14. September 1930 ist uns nicht als Gnadengeschenk in den Schoß gefallen, sondern ist die Folge einer unermüdlichen Arbeit und einer zielklaren, stahlhart durchgeführten, zehn Jahre durchgehaltenen Politik.

Der Sieg ist unser, nun bindet den Helm fester!

„Vertrauliche“ Außenpolitik und skrupellose Hetze.

„Völkischer Beobachter“, 8. November 1930.

Den nachfolgenden Aufsatz schrieb Alfred Rosenberg in seiner Eigenschaft als Vertreter der NSDAP. im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages.

Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gelten als vertraulich. Dies konnte nicht hindern, daß gleich aus der ersten Sitzung Indiskretionen sowohl im deutschnationalen „Tag“ als auch in den volkskonservativen „Münchener Neuesten Nachrichten“ über Ausführungen des Generals v. Seeckt erschienen. Auch nach der zweiten Sitzung begannen verschiedene Blätter mit lustigen Erzählungen über verschiedene Verhandlungen, an der Spitze die bolschewistischen und ihre Genossen, die salonbolschewistischen. Ihnen folgten die Sozialdemokraten, die, wie z. B. die „Münchener Post“, sich gar nicht entblöden, zu schreiben: „Die Nazi für den Youngplan.“ Ich sehe mich deshalb gezwungen, die Haltung der Nationalsozialisten zu begründen, bzw. diese soweit öffentlich zu behandeln, als sie bereits öffentlich kritisiert worden ist.

Wir hatten dem Auswärtigen Ausschuß einen Antrag vorgelegt, der an die Wurzel des heutigen innen- und außenpolitischen Übels faßte: wir forderten, sofort die nötigen Schritte zwecks Aufhebung des Versailler Vertrages und der aus ihm sich ergebenden Tributverträge — auch des Youngplanes — zu unternehmen. Wir taten dies aus der völkerrechtlich zu begründenden Anschauung heraus, daß der Versailler Vertrag einen glatten Rechtsbruch darstellt, da die Alliierten sich unter Amerikas Führung auf die vierzehn Punkte feierlich verpflichtet hatten, dann, weil der Artikel 231 eine längst widerlegte Lüge enthält, und Deutschlands Unschuld am Kriege von hervorragendsten

neutralen Gelehrten heute zugestanden wird (selbst von französischen: Morhardt, Demartial). Da aber die Tribute gerade auch mit diesem Artikel „begründet“ werden, so hatte hier eine wirkliche Revision einzusetzen. Ferner ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands derart, daß die Unmöglichkeit der Erfüllung der Fron mit dem Hinweis auf diese furchtbaren Zustände von einer pflichtbewußten Regierung sofort erklärt werden müßte. Statt dessen will diese „Regierung“ „sanieren“, in der naiven Anschauung, wenn der Etat „in Ordnung“ sei, könnten vielleicht „Erleichterungen“ kommen. Als ob man je einem Sanierten Schulden nachgelassen hätte! Dies tut man nur, wenn man fürchtet, alles oder doch das meiste zu verlieren.

Gegen unsern Antrag stimmten nun die Regierungsparteien, und unter anderen auch — die Kommunisten! Durch diese Tatsache allein zeigt sich, wie verlogen die ganze Hetze gegen uns ist. Wie in allen Fällen! Unser Antrag wurde somit vom Auswärtigen Ausschuß abgelehnt. Es standen dann noch weitere Anträge zur Debatte, die eine Revision des Youngplanes forderten. Wir stimmten auch für diese, immer nur aus dem Pflichtgefühl heraus, die Revisionsdebatte nicht einschlafen zu lassen, um nach etwaiger Annahme der „milderen“ Anträge dann schon nachzudrücken. Auch diese Anträge lehnte der Ausschuß ab. Nun hatte die KPD. noch den Antrag auf sofortige Einstellung aller Young-Zahlungen eingebracht. Bei der Beurteilung der KPD. dürfen wir nie einen Augenblick vergessen, daß wir es nicht mit einer deutschen Arbeiterpartei, sondern mit der Sektion einer auswärtigen Macht zu tun haben; ihre Anträge stammen also aus dem Interessenkreis Moskaus. Dieses wünscht nichts sehnlicher als ein blutiges Chaos in Deutschland, bewaffneten Einmarsch fremder Staaten, um aus den chaotischen Massen das heute schon organisierte Verbrechertum an die Spitze zur Diktatur über das Proletariat zu führen und der deutschen Nation ein Ende zu bereiten.

Ob den kleinen abgesandten Feldwebeln im Reichstag diese Dinge erzählt worden sind oder nicht, ist gleichgültig. Ihre Schimmerlosigkeit über Sowjet-Rußland zeigt sich manchmal in entwaffnender Weise. Wichtig ist, daß die NSDAP. darüber im Bilde ist. Nach dem Abkommen vom 20. Januar 1930 ist der Fall vorgesehen, daß eine deutsche Regierung den Willen kundtun könnte, den Youngplan „zu zerreißen“. Der Haager Gerichtshof würde dann zweifellos gegen Deutschland entscheiden, und die Gegner hätten „volle Handlungsfreiheit“.

Ganz abgesehen davon, wie ein kommender deutscher Staatsgerichtshof einmal deutsche Minister verurteilen wird, so ist der Antrag der KPD. nichts anderes gewesen, als ein provokatorischer Versuch, das deutsche Volk auf Grund der heutigen Lage einer „berechtigten“ Vergewaltigung preiszugeben, es von der ganzen Welt zu isolieren. Dieser Antrag ist um so frecher, als die KPD. damals, als wir durch das Volksbegehren gegen die Annahme des Youngplanes kämpften, nicht mittat, somit mitverantwortlich ist für die Annahme dieses Würgewerkzeugs. Unsere SA. wurde damals von Reichsbanner und Rotfront überfallen, unsere Redner verfolgt und beschimpft. Und heute haben diese Volks- und somit auch Arbeiterverräter die Stirn, uns anzugreifen, wo sie die Schuldigen für die Unterwerfung im Haag sind, also auch für die skandalöse „Sanktions“-Klausel, der uns die KPD. kaltblütig ans Messer liefern wollte!

Wir haben uns deshalb beim provokatorischen Antrag der KPD. gegenüber der Stimme enthalten. Die NSDAP. wird auch im Reichstag stets das Gesamtwohl der Nation im Auge behalten, und sie wird ihre Haltung von keinen Erpressungen beeinflussen lassen.

卐

Genau das gleiche gilt von unserer Stellung zum Völkerbund. Wir hatten auch hier einen klaren Antrag in der

Abrüstungsfrage gestellt und bestimmte und befristete Erklärungen namentlich seitens Frankreichs verlangt. Dieser Antrag wurde abgelehnt, wir stimmten später jedoch aus den anfangs dargelegten Gründen für den allerdings viel verschwommeneren, um wenigstens auch in dieser Frage weiterdrücken zu können. Die KPD. kam auch hier mit einem Antrag um sofortigen Austritt aus dem Völkerbund. Abgesehen davon, daß eine bestimmte Frist für diesen Fall vorgesehen ist, denken wir gar nicht daran, uns die Initiative von den Soldempfängern Moskaus vorschreiben zu lassen. Wir erachten den Tag einer Kündigung unserer Zugehörigkeit dann als von weltpolitischer Fernwirkung, wenn sie anknüpft an ein begründetes Versagen, Böswilligkeit eines oder vieler Gegner. Dieser Augenblick wäre im Falle der Annahme unseres Antrages zur Abrüstungsfrage und seiner Vertretung in Genf gekommen, wenn Frankreich sich geweigert hätte, den betreffenden Artikel des Versailler Vertrages zu erfüllen. Wenn dieser Fall vorliegt, werden unsererseits die notwendig erscheinenden Forderungen erhoben werden.

Redeverbot für den deutschen Patrioten Haeusser, Hetzfreiheit für den Franzosenfreund Mönius.

„Völkischer Beobachter“, 24. Dezember 1930.

Die Spannung zwischen der NSDAP. und dem Kardinal Faulhaber wurde dadurch noch erhöht, daß Faulhaber diejenigen Geistlichen, die sich offen mit Wort und Tat für die nationalsozialistische Bewegung einsetzten, zum besonderen Gegenstand seiner Verfolgung machte.

Über den katholischen Pfarrer Dr. Haeusser hat der Bischof von Augsburg ein „striktes Redeverbot“ verhängt,

weil er auf einer nationalsozialistischen Weihnachtsfeier eine Rede gehalten hat, die kürzlich im „Völkischen Beobachter“ wiedergegeben worden war. Dr. Haeusser hat seiner Meinung darüber Ausdruck gegeben, daß Jesus kein Pazifist, sondern ein Kämpfer gewesen ist. Er hatte die Methode gegeißelt, mit der Religion dunkle Geschäfte zu machen. Das alles schmerzt jene, die der deutschen Nation jeden Widerstandswillen aus den Knochen saugen wollen, um immer noch fettere politische Pfründen zu ergattern.

Schon vor etlichen Jahren hatte der Erzbischof von München und Freising, Dr. von Faulhaber, etwas Ähnliches getan: als der seines Deutschtums wegen aus Böhmen ausgewiesene ehrwürdige Abt Schachleiter in München in seinen Vorträgen auch ein warmes vaterländisches Gefühl zum Ausdruck brachte, wurde auch ihm das Reden verboten. Von anderen Geistlichen ist uns bekannt, wie sie „von oben“ schikaniert werden, wenn sie im Verdacht einer festen nationalen Gesinnung stehen. Das ist der gleiche Dr. Faulhaber, der auf seiner Amerikareise die Torpedierung der mit Munition vollgestopften „Lusitania“ als Unrecht hinstellte, also erneut den Feinden Deutschlands Waffen lieferte.

Nicht verboten aber wird, wenn ein Dr. Mönius unter den Augen der gleichen kirchlichen Obrigkeit die deutschen Soldaten des Weltkrieges als Altar- und Hostienschänder verleumdet.

Nicht verboten wird, wenn Dr. Mönius offen erklärt, Deutschland sei schuld am Kriege, der Artikel 231 des Versailler Vertrages bestehe zu Recht.

Nicht verboten wird es, wenn ein Pfarrer Förg in Baden sagt, es habe keine belgischen Franktireurs gegeben, vielmehr hätten die Deutschen ihre Kameraden selbst erschossen, um einen Vorwand für die Verfolgung der Belgier zu haben.

Ja, wenn wir diese zuchthausreifen Herren brandmarken, schreit die Zentrumspresse, das sei Ausfluß eines „heidnischen Nationalismus".

卐

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt, das Redeverbot gegen Dr. Haeusser sei notwendig gewesen, da dieser Christus säkularisiert, verweltlicht habe. Aber die gleichen Herren finden es ganz natürlich, wenn Zentrumsführer Jesus als Vorsitzenden der Zentrumspartei hinstellen oder versprechen, der verstorbene Prälat Schofer werde vor Gottes Thron für den Sieg des Zentrums bei den badischen Gemeindewahlen beten ...

Die geschäfts„katholische" Presse bemüht sich weiter, „antikatholische" Aussprüche von Nationalsozialisten zu sammeln und, darauf fußend, Dr. Haeusser anzugreifen. Das ist natürlich übelste Mache, denn die NSDAP. ist weder eine katholische noch eine protestantische Partei, sondern umfaßt Deutsche aller Bekenntnisse. Daß sich ein katholischer Pfarrer nicht protestantisch ausdrückt, versteht sich deshalb ebenso von selbst, wie daß ein Lutheraner oder Reformierter nicht katholisch lehrt. Im großen politischen Schicksalskampf darf das aber nicht stören, und weil im Nationalsozialismus die große deutsche Front entsteht, deshalb der abgrundtiefe Haß jener, die im Bündnis mit dem volkszerstörenden Marxismus ihre schmierigen Geschäfte machen. Soeben rettete das Zentrum wieder die rote Preußen-Regierung und stimmte für deren Haltung im Remarque-Film, in dem der deutsche Soldat sagt: „Schmutzig und widerwärtig ist es, fürs Vaterland zu sterben."

Und dann: im Talmud wird Jesus Christus als „Bastard" hingestellt, „Hurensohn", „Sohn des Unzuchttieres" beschimpft. Das hat das Zentrum nicht gehindert, einen prominenten Bekenner dieser Talmud-Religion als Reichs-

tagskandidaten den deutschen Katholiken vorzusetzen: den Präsidenten der Berliner jüdischen Kultusgemeinde, Georg Kareski, der Ostjude und Zionist zugleich ist. Aber er ist auch Direktor beim reichen Jakob Michael, dem üblen jüdischen Börsenschieber. Und das erklärt manches...

Gegen dies alles haben die kirchlichen Behörden nichts einzuwenden gehabt, ja, die Kandidatur Kareskis fand statt unter dem Prälaten Kaas als Zentrumsvorsitzenden.

Aber über einen vaterlandsliebenden Pfarrer verhängt man das Redeverbot, weil er diese Geschäfte nicht gutheißt, sondern als echter Seelsorger den Mut zur Ablehnung aufbringt. Dr. Haeusser wird das Verbot zu tragen wissen: in allen noch echt und gesund empfindenden Kreisen Deutschlands — nicht zum wenigsten auch in katholischen Seelsorgerkreisen — wird er sich nur neue Sympathien erworben haben.

Mönius frei, Pfarrer Haeusser mundtot gemacht — gibt es etwas moralisch Vernichtenderes für Sie, als diese Tatsache, Herr Kardinal v. Faulhaber?

1931

Brünings Kampf mit der Wahrheit.

„Völkischer Beobachter", 13. Januar 1931.

Dieser Aufsatz steht bereits im Zeichen des Schlußkampfes, der ja vor allem Dr. Heinrich Brüning, dem Zentrumskanzler und zähesten Gegner des neuen Deutschlands, galt. Brüning versuchte mit allen Mitteln der List und Gewalt die unabwendbare Entwicklung aufzuhalten, mußte aber schließlich hierdurch die Kampfbereitschaft der NSDAP. nur stärken. Mit der Person Brünings befaßte sich Alfred Rosenberg dann auf das Ausführlichste in mehreren nachfolgenden wiedergegebenen Aufsätzen aus dem Jahre 1932. Brüning emigrierte nach der Machtübernahme ebenso wie sein Fraktionsgenosse Prälat Kaas, von dem der bemerkenswerte Ausspruch stammt: „Wer gegen Versailles anrennt, wird an einem Felsen zerschmettert werden."

„Wir müssen heraus aus der Agitation. Ich kann die Verantwortung nur weiter tragen, wenn es möglich ist, dem deutschen Volk den Sinn für Wahrheit restlos wieder beizubringen." Mit diesen Worten „krönte" der auf den Marxismus gestützte Reichskanzler Dr. Brüning seine Schlußrede in Ratibor, um dann zu seinem Parteigenossen, dem Prälaten Dr. Ulitzka, zu fahren, der 1920 erklärt hatte, er sei nie ein Gegner der Befreiung Polens von preußischer Herrschaft gewesen. Dort hat der müde Ostlandreisende Dr. Brüning sein Haupt niedergelegt, um von seinen Reden gegen den deutschen „Radikalismus" auszuruhen.

„Dem Volk die Wahrheit wieder beizubringen!" Das ist zunächst eine Beleidigung der deutschen Nation, als sei diese verlogen und verkommen. Dann aber ist diese leere

agitatorische Redensart offenbar ein Versuch, von den Dawes- und Youngversprechungen abzulenken, durch die das deutsche Volk vom Zentrum, SPD. und ihren Spießgesellen irregeführt oder belogen worden war.

Locarno ist Unsinn, wenn nicht die allgemeine Abrüstung folgt — sagte Gustav Stresemann. Und ließ von Briand die Artikel 42 und 43 von Versailles nochmals „einbauen“, ließ 34 Befestigungen im deutschen Osten sprengen. Und die Folge der Versprechungen: Frankreich rüstet wie noch nie in seiner Geschichte, Stresemann aber wird zum „größten Staatsmann“ emporgehudelt.

Senkung der Eisenbahntarife, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Silberstreifen am Horizont der Wirtschaft, riefen Stresemann und das Zentrum, als die Dawesversklavung eingespeichelt werden mußte. „Ungeheurer Sieg der sozialdemokratischen Politik“, echote die SPD., als dies Diktat angenommen worden war. Alle Versprechungen waren Schwindel! Warum gaben Sie das nicht zu, Sie Wahrheitsfanatiker Dr. Brüning?

Große Erleichterungen! rief man, als das Youngdiktat spruchreif wurde. Das Volk soll an den Erleichterungen teilhaben, sagte Genosse Severing, als er gegen uns als Gegner des herrlichen Youngpaktes wütete. Es geht aufwärts! jubelte das Genie der DVP., Dr. Moldenhauer, in Ullsteins „Vossischer Zeitung“, und Hermann Müller dankte dem Vorsitzenden des Ausbeuterkonsortiums, Owen Young, telegraphisch für seine aufopfernde Mitarbeit ... Jetzt schreien fünf Millionen Youngsklaven arbeitslos nach Brot. Warum sagt der Wahrheitssucher Dr. Brüning der Nation nicht, daß sie von den Youngparteien irregeführt oder belogen worden ist?

Hier schweigt des Zentrums Höflichkeit, und die Sozialdemokratie dankt ihr für den Mantel der christlichen Nächstenliebe, der dadurch über die Verbrechen des Marxismus gedeckt wird ...

Von Revisionen ist keine Rede, es wird weiter widerspruchslos erfüllt und die Youngarmee wächst. Während sogar der Pan-Europäer Graf Coudenhove-Kalergi in seiner Zeitschrift erklärt: „So wächst die Revisionsbewegung ständig; sie richtet sich nicht gegen den Frieden — sondern gegen den Krieg“, läßt man die frechen Tiraden aus Paris, jede Revision bedeute Kriegsgefahr, ohne Antwort, und der begeisterte Befürworter der Rheinischen Republik, Prälat Dr. Kaas, ruft aus Kassel, gegen Versailles aufzutreten, heiße, sich an einem Felsen zerschmettern. Wofür ihn Paris ebenso gelobt hat wie das Zentrum und die SPD., die immer an genaue Personalkenntnisse des 2. Büros (französischer Geheimdienst) denken muß ...

Die gesamte Politik der Youngparteien muß darauf gerichtet sein, dem Volk die Wahrheit zu unterschlagen. Denn von der Irreführung haben sie alle gelebt, und an der Wahrheit müssen sie sterben. Und sie werden daran sterben, obwohl das bewaffnete rote Untermenschentum in „Preußen“ bereits schlägt, schießt und mordet, rote Führer zu Gewalttätigkeiten aufrufen, Polizei mit Bolschewisten in einem Zuge marschiert — alles unter den Augen des Justizministers vom Zentrum. Aber Scheidung von dem allem, Bewußtwerden des Blutes gegenüber diesen chaotischen Mächten ist — nach dem Zentrumskardinal Dr. Bertram — „neues Heidentum“.

Es gibt ehrliche Menschen auch bei der SPD. und dem Zentrum, die das alles mit Abscheu und Grauen sehen. Noch halten die alten Bande, Gewerkschaftsterror, Kirchenstrafen, finanzielle Abhängigkeiten, aber auch in diesen heute noch niedergedrückten Millionen erwacht ein Widerstandswille gegen das furchtbare Chaos, heraufbeschworen durch eine unwahrhaftige Politik schwächlicher oder verräterischer Parteien. Auch um sie kämpfen wir, sie müssen aber dann in die gemeinsame Front gegen den Marxismus, den Büttel des Weltkapitals, antreten und alle jene Führer

davonjagen, die um unsauberer Geschäfte willen die Nation diesem Marxismus preisgeben.

Das ist die Wahrheit. Zu ihr wollen wir Deutschland hinführen. Das aber erfordert Zerschmetterung der Young-koalition, Zerschmetterung der rot-schwarzen Herrschaft über das deutsche Preußen!

Um die Immunität.

„Völkischer Beobachter", 14. Februar 1931.

Im Frühjahr 1931 hatte der Kampf der NSDAP. gegen die Regierung Brüning bereits eine sehr harte Form angenommen. Nach dem großen Wahlerfolg vom 14. September 1930 mußte sich die nationalsozialistische Bewegung in steigendem Maße sowohl gegen den Rotmordterror wie gegen die Zwangsmaßnahmen der Brüning-Regierung zur Wehr setzen. Am 12. Februar verließ die Reichstagsfraktion der NSDAP. zusammen mit den Deutschnationalen und einem Teil des Deutschen Landvolkes den Reichstag, so daß dieser nur noch aus einem schwarz-roten Rumpfparlament bestand. Hier wurde nun erwogen, die Immunität der gesamten nationalsozialistischen Fraktion aufzuheben.

Die gesamte Presse des Youngblocks frohlockt über die Tatsache, daß die Staatsanwälte dieser Republik nun vielhundertfache Arbeit bekommen, da die Immunität der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten in Bausch und Bogen aufgehoben worden sei. Wir vermeldeten auch das Triumphgeschrei des „Tempo", bereits in früher Morgenstunde nach diesem Beschluß hätte die „Arbeit" begonnen. In diesem Fall hat man es äußerst eilig, die Sklarek-Angelegenheit der großen Genossen der SPD. aber wurde mit Händebewegungen angefaßt, als wären sie unter der Zeitlupe aufgenommen. In diesem Fall gefesselte, in jenem entfesselte — Justiz kann man nicht sagen,

wohl aber neudeutscher Betrieb, in dem ein Herr Dr. Weißmann Staatssekretär ist, auf dem seit Jahren der öffentliche Vorwurf unwahrer eidlicher Aussagen sitzt, ohne daß er, noch die Staatsanwaltschaft sich gerührt hätten.

Das Spiel hat also begonnen.

Das „Berliner Tageblatt" zitiert aus meinem „Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP." die Stelle, wonach jede Immunität abgeschafft werden müsse, da sonst „sich ein Abgeordneter die frechsten Anpöbelungen des deutschen Volkes erlauben darf". Das Blatt der hebräischen Finanz glaubt offenbar, dadurch einen „Schlag" zu führen. Wobei es doch gerade ungewollt feststellt, daß auch der weiteren Anpöbelung des deutschen Volkes freie Bahn gegeben ist, denn die Immunität der SPD.-Bonzen wurde nicht aufgehoben! Diese können landesverräterische, Deutschland verleumdende Reden halten, es geschieht ihnen unter dem Schutz ihrer neuen Freunde von der Deutschen Volkspartei, den Jungdeutschen, Landvolkresten usw. nichts, ihre Immunität bleibt erhalten. Durch Aufhebung der Immunität der Nationalsozialisten soll die Gegenwirkung gegen die landesverräterische Tätigkeit des Marxismus gemindert werden. Und die Bürger helfen mit Händen und Füßen mit.

Wenn es je in Deutschland Tage gegeben hat, in denen ein versinkendes Geschlecht sich selbst das Grab geschaufelt hat, so waren es die letzten Tage vor dem Auszug der Nationalsozialisten aus dem Tributreichstag. Nur der Oktober 1918 weist ähnliche Beispiele auf, und diese Oktoberstimmung ist es auch, die eben über Deutschland liegt. Der preußische Staat in marxistischer Hand — in Bruderschaft mit dem Zentrum —, im Reichstag stehen die übrigen Bürger in einer Front mit der Sozialdemokratie. Mit den Sozialdemokraten vom Januarstreik 1918 wollte das alte Regime einen „neuen Staat" aufbauen, die Quittung erhielt es am 9. November. Crispien prophezeit jetzt schon

einen „neuen 9. November" und betont, man hätte schon zugelernt... Und wieder sitzen die Bürger neben der SPD., neben den gleichen Leuten, die mit der Novemberrevolte belastet sind bis an ihr Lebensende. Und liefern die Gegner des Marxismus seinen Staatsanwälten aus! Damit ihre Vertreter „Minister" spielen können. Man sieht dies Bürgertum in einem Zustande des politischen Wahnsinns, der nicht minder stark ist in der „Ruhe", mit der die Dingeldey ihre große Kunst üben, eine Stunde lang eine Plattheit säuberlich auf die andere zu häufen.

Um ihre traurige Rolle des Zuhälters für den Marxismus vor der Nation zu vertuschen, spielen die Wirtschaftsparteiler, Landvolkler, Jungdeutschen jetzt „nationale Opposition". Die Brocken, die von unserem Tisch gefallen sind, werden gefressen, immer auf die Wähler und auf die marxistischen Partner schielend, auf die einen, um das nationale Mäntelchen zu zeigen, auf die anderen, um rechtzeitig das vorgetäuschte Temperament abzustoppen, falls links ein Stirnrunzeln bemerkbar wird.

Die bürgerlichen Interessentenhaufen haben für ihren neuen Verrat am kämpfenden Deutschland natürlich ihre „sachlichen Gründe". Es ginge nicht an, daß ein Nationalsozialist andere „verleumde", um sich dann durch die Immunität zu schützen. Darum handelt es sich aber gar nicht! Sondern es geht darum, die Bekämpfer der Barmat-Sklarek-Korruption wegen formaler Verstöße aus der Mitte des Volkes zu entfernen, damit dieses nicht erfährt, daß SPD.-Reichskanzler a. D., wie Bauer, den Schiebern Barmat zu Willen waren, daß der marxistische Polizeipräsident a. D. von Berlin, Richter, sich mit abgelegten goldenen Zahnstochern und Schlafhosen abspeisen läßt.

Also fort mit den Gegnern dieser Ehrenmänner und ihrer marxistischen Förderer. Fort mit denen, die etwa gar der Anschauung Ausdruck gegeben hatten, die Sklareks und Co. seien alles keine Zufälle, sondern Anzeichen des

Systems. Dann greift der Staatsanwalt wegen „Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform“ ein.

Soeben wurde ein Nationalsozialist zu 2 Jahren und 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er die schwarzrotgoldenen Farben, mit denen die bekannten Deserteurflugblätter „Republikaner!“ geziert waren, als Vorlage für die heutigen Reichsfarben angesehen hatte. Auf historische Beweise ließ das „Gericht“ sich gar nicht ein: daß das Schwarz-Rot-Gold von 1848 durch die Deserteurflugblätter beschmutzt sei, nicht durch ihn.

Barmat erhielt nach Abzug von einigen Monaten Untersuchungshaft 6 Monate Gefängnis — die er nicht abzusitzen brauchte. In Amsterdam wurde er von seinen Genossen mit Blumen empfangen.

Um diese „Zustände“ zu schützen, sollen die nationalsozialistischen Redner und Schriftleiter wirtschaftlich ruiniert werden, die Gefängnisse füllen. Und die „nationalen“ Bürger bieten die Hand dazu.

Da kann man nur sagen: Pfui Teufel!

Großalarm des Zentrums.

„Völkischer Beobachter“, 10. März 1931.

> „Außerdem müßt ihr streben, daß die Söhne der katholischen Kirche der abscheulichen Partei (der Sozialdemokratie) weder beitreten, noch sie auf irgendwelche Weise zu begünstigen wagen.“
>
> Papst Leo XIII. in der Enzyklika vom 28. Dezember 1878.

卐

Soeben veröffentlichen nun auch die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz eine heftige Erklärung gegen den Nationalsozialismus. Damit schließt sich der Ring, der vom Zentrum schon seit vielen Jahren geschmiedet wurde, um nicht

nur mit Hilfe der SPD., sondern auch mit Hilfe der kirchlichen Autoritäten den Kampf gegen den erwachenden deutschen Nationalismus („Katholizismus bricht jedem Nationalismus das Rückgrat“, erklärte seinerzeit der Zentrumspfarrer Mönius unter der dauernden Obhut des Kardinals Faulhaber) mit aller Energie aufzunehmen und seine politische Pfründenjagd dann mit weiterer Hilfe der Sozialdemokratie weiter fortzuführen.

Auf den Katholikentagen nach 1918 konnten sich die deutsch Gesinnten immer weniger durchsetzen, so daß die Tagungen nach und nach zu Werkzeugen der Zentrumsherren herabsanken. Auf dem Konstanzer Zentrums-Katholikentag 1923 fiel dann das programmatische Wort, der deutsche Nationalismus sei die „größte Häresie“ unserer Zeit.

Je weiter nun das Erwachen Deutschlands aus der innerpolitischen schwarz-roten Korruptionspolitik von Barmat bis Moufang fortschritt, um so wilder gebärdeten sich Zentrum und SPD. in der Verfolgung dieses Erwachens, und die Bischöfe, die jetzt ganz öffentlich gegen das junge, aus der Schande unserer Zeit heraustretende Deutschland auftreten, haben kein einziges Wort der Abwehr gegen die Aufrufe zu Gewalt und Mord gefunden, die der Reichsbannerführer Hörsing hinausposaunte. Im Gegenteil: der päpstliche Hausprälat und Zentrumsvorsitzende Dr. Kaas empfahl sogar diese Organisation, die ja nichts anderes darstellt, als ein Bürgerkriegsheer des roten atheistischen Marxismus gegen die deutsche Nation.

Jetzt ist es den rotverbrüderten Herren um Kaas, Joos, Stegerwald usw. gelungen, fast alle katholischen Bischöfe gegen die deutsche Freiheitsbewegung zu hetzen. Der Aufruf der Kölner Provinz ist zwar in der Form etwas zurückhaltender, darum aber nicht weniger unrichtig als die bayerischen Kundgebungen. Es wird unter anderem auch auf die „Action française“ hingewiesen, wobei es doch klar

ist, daß diese Gruppe in Frankreich sich als katholisch ausgab, sich also von vornherein als kirchlich bezeichnete, eine Begutachtung seitens der Kirche also verständlich war. Die NSDAP. ist aber nicht irgendwie Konfessionspartei. Sie umfaßt Angehörige aller christlichen Konfessionen, als Bewegung hat sie deshalb überhaupt keine kirchendogmatischen Erklärungen abzugeben. Deshalb fallen also alle Hinweise der Bischöfe in sich zusammen. Denn mit noch viel mehr Recht müßten sich diese Bischöfe gegen das Zentrum wenden, das Talmud-Juden, also Vertreter einer „Religion", die auf Beschimpfung von Christus beruht, als Reichstagskandidaten aufstellt. Diese Talmud-Religion ist eine ausgesprochene Rassenreligion, die zwar dem Deutschen gegenüber erneut als mit dem Katholizismus unvereinbar hingestellt wird, dem Juden läßt man aber seine Rassenreligion nicht nur, sondern räumt ihr im Zentrum einen gleichberechtigten Raum ohne bischöflichen Protest ein. Hier versagen also die Bischöfe, ein deutliches Zeichen, in wessen Interesse sie praktisch im Kampf gegen den deutschen Nationalismus wirken. Herr Georg Kareski vom Hause Jakob Michael wird seine Freude haben ...

Zwar finden wir natürlich die Betonung der „wahren Liebe zu Volk und Vaterland", aber mit derart unverbindlichen Redensarten ist heute Deutschland nicht gedient. Sie können als Folge nur eine Einlullung zeitigen und geben der Zentrumspresse die gewünschte Deckung, um ihr „Nationalgefühl" zu betonen.

„Ich will die Sozialdemokratie bekämpfen auf Leben und Tod, mit jedem gesetzlichen Mittel; ja, die Sozialdemokratie ist die wahre Pest." So sprach der Zentrumsführer Windthorst am 30. Januar 1888 im Reichstag. Heute kann der „Vorwärts" mit Recht die Zentrumsregierung Brüning als die „unentbehrliche Barrikade" der Sozialdemokraten bezeichnen. Und um das ganze Trauerspiel zu vollenden, legen sich nach und nach alle katholischen Bi-

schöfe auf diese Zentrumsbarrikade, und hinter ihr als Deckung schießt die rote Bürgerkriegsgarde auf das anmarschierende erwachende Deutschland. Hinter der Zentrumsbarrikade sammelt sich Rot-Front, sammelt sich die Gottlosen-Internationale, formieren sich unter freundlichen Zurufen des Prälaten Kaas die Hörsing-Banditen. Und die deutschen Bischöfe segnen diesen das rote Untermenschentum schützenden Zentrumswall und wettern gegen die einzigen ernsthaften Gegner des marxistischen Bolschewismus aller Formen!

Macht man sich klar, in welcher furchtbaren Gefahr heute ganz Europa schwebt, an welchem Abgrund vor allem das arme, kranke deutsche Volk taumelt, so erscheinen diese leider nur zu wahren Tatsachen wie ein vollendeter Wahnsinn.

Seherisch sagte einst Bismarck: „Sie — vom Zentrum — würden auch mit der Sozialdemokratie paktieren, um den deutschen Kadaver zu verzehren.“ Er sah im Zentrum die Keime einer Bewegung, die sich gegen die kulturtragenden Kräfte wendete, und wußte, daß diese Seite einst in der Zeit schicksalsschwerer Tage über die andere siegen würde. Die Zentrumsführer von heute sind damit geweissagt worden.

❖

Und doch: uns Nationalsozialisten wird diese neue Stärkung des Reichsbannergeistes nicht bange machen. Kein bewußter Nationalsozialist wird die Bewegung dieser bischöflichen, über ihre Befugnis gehenden politischen Erlasse wegen verlassen. Die Zeiten sind vorüber! Aber immerhin können etliche für einige Zeit verhindert werden, den Weg zur Freiheitsbewegung der deutschen Nation zu finden. Deshalb wird sich der Kampf eben mit verdoppelter Energie gegen das volksverräterische, alles echt religiöse Leben mit einer praktisch promarxistischen, politischen Lehre vergiftenden Zentrum zu richten haben.

Das Zentrum — die „unentbehrliche Barrikade" der SPD.

„Völkischer Beobachter" Nr. 69 vom 10. März 1931.

Die Sozialdemokratie weiß vor lauter Angst vor dem erwachenden Volk keinen Ausweg mehr. Jeden Tag macht sie eine nicht mehr gutzumachende Dummheit: gestern noch bot sich Dittmann den Groeners als Unterstützung an, heute spricht der „Vorwärts" aus verzweifelter Seele alle Ängste aus, indem er das Zentrum als letzten Schutz der SPD. hinstellt. Brüning ist heute nach diesem Eingeständnis die „unentbehrliche Barrikade" des Marxismus!

Man stelle sich bloß dies Bild vor: das anmarschierende Volk unter der Hakenkreuzfahne, vorn die roten Bonzen, denen das Messer in der Hand zittert, zwischen beiden Gruppen aber ein großer, letzter Wall aus den Leibern der Kaas, Leicht, Brüning, Wirth, Joos und Genossen!

Der „Vorwärts" hat recht. Nur das Zentrum schützt heute noch die Sozialdemokratie vor der restlosen Aufteilung zwischen KPD. und NSDAP. Auf seinen volksverräterischen Schultern liegt ganz allein die Verantwortung, daß Rotmord heute noch wüten kann, sei es in Sklarekjacken*), sei es in Moskaus Uniformen.

卐

Die Furcht der großen roten Bonzen um ihre vom Zentrum behüteten Posten hat die kleinen böse gemacht, weil sie bei der Verringerung der SPD. als erste auf der Strecke bleiben werden. Deshalb versuchen sie, die Massen hinter sich zu bringen und ihre bisher glücklicheren Vorder-

*) Die jüdische Schieberfamilie Sklarek war Hauptlieferantin für Einkleidung des „Reichsbanners Schwarzrotgold".

männer dadurch abzuservieren. Da ist z. B. der berüchtigte Seydewitz, der Vertreter der Forderung des „Rechts" auf Landesverrat. Dieser Biedermann schreibt soeben (3. März) zu der bevorstehenden Zustimmung der Braun und Severing und Müller zur Panzerkreuzerrate im „Sächsischen Volksblatt":

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion muß bedenken, daß durch eine weitere bedingungslose Tolerierung der Regierung Brüning, durch eine Zustimmung zum überhöhten Wehretat und zu dem Panzerkreuzer, durch eine Zustimmung für die von der Regierung geforderten Ermächtigungsgesetze, nach Belieben die Zölle zu erhöhen und den Etat zu senken, die Aktionskraft gegen den Faschismus geschwächt und der nationalsozialistische Einfluß im Volke nicht zurückgedrängt wird."

Max Seydewitz glaubt also an das Mittel der Brüning-Barrikade auch nicht mehr, und seine Hilflosigkeit ist ebenso ergötzlich, wie die Kopflosigkeit der anderen.

Heinrich Stroebel aber, auch ein MdR. der SPD., jammert am gleichen Tage in der Chemnitzer „Volksstimme":

„Die Sozialdemokratie ist ihr (der Brüningregierung) nichts als der geduldete Helfer; Hugenberg und die Nazis sind aber ihre eigentlichen Instruktoren und Auftraggeber. Die Regierung Brüning hält sich mit Hilfe der Sozialdemokratie im Sattel, um reaktionäre und nationalistische Politik zu machen!"

So will man die „Radikalen" fangen! Wir stellen also fest, daß die SPD.-Führer vom Zentrum das gerade Gegenteil voneinander aussagen: einmal ist es der letzte Schutz der Hörsing-Banden, das andere Mal sollen wir seine „Instruktoren" sein.

Im übrigen werden die großen Bonzen die kleinen wohl wieder in die Knie zwingen. Sie verfügen noch immer über den Futtertrog.

Das „Rußlandgeschäft".

„Völkischer Beobachter", 17. März 1931.

Es ist von besonderem Reiz, die sehr verschiedenen Kommentare der bürgerlichen und marxistischen Presse über die Rußlandreise einer Industriellengruppe zu verfolgen.

Das Berliner bolschewistische Zentralorgan höhnt die herbeigeflehten Gäste: sie hätten in Moskau um Aufträge betteln müssen. Die SPD.-Presse verspottet die KPD. als größte Freundin der Schwerindustrie. Die Bürger-Blätter ihrerseits aber erörtern mit ernstem Gesicht die Gewinne, die man sich vom 300-Millionen-Auftrag verspricht.

Zunächst: die wirtschaftlichen Nöte der deutschen Industrie begreifen wir rein menschlich durchaus. Die Youngpolitik der Youngparteien — deren Verbrechen sich gerade jetzt gejährt hat — belastet die deutsche Wirtschaft derartig, daß ein Unternehmen nach dem anderen zusammenkracht und man eben alles versucht, um Absatz für seine Erzeugnisse zu schaffen.

Die Dinge erhalten aber ein ganz anderes Gesicht, wenn man die Frage des Rußlandhandels nationalpolitisch wertet. Tatsache ist, daß dank der Ausrottung des wertvolleren Blutes die Sowjetregierung mit dem vorhandenen Menschenmaterial unfähig wäre, den sogenannten Fünfjahresplan durchzuführen. Sie hat zwar einen richtigen Sklavenstaat eingerichtet, verbraucht zum Zweck billigster Holzausfuhr Hunderttausende von Menschenleben, aber eine moderne Industrie zu errichten, wäre sie außerstande. Deshalb braucht sie europäische und amerikanische Ingenieure und technische Sachverständige. Deutsche Ingenieure allein zählen heute schon nicht mehr nach Hunderten, sondern nach Tausenden.

Was sich da im Osten entwickelt, ist eben nur biologisch zu begreifen: das mongolide Steppenblut hatte sich gegen das germanische europäische erhoben, wie es dies schon früher mehrfach versucht hatte. Das Minderwertige wurde politisch Herr und zerstörte wütend, was an Hochwertiges erinnerte. Aber die Natur rächte sich und das herrschende Untermenschentum sah sich gezwungen, um überhaupt noch bestehen zu können, das verhaßte Europa um Wiederaufbau zu bitten. Was die europäische Technik heute tut, ist das gleiche, was Peter der Große entgegen den Moskowitern versucht hatte. Man darf nicht glauben, daß dies etwa geschieht, um auch europäisch zu werden, vielmehr will der sowjetrussische Welt-Schmarotzer sich nur die technischen Mittel von den Schöpfern der Technik bauen lassen, um, später unabhängig, den großen Sprung auf Europa doch noch auszuführen. Und die weltpolitische Tragik liegt nun darin, daß Europa dieser riesigen Gefahr selbst nachhilft und aus Furcht vor weiterer Arbeitslosigkeit seinem Todfeinde die Waffen liefert.

Ich weiß nicht, ob den Herren Industriellen die Einzelheiten des berüchtigten Fünfjahresplans bekannt sind, vor allen Dingen die strategischen Hintergründe. Neben der Bergwerksindustrie ist namentlich auf die chemische besonderer Wert gelegt mit dem Zweck der Organisation des Gaskrieges. Sind den Herren die entworfenen strategischen Aufmarschstraßen bekannt und die bereits vorliegenden Riesenlager von Zement und anderen Straßenbaustoffen? Ist den Herren die Karte mit der Verteilung der Werke, der Einzeichnung der strategischen Chausseen bekannt? Da ist vor allen Dingen die große Chaussee von Moskau nach Witebsk, von der Charkower Bahnstrecke über Tschernigow nach Tomel, die neuen Zufuhrstraßen von Woldai nach Nowgorod, von Kraputz nach Klinitzy, von Zwjetkowo nach Pogrebischtsche, von Wjasma nach Brjansk, von Fjedorowka

zum Schwarzen Meer? Diese Chausseen sind mit rückwärtigen Straßenpunkten verbunden, die zu Eisenbahnknotenpunkten oder unmittelbar zum Zentralbezirk der aufzubauenden Industrie, in den Ural führen. So die Straßen Milljirewo—Saratow, Uralsk—Orenburg—Ufa, Nischni-Nowgorod—Kasanj usw.

Wir behalten uns vor, zur gegebenen Zeit, diesen ganzen strategischen Aufmarsch des Bolschewismus noch näher zu untersuchen, stellen zunächst nur nochmals fest, daß die europäische Industrie den Aufmarsch Moskaus gegen das Herz Europas mit fördert.

In diesem Zusammenhange sei nur noch bemerkt, daß sich unter den Rußlandreisenden auch Zentrumsführer befanden. Bekanntlich predigte das Zentrum unlängst den Kreuzzug gegen das atheistische kirchenfeindliche Moskau. Wir wurden beschimpft, als wir erklärten, für Kreuzzüge kein Blut übrig zu haben, auch unsere Außenpolitik nach nationalen Notwendigkeiten einzurichten, nicht nach „abendländischen" Gesichtspunkten, hinter denen französische Interessen stünden. Was sagt nun das heuchlerische Zentrum zu der Reise nach Moskau und zum Aufbau auch der chemischen Kriegsindustrie durch deutsche Technik?

Wie trotz allem auch die jetzige Arbeit der deutschen Wirtschaft im deutschen Interesse ausgewertet werden könnte, darüber ist in einer Zeitung nicht weiter zu debattieren.

Die zionistische Selbstentlarvung.

„Völkischer Beobachter", 11. Juli 1931.

In Basel wurde der erste zionistische Weltkongreß 1897 abgehalten, auf dem die Richtlinien einer alljüdischen Weltpolitik ausgearbeitet wurden. Unter anderem forderte man auch das von Arabern bewohnte Palästina als

„Judenstaat“, um einen von Europäern nicht kontrollierten, nur jüdischen Mittelpunkt zu schaffen. Der Weltkrieg sah die Zionisten offen und geheim auf Seite der Börsen-Entente, und frohlockend verkündete der zionistische Führer Weizmann 1920 in Jerusalem, England habe sich den Drohungen des Judentums, im Falle der Weigerung, den zionistischen Forderungen nachzugeben, gebeugt*.

Die Jahre in Palästina gingen dann hin unter der Diktatur des Oberkommissars Herbert Samuel, aber dieses jüdische Gewaltregiment hatte die Auflehnung nicht nur des schwer bedrohten Arabertums zur Folge, sondern auch die Empörung aller englischen Beamten und Offiziere, die nun plötzlich ihre wahren Gebieter „am Werke“ erblickten. Es setzte deshalb überall ein erbitterter Kampf gegen die jüdischen Anmaßungen ein, die Mohammedaner Indiens kamen ihren Glaubensgenossen in Palästina zu Hilfe, und das britische Imperium sah sich plötzlich in einer bösen Zwickmühle, während der bis dahin triumphierende Zionismus immer kleinlauter erschien.

Die Folge dieser politischen Krise im offen nationalistischen Weltjudentum war das Auftreten einer ganz radikalen Gruppe: der sogenannten revisionistischen Zionisten unter Führung Wladimir Jabotinskys. Diese Gruppe trat in schärfste Opposition zur bisherigen Leitung und forderte das Abwerfen aller Masken. Der Zionismus wolle einen Judenstaat, d. h. die Mehrheit der Juden, er wolle sich auch nicht mit dem West-Jordangebiet begnügen, sondern das ganze Trans-Jordanien miteinbeziehen. Die Revisionisten erklären nun, es habe gar keinen Zweck, die „Endziele“ zu leugnen, da sowieso kein Mensch mehr den Ableugnungen Glauben schenke.

Und nun haben diese Revisionisten auf dem jetzigen Baseler Kongreß die Endziele offen verkündet und fordern

*) Siehe hierzu A. Rosenberg: „Der staatsfeindliche Zionismus“.

die offizielle Anerkennung dieses Programms seitens aller zionistischen Gruppen. Das hat zu einem fürchterlichen Krach geführt, um so mehr, als die Mandatmacht England heftig angegriffen und des Wortbruchs an der Judenheit beschuldigt wurde. Der alte Führer Ussischkin rief, an die Adresse Großbritanniens gerichtet, aus, es solle die Lage eines 17-Millionen-Volkes verstehen, das mit „gewaltigen intellektuellen Kräften" ausgestattet sei. England solle die Juden „nicht zum Streite" zwingen: „Vergiß nicht die Erzählung der Bibel vom großen Kampf des mächtigen Philisters Goliath mit dem kleinen Juden David."

Damit ist unverblümt ausgesprochen, daß im Falle Großbritannien nicht mehr seine Soldaten zur Unterdrückung der Araber zugunsten der jüdischen Eindringlinge zur Verfügung stellen sollte, das Judentum gegen den englischen Goliath ebenso heimtückisch verfahren würde, wie einst die jüdische Legende von ihrem Nationalheros berichtete. Jizchak Grünbaum stellte fest, das Vertrauen zu England sei „definitiv zerstört" und forderte die volle Souveränität „in unserem eigenen Lande". Die Juden verfügen also forsch und frech über ein fremdes Land als über ihr Eigentum, ganz wie es ja auch in Deutschland der Fall ist. Der „deutsche" Zionist Richard Lichtheim verwirft jeden Pazifismus und machte das Geständnis, daß die zionistischen Revisionisten ihre Jugend militärisch schulen — offenbar um später hinter den britischen Truppen die Ausrottung der Araber durchzuführen. Das Bekenntnis Lichtheims ist aber sehr bemerkenswert, weil über die zionistischen Makkabäer in der Judenpresse nichts zu lesen war, obgleich diese gegen den nationalsozialistischen „Militarismus" täglich zeterte. Gegen die „militärische Schulung" der zionistischen Jugend hat man offenbar auch im preußischen Ministerium nichts einzuwenden — vermutlich, weil diese Juden auch im Reichsbanner tätig sind.

❖

Aus den übrigen Bekenntnissen verdient festgehalten zu werden, daß der Zionismus ein demokratisches Parlament für Palästina ablehnt. Das also, was das Hebräertum für Deutschland forderte, will es „bei sich zu Hause" nicht haben, weil sonst die verschwindende jüdische Minderheit handgreiflich offenbar würde. Zum Schluß sei die bewegliche Klage vermerkt, daß zwar 1500 Einreisebewilligungen nach Palästina vorlägen, aber keine „Zionisten", die nach Zion einwandern wollten*). Auch diese bekümmerte Feststellung zeigt die innere Zersetzung der ganzen zionistischen Bewegung, der es nur mit riesigen Geldern gelungen war, „arbeitslose" Juden und spekulative Unternehmer nach Palästina zu schaffen, was aber alles nur geringe Erfolge hatte. Bald setzte die Rückwanderung ein, die oft die Einwanderung erheblich überwog. Nun herrscht Wut- und Verzweiflungsstimmung. „Verräter", „Bezahlte Knechte" und ähnliche Kosenamen waren es, mit denen sich die Gegner auf dem Baseler Kongreß bedachten. Dem alten Führer Weizmann hat man den Stuhl vor die Tempeltür gestellt, und den ekelt das Getue seiner Leute bis zum Halse. Jetzt wird wohl der Schreihals Jabotinsky gewählt werden, und man darf gespannt sein, wie dieser neue David dem englischen Goliath den Stein an die Schläfe schleudern wird.

Der Zionismus als Gedanke eines wirklichen Nationalstaates, vertikal aufgebaut vom Bauer, Handwerker, Soldaten, Künstler, Forscher, Staatsmann ist unjüdisch, ist ein Versuch, europäische Gemeinschaften nachzuahmen. Das Judentum ist eine horizontale Schicht des geistigen und materiellen Zwischenhandels. Die Juden wirklich unter sich gelassen, würden sich gegenseitig ausrotten und wieder aus dem Gebiet auswandern, um als Schmarotzer an anderen Volkskörpern zu leben. Das ist ihr ewiges Wesen,

*) Diesem Verlangen hat der neue Staat seit 1933 etwas nachgeholfen.

solange sie bestehen. Und an ihrem Bestehen hat keine Nation ein Interesse. Die Lösung der Judenfrage ist, staatliche Zustände zu schaffen, die jedes Schmarotzertum unmöglich machen. Das wird die Sendung des Nationalsozialismus sein.

Marxistische Arbeiterverräter.

„Völkischer Beobachter", 4. August 1931.

Ende Juli und Anfang August tagte der Kongreß der 2. Internationale in Wien, der bereits deutlich den Bankrott dieser Einrichtung zeigte.

Wir haben uns mit dem Kuriosum der Zusammenkunft der 2. Internationale fortlaufend beschäftigt, denn es ist ein interessanter gesellschaftlich-politischer Vorgang, der sich soeben in Wien vor unseren Augen abspielt. Ein Verfaulungsprozeß am lebendigen Leibe. Nach außen schreit der „Vorwärts" vom „Sozialismus auf dem Marsch", die „Münchener Post" nennt das Lamentieren in Wien gar „Marxistische Weltpolitik". Darüber lacht das Finanzkapital, darüber lachen aber auch alle näher Unterrichteten: denn die Tobsuchtsanfälle gegen uns sind ja nur noch letzte Krämpfe politischer Mummelgreise. Das hindert nun allerdings nicht, daß diese Fremdenlegionäre Frankreichs ihr altes Handwerk des Landesverrats erneut in ausgiebigster Weise ausüben. An der Spitze der „Österreicher" Otto Bauer. Es ist derselbe, der vor ein paar Jahren in einer Schweizer Zeitung schrieb, es handle sich jetzt nicht mehr darum, den Kapitalismus zu stürzen, sondern sich innerhalb seines Systems häuslich einzurichten. Dieser Mann war also besonders geeignet, für die 2. Internationale das große „weltpolitische" Referat zu halten. Der „Vorwärts" brachte seine Rede in größter Aufmachung. Dieser Bursche

hat die Frechheit, im Namen der 2. Internationale und als „deutsch-österreichischer“ Marxist die französische Kriegsschuldlüge erneut offiziell zu erneuern! Der jüdische Hetzer sagte vor der deutschen Arbeiterschaft: „Es ist dieselbe Arbeiterklasse, die nach dem fürchterlichen Krieg, den Habsburg und Hohenzollern verschuldet haben, das Kaiserreich zerbrochen und die Republik gegründet hat.“ Und an anderer Stelle spricht er „von dem Unheil, das aus dem verfluchten Krieg der Habsburger und Hohenzollern auf uns gefallen ist . . .“.

Die „deutsche“ Sozialdemokratie hat gegen diese hundsgemeinen, schuftigen Anschuldigungen mit keinem Wort opponiert, der „Vorwärts“ stellte sogar „unaufhörlichen stürmischen Beifall“ nach der Rede Bauers fest. Er identifiziert sich also mit einer Rede, die dem Gegner auch der deutschen Arbeiterschaft bewußt neue Waffen in die Hand spielt. Der galizische „Vorwärts“ verbreitet also eine Lüge, er provoziert in frecher Weise das ganze anständige Deutschland, er gefährdet durch die Wiederholung der Kriegsschuldlüge die offensichtliche Ordnung mehr als alles andere. Aber er hat seitens der Reichsregierung weder eine amtliche Berichtigung erhalten noch ist er verboten worden.

卐

Aber weiter. In der gleichen Rede eines Vereins, der angeblich für Demokratie kämpft, hat der Jude Bauer offene Drohungen gegen das nichtmarxistische Deutschland ausgesprochen; er, der gegenüber den äußeren Feinden des Deutschtums und der deutschen Arbeiterschaft „Nie wieder Krieg!“ schreit, droht mit offenem Bürgerkrieg. Um die „Freiheit“ gegen den „Faschismus“ zu verteidigen, hofft der Jude Bauer, „daß die alten kriegerischen Tugenden der deutschen Arbeiter . . . sich erst völlig entfalten werden im heiligen Verteidigungskampf für die Freiheit der deutschen Arbeiter“. Dieser klare und eindeutige Aufruf

steht fettgedruckt im „Vorwärts“. Die Reichsregierung hat nicht eingegriffen. Kommentar wäre notwendig, ist uns aber angesichts der Notverordnungen der Regierung nicht möglich.

卐

Nach dem Volks- und Arbeiterverräter Bauer sprach der ehemalige rechtsliberale Reichstagskandidat, dann bolschewistisch-„unabhängige“ Marxist und heutige SPD.-Führer Rudolf Breitscheid. Mit keinem Wort widerlegte er die Ausführungen des Otto Bauer. Er jammerte nur wie dieser über den Nationalsozialismus, den die Anhängsel des Finanzkapitals stets „Faschismus“ nennen. Er nannte uns „Diener des Kapitalismus“, brachte es aber fertig, im gleichen Atemzug das internationale Kapital jämmerlich um Hilfe für die lächerlich gewordene Internationale anzuflehen! Laut Bericht seines Münchener Parteiblattes sagte Rudi Breitscheid:

„Wir appellieren also an die Geldmächte der Welt und sind uns vollkommen klar darüber, daß wir deutschen Sozialdemokraten es nicht bei einem solchen Aufruf bewenden lassen dürfen, sondern daß auch, und zwar durch unsere Vermittlung, Deutschland etwas zu leisten hat, wenn es sich mit Erfolg ans Ausland wenden will.“

Daraus ergibt sich, daß der „Führer“ der Reichstagsfraktion der SPD. seine Partei als Kaufobjekt im allerwörtlichsten Sinne der Hochfinanz anbietet. Daraus ergibt sich weiter, daß Breitscheid sich des gemeinsamen Interesses der Weltfinanz und des Marxismus klar bewußt ist, daß er also in uns auch einen Gegner der angeflehten Geldmächte kennt. Die schlotternde Angst vor der Abrechnung hat die marxistischen Betrüger, wie man sieht, restlos dumm gemacht. Herr Breitscheid aber wird sich nun nach den urkundlich erweisbaren Feststellungen vergeblich seine Haare raufen. Nie hat der Marxismus sich derart selbst entlarvt wie soeben in Wien:

Der eine Führer — Bauer — erweist sich vor aller Welt als Zuhälter des feindlichen Militarismus und stößt dem gesamten schaffenden deutschen Volk nochmals unter dem Jubel der anderen Verräter den Dolch in den Rücken; der andere — Breitscheid — versteigert die SPD. an die „Geldmächte der Welt“, um weiteres „leisten“ zu können, d. h. die Verelendungs- und Erfüllungspolitik bis zum letzten Blutstropfen der deutschen Nation fortzuführen. Und dies alles, damit die „Führer“, aufs feindliche Ausland gestützt, ihre Machtstellung behalten.

Diese Geständnisse kommen gerade noch zur rechten Zeit, um in tausend Volksentscheid-Versammlungen in Preußen verlesen zu werden. Sie sind geeignet, auch den letzten noch so verbohrten, ehrlichen Sozialdemokraten über den wahren Charakter seiner „Führer“ aufzuklären.

Die Reise nach Rom.

„Völkischer Beobachter“, 6. August 1931.

Am Freitag werden Dr. Brüning und Genossen auf ihrer europäischen Rundreise in Rom eintreffen. Diese Fahrt der Häupter der Erfüllungsparteien ist keine freiwillige. Zehn Jahre hatten sich die alten Parteien auf die Franzosenpolitik festgebissen, alle anderen Vorschläge einer Neueinstellung geschmäht, ja, das Zentrum und die Sozialdemokratie, die gemeinsam auf Elsaß-Lothringen in Locarno Verzicht leisteten, wagten gar, uns „Verrat an Südtirol“ vorzuwerfen, als wir ein deutsch-italienisches Zusammengehen als für beide Staaten notwendig bezeichneten. Die Folge der einseitigen französischen Orientierung waren „Nackenschläge über Nackenschläge“, wie selbst der Marxist Breitscheid soeben in Wien zugeben mußte, war das Taumeln von einer Galgenfrist zur andern, wie die

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ nunmehr ebenfalls festzustellen sich gezwungen sah. Deutschland ohnmächtiger denn je, Frankreich in unserem Tributgolde schwimmend, will die letzten Schlingen zuziehen. Das ist die Lage von heute.

Es gab jetzt nichts mehr zu Drehen und zu Deuteln. Wir wandelten buchstäblich an einem Abgrund, wie die „Germania“, das Zentrumsorgan, zugab. Dies als das Silberstreifen-Ergebnis der 12 Jahre Erfüllungspolitik von Erzberger bis Brüning. Es blieb nunmehr aus einfachstem Selbsterhaltungstrieb nichts anderes übrig, als zu den Angelsachsen und zu den bis dahin beschimpften Faschisten hinüberzuschauen. Wir stellen nunmehr rein sachlich fest, daß die Fahrt nach Rom seitens des auch den Faschismus als „Heidentum“ bekämpfenden Zentrums (im Geist identisch mit der Partei des Don Sturzo) eine regelrechte Umkehr darstellt. Die Gewalt der Tatsachen ist stärker gewesen als die schwarzen und freimaurerischen und jüdisch-marxistischen Abneigungen. Um nicht abtreten zu müssen, ist das alles überwunden worden in der Hoffnung, durch die Hilfe der von den eigenen Parteien befeindeten ausländischen Staatslenker sich weiter an der Macht zu halten.

SPD. und Zentrum haben es aber selbst in diesem Augenblick für möglich befunden, den italienischen Staatschef anzupöbeln, so kürzlich der „Vorwärts“, dann fast die gesamte Zentrumspresse, die sich im Konflikt des faschistischen Roms mit der Vatikanstadt ohne Umschweife gegen Mussolini erklärte, zu dem der doch vom Zentrum gestellte Reichskanzler seine peinliche Reise angetreten hat.

Nun muß diese vor sich gehen. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß die gesamte schwarze und demokratische Presse, nunmehr aufs Maul geschlagen, kein Wort vom „Verrat an Südtirol“ schreibt, sondern in allen Tonarten des Jargons sich bemüht, die staatsmännische Weisheit des Herrn Brüning und Genossen herauszustreichen; für die galizische

„Frankfurter Zeitung" ist Brüning sogar der „Führer", dem wir folgen müßten. Die Hoffnung der jüdischen Börsianer hat sich jetzt fast ganz aufs Zentrum konzentriert.

Wie angesichts des englischen Besuches wollen wir jedoch auch bei der Romreise die Tatsache an sich begrüßen, daß die jahrelange Verfilzung zwischen Deutschland und Frankreich gelockert worden ist, etwas, was später unter anderer Führung verschiedene Auswertungsmöglichkeiten in sich schließt. Denn daß das Kabinett Brüning schon längst überlebt ist, weiß man im Auslande ebenso gut wie im Lager des Nationalsozialismus als dem maßgebenden Faktor innerhalb der Gegner der durch den Marxismus am Leben erhaltenen Zentrumsregierung. Aus diesem Grunde entbehrt aber der Besuch in Rom durchaus jenes Gewichts, das gerade jetzt notwendig wäre, etwas, was restlos auf das Schuldkonto des Herrn Brüning kommt, der aus dem 14. September 1930 nicht die notwendigen Folgerungen zog.

Dr. Brüning wird nicht nur Rom, sondern auch die Vatikanstadt besuchen. Dort betrachtet man diese Audienz als eine politisch außerordentlich wichtige Angelegenheit. Der Vertreter des Papstes war kürzlich in München, ebenfalls der päpstliche Nuntius in Paris, Ceretti. Der Berliner Nuntius ist seinerseits zur Berichterstattung nach der Vatikanstadt berufen worden. Frankreich hat alles getan, um die Umgebung des Papstes zu seinen Gunsten zu stimmen, und die Pariser Presse schreibt bereits triumphierend, Brüning solle nur zum Papst gehen, er werde dort schon das Nötige hören... Der Druck des Nationalsozialismus in Deutschland auf die Zentrumsherrschaft wird sicher nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse des Vatikans in bezug auf die Haltung gegenüber Dr. Brüning sein, vielleicht aber auch die Erkenntnis, daß die wilde Ehe des Zentrums mit dem Marxismus jenem nach und nach nicht nur seinen moralischen Ruf, sondern sein politisches Dasein überhaupt kosten kann.

Wir werden auch diese Verhandlungen kühlen Blutes verfolgen im Bewußtsein, daß das Erwachen der deutschen Nation nicht mehr aufzuhalten ist, daß die alten Parteien und ihre Führer abtreten müssen, um einer anderen Generation, einem neuen Staatsgedanken, einem neuen Zukunftswillen Platz zu machen.

Der Nationalsozialismus ist bereits deutsches Schicksal. Sich ihm entgegenstemmen wollen, heißt Deutschlands Zukunft gefährden. Einen Sieg des Nationalsozialismus aber zu verhindern, liegt nicht mehr in der Kraft der alten Diplomaten. Das sei unser Leitspruch für die Reise nach Rom.

Die gescheiterte Zoll-Union

„Völkischer Beobachter", 3. September 1931.

Die französische Meldung, daß der Haager Gerichtshof die Zoll-Union als für Österreich ungültig erklärt habe, bedarf zwar noch ihrer Bestätigung, doch wird in Genf und in Berlin an der Richtigkeit der Nachricht nicht gezweifelt. Aber selbst den Fall gesetzt, daß diese Meldung sich nicht bewahrheiten sollte, bleibt alles Grundsätzliche, was zur Zoll-Unionfrage nachstehend gesagt ist, in Kraft.

Am Dienstag schlug wie eine Bombe das „salomonische" Urteil in Sachen der Zoll-Union ein. Die Haager „Weltrichter" hatten zum Ausdruck gebracht, daß ihrer Anschauung nach zwar Deutschland (gerade noch) das Recht auf einen Zollvertrag dieser Art gehabt hätte, Österreich aber nicht. Und zwar nicht auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain, sondern auf Grund der sogenannten Genfer Konvention von 1922. Da dieses „Urteil" nun vorliegt, wollen wir aus unserer bisher im gesamtdeutschen Interesse gebotenen Zurückhaltung heraustreten und den Wortlaut dieser verhängnisvollen Konvention nachstehend abdrucken. Die Urkunde lautet:

„Die Regierung der Republik Österreich verpflichtet sich, gemäß dem Wortlaute des Art. 88 des Vertrages von St. Germain ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Diese Verpflichtung läßt Österreich unter Wahrung der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain seine Freiheit in bezug auf Zolltarife, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinsichtlich aller, sein Wirtschaftssystem und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten. Vorausgesetzt ist jedoch, daß Österreich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch antastet, daß es irgendeinem Staate ein Sondersystem oder ausschließliche Vorteile zugesteht, die geeignet wären, diese Unabhängigkeit zu gefährden."

Wer dieses furchtbare Dokument aufmerksam liest, der ersieht ohne weiteres, daß dadurch nicht etwa Österreichs „Unabhängigkeit" gesichert, sondern verschachert worden war. Über den Zwangsvertrag von St. Germain hinaus verkaufte im buchstäblichen Sinne des Wortes der christlichsoziale Bundeskanzler Dr. Seipel die politische und wirtschaftliche Freiheit des von ihm „betreuten" Staates. Alles, um seine und seiner Partei Regierungsherrlichkeit weiterzuführen, dann aber auch mit dem zweifellos klaren Bewußtsein, eine wirkliche Annäherung Österreichs und Deutschlands zu verhindern.

Seipel ist ein viel zu gewitzigter Mann, als daß er die Folgen seiner Genfer Konvention nicht vorausgesehen hätte, er ist ja auch als Gegner des Anschlusses bekannt, er hat in raffinierter Weise unter Vorschiebung der furchtbaren Not im Sinne einer frankophilen Donauföderation durch seine Genfer Konvention einen Riegel vor eine deutschösterreichische Annäherung geschoben. Vielleicht beginnt man jetzt in Österreich zu begreifen, was ein durchtriebener Typus wie Prälat Dr. Seipel an verhängnisvollen Entschlüssen dem Lande hinterlassen hat.

Die Zoll-Union selbst war seinerzeit mit dem bekannten Ungeschick eingeleitet worden, worüber wir ausführlich be-

richtet haben. Sie war darüber hinaus ein durchaus ungeeignetes Mittel sowohl für die vielgepriesene Ankurbelung der Wirtschaft als zur Verbesserung der außenpolitischen Stellung Deutschlands. Ihre Inangriffnahme im Zusammenhang mit der ganzen Erfüllungspolitik gegenüber Frankreich erwies die ganze Ahnungs- und Instinktlosigkeit der Regierung. Die Gegenaktion des „verständigungsbereiten" Frankreichs setzte denn auch sofort in der ganzen Welt ein und — Prälat Dr. Seipel hatte Paris ein schönes „juristisches" Werkzeug in die Hand gespielt.

Die deutsche Vertretung im Haag macht wieder krampfhafte Versuche, den „Optimismus" aufrechtzuerhalten und „erläutert" nun, da die Zoll-Union nach Annahme der „Weltrichter" nicht gegen St. Germain, sondern „nur" gegen die Genfer Konvention verstoße, so könne diese Konvention auch durch die Signatarmächte geändert werden. Was wir aber an politischen neuen Opfern dafür zahlen sollen, darüber schweigen sich die Herren nachdrücklichst aus.

Die Erledigung der deutsch-österreichischen Zoll-Union durch Paris und den Haag ist eine neue Niederlage für die Regierung Brüning. Der einzige Versuch, außenpolitische Aktivität zu zeigen, ist schmählich, ohne ernsthafte Gegenwehr gescheitert. Er war an falscher Stelle angesetzt, nach falscher Richtung innerhalb des Locarno-Systems eingestellt und hat zu einem weiteren Sinken des deutschen Ansehens in der Welt beigetragen, die Bündnisunfähigkeit des heutigen Parteiensystems für die anderen Staaten als erwiesen erscheinen lassen (Ungarn hat schon Folgerungen aus dieser Lage gezogen).

Der römische Präzedenzfall.

Konkordat — Kampf gegen uns.

„Völkischer Beobachter", 5. September 1931.

Am 2. September 1931 wurden Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der faschistischen Regierung abgeschlossen, die sich besonders mit der Stellung der Katholischen Aktion in Italien befaßte. Der wichtigste Punkt dieser Verhandlungen war, daß die Katholische Aktion künftig keine berufliche Ausbildung mehr ausüben durfte und sich ausschließlich der religiösen und geistigen Erziehung zuwenden mußte. Auch auf sportliche Erziehung hatte sie zu verzichten.

Das neue Abkommen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan in Sachen der Katholischen Aktion trägt alle Zeichen eines beiderseitigen heftigen Ringens um jeden Fußbreit der angestrebten Vorteile. Beide Partner wollten es aber doch nicht zu einem Bruch kommen lassen, beide verzichteten im Schlußprotokoll auf irgendwelche dogmatische Festlegung der unterschiedlichen Auffassungen über Erziehungsfragen der italienischen Jugend, praktisch aber ergibt sich, daß der Vatikan fast überall hat nachgeben müssen, während Mussolini die religiöse Betätigung der Katholischen Aktion zugestanden hat — was auch früher der Fall war.

Durch die Tatsache an sich, daß der Vatikan auf soziale Organisationen der Katholischen Aktion, ja sogar auf Sportübungen verzichtet, hat er — im ersten Fall — auf sein beanspruchtes Recht auf gesellschaftliche Einflußnahme verzichtet und dem Faschismus restlos das Feld überlassen.

Damit ist ferner zugegeben, daß, entgegen den Behauptungen des „Osseroatore Romano", das staatspolitische Gebiet früher doch bearbeitet worden war, was jetzt ganz unmißverständlich ausgeschlossen wird. Wörtlich wird dann noch festgestellt, daß die Katholische Aktion ausschließlich

diözesanen Charakter trägt, keine Laien in der Leitung besitzt, und daß als Führer nur Geistliche wirken dürfen, die nicht Gegner des Faschismus sind. Dadurch hat sich über die klare Begrenzung der Tätigkeit der Katholischen Aktion hinaus der Staat das Einspruchsrecht gegen etwaige Versuche gesichert, auch nach dem neuen Abkommen die Anhänger Don Sturzos, des italienischen Zentrumsgenossen, in die Leitung der Katholischen Aktion zu schmuggeln. Dieser Punkt zwingt den Vatikan zu einer Säuberung in der Führung der Katholischen Aktion, die zweifellos von der Regierung scharf überwacht werden wird.

Das neue Abkommen raubt der Katholischen Aktion auch die gesamte Symbolik: die Fahne, die die Vereinigungen neben den rein religiösen Symbolen führen dürfen, ist nur die italienische Nationalflagge. Dieser Punkt ist nicht unbedeutend, denn marschieren die Anhänger der Katholischen Aktion unter der Fahne, die auch die Faschisten tragen, so ergibt sich ein aussöhnendes Element – zugunsten des Staates.

Alle diese Festlegungen interessieren über die italienischen Grenzen hinaus, weil ihnen ein programmatischer Inhalt innewohnt auch ohne grundsätzliche Auseinandersetzungen: denn das Abkommen stellt eine weitere Klärung über das Verhältnis zwischen Nationalstaat und römischer Kirche inmitten der Verhältnisse des 20. Jahrhunderts dar. Beanspruchte der Vatikan früher weltpolitische Herrschaft, verzichtete er formal später auf Politik, mußte er sich jetzt verteidigen, überhaupt auf Staatspolitik übergegriffen zu haben, so anerkennt er jetzt als für den staatlichen Frieden notwendig an, daß die ihm unterstehenden Verbände eben nur kirchlich-religiös, nicht einmal sozial-organisatorisch sein dürfen und auch dann nur von Menschen geführt werden können, gegen die vom Standpunkt des den Staat beherrschenden Nationalismus nichts einzuwenden ist.

Es ist wohl klar, daß Mussolini alle diese Zugeständnisse nicht erreicht hätte, wenn der Vatikan angesichts der in

„spanischer“ Sprache gebrachten Enthüllungen des „Lavoro Fascista“ über die Verschwörung seiner hohen Würdenträger gegen den Faschismus sich nicht im Unrecht fühlen und besorgen würde, daß beim Scheitern der Verhandlungen ein Kampf losbrechen könnte, der angesichts der Zustände auf der iberischen Halbinsel noch größere Verluste zum mindesten an Ansehen befürchten ließ.

Mussolini seinerseits hatte in kluger Abwägung auch im Interesse der Bewegungsfreiheit seines Staates nach außen die Bekämpfung des Vatikans in der Presse abgestoppt und dadurch die Möglichkeit einer friedlichen Regelung offengehalten. Er hat auf jede peinliche Demütigung verzichtet und durch Unterstreichung des Wünschenswerten einer religiösen Erziehung durch die Kirche, zu der sich fast das ganze italienische Volk bekennt, den Anschein eines Zurückweichens des Vatikans gemildert.

Wenn die faschistische Presse feststellt, Petrus habe erhalten, was ihm gebühre, Cäsar das, worauf er Anspruch erheben müsse, so ist das eine durchaus christliche, richtige Auslegung. Es wäre zu wünschen, daß diese immer klarere Scheidung auch in anderen Staaten Geltung bekäme, dann würde es nämlich keinen „Kulturkampf“ geben, die religiöse Gewissensfreiheit wäre für alle Religionsgemeinschaften gewahrt und der Staat wäre wirklich die organisierte Volksgemeinschaft zur Verteidigung von Recht und Zukunft der Volksgesamtheit, gleich welche metaphysische, philosophische Vorstellung den einzelnen auch beherrschen möge.

SPD. in Krämpfen.

„Völkischer Beobachter“, 10. September 1931.

Zwischen den Vertretern der SPD. und dem immer noch amtierenden Reichskanzler Dr. Brüning haben in letzter Zeit fieberhafte Besprechungen stattgefunden. Die Hilfer-

ding und Hertz und Aufhäuser und Wels brauchten etwas, eine ganz geringe Gabe vom Tisch der Zentrumsherren, um sie als „Erfolg ihres zielbewußten Kampfes" vor den maulenden Seydewitz u. Co. herumzuzeigen. Die um Brosamen winselnden SPD.-Führer wissen natürlich ganz genau, in welcher verkrampften Lage sich ihre Partei befindet; die Rufe nach dem „zweiten Mann", nach der „Mehrheit und Macht" zeigen bereits, daß selbst die propagandistische Kraft vollkommen ausgetrocknet ist. Auf der gleichen Linie dümmster Irreführung bewegen sich die Aufsätze in der SPD.-Presse, die immer vom „ungebrochenen Kampf um den Sozialismus" reden, während die SPD. doch der treueste Schildknappe des französischen Kapitalismus und der jüdischen Finanz ist, die sie täglich hundertmal um Anleihegewährung für ihr Weitervegetieren anbettelt.

Köstlich war es, hier den verzweifelten „Vorwärts" zu lesen, der in seiner Angst gar einen Aufsatz unterm Titel „Generalangriff" brachte (Nr. 417). In diesem Gemisch von Mut und Verzweiflung stand unter anderem zu lesen:

„Den Reichstag vorzeitig zusammentreten zu lassen, die Aufhebung der Notverordnungen beschließen, der Regierung das Mißtrauen aussprechen, das alles ist natürlich kinderleicht. Eine andere Frage ist, ob dieser unmögliche Reichstag praktische Arbeit leisten wird, ob nach Aufhebung der Notverordnungen das Geld zur Befriedigung der gerechten Ansprüche vorhanden sein wird, und ob uns der Reichspräsident, wenn die Regierung Brüning stürzt, eine bessere bescheren wird. Damit ist nicht gesagt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht eines Tages von den parlamentarischen Mitteln Gebrauch machen wird, um eine Änderung des Kurses herbeizuführen — nur wird sie als eine politisch geschulte Körperschaft das erst dann tun, wenn sie sich die Kraft zutraut, eine Änderung in ihrem Sinne zu erzwingen. Hier aber liegt der entscheidende und empfindlichste Punkt, der ohne Scheu bloßgelegt werden muß."

Aus dem Galizischen ins Deutsche übertragen heißt das: „Wir würden Brüning gerne stürzen, aber wir sind derart zusammengehauen, sind nur noch ein Bonzenhaufen ohne

gläubige Massen, daß eine nationalsozialistische Regierung mit uns Dittmanns und Crispiens bald fertig werden würde. Und Angst haben wir, Angst, es könnten die Jahre 1917 bis 1918 nochmals der Vergessenheit entrissen werden... Und da vertrösten wir unsere Wähler eben und „erläutern“ die Tolerierungspolitik als besonders klugen Schachzug...“

Am Schluß rafft sich dann der ungenannte Verfasser zu folgender Kraftleistung auf:

„Das große Ringen zwischen den Wirtschaftsprinzipien des Kapitalismus und des Sozialismus ist im Gange. Führer der Arbeiterklasse kann nur die Sozialdemokratie sein. Diese Führeraufgabe ist uns heute ganz praktisch und konkret gestellt, und je nachdem, wie wir sie lösen werden, wird sich das Schicksal entscheiden.“

Das ist doch alles längst entschieden! Die SPD. hat den sozialistischen Gedanken restlos an die Dawes- und Youngfinanz verraten; der gleiche „Vorwärts“ hatte das als „ungeheueren Sieg“ der SPD. hinausposaunt. Der Glaube der SPD. an die Früchte ihre Volksverdummungsarbeit scheint unbegrenzt zu sein. Aber — der Bogen ist bereits überspannt, die jüngere noch nicht ganz benebelte Generation besieht sich das widerliche Treiben unbefangener und entscheidet sich: aus Verzweiflung zur KPD., beim charakterlichen Erwachen zur NSDAP.

卐

Das Zentrum schaut diesem Verzweiflungskampf des roten Bruders mit gemischten Gefühlen zu. Einerseits muß es ihn im Bewußtsein der Schwäche belassen, um ihn in dauernder Abhängigkeit zu halten. Andererseits darf er nicht so schwach werden, daß eine Drohung mit Koalition aus Mangel an Masse keinen Eindruck mehr auf das nationale Deutschland machen kann. Die unsittliche Machtstellung des Zentrums beruhte auf dem Dasein einer zahlenmäßig starken SPD., deshalb sind alle Erklärungen gegen

den atheistischen Marxismus zutiefst verlogen. Aus seiner Herrschsucht heraus muß das Zentrum die SPD. erhalten, zu allen Freidenkerkundgebungen, zu jeder Kirchenaustrittspropaganda schweigen. Denn wären die Dittmann und Crispien nicht, so wäre auch der Prälat Kaas nicht.

Zu einer Änderung kann dieses Zentrum nur durch ein Gesamterwachen der Nation gezwungen werden oder durch Empörung der Anständigen aus seinen eigenen Reihen. Zunächst spricht das Zentrum z. B. noch sein Anathema über den badischen Pfarrer Senn, der ihm seine Sünden vorhielt. Aber so wie Pfarrer Senn denken sicher noch Tausende innerhalb des Zentrums selbst, denen die Erhaltung ihrer Weltanschauung wichtiger dünkt als das Interesse gewisser Zentrumsbonzen. Die Ereignisse in Rußland, in Spanien haben doch viele erweckt... Ob das Zentrum wagen kann, angesichts dieser wachsenden Erkenntnis seine rote Pfründenpolitik hemmungslos weiterzuführen, werden wir ja sehen.

Diese Betrachtungen zeigen ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Zentrum und SPD. Durch gemeinsame Sünden sind sie aneinandergebunden. Wir können es dem — nationalsozialistischen — Schicksal überlassen, die Mittel zu finden, mit deren Hilfe dieses Verhältnis einmal so oder so sein Ende finden wird. Augenblicklich stehen die Krämpfe der roten Genossen wieder einmal im Brennpunkt des Interesses. Küster vom „Anderen Deutschland" ist bereits in die marxistische Acht getan worden. Er steht jetzt in der KPD. Aber Hauptleitartikler in seinem Blatt ist Genosse Ströbel, MdR. der SPD.! Wird man ihm ein weiteres Verhältnis zu Küster verbieten? Wird man den Seydewitz u. Co. das Fell gerben, die glauben, mit Hilfe der gefährdeten kleinen Bonzen nun an jene Spitze zu kommen, wo die „Taktiker" Wels und Breitscheid thronen? Eine neue Oppositionszeitung soll etwas erpresserisch nachhelfen...

Die Zersetzung aber ist nicht mehr aufzuhalten. Die Sozialdemokratie stirbt an dem Gift, das sie einst dem deutschen Volk einträufelte: dem materialistischen Haß, im Bemühen das Minderwertige hochzuzüchten. Jetzt zeigen sich die Ergebnisse und wir sind Zuschauer, wie der Marxismus am lebendigen Leibe verfault. Seine Uhr ist abgelaufen, im Buch der Geschichte wird ein neues Kapitel begonnen.

Die Fahne von Lassalle.

„Völkischer Beobachter", 4./5. Oktober 1931.

Am Sonntag versammelte sich die Opposition innerhalb der SPD. nebst den bereits hinausgeworfenen Abgeordneten und Funktionären der Sozialdemokratie, um die erste Reichstagung der neuen Partei abzuhalten. Diese heißt „Sozialistische Arbeiterpartei". Wie man sieht, ist der Name zu drei Vierteln der NSDAP. entlehnt, offenbar in der Absicht, durch diesen Namen Verwirrung in die Wähler hineinzutragen, schrieb doch auch Loebe schon auf seine Plakate „Deutschland erwache!". Außerdem soll beschlossen werden, ab 1. November eine Tageszeitung herauszugeben.

Wir enthalten uns aller Voraussagen über die Ergebnisse der Spaltung der finanzkapitalistischen SPD., die Zukunft wird zeigen, wie stark die Gefolgschaft der sechs ausgeschlossenen Abgeordneten ist. Der Parteivorstand der SPD. glaubte, durch ein „starkes Eingreifen" die Empörung zu unterdrücken. Er hatte abgeguckt, wie Adolf Hitler mit Herrn Stennes umgegangen war und dachte, es wäre zweckmäßig, ebenfalls „durchzugreifen".

Die Herrschaften aber hatten übersehen, daß es ein Ding ist, wenn eine jugendfrische Bewegung unangleichbare Elemente als unverdaulich abstößt, ein ander Ding aber, wenn eine greisenhafte Partei an Krankheiten höchster

Altersschwäche zu leiden beginnt. Im ersten Fall tritt Steigerung der Kräfte ein, im zweiten nur noch größere Erschöpfung. Die SPD., die bereits so kraftlos geworden war, eine Todesfurcht vor Opposition überhaupt zu haben, die ein Knieschlottern schon beim Gedanken einer nationalsozialistisch geführten Regierung empfand, diese SPD. wird allen aktiven Kräften innerhalb des Marxismus nicht mehr imponieren können, gleich wie man moralisch diese Kräfte auch bewerten mag.

Der „Vorwärts“ hat denn auch einen Schreckaufsatz losgelassen, der geradezu ein Musterbeispiel einer Mischung von blasser Furcht und alter Frechheit darstellt. Zunächst erklärt er, die Beteuerungen der Ausgeschlossenen, sie hätten gar nicht an eine eigene Organisation innerhalb der SPD. gedacht, als Lüge, und appelliert an die „kameradschaftliche Aufrichtigkeit“, die notwendig gewesen wäre! Ausgerechnet der galizische „Vorwärts“! Alle Bonzen werden ein breites Grinsen angesichts dieser Zeilen in Erinnerung an Barmat, Sklarek, Heilmann usw. bekommen haben. Die Ausgeschlossenen, die doch mit allen Wassern des Jordans gewaschen sind, haben sich ganz einfach gesagt, daß, je länger sie von den Wels und Dittmann ungehindert sich in den ganzen Apparat einwanzen konnten, um so bessere Aussichten vorhanden waren. Nun muß die Zerschlagung eben von außen angefaßt werden.

Der „Vorwärts“ ist dann eifrig mit der Verteidigung bemüht, der Parteivorstand habe durchaus nicht die Meinungsfreiheit niedergeknüppelt, er habe schon so viel „rednerische und journalistische Exzesse geduldig ertragen“, aber das wird alles nur mit Hohn beantwortet und als Angsterguß über die Kritik der Duldungspolitik gegenüber der Notverordnungsregierung Dr. Brüning betrachtet werden. Die hochkapitalistische „Frankfurter Zeitung“, in der Hilferding Leitaufsätze schreibt, stellt denn auch soeben achselzuckend fest, daß der SPD. gar nichts anderes übrig

bleibe, als diese „opferreiche Tolerierungspolitik“ weiterzubetreiben, etwas, was ein grelles Schlaglicht auf die „Drohungen“ der Wels und Dittmann in den Vorzimmern des Zentrumsreichskanzlers wirft. Der in die Enge gedrängte offiziöse „Vorwärts“ jammert denn auch:

„Die Sozialdemokratische Partei ist gerade jetzt durch die Wirtschaftskrise in einen offenen Kampf gegen den Kapitalismus gedrängt, schärfer und prägnanter als je formuliert sie ihre sozialistischen Kampfziele. Aber die Taktik dieses Kampfes kann man verschiedener Meinung sein — man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, wie lange noch die bisherige Taktik weiter geübt werden soll. Aber daß man die Ziele des Sozialismus schneller erreichen kann, wenn man eine neue sozialistische Partei gründet — das kann nur ein Narr glauben!“

„Gerade jetzt“ also, da die Wasser der Opposition rauschen, wird sogar die SPD. antikapitalistisch! Und zwar — wie unvorsichtig gesagt — nicht freiwillig, sondern sie wird gedrängt; kein Wunder bei Leuten, die wie Tarnow auf dem Leipziger Parteitag der SPD. beteuerten, sie wollten als Ärzte am Krankenlager des Kapitalismus ihren Lebenslauf beschließen. Die als „Narren“ Bezeichneten werden diese Ausflüchte des „Vorwärts“ schon verstehen. Daß der „Sozialismus“ aber nicht durch Dawes- und Young-Politik zu erreichen ist, das beginnt das gesamte schaffende Volk unter Hitlers Führung zu begreifen und die neue marxistische Opposition ist deshalb auch weiter nichts anderes, als ein Versuch, die betrogenen Arbeiter in einem neuen marxistischen Becken aufzufangen — und unschädlich im Kampf gegen die gesamte Tributpolitik zu machen.

卐

Während der Hauerei um den Parteiladen der SPD. in Breslau hat sich ein außerordentlich bezeichnender Vorfall abgespielt. In diesem „geistigen“ Ringen rettete nämlich das Reichsbanner blau-weiß-rot seine Musikinstrumente, die Opposition aber eroberte die älteste Fahne der Sozial-

demokratie, noch von Lassalle „geweiht" bei Gründung des „Allgemeinen Arbeitervereins". Auf dieser Fahne stehen eingestickt die Worte „Einigkeit macht stark"... Die neue Partei wird sicher nicht versäumen, dies errungene eindringliche Symbol neben ihrem Vorstandstisch am Sonntag bei der Tagung der „Sozialistischen Arbeiterpartei" aufzupflanzen und sich nun als die Trägerin der „Fahne von Lassalle" auszugeben. Denn von derartigen Gleichnissen pflegt oft eine größere Wirkung auszugehen als von noch so schönklingenden Reden.

Die SPD. wird nun versuchen, ihre ganze Maschine zur Unterdrückung der Revolte spielen zu lassen: Gewerkschaftsterror, geldliche Erpressungen usw., wie es von jeher üblich gewesen ist. Wir werden als kalte Beobachter den Vorgang des Sterbens der gesamtmarxistischen Bewegung verfolgen.

Erst wenn dieser Krankheitsprozeß zu Ende ist, beginnt das neue Zeitalter der Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus zu einer großen Gestalt des aufdämmernden neuen Deutschlands der Arbeit, der Ehre und der Freiheit.

Braunschweig.

„Völkischer Beobachter", 21. Oktober 1931.

In Braunschweig fand am 18. Oktober 1931 ein riesiger Aufmarsch der SA. und SS. statt, bei dem 100 000 Mann am Führer vorbeimarschierten. Er bedeutete eine großartige Demonstration der Macht der nationalsozialistischen Bewegung.

Der Sonntag in Braunschweig war kein Parademarsch, er war keine militärische Demonstration, er war keine „große allgemein nationale Kundgebung", er war viel mehr: die wuchtigste Symbolik der großen deutschen Wieder-

geburt auf allen Gebieten des Lebens. Es war das Bekenntnis von 100 000 als Vertreter von vielen Millionen, daß inmitten der Schande unserer Tage der deutsche Charakter sich erneuert hat, sich willensmäßig zusammenballt mit dem Ziel, an Stelle der heutigen unfähigen „Regierenden" einst Deutschland zu beherrschen und der Zukunft die eindeutige Prägung des nationalsozialistischen Geistes für Jahrhunderte zu geben. Das mag denen anmaßend erscheinen, die nie Großes gewollt haben. Der Nationalsozialismus ist aber bisher gerade nur deshalb groß geworden, weil ein Führer ihm ein immer größeres Ziel setzte. Nur große Ideen bannen Millionen, große Ideen aber werden auch nur von starken Männern geboren. Und daß beides in der NSDAP. zusammentrifft, ist das Geheimnis ihrer Werbekraft und der Umschmelzung der Seelen schon vieler Millionen.

Die SA.- und SS.-Männer, die sich das Geld vom Mund abgespart hatten, um nach Braunschweig zu fahren, sind alle von diesem unbändigen Glauben durchdrungen gewesen, ob sie durch den polnischen Korridor gefahren kamen, ob sie — wie 400 in Halberstadt — von der Polizei aufgehalten, auf geborgten Rädern nach Braunschweig radelten, ob sie Stellung und Brot riskierten, nur um wenige Worte ihres Führers zu hören und ihn beim Vorbeimarsch zu grüßen. In den Stunden in Braunschweig ist fortgespült worden, was an Mühen, Lasten, menschlichen Unzulänglichkeiten viele bedrückte, das Gefühl einer erhabenen Gemeinsamkeit einte einen Herzogssohn mit einem armen Arbeitslosen, wenn sie mustergültigen Dienst in der SS. taten oder in Reih und Glied marschierten. Und mit dem Schwur der 100 000 wurde erneut der unbedingte Siegeswille gestärkt. Der 18. Oktober war in „aktueller" Hinsicht ein zweiter „offener Brief" an den Reichskanzler Brüning, der scheinbar immer noch glaubt, durch Ausspielen der Sozialdemokratie gegen uns den Sieg des neuen

Deutschlands zu vereiteln. Die traurigen Gestalten aber, die das letzte Abstimmungsergebnis im Reichstag möglich machten, werden nur noch erbärmlicher erscheinen vor den Standarten des Hakenkreuzes, des Symbols des kommenden Reiches. Denn auch darüber darf kein Zweifel mehr bestehen, daß die Reichsfahne der Zukunft dieses Zeichen aufweisen wird, unter dem wir alle gekämpft, unter dem Tausende geblutet, Hunderte bereits ihr Leben gelassen haben. Eine neue Zeit braucht neue Männer, neue Ideen, neue Symbole — und alles im Dienst der ewigen seelischen Werte ihrer Nation.

Jetzt beginnt der Endkampf. Die Organisationen der Vergangenheit werden krampfhafte letzte Versuche machen, des erwachten Deutschlands Herr zu werden. Die Rechenkünstler im Reichstag werden noch weiter bemüht sein, durch ihre Zahlenkabbalistik sich und das Volk über die wahre Lage hinwegzutäuschen. Alles, alles ist umsonst. Unter den preußischen Märschen, getragen vom germanischen Charakter, marschiert Großdeutschland seiner Traumerfüllung entgegen. Hart, entschlossen, machtbewußt.

Das alles war uns der Tag von Braunschweig.

Und die anderen — werden es bald erfahren.

Er will nicht antworten.

„Völkischer Beobachter", 12. Dezember 1931.

Am 17. Dezember 1931 erschien im „Völkischen Beobachter" ein offener Brief Adolf Hitlers an Brüning, in dem der Führer dem Zentrumskanzler seine innen- und außenpolitischen Sünden vorhielt und unbarmherzig mit dem November-System abrechnete.

Der noch immer amtierende Reichskanzler ohne Volksmehrheit hat erklären lassen, er gedenke nicht, Adolf Hitler

zu antworten. Als Grund für diesen Rückzieher gibt Dr. Brüning an, die Hearst-Presse habe den „offenen Brief“ Hitlers schon früher gebracht, als er ihn zu Gesicht bekommen hätte.

Dieses fadenscheinige Ausweichen kann gar nicht anders ausgelegt werden, als daß der Zentrums-Reichskanzler sich dermaßen an die Wand gedrückt fühlt, daß er das Schweigen dem Reden vorzieht. Uns verwundert diese „Haltung“ nicht, denn der lückenlose Nachweis Hitlers, daß nicht wir, sondern die immer noch Regierenden eine für die Nation katastrophale Illusionspolitik getrieben haben, kann eben in keiner Weise widerlegt werden. Die Hiebe haben gesessen, die ganze Weltpresse hat sie gebracht. Dr. Brüning, der mit Hilfe des von Rot-Schwarz monopolisierten Rundfunks aufholen wollte, ist wieder einmal politisch auf seinen letzten Verteidigungswall — die SPD. — zurückgeschlagen worden.

Das Verhalten des Reichskanzlers ist durchaus eindeutig, aber dank der verschiedenen Paragraphen, die er zu seinem und seiner Kollegen Schutz gezimmert hat, kann diese Haltung nicht mit wünschenswerter Klarheit umschrieben werden.

Diese Schwäche des in die Ecke gedrängten Reichskanzlers ist um so bemerkenswerter, als er noch wenige Tage vorher es fertig bekam, vor ausländischen Vertretern vor der „Weltgefahr“ des Nationalsozialismus zu warnen, und die Amerikaner öffentlich zu ersuchen, durch Hilfe diese „Gefahr“ restlos zu überwinden! Die gesamte Systempresse hatte eine Woche lang getobt, weil Pg. Göring dem Vertreter einer italienischen Zeitung erklärt hatte, aus der Rundfunkrede Brünings ergebe sich seine Todfeindschaft gegen uns, das Zentrum stehe im Lager der Feinde der deutschen Nation. Da zeterte plötzlich die Judenpresse über „nationale Würdelosigkeit“! Pg. Göring befindet sich dabei nicht in amtlicher Stellung, Dr. Brüning aber ist Reichs-

kanzler. Seine unerhörten Angriffe vor versammeltem Auslande gegen die nationalste Bewegung Deutschlands wurden mit großer Befriedigung aufgenommen. Niemand fand hier eine „nationale Würdelosigkeit" festzustellen. Wobei wir unterstreichen wollen, daß in der Erklärung, die Adolf Hitler durch Rundfunk an Amerika übergeben wollte (und nach dem Verbot in der amerikanischen Presse veröffentlichte), sich kein einziger Angriff auf die deutsche Reichsregierung befand, ja überhaupt keine innerpolitische Polemik.

Das ist der Unterschied zwischen dem „sachlichen" Dr. Brüning und dem „unsachlichen" Adolf Hitler. Dort der Zentrumsmann, hier der Staatsmann.

Und wie kommt denn eigentlich Herr Dr. Brüning dazu, auf seine „Autorität" zu pochen? Bis vor kurzem simpler Abgeordneter, junger Mann des Herrn Stegerwald, dann nach Verbrauch anderer Zentrumsgrößen auf den Reichskanzlerstuhl gesetzt. Die letzte Karte! Hochgelobt und doch nur auf dem Posten dank der Zentrumspartei. Keine einzige große Leistung hatte ihm ein Anrecht auf Führung gegeben, nirgends hatte er sich politisch siegend durchgekämpft. Und von seiner späteren Tätigkeit stellte soeben noch das liberale holländische „Algemeen Handelsblad" fest, alles, was Brüning angefaßt habe, sei mißlungen. Tatsächlich hat er uns die Youngversklavung gebracht, auf sein Konto geht die Zoll-Union-Blamage, auf seine Verantwortung kommen die furchtbaren Notverordnungen . . .

Aber dieser Mann der Fehlschläge am laufenden Band pocht noch auf seine „Regierungs-Autorität" und bringt es gar fertig, als im Amt befindlicher Kanzler vor ausländischem Publikum jene Volksbewegung anzugreifen, bzw. durch Verlesung seiner Rede angreifen zu lassen, der es Deutschland überhaupt zu verdanken hat, daß nicht allgemeine Verzweiflung über das Deutsche Reich hereingebrochen ist.

Überall erleidet er Rückschläge: in Anhalt, in Hessen, in Württemberg werden seine Gefolgsparteien furchtbar zusammengeschlagen. Nur der Art. 48 hält ihn, im Volk will niemand mehr von seiner „Politik" etwas wissen, ungeheuer wächst die Abwehr gegen ihn, dessen Regierungsvertreter einst Steuerermäßigung, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Young-Erleichterungen feierlich versprochen hatten.

Sie hatten sich — versprochen.

Aber abtreten wollen die Herren nicht. „Mit Nägeln und Zähnen" versprach der rote Koalitionsgenosse Grzesinsky seine Macht zu verteidigen. Dr. Brüning tut es mit Rundfunk, Drohung mit Ausnahmezustand und Standrecht, mit Angriffen auf seine innerpolitischen erfolgreichen Kritiker vor dem Ausland.

Wie lange wird der Reichspräsident von Hindenburg einen Mann noch halten, *gegen den nach und nach das ganze Volk aufsteht?*

1932

Brüning unmöglich!

„Völkischer Beobachter", 15. Januar 1932.

Nur mit steigendem Ekel kann man die Systempresse und ihre Kommentare zur Ablehnung Hitlers gegenüber der Brüning-Aktion zum Schutz der Zentrumsherrschaft verfolgen. Schon während der Unterhandlungen hetzte diese ganze Presse in jämmerlichster Weise, während die nationalsozialistischen Blätter mustergültige Disziplin bewahrten. Jetzt versucht die Journaille, uns die Schuld zuzuschieben, weil Adolf Hitler nach ernstester Prüfung aller Umstände schon aus verfassungsrechtlichen Überlegungen die ungenaue Unterrichtung des Reichspräsidenten durch die Zentrumsjuristen zurückweisen mußte. Er hatte seine Legalität beschworen und mußte deshalb nach Prüfung der in Betracht kommenden Artikel der Verfassung zur Überzeugung gelangen, daß seitens der Zentrumsregierung der Reichspräsident in unqualifizierbarer Weise beraten worden war. Deshalb gebot ihm die Gewissenspflicht, gegen die Selbsterhaltungsaktion Dr. Brünings aufzutreten.

Diese eherne Sachlichkeit ist es, die die bisherigen Hüter des Weimarer Kapitols geradezu in Tollwut versetzt hat, wobei die schwarzrote Parteienpresse in dem Vorgehen Dr. Brünings — gleich, was er sich dabei gedacht hatte — einen Übertölpelungsversuch gegen den Nationalsozialismus erblickte, dabei auch wohl mit Recht annahm, daß Brünings dringendes Telegramm an Adolf Hitler ein richtiger Hilferuf gewesen war.

Tatsächlich! Man stelle sich vor, daß Dr. Brüning noch vor wenigen Wochen hochoffiziell den Führer der deutschen Freiheitsbewegung in seiner Rundfunkrede in heftigster Weise angegriffen, daß er noch ganz kürzlich vor ausländischen Vertretern den Nationalsozialismus als „Weltgefahr" hingestellt hatte. Und nun wurde plötzlich der Führer dieser „Weltgefahr" gebeten, die politische Lebensdauer desselben Herrn Brüning zu verlängern. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß in den Tagen, die zwischen dem letzten Angriff und dem Telegramm liegen, der immer noch amtierende Reichskanzler von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er nicht mehr recht verhandlungsfähig sei ohne Adolf Hitlers Unterstützung, da ja kein Volk mehr hinter der Regierung stünde. Mir wurde schon im Dezember 1931 in London von einer dortigen Botschaft eines Großstaats bekanntgegeben, daß mit der jetzigen Reichsregierung keine dauernden Abmachungen getroffen werden könnten. Und mittlerweile ist noch mehr von der „Autorität" Dr. Brünings abgebröckelt!

Ein geradezu selbstvernichtendes Urteil über die Folgen der Brüning-Politik hat soeben die offiziöse Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei ausgesprochen. Sie schreibt inmitten von Wutausfällen gegen Hitler und Hugenberg, in einem „vielleicht weltgeschichtlichen Augenblick" habe „sich die ‚nationale Opposition' in Deutschland für das Verbleiben in der Niederung und gegen den Höhenflug entschieden". Der blutunterlaufene Haß der patentchristlichen Nächstenliebe des Zentrums in Bayern ist ein schlechter Berater gewesen. Denn aus diesem Geständnis geht hervor, daß auch nach Anschauung der BVP. wir dank der Zentrumsregierung Brüning uns in hoffnungsloser Niederung befinden, und daß ein Höhenflug nur durch Adolf Hitler zu erwarten sei!

Es wäre nun gewissenlos an der deutschen Nation gehandelt, wollte Adolf Hitler seine große Bewegung von sich aus jenen anvertrauen, die uns an den jetzt zugegebenen Abgrund geführt haben. Seine Ablehnung ergab sich also nicht nur aus verfassungsrechtlichen, sondern auch aus politisch-moralischen Gründen. Seine Bemühungen gingen aber dahin, den an den Machenschaften unschuldigen Reichspräsidenten aus dem Strudel des Kampfes herauszulassen, und wir haben alle Ursache anzunehmen, daß im Büro des Reichspräsidenten diese Haltung verstanden worden ist.

Die Denkschrift Adolf Hitlers an den Reichspräsidenten wird nebst ergänzenden Ausführungen zu gegebener Zeit veröffentlicht werden. Wir glauben nicht, daß Herr Dr. Brüning daran seine ungetrübte Freude haben wird. Aus der Gesamtheit der Vorfälle aber ist Dr. Brüning heute unmöglicher als jemals früher.

Wann zieht er endlich die Konsequenzen?

Der verhandlungsunfähige Brüning.

„Völkischer Beobachter“, 21. Januar 1932.

Die Begründung der Ablehnung Adolf Hitlers in der Aktion zur Rettung der Zentrumsregierung hat, wie es ja selbstverständlich ist, die angesammelte Wut der Roten und Schwarzen an vielen Stellen zur Entladung gebracht. Nichts Neues in dieser Begründung, staatsrechtliche Überlegungen schon alle bekannt, so beteuern sie. Wahrheit ist, daß die Ausführungen Adolf Hitlers für jeden nicht vom Herrschaftskoller des Zentrums und der SPD. Besessenen völlig zwingend sind, und wir hoffen auch jetzt nicht, fehl in der Annahme zu gehen, daß im Büro des Reichspräsidenten heute die gleichen Gedankengänge herrschen.

Adolf Hitler hat nur an einer einzigen Stelle den Schleier über das Gespräch mit dem Reichskanzler gelüftet und wir glauben nicht, daß dem sich nun doch zu einer „Antwort" aufschwingenden Reichskanzler Dr. Brüning viel daran liegen wird, noch weitere Einzelheiten bekanntzugeben. Schon der Überredungsversuch mit dem Hinweis auf die angebliche lebenslängliche Verlängerung der Amtsdauer Thiers und den angeblich verfassungsändernden Beschluß des französischen Parlaments hat Herrn Dr. Brüning auf der Stelle die peinlichste Abfuhr zugezogen, die auch in der rein sachlichen Darstellung Adolf Hitlers noch spürbar ist.

Alle Kreise müssen sich nach diesem Vorfall fragen, wie es möglich ist, daß ein Mann mit einem derartig herausfordernden Mangel an politischer Bildung noch immer Reichskanzler und Außenminister bleiben kann. In der ganzen diplomatischen Welt macht heute ein spöttisches Lächeln die Runde, wenn dieser vorbereitete Überredungsversuch des Reichskanzlers besprochen wird. Die schwarze Presse geht diskret über die Blamage ihres Vertreters hinweg, über die Beschimpfung der Reichsregierung durch die von uns wiedergegebene Zeichnung des „Matin" hat sie gleichfalls — wenn auch aus anderen Gründen — kein Wort verloren. Wenn Frankreich die Republik schmäht, so ist das lautester Wohlklang in den Ohren unserer zahlreichen Möniuse in der Zentrumsführung. Und so läßt man den deutschen Botschafter in Paris als Straßenbanditen hinstellen, ohne aufzumucken, die Reichsregierung selbst aber hat bis heute ebenfalls keinen Ton des Protestes gefunden.

卐

Nach dem traurigen „Dementi" in der Angelegenheit der Indiskretion nach Brünings Tribut-Erklärung steht nun die bereits sprichwörtliche Ungeschicklichkeit Dr. Brünings fest. Als er die Zoll-Union in Angriff nahm, unterrichtete

er zuerst den Gegner einer deutsch-österreichischen Annäherung: Frankreich. Der britische Außenminister erfuhr davon vom französischen Botschafter in London, der ihm mit der Sensationsdepesche in der Hand auf den Bahnhof nacheilte, als Henderson gerade abreisen wollte.

Als Hoover seine „Botschaft" bekanntgab, hatte der Zentrumskanzler Brüning ebenfalls nichts Besseres zu tun, als in seiner höchst sonderbaren Rundfunkrede einen Appell an Frankreich zu richten und auf diese Weise die Möglichkeit einer neuen Frontbildung zu zerstören. Und nun stellt es sich heraus, daß er auch in der Tributfrage den erbittertsten Gegner Deutschlands — Frankreich — früher unterrichtet hatte als das in dieser Frage entschieden loyaler gesinnte England. Und dieser Franzose sorgte dafür, daß andere Gegner von London aus eine infame Fälscherhetze inszenierten.

Bei einem Manne größeren Formats — gleich wie man dies auch zu bewerten hätte — könnte man irgendeine Politik vermuten, bei Dr. Brüning nehmen wir (auch angesichts ähnlicher Dinge im Innerpolitischen) nur eine groteske Ungeschicklichkeit an. Man fragt sich, was ein Reichskanzler und Außenminister denn noch tun soll, damit er verschwinden muß. Ein Fehlschlag nach dem anderen, ein Hineinstolpern von Irrtum zu Irrtum, ein Versagen in primitivsten politischen Dingen, aber — „regiert" muß Deutschland durch Herrn Brüning werden . . .

Die Dinge um Lausanne-Ouchy werden ebenfalls immer brenzlicher. Nahezu alle wollen Vertagung oder nur eine vorläufige Lösung, die einen auf sehr lange, die andern bis zur Klärung der Lage, d. h., daß niemand glaubt, mit Herrn Dr. Brüning noch dauernde Verhandlungen einleiten zu können, da kein Staatsmann der anderen Seite an den Bestand der heutigen Reichsregierung glaubt; der britische Sachverständige Layton hat ausdrücklich erklärt, daß es ohne Hitler nicht mehr ginge.

Das ist verständlich, denn was nutzt eine Konferenz, wo man zuerst Brüning gegenübersitzt und dann mit Hitler unter ganz anderen Bedingungen von vorne anfangen muß! Auch aus dieser Tatsache ergibt sich, daß das Dasein der Reichsregierung Brüning ein weiteres Hinauszögern notwendiger Entscheidungen bedeutet, ganz abgesehen davon, daß der größte Zusammenbruch der „Abrüstungs"-hypothese dieses Systems im Februar in Genf bevorsteht — es sei denn, daß dieses System auch hier vor der nationalsozialistischen Gedankenwelt kapituliert — was einen Zusammenbruch nach der anderen Front hin bedeuten würde.

Man komme uns nicht mit den unwahrhaftigen Ausreden, vor den Konferenzen dürfte keine „Erschütterung" durch einen R e g i e r u n g s w e c h s e l eintreten. Frankreich zeigt uns soeben, daß ein derartiger Wechsel keine Erschütterung, sondern eine Stärkung bedeutet. Erschüttert würde durch einen Systemwechsel in Deutschland nur der tobsüchtige und landesverräterische Marxismus, dessen Pappfront vergeblich noch dem marxistischen Spießbürger etwas „Eisernes" vorzutäuschen bemüht ist und von über 3 Millionen Mitglieder faselt, dazu SPD., Reichsbanner und Gewerkschaften zählt, d r e i m a l also die gleichen Leute. Eisern an der Front des Kurfürstendammschutzes sind nur die Dolche der Meuchelmörder, denen unsere Kameraden zum Opfer fallen, sonst ist alles nur ein Geschrei der Verzweiflung fetter Volksbetrüger, die vor der Abrechnung zittern und Dumme suchen, um diese für sich kämpfen zu lassen.

Und das Problem deutscher Außenpolitik liegt auch darin: ehe diese Verräterfront nicht restlos unschädlich gemacht worden ist, kann eine wirkliche Außenpolitik nicht getrieben werden. Schon allein aus diesem Grunde ist der auf die SPD. gestützte Dr. Brüning als Reichskanzler und Außenminister eine unmögliche Figur.

Deshalb fragen wir nochmals: Wann gedenkt Herr Dr. Brüning zurückzutreten?

Adolf Hitler — ein Bekenntnis.

„Völkischer Beobachter", 13./14. März 1932.

Alfred Rosenbergs Aufruf zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932.

An diesem Tage vor der Entscheidung des 13. März erscheint es notwendig, die aus verständlichen Gründen bisher geübte Zurückhaltung abzulegen und ein Bekenntnis auszusprechen. Ein Bekenntnis zu dem Mann, dessen geschichtliche Sendung für das Deutschtum heute schon feststeht, ganz gleich, was die Zukunft noch bringen mag. Denn wenn ein Mann, ein Unbekannter, Ungenannter, inmitten der Schande von 1918, in kurzer Zeit Millionen verzweifelte Deutsche zu einer Armee hoffnungsfreudiger Kämpfer umschmilzt, so ist das nicht eine agitatorische, sondern eine staatsbildende Leistung. Die Bahn für diese Leistung stand allen offen, einer vollbrachte sie: Adolf Hitler.

Damit müßte für jeden die Kraft des Deutschtums als Leitstern seines Handels anstrebenden Menschen eigentlich jeder Streit über den Führer verstummen. Denn alle „Staatsmänner" haben bisher den Staat heruntergewirtschaftet. Nicht sie haben nach Hitlers „Programm" zu fragen, sondern sie stehen als Angeklagte vor dem Gericht des Volkes. Adolf Hitler ist heute der Staatsanwalt der deutschen Nation, er soll morgen ihr Richter sein. Dies durchzuführen ist jetzt die Aufgabe des deutschen Volkes, eine Charakterprobe, vor die es am 13. März gestellt ist, und wir hoffen, daß trotz aller Vernebelungsversuche der gesunde Sinn so erstarkt ist, daß die Lösung eindeutig ausfallen wird.

卐

Über diese politische Feststellung, über dies Bekenntnis zum politischen Führer hinaus aber müssen wir alten Mit-

kämpfer noch die persönliche Begründung, das große Erlebnis von 13 Jahren Kampf hinzufügen. Wir erlebten den unbekannten Hitler bei seinem ersten Versuch der Werbung in München. Wir haben mit ihm über die Kerngedanken der Bewegung immer wieder gesprochen. Wir waren beim ersten Hochflug 1922—23 dabei. Wir schritten neben ihm zur Feldherrnhalle in München. Wir kämpften nach dem Interim von 1924 wieder Schulter an Schulter. Und wir alle, die wir das Glück hatten, das große Ringen um Deutschlands Seele Tag für Tag mitzuerleben, wir wissen, wie der Führer mit seinem Werke wuchs und reifte. Das Geheimnis eines jeden großen Menschen, in jedem Augenblick beträchtlich über dem Geschaffenen zu stehen, zeigte sich auch hier. Nie gab es bei Hitler bloße Gegenwart, stets Zukunft.

Wir Nationalsozialisten wollen uns der alten deutschen Sünde nicht schuldig machen, große Menschen während ihres Lebens zu verhöhnen, um ihnen dann 100 Jahre später Denkmäler zu setzen. Wir wissen, daß jeder dem Alltag seinen Tribut zahlen muß, gerade aber das Menschliche scheint uns die Bedingung auch für das geschichtlich Große zu sein. Adolf Hitler hat seine Pflicht gegenüber Deutschland getan mit einer nimmermüden Leidenschaft, jetzt ist an die deutsche Nation die Pflicht herangetreten, ihm diese Treue zu danken. Nicht aus Sentimentalität, sondern aus der klaren Erkenntnis, daß in keines Mannes Hand das Schicksal Deutschlands besser gewahrt ist als in der Faust Hitlers. Er hat klaren Auges stets politisch richtig gesehen, damals als es sich um Versailles handelte, als die verhängnisvolle Finanzpolitik begann, als die Dawes- und Youngversklavung dem Volk als Erleichterung seines Schicksals aufgeredet wurde. Immer hat er recht gehabt, die anderen haben uns ins Verderben geführt, wollen aber nicht abtreten, sondern uns noch weiter mißregieren.

Dagegen ist das deutsche Volk aufgerufen! Zum erstenmal kämpft es **politisch** als Ganzes um ein großes Ziel: seine gesamtvölkische und kulturelle Wiedergeburt. Es ist ein harter Kampf, und mancher von uns, der vielleicht weich gewesen ist, ist stahlhart in diesem Ringen geworden. Und das Deutschland unserer Zukunft muß ein eisernes Geschlecht werden — vielleicht daß eine kommende Generation die schönen Blüten einst pflücken wird. **Wir** aber stehen mitten im Ringen um die Lebenssubstanz selbst, wir wollen diesen großen Kampf als unser Schicksal unbedingt bejahen. Und wir wollen den Führer, der durch seine Leistung Führer geworden ist, mit allen Kräften stützen. Wir wollen das deutsche Volk die alte Gefolgschaftstreue lehren, die es immer stark und groß gemacht hat, wenn es auf sie hörte.

So gilt der Gruß dieses erwachten, kämpfenden Deutschlands der Zukunft Adolf Hitler. Ein deutscher Volksherzog im heutigen Gewande als Ausdruck ewiger Werte des Germanentums.

Was gesund und kraftvoll ist, kürt deshalb am 13. März den Schmied der deutschen Seele!

Heil Hitler!

„Hundert Meter vor dem Ziel".

Die Popularität des Unpopulären.

„Völkischer Beobachter", 13. Mai 1932.

Das Zentrum hat seit einiger Zeit seine Beschwörungstaktik geändert. Früher hieß es: Erleichterungen, Ankurbelung der Wirtschaft, Steuersenkung durch Young-Annahme usw. Als aber diese Versprechungen sich als Schaumschlägerei herausstellten, als die nationalsozialistische Kritik alle diese Illusionen entlarvte, als immer neue Hunderttausende

erwachten, da stieg der neue Stern am Zentrumshimmel, Dr. Brüning, im Januar 1931 in Köln auf die Tribüne und sagte: endlich einmal solle mit der Wahrheit begonnen werden, endlich einmal seit 16 Jahren! Nun wollte Dr. Brüning diesen Wahrheitsfeldzug ohne Illusionen offenbar krönen und schlug am Mittwoch im Reichstag an seine Brust: er habe nichts versprochen, er sei durch die deutschen Lande gereist und hätte ungeschminkt die furchtbare Lage Deutschlands geschildert. Er habe das getan, auch wenn dies unpopulär gewesen sei. Er, er, er ...!

In diesem Sinne auf Unpopularität zu pochen, um sich populär zu machen, war die ganze Rede Brünings aufgebaut. Er vergaß dabei nur die Kleinigkeit, daß er heute z. B. in Fragen der Tribute zu 80 Prozent das nachspricht, was wir Nationalsozialisten 10 Jahre gegen seine Partei, gegen sein System gesagt haben. Brüning schlug der Politik seines „Alt-Reichskanzlers“ Marx ebenso ins Gesicht wie der Politik des Dr. Wirth. Bloß in der politischen Verfolgung der nationalsozialistischen Bewegung sind die Herren vom Zentrum ein Herz und eine Seele. Damals wie heute! Die Taktik der schwarz-roten Koalition geht jetzt dahin, im deutschen Volk eine Angstpsychose hervorzurufen, daß nämlich, wenn sie und ihre Herrlichkeit verschwinden, furchtbares Chaos über Deutschland kommen müßte. Mit dem Hinweis, daß es noch schlechter würde, arbeiten SPD. und Zentrum, um noch einmal Massen und Reichsparteien hinter sich zu zwingen. Mit dem Schreckensgespenst der Inflation „arbeitete“ selbstverständlich auch Dr. Heinrich Brüning, der uns das viele neue Silbergeld geschenkt hat; er behauptete nicht, aber er „befürchtete voll Sorge“, Groener-Stegerwalds Vorschläge könnten Inflation bringen ...

Man brauche aber, so sagte der Zentrums-Kanzler, jetzt die größte Intelligenz, um den Kampf um Abrüstung und „Reparationen“ zu bestehen. Die bescheidene Nutzanwen-

dung, daß offenbar nur er, Dr. Heinrich Brüning, diese größte Intelligenz gegenüber dem Plebs an Gehirn der anderen Führer darstelle, ergab sich da von selbst. Aber die neue Popularität des Unpopulären, das große Hilfszeichen, auf alle Versprechen und Illusionen zu verzichten, ist ihm noch nicht ganz in Fleisch und Blut übergegangen. Denn im gleichen Atemzug, da Herr Dr. Brüning das „Wort" mit der Gefahr des völligen Zusammenbruches beschwor, erklärte er, man dürfe fünf Minuten vor dem Siege nicht weich werden, man stehe jetzt — dank also Brünings beherrschter größter Intelligenz — „hundert Meter vor dem Ziel . . ."

Also doch wieder die alte matte Illusionspolitik der Dawes-Young-Versprechungen, des Locarno-Geistes, des erwachenden Weltgewissens usw. Und die Schlußfolgerung sollte sein: Ihr Parteien werdet mich großen Schnell- und Streckenläufer Brüning doch jetzt, wo ich euch ans Ziel eurer Sehnsucht schon herangeführt habe, nicht verlassen!

Die ganze München-Gladbacher Dialektik reichte nicht aus, um diese Widersprüche zu überkleistern; schillernd, mit Pathos und romantischen Rhapsodien vorgetragen, glitt Brünings Rede aalglatt dahin. Zum Schluß heftiger Druck auf die Tränendrüsen! Und nachher sagten sich doch alle: was war das alles, wenn nicht ein ungewolltes Eingeständnis des Bankrotts der Erfüllungspolitik!

Wenn Brüning sagte, die optimistische Beurteilung der Wirtschafts-Sachverständigen hätte sich furchtbar gerächt, so sagte er doch damit, daß die Versprechungen seiner Partei eitel Unrichtigkeit und Einlullungen gewesen waren, als welche wir sie in all den Jahren hingestellt und entlarvt haben!

Dr. Brünings dialektische Versuche täuschen keinen kritischen Menschen darüber hinweg, daß er ungewollt der Kronzeuge für den richtigen Blick Adolf Hitlers geworden ist. Eine peinliche Rolle für ihn, aber er ist selbst schuld

daran, und wir haben keine Ursache, ihm diese unhaltbare Lage zu erleichtern.

Dem politischen Langstreckenläufer Dr. Brüning ist „hundert Meter vor dem Ziel“ der Atem ausgegangen; ähnlich wie seinem Kollegen Groener, der während seiner „Rede“ nach Luft rang, mit zitternder Hand sein Wasserglas gerade noch zum Munde führen konnte, dann aber doch mit „geballter“ Faust sagte: „Im Ernstfall wird die SA. in meiner Hand sein!“

Worauf der Zwischenruf fiel: „In Ihrer Hand, Herr Groener, wird dann nicht die SA., sondern ein blauer Brief sein!“

Dr. Heinrich Brüning hat nicht nur den Atem verloren, er hat das Laufen verlernt, oder er hat nie laufen können.

Womit die Lage auch für den Chef Groeners, Herrn Dr. Brüning, geklärt sein müßte.

Letzte Zuckungen.

„Völkischer Beobachter“, 20. Mai 1932.

Es wäre uns eine innige Genugtuung, festzustellen, mit welch krampfartiger Beflissenheit die schwarze Presse sich bemüht, so zu tun, als bedeute der Sturz Groeners eigentlich gar nichts Entscheidendes. Die „Kölnische Volkszeitung“, die nunmehr zum Range des schwarzen Offiziosus aufrückt — da die „Germania“ eine nationale Einstellung erhalten soll —, beteuert, der Bestand des Kabinetts sei „in keiner Weise berührt“ worden, nachdem sie gerade kurz vorher über unsere neuerliche Forderung auf Rücktritt Brünings wütend und hilflos zugleich zugestanden hatte: „Das sind dieselben Bohrversuche, die auch dem Rücktritt Groeners vorausgegangen sind.“ Wir erklären uns mit den Erfolgen der bisherigen „Bohrversuche“ ganz zufrieden,

auch wenn die übrige Zentrumspresse der Nation weiszumachen bemüht ist, die Stellung Brünings sei heute sogar als gestärkt anzusehen. Wir gönnen den Herren ihren gemäßigten Optimismus, sind aber unsererseits der festen Überzeugung, daß Deutschland noch nie ein derartig hilfloses Kabinett gehabt hat, wie es die Rumpfregierung Brüning darstellt, die von Curtius, Warmbold, Groener verlassen ist, ohne daß bisher Ersatz geschaffen werden konnte.

In Zentrumsflugblättern lasen wir während der Preußen-Wahl, Brüning sei ein „Säkular-Mensch", d. h. ein wahres Gottesgeschenk, wie es dem deutschen Volk nur alle hundert Jahre beschert würde. Es ist nun immerhin doch so, daß der geistige Lebensstandard Deutschlands nicht so gesunken ist, daß die Brünings als Säkularmenschen auftreten könnten. Wenn Dr. Brüning Herrn Dietrich um Daumenlänge überragen sollte, könnte er mit dieser Rangordnung ganz zufrieden sein. Denn die katastrophale Hilflosigkeit des immer noch amtierenden Reichskanzlers hat sich nie deutlicher gezeigt als in den letzten Tagen. Ausgerechnet an Herrn Groener hat er sich geklammert, ausgerechnet dessen ungeheuerliche Maßnahme gegen die SA. glaubte er decken zu müssen, wo es doch klar war, daß Herr Groener gerade deshalb gehen mußte. Der im Kabinett Brüning das Amt eines Innenministers verwaltende gestürzte Reichswehrminister a. D. Groener ist heute eine noch schwerere Belastung des Kabinetts als der im Amt befindliche.

Die jüdische Presse hat es im Unterschied zu den schwarzen Gazetten zum großen Teil aufgegeben, noch weiter in Optimismus zu machen. Das „Berliner Tageblatt", gegründet und fortgeführt zur Vertretung jüdischer Interessen, erklärt resigniert, es habe keinen Sinn mehr, nur in „schonenden Andeutungen" zu sprechen, „offenes Reden" sei angesichts der „entscheidenden Dinge", wie sie Groeners

Sturz darstellten, notwendiger denn je. In der Jerusalemer Straße fühlt man also das Verschwinden ihres Lieblings Groener als empfindlichen Schlag gegen das bisherige System, eine Anschauung, gegen die wir nichts weiter einzuwenden haben.

Die Lage ist in der letzten Woche aber nur schlimmer geworden, da Dr. Brüning den Posten des Reichswehrministers in seinem Kabinett mehrfach überall ausgeboten hat —, aber niemand ihn annehmen wollte. Offenbar herrscht überall die Anschauung, daß kein General seinen Namen riskieren möchte. Keiner hat Lust gehabt, sich noch mit dem dahinsinkenden Dr. Brüning auf Gedeih und Verderb zu verbinden. Trotz der Beschwörung des Reichskanzlers, wir stünden „Hundert Meter vor dem Ziel". Alle in Betracht Kommenden legen dieses Wort — wie es uns scheint — so aus, wie wir es tun: Brüning steht für seine Person tatsächlich nur Hundert Meter vor dem Ziel, vor dem Ziel nämlich, das der Reichswehrminister Groener bereits glücklich erreicht hat ...

Wir haben Herrn Dr. Brüning nie sehr hoch als Staatsmann eingeschätzt, aber immerhin hatten wir geglaubt, daß er persönlich noch das Format aufbringen würde, nach offenkundigem Scheitern seiner Politik eindeutig klar, vielleicht sogar unter Niederlegung eines politischen Bekenntnisses, abzutreten. Aber diese Quälerei, dieses allmähliche Zusammenschrumpfen, diese Versuche, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen und zugleich uns gegen die gesamte politische Dynamik Deutschlands unterdrücken zu wollen — das alles zeigt eine Ziellosigkeit, ein Spiel mit kleinen, kleinlichen Aushilfen, das geradezu mitleiderregend wirkt.

Unterdes besorgt die marxistische Presse unter Brünings Augen die Geschäfte des Auslandes.

Die SPD. aber ist die Hauptstütze des Kabinetts Brüning!

Und neues Gewölk zieht auf! Die erste Baurate für den Kreuzer C wird in den Etat eingesetzt und erneut wird ein Panzerkreuzer den Breitscheids und Dittmanns zu schlucken gegeben. Nach unserem Auszug im Februar 1931 mußten die Herren B sagen, jetzt heißt es, das hohe C singen, und wir haben keine Ursache, uns diese Dressur der Crispiens nicht nochmals anzusehen, falls die Schande kein Ende haben sollte, von den Herren des 9. November 1918 irgendwie Entscheidung über das deutsche Schicksal abhängig machen zu wollen.

Wohin man blickt, eine für Herrn Dr. Brüning und seinen bunt zusammengewürfelten Troß unmögliche Situation. Er hat sie seiner eigenen „Politik" zu verdanken. Wir denken nicht daran, ihm sein wohlverdientes Ende zu erleichtern. Mit einer letzten Geste könnte er heute noch abtreten, es liegt jedoch ganz in seiner Hand, auch bruchstückweise seines Lebens schönsten Traum dahinsinken zu sehen. Wir werden ruhig warten und alle Zuckungen des sterbenden Systems sachlich, wie immer, vermerken.

Unsere Warnung.

„Völkischer Beobachter", 24. Mai 1932.

Am 21. Mai 1932 hielt Adolf Hitler eine bedeutsame Rede vor der Preußischen Landtagsfraktion der NSDAP., in der er betonte, daß er seinen Kampf nicht führe, um unter allen Umständen in irgendeine Regierung einzutreten, und daß die politischen Gegner der NSDAP. an den guten Nerven und der Disziplin der Bewegung scheitern würden.

Mit der üblichen Verfälschungsmethode ist das Zentrum an die grundsätzlichen Ausführungen Adolf Hitlers vor unserer Preußenfraktion herangegangen. Die „Germania", die angeblich einen nationalen Kurs einschlagen wollte, war

die erste, um in alter München-Gladbacher Taktik den Versuch zu unternehmen, das rote Zentrum von der unangenehmen Entscheidung zu entlasten: entweder eine deutsche Führung in Preußen mitzumachen oder weiter mit den Heilmanns zu marschieren. Wie von uns bereits bemerkt, unterschlug das fromme Blatt die entscheidende Wendung, daß Adolf Hitler nicht daran denke, die Politik des heutigen Deutschlands durch irgendeine Preußenkoalition zu stützen. Eine Selbstverständlichkeit! Denn gegen diese unheilvolle Politik hat unser Führer ja die Bewegung in den Kampf geführt, gegen sie haben sich rund 13 Millionen ausgesprochen; gegen sie ist allein Rettung aus dem heutigen Chaos möglich.

Die Herren vom Zentrum wollen noch weiter im roten Heilmann-Pfuhl verbleiben, sie wissen jedoch, daß eine immer stärker werdende Revolte in ihren Reihen entsteht, weil man die Schande nicht mehr weiter mitmachen will. Die eindeutige Möglichkeit einer Änderung ist gegeben, aber da das Zentrum die alte, auch jüdisch-marxistische Außenpolitik weitertreiben will im Dienst seiner „abendländischen Mission“, so bemüht es sich, durch dreiste Tricks sich der Verantwortung zu entziehen. Daß die börsianische „Frankfurter Zeitung“, als talmudistisches Organ, die gleiche „Auslegung“ der Hitler-Worte vornimmt, versteht sich angesichts ihrer Seelenverwandtschaft mit dem heutigen Zentrum von selbst.

In Zentrumsblättern wird dreist gefordert, die Nationalsozialisten könnten „zur Mitverantwortung herangezogen“, aber unter keinen Umständen dürfe ihnen „der Staatsapparat ausgeliefert“ werden. Das heißt also, die mehr als zweimal so schwache Partei will uns nicht jene Posten in Preußen einräumen, die sie, ohne mit der Wimper zu zucken, den internationalen Marxisten übergeben hatte! Wir haben an dieser Stelle bereits festgestellt, daß bei nur 137 Sozialdemokraten in Preußen diese den Ministerpräsiden-

ten, den Innenminister, den Kultusminister stellten; dazu die Polizeipräsidenten der Reichshauptstadt und der meisten anderen Großstädte. Ferner natürlich den Landtagspräsidenten. Diese Posten wären bei einer viel stärkeren nationalsozialistischen Fraktion das Mindeste, womit das preußische Zentrum, wenn es wirklich eine den Volkswillen zum Ausdruck bringende Koalition anerkennen würde, von vornherein hätte rechnen müssen.

Aber das hat das Zentrum nie getan, weil es herrschen wollte; herrschen, koste es auch Wohlfahrt und Leben des deutschen Volkes. Möglich, daß eine Anzahl Gutwilliger selbst entsetzt ist über diesen nackten politischen und auch pekuniären Materialismus, aber sie sind heute ohnmächtig. Zu Vernunft muß das Zentrum eben von der erwachten Nation gezwungen werden. Deshalb ist die sofortige Aufdeckung der „Germania“-Schliche notwendig, die das Scheitern gewisser Möglichkeiten Adolf Hitler in die Schuhe zu schieben sich als Ziel setzen.

Wir haben keine Eile. Die Millionen der Anhänger der NSDAP. haben sich an ihrem unbeugsamen Willen aufgerichtet; sie haben gesehen, daß der unerschütterliche Wille immer neue Millionen in seinen Bann zieht; sie haben am 25. April gelesen, daß viel Hunderttausende an Stimmen für bisherige bürgerliche Splitter verlorengingen, die nächstens Adolf Hitler zugute kommen und der nationalen Opposition die zur absoluten Mehrheit noch fehlenden Mandate bringen werden... Auch das Zentrum kennt diese dynamische Kraft genau, glaubt aber, uns bluffen zu können wie früher bürgerliche Parteien.

Diese Zeit ist vorüber. In Anbetracht der drängenden Fragen hat die NSDAP. dem Zentrum die Zeit zur vernünftigen Überlegung gelassen; Adolf Hitlers Worte ließen nochmals einige Türen offen. Das Zentrum aber antwortete mit Verfälschungen!

Nun, die Herren können tun und lassen, was sie mögen, wir machen sie aber heute, bei Eröffnung des Preußischen Landtags, für alles Kommende verantwortlich. Wollen sie alles oder nichts, dann wird einmal der Tag kommen, da ganz legal auch ohne das Zentrum eine Regierung gebildet werden muß, die dann selbstverständlich auf das Zentrum, das sich dann vor aller Welt als Feind des deutschen Volkes, noch übler als die SPD., herausgestellt hätte, keinerlei Rücksicht mehr walten zu lassen vermag.

Der Wille der Nation ist eindeutig: Änderung der Reichs- und Preußenpolitik, Führung durch Adolf Hitler.

Diesem Willen werden sich einst alle beugen müssen, je schneller, um so besser für Deutschland. Je mehr aber alte Mächte diesen Willen fälschen oder zu hemmen versuchen, um so härter wird das Gericht der Geschichte sein, das über sie gefällt werden wird.

Das Schicksal des Dr. Brüning.

„Völkischer Beobachter", 24. Mai 1932.

Am 30. Mai 1932 führte der zähe Kampf der nationalsozialistischen Bewegung, die die Stellung Dr. Brünings planmäßig mehr und mehr unterhöhlt hatte, endlich zum Ziel. Das Kabinett mußte zurücktreten. Angesichts dieser Niederlage verließ Dr. Brüning die von seinen Anhängern immer besonders gerühmte Loyalität gegenüber dem Reichspräsidenten von Hindenburg völlig, und sein Abgang wurde zu einem recht kläglichen Schauspiel. Noch am gleichen Tage wurden die Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung aufgenommen.

Mit dem Kabinett Brüning verschwindet endlich das, hoffentlich, letzte Kabinett der 13jährigen Illusionspolitik.

Der jetzt zurückgetretene Reichskanzler hatte wohl selbst das Gefühl, daß er den Reigen von Rathenau über Müller und Stresemann beschloß. Er hat in diesem Bewußtsein, die letzten Stellungen zu verteidigen, am zähesten gekämpft. Er hat, wie die anderen, sich auf die Sozialdemokratie gestützt; er hat — anders als die anderen — sich als „Kabinett der Frontsoldaten" bei Hindenburg ins Vertrauen gesetzt; er begriff den Zug der Zeit gegen den Parlamentarismus und ließ sich vom Reichspräsidenten mit immer neuen außerordentlichen Vollmachten ausstatten. Er holte schließlich, schon halb gestürzt, zum Verbot der SA. aus, aber er täuschte bloß Stärke vor, niemandem imponierte dieser letzte Versuch einer krampfhaften Schwäche. Diesmal half es Dr. Brüning nicht mehr, Groener als Reichswehrminister fallen zu lassen. Bis dahin hatte er es mit Geschick verstanden, seine Minister für seine Sünden in die Wüste zu schicken. Diesmal mußte er mit. Er ruderte noch kurze Zeit verzweifelt, hielt große Reden an die Presse, im Auswärtigen Ausschuß — aber täuschte niemanden mehr. Er war am Ende. Oder am Ziel.

Für das System galt Dr. Brüning als Vertreter der letzten Reserven. Marx und Müller ließ man fallen aus Hoffnung auf Ersatz. Brüning gehört zum sparsam gesäten „Nachwuchs", auf den Schwarz und Rot die größten Hoffnungen setzten. Er wurde hochgelobt zum „säkularen Mann", und alle Hypnotiseure bemühten sich, die letzte Hoffnung des Systems ins schönste Licht zu stellen.

Aber es half alles nicht, denn ihnen stand eine erwachte Millionenwelle Deutscher gegenüber, die einfach genug hatten. Sie hatten es satt, sich durch leere Versprechungen immer wieder irreführen, sich immer erneut enttäuschen zu lassen. Umsonst war schließlich auch Brünings letzter Versuch, es „mit der nationalsozialistischen Linie" zu versuchen, gefolgt von der mehr als kühnen Deutung seiner Presse, wir hätten uns seiner Front angeschlossen.

Unter Brüning wurde der Youngplan angenommen. Er hatte ihn uns aufgezwungen, um 1931 seinen Bankerott anzumelden; aber anstatt das Feld zu räumen, klammerte er sich an Hoover, bereiste alle Großstädte Europas und tat zuletzt so, als seien alle Unterschriften nicht so gefährlich. Brüning war es, der schmählich Schiffbruch erlitt in der Frage der Deutschenverfolgung im Osten, der in der Behandlung der deutsch-österreichischen Zoll-Union kapitulierte. Unter Brüning kam es zu den Demütigungen des Deutschtums im Memelland, die derartige Ausmaße annahmen, daß selbst die „Kölnische Volkszeitung" feststellen mußte, das kleine Litauen tue so, als ob es kein Deutschland gäbe. Dem Regime Brüning verdankt die deutsche Nation das Elend der Notverordnungspolitik, die sieben Millionen Arbeitslosen von 1931/1932, das Herumstümpern an allen Problemen (Arbeitslosigkeit, Wohnungsbau usw.). Unter Brüning verkrachten die Banken, verloren wir 400 Millionen Volksvermögen — und heute rast der Hunger durch die Straßen der deutschen Städte.

Mit dem Hinweis auf die vor der Tür stehende Lausanner Konferenz und seine Unentbehrlichkeit wollte sich Dr. Brüning jetzt noch in den Herbst hinüberretten, diesem Ziel waren alle Bestrebungen der Systemparteien unterstellt. Die Einberufung des Reichstages sollte sabotiert werden, um die verschiedenen Mißtrauensanträge nicht zur Abstimmung zu bringen. Auch das hat nichts geholfen. Langsam, aber unaufhaltsam hat sich das Schicksal auch Dr. Heinrich Brünings vollzogen. Es rächte sich an ihm, daß er 1920 noch Material gegen Erzberger lieferte, um seine Kraft dann München-Gladbach zur Verfügung zu stellen. Mit hochgespanntem Selbstgefühl, mit Unterstützung Hindenburgs begann er — zermürbt, erfolglos, in sich zusammengesunken, mit Fehlgriffen überladen muß er gehen. Ihm fehlte das innerste Verbundensein mit den Nöten seines Volkes, ihm mangelte der sichere Instinkt des

Herzens für das Wesen des großen deutschen Schicksalskampfes. Um „führen“ zu können, glaubte er mit alten parlamentarischen Kunststücken auszukommen, „nationale Realpolitik“ mit den durch Hitler in Angst und Zittern versetzten Dittmanns machen zu können. Für das alles war es aber längst zu spät geworden: der wesenlose Brüning mußte dem Volks- und Staatsmann Hitler Platz machen. Das ist der Sinn des Zusammenbruches des letzten Systemkanzlers. Der Zentrums-Gewerkschaftsgelehrte verschwindet, der blutvolle Führer wird an seine Stelle treten, gleich wie schnell sich jetzt noch der Übergang vollziehen mag.

Wenn einmal die Geschichte der letzten zwei Monate geschrieben werden wird, wird das schicksalhafte Abbröckeln, Zusammensinken des hoffnungslosen Systems erst recht plastisch erscheinen. Aber für heute genügt es, festzustellen, daß die zähesten Widerstände auf dem Siegeszug der deutschen Freiheitsbewegung überwunden sind. Mit größtem Ernst wird sich der Nationalsozialismus für seine große Sendung vorbereiten, ohne Kleinlichkeit wird er die besten Kräfte heranziehen, um sie der deutschen Zukunft dienstbar zu machen. Er wird auch heute, da Brüning gefallen ist, diesen nicht ohne Not demütigen wollen.

Die Losung für das ganze schaffende Volk aber heißt heute mehr denn je: Alle Macht Adolf Hitler!

Die Hetze gegen Hindenburg beginnt.

„Völkischer Beobachter“, 2. Juni 1932.

Während aller vergangenen Wahlkämpfe haben wir, unter scheinheiliger Abwehr der Systemparteien, immer wieder festgestellt, daß der schwarz-rote Block Hindenburg ja nur als Kandidaten ausgerufen hatte in der festen Über-

zeugung, daß der Feldmarschall als Reichspräsident auch weiterhin alle Verordnungen der Zentrumsherren unterschreiben würde.

Nun hat in allen diesen Jahren Hindenburg einmal dem Kanzler nicht zugestimmt, der immer wieder erklärt hatte, daß die eine Notverordnung die letzte, die allerletzte sein werde; der während des Wahlkampfes amtlich hatte dementieren lassen, daß neue Notverordnungen kommen würden, und nun den Reichspräsidenten zu immer weiteren Gehaltskürzungen und schwersten finanziellen Belastungen veranlassen wollte. Und sofort sehen wir, daß schon am ersten Tage nach dem notwendig gewordenen Rücktritt Brünings die Systempresse in eindeutiger Weise gegen Hindenburg — allen voran, wie sich von selbst versteht, die Bayerische Volkspartei — Stellung nimmt (wie ja das Zentrum in letzter Zeit seine Angriffe am liebsten von München aus gegen unliebsame Personen richten ließ).

In der letzten offiziellen Verlautbarung vom 31. Mai erklärt die „Bayerische Volkspartei-Correspondenz", Hindenburg befinde sich jetzt in einer Lage, die „nicht gerade begeisternd" wirke, wo doch Dr. Brüning immerhin der Reichskanzler gewesen sei, der durch treueste Hingabe für Hindenburg der Hindenburgfront zum Siege gegen eine Welt von Gegnern verholfen habe. Hier tritt bereits die typische Verfälschung ein, als ob nicht Hindenburg durch seine Persönlichkeit noch einmal das Vertrauen vieler Deutscher erhalten hätte, sondern daß alles einzig und allein Herrn Dr. Brüning und dem Zentrum zu verdanken gewesen wäre. Mit einer gelinden Drohung fährt die „Bayerische Volkspartei-Correspondenz" weiter fort, daß Brüning natürlich nicht Hindenburg gewählt habe, um ein politisches Rückversicherungsgeschäft zu machen, auch nach dem Sturze Brünings behalte die Hindenburgwahl ihren letzten politischen Sinn, „der solange seine Geltung hat, als der Reichspräsident als überparteilicher Hüter der Verfas-

sung seines Amtes waltet und dafür die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel des Reiches intakt und unversehrt erhält". Hier wird bereits in charakteristisch zentrumshafter Weise dem selbstgewählten Reichspräsidenten unterstellt, daß er unter Umständen eben diese Intakthaltung des Reiches nicht durchführen werde, womit man sich bereits die Kritik freimacht für eine kommende Haltung, die der Stützung der Zentrumsherrschaft nicht ganz entspricht. Aber die „Bayerische Volkspartei-Correspondenz" geht noch weiter. Sie schreibt:

„Immerhin gibt es Dinge, auf die das Volksempfinden empfindsam reagiert, ohne auf die Erwägungen angeblicher politischer Raison hinzuhorchen. Die Nachricht vom Sturze des Kanzlers Dr. Brüning ist dazu angetan, solche unmittelbaren Volksempfindungen zu erwecken, die nicht geringer bewertet werden dürfen, gerade weil sie sich in der Sphäre des Menschlichen abspielen."

Damit will die Bayerische Volkspartei also sagen, daß ihre früher so laut betonten Empfindungen für Hindenburg nun vollkommen abgekühlt sind, da ein Zentrumskanzler nicht mehr nahezu diktatorisch gegen den Willen des gesamten nationalen Deutschlands regieren kann.

Während die „Germania" aus bekannten Gründen sich im Urteil etwas zurückhält, deutet die nunmehr offiziöse „Kölnische Volkszeitung" bereits an, daß sie gegen die Machtausübung des Reichspräsidenten Stellung nehmen möchte. Nun Brüning nicht mehr diktiert, heißt es:

„Von der Parlamentsherrschaft ist der Pendel allzu heftig nach der Seite der Präsidialgewalt ausgeschlagen. Deutschland wird aber erst dann zur politischen Ruhe kommen, wenn die Machtverteilung zwischen Parlament und Präsident wieder ausgeglichen wird und dann auch die Bestimmung der Reichsverfassung wieder volle Bedeutung erhält, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat."

Wie man sieht, ist die Zentrumsdialektik bereits sehr emsig am Werke. Solange Hindenburg hundertprozentig Dr. Brüning gehalten hatte, war man mit der „autoritären

Demokratie" außerordentlich zufrieden, jetzt will das Zentrum im Reichstag seine vielerprobte Pendel- und Erpressungspolitik erneut anwenden und bemüht sich bereits, diese Seite der politischen Wirksamkeit als die allein mögliche und der Verfassung entsprechende hinzustellen.

Es versteht sich von selbst, daß die Judenpresse genau den gleichen Parolen folgt, wie die Zentrumsorgane. Der galizische „Vorwärts" schreibt unverfroren hin: „Der Weg, der jetzt betreten ist, führt in Zustände hinein, die mit der Verfassung kaum mehr zu decken sind." Das Stichwort gibt selbstverständlich das Haus Mosse an. Das „Berliner Tageblatt" versteigt sich zu folgendem Aufruf: „... Auf der anderen Seite aber tritt der Reichspräsident mit der Entlassung Brünings so sichtbar in den Vordergrund der politischen Arena, daß unwillkürlich die Erinnerung an das ‚persönliche Regiment' Wilhelm II. heraufbeschworen wird."

Damit ist die ganze Hetze der schwarz-roten Front gegen Hindenburg in Zug gekommen und, wenn man weiß, was für das „Berliner Tageblatt" Wilhelm II. bedeutet, so versteht man erst die ganze Wut, die sich aus der Jerusalemerstraße heraus jetzt zu entladen beginnt, da man dort merkt, daß die Zeiten der Novemberherrschaft nun endlich einmal ihrem Ende entgegengehen. Das Ganze ist ein außerordentlich bezeichnendes Bild des Charakters jener Systemparteien, der Hindenburg heute hoffentlich vollkommen offenbar wird. Wir knüpfen eine zweite Hoffnung daran: daß der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation geht und mit Adolf Hitler jenes Bündnis schließt, das notwendig ist zur Rettung des deutschen Volkes.

Zentrum droht mit Separatismus.

„Völkischer Beobachter", 4. Juni 1932.

Leise, aber doch schon vernehmlich, taucht in der schwarzroten Presse bereits eine Befürchtung an dem an sich schon verdunkelnden Horizont auf: das Reichskommissariat für Preußen! Man weiß, wie stark die gleiche Presse vor dem Sturz Brünings mit diesem Gedanken liebäugelte. Damals, im Mai, rechnete man so, daß in Preußen dank der Sabotage des Zentrums und der Geschäftsordnungsschiebung kein neuer Ministerpräsident gewählt werden könne. Ein ewiges Amtieren der geschäftsführenden Regierung wäre untragbar gewesen, eine Neuwahl aber wollten die Rotschwarzen auf keinen Fall mehr. Deshalb war bereits im stillen alles vorbereitet, um den „säkularen" Brüning als Reichskommissar für Preußen einzusetzen, den riesigen Machtzuwachs der NSDAP. unschädlich zu machen und über die Meinung des Volkes mit einem Gewaltstreich hinwegzugehen.

In Preußen haben sich nun seit Montag die Dinge nicht geändert. Das Zentrum ist nicht gewillt, die alte, jahrelang herrschende Geschäftsordnung in der Wahl des Ministerpräsidenten wiederherzustellen; es will also mit allen Mitteln nach wie vor die Äußerung des preußischen Volkswillens nicht gelten lassen. Somit ist für den Reichspräsidenten und das neue Reichskabinett das Problem in gleicher Weise gegeben wie zur Zeit des endlich an sein Ziel gelangten Brünings, und die Kronjuristen von Mosse und Ullstein und Singer könnten absolut nichts dagegen einwenden, daß, im Fall eine Neuwahl des Ministerpräsidenten in Preußen nicht zustande käme, die bisherige Koalition aber in der gleichen Minderheit verbleibt, etwa Herr von Papen oder Freiherr v. Gayl als Reichskommissar eingesetzt werden würde.

Wir unsererseits haben unter den heute herrschenden staatsrechtlichen Zuständen unserer Abneigung gegen Reichskommissariate bereits Ausdruck gegeben. Wir fordern aber nach wie vor, daß aus dem 24. April auch die Konsequenzen gezogen werden. Wenn jedoch das Zentrum seine volksverräterische Sabotage weiter im Bunde mit dem landesverräterischen Marxismus fortsetzen sollte, so darf es sich nicht wundern, wenn ihm auch von oben in deutlicher Weise zu verstehen gegeben wird, daß die Zeit der anmaßenden Zentrumsherrschaft über Preußen und Deutschland endgültig vorüber ist.

Das Zentrum in Württemberg, das, als es völlig herrschte, seine „Staatstreue" nicht genug betonen konnte, hat bereits mit wüsten Drohungen rein separatistischer Art begonnen. Sein „Stuttgarter Beobachter" schreibt unterm Titel „Württemberg und Preußen — hie Ordnung, dort Faustrecht" anläßlich der kommunistischen Überfälle im Preußischen Landtag:

„Auf diesem Hintergrund heben sich die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Württembergischen Landtag abgespielt haben, noch besonders ab.

Man wird, wenn in Preußen der offene Bürgerkrieg ausbricht und wenn von Preußen aus dann ein gefährlicher Druck auch auf die Dinge im Reich ausgeübt wird, es noch anders zu schätzen wissen, daß in Baden, in Bayern, in Württemberg die Verwaltungen der Machteinrichtungen, die Ämter der Minister oder Staatspräsidenten und der Polizeiverwaltungen nicht in nationalsozialistischen Händen liegen, und daß deshalb in ganz Süddeutschland kein Mißbrauch dieser Polizeigewalten im Sinne nationalsozialistischer Gewalttätigkeit möglich wird. Solange die Dinge so liegen und angesichts unserer andersgearteten Verhältnisse ist es durchaus möglich, in ganz Süddeutschland wirklich eine Insel, oder, sagen wir, ein Bollwerk der Beherrschtheit, der Besonnenheit, der rechtlichen Ordnung zu wahren und so vielleicht noch einmal und wieder einmal dem Reiche gegenüber eine Mission zu erfüllen, wie sie Süddeutschland im Laufe der Geschichte mehr als einmal zugefallen ist. Jedenfalls haben wir allen Grund, gerade angesichts der Vorgänge in Preußen und der Haltung der Nationalsozialisten in Preußen uns der Entscheidungen, die im

Württembergischen Landtag getroffen wurden, zu freuen und sie als einen Akt der Voraussicht und der klugen politischen Überlegung zu begrüßen."

Die marxistische „Münchener Post" bemerkt dazu verständnisinnig:

„So deutlich wie es hier geschieht, ist bisher noch nicht auf die Aufrichtung der Mainlinie als Mittel der Abwehr gegen einen faschistischen Diktaturversuch in Berlin hingewiesen worden!"

Wie man sieht, verstehen Rot und Schwarz unter „Reich" und „Staat" nur ihre gemeinsame Parteiherrschaft, ihre Pfründenpolitik, ihre Unterdrückung der deutschen Freiheitsbewegung. Im Falle diese zu zerfallen droht, werden aus überzeugten Unitaristen sofort verräterische Separatisten. Man weiß ja, wie das Zentrum im Rheinland den Separatismus gefördert hat, und es wird sich einst die Frage erheben, ob der Preußische Landtag oder der Reichstag nicht auch einen Untersuchungsausschuß einsetzt, der die Rolle führender Zentrumspolitiker während der Franzosenzeit am Rhein einer eingehenden Prüfung unterzieht, wenn auch über die roten Genossen zu Gericht gesessen wird, die Dortens Freunde in die preußische Polizei aufgenommen haben. Es muß ein Ende haben mit jenen erpresserischen und unverschämten Drohungen, im Falle der Errichtung eines nationalistischen Deutschlands die „Mainlinie aufzurichten".

Man sieht, wie das Reichsgefüge durch das Zentrum und SPD. in Nord und Süd bedroht ist. Um so dringender wird eine eisenharte deutsche Reichsleitung, die, gestützt auf die besten Teile des deutschen Volkes, Deutschland wieder stark und verhandlungsfähig macht, um das Elend zu meistern, in das uns Zentrum und Marxismus hineingesteuert haben.

Zentrum wirft Hindeuburg Schäbigkeit vor!

„Völkischer Beobachter“, 5./6. Juni 1932.

Die ach so fromme und demütige Zentrumspartei, die ja immer für Maß und Zurückhaltung eintritt, bekommt einen Tobsuchtsanfall nach dem andern. Jahrzehntelang hat sie andere Parteien, wenn es ihr paßte, mit Fußtritten bedacht, um in skrupellosester Weise ihre Geschäfte mit anderen Gruppen — mit Vorliebe mit den atheistischen Marxisten — zu machen.

Nun hatten die Herren geglaubt, Hindenburg habe sich ihnen verkauft, deshalb ist die kühle Verabschiedung für die Patentchristen der Anlaß zu einem Wutgeheul nach dem andern. Wir haben bereits mehrere Stimmen vermerkt. Den Rekord schlägt nunmehr der Stegerwald besonders nahestehende „Deutsche“. In einer „historischen“ Betrachtung unterzieht er die Verhältnisse der Regierung vor der französischen Revolution einer Prüfung und schreibt dabei unter anderen:

„Der Ministerpräsident Decases mußte auf Grund der Intrigen der Revolution weichen. Ludwig XVIII. (soll wohl Ludwig XVI. heißen) ließ ihn bitteren Herzens gehen, obschon er ihn ‚wie einen Sohn‘ liebte. Aber hier wiederholt sich nun, wenigstens im Vergleich mit unseren Verhältnissen, die Geschichte in folgendem nicht. Ludwig XVIII. ließ seinen Ministerpräsidenten nicht schäbig fallen, sondern ließ ihn mit großen Ehrungen gehen ...“

Das Wort „schäbig“ ist auch im Original gesperrt gedruckt. Das Zentrum, das anmaßend durch Dr. Brüning eine Blankovollmacht zur Beherrschung Deutschlands von Hindenburg einmal nicht unterzeichnet bekam, erfrecht sich also, dem Reichspräsidenten Schäbigkeit vorzuwerfen!

Wenn wir das unter Brünings Herrschaft getan hätten, wären wir auf zwei Monate verboten worden. Das Zentrum aber glaubt auch in Opposition absolute Schimpffreiheit gegen das Reichsoberhaupt zu besitzen.

Herr Dr. Brüning erklärte während der Wahlkämpfe, ihm reiße die Geduld, wenn die „verehrungswürdige Gestalt des Reichspräsidenten“ angegriffen würde.

Nun, lassen Sie jetzt Ihre Geduld reißen, Herr Brüning! Die Schimpferei des „christlichen“ Zentrums aber wird dem Reichspräsidenten von Hindenburg jetzt gezeigt haben, welche „schäbige“ Partei ihn für ihre dunklen Zwecke ausnutzen wollte.

Die Parteien am Ende.

„Völkischer Beobachter“, 9. Juni 1932.

Die alten Parteien sind häßlich und bescheiden geworden. Früher hofften sie noch für sich. Nicht allzuviel mehr, aber immerhin doch, daß die 20 oder 30 organisierten Interessentenhaufen die Mehrheit über die deutsche Freiheitsbewegung bilden würden; mit der KPD. gemeinsam gar galt es „als ausgeschlossen“, daß wir etwas zu bestellen haben würden. Nun kennen sie alle nur eine Frage: Hat Hitler allein die völlige Mehrheit bei den Wahlen, oder können wir armen zusammengehauenen verlorenen Haufen noch auf eine Gnadenfrist hoffen? Die NSDAP. hat in Mecklenburg „nur“ 50 Prozent aller Sitze errungen — und die Systempresse „triumphiert“ über den „nun doch erreichten Stillstand“.

Wir wollen den armen Leuten diese kleinen noch übriggebliebenen Freuden des Daseins lassen, daß aber ausgerechnet die „Frankfurter Zeitung“ feststellt, mit der Deutschen Staatspartei sei kein Staat mehr zu machen, das muß schmerzen.

Die Volkskonservativen sind stolz geworden. Als außerparlamentarische Bewegung würden sie sich nicht mehr an Wahlen beteiligen! Die Trauben sind arg sauer geworden —

heute muß man sich mehr denn je wundern, daß ein Mann, der kaum einen Satz logisch zu Ende bringen konnte, wie Herr Treviranus (bitte seine Rede beim Empfang des Do X zu vergleichen), so lange Minister spielen konnte. Aber immerhin, die Treviranus haben ihr Fiasko des Versuchs von 1930 eingesehen, somit können wir den Fall zu den Akten legen.

Die „Volksnationalen“ Mahrauns haben ebenfalls resigniert. Sie betreiben freiwilligen Arbeitsdienst. Das begrüßen wir außerordentlich; wenn Mahraun und Herr Abel ebenfalls ihre kümmerlichen Versuche in Weltpolitik endgültig bleiben lassen würden, so wäre das der zweite vernünftige Schritt, der zu begrüßen wäre.

Die bürgerliche Mitte ist bemüht, mit den Deutschnationalen eine politische Gemeinsamkeit herzustellen, um bei den Reichstagswahlen noch etwas zu retten. Die DVP. versucht, Hugenberg aus der Vorstandschaft der DNVP. zu beseitigen und scheint dann zu weitgehender Unterwerfung bereit zu sein. Daß sich dagegen seitens des erneut Angegriffenen stärkste Widerstände erheben, versteht sich von selbst, so daß noch gar nicht abzusehen ist, wie diese Verhandlungen verlaufen werden.

Der sogenannte Christlichsoziale Volksdienst scheint allein marschieren zu wollen, um vereinsamt geschlagen zu werden. Er hat sein Los redlich verdient, denn er war es immer und immer wieder, der sich hinter den Zentrumskanzler Brüning gestellt hatte.

Die SPD. ist in hellster Aufregung und Zerfahrenheit. Die Parteileitung will glauben machen, als seien die alten Bonzen kampfeswütig und mutgeschwellt. Dabei bekannte Breitscheid soeben, die SPD. rechne mit Verlusten, was die wahre Katastrophenstimmung deutlich kennzeichnet. Hinzu kommt jetzt noch der Fall Hörsing. Er, ein uralter marxistischer Kämpe, ein Stolz der Revolte von 1918, der gefeierte Gründer und Führer des Reichsbanners — er

mußte ausgeschlossen werden! Nachdem man ihn vom Reichsbanner davongejagt hatte, verbot man ihm seine Zeitung und nun gründet der „erprobte“ Genosse seine eigene Partei. Mit Zeitung, jüdischem Parteivorstand, ehemaligem Reichsbannerkassier (Schwager des bekannten Juden Haas in Magdeburg!), mit dem Jugendobmann des Reichsbanners usw. Der „Vorwärts“ ist wütend und erklärt, Hörsing sei monatelang im Nervensanatorium gewesen und habe sich trotzdem nicht erholt: damit soll zart, wie es sich gehört, das delirium tremens angedeutet werden.

Neben dem Splitter der SAP. taucht also eine vierte marxistische Partei auf, um „alle Republikaner“ zu sammeln — ein drastisches Bild der Auflösung, des Verfaulens des Gesamtmarxismus. Karl Marx stirbt endlich und Adolf Hitler ist Sieger über ihn. Der deutsche Arbeiter wendet sich ab von den Tröpfen und Betrügern, die seine Führer sein wollten und ihn in unsagbares Elend stürzten, für das er — die Höhe der Verhöhnung — jetzt noch demonstrieren und kämpfen soll.

Aber am erbärmlichsten von allen benimmt sich das Zentrum. Einmal vom Herrschersitz gestoßen, keifen seine Führer und Zeitungen wie geprügelte Memmen — aus dem an sich richtigen Gefühl heraus, daß diese Zentrumsherrschaft nur ein böser Spuk war, der durch einen kraftvollen Stoß in drei Minuten zusammensank. Der Schein des Nicht-Besiegtwerdens ist für immer dahin, aber das Zentrum trug diese Niederlage nicht mit Stolz und Würde, sondern mit ohnmächtigem Geschimpfe. So offenbarte es sein Wesen, das es — die letzte Hoffnung — noch immer als „christlich“ empfehlen möchte ...

So sehen wir die Front des Systems und seiner abgekämpften Gegner in heillosem Durcheinander. Stark und unerbittlich aber wächst und stählt sich die nationalsozialistische Bewegung. Bald wird die braune SA. wieder durch

Deutschland marschieren, bald werden unsere Gautage die Kräfte lösen, die vom rotschwarzen System geknebelt, aber nie gebrochen werden konnten.

Das deutsche Volk wird seinen Zukunftswillen hier verkörpert finden und wird sich stärker und leidenschaftlicher als je zu Adolf Hitler bekennen.

Zentrumsangst vor KPD.-Verfolgung.

„Völkischer Beobachter", 11. Juni 1932.

„Kein Deutschland ohne uns!" Mit diesem pomphaften Satz beendete der Zentrumsagitator Joos seine Rede auf der soeben beendeten Zentrumstagung. Bisher ist — viele Jahrzehnte — tatsächlich Deutschland fast nie ohne Zentrumsherrschaft gewesen, und immer, wo ein Niedergang sich anzeigte, war eine Zentrumshand im Spiel. Damals, als Matthias Erzberger mit der roten Internationale gemeinsam seine Unfriedensresolution im Jahre 1917 einbrachte; damals, als sich das Zentrum zur Revolte von 1918 bekannte; damals, als das Zentrum mit der SPD. im Bunde seine Ausrottungspolitik gegen das nationale Deutschland begann.

Gegen diese volkszerstörende Politik ist die deutsche Freiheitsbewegung groß geworden.

Und deshalb heißt es in Wirklichkeit: immer, wo Deutschland war, war niemals das Zentrum.

Wie weit heruntergekommen das Zentrumsdenken bereits ist, kann man aus den demagogisch-talmudistischen Aufrufen dieser Partei natürlich nicht entnehmen, sondern den Äußerungen jener, bei denen das wahre Wesen ungezügelt durchbricht. So schreibt z. B. der Pfarrer Mönius soeben als besonderer Verehrer Brünings, den er als mit „übernatürlichen Kräften" ausgestattet bezeichnet hatte,

über die verflossene Kanzlerschaft. Nachdem er den „flammenden Zorn der beiden großen Parteien Zentrum und Sozialdemokratie“ dargestellt und somit erneut die Gemeinsamkeit dieser unseligen Parteien festgehalten hat, jammert er über die Gefahren, die jetzt vorbestünden. Und an die Spitze aller Befürchtungen setzt der Geistliche Dr. Mönius: „Rehabilitierung der SA., vielleicht Auflösung der kommunistischen Partei.“

Das also sind die Sorgen eines Zentrumsgeistlichen!

Aus diesen Worten aber spricht ein Gedankengang, auf den wir in bezug auf die Sozialdemokratie bereits mehrfach aufmerksam gemacht haben: falls die Systemparteien nämlich sehen würden, daß auf demokratischem Wege ihre Herrschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, so würden sie die Moskauer Bluthunde auf uns hetzen, uns zu Abwehrmaßnahmen zwingen, um dann mit Polizei und Reichswehr die deutsche Freiheitsbewegung im Blute ihrer Märtyrer zu ertränken.

Die vielen Morde an unseren Parteigenossen waren das Vorspiel zur Durchführung dieses Planes.

Und nun kommt ein „christlicher“ Geistlicher und fürchtet, daß die mit zusammengebissenen Zähnen duldende, ehemalige SA. und SS. „rehabilitiert“, die Moskauer Mordpartei aber ausgerottet werden könnte!

Das ist die letzte Tiefe, die bisher seitens der Zentrumsführer im Kampf gegen ein deutsches Deutschland erreicht wurde.

Wir zweifeln nicht daran, daß auch dieser Rekord noch geschlagen werden wird.

Das alte System sabotiert Hindenburgs SA.-Verordnung.

„Völkischer Beobachter“, 18. Juni 1932.

Durch die neue Verordnung des Reichspräsidenten ist die ungeheuerliche Zurücksetzung des nationalsozialistischen Selbstschutzes halbwegs wieder gutgemacht worden. In dieser Verordnung, vor allem aber in dem Brief Hindenburgs an den Reichsinnenminister wird vor Ausschreitungen gewarnt und schärfste Maßnahmen im Falle gewalttätiger Auseinandersetzungen angedroht.

Wir begrüßen diese Warnung und hoffen, daß sie nunmehr gegen jene Rotmordhetze und Zentrumsprovokationen gerichtet ist, die gerade in den letzten Tagen das nur irgend Mögliche an Dreistheit darstellen. Unter Zentrumsführung hatten, wie gemeldet, die „katholischen“ Arbeitervereine Westdeutschlands ein Protesttelegramm an den Reichsinnenminister gerichtet, in dem uns Absichten auf Gewalttätigkeiten gegen die katholischen Arbeiter untergeschoben wurden. Wir stellen fest, daß die SA. andersdenkende anständige Arbeiter niemals belästigt hat. Dieses Telegramm konnte also nur den einen Zweck haben, unsere Bewegung frech zu beleidigen, die SA. herauszufordern, bis aufs Blut zu reizen und dann bei erhofftem „Terror“ gegen die Zentrumshetzer diese schreiend durch die Welt als „Märtyrer“ laufen zu lassen und das erneute Verbot der SA. und SS. im Namen der „Ordnung und Sicherheit“ zu fordern. Wir kennen diese scheinheilige Zentrumstaktik, die so demutvoll nach außen tut, aber gegen jeden von blutigstem Haß beseelt ist, der diesem Zentrum nicht die Herrschaft über Deutschland überläßt. Angesichts der Aufhebung des SA.- und des Uniformverbotes aber ist es wichtig, auch das übrige Deutschland auf das Wesen der obengenannten Zentrumsproteste aufmerksam zu machen.

Die bayerische, nur noch geschäftsführende Regierung der sogenannten Bayerischen Volkspartei hat es für nötig befunden, einen der neuen Verordnung nicht gerecht werdenden Erlaß herauszugeben und mehr als unnützerweise noch weitere „polizeiliche Vorschriften“ über das Tragen von Uniformen anzukündigen. Es dürfen in „Bayern“ also keine Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden! Adolf Hitler hat in ganz Deutschland vor Millionen gesprochen, ohne den geringsten Zwischenfall. Im Gegenteil — stürmisch, wie noch zu keinem Führer, bekannte sich das deutsche Volk zu ihm. Der geschäftsführenden bayerischen Regierung fehlt also jeder rechtliche Hinweis, um ihre, die Wahl- und Versammlungsfreiheit beeinträchtigende Anordnung noch aufrechtzuerhalten, ja noch mit weiteren Einschränkungen zu drohen. Das, was sie tut, deckt sich zwar mit den Interessen der aus Furcht vor dem erwachenden Deutschland in ohnmächtige Wut geratenen Bayerischen Volkspartei, nicht aber mit den Interessen Deutschlands.

Wir stehen also vor einer neuen Durchkreuzung und fordern deshalb die restlose Durchführung der neuen Verordnung des gerade auch von der Bayerischen Volkspartei gewählten Reichspräsidenten. Diese Verordnung hat ja gerade die „in geschlossener Ordnung öffentlich auftretenden politischen Verbände“ im Auge, also die Aufzüge unter freiem Himmel, denn in einem Versammlungs-Lokal gibt es keine „geschlossene Ordnung“ des Auftretens. Der bayerische Erlaß widersetzt sich also in flagrant gesetzwidriger Weise der Verfügung des Reichspräsidenten und ist deshalb rechtsungültig. Wir fordern vom Reichsinnenminister sofortige Maßnahmen, um die Autorität des Reiches gegenüber einem aufsässigen Land wiederherzustellen, da sie in offenster Weise durch die zudem nur noch geschäftsführende Regierung in München mißachtet wird.

Wir fordern Versammlungsfreiheit unter freiem Himmel und das Recht auf Aufmärsche „in geschlossener Ordnung“;

wir wissen dabei, daß wir nicht „leitende Beamte" verächtlich machen, wie es der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Schäffer, dem Reichspräsidenten gegenüber öffentlich in seiner Zirkusrede getan hat.

Gleich Bayern hat das ebenfalls noch geschäftsführende rote Preußen das Umzugsverbot aufrechterhalten, hat also ebenso wie die bayerische Regierung gegen die neue Verordnung verstoßen. Baden ist über diese Brüskierung des Reiches noch hinausgegangen und hat sogar das Uniformverbot erneut! Es ist also nicht zu bezweifeln, daß die alten Systemparteien den Reichspräsidenten und die Reichsregierung bewußt herausfordern wollen. Der Reichsinnenminister aber hat soeben öffentlich erklärt, die Verordnung Hindenburgs sei jetzt „bindendes Gesetz" geworden.

Wir erwarten, daß die Reichsregierung endlich Schluß macht mit den ewigen Störungsversuchen des Marxismus und des Zentrums aller Schattierungen, die das Zusammenschmelzen des deutschen Volkes zu einem einzigen Widerstandsblock verhindern wollen.

Mit diesen Herren handelt man nicht, die müssen behandelt werden nach großdeutschem Gesetz und Lebenswillen!

Sach- und Namensverzeichnis

A.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

J

K.

L.

M.

N.

O.

P.

R.

S.

T.

U.

V.

W.

Y., Z.

Zeitungen